Wolfram Hoppenstedt

Gerhard Colm
Leben und Werk (1897-1968)

Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

65

Franz Steiner Verlag Stuttgart

WOLFRAM HOPPENSTEDT

GERHARD COLM. LEBEN UND WERK (1897-1968)

BEITRÄGE ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE

Herausgegeben von
Rainer Gömmel, Ulrich Kluge und Jürgen Schneider

Schriftleitung: Markus A. Denzel und Oskar Schwarzer

Band 65

In Kommission bei
Franz Steiner Verlag Stuttgart

Gerhard Colm

Leben und Werk (1897-1968)

Von Wolfram Hoppenstedt

1997
In Kommission bei
Franz Steiner Verlag Stuttgart

Anschrift der Schriftleitung:
Otto-Friedrich-Universität
Lehrstuhl für Wirtschafts-
und Sozialgeschichte
Am Kranen 12
D-96047 Bamberg

Internet-Zugang, Home-Page der Schriftleitung:
http://www.uni-bamberg.de/~ba5sg1/bwsg/index.html

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Gerhard Colm: Leben und Werk 1897-1968 / von Wolfram Hoppenstedt - Stuttgart: Steiner, 1997

(Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte ; Bd. 65)

Zugleich: Bamberg, Univ.-Diss., 1994

ISBN 3-515-06661-6

NE: GT

Umschlagbild:
"Plenty of Wodka and Caviar and sunshine"
24. April 1946
Auf der Inspektionsreise durch die russische Besatzungszone:
von links: Gerhard Colm, Raimond Goldsmith, Joseph M. Dodge, P.A. Maletin, russischer Fahrer (verdeckt).

Alle Rechte vorbehalten
© Jürgen Schneider
Kommissionsverlag: Franz Steiner Verlag
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart
Druck: difo druck GmbH Bamberg

INHALTSVERZEICHNIS

Zum Geleit IX

VORWORT XII

EINLEITUNG 1

ERSTER TEIL:
LEBEN UND WERK BIS ZUR EMIGRATION

1. Jugend und Studienjahre 9

2. Gerhard Colms Dissertation "Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März-April 1920" 11

3. Tätigkeit im Statistischen Reichsamt Berlin 19

4. Tätigkeit am Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel 27

4.1 Geschichte und Aufgaben des Instituts 27

4.2 Gerhard Colms Habilitationsschrift: „Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben. Ein Beitrag zur Finanztheorie“ 32

4.3 Beruflicher Aufstieg und Anerkennung 49

4.4 Die Reparationsfrage 51

4.4.1 Die Konferenzen von Pyrmont und Berlin 55

4.4.2 Die Konferenz von Bad Eilsen 60

4.5 Die Weltwirtschaftskrise 64

4.5.1 Entwicklung und Verlauf der Krise 64

4.5.2 Die (Geheim-) Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft im September 1931 in Berlin: Aussprache über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung 71

4.5.3 Der Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan (WTB-Plan) der freien Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung 77

4.5.4 Gerhard Colms Analyse der Krisensituation der kapitalistischen Wirtschaft 1929/33 und konjunkturpolitisch orientierte Gegenmaßnahmen zur Krisenüberwindung 82

4.6 Der deutsche Außenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Strukturwandlungen (1932) 91

5. Der Weg in die Emigration 102
5.1 Die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 102
5.2 Die "New School for Social Research" und die deutschen Reformökonomen 104
5.3 Die Gründung der "University in Exile" 106
5.4 Alvin Johnsons Rettungsaktion und der Weg in die Vereinigten Staaten 108
5.5 Abkehr von Deutschland 114

ZWEITER TEIL: LEBEN UND WERK IN DEN VEREINIGTEN STAATEN 1933 - 1946

1. Beginn in einem neuen Land 119
2. An der New School for Social Research 121
2.1 Die Graduate Faculty der New School - ein erster Eindruck 121
2.2 Die amerikanischen Wirtschaftswissenschaften Anfang der dreißiger Jahre und die New School-Ökonomen 125
2.3 Die amerikanischen Wirtschaftswissenschaften und die Ära des New Deal 132
2.4 Keynes und Colm 141
2.5 Der Weg nach Washington 144
3. Im Budget-Büro des Weißen Hauses 149

DRITTER TEIL:
MISSION NACH DEUTSCHLAND: DER BEITRAG ZUR WEST-DEUTSCHEN WÄHRUNGSREFORM IM JAHRE 1948

1. Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges 157
2. Die alliierte Deutschlandpolitik bis 1946 158
3. Die Rolle von General Lucius D. Clay 160
4. Die wirtschaftliche Situation vor der Neuordnung des Bank- und Geldwesens 164
5. Die Entstehung der Bank deutscher Länder 170
5.1 Die Pläne von Joseph M. Dodge 170
5.2 Die Viermächteverhandlungen in Berlin 174
5.3 Die Entwicklung des Bankwesens in den westlichen Besatzungszonen 176
5.4 Die Entwicklung des Bankwesens in der sowjetischen Besatzungszone 179
5.5 Die Entstehung der Bank deutscher Länder 180

5.6 *Die Entflechtung der Großbanken* 184

6. Die Vorgeschichte und Durchführung der westdeutschen Währungsreform von 1948 190

6.1 *Frühe Pläne für eine Währungsreform* 190

6.2 *Mission nach Deutschland: Die Entstehung des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes* 194

6.3 *Der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan* 205

6.4 *Edward A. Tenenbaum* 211

6.5 *Die Verhandlungen im Viermächterat* 213

6.6 *Der Weg zur Währungsreform in den Westzonen* 221

6.7 *Das Konklave von Rothwesten* 227

6.8 *Die Durchführung der Währungsreform* 237

Fotoserie zur Währungsreform 1948 in Westdeutschland 246

6.9 *Die Bedeutung der Währungsreform in den Westzonen und Vergleich mit der Binnenwährungsreform in der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands.* 255

VIERTER TEIL:
LEBEN UND WERK IN DEN VEREINIGTEN STAATEN 1946 - 1968

1. Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg 267

2. Auf der Suche nach wirtschaftlicher Stabilisierung: Die Instrumentalisierung der *Fiscal Policy* 269

3. Das Konzept des "Nation's Economic Budget" 272

4. Das amerikanische Beschäftigungsgesetz von 1946 275

5. Tätigkeit im wirtschaftlichen Beraterstab des Präsidenten 282

6. Zur Theorie wirtschaftlichen Wachstums 292

7. "Planung" in einer marktwirtschaftlichen Grundordnung: Das Konzept des "National Economic Planning and Programming" 306

8. Zielprobleme in der modernen Wirtschaftspolitik: Die "National Goal Analysis" 316

9. Beratertätigkeit, Vorträge und Ehrungen 324

ZUSAMMENFASSUNG **333**

QUELLENANHANG **361**

I. Brief General Lucius D. Clays an Paul H. Appleby vom 26. Juni 1946 363

II	Das Nationalbudget der Vereinigten Staaten im Jahre 1948 in Mrd. Dollar	364
III.	Memorandum on Economic Stabilization in Korea, 10th April, 1953	365
IV.	Long-range Economic Plan in Japan for Japan's Economic Development for the fiscal 1958 – fiscal 1962 period	391
V.	Memorandum for the Economic Planning Agency for the Government of Japan, May 10, 1960	399
VI.	Observations of a Foreign Visitor on the Japanese Economic Development, May 1960	406
VII.	Panel Discussion – Dr. Colm, Dr. Inaba, Mr. Ohkita	411

BIBLIOGRAPHIE GERHARD COLMS **426**

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS **439**

Namensregister **465**

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

1	Schema vom Kreislauf des Einkommens in der Marktwirtschaft und in der Staatswirtschaft (G. Colm)	39
2	Schema des wirtschaftlichen Kreislaufs (G. Colm)	40
3	Stadien der Weltwirtschaftskrise (G. Colm)	69
4	National Goal Analysis	353
5	Zur Hierarchie zwischen inputs und öffentlichen Planungszielen	354
6	Exemplarische Darstellung eines Zielerreichnungsprozesses	355

Abkürzungen häufig verwendeter Sammelwerke und Zeitschriften

HdSt	Handwörterbuch der Staatswissenschaften
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften
SR	Social Research
WA	Weltwirtschaftliches Archiv

ZUM GELEIT

Als ich Herrn Wolfram Hoppenstedt eine Dissertation über Leben und Werk von Gerhard Colm (1897-1968) anvertraute, waren mir die Äußerungen von John Kenneth Galbraith über die Währungsreform bekannt: "Zwei hervorragende amerikanische Ökonomen deutsch-jüdischer Herkunft, der später lange in Yale tätige Raymond Goldsmith und Gerhard Colm, ein überaus effizient arbeitender Beamter aus dem Budgetbüro, hatten im Laufe des Jahres 1946 diesen Reformplan entworfen. Als Gegengewicht wurde dem Ergebnis ihrer Arbeit noch der Name von Joseph M. Dodge, einem Detroiter Bankier mit liberalen Ansichten und Finanzberater General Clays, hinzugefügt. Daher der Name Colm-Dodge-Goldsmith-Plan. ... Weil sie wußten, daß die Reform bevorstand, hatten Ladenbesitzer und andere Händler schon seit einiger Zeit mit Bedacht Waren auf die Seite gelegt und somit vermieden, sie für in Kürze nahezu wertlose Reichsmark zu verkaufen. Als das neue Geld dann kam, waren die Regale plötzlich voll. Nun, da es Waren zu kaufen gab, lohnte es sich, für D-Mark zu arbeiten, weshalb die Produktion bald anstieg. Alles erschien wie ein Wunder und war vielleicht auch eins. Aber weder Gerhard Colm noch Raymond Goldsmith, ja, nicht einmal Joe Dodge wurde das Wunder als Verdienst angerechnet. Den Applaus heimste vielmehr Ludwig Erhard ein."[1]

Bekannt war mir auch die Bewertung der Währungsreform von Heinz Sauermann, der 1946 die deutschen Währungsreformpläne für Gerhard Colm und Raymond Goldsmith zusammengestellt hatte: "Von allen Währungsreformen nach dem Zweiten Weltkrieg ist diejenige in Westdeutschland die umfassendste und konsequenteste gewesen. Daß sie eine derart bemerkenswerte Stellung unter den europäischen Reformen einnimmt, ist darauf zurückzuführen, daß sie als Akt der Militärregierung angeordnet und durchgeführt wurde. Ein weiterer günstiger Umstand für ihren Erfolg war die Bereitschaft der inzwischen sich konstituierenden verantwortlichen Stellen, die entsprechende Wirtschafts- und Finanzpolitik einzuschlagen. Und schließlich ist, wie bei allen politischen und ökonomischen Ereignissen, der Zufall der historisch-politischen Konstellation den Bestrebungen der Währungsreform günstig zur Hilfe gekommen."[2]

Die Vergabe der Dissertation erwies sich als ein Glücksfall. Herr Hoppenstedt hat die Bedeutung Gerhard Colms für die Weimarer Republik und insbesondere seine finanzwirtschaftliche Ordnungstheorie (1926), seine Tätigkeit in den Vereinigten Staaten und seine Bedeutung für die Währungsreform herausgearbeitet. Damit ist

---

1 Galbraith, John Kenneth, Leben in entscheidender Zeit. Memoiren, München 1981, S. 253f.

2 Sauermann, Heinz, Währungsreformen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd., 1961, S. 465.

Gerhard Colms Bedeutung jedoch nicht erschöpft. Im Februar 1949 war Joseph Morrell Dodge in Japan und blieb dort drei Monate. "Doch wahrscheinlich hat kein Ausländer Japan noch dem Zweiten Weltkrieg so stark beeinflußt wie er."[3] Dodge gelang eine radikale Neuorientierung der Wirtschaftsordnungspolitik in Japan. Die Erfahrung mit der deutschen Währungs- und Wirtschaftsreform dürfte bei der Neuorientierung der japanischen Wirtschaftsordnungspolitik eine große Rolle gespielt haben.

Im März 1960 war Gerhard Colm auf einer Vortragsreise in Japan. Dort hatten seine Vorstellungen über das Nationalbudget als Planungsinstrument[4] Eingang gefunden.[5] Gerhard Colm hatte mehrere japanische "interns" (=Austauschexperten) in seinem Stab des Council of Economic Advisers, die wahrscheinlich seine Einladung nach Japan bewirkten.

Die Bedeutung von Joseph Morrell Dodge und von Gerhard Colm soll im November 1997 mit dem Kollegen und langjährigen Freund, Prof. Dr. Osamu Yanagisawa (Tokyo Metropolitan University, Faculty of Economics), herausgearbeitet werden.

Das Wirken Gerhard Colms erstreckte sich auch auf den Wiederaufbau der Wirtschaft Südkoreas. Nach Beendigung des Korea-Krieges (25.6.1950-27.6.1953) war das Consulting Unternehmen Robert Nathan Associates (Arlington, Virginia), von der Vereinten Nationen Agentur für den Wiederaufbau Süd-Koreas[6] mit der Entwicklung einer Wiederaufbau-Studie beauftragt worden. Bob Nathan, ein enger Freund Gerhard Colms, bat letzteren, 1953 zur Abfassung des Reports für eine kurze Zeit nach Korea zu kommen. Gerhard Colm verfaßte ein Memorandum "On Economic Stabilization in Korea" (10. Juni 1953) an Sir Arthur Rucker (Deputy Agent

---

3 Odrich, Peter, Amerikas gelehrige Schüler. Ökonomie in Japan, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Juli 1992.

4 Colm, Gerhard, Nationalbudget, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 7. Bd., 1961, S. 535-540; Ders., Haushaltsplanung, Staatsbudget, Finanzplan und Nationalbudget, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 2. Aufl., Tübingen 1952.

5 Japan. Economic Planning Board: New Long-Range Economic Plan of Japan (1958-1962), Tokio 1958; Okita, Saburo / Ohkawa, Kazushi, Economic Planning in Japan, Tokio 1960; Tsuru, Shigeto, Japan, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 5. Bd., 1956, S. 418, Finanzwirtschaft. Öffentliche Ausgaben. Der staatliche Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen beanspruchte um 1953 etwa 20% des Bruttosozialprodukts; Ito, Hanya, Japans öffentliche Finanzen 1931-1952, in: Finanz-Archiv, Tübingen, Neue Folge 13, 1952/53; Schwind, Martin, Japan. Zusammenbruch und Wiederaufbau seiner Wirtschaft, Düsseldorf 1954.

6 United Nations Korean Reconstruction Agency, UNKRA; Hickmann, Ernst, Korea, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Bd., 1959, S. 195: "Südkorea ist völlig abhängig von den Hilfeleistungen der westlichen Nationen, insbesondere den USA. Von 1945 bis 1956 haben die USA und die im wesentlichen von ihnen finanzierte UNKRA Zahlungen in Höhe von 7,4 Mrd. Dollars, davon 3 Mrd. für zivile und 4,4 Mrd. Dollars für militärische Hilfe an Südkorea geleistet."

General of UNKRA) sowie ein weiteres Memorandum "Implementing an Economic Stabilization Program in Korea" (an Sir Arthur Rucker, 5. Mai 1953).[7]

Die drei Westzonen und die spätere Bundesrepublik Deutschland, Japan und Südkorea spielten bei der Neuordnung der Weltwirtschaft unter Führung der Vereinigten Staaten eine große strategische Rolle und verliehen der freien westlichen Welt ein sehr starkes Gewicht bei der Systemauseinandersetzung mit dem sozialistischen Lager unter Führung der Sowjetunion.[8]

Gerhard Colm blieb der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Aufmerksam und kritisch verfolgte er die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik, wie sein Kommentar über das Jahresgutachten 1964/65 des Sachverständigenrates zeigt.[9]

Die ordnungstheoretische Trennung von Wirtschaft und Staat sowie die Konzeption der "National Goals" werden eine bleibende Leistung Gerhard Colms auch für die Zukunft darstellen.

Gerhard Colm, Raymond Goldsmith und Joseph Morrell Dodge haben im Dienst der Vereinigten Staaten von Nordamerika einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau in der Bundesrepublik Deutschland, in Japan und in Südkorea in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, in Freiheit und Wohlstand erfolgen konnte. Wir müssen ihnen und den Vereinigten Staaten von Nordamerika dankbar sein[10].

Bamberg, 30. Juni 1997 Jürgen Schneider

---

7 Freundliche Mitteilung von Peter Colm, Lusby, USA; Rucker, Arthur N., Korea, in: Journal of the Royal Central Asian Society, London, 41, 1954.

8 Procacci, Giuliano (Ed.), The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947/1948/1949, Milano 1994, speziell der Bericht von Zhdanow "On the international Situation", S. 217-251.

9 Colm, Gerhard, Comments on the German Economic Report. Stabiles Geld - stetiges Wachstum. Jahresgutachten 1964/65. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart/Mainz 1965, in: WA, Bd. 95, 1965 II, S. 1*-6*.

10 Oberreuther, Heinrich / Weber, Jürgen (Hrsg.), Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland, München 1996.

VORWORT

Als Prof. Dr. Dr. Jürgen Schneider, Bamberg, mit dem Projekt einer Biographie über den Nationalökonomen Gerhard Colm an mich herantrat, wurde bald klar, daß eine solche Untersuchung ohne persönliche Kontakte zur Familie nicht zu bewältigen war. Mit Hilfe der Research Foundation of Jewish Immigration in New York gelang es mir zunächst, den ältesten Sohn Gerhard Colms ausfindig zu machen, der in Lusby, Maryland, lebt. An erster Stelle sei daher Peter Colm und seiner Frau Pamela Dank für ihre Unterstützung ausgesprochen. Sie haben mir auch nicht zuletzt durch ihre Gastfreundschaft den Forschungsaufenthalt in Washington, D.C., im Sommer 1991 bereichern können.

Eine besondere Rolle bei der Entstehung dieser Arbeit hat der Neffe Gerhard Colms, Dr. Benjamin Toren, Jerusalem, Institute for Israel Studies, gespielt, der selbst Student seines Onkels gewesen ist und nach wie vor dessen in den Vereinigten Staaten entwickelten Budget-Ansatz vertritt. Auf Dr. Torens Wissen über die Werke und Ideen seines Onkels konnte ich dankbar zurückgreifen. Seine zahlreichen Kontakte und seine kritisch konstruktive Begleitung dieser Studie waren von Wichtigkeit.

Mein Dank gilt Dr. Erwin Heidemann vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel für seine Beratung, Frau B. Klaiber vom Archiv der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg, Gerrit Walther vom Archiv der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main, Dr. W. Schultze vom Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Herrn Oberarchivrat Waldmann vom Zentralen Staatsarchiv in Merseburg, sowie Frau Brigitte Emmer vom Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München.

Mein Forschungsaufenthalt in den Vereinigten Staaten wäre ohne das Foreign Language Department an der University of Central Arkansas in Conway nicht möglich gewesen, wo die wesentlichen Grundlagen der Arbeit während meiner Tätigkeit als German Assistant im Jahre 1991 gelegt wurden. Mein Dank gilt insbesondere dem Deutschprofessor, Dr. Dwight E. Langston, für seine Einladung zu einer Rückkehr nach Conway. Unsere erneute Zusammenarbeit, verbunden mit einer Vertiefung unserer Freundschaft, hat für mich eine persönliche Bereicherung meines Aufenthaltes in den USA bedeutet.

In Washington, D.C., bedanke ich mich bei James H. Hutson, dem Leiter der Manuscript-Division an der Library of Congress, sowie bei Oberarchivar, Frederick Bauman, für ihre stets großzügige und unbürokratische Unterstützung. Darüber hinaus gebührt mein Dank dem Direktor der Harry S. Truman Library in Independence, Missouri, Benedict K. Zobrist, Chefarchivar Raymond Teichman von der Franklin D. Roosevelt Library in Hyde Park, New York, Don C. Skemer, dem Betreuer der Special Collection and Archives an der State University at Albany, New York, wo

sich die German Exile Collection befindet, sowie Susan R. Falb vom Archiv des FBI in der amerikanischen Bundeshauptstadt.

Neben Peter Colm stellten sich David Ginsburg, Theodore Geiger sowie Nestor E. Terleckyj in Washington, D.C., für Interviews zur Verfügung, die über die Quellen hinaus eine lebensnahe Beschreibung Gerhard Colms Leben und Werk ermöglicht haben.

D.M. Bhouraskar, New York, gilt mein Dank für seine Beschreibung über Gerhard Colms Beraterrolle für die Vereinten Nationen.

Desweiteren möchte ich Herrn Prof. Dr. Hans Möller, München, für seine freundliche Beratung in der Währungsreformfrage sowie Herrn Prof. Dr. Karl Möckl vom Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg meinen Dank aussprechen.

Besondere Anerkennung schulde ich meinem akademischen Lehrer, Prof. Dr. Jürgen Schneider vom Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, nicht nur für Anregung und Begleitung dieser Arbeit, sondern auch für die akademische Betreuung durch mein gesamtes Studium.

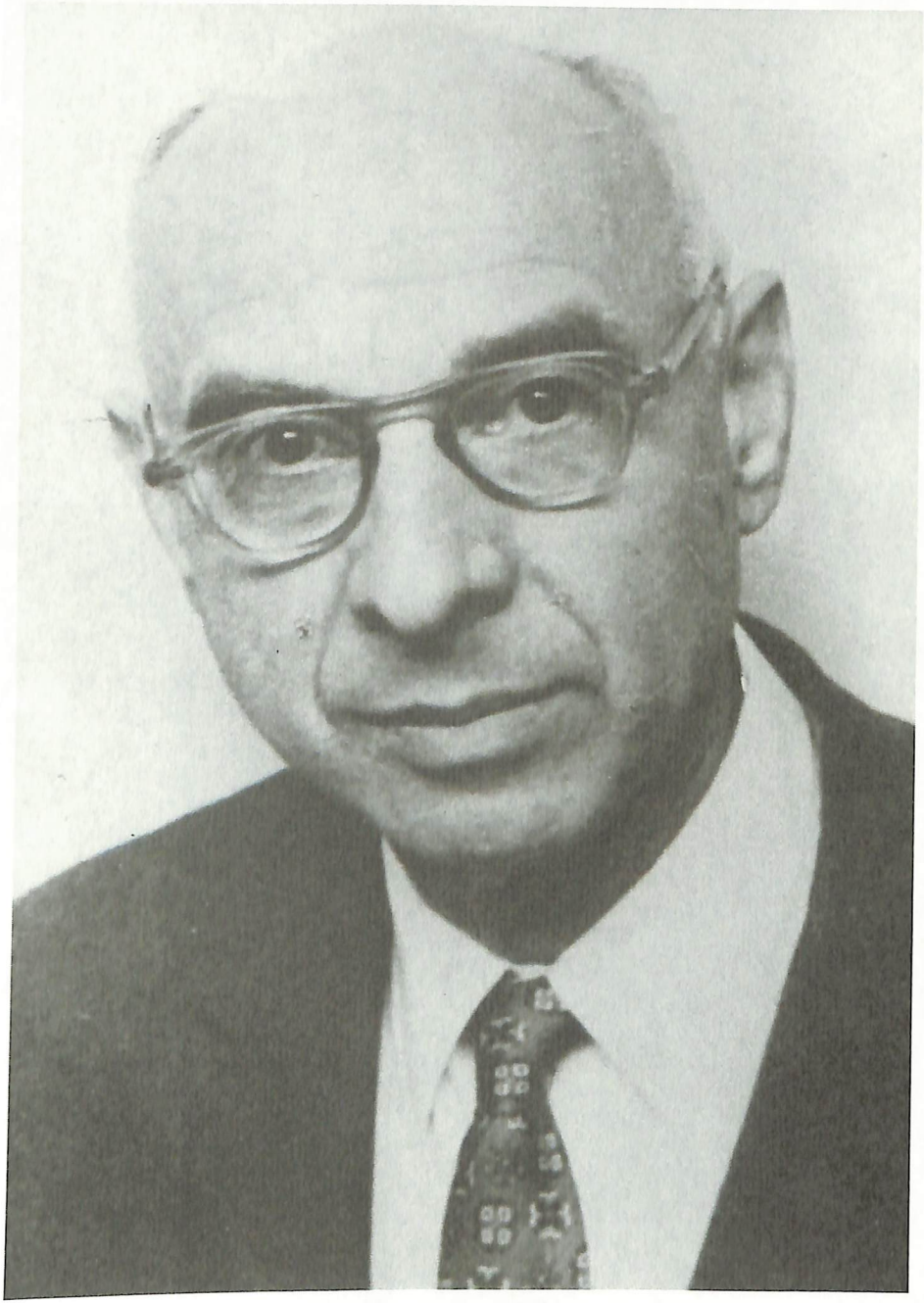
Frau Silvia Schleid gilt mein Dank für ihre unendliche Geduld.

Ganz besonderen Dank schulde ich jedoch meinen Eltern.

Berlin, im Mai 1997 Wolfram Hoppenstedt

Gerhard Colm (1897 - 1968): Stationen eines Lebens

1897	Geboren in Hannover
1915	Notabitur
1915/18	Kriegsfreiwilliger
1919/20	Studium in Freiburg, München und Berlin
1921	Promotion in Freiburg
1922	Wissenschaftlicher Hilfsreferent am Statistischen Reichsamt in Berlin
1925	Leiter der Abteilung "Ausländische Finanz- und Steuerstatistik, internationaler Finanzbelastungsvergleich" beim Statistischen Reichsamt in Berlin
1926	Habilitation an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
1927	Wissenschaftlicher Dezernent am Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
1930	a.o. Professor der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
1933	Emigration
1933/39	Professor an der New School of Social Research in New York
1939	Amerikanische Staatsbürgerschaft; Steuerreferent im Handelsministerium unter Harry Hopkins
1940/46	Finanzreferent im Budget Büro des Weißen Hauses
1945	Berater bei der Entstehung des amerikanischen Beschäftigungsgesetzes
1946	Mission nach Deutschland für die amerikanische Militärregierung (OMGUS); Colm-Dodge-Goldsmith-Plan: Grundlage für die Währungsreform in den Westzonen
1946/52	Council of Economic Advisers to the President
1952/68	Chefökonom der National Planning Association, Washington, D.C.
1953	Mission zum wirtschaftlichen Wiederaufbau nach Südkorea (UNKRA)
1960	Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland
1961	Ehrendoktorwürde der Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/M.
1964	Träger der Bernhard-Harms-Medaille des Instituts für Weltwirtschaft zu Kiel
1968	Gestorben in Bethesda, Maryland



EINLEITUNG

Als am 19. Juni 1948 die westdeutschen Zeitungen die am folgenden Tag bevorstehende Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen ankündigten, meldeten einige überregionale Zeitungen in einem Hintergrundartikel, daß ein gewisser Professor Gerhard Colm, "früher Kiel, gegenwärtig im USA-Schatzamt", den ersten offiziellen Währungsreformplan entworfen hätte.[1] Wer war der Emigrant Gerhard Colm, der an dieser Stelle als "Vater der Währungsreform" der deutschen Öffentlichkeit wieder ins Bewußtsein gerufen wurde?

Die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland von 1933 bis 1945 hatte eine der größten Massenvertreibungen in der neueren Geschichte eingeleitet, deren Opfer auch die Wissenschaft geworden ist: Noch im Jahre 1933 verloren etwa 1.200 Wissenschaftler ihre Stellung in Deutschland. Diese Zahl stieg bis Ende der dreißiger Jahre auf etwa 1.700 an, zu denen nach "Anschluß" Österreichs weitere 400 Hochschullehrer zu zählen sind.[2] Bis zum Jahre 1938 ist der "Verlust" der Hochschulangehörigen auf 39 Prozent angesetzt worden, wobei die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler mit einem Anteil von 47 Prozent weit über dem Durchschnitt lagen. Etwa 60 Prozent der entlassenen Wissenschaftler gingen ins Exil und nahmen ihre unschätzbare Geisteskapazität mit sich. Unter ihnen befanden sich Ökonomen wie Wilhelm Röpke (1899-1966), Ludwig von Mises (1881-1973), Alexander Rüstow (1885-1963), Fritz Baade (1893-1974), Eduard Heimann (1889-1967), Emil Lederer (1882-1939) und Georg Nikolaus Halm (1901-1984).[3] Aus der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel wurden die Ökonomen Prof. Dr. Gerhard Colm[4] (1897-1968) und Privatdozent Dr. Hans Peter Neisser[5] (1895-1975) zur Emigration gezwungen oder an eine andere Universität

---

1 *Die Welt* vom 19. Juni 1948.

2 Wenn die verschiedenen akademischen Berufe, wie Ärzte, Rechtsanwälte sowie die relegierten Studenten hinzugerechnet werden, erhöht sich die Gesamtzahl auf etwa 7.500. Zusammen mit den Freiberuflern, Schriftstellern und Künstlern kann von 12.000 Intellektuellen ausgegangen werden, die ihre berufliche Existenz verloren und aus dem sozialen und kulturellen Leben Deutschlands ausgegrenzt wurden. Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt/M. 1987, S. 18.

3 Hagemann, Harald / Krohn, Claus-Dieter, Die Emigration deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler nach 1933. Biographische Gesamtübersicht unter Mitarbeit von Hans Ulrich Eßlinger, Hohenheim 1992.

4 Uhlig, Ralph (Hrsg.), Vertriebene Wissenschaftler der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) nach 1933. Zur Geschichte der CAU im Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, bearbeitet von Uta Cornelia Schmatzler und Matthias Wieben, Frankfürt/M. 1991, S. 35.

5 Ebd., S. 45f.; Hagemann, Harald / Krohn, Claus-Dieter, Emigration, S. 204.

versetzt wie Jessen (1895-1944)[1], Harms (1876-1939)[2] und Skalweit (1879-1960)[3]. "Das Ausmaß der Vertreibung von Wissenschaftlern aus Kiel war in den einzelnen Fakultäten sehr unterschiedlich. Am härtesten war die Theologische Fakultät betroffen. 52,94% des Lehrkörpers wurden von der Universität entfernt. In der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät war die Zahl der betroffenen Wissenschaftler mit 41,8% nur wenig niedriger. Philosophische und Medizinische Fakultät waren in vergleichsweise geringerem Maße betroffen: 18,92% bzw. 7,14%."[4]

Die Emigrationsforschung hat in den vergangenen Jahren entschiedene Fortschritte gemacht, sei es durch die Erschließung einschlägigen Nachlaßmaterials,[5] die Erfassung des Personenkreises überhaupt,[6] oder der historischen Darstellung der wichtigsten Emigrationskreise.[7] Darstellungen über individuelle Schicksale entstammen, von nur wenigen Ausnahmen abgesehen, der Feder der Exilanten selbst oder ihrer unmittelbaren Angehörigen, was einer fundierten Analyse ihrer wissenschaftlichen Beiträge nicht immer ausreichend Rechnung getragen hat. Angesichts des großen Personenkreises ist es auch kaum verwunderlich, welche weißen Flecken die Erforschung der aus Deutschland und Europa vertriebenen Wissenschaftler immer noch zeigt.

Die vorliegende Arbeit leistet am individuellen Beispiel Gerhard Colms einen Beitrag zur Aufarbeitung des Schicksals und der wissenschaftlichen Leistung der aus

---

1 Uhlig, Ralph (Hrsg.), Wissenschaftler, S. 39-44. Jessen war 1940-1944 Leiter der Klasse IV "Wirtschaftswissenschaft" der Akademie für Deutsches Recht. Zunächst Sympathisant der NSDAP entwickelte er den Attentatsplan gegen Hitler, der am 20. Juli 1944 zur Ausführung kam. Am 30. November 1944 wurde Jens Jessen in Plötzensee hingerichtet. Müller, Elmar, Die wirtschaftspolitischen Konzepte der Widerstandsbewegung gegen das NS-Regime und ihr Einfluß auf die soziale Marktwirtschaft, Frankfurt/M. 1988, S. 63ff.

2 Uhlig, Ralph, Wissenschaftler, S. 66f.; Predöhl, Andreas, Bernhard Harms, in: HdSW, 5. Bd., 1956, S. 63f.

3 Uhlig, Ralph, Wissenschaftler, S. 72-74.

4 Ebd., S. 137.

5 Vgl. Spalek, John M., Verzeichnis der Quellen und Materialien der deutschsprachigen Emigration in den USA seit 1933, Charlottesville 1978. Spalek ist heute führender Ansprechpartner an der "German Exile Collection" an der State University of New York in Albany. Zu nennen sind auch das Frankfurter Horkheimer-Archiv, das Lazarsfeld-Archiv in Wien sowie das Sozialwissenschaftliche-Archiv in Konstanz.

6 Vgl. Lacina, Evelyn, Emigration 1939-1945, Stuttgart 1982. Grundlegend: Röder, W. / Strauss, H.A. (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 3 Bde., München 1980-1983.

7 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, passim; Coser, Lewis A., Refugee Scholars in America. Their Impact and their Experiences, New Haven/London 1984; Rutkoff, P.M. / Scott, W.R., New School. A History of the New School for Social Research 1917-1970, New York 1986; Srubar, Ilja (Hrsg.), Exil. Wissenschaft. Identität. Die Emigration deutscher Sozialwissenschaftler 1933-1945, Frankfurt/M. 1987.

Deutschland vertriebenen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler. Für die biographischen Details war der persönliche Kontakt zum ältesten Sohn Gerhard Colms, Peter Colm, unerläßlich, der in Lusby, Maryland, ein kleines Privatarchiv über seinen Vater besitzt. Für die Studienjahre Gerhard Colms konnten die betreffenden Universitätsarchive in Freiburg, München und Berlin einige Informationen bieten. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel hat infolge der Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges wertvolles Material verloren, weshalb von dort nur das Zeitungsausschnittsarchiv herangezogen wurde. Das wichtigste Material über das Wirken des Finanzwissenschaftlers in Deutschland findet sich im Zentralen Staatsarchiv in Merseburg.

Der größte Teil des auf Leben und Werk des Finanzwissenschaftlers in den Vereinigten Staaten bezogenen Materials - 13.500 Akten - befindet sich im Nachlaß Gerhard Colms in der Manuscript Division der Library of Congress in Washington, D.C., der für die vorliegende Arbeit systematisch ausgewertet wurde. Das Archiv des FBI vor Ort enthält nur einige wenige für Gerhard Colms Biographie relevante Unterlagen, die gesammelt wurden, als der Angehörige der Washingtoner Administration in der McCarthy-Ära Anfang der 50er Jahre einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen wurde. Einige Splitter von Gerhard Colms Nachlaß befinden sich noch in der German Exile Collection an der State University of New York in Albany.

Für Gerhard Colms Tätigkeit in der amerikanischen Regierung sowie seine Rolle bei der Vorbereitung der westdeutschen Währungsreform im Jahre 1948 sind darüber hinaus die National Archives in Washington, D.C., sowie Suitland, Maryland, mit ihren Abteilungen Bureau of the Budget (Series 39.3), State Department (RG 59) sowie Office of Military Government for Germany (RG 260) von großer Bedeutung.

Das amerikanische Archivsystem sieht keine komplette bzw. zentrale Aufbewahrung aller Regierungsakten im Nationalarchiv in der Bundeshauptstadt vor. Vielmehr enthalten die verstreut gelegenen Presidential Archives, die sich gewöhnlich am Heimatort des jeweiligen Präsidenten befinden, weiteres wertvolles Material, das im Fall Gerhard Colms aus zwei Orten herangezogen werden konnte: Aus der Franklin D. Roosevelt Library in Hyde Park, New York, sowie aus der Harry S. Truman Library in Independence, Missouri. In der Truman Library waren die Edward A. Tenenbaum Papers, des Mannes, der die Währungsreform in Westdeutschland durch seine Verhandlungen schließlich zum Abschluß brachte, sowie die Orale History Collection, die die persönlich geführten Interviews zu ergänzen mochten, von Bedeutung. Zur Ergänzung des Teils über die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform im Jahre 1948 wurden die Joseph M. Dodge Papers an der Public Library of Detroit, Michigan, herangezogen. Der Detroiter Bankier hat als Finanzberater General Clays bei der Umstrukturierung des westdeutschen Bankensystems eine besondere Rolle gespielt sowie seinen Namen im "Colm-Dodge-Goldsmith-Plan" für die Währungsreform verewigt.

Im Bereich der umfassenden Emigrationsforschung sind in den 80er Jahren mit den Arbeiten John Spaleks, Evelyn Lacinas, Werner Röders und Herbert A. Strauss, Lewis A. Cosers, Ilja Srubars sowie Claus-Dieter Krohns beträchtliche Fortschritte erzielt worden. Auf dem Gebiet der individuellen Schicksalsdarstellungen wird mit der vorliegenden Arbeit ein Desiderat geschlossen: Es handelt sich dabei um die erste Monographie über Gerhard Colm. Angesichts der großen Bedeutung des Finanzwissenschaftlers sowie seiner Rolle als einer der "Väter der D-Mark" ist dies verwunderlich. Gerhard Colms wissenschaftlicher Beitrag hat lediglich in zwei Arbeiten Claus-Dieter Krohns sowie in einer Studie Allan G. Gruchys aus dem Jahre 1972 Niederschlag gefunden.[1] Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform von 1948, zu deren Vorbereitung Gerhard Colm im Jahre 1946 nach Deutschland geschickt wurde, hat dagegen weitreichenden Niederschlag in der Forschungsliteratur gefunden. In diesem Zusammenhang sei auf die Arbeiten Hans Möllers, Eckhard Wandels sowie Christoph Buchheims verwiesen.[2] Der Raum, der in diesen Arbeiten einem der bedeutenden "Väter der D-Mark", Gerhard Colm, zugestanden wird, ist relativ begrenzt und bietet Anlaß zu genauerer Untersuchung der Rolle des emigrierten Nationalökonomen bei der Vorbereitung der westdeutschen Währungsreform.

Aus systematischen Gründen hat sich eine Gliederung der Biographie in vier Teile, die jeweils bedeutenden Lebensabschnitten Gerhard Colms entsprechen, als vorteilhaft erwiesen. Der erste Teil behandelt Leben und Werk Gerhard Colms bis zur Emigration 1933.

Der zweite Teil von Gerhard Colms Biographie umfaßt Leben und Werk in den Vereinigten Staaten. Viele der nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten aus Deutschland geflüchteten Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, darunter Gerhard Colm, haben an der "New School for Social Research", an der "University in Exile" in New York, die Alvin Johnson ins Leben gerufen hat, Zuflucht gefunden. In die-

---

1 Neben Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft ist seine Arbeit "Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die adademische Nationalökonomie in Deutschland 1918-1933", Frankfurt/New York 1981, die Gerhard Colms Bedeutung im Rahmen der Kieler Gruppe der sog. Reformökonomen bis Anfang der 30er Jahre (s.u.) hervorhebt, von Bedeutung. Alan G. Gruchys Studie "Contemporary Economic Thought. The Contribution of Neo-Constitutional Economics", Clifton 1972, untersucht Gerhard Colms Konzept des "National Economic Planning and Programming", das er in den Vereinigten Staaten entwickelte und das im vierten Teil der Biographie abgehandelt wird.

2 Möller, Hans, Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948, Basel 1961; ders., Die deutsche Währungsreform von 1948, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1878-1975, Frankfurt/M. ^{2}1976; Wandel, Eckhard, Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform von 1948. Die Rekonstruktion des westdeutschen Geld- und Währungssystems 1945-1949 unter Berücksichtigung der amerikanischen Besatzungspolitik, Frankfurt/M. 1980; Buchheim, Christoph, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: VfZ, Bd. 36, 1988.

sem Teil der Arbeit wird nach einer Betrachtung der zu jener Zeit vorherrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Strömungen in den USA die Frage zu untersuchen sein, welchen ergänzenden Beitrag - oder neuen Ansatz - die deutschen Reformökonomen hier zu bieten vermochten, so im Rahmen der Bekämpfung der Wirtschaftskrise in den USA bzw. Präsident Roosevelts Programm des New Deal. Mit Erscheinen der "General Theory" im Jahre 1936 wird das Aufkommen des Keynesianismus im Kontext zu Gerhard Colms wissenschaftlichen Arbeiten eine besondere Rolle spielen. Eng mit der zunehmenden Akzeptanz der Lehre John Maynard Keynes ist auch Gerhard Colms Eintritt in die Washingtoner Administration, zunächst ins Handelsministerium und dann ins Budget-Büro des Präsidenten, verbunden.

Hauptanliegen des dritten Teils ist es, durch Heranziehen neuen Quellenmaterials aus der Sicht Gerhard Colms sowie der anderen unmittelbar Beteiligten, in erster Linie Joseph Dodges, Raimond Goldsmiths und Edward A. Tenenbaums, eine Darstellung der Vorgeschichte der Währungsreform bzw. der Geschichte ihrer Pläne zu leisten und im Vergleich zu den tatsächlich erfolgten Entwicklungen weiterzuverfolgen. Die bedeutende Rolle, die Gerhard Colm bei der Vorbereitung der Währungsreform gespielt hat und der Stellenwert, die der Finanzwissenschaftler selbst dieser Aufgabe und Leistung zumaß, rechtfertigt die ausführliche Darstellung, die zum Zwecke der Verständlichkeit zunächst über Gerhard Colms unmittelbares Mitwirken hinausgehen wird.

Der vierte Teil der Biographie befaßt sich mit seinem Leben und Werk in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1946 bis 1968. Zunächst wird an einige Entwicklungen in der Finanzwissenschaft aus den Jahren des Zweiten Weltkrieges angeknüpft, an denen Gerhard Colm maßgeblich beteiligt war, so an der Konzeption volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Ein breiter Raum wird der Entstehung des amerikanischen Beschäftigungsgesetzes von 1946 eingeräumt, auf das Colm große Hoffnungen hinsichtlich der Umsetzung seines Budget-Konzeptes setzte. Der fünfte Abschnitt beschreibt den Höhepunkt der Karriere des Finanzwissenschaftlers in den Vereinigten Staaten als Mitglied des neugeschaffenen wirtschaftlichen Beraterstabes des Präsidenten. Den letzten Teil der Arbeit hindurch wird die Weiterentwicklung des Keynesianismus eine Rolle spielen, die im Kontext der Beschreibung Gerhard Colms eigener wirtschafts- und finanzwissenschaftlicher Beiträge betrachtet wird und in seiner Anwendung in der ersten Hälfte der 60er Jahre einen Höhepunkt fand. In diesem Zusammenhang wird ab dem Ende der 50er Jahre ein Schwerpunkt der Darstellung auf der Beschreibung der in den USA vorherrschenden Wachstumstheorien sowie Gerhard Colms Beitrag dazu liegen. Nach Ausscheiden aus der amerikanischen Regierung wirkte Colm als Chefökonom der National Planning Association in Washington, D.C. Der siebte Abschnitt befaßt sich mit seiner Tätigkeit dort sowie seinem Ansatz des "National Economic Planning and Programming". Die "National Goal Analysis" ist die konsequente Weiterentwicklung der Ideen, die Colm in seiner

Kieler Habilitationsschrift (1926) erstmalig entwickelte (8. Teil). Mit der "National Goal Analysis" fand das Lebenswerk des Finanzordnungstheoretikers und -politikers einen Abschluß, so daß von einem abgeschlossenen Lebenswerk gesprochen werden kann.

Die Absicht der vorliegenden Arbeit ist es, die Leistungen Gerhard Colms auf wirtschafts- und finanzwissenschaftlichem Gebiet herauszuarbeiten und eine Vorstellung davon zu vermitteln, welcher auf lange Zeit nicht auszugleichende Verlust Deutschland mit der Vertreibung Gerhard Colms und anderer Wissenschaftler entstanden ist.

ERSTER TEIL:

LEBEN UND WERK BIS ZUR EMIGRATION 1933

1. JUGEND UND STUDIENJAHRE

Gerhard Colm wurde am 30. Juni 1897 als zweites Kind der Eheleute Emil und Olga Colm, geb. Straßburger, in Hannover geboren. Die Großeltern Carl und Rosalie Cohn, geb. Daniels, mit holländischer Abstammung, betrieben dort ein alteingesessenes Holzimportgeschäft und waren jüdischer Glaubenszugehörigkeit. Die Eltern hatten sich kurz nach der Hochzeit 1892 evangelisch taufen lassen und wandelten 1902 nach Tod des Großvaters den früheren Namen Cohn in Colm um. Gerhard Colms ältere Schwester Gertrud war 1893 in Hannover geboren worden.[1]

Gerhard Colm wuchs in einem gutsituierten, strengen Elternhaus auf, das sich dem gehobenen Bildungsbürgertum zugehörig fühlte. Nach Schulbesuch in Flensburg und Düsseldorf, wohin der Vater als Oberlandesgerichtsrat versetzt wurde, bestand Gerhard Colm im Mai 1915 am humanistischen städtischen Gymnasium in Düsseldorf die Notreifeprüfung und trat daraufhin am 11. Juni 1915 als Kriegsfreiwilliger in den Militärdienst ein.

Am 30. August 1915 wurde Gerhard Colm im Verlauf der militärischen Grundausbildung die Rettungsmedaille am Bande verliehen, nachdem er einen Rekruten vor dem Ertrinken aus dem Rhein gerettet hatte. Der Wunsch, in die fliegerischen Fußstapfen seines angeheirateten Onkels, des erfolgreichen Jagdfliegers Major Julius Ernst, weithin bekannt als "Schüllus", zu treten, erfüllte sich nur bedingt, als er am 6. September 1916 seinen regulären Truppendienst in der Feldluftschiffabteilung 22-33-34 antrat. Der Krieg führte Colm an die Front in Italien, wo sich der Dienst der Artilleriebeobachter und Aufklärer in ihren Fesselballonen nicht weniger pionierhaft als der der Jagdflieger gestaltete: Zweimal abgeschossen und verwundet, gehörte Gerhard Colm zu den ersten, die die neuentwickelten Fallschirme für den militärischen Einsatz erproben mußten, welche für den Gebrauch in den Jagdflugzeugen noch zu sperrig waren. Am 17. Oktober 1916 folgte in diesem Zusammenhang die Verleihung des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und - nach Ernennung zum Leutnant der Reserve am 7. Juli 1917 - am 12. Dezember 1917 die des Eisernen Kreuzes 1. Klasse.

Nach Rückkehr nach Düsseldorf im Dezember 1918 besuchte Colm zunächst bis zum Ende des laufenden Semesters die dortige Hochschule für kommunale Verwaltung, um dann zum Sommersemester 1919 an die Universität Freiburg zu wechseln.[2]

---

1 Die biographischen Angaben beruhen - falls nicht anders vermerkt - auf Informationen aus den Interviews mit dem ältesten Sohn, Peter Colm, geführt im Juli und August 1991 in Lusby, Maryland.

2 Colms Lebenslauf, Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten, Akten der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel, Band I, IV. Abteilung N° 11, Dok. 219 u. 220 sowie N° 22, Dok. 125

Gerhard Colm erscheint erstmals im Verzeichnis des "Kriegsnotsemesters für Kriegsteilnehmer vom 25. Januar bis 16. April 1919" an der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg als Student der "Rer. pol.". An der staatswissenschaftlichen Fakultät dieser Hochschule hörte er Ökonomen wie Karl Diehl, Paul Mombert, Robert Liefmann, den Sozialtheologen Gerhart Schulze-Gaevernitz sowie den später wichtigen Gewerkschaftstheoretiker Götz Briefs.[1]

In Freiburg wohnte Gerhard Colm zusammen mit seiner Schwester Gertrud, die nach dem Tod ihres Ehemannes an der russischen Front das Studium der Literatur dort aufgenommen hatte. Die Zeiten waren für die Studenten wie für die gesamte Bevölkerung nach dem Kriege gleichermaßen schlecht, wenngleich die beiden Geschwister auf gute Unterstützung von zuhause zählen konnten. Dennoch mußte etwa auf eine Heimfahrt nach Düsseldorf zu Weihnachten 1919 aus finanziellen Gründen verzichtet werden.[2]

In der Absicht, bei Max Weber zu promovieren, wechselte Gerhard Colm nach zwei Semestern an die Ludwig-Maximilians-Universität in München und wurde dort am 26. April 1920 unter der Anmeldenummer 16 als Student der Staatswissenschaften für das Sommerhalbjahr immatrikuliert. Obwohl Max Weber am 14. Juli 1920[3] starb, erhielt Colm durch einen ihm von Weber auferlegten Seminarvortrag über die Soziologie des Ruhraufstandes seine Anregung zum späteren Dissertationsthema.[4]

Zwei "Studien- und Sittenzeugnisse" liegen aus der Zeit nach Colms Rückkehr an die Universität Freiburg zum Wintersemester 1920/21 vor, in denen bescheinigt wird, daß "Herr Gerhard Colm von Hannover ... sich, nachdem er in die Matrikel der Universität dahier eingeschrieben war, den Studien der Staatswissenschaft gewidmet und nach seinen Zeugnissen die dabei angeführten Vorlesungen und Übungen belegt und vorschriftsmäßig abgemeldet hat. ... Hinsichtlich des Betragens ist Nachteiliges nicht zur Anzeige gekommen."[5]

---

und 127ff. Weitere Unterlagen befinden sich im Archiv des FBI in Washington, D.C., als nämlich Colm als späterer Angehöriger der amerikanischen Administration in der McCarthy-Ära einer ausführlichen Sicherheitsüberprüfung unterzogen wurde.

1 Universitätsarchiv der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Matrikel 1919-1921, Gerhard Colm; Vgl. auch Colm, Gerhard, Zum Begriff des Allgemeinwohls, in: Soziale Verantwortung. Festschrift für Goetz Briefs zum 80. Geburtstag, hrsg. von Broermann, J. / Herder-Dorneich, Ph., Berlin 1968, S. 23ff.

2 Zahlreiche Briefe Gerhard und Gertrud Colms aus der Studienzeit nach Hause befinden sich im Privatarchiv Peter Colms.

3 Universitätsarchiv der Ludwig-Maximilians-Universität München, Verzeichnis Nr. 2280 der von Gerhard Colm belegten Vorlesungen, SS 1920. Einen Teil der Gebühren für die ausgefallenen Veranstaltungen von Max Weber erhielt Colm zurück (Verz. Nr. 8666).

4 Lebenslauf Colms, Zentrales Staatsarchiv, a.a.O.

5 Universitätsarchiv der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Matrikel 1920/21, Gerhard Colm.

Nach Colms eigenen Angaben legte er im Studium seinen Schwerpunkt besonders auf Volkswirtschaftslehre und Philosophie. Daneben spielten öffentliches und privates Recht - insbesondere Handelsrecht - Finanzwissenschaft sowie Statistik eine besondere Rolle. Während verschiedener Semesterferien absolvierte er einen praktischen juristischen Kursus in Düsseldorf und arbeitete zwei Monate lang als Praktikant in einem Gewerkschaftsbüro. Erwähnenswert ist, daß Colm schon in seiner Freiburger Zeit die Leitung eines von der Universität organisierten Volkshochschulkurses für Volkswirtschaft innehatte.[1]

Es sei in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß dem Kongreß der Vereinigten Staaten Ende 1921 "zum ersten Male ein wirklich geschlossenes Budget nach europäischer Art vorgelegt werden"[2] konnte. Bereits 1922 lag dazu eine Freiburger Habilitationsschrift vor.[3]

2. GERHARD COLMS DISSERTATION "BEITRAG ZUR GESCHICHTE UND SOZIOLOGIE DES RUHRAUFSTANDES VOM MÄRZ - APRIL 1920"[4]

Im Sommersemester 1921 promovierte Gehard Colm mit *magna cum laude* zum Dr. rer. pol. mit einem "Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März - April 1920". Referent der Arbeit war Professor Paul Mombert[5].

Der Ruhraufstand wurde durch den Kapp-Putsch ausgelöst. Anlaß des Kapp-Putsches war die im Vertrag von Versailles festgelegte Reduzierung des Heers auf 100.000 Mann sowie die von den Alliierten geforderte Auflösung der Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände bis zum 30. März 1920. Der Kapp-Putsch begann am 13. März 1920, als die Marinebrigade Ehrhardt das Regierungsviertel in Berlin besetzte und Wolfgang Kapp (1858-1922) sich selbst zum Reichskanzler ernannte. Gegen den Putsch formierte sich sogleich Widerstand in der Form eines von den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreiks. Kapp gab am 17. März 1920 auf

---

1 Lebenslauf Colms, Zentrales Staatsarchiv, a.a.O.

2 Schanz, G. v., Budget, in: HdStW, 4. Aufl., 3. Bd., Jena 1926, S. 89.

3 Thomann, Hans, Das Budget der Vereinigten Staaten von Amerika auf Grund des BundesbudgetG vom 10. VI. 1921, Freiburger Habilitationsschrift 1922.

4 Colm, Gerhard, Beitrag ..., Essen a.d.R. 1921.

5 Waffenschmidt, Walter Georg, Paul Mombert, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 418: "Die wissenschaftliche Haltung Momberts war gekennzeichnet durch Fundamentierung der Wissenschaft vertikal auf historische und horizontal auf breite Empirie mit quantitativer statistischer Datenerfassung. Die darauf aufgebauten Deduktionen sind logisch streng, sozusagen ricardianisch, wie das in der Freiburger Theorie nach 1907 (Carl Diehl) erklärlich ist und wo die Lehre mit der Bedingung des 'ceteris paribus' vorzüglich den Einzelwirkungen nachging." Zu Mombert (1876-1938) vgl. auch Hegemann, Harald/ Krohn, Claus-Dieter, Emigration, S. 192.

und floh nach Schweden. "Die schwersten innenpolitischen Folgen des Kapp-Putsches waren eine verstärkte parteipolitische Polarisierung und ein erneutes Aufleben revolutionärer Stimmungen. Unmittelbar ausgelöst wurde durch ihn der Aufstand der 'Roten Armee' im Ruhrgebiet, den schließlich Freikorps und Reichswehrtruppen niederschlugen."[1]

Seiner Dissertation stellt Gerhard Colm das Motto voran:

"Non ridere, non flere, sed intellegere."
Keinem zuliebe, keinem zuleide, sondern zum Verständnis.

Einleitend konstatiert Colm: "Wenn es zum Wesen der Wissenschaft gehört, daß in ihr die Gegenstände und Tatsachen aus ihrem subjektiv bezognenen Situationszusammenhang heraus in die Richtung auf einen sachlich motivierten Objektzusammenhang gebracht werden, wenn mit anderen Worten in der Wissenschaft die theoretische Einstellung zur Welt alles andere Interesse ausschalten soll, dann ergibt sich, wie große Widerstände zu überwinden sind, um ein historisches Geschehen wissenschaftlich zu bearbeiten, das noch mitten in einem Brennpunkt unserer politisch wertenden Stellungnahme steht."[2]

Colm begründet sodann, warum er mit seiner Dissertation einen Beitrag zur *Geschichte und Soziologie* leisten will. "Es soll nur angedeutet werden, daß es nicht nur darauf ankam, den Ruhraufstand in seinen Zusammenhängen als ein einmaliges historisches Faktum zu verstehen, sondern das Verhalten der Arbeiterschaft in einigen Punkten als ein typisches Verhalten zusammen handelnder Massen oder zusammengeschlossener Organisationen der Arbeiter zu begreifen. ... Hier soll vielmehr das historische Faktum, die Ruhrbewegung vom März - April 1920, unter Anwendung allgemeiner soziologischer Begriffe dem nacherlebenden Verständnis nahegebracht werden; andererseits sollen aus dem historischen Stoffe heraus allgemeinere Erkenntnisse soziologischer Art zugänglich gemacht werden. Gegenstand ist also das Verhalten der Arbeiterschaft, das als einmaliges und in einzelnen Punkten als typisches zum Verständnis gebracht werden soll."[3]

Bei den Problemen und Kämpfen des inneren Staatslebens sieht Colm das "Auseinander- und Gegeneinanderklaffen der wirtschaftlichen Macht, der Macht des Verwaltungsapparates, der militärischen Macht und der politischen Staatsleitung." (Teil A)[4] Das Auseinanderklaffen der gesellschaftlichen Faktoren wird bei der (1) Arbei-

---

1 Först, Walter, Kapp Wolfgang (1858-1922), in: Benz, Wolfgang / Graml, Hermann (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 175; Görlitz, Walter, 13. März 1920: Kapp-Putsch gegen die Republik in Berlin, in: ders., Griff in die Geschichte. Menschen und Ereignisse aus 250 Jahren, Düsseldorf 1979, S. 100ff.

2 Colm, Gerhard, Ruhraufstand, S. 7.

3 Ebd., S. 9.

4 Ebd., S. 11.

terschaft, der (2) Reichswehr und dem (3) Bürgertum herausgearbeitet. Zwischen Reichsheer und revolutionärer Arbeiterschaft besteht eine "todfeindliche Gegensätzlichkeit".[1] Die sozialdemokratische Regierung hatte unter dem Druck der Verhältnisse eine Militärmacht zu Hilfe gerufen, "in der der Geist des alten Offizierkorps lebendig war", die eine eigene Willensbildung, eigene Interessen und eine eigene Ideologie besaß. Dieser Geist ist traditionalistisch. Nicht nur die wirtschaftlichen Existenzbedingungen und das soziale Ansehen verbinden den Offizier mit der alten Staatsmacht, sondern auch sein Fühlen und Empfinden. ... In der revolutionären Arbeiterbewegung, in der die Arbeiterschaft den Keim eines Paradieses auf Erden sieht, erblickt der Offizier krankhafte Auswüchse eines verführten Volkskörpers, Auswüchse, die er glaubt mit militärischen Mitteln beseitigen zu können. ... Die Arbeiter hängen nicht am Alten, sondern erwarten alles von der Zukunft."[2] Die Mannschaften der Reichswehr waren meist "politisch ungeschulte, junge Leute, die angesichts der verbreiteten Arbeitslosigkeit der hohe Lohn und die gute Verpflegung, die schmucke Uniform und die Freude am Militärleben dorthin getrieben hatte." Colm beruft sich beim Verhalten der Mannschaften auf eine Äußerung Max Webers. "Aber es unterwirft sich der Soldat, besonders der Söldner, immer leichter der persönlichen Führung seines Offiziers als der sachlichen Autorität eines Prinzips. Diese Abtrünnigen wurden von seiten des Proletariats mit allem nur erdenklichen Haß unter aller Intoleranz als Verräter verfolgt, was sie zu einer immer engeren Anlehnung an die Offiziere führte. Denn nichts bindet so wie gemeinsam ertragener Haß."[3] "Das *Bürgertum* endlich blickte in weiten Kreisen mit einer gewissen Verachtung auf die Regierung. Man warf ihr die Mitschuld an Deutschlands Erniedrigung in Versailles, an den Auslieferungsverlangen, an der Wirtschafts- und Finanzkrise, an den hohen Steuern, am Schiebertum und Korruption vor; manche Minister betrachtete man als Emporkömmlinge, als Emporkömmlinge zu eigenem oder einer Partei Nutzen und zu Deutschlands, des bürgerlichen Deutschlands, Schaden."[4]

Gerhard Colm beurteilt die innenpolitische Situation zu Beginn des Jahres 1920 so: "Eine Regierung, die von ihren treuesten Stützen als notwendiges Übel hingenommen, weil man kein besseres Mittel weiß, von den anderen verachtet oder gehaßt: Eine Regierung mit sozialdemokratischem Übergewicht, die an der Spitze einer bürgerlichen Staats- und Wirtschaftsmaschinerie auf zu viele Rücksicht nehmen muß. Im Lande eine zerrüttete Wirtschaft, eine völlig unterwühlte Gesellschaftsmoral, bittere Not und schamloser, die Not ausbeutender Luxus, Rassenhaß, Klassenkämpfe im politischen und wirtschaftlichen Leben zur Siedehitze gesteigert, und innerhalb

1 Ebd., S. 14.
2 Ebd., S. 15f.
3 Ebd., S. 16.
4 Ebd., S. 17.

der Klassen grimmigster Bruderzwist; dazu ein Friedensvertrag, der Schwerstes forderte, und eine Staatsautorität, die sich bei alldem stützte auf ihr keineswegs ergebene Militärmacht: Das war *die Situation des 13. März."*[1]

Nach der Analyse des Auseinanerklaffens der gesellschaftlichen Faktoren (Teil I A) analysiert Colm "die durch den Kapp-Putsch geschaffene Lage im Ruhrbezirk" (Teil I B), und zwar (1) Bürgertum, (2) Behörden, (3) Städtische Organe, (4) Bergbau - Arbeitsgemeinschaft und (5) Reichswehr: Wehrkreiskommando VI. - Freikorps.[2]

Im zweiten Teil wird die "Gegenaktion der Arbeiterschaft gegen den Kapp-Putsch" untersucht. "Der einheitliche Generalstreik schweißte die Arbeiter aus ihrer politischen und gewerkschaftlichen Zersplitterung heraus zu einer einheitlichen Masse, die nur von einem Willen und einem Gefühl beseelt war. Haß auf die Reichswehr und der Wille, sie zu vernichten."[3] Nach der Schilderung der Angriffskämpfe der Arbeiterschaft werden die Rückzugskämpfe der Reichswehr geschildert.[4]

Zusammensetzung und Organisation der "Roten Armee" werden nach Berufen, Ausländern, Parteien und Verbänden und Alter analysiert. "Auffallend ist, daß, während wir in der politischen sozialistischen Bewegung überwiegend Rechtsanwälte als Intellektuelle finden, in den Reihen der 'Roten Armee' vor allem Lehrer vertreten waren, an führender und an untergeordneter Stelle."[5] Die Beweggründe sieht Colm in der Massenpsychose und im Kampf gegen die bevorrechtete Klasse. "Zum Kampf gegen die offen reaktionäre Reichswehr konnten sich alle Arbeiter vereinigen ... in Verbindung mit der Erkenntnis, daß diese das bedeutenste Hemmnis sei für die Fortführung der sozialen Revolution. ... Der in den ganzen Umständen wurzelnde Haß wurde aber noch durch Presse und durch Bilder künstlich vermehrt. Photographien, die von der Reichswehr Verstümmelte wiedergaben, wurden in großer Masse verbreitet und übten eine ungeheuere Wirkung aus."[6]

Bei der politischen Gegenaktion (Teil C) bemerkt Colm, daß sich tatsächlich aber bereits "eine tiefe Entfremdung zwischen den Massen der Arbeiterschaft und den ("freien") gewerkschaftlichen Führern stattgefunden hatte,[7] was für die Ereignisse im Ruhrgebiet ausschlaggebende Bedeutung hatte."[8] Die christlichen Gewerkschaften gaben sich unpolitisch.

---

1 Ebd., S. 17.
2 Ebd., S. 18-25.
3 Ebd., S. 27.
4 Ebd., S. 48.
5 Ebd., S. 48.
6 Ebd., S. 51f., 55.
7 Koller, Alexander, Massen und Führer in den freien Gewerkschaften, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Ergänzungsheft 1920.
8 Colm, Gerhard, Ruhraufstand, S. 69.

Für die Sozialdemokratische Partei stand "der unbedingte Kampf gegen den Umsturz fest", sie "war ja auch wesentlich durch Minister, einzelne Regierungsbeamte, Kommissare an der Regierung beteiligt, die der Kappsche Umsturz zu beseitigen suchte."[1]

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die zahlenmäßig stärkste sozialistische Partei des Ruhrgebietes, schwankte zwischen "westlicher und östlicher Orientierung". Bei der Kommunistischen Partei überwog entschlossener Kampfwille. "Mit Bekanntwerden des Kapp-Putsches glaubte ein Teil der Kommunisten, und wohl der größte Teil, daß die lang ersehnte Stunde gekommen sei, in der mit der Reaktion auch die bürgerliche Reaktion hinweggefegt werden könnte."[2]

Nach dem Rücktritt Kapps am 17. März 1920 nahm die Reichsregierung in Berlin die Staatsgeschäfte wieder in die Hand und benutzte die Reichswehr, die den Umsturz mitermöglicht hatte, gegen die Gefahr des Bolschewismus. Teile der "Roten Armee" im Ruhrgebiet begannen zu rauben und zu plündern. Die Reichsregierung war auch aus Gründen der Selbsterhaltung gezwungen, "die im Ruhrgebiet gestörte staatliche Autorität wiederherzustellen. Zudem forderten die Parteien und Verbände aus bürgerlichen und sozialistischen Kreisen ein energisches Eingreifen. Die Sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und die Stadtverwaltung Duisburg forderten z.B. in einem Telegramm: "Nach unserer einmütigen Auffassung der Lage ist sofortiges nachdrückliches Vorgehen der Reichswehr das einzige Mittel, um Duisburg und Umgebung vor äußerster Not und Elend zu schützen."[3]

Anfang April 1920 begann der Einmarsch der Reichswehr. Die Roten Truppen hatten zu diesem Zeitpunkt "an dem größten Teil der Front noch nicht den Rückmarsch angetreten." Gerhard Colm charakterisiert die Stimmung der Arbeiterschaft so: "Zunächst noch einmal wild aufflackernde Empörung und der Wille zur erneuten Aktion mit allen Mitteln. Danach folgte allertiefste Depression und Verzweiflung. Den Führern wurde in diesen Tagen immer und immer wieder gesagt: 'Ihr habt uns gerufen und nun verraten; ihr kriegt uns nie wieder zur Aktion.' Aber auch diese Stimmung wich einer anderen, einer Stimmung, die sich die radikale Arbeiterschaft über die Bewegung hinaus bewahrte: zähester, verbissenster Haß gegen die Reichswehr und tiefstes Mißtrauen gegen die Führer."[4]

Der Ruhraufstand endete Anfang April 1920 mit einer "Polizeiaktion" der Reichswehr, "um die Waffenabgabe zu erzwingen und die staatliche Autorität wieder her-

---

1 Ebd., S. 70.
2 Ebd., S. 75f.
3 Ebd., S. 130.
4 Ebd., S. 137.

zustellen."[1] Die Arbeiterschaft war der Meinung, daß nicht die Reichsregierung, sondern das Militär, die Reichswehr, der Sieger sei.

In einer Schlußbetrachtung seiner Doktorarbeit resümiert Colm: "Man kann es vielleicht als ein charakteristisches Zeichen unserer Zeit ansehen, daß fast alle Gebilde des gesellschaftlichen Lebens eine ihnen nicht gebührende Stellung einzunehmen suchen, daß eine Zentrierung der Lebensgebiete fehlt, die aus einem Chaos gegeneinanderwirkender Kräfte ein harmonisches Gesellschaftsleben, ein 'Volk', erwachsen ließe. ... Diese Arbeit sollte nur zeigen, wie aus der Gegensätzlichkeit der gesellschaftlichen Triebkräfte die Ruhrbewegung zu verstehen ist, wie der Haß der Arbeiterschaft auf die Militärorgane der Boden ist, auf dem die Bewegung erwuchs, wie aber diese Einheit des Gefühlslebens, die sich in den späteren Phasen paarte mit dem Triebe der elementarsten Sorge um die Existenz, wie dieses Empfinden, das die bewaffneten Massen beseelte, in den 'demagogischen' Führern seine Ausdrucksmöglichkeit, nicht aber seine einheitliche Leitung fand. Es sollte weiter gezeigt werden, wie dieser Strömung sich die nach objektiven Grundsätzen aufgebaute Organisation der politischen Leitung entfremdete, weil sie, der Suggestion der Massenaktion entzogen, in den Sitzungssälen ihre Entschlüsse auf Grund der objektiven Möglichkeiten, wie sie sie sah, faßte."[2]

Neben Spezialliteratur und Quellen stützt sich Colm bei seiner Dissertation auf Georg Simmel[3], Max Weber[4], Gustave LeBon[5], Robert Michels[6] und auf die Verhandlungen des 1. deutschen Soziologentages (Tübingen 1911). Colms Dissertation kann als Beispiel für die Anwendung massensoziologischer Erkenntnisse auf die Probleme der *sozialen Bewegung* angesehen werden. Bald nach Fertigstellung seiner Dissertation beschäftigte sich Colm erneut mit der Masse.[7] Dies dürfte auch der Anlaß gewesen sein, daß ihm später Alfred Vierkandt[8] in dem von ihm herausgegebenen "*Handwörterbuch der Soziologie*", das die Erkenntnisse der gesamten damali-

---

1 Ebd., S. 139.

2 Ebd., S. 141f.

3 Simmel, Georg, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Leipzig 1908; ders., Grundlage der Soziologie, Berlin und Leipzig 1917; zu Simmel vgl. Honigsheim, Paul, Georg Simmel (1858-1918), in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 270ff.

4 Weber, Max, Politik als Beruf, München-Leipzig 1919.

5 LeBon, Gustave, Psychologie der Massen, deutsch von Eisler, 2. Aufl., Leipzig 1912; zu LeBon vgl. Fischer, Rudolf, Gustave LeBon (1841-1931), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (künftig HdSW), 6. Bd., 1959, S. 551f.

6 Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig 1911; Zu Michels vgl. von Beckerrath, Erwin, Robert Michels (1876-1936), in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 326f.

7 Colm, Gerhard, Die Masse. Ein Beitrag zur Systematik der Gruppe, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 52, Heft 3, 1924.

8 Bernsdorf, Wilhelm, Alfred Vierkandt (1867-1953), in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 321-324.

gen Soziologie zusammenfaßte, den Beitrag "*Masse*" anvertraute.[1] Bei der Typologie der Gruppe knüpfte Colm an die bahnbrechende Leistung von Ferdinand Tönnies (1855-1936)[2] an und entwickelte diese in kritischer Auseinandersetzung weiter. "Den Sozialpsychologen", so Colm, "ist es trotz der intensiven jahrzehntelangen Beschäftigung mit dem Problem des Massenerlebnisses nicht gelungen, eine zufriedenstellende Aufklärung dieses wegen seiner 'Unheimlichkeit' beunruhigenden Phänomens zu bringen. Die geistvollen Erklärungsversuche etwa von *Freud* oder *Vleugels* haben ebenso wie die in vielen Einzelheiten treffenden Beschreibungen etwa von *Le Bon*, *Simmel* und anderen, den Tatbestand zwar als solchen zu beleuchten, nicht aber voll zu klären vermocht."[3]

Die Dissertation und die Beschäftigung mit der "Masse" zeigt exemplarisch das wissenschaftliche Vorgehen von Gerhard Colm: Er rezipierte den neusten Forschungsstand, setzte sich kritisch mit ihm auseinander und entwickelte neue und zum Teil wegweisende Gedanken. Johannes Chr. Papalekas würdigt in seinem Beitrag "Masse" im *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*[4] Colms Beitrag in Vierkandts *Handwörterbuch der Soziologie* (1931) so: "Gerhard Colm hat eine Reihe von Fragen formuliert, die von besonderer Wichtigkeit für die soziologische Entzifferung des Phänomens sind. Er fragt nach dem 'objektiven Schicksalslagen', die geeignet sind, psychische Verfassungen zu erzeugen, die für das Massenerlebnis als Voraussetzung bezeichnet werden; damit hängt die Frage nach den Grenzen der Homogenität zusammen. Darüber hinaus fragt Colm nach den 'Zielsetzungen, die geeignet sind, solche Gefühlsspannungen willensmäßig auszulösen', und weist auf die Wichtigkeit des Vorganges der Bewußtwerdung der Massenhaftigkeit hin, die das *Massenerlebnis* entstehen läßt. Auf die Frage nach dem Verhältnis des Führers zur Masse deutet er ebenso hin wie auf die nach Werden und Vergehen der Masse."

Mit der Promotion endete die Studienzeit Gerhard Colms in Freiburg. Seit dem 11. November 1921 war Colm unter der Immatrikulationsnummer 2763 des 112. Rektorats als Student der Staatswissenschaften an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin eingetragen. Dort hörte er Werner Sombart[5], Max Sering[6] und

---

1 Colm, Gerhard, Masse, in: Vierkandt, Alfred (Hrsg.), Handwörterbuch der Soziologie, 1931, unveränderter Neudruck 1959, S. 353-359.

2 Heberle, Rudolf, Ferdinand Tönnies, in: HdSW, 10. Bd., 1959, S. 394-397. Tönnies war seit 1891 zuerst Titularprofessor, dann außerordentlicher und ab 1913 ordentlicher Professor in Kiel. Clausen, Lars / Poppi, Franz Urban (Hrsg.), Ankunft bei Tönnies. Soziologische Beiträge zum 125. Geburtstag von Ferdinand Tönnies, Kiel 1980.

3 Colm, Gerhard, Masse, S. 355.

4 Papalekas, Johannes Chr., Masse, in HdSW, 6. Bd., 1961, S. 223.

5 Weippert, Georg, Werner Sombart, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 298-305.

6 Savelsberg, Gertrud, Max Sering, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 227-229.

Ernst Troeltsch[1] und hatte daneben die Leitung weiterer volkswirtschaftlicher Kurse inne.[2] Fritz Neumark (1900-1941) lernte 1921/22 als junger Dr. rer. pol. (Promotion 1921 in Jena) in Berlin Werner Sombart kennen, "und zwar in einem nur Promovierten zugänglichen Seminar, zu dessen Mitgliedern u.a. einerseits ein junger russischer Professor, der später im sowjetischen Reich Wirtschaftsminister war, gehörte, Gerhard Colm andererseits„.[3]

Zu Beginn seiner Berliner Zeit lernte Gerhard Colm die aus einer alteingesessenen Hamburger Pastorenfamilie stammende Hanna Nicolassen kennen. Geboren am 3. September 1896 in Lauenburg, gehörte sie zu den zu jener Zeit noch wenigen weiblichen Studenten an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin. Hanna Nicolassen studierte Psychologie und Philosophie, in erster Linie bei Eduard Spranger.[4] Gerhard Colms philosophisches Interesse brachte die beiden durch gemeinsam besuchte Vorlesungen zusammen. Er gab ihr seine Freiburger Notizen von Edmund Husserl[5] und Martin Heidegger[6]. Beide beschäftigten sich mit Blaise Pascal (1623-1662)[7], Sören Kierkegaard (1813-1855)[8], Max Scheler (1874-1928)[9], Alexander Pfänder

---

1 Honigsheim, Paul, Ernst Troeltsch, in: HdSW, 10. Bd., 1959, S. 408-410.

2 Über Colms Studien an der Berliner Universität sind keine näheren Details zu erfahren. Weder gibt es Unterlagen über belegte Vorlesungen und Übungen, noch ist ein Abgangszeugnis vorhanden. Colm ist am 11. November 1924 aus dem Register gelöscht worden. Vgl. Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Verzeichnis des 112. Rektorats.

3 Neumark, Fritz, Deutsche Ökonomen des frühen 20. Jahrhunderts, in: Schefold, Bertram (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VII, Berlin 1989, S. 128; Fritz Neumark versuchte Anfang 1939 nochmals in den USA "eine wenigstens leidlich gesicherte Betätigung" über seinen "früheren Kieler Kollegen und Freund Gerhard Colm" zu erlangen. Neumark, Fritz, Zuflucht am Bosporus. Deutsche Gelehrte, Politiker und Künstler in der Emigration 1933-1953, Frankfurt/Main 1980, S. 187f.

4 Eduard Spranger (1882-1963), Philosoph und Psychologe, Prof. in Leipzig (seit 1912), Berlin (1920/46), danach in Tübingen; Spranger führte die lebens-, geschichts- und kulturphilosophischen Forschungen Diltheys fort. Er gab durch seine Aufstellung von Lebensformen der Persönlichkeits- und Jugendforschung entscheidende Anregungen und suchte eine geisteswissenschaftliche Psychologie zu gründen (u.a. Lebensformen, 1914, 7. Aufl. 1930; Psychologie des Jugendalters, 1924).

5 Edmund Husserl (1859-1938), Professor in Halle, Göttingen und Freiburg i. Br. In seinem Buch "Ideen zu einer reinen Phänomenologie und phänomenologischen Philosophie" (I, 1913) strebte er nach der wissenschaftlichen Begründung der Phänomenologie, eines Verfahrens, zur unmittelbaren Erkenntnis des Wesens der Bewußtseinsgegenstände zu kommen.

6 Martin Heidegger (*1889), Professor in Marburg, seit 1928 in Freiburg; gemeinsam mit Karl Jaspers Begründer der deutschen Existenzphilosophie.

7 Blaise Pascal (1623-1662) trat philosophisch für den Eigenbereich der religiösen Wahrheit ein, die er auf das Gefühl gründete.

8 Sören Kierkegaard (1813-1855): Bekämpft das Hegelsche Weltbild und das übliche Kirchenchristentum; er suchte die Wirklichkeit eines wahrhaft christlichen Lebens den Menschen zu Bewußtsein zu bringen und sie zur persönlichen Entscheidung zu zwingen.

9 Max Scheler (1874-1928), Philosoph und Soziologe; war Hochschullehrer in Jena, München, Köln

und Karl Jaspers (1883-1969)[1]. Hanna Nicolassen/Colm hing insbesondere S. Kierkegaaard, dem Wegbereiter der Existentialphilosophie, an.[2] Gerhard Colm und Hanna Nicolassen heirateten im Jahre 1922. Aus ihrer Ehe gingen vier Kinder hervor: Peter und Anne (geb. 1924 bzw. 1926 in Berlin) sowie Stine und Claus Colm (geb. 1927 bzw. 1930 in Kiel).[3] Hanna Colm promovierte 1924 und lehrte bis 1926 an der Berliner Sozialarbeiterschule. In Kiel wurde sie zur Leiterin der dortigen Kinderberatungsstelle ernannt.

3. TÄTIGKEIT IM STATISTISCHEN REICHSAMT BERLIN

Im Februar 1922, im Alter von 24 Jahren, trat Gerhard Colm als wissenschaftlicher Hilfsreferent in das Statistische Reichsamt in Berlin ein. Dort wurde er zunächst mit dem Gebiet der Produktionsstatistik betraut und erhielt die Aufgabe, die in diesem Bereich gängigen Methoden aller Industrieländer zu untersuchen, um Richtlinien für den Ausbau der deutschen Produktionsstatistik zu entwerfen.[4] Die wissenschaftliche

---

und Frankfurt; Schüler Euckens, wandte später das Verfahren der Phänomenologie bes. in der Religionsphilosophie, Wert- und Gesellschaftslehre an. Scheler suchte in seinem wandlungsreichen Denken die im Wesen der Person liegenden Voraussetzungen für menschliches Denken, Leben, Wirken und Handeln zu erforschen. Er strebte nach Erneuerung religiöser und sittlicher Werte und schuf ein nicht vollendetes Weltbild, das mit blindem Seinsdrang beginnt und in bestimmten Stufen zur Wert- und Sinnerfüllung im rein geistigen Sinn hinführt.

1 Karl Jaspers (1883-1969), ursprünglich Psychiater, 1921-37 Professor der Philosophie in Heidelberg. Jaspers stellte in seiner "Psychologie der Weltanschauungen" (1919) den urtümlichen Zusammenhang zwischen der Wesensart des Denkens und seiner Weltanschauung dar; er gelangte dann zur Existentialphilosophie.

2 Zu Hanna Colm, siehe auch Bloomberg, Claire M., The Existentialist Approach to Psychotherapy with Adults and Children by Hanna Colm, New York 1966. Existentialphilosophie (Existenzphilosophie), eine weltanschauliche Denkweise, die den Begriff des Daseins des Menschen zum Mittelpunkt hat. In der Existentialphilosophie wird nicht von der Auslegung der gegenständlichen Welt ausgegangen, sondern von der unmittelbaren Selbstauslegung des Daseins des lebenden wirklichen Menschen. Ursprünglich war die Existentialphilosophie bei Kierkegaard an die Frage wahrhaft christlichen Lebens geknüpft. Durch Jaspers und Heidegger wurde sie zu einer umfassenden Lehre vom Sein überhaupt. Besonders einflußreich wurde die Existentialphilosophie durch die Wirkung auf die protestantische Theologie.

3 Peter Colm, Harvard Absolvent in Politischen Wissenschaften, ist pensionierter Diplomat, jedoch noch immer als Berater im Dienste des State Departments tätig. Mit seiner Frau Pamela lebt er heute in Lusby, Maryland. Anne Repaske, geb. Colm, ist pensionierte Mikrobiologin und lebt in den Shenandoah Mountains, Virginia. Stine Colm ist Schulpsychologin und durch einige Arbeiten über autistische Kinder hervorgetreten. Sie unterrichtet an der University of Indiana in Bloomington. Claus Colm ist ehemaliger Bankdirektor in Bomaseen, Vermont, und heute im Grundstücksgeschäft tätig.

4 Das "Mehrwert"-Verfahren in der Produktionsstatistik, in: Weltwirtschaftliches Archiv (im folgenden WA), Bd. 20, 1924, S. 204ff.; "Methode und Ergebnisse der Produktionsstatistik", Sonderdruck aus Johannes Conrads "Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie", Jena 1925.

Analyse von Colm zur Ermittlung der Werterhöhung in der Produktionsstatistik wurde von Dr. J. P. Ghertschuk, Moskau, aufgegriffen. Nach Ghertschuk ist die Ermittlung der Werterhöhung in der Produktionsstatistik gegenwärtig (1928) "das Zentralproblem der Produktionsstatistik: ... Eine eingehende Behandlung der Frage der theoretischen und praktischen Bedeutung dieser Ermittlung sowie eine Analyse der hierbei erzielten Ergebnisse ist allein in der deutschen statistischen Literatur anzutreffen, so vor allem in den Schriften von Rudolf Meerwarth[1] und Gerhard Colm."[2] Colm nahm zu den Ausführungen Ghertschuks Stellung und stellte fest: "Wir kommen also mit Ghertschuk zu dem Ergebnis, daß der Abzug der Ausgaben für Neuinvestitionen von den Bruttoerlösen in keinem Fall gerechtfertigt ist."[3] Ferner wurde Colm die Neueinrichtung der Aktien- und Bilanzstatistik der Konzernstatistik übertragen, und er bearbeitete zugleich die Produktionsentwicklung der wichtigsten Rohstoffe in Deutschland und im Ausland, Arbeitsfelder, die ihn für seine spätere Karriere am Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel im höchsten Grade dienlich wurden.[4]

Bei den Pariser Verhandlungen im Jahre 1924 zum Dawes-Plan stand die deutsche Delegation unter der Leitung von Trendelenburg[5] und dem damaligen Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Hermann Blücher. "Hans Schäffer[6] und der Ministerialdirigent im Reichsfinanzministerium Herbert Dorn waren Trendelenburg als Sachverständige beigegeben. Schäffers Hauptaufgabe bestand darin, der Delegation genaue Unterlagen und statistische Auswertungen zur Verfügung zu stellen. Er forderte diese von dem ihm unterstellten Statistischen Reichsamt an, das seit seiner Gründung im Jahre 1924 von Ernst Wagemann und dessen Stell-

---

1 Meerwarth, Rudolf, Einleitung in die Wirtschaftsstatistik, Jena 1920; ders., Nationalökonomie und Statistik. Eine Einführung in die empirische Nationalökonomie, Berlin - Leipzig 1925.

2 Ghertschuk, J. P., Die Ermittlung der Werterhöhung in der Produktionsstatistik. Ihr theoretischer und praktischer Sinn, in: WA, 28. Bd., 1928 II, S. 225f.

3 Colm, Gerhard, Bemerkungen zu dem vorstehenden Aufsatz von Ghertschuk, in: WA, 28. Bd., 1928 II, S. 238.

4 Einige dieser Arbeiten sind in kurzer Form in der Zeitschrift "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht. Vgl. Bibliographie im Anhang. Zu Details über die Tätigkeit am Statistischen Reichsamt vgl. Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, a.a.O., Band I, IV. Abtheilung No 11, Dok. 219f.

5 Vasold, Manfred, Ernst Trendelenburg, in: Benz, Wolfgang / Graml, Hermann (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 344: Ernst Trendelenburg (1882-1945), zunächst im Reichsjustizamt und ab 1917 im Reichswirtschaftsamt tätig, 1919 Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen, ging 1922 als Ministerialdirigent im Reichswirtschaftsministerium, wo er von 1923 bis 1932 als Staatssekretär amtierte. "Trendelenburg war maßgeblich an den Verhandlungen über einen deutsch-französischen Handelsvertrag und an der Abwicklung von Dawes- und Young-Plan beteiligt."

6 Trittel, Günther J., Hans Schäffer, in: Ebd., S. 285: Hans Schäffer (1886-1967) war seit Dezember 1918 als Geheimer Regierungsrat und seit August 1923 als Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium tätig.

vertreter Adolf Löwe geleitet wurde. Die Verbindung zwischen Schäffer und Wagemann wurde dem Hilfsreferenten Gerhard Colm übertragen, mit dem Schäffer später jahrzehntelang freundschaftliche Beziehungen unterhielt. Schäffer verblüffte und überzeugte die französischen Verhandlungspartner durch sein exaktes Zahlenmaterial."[1] Colm war seit Beginn seiner beruflichen Tätigkeit an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Politik tätig. Dies blieb ein Kontinuum bis an sein Lebensende.

Im Jahre 1925 richtete das Statistische Reichsamt das Referat "Ausländische Finanz- und Steuerstatistik, internationaler Finanzbelastungsvergleich" ein, zu dessen Leiter Gerhard Colm bald befördert wurde. Mit Adolf Löwe, der ihn später nach Kiel begleitete, baute er unter Erarbeitung wichtiger Beiträge diesen Bereich mit einem jungen Expertenstab auf.

Eine herausfordernde Aufgabe, die sich seinerzeit der Nationalökonomie stellte, war die Definition und Ermittlung des Umfangs von Volkseinkommen und Volksvermögen.[2] Geschätzte Zahlen waren immer wieder aufgebracht und letztendlich auch zu der entscheidenden Streitfrage der zwanziger Jahre herangezogen worden: den Reparationen. Wieviel waren die Deutschen wirklich in der Lage, jährlich an sogenannten "politischen Zahlungen" aufzubringen? Am 16. August 1924 war das Dawes-Abkommen unterzeichnet worden, doch sollte sich die Diskussion um diese Problematik durch die gesamten Jahre der Weimarer Republik ziehen.

Gerhard Colm schaltete sich in die Diskussion, der sich u.a. der Verein für Sozialpolitik angenommen hatte, ein und leistete durch Definition von Volkseinkommen und -vermögen sowie durch die Aufstellung von Anforderungen an deren statistische Erfassung einen grundsätzlichen Beitrag.[3] Doch wie die Bezeichnung des Referats im Statistischen Reichsamt besagt, konzentrierte sich Colm auf die internationalvergleichende Finanzstatistik - einem recht jungen Forschungsgebiet, das untrennbar mit der Reparationsfrage verbunden war. Hier avancierte Colm bald zu einem international anerkannten Experten.

---

1 Wandel, Eckhard, Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, München 1974, S. 80f.

2 Shirras, F. G., Volkeinkommen und Besteuerung - deutsch hrsg. von Bonn, M. J., mit Diskussionsreden von Stamp, Layton, Jena 1926.

3 Colm, Gerhard, Grundsätzliche Bemerkungen zum Begriff des Volkseinkommens und Volksvermögens, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik (im folgenden SchVfS), Bd. 173: Beiträge zur Wirtschaftstheorie Teil 1: Volkseinkommen und Volksvermögen, München-Leipzig 1926. Sechs Jahre später griff Colm noch einmal in Auseinandersetzung mit von Gottl-Ottlilienfeld und O. Spann auf diesen Artikel unter Aufzeigung verfeinerter Methoden zurück. Vgl. Colm, Gerhard, (zus. mit Julius Landmann), Vergleichbarkeit der Vorkriegs- und Gegenwartsschätzungen der Volksvermögen und Volkseinkommen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 22, 1932, S. 539-555.

In einem 1925 im *Weltwirtschaftlichen Archiv* erschienenen Artikel[1] definiert Colm die Finanzstatistik als ein Hilfsmittel der Finanzwissenschaft und stellt Forderungen an deren Auswertungsmethoden. Im Sinne der international-vergleichenden Finanzstatistik sollten die Staaten ihre Haushalte nach einem *fest vereinbarten Schema* aufschlüsseln. Als ein bislang unbeachteter Aspekt sollte besonders die Beziehung zwischen "öffentlicher" Wirtschaft und Volkswirtschaft zur Geltung gebracht werden. Durch deren Transparenz und durch entsprechend fundierte Daten würden die Experten zu einem realistischen Steuer- bzw. Abgabenbelastungsvergleich gelangen.[2] Da die volkswirtschaftliche Bedeutung des Staatsaufwandes auf der Art ihrer Verwendung beruhe - ob sie etwa eine Beanspruchung von Produktivmitteln darstelle, ob der Wirtschaft zugunsten des Auslands Kredite entzogen würde, oder ob z.B. lediglich eine Einkommens- oder Vermögensverschiebung im Innern bewirkt werde - zeigt sich nach Colm auch, daß nicht nur die Art der Deckung, sondern auch die Art der Verwendung des Staatsbedarfs für die Erfassung der Beziehungen zwischen Finanzwirtschaft und Volkswirtschaft in erster Linie entscheidend sei. Dieser Grundsatz sei gegenüber den meisten bisherigen statistischen Darstellungen, die lediglich an die Art der Deckung der Staatsausgaben wie z.B. durch Steuern oder Anleihen anknüpften, zu betonen.[3] In jedem Fall sei ein realistischer Vergleich der Finanzbelastung zwischen Volkswirtschaften verschiedener Länder möglich. Dieser letztgenannte Aspekt weist bereits stark auf die Richtung der sich zu diesem Zeitpunkt in Vorbereitung befindlichen Habilitationsschrift des Finanzexperten hin: Gerhard Colm, der staatliche Ausgabenpolitik als eine eigenständige essentielle Säule in einer Volkswirtschaft betrachtete, wollte diese finanzstatistisch vergleichbar machen, um z.B. untersuchen zu können, in welchem Umfang etwa eine Staatswirtschaft die Konjunktur beeinflussen könne.[4]

Als eine für die Abteilung "Ausländische Finanz- und Steuerstatistik, internationaler Finanzbelastungsvergleich" repräsentative Arbeit kann die vergleichende Untersuchung der Staatsausgaben von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien aus der Vor- und Nachkriegszeit angesehen werden.[5] Colms Arbeitsgruppe baute dabei sowohl auf den eigens entwickelten Richtlinien als auch auf den Vorarbeiten Selig-

---

1 Colm, Gerhard, Die methodischen Grundlagen der international-vergleichenden Finanzstatistik, in: WA, Bd. 22, 1925, S. 222 - 249; ders., Ein neuer Versuch zur international-vergleichenden Finanzstatistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 17. Bd., Jena 1928, S. 36ff.

2 Colm, Gerhard, Grundlagen, S. 225. Zur präziseren Klärung der theoretischen Grundlagen dieser Vergleiche weist Colm auf das bald darauf erscheinende Buch Findlay G. Shirras (s.u.) hin.

3 Ebd., S. 232f.

4 Ebd., S. 234.

5 Die Staatsausgaben von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien in der Vorkriegs- und Nachkriegszeit, Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches Nr. 2, 1927.

mans, Shirras' und Gerloffs[1] auf.[2] Unter Überwindung großer methodischer Schwierigkeiten, wie etwa Quellenbeschaffung, unterschiedlicher Budgetgestaltung und -gliederung sowie Wirtschaftsbedingungen wurde unter dem Schwerpunkt Belastungsvergleich erneut der bereits oben angedeutete Weg beschritten: "Für die Beurteilung der gesamten Finanzwirtschaft, vor allem für die Frage der Verteilung der öffentlichen Last, ist es zwar von größter Bedeutung, auf welche Weise die zur Dekkung des Finanzbedarfs erforderlichen Mittel aufgebracht werden. In dieser Arbeit soll aber auch gezeigt werden, daß Zweck und Art der Verwendung dieser Mittel für die Beurteilung des Verhältnisses zwischen Staatswirtschaft und privater Erwerbswirtschaft mindestens von der gleichen Bedeutung sind."[3]

Gerhard Colm avancierte in seiner Berliner Zeit zu einem Experten in der Reparationsfrage, eine Tatsache, die sich aus seiner Autorität als Finanz- und Fiskalspezialist heraus ergab. Im Anhang II zu den Reparationsklauseln des Dawes-Abkommens[4] war angeführt worden, daß die Reparationskommission in gewissen Zeitabständen Deutschlands Leistungsfähigkeit abschätzen und das deutsche Steuersystem überprüfen sollte, um sicherzustellen, "... daß das deutsche Steuersystem verhältnismäßig genauso drückend ist wie das irgendeiner anderen in der Reparationskommission vertretenen Macht." Damit war die Steuerbelastung zur Grundlage der Leistungsfähigkeit in der Reparationsfrage gemacht worden. In diesem Zusammenhang gingen Colms Angriffe an die Adresse der Experten aller beteiligten Seiten, nämlich daß bei den Verhandlungen nach 1922 - ob bei der Festlegung von Volksvermögen und Volkseinkommen oder bei der Ermittlung der Steuerbelastung - ein ungeheuerer Dilettantismus geherrscht habe.[5] Gerhard Colm ging es um die Anwendung der in seiner Abteilung entwickelten Methoden der international-vergleichenden Finanzstatistik bzw. vor allem um den Nachweis, daß die Deutschen - trotz aller gegenteiligen Behauptungen aus dem Ausland - der relativ höchsten Belastung von Steuern und anderen Abgaben, wie etwa Sozialversicherungsbeiträgen, unterworfen waren.

---

1 Neumark, Fritz / Kullmer, Lore / Gerloff, Wilhelm, in: HdSW, 4. Bd., 1956, S. 398f.

2 Seligman, Edwin, Studies in Public Finance, New York 1925; Shirras, Findlay G., Volkseinkommen und Besteuerung, Jena 1926 (s.u.); Gerloff, Wilhelm, Steuerbelastung und Wiedergutmachung. Ein Beitrag zur Reparationsfrage, in: SchVfS, Bd. 168, 1924.

3 Einzelschrift (wie Fn 1), S. 12. Die Ergebnisse dieser Enquête faßte Colm noch einmal zusammen: Neue Methoden der international-vergleichenden Finanzstatistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 17, 1927/28.

4 Zur damaligen Diskussion über die Reparationsfrage Spangenberg, Gerhard, Deutschlands Reparationslasten: Versailler Vertrag, Dawes-Plan, Young-Plan, Haager Konferenz, Dresden ²1929; Ronde, Hans, Von Versaille bis Lausanne: Der Verlauf der Reparationsverhandlungen nach dem 1. Weltkrieg, Stuttgart 1950; Röper, Burkhardt, Reparationen, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 812ff.

5 Vorwort zu Shirras, Findlay G., Volkseinkommen und Besteuerung, Vortrag in Bombay, hrsg. M. J. Bonn, Jena 1926; Colm, Gerhard, Hinkende Steuerbelastungsvergleiche im Dienste der Reparationspolitik, in: Frankfurter Zeitung vom 3.6.1932.

Dabei erhielt er unerwartete Schützenhilfe: Der indische Finanzexperte Findlay G. Shirras aus Bombay hatte in einem Vortrag die deutsche Seite mit schlagkräftigen Argumenten versehen, indem er ganz in Colms Methodik nachgewiesen hatte, daß die Reichsbürger der relativ höchsten Belastung aller Industrienationen unterworfen waren. Dieser Vortrag wurde von Colm 1926 aus dem Englischen übersetzt und mit Anmerkungen versehen. Colm sah es als bedeutend an, "... daß eine so anerkannte Autorität auf dem Gebiete der Finanzwissenschaft wie der indische Gelehrte Findlay G. Shirras ... im Rahmen eines Vortrages der Londoner Society den Versuch gemacht hat, den Steuerdruck nicht pro Kopf der Bevölkerung, sondern im Verhältnis zum Volkseinkommen zu ermitteln. ... In jedem Fall aber ist es für die weitere Erörterung von großem Wert, wenn ein Ausländer in einem der ehemaligen feindlichen Staaten zu dem Ergebnis kommt, daß die Steuerbelastung in Deutschland 26 Prozent, in anderen Ländern dagegen 18-22 Prozent des Volkseinkommens erfaßt."[1]
In seinem Wirken als Reparationsexperte lag Gerhard Colm, besonders der Nachweis eines der größten - und folgenschwersten - Probleme der zwanziger Jahre am Herzen, daß nämlich die Reparationszahlungen nicht anders transferiert werden konnten als durch einen nach der Währungsstabilisierung 1924 einsetzenden Zustrom von Auslandsanleihen. Ausländische Sparer zeichneten deutsche Anleihen, deren Schuldner deutsche Industriefirmen und öffentlich-rechtliche Korporationen, insbesondere Gemeinden, waren, die inländische Materialien und Löhne bezahlen mußten. Auf diese Weise flossen der Reichsbank ständig Devisenbeträge zu, so daß

---

1 Vorwort zu Shirras, Die Übersetzung dieses Buches blieb nicht ohne Bedeutung: Gerhard Colm, der zusammen mit Joseph Dodge und Raimond Goldsmith nach dem Zweiten Weltkrieg zum Vater der D-Mark wurde, traf 1946 mit Findlay G. Shirras bei den Verhandlungen über den "Colm-Dodge-Goldsmith-Währungsreformplan" zusammen, als dieser nämlich mit dem Engländer Paul Chambers als Finanzsachverständiger der britischen Seite in Berlin auftrat. Colm und Shirras schlossen in Deutschland schnell Freundschaft, und er sollte in dem indischen Gelehrten fortan einen verständnisvollen Interpreten für die Vorstellungen der Amerikaner in der englischen Militärverwaltung finden. Vgl. "Die D-Mark entstand im Fluge". Gespräch Joachim Schweliens mit Gerhard Colm und Raimond Goldsmith, *Stuttgarter Zeitung* vom 20. Juni 1968. Darüber hinaus machte Gerhard Colm bereits im Statistischen Reichsamt Bekanntschaft mit - zu diesem Zeitpunkt noch - Raimund Gold*schmidt*, womit ein weiterer interessanter Verbindungszirkel im Zusammenhang mit der Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform geschlossen wäre. Geboren am 23. Dezember 1904 in Brüssel, studierte Goldschmidt zunächst in Frankfurt und danach an der Handelshochschule in Berlin, wo er 1925 als Diplomkaufmann graduierte. Noch im Jahre 1927 trat er in das Statistische Reichsamt ein, wo er Colm noch vor dessen Weggang nach Kiel kennenlernte. Am 2. März 1928 promovierte Goldschmidt zum Dr. phil. mit dem Dissertationsthema: "Das deutsche Großbankkapital in seiner neueren Entwicklung". Bevor Goldschmidt vor den Nationalsozialisten 1933 ins Ausland fliehen mußte, wirkte er noch kurzfristig als Kreditanalytiker in der Reichskreditgesellschaft in Berlin. Nach seiner Emigration lehrte er zunächst an der School of Economics in London, bevor er in den USA aufgenommen wurde. Hagemann, Harald / Krohn, Hans-Dieter, Emigration, S. 88.

der Reparationsagent die ihm vom Reichsfinanzminister überwiesenen Reichsmarksummen ohne Gefährdung des Wechselkurses der deutschen Reichsmark in fremde Währungen umtauschen konnte. Die deutschen Steuerzahler mußten selbstverständlich die Reparationen erst einmal in Reichsmark aufbringen, was einen vielfach kritisierten, hohen Steuersatz im Deutschen Reich zur Folge hatte, der wiederum deutsche Unternehmen oder sonstige Körperschaften dazu zwang, Kapital im Ausland aufzunehmen. Dieser Mißstand wurde auch im Ausland gesehen, und die Deutschen wurden vielfach wegen vermeintlicher Verschwendung von Steuergeldern scharf angegriffen. In einem 1927 erschienenen Artikel weist Colm nach, daß Kapital zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen ständig importiert werden mußte.[1] Wie in einer düsteren Vorahnung deutet er an, was wenige Jahre später einmal bittere Realität werden sollte: "Bisher kann noch kein Urteil darüber gefällt werden, wie die Reparationsleistungen auf die deutsche Wirtschaft und auf die Auslandsmärkte wirken werden, wenn der kompensierende Faktor der Kapitaleinfuhr nicht mehr besteht."[2] Colm plädierte stattdessen für eine verstärkte Entwicklung der Exportmöglichkeiten für das Reich in die Gläubigerländer, um auf diese Weise die Reparationsschulden bezahlen zu können.[3]

Gerhard Colm erhielt in seiner Berliner Zeit Gelegenheit, sein Wissen auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft und Statistik in den Dienst des Deutschen Reiches zu stellen. Mehrfach war er im Auftrage des Reichswirtschaftsministeriums, des Auswärtigen Amtes und des Reichsfinanzministeriums tätig, so in der erweiterten Kriegslastenkommission bei den Vorbereitungsarbeiten zum Dawes-Plan, bei den Verhandlungen über die Sachlieferungen sowie bei den Mitte der zwanziger Jahre stattfindenden (und schließlich gescheiterten) Abrüstungsverhandlungen in Paris.[4] Bei diesen ging Gerhard Colm das Problem - ganz im Sinne seines geforderten Ansatzes zur international-vergleichenden Finanzstatistik - vom finanzwissenschaftli-

---

1 Vgl. Der Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen über den Beginn des dritten Annuitätsjahres, in: WA, Bd. 26, 1927, S. 375-391. Kommentar zum Report of the Agent General for Reparation Payments. Berlin, June 10th, 1927, deutsche Ausgabe: Deutschland unter dem Dawes-Plan, Berlin 1927; Schacht, Hjalmar, Mehr Geld. Mehr Kapital. Mehr Arbeit, Schloß Bleckede a. d. Elbe 1949, S. 32: "Der Kredit diente nicht dazu, Deutschlands Export zu fördern, sondern er diente in ganz überwiegendem Maße dazu, die Reparationen zu bezahlen. Das besonders Bedenklichte dabei war, daß die Gläubiger politische Regierungen waren und daß sie sich bezahlt machten aus Krediten, die private Ausländer an Deutschland gaben. ... Dabei ist festgestellt, daß die verantwortliche deutsche Notenbankleitung vom ersten Tage an, nämlich sofort nach der Gewährung der ersten Anleihe im Jahre 1924, der sogenannten Dawes-Anleihe, und selbst vorher, schon unablässig auf die Gefahr allzu weitgehender Inanspruchnahme ausländischen Geldes hingewiesen hat."

2 Bericht des Generalagenten, S. 380.

3 Ebd., S. 381.

4 Vgl. Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, a.a.O., Band I, IV. Abtheilung N° 11, Dok. 289.

chen Aspekt her an: In einem von allen Staaten akzeptierten Musterbudget sollten die realen Rüstungsausgaben der an den Verhandlungen beteiligten Länder überhaupt erst einmal ermittelt und schließlich in ihrem relativen Aufwand verglichen werden. Colm erwog diesen Vergleich als einen Weg zu einer möglichen Einigung zur Rüstungsbegrenzung, indem jedem Land etwa ein gewisser Anteil des Bruttosozialprodukts für Rüstungszwecke zugestanden werden sollte.[1]

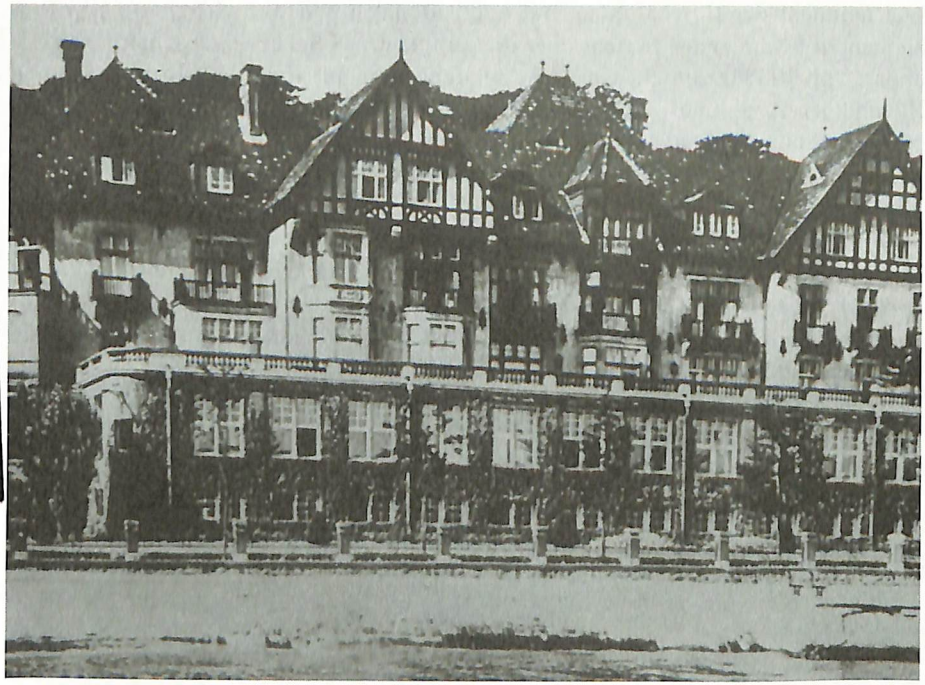
Gerhard Colms Lehraufträge in Berlin blieben nicht auf die Volkshochschulkurse beschränkt. Solange die vom Preußischen Handelsministerium errichtete Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung bestand, war Colm dort als nebenamtlicher Dozent für Volkswirtschaft tätig (1921/22). Im Wintersemester 1926/27, in den letzten Monaten seiner Berliner Zeit, wirkte er als Lehrbeauftragter an der Handelshochschule zu Berlin.[2] Gerhard Colms Zeit in Berlin endete im Frühjahr 1927.

---

1 Diese Vorstellungen sind zusammengefaßt in: Der finanzwirtschaftliche Aspekt des Abrüstungsproblems, in: Handbuch des Abrüstungsproblems, Systematischer Teil. Berlin 1928.

2 Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, a.a.O., Dok. 221.

4. TÄTIGKEIT AM INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT UND SEEVERKEHR IN KIEL



Das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel in den 1920er Jahren

4.1. Geschichte und Aufgaben des Instituts

Als Keimzelle des späteren Instituts für Weltwirtschaft ist das durch einen Erlaß des preußischen Kulturministeriums vom 16. Oktober 1899 gegründete Staatswissenschaftliche Seminar an der Universität Kiel anzusehen.[1] Dem ersten Leiter des Seminars, Professor Dr. Wilhelm Hasbach (1849-1920)[2], folgten 1906 Professor Georg

---

1 Die folgende Darstellung basiert in erster Linie auf Friedrich Hoffmanns dreibändiger Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft, die er in den Jahren 1940 bis 1943 abfaßte und deren unveröffentlichtes Manuskript von der Institutsbibiothek zur Verfügung gestellt wurde. Der größte Teil der für eine geschichtliche Dokumentation - auch über Gerhard Colm - notwendigen Unterlagen ist infolge der 1944 durch Luftangriffe verursachten Zerstörungen verlorengegangen.

2 L. E., Wilhelm Hasbach, in: HdStW, 4. Aufl., 5. Bd., Jena 1923, S. 152.

Adler (1863-1908)[1], 1907 Ludwig Bernhard, und schließlich am 1. Oktober 1908 Bernhard Harms.[2]

War Harms während seiner Tübinger und Jenaer Zeit entsprechend seiner Ausbildung eher den Traditionen der Historischen Schule verpflichtet gewesen, wandte er sich nunmehr der Beschäftigung mit internationalen und weltwirtschaftlichen Problemen zu.[3] Sein erster Bericht über die Tätigkeit des Staatswissenschaftlichen Seminars von 1908/09 spricht von drei Abteilungen, nämlich der "Vorbereitenden und allgemeinen Abteilung", der "Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft" sowie der "Abteilung für Statistik", wobei der Schwerpunkt auf die zweitgenannte gelegt werden sollte.[4] Bernhard Harms trieb seine Ausbaupläne energisch voran, und auf Ministerialerlaß vom 27. Dezember 1910 hin wurde das Staatswissenschaftliche Seminar in "Staatswissenschaftliches Institut" umbenannt.[5] Am 10. Februar 1911 wurde die Errichtung einer besonderen "Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft" ministeriell genehmigt, und am 24. Februar konnte das Staatswissenschaftliche Institut mit seiner besonderen "Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft" im Rahmen einer Feierstunde eröffnet werden.[6]

In seiner Festrede kündigte Harms als Richtlinie neue Forschungsschwerpunkte an, nämlich mit besonderem Schwerpunkt auf Statistik (Abteilung II) und - von Harms als die wichtigste Abteilung (III) bezeichnet - auf Seeverkehr und Weltwirtschaft.[7] "Wir wollen das internationale Wirtschaftsleben beobachten, seine Bedingungen und Lebensäußerungen sowohl erforschen wie lehren." Unter der Betrachtung im vierfachen Blickwinkel "Beschreibung, Geschichte, Theorie und Politik" sollte das Ziel verfolgt werden, die Volkswirtschaftslehre zu einer Weltwirtschaftslehre fortzuentwickeln.[8]

Vom positiven Echo, das das Institut im In- und Ausland bald fand, ermutigt, ging Harms zügig an seinen ehrgeizigen Plan zur Gründung eines selbstständigen Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel heran, wobei zahlreiche Widerstände und Rückschläge zu bewältigen waren. Nachdem er zunächst in erster

---

1 L. E., Georg Adler, in: HdStW, 4. Aufl., 1. Bd., Jena 1923, S. 44.

2 Näheres über Bernhard Harms, s. Bd. 3 von Friedrich Hoffmanns Institutsgeschichte: "Kleine Erlebnisse mit und um Bernhard Harms."

3 Harms, Bernhard, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft, Jena 1912. Vgl. Zottmann, Anton, Festschrift zum 50. Jubiläum des Instituts für Weltwirtschaft am 18.2.1964, Kiel 1964, S. 4.

4 Hoffmann, Friedrich, Bd. 1, S. 13.

5 Ebd., S. 19.

6 Ebd., S. 20f., vgl. Zottmann, Anton, Festschrift, S. 5.

7 "Das Staatswissenschaftliche Institut an der Universität Kiel. Unter besonderer Berücksichtigung seiner "Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft". Rede gehalten bei der Eröffnungsfeier am 24. Februar 1911 von Dr. Bernhard Harms, Jena 1911, zit. n. Zottmann, Anton, Festschrift , S. 5ff.

8 Harms, Bernhard, Volkswirtschaft, S. 18.

Linie auf private Unterstützung hatte bauen müssen, führten Harms Bemühungen um staatliche Unterstützung endlich am 18. Februar 1914 zum Ziel. Das Ministerium der "Geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten" genehmigte die Errichtung des geplanten Instituts und ernannte den außerordentlichen Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften Dr. Bernhard Harms zum Direktor[1]. Am 20. Februar 1914 konnte die feierliche Eröffnung des "Königlichen Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel" stattfinden.

Als die wichtigsten Aufgaben des Instituts bezeichnete Harms in seiner Eröffnungsrede die dauernde Beobachtung der Gesamtlebensäußerungen der Weltwirtschaft und die Darstellung weltwirtschaftlicher Verflechtungsvorgänge in systematischer Arbeit. Als institutseigenes Veröffentlichungsorgan diente das *Weltwirtschaftliche Archiv*, das seit Januar 1913 herausgegeben wurde.[2]

A. Wagner sah 1876 die Weltwirtschaft herannahen, die er, "wie die Volkswirtschaft individualistisch definiert, als den Inbegriff der miteinander verkehrenden Einzelwirtschaften vieler, schließlich aller Völker oder Volkswirtschaften der Erde."[3] Bernhard Harms hielt in seiner "Weltwirtschaft"[4] am individualistischen Grundgedanken fest. "Die Weltwirtschaft ist ihm der gesamte Inbegriff der durch hochentwickeltes Verkehrswesen ermöglichten und durch internationale staatliche Verträge sowohl geregelten wie geförderten Beziehungen und deren Wechselwirkungen zwischen den Einzelwirtschaften der Erde."[5] Harms fügte den internationalen Rechtszustand in die Definition ein, der eine politische Angelegenheit des Staates ist. "Eine Ergänzung des individualistischen Verkehrsstandpunktes durch eine "raumwirtschaftliche Auffassung hat daher Harms in späterer Ausführung zur Erklärung der Weltwirtschaft für richtig gehalten. Diese Räume sind jedoch durch den Staat bestimmt, sind also politisch zu verstehen, und werden erst in dieser Verbindung zu Teilen der Weltwirtschaft."[6]

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges gefährdete kurzfristig die Existenz des jungen Instituts, doch vermochte eine rasche Umstellung des Aufgabenbereichs auf kriegswichtige Fragen - besonders unter Heranziehung des neubegründeten Wirtschaftsarchives - bald eine Unentbehrlichkeit bewirken.[7] Während der Kriegszeit wuchsen die Sammlungen der Bibliothek und des Archivs rasch an, und in der Schriftenreihe

---

1 Hoffmann, Friedrich, Bd. 1, S. 71f.

2 Zu diesem Zeitpunkt lag die institutseigene Veröffentlichung "Probleme der Weltwirtschaft" bereits in 19 Bänden vor. Zur Eröffnungsfeier vgl. Zottmann, Anton, Festschrift, S. 15ff.

3 Sartorius von Waltershausen, A., Weltwirtschaft, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften [künftig HdSt] , 4. Aufl., Erg.bd., 1929, S. 931.

4 Harms, Bernhard, Volkswirtschaft.

5 Sartorius von Waltershausen, A., Weltwirtschaft, S. 932.

6 Ebd., S. 932.

7 Hoffmann, Friedrich, Bd. 2, S. 18.

"Probleme der Weltwirtschaft", in der bis 1918 28 Bände publiziert wurden, beschäftigte man sich, wie vorgesehen, schwerpunktmäßig mit der Untersuchung weltwirtschaftlicher Beziehungen - nun besonders unter Einbeziehung des kriegsbedingten Wandels.[1] Noch während des Krieges hatte sich wachsender Platzbedarf bemerkbar gemacht, und Bernhard Harms konnte schließlich nach langen Verhandlungen am 22. Juni 1920 das neue Institutsgebäude am Düsternbrooker Weg einweihen.

In zwei weiteren ziemlich gleichlautenden programmatischen Äußerungen über die Aufgaben des Instituts aus den Jahren 1926 und 1930 nennt Bernhard Harms die Untersuchung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und ihrer Grundlagen in den einzelnen Ländern und Erdräumen, Lehrtätigkeit im Rahmen der Christian-Albrechts-Universität und die Sammlung weltwirtschaftlichen Forschungsmaterials nach bibliothekarischen und archivalischen Gesichtspunkten.[2] In erster Linie sei das Institut jedoch eine Forschungsanstalt, wie Harms betonte.[3]

Der Umfang der Bibliothek und des Wirtschaftsarchivs wuchs rasch an,[4] und somit stand den Institutsmitarbeitern schon bald eine reiche Materialbasis für ihre Forschungstätigkeit zur Verfügung. Zunächst wurde die Forschungsarbeit in konventioneller Weise, d.h. von einzelnen Wissenschaftlern betrieben, doch allmählich vollzog sich ein Übergang zum "team-work".[5]

Kurz nach dem Einzug in das neue Gebäude war eine kleine Statistische Abteilung gegründet worden,[6] und aus dieser Abteilung heraus entwickelte sich schließlich die besondere "Abteilung für Statistische Weltwirtschaftskunde und internationale Konjunkturforschung" (Astwik), die am 1. April 1926 ihre Tätigkeit aufnahm und zu deren Leiter später Gerhard Colm ernannt wurde. Nach Harms hatte diese Abteilung zwei Aufgaben: "Sie ist zunächst eine Stätte wirtschaftswissenschaftlicher Forschung auf einem Spezialgebiet, dem sich neuerdings die deutsche sozialökonomische Forschung im Anschluß an die wissenschaftliche Entwicklung des Auslandes mit verstärktem Interesse zuwendet."[7] Fast alle Forschungsstellen für Konjunktur-

---

1 Zottmann, Anton, Festschrift, S. 23.

2 Harms, Bernhard, Das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, in: Weltpolitsche Bildungsarbeit an den deutschen Hochschulen (Becker-Festschrift), Berlin 1926. Ders., Das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, in: Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele, Bd. 2, Hamburg 1930.

3 Harms, Bernhard, Institut, S. 9.

4 Bibliotheksumfang 1910: 2.682 Bände, 1914: 12.217 Bde., 1930: 140.000 Bde.; nach Hoffmann, Friedrich, Bd. 2, S. 166. Das ehemalige Kriegarchiv umfasste 1920 rd. eine Millionen Ausschnitte und wuchs bis 1933 um rd. 800.000 Ausschnitte; nach Zottmann, Anton, Festschrift, S. 41.

5 Ebd., S. 41.

6 Hoffmann, Friedrich, Bd. 2, S. 145.

7 Harms, Bernhard, Institut, S. 11f.

wissenschaft im In- und Ausland hätten sich lediglich die Tatsachen und Gesetzesmäßigkeiten *nationaler* Konjunkturabläufe zum Gegenstand genommen. Die Kieler Gruppe sollte jedoch bewußt über diese Grenze hinausgreifen und nicht mehr nur das Auf und Ab der wirtschaftlichen Bewegungen nach seinen Ursachen und Wirkungen im Rahmen der nationalen Wirtschaft untersuchen: "... schon im letzten Menschenalter vor dem Krieg (wurden) die nationalstaatlichen Sonderbewegungen der Wirtschaft dauernd durchkreuzt von internationalen Strömungen und Hemmungen. Daß für das europäische Wirtschaftsgebiet seine internationale Abhängigkeit durch die wirtschaftlichen Strukturveränderungen infolge des Krieges beträchtlich erhöht worden ist, zeigt die Fülle der wirtschaftspolitischen Probleme, die sich beispielsweise für den englischen Außenhandel, die Währungs- und Finanzpolitik vieler Länder oder bei der Umstellung und Rationalisierung der deutschen landwirtschaftlichen und industriellen Produktion ergeben hat. Diesen übernationalen und internationalen Markteinflüssen auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung, des Transportwesens, der Wanderungsbewegungen, der Kapitalanlagen und der wirtschaftlichen Organisationsformen will die Abteilung ihre wissenschaftliche Aufmerksamkeit zuwenden. Als Ergebnis wird eine eingehende Analyse der tatsächlich wirksamen weltwirtschaftlichen Konjunkturfaktoren erhofft und darüber hinaus, auf der Einsicht in die strukturellen Zusammenhänge bauend, eine mindestens diagnostische Darlegung der letzten ursächlichen Bedingungen."[1]

In den Vereinigten Staaten war im Jahre 1917 an der Harvard University das erste moderne Konjunkturforschungsinstitut gegründet worden, dem sich unter dem Eindruck der schweren Nachkriegsrezession weitere amerikanische Gründungen anschlossen. Das von Wesley C. Mitchell[2] 1920 in den Vereinigten Staaten gegründete und geleitete "National Bureau of Economic Research" wurde zum Hauptrepräsentanten der empirischen Konjunkturforschung.[3] Das Harvard-Institut war das Vorbild für eine Reihe von Konjunkturforschungsstellen, die in Europa gegründet wurden: in Stockholm Ende 1922, in London und Paris 1923 sowie in Rom 1926.[4] Das vergleichbare "Deutsche Institut für Konjunkturforschung" in Berlin war nach

---

1 Ebd. Vgl. Zottmann, Anton, Festschrift, S. 41ff.

2 Mitchell, Wesley C., Business Cycles, the Problem and its Setting, New York 1913.

3 Colm, Gerhard, Entwicklungen in Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik in den Vereinigten Staaten von Amerika. Mit einer Einführung von Fritz Baade, Kiel 1954, S. 9: Colm unterscheidet drei Stadien der Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik in den Vereinigten Staaten. In den zwanziger Jahren entwickelte sich in den Vereinigten Staaten, wie auch in anderen Ländern, die sogenannte Barometermethode. "Die primitivste Form des Wirtschaftsbarometers basierte auf der Babson-Formel: Was heraufgeht, muß auch wieder herunterkommen. Verfeinerte Forschung beruhte auf den Harvard-Studien und besonders auf den Studien des von Wesley Mitchell und später Arthur geleiteten National Bureau of Economic Research in New York."

4 Wagemann, Ernst, Einführung in die Konjunkturlehre, Leipzig 1929, S. 26; Ellis, Howard S., German Monetary Theory 1905-1933, Cambridge/Mass. 1934, S. 415.

der Währungsstabilisierung im Jahre 1925 gegründet worden.[1] "Die Epoche der modernen Konjunkturforschung setzte schon vor dem 1. Weltkrieg mit den Untersuchungen von Knut Wicksell[2], Joseph Schumpeter[3] und Albert Aftalion[4] ein. Die konjunkturtheoretische Analyse empfing dann durch die Depression nach dem 1. Weltkrieg und vor allem durch die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre starke Impulse."[5] Die klassische Ausprägung der deskriptiven Methode findet sich in Arthur Spiethoffs Artikel "Krisen" in der 4. Aufl. des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften[6].

Adolph Lowe hatte den allmählichen Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft nach 1918 beobachtet und daraus seine Schlüsse gezogen: "Schon bei der Untersuchung der Übergangswirtschaft - und in gesteigertem Maße gilt das für die Zeit meiner Verwaltungstätigkeit -, wurde mir klar, daß der in Deutschland damals herrschende Stand der Wirtschaftstheorie mit ihrer Konzentration auf die Werttheorie nicht ausreichte, um eine Wirtschaftspolitik zu begründen."[7]

Gerhard Colm nahm 1927 am Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr seine Tätigkeit auf. Bernhard Harms war auf den jungen Finanzspezialisten aus Berlin aufmerksam geworden und holte ihn wenig später nach Adolf Löwe an die Kieler Förde. Eine innovative Arbeit stellte dort dann Gerhard Colms Habilitationsschrift dar.

4.2. Gerhard Colms Habilitationsschrift: "Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben. Ein Beitrag zur Finanztheorie"[8]

"Der Versailler Vertrag formulierte 1919 einen 'Grundsatz der Gleichwertigkeit der Besteuerung', demzufolge die Steuerbelastung in Deutschland nicht geringer sein durfte als in irgendeinem der im Reparationsausschuß vertretenen Siegerstaaten, und

---

1 Wagemann, Ernst, Konjunkturlehre. Eine Grundlegung zur Lehre vom Rhythmus der Wirtschaft, Berlin 1928, S. 9; Müller-Armack, Alfred, Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik, in: HdStW, 4. Aufl., Erg.bd., Jena 1929, S. 646.

2 Wicksell, Knut, Geldzins und Güterpreise, Jena 1898.

3 Schumpeter, Joseph A., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, München-Leipzig [1]1912, [2]1926.

4 Aftalion, Albert, Les crises périodiques de surproduction, Paris 1913.

5 Jöhr, Walter Adolf, Konjunktur (I) Theorie, in: HdSW, 6. Bd., 1959, S. 98.

6 Spiethoff, Arthur, Krisen, in: HdSt, 4. Aufl., 6. Bd., 1925, S. 8-91. - Spiethoffs Werk ist von Edgar Salin in Neuauflage unter dem Titel Spiethoff, Arthur, Die wirtschaftlichen Wechsellagen. Aufschwung. Krise. Stockung, Tübingen-Zürich 1955 herausgegeben worden. Vgl. Clausing, Gustav, Arthur Spiethoffs wissenschaftliches Lebenswerk, in: Schmollers Jahrbuch, Bd. 78, 1958, S. 257ff.

7 Lowe, Adolph, Konjunkturtheorie in den zwanziger Jahren, in: Schefold, Bertram (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VIII, Berlin 1989, S. 77.

8 Tübingen 1927; Eine kritische Stellungnahme erfolgte von Hans Ritschl, Gemeinwirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft. Zur Erkenntnis der dualistischen Wirtschaftsordnung, Tübingen 1931, S. 27-31, 45, 76.

dieses Prinzip der 'commensurate taxation' wurde aufgegriffen bei der Bemessung der im Dawes-Plan von 1924 vorgesehenen Reparationslasten. ... Die Reparationsfrage gibt Anlaß zu einer Reihe von Untersuchungen über Möglichkeiten und Probleme internationaler Steuerbelastungsvergleiche."[1] Wilhelm Röpke wies in seinem Beitrag "Staatsinterventionismus" (1929) darauf hin, "wie wenig ein Verständnis der heutigen Rolle der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben möglich ist, ohne eine gebührende Würdigung des ungeheuer gewachsenen Anteils, den der Staat und die ihm untergeordneten öffentlichen Körperschaften durch ihre Haushaltsführung vom Sozialprodukt beanspruchen."[2] Er schätzte den Anteil der öffentlichen Hand am Volkseinkommen in Deutschland[3] (wie in England) auf ein Fünftel. Die völlig neuen Tätigkeitsfelder der Staatsintervention nach 1918 (Konjunkturpolitik, Währungspolitik und Politik der Regulierung des Geld- und Kapitalmarktes) "mit vorher nicht gekannten, für unmöglich oder nicht erstrebenswert gehaltenen Zielen", d.h. die wirtschaftspolitischen Experimente führten zu einer Änderung des Erkenntnisobjektes und damit zu einer Herausforderung der Ökonomen.[4] In diesem Kontext muß Colms Habilitationsschrift "Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben" gesehen werden. Die Grundgedanken hatte Colm vielfach mit seinen früheren Mitarbeitern im Statistischen Reichsamt diskutiert. Die Habilitationsschrift "entstand aus dem Bemühen um die theoretische Sicherung einer praktischen Aufgabe, der Errichtung einer international-vergleichenden Finanzstatistik. Das erste Ergebnis dieser Arbeit liegt[5] nunmehr vor.[6] Die vorliegende Untersuchung ... "sucht lediglich einen Beitrag zur Erkenntnis der Beziehungen zwischen zwei Systemen in der modernen

---

1 Scheer, Christian, Die deutsche Finanzwissenschaft 1918 - 1933. Ein Überblick, in: Richter, Heinz (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XIII. Deutsche Finanzwissenschaft zwischen 1918 und 1939, Berlin 1994, S. 90.

2 Röpke, Wilhelm, Staatsinterventionismus, in: HdSW, 4. Aufl., Erg.bd., 1929, S. 863: Unter den wenigen Literaturangaben von Röpke findet sich auch Colms "Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben".

3 James, Harold, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924 bis 1938, Stuttgart 1988, S. 54: Der Anteil der Staatsausgaben am Volkseinkommen war von vor dem Kriege 14,5 Prozent (1910-13) auf 24 Prozent (1925-29) gestiegen, und unter einer wachsenden Staatstätigkeit des Reiches nach der Währungsstabilisierung war der Anteil der Staatsbeschäftigten von 1907 bis 1925 um 66 Prozent gestiegen. Andic, S. / Veverka, J., The Growth of Government Expenditures in Germany since Unification, in: Finanzarchiv, Bd. 23, 1964, S. 258: Die staatlichen Sozialausgaben als Anteil des Staatsbudgets hatten sich von 19 Prozent 1913 auf 37 Prozent 1925 erhöht und würden bis auf 51 Prozent 1925 ansteigen.

4 Ambrosius, Gerold, Die öffentliche Wirtschaft in der Weimarer Republik - Kommunale Versorgungsunternehmen als Instrumente der Wirtschaftspolitik, Baden-Baden, S. 34, 40.

5 Vgl. die Staatsausgaben von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien in der Vor- und Nachkriegszeit. Unterlagen zum internationalen Finanzvergleich. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 2, Berlin 1927.

6 Colm, Gerhard, Staatsausgaben, S. IV.

Wirtschaft, zwischen der Marktwirtschaft und der öffentlichen Wirtschaft (bzw. den Staat), zu geben. Beide Systeme sind also nach ihren theoretischen Unterschieden und nach ihrer Verflechtung zu behandeln. ... Im Gegensatz dazu soll versucht werden, den Staat als Träger eines eigenen Wirtschaftssystems darzustellen. ... Neben die Haushaltungen und Unternehmungen tritt die Behörde und die Anstalt als weitere selbständige Form."[1]

Die "Notwendigkeit" der staatlichen Aufgabenerfüllung erwächst aus der jeweiligen politischen, kulturellen, sozialen und ökonomischen Situation. Ausgangspunkt der staatlichen Wirksamkeit ist nach Colm die Macht- und Rechtsgrundlage. Die staatlichen Aufgabengebiete ergeben unter dem Gesichtspunkt ihrer marktwirtschaftlichen Beziehung vier verschiedene Gruppen. Colm unterschied:[2]

(1) Die Staatsleistungen zur Erhaltung und Sicherung der staatlichen Existenz selbst.

(2) Die Staatsleistungen als "Produktionsfaktor" für die Marktwirtschaft.

(3) Die Staatsleistungen auf den verschiedenen Kulturgebieten (Unterrichtswesen, Kunst, Wissenschaft und Kirchen).

(4) Die öffentlichen Eingriffe in die Marktwirtschaft, Leistungen und Einwirkungen des Staates, die sich auf den Ablauf der bestehenden Marktwirtschaft beziehen bzw. die Marktwirtschaft ergänzen.

Zum Problem des internationalen Belastungsvergleichs bemerkt Colm: "Eine besondere Bedeutung wurden dem internationalen Finanzvergleich im Zusammenhang mit dem sog. Belastungsvergleich zugelegt. Dieser Belastungsvergleich, der besonders durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Darlegungen des Sachverständigenplanes und die Erörterungen anläßlich der interalliierten Schuldenregelung eine erneute Aktualität gewann, bringt ein ganz neues Moment in die Betrachtung hinein. Der Sinn dieser Vergleiche sollte ja nicht der sein, tatsächlich Unterschiede im Wirtschafts- und Finanzsystem der verschiedenen Länder zu untersuchen, sondern es sollte ein Maßstab gefunden werden, der angibt, in welchem Ausmaß man der Marktwirtschaft eines Landes für politisch geforderte Staatsaufwendungen (Reparationen, Verzinsung der Kriegsschulden) Beträge entziehen kann. ... aus einem Finanzvergleich läßt sich niemals ohne weiteres ein Maßstab für das zu hoch oder zu niedrig der 'Belastung' gewinnen. Die Tatsachenerkenntnis kann lediglich eine Unterlage abgeben, auf deren Grundlage eine politische Entscheidung gefällt wird."[3]

---

1 Ebd., S. 2, 4.

2 Ebd., S. 18ff.; Colm, Gerhard, Nationalbudget, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 535: Anklänge an die staatlichen Aufgabengebiete finden sich im Nationalbudget, dem Planungsinstrument in einem kapitalistischen Mischsystem.

3 Colm, Volkswirtschaftliche Theorie, S. 81.

In seiner "Volkswirtschaftlichen Theorie der Staatsausgaben" kommt Colm zu dem Schluß: "Es besteht demnach keine Möglichkeit einer wirklich statistischen Ermittlung der objektiven finanziellen Leistungsfähigkeit. Zahlenmäßig läßt sich nur das Verhältnis von Marktwirtschaft zur öffentlichen Wirtschaft ungefähr abgrenzen, und es läßt sich an Hand der entwickelten Gliederung der öffentlichen Leistungen darlegen, in welcher Weise diese beiden großen Leistungsgebiete zu einer Einheit verbunden sind. Damit werden aber die Unterlagen gewonnen, um die Bedeutung der theoretisch entwickelten Gesichtspunkte abschätzen zu können, um einen Schritt weiter zu tun zur Erkenntnis der konkreten Gestalt der kapitalistischen Wirtschaft."[1] Die Habilitationsschrift Gerhard Colms muß in die deutsche Finanzwissenschaft nach dem ersten Weltkrieg eingeordnet werden. Karl Brandt hat diese Einordnung unternommen, und zwar im fünften Kapitel ("Die deutsche Nationalökonomie zwischen den beiden Weltkriegen") des 2. Bandes der "Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre" unter der Überschrift "1. Von der Kapitalismusdebatte zur Ordnungstheorie." Die Kapitalismusdebatte wurde von den Autoren geführt, die zu sozialistischen Lösungen neigten, so Eduard Heimann (1931), Carl Landauer (1931), Jakob Marschak (1924) und Emil Lederer (1932). Die "kapitalistische Eigentumsordnung, nicht der Markt an sich, ist für sie die eigentliche Wurzel allen Übels. Der Marktsozialismus wird als dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus verstanden."[2] Die Sozialisten waren der Ansicht, daß sich die Wirtschaft von der Marktwirtschaft in Richtung "Gemeinwirtschaft" entwickeln würde. "Sehr kennzeichnend spricht die bolschewistische Doktrin beständig von dem staatlichen und privaten Sektor und bringt damit gleich im mathematischen Bilde zum Ausdruck, daß der Gewinn des einen Sektors direkt eine Verkleinerung des anderen zur Folge habe. Ziel des Marxismus ist, den privaten in dem staatlichen Sektor durch Verstaatlichung der Produktionsmittel aufgehen zu lassen. Auch der in den letzten fünfzig Jahren unter dem Einflusse des Parteiwesens, der wirtschaftlichen Verbände und Kartelle und Trusts entstandene Interventionismus geht von diesem Ansatz der geschiedenen und feindlichen Sphären aus. Er verwirrt freilich die klare Grenzziehung, aber auch sein Thema bleibt der Kampf zwischen den konträren Bezirken."[3] Als Beweis für die Richtigkeit ihrer Ansicht, daß sich die Wirtschaft immer mehr in Richtung Sozialismus (Gemeinwirtschaft) entwickeln würde, sahen die sozialistischen Autoren die Tatsache, daß in der Wirtschaft immer mehr der Großbetrieb dominieren würde. Damit entspräche die Wirtschaft nicht mehr der vollkommenen

---

1 Ebd., S. 83.

2 Brandt, Karl, Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre. Band 2: Vom Historismus bis zur Neoklassik, Freiburg i. Br. 1993, S. 401; Röpke, Wilhelm, Sozialisierung, in: HdSt, 4. Aufl., 1926, S. 567-578.

3 Müller-Armack, Alfred, Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich, Berlin 1933, S. 38f.

Konkurrenz (= Kapitalismus).[1] Eine Oligopoltheorie fehlte damals noch (Chamberlin, 1933).[2] Georg Halm zeigte 1929 auf, daß die "Monopolistischen Bestrebungen in der Gegenwart" zur Konkurrenzwirtschaft gehörten.[3] Die sozialistischen Schriftsteller standen noch ganz im Bann des Mythos von der Zwangsläufigkeit der Entwicklung (Marx, Historismus).[4] Die Politische Ökonomie des Sozialismus ist theorielos und muß als Ausläufer der Historischen Schule angesehen werden.[5]

Gerhard Colm vollzog in seiner Habilitationsschrift einen radikalen Bruch mit der theorielosen in Entwicklungsgesetzen denkenden sozialistischen Literatur. Er zog eine Trennungslinie zwischen der privaten Marktwirtschaft und der öffentlichen Wirtschaft. Dieser radikale Bruch kommt auch im Titel seiner Habilitationsschrift eindeutig zum Ausdruck. Karl Brandt zählt ihn deshalb vollkommen zu Recht zu den Ordnungstheoretikern: "Nach dem Ersten Weltkrieg gab es in der deutschen Finanzwissenschaft das Bestreben, die finanzwissenschaftliche Forschung aus ihrer Erstarrung in institutionalistischer Verwaltungskunde zu befreien und die Zusammenhänge zwischen Staatswirtschaft und Privatwirtschaft *ordnungstheoretisch* (Hervorhebung W. H.) anzugehen."[6] Horst Jecht (1901-1965) spricht in "Wesen und Formen der Finanzwirtschaft"[7] vom "übergreifenden" Charakter der öffentlichen Wirtschaft, die in die private Sphäre hineinwirkt und teils gleichberechtigt, teils übergeordnet ist. Dieses Miteinander verwoben sein zweier Ordnungsbereiche gab für Hans Ritschl und andere den Anlaß, von einer "dualistischen Wirtschaftsordnung" zu sprechen. Bestimmend für sie sind folgende Merkmale:

1. Es gibt keinen Bereich der Gemeinwirtschaft innerhalb der (kapialistischen) Marktwirtschaft mit selbständigen Aufgaben.
2. Die Finanzpolitik ist den allgemeinen Zielvorstellungen der Wirtschaftspolitik untergeordnet, sie unterliegt dabei dem allgemeinen Prinzip der "Ökonomisierung" der Politik.
3. Das politische Element der Finanzwirtschaft findet seinen Niederschlag in der Entscheidungsfindung staatlicher Instanzen. Die Steuer ist daher kein Preis, sondern ein abgeleitetes Einkommen.

---

1 Mises, Ludwig, Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922; Röpke, Wilhelm, Planwirtschaft, in: HdSt, 4. Aufl., 6. Bd., Jena 1925.

2 Machlup, Fritz, Oligopol, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 82.

3 Halm, Georg, Die Konkurrenz. Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft, München-Leipzig 1929; ders., Monopolistische Bestrebungen in der Gegenwart, in: HdSt, 4. Aufl., Erg.bd., Jena 1929, S. 686-698.

4 Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., Tübingen 1990, S. 200ff.

5 Ortlieb, Heinz-Dietrich / Lösch, Dieter, Sozialismus II: Sozialismus als Leitbild der Wirtschaftsordnung, in: HdWW, 7. Bd., 1988. S. 29.

6 Brandt, Karl, Geschichte, S. 412.

7 Jecht, Horst, Wesen und Formen der Finanzwirtschaft, Jena 1928.

Es muß festgehalten werden, daß unter dem Wort "Gemeinwirtschaft" hier die "öffentliche Wirtschaft" verstanden wird.[1] Der Begriff "Gemeinsinn" oder "Gemeinwirtschaft" geht auf F. v. Hermann (1832), Wilhelm Roscher (1854), Albert E. F. Schäffle (1867) und Adolph Wagner (1879) zurück.[2]

Gerhard Colm in seiner Habilitationsschrift (1927) und Hans Ritschl (1925, 1931) haben die besonderen Wesenszüge der dualistischen Ordnung herausgearbeitet. "Colm spricht von zwei verschiedenen Wirtschaftssystemen mit eigener Organisationsform und unterschiedlichen Aufgaben, die sich in ihrer Leistungserbringung zugleich beschneiden und ergänzen. Auch für Ritschl sind Marktwirtschaft und Gemeinwirtschaft sich ergänzende Teilbereiche einer Volkswirtschaft. Die Marktwirtschaft folgt egozentrischen Antrieben und befriedigt Individualbedürfnisse, der Gemeinwirtschaft (= öffentliche Wirtschaft) bleiben die Gemeinbedürfnisse vorbehalten, die individuell nicht befriedigt werden können. ... Nach dem zweiten Weltkrieg wurden ordnungspolitische Fragestellungen, insbesondere nach dem Aufbau der Finanzwirtschaft, sowie der Wirksamkeit und den Grenzen staatlicher Aktivität zum selbstverständlichen Untersuchungsgegenstand der Finanzwissenschaft."[3]

In den zwanziger Jahren setzt auch die Wiederbelebung der Kreislauftheorie ein. Zu den Verfechtern einer kreislauforientierten Konjunkturtheorie gehört auch Adolph Löwe. Die monetäre Konjunkturtheorie wie auch die monetäre Überinvestitionstheorie halten am Gleichgewichtskonzept fest. Konjunkturtheorie ist nur in einem dynamischen System möglich. Müller-Armack unterscheidet drei verschiedene Grundmodelle zur Erfassung des Konjunkturphänomens: 1. das Gleichgewichtstheorem, 2. das Modell der durch Kapitalakkumulation erzwungenen Entwicklung (Marx, Tugan-Baranowsky, Luxemburg, Sternberg) und 3. das Modell des frei entspringenden, sich selbst tragenden kapitalistischen Fortschritts. Nach Müller-Armack muß im 3. Grundmodell die Kaufkraftschöpfung selbst Gegenstand des konjunkturpolitischen Eingriffs werden. Die Neukaufkraft kommt aus dem Kreditsystem. Mit der Einsetzung dieser Mittel wird der Versuch unternommen, die stagnierende Konjunktur wieder in Fluß zu bringen.[4] - In den Unterkonsumtionstheorien wird die Nachfrage-

---

1 V. Moellendorf versteht in seinem Werk "Deutsche Gemeinwirtschaft", 1916, unter Gemeinwirtschaft etwas ganz anderes. Ähnlich wird "Gemeinwirtschaft" im Nationalsozialismus interpretiert: "Wirtschaftsordnung, bei der die Bedarfsdeckung nicht dem privaten Gewinnstreben überlassen bleibt, sondern von Gemeinschaftsorganen im Dienst der Gemeinschaft geregelt wird", in: Der Neue Brockhaus. Allbuch in vier Bänden und einem Atlas, 2. Bd., F-K, Leipzig 1937, S. 188; Ritschl, Hans, Gemeinwirtschaft, in: HdSW, 4. Bd., 1964, S. 331.

2 Heitz, A. / Elster, A., Gemeinsinn, in: HdSt, 3. Aufl., 1909, S. 643ff.; Gross, G., Gemeinwirtschaft, in: Ebd., S. 646ff.; Colm, Gerhard, The Public Interest: Essential Key to Public Policy, in: Friedrich, Carl J. (Ed.), The Public Interest, New York 1962.

3 Brandt, Karl, Geschichte, S. 412 - 415.

4 Müller-Armack, Alfred, Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik, in: HdSt, 4. Aufl., Erg.bd., 1929, S. 650 und 672.

lücke herausgestellt (J. A. Hobson, W. T. Foster, E. Lederer, E. Preiser, Hans P. Neisser, G. Kroll).

Mit seiner Habilitationsschrift legte Gerhard Colm ein entwickeltes Kreislaufmodell unter Einschluß der Staatswirtschaft dar. Er vergleicht in der "Volkswirtschaftlichen Theorie der Staatsausgaben" die "reine" Marktwirtschaft mit einem Modell der integrierten Staatswirtschaft. Beide Systeme verfügen über einen "doppelten Kreislauf", deren Austausch zwischen den Haushalten und Erwerbswirtschaften und die durch staatliches Handeln ausgelösten Bewegungen zwischen der "Staatsorganisation" und dem "Staatshaushalt" (Abb. 1, S. 39). In der reinen Marktwirtschaft (Modell I) gibt es nur Ertragssteuern, die der Finanzierung von Personal- und Sachausgaben der öffentlichen Hand dienen. Im dualistischen System wird die Ertragssteuer durch eine allgemeine Einkommenssteuer ersetzt (Modell II), wodurch sich die Kreislaufstruktur nachhaltig ändert, da die öffentlichen Einnahmen nicht mehr direkt von den Erwerbswirtschaften an die Standesorganisationen fließen, sondern über die Haushaltungen der Produzenten und Beamten an den Staat gehen."[1] Dem Vorgehen von Colm schloß sich Otto Pfleiderer (1904-1988) an.[2]

Im Rahmen eines Lehrgangs (August/September 1929) der "Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung" hielt Gerhard Colm einen Vortrag zum Thema "Der Mensch im wirtschaftlichen Kreislauf" (Tübingen 1930). Er stellt den Haushaltungen die Unternehmungen gegenüber. Beide Wirtschaftseinheiten sind marktmäßig mit dem Arbeits-, Kapital- und Warenmarkt verflochten (siehe Abb. 2, S. 40). Der Wirtschaftsprozeß wird durch die Preise gesteuert. Colm erfaßte jedoch nicht nur den wirtschaftlichen Kreislauf, sondern behandelt auch die sozialen Beziehungen, die durch diesen Kreislauf gestaltet werden.[3]

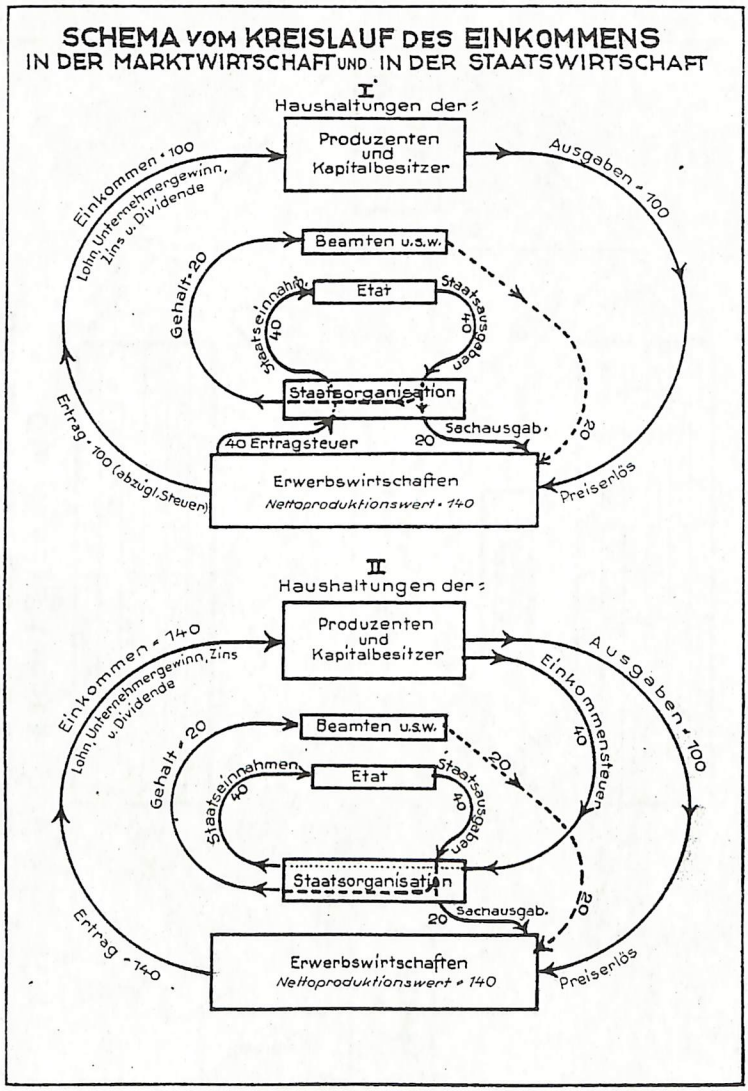
---

1 Brandt, Karl, Geschichte, S. 454-456.

2 Pfleiderer, Otto, Die Staatswirtschaft und das Sozialprodukt, Jena 1930.

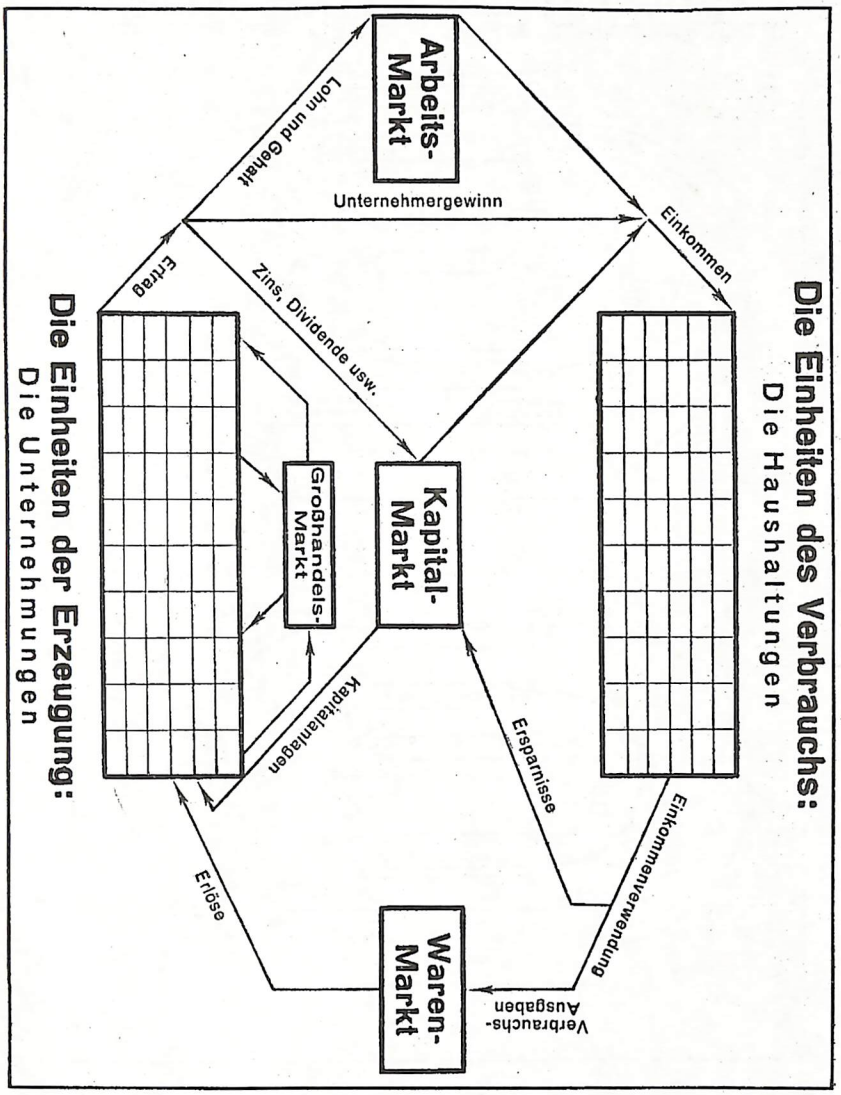
3 Colm, Gerhard, Der Mensch im wirtschaftlichen Kreislauf. Ein Vortrag, Tübingen 1930, S. 18ff.; dazu Weinberg, S., Art. "Mensch und Wirtschaft", in: Vorwärts, Nr. 811, 6. Juli 1930.

Abb. 1:



Quelle: Colm, Gerhard, Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben, Tübingen 1927, ohne Seitenangabe.

Abb. 2:



Quelle: Colm, Gerhard, Der Mensch im wirtschaftlichen Kreislauf, Tübingen 1930, S. 12.

Die Zusammenfassung zeigt die Souveränität Gerhard Colms auch beim Blick zurück in die abendländische Geschichte: "Fassen wir die Hauptergebnisse unserer Darstellung zusammen: Aus der Eigentümlichkeit des modernen marktwirtschaftlich geregelten Kreislaufs erwuchs, wie wir sahen, eine besondere rational-versachlichte Art menschlicher Einstellungen und Beziehungen. Hierdurch prägt der moderne Wirtschaftsprozeß Gestalttypen wirtschaftender Menschen je nach der Stellung im wirtschaftlichen Kreislauf. Wir hatten nur die wirtschaftlichen und sozialen Faktoren herauszustellen, die auf sie einen bestimmenden Einfluß haben.

In den 150 Jahren der kapitalistischen Entwicklung ergab sich ein gewaltiger Wohlstandszuwachs einer auf das vierfache gewachsenen Bevölkerung. Dieser Prozeß wurde aber erkauft durch eine Auflockerung des sozialen Gefüges. Diese Auflockerung entsprach weitgehend dem Freiheitsdrang des abendländischen Menschen, brachte indes eine gefahrdrohende Erschütterung der sozialen Ordnung durch die Auflösung der feudalen und patriarchalischen Bindungen. Erschüttert wurde hier zunächst das Gefühl des Arbeitgebers, für das persönliche Schicksal des Untergebenen verantwortlich zu sein. Diese Lücke beginnt der abendländische Staat mit seiner Autorität auszufüllen. Im Wirtschafts- und Sozialrecht fanden wir Ansätze, die durch den modernen Wirtschaftsprozeß in Gefahr geratene soziale Ordnung wieder auf eine neue Grundlage zu stellen. Aber auch für die innere Bindung des Arbeiters an seine Arbeit wird sich eine neue Einstellung herausbilden müssen. Wir fanden Ansätze in dem Gefühl der Mitverantwortung für den Produktionsprozeß, die bisher aber erst keimhaft aufzuweisen sind. Es ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen, ob es gelingt, mit Hilfe der Autorität des Staates die Eingliederung des Menschen in das wirtschaftliche und soziale Dasein auf eine neue Grundlage zu stellen, die an die Stelle der aufgelösten oder in Auflösung befindlichen feudalen und patriarchalischen Bindungen tritt. Das Problem 'Der Mensch in der Wirtschaft' hat nicht nur theoretisch wissenschaftliches Interesse - es ist eine Schicksalsfrage der abendländischen Völker und ihrer Kultur."[1]

Da mit der Kreislauftheorie auch die Entwicklung der Beschäftigungstheorie vorangetrieben wurde, fiel J.M. Keynes "General Theory"[2] in Deutschland auf fruchtbaren Boden. "Die Keynessche Lehre brachte in gewisser Weise eine Annäherung der verfeindeten Überinvestitions- und Unterkonsumtionstheorie zustande. Nach Keynesschem Theorieverständnis widersprechen sich sinkende Kapitalproduktivität und Nachfragelücke nicht, die monokausale Konjunkturerklärung hat ausgedient."[3]

1930 publizierte Otto Pfleiderer eine Studie zum Thema "Die Staatswirtschaft und das Sozialprodukt", die von seinem Lehrer Adolf Löwe wesentlich gefördert worden

---

1 Colm, Gerhard, Mensch, S. 24f.

2 Dt. Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München 1936.

3 Brandt, Karl, Geschichte, S. 460.

ist. Im Vorwort geht Pfleiderer auf die Entstehung seiner Abhandlung ein: "Die vorliegenden Untersuchungen sind hervorgegangen aus Studien über die methodischen Grundlagen der Produktionsstatistik, Studien, die eine systematisch-kritische Prüfung der in diesem Zweig der Statistik angewandten und vorgeschlagenen Verfahren zum Gegenstand hatten. Der literarische Anlaß hierzu war zunächst Vershofens programmatische Schrift über 'Die Statistik der Wirtschaftsverbände', sodann Colms systematischer Aufsatz über 'Das »Mehrwert«-Verfahren in der Produktionsstatistik', beide 1924 erschienen. Eine erste, ganz und gar skizzenhafte Auseinandersetzung mit diesen beiden Arbeiten versuchte ich in einem kleinen Aufsatz 'Aufbau und Ausbau der Produktionsstatistik' (1925). Schon dort war die Frage nach der systemgerechten Einordnung der spezifisch staatswirtschaftlichen Tatbestände, insonderheit der Steuer, in die Produktionsstatistik gestellt. Im Verlauf der produktionsstatistischen Untersuchungen stellte es sich nun aber heraus, daß der Zusammenhang, aus dem heraus eine Lösung des eben genannten Einzelproblems erwartet werden durfte, nicht so sehr im Gebiet einer Lehre vom statistischen Verfahren, wie vielmehr in dem der Finanztheorie lag. So ergab sich die Notwendigkeit, die Untersuchung einmal auf die mit der Finanzwirtschaft zusammenhängenden Probleme einzuschränken, zum andern aber sie aus ihrem einseitig produktionsstatistischen Bezug zu lösen und sie auf den Kreislauf im ganzen auszurichten. Was die klare und scharfe Stellung der Frage betrifft, so verdanke ich hierin das meiste den verschiedenen produktions- und finanzstatistischen Schriften von Colm: außer dem schon genannten 'Mehrwert'-Aufsatz vor allem seiner 'Volkswirtschaftlichen Theorie der Staatsausgaben' (1927). Wenn die hier entwickelten Lösungen in vielen und entscheidenden Punkten zu Colms eigenen Lösungen in Widerspruch stehen, so wird dadurch meine Dankesschuld nur gemehrt. Insbesondere auch hat mir Prof. Gerhard Colm durch eine lange Reihe teilweise sehr ausgedehnter Diskussion viel zu einer klareren Herausarbeitung der Gegensätze verholfen."[1]

Otto Pfleiderer[2] stieß nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf Gerhard Colm, und zwar bei der Währungsreform im Juni 1948 in Westdeutschland, die auf dem Colm-Dodge-Goldsmith-Plan 1946 beruhte.

---

1 Pfleiderer, Otto, Staatswirtschaft, Jena 1930, S. V.

2 Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt/Main 1976, S. 795: Otto Pfleiderer: Geb. 1904 in Ulm a. d. Donau. Studium der Staatswissenschaften in Tübingen, Hamburg und Kiel. Diplom-Volkswirt. Dr. sc. pol. 1937-45, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichs-Kredit-Gesellschaft. 1946-48 Leiter der Bank- und Versicherungsaufsichtsbehörde im Finanzministerium Württemberg-Baden, Stuttgart. 1947-48 Mitglied der Sonderstelle Geld und Kredit, Bad Homburg, sowie des Expertengremiums für die Vorbereitung der Währungsreform ("Konklave von Rothwesten"). Seit 1947 Lehrtätigkeit an der Universität Heidelberg. 1948-72 Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg und Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium. *Veröffentlichungen (Auswahl):* Die

Der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes und Professor an der Universität München Friedrich Zahn führte 1927 aus, daß der internationale Belastungsvergleich in der finanzwissenschaftlichen und finanzstatistischen Literatur sehr umstritten ist. "Den Mittelpunkt dieses Streites bildet die verschiedene Auffassung über den Belasungscharakter der einzelnen Einnahmen des Staatees, vornehmlich der Reinüberschüsse von Erwerbsbetrieben, denen teils Steuercharakter (Holz, W.)[1], teils steuerartige Auswirkung (Gerloff, W.)[2] zugeschrieben wird. Eine weitere Auffassung unterscheidet hierbei zwischen Betrieben im Wettbewerb mit der Privatindustrie und Monopolbetrieben und spricht den Reinüberschüssen der letzteren Steuercharakter zu (Witte, M.).[3] Andere wieder (wie Colm, G.) verlassen vollkommen den Boden der finanzwissenschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Begriffsbestimmungen und suchen über rein nationalökonomische Erörterungen zu eindeutigen Ergebnissen zu kommen. Dieser Weg ist für die Lösung des Problems ohne Zweifel die hauptsächlichste Vorbedingung und zeitigt, wie Colm G. mit seiner Arbeit über die methodischen Grundlagen der international vergleichenden Finanzstatistik[4] beweist, wertvolle Richtlinien. Allerdings ist es der praktischen Statistik nicht immer möglich, diesen Richtlinien zu folgen. Hier hat darum der Volkswirtschaftler dem Finanzstatistiker wohl manche Zugeständnisse zu machen, aber nicht wie W. Holz die praktische Möglichkeit internationaler Finanz- und Belastungsvergleiche überhaupt zu bestreiten."[5]

Die wissenschaftliche Leistung Colms ist von den Finanzwissenschaftlern Horst Jecht, Konrad Littmann, Christian Scheer, Karl Häuser und Elmar Freund gewürdigt worden. Emil Sax (1845-1927)[6] hatte 1887 den Versuch unternommen[7], "die öffentlich-wirtschaftlichen Phänomene unter Ausschaltung aller politischen soziologischen und ethischen Gesichtspunkte "rein ökonomisch" zu erklären, was auf der Grundlage der Grenznutzentheorie geschah. ... Eine tiefere Auseinandersetzung mit der Saxschen Lehre erfolgte jedoch in der deutschen Literatur erst - im Zusammenhang mit der Erneuerung der deutschen Finanzwissenschaft (Eugen Böhler) - in den

---

Staatswirtschaft und das Sozialprodukt, Jena 1930. Pfund, Yen und Dollar in der Weltwirtschaftskrise, Berlin 1937. Artikel "Diskontpolitik", "Mindestreservenpolitik" und "Offenmarktpolitik" in: HdSW, Göttingen 1959/60. Artikel "Währungen" und "Währungsreformen" in: Staatslexikon, 6. Aufl., Freiburg 1963. Artikel "Währungsreform in Westdeutschland (1948)" in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1967/68.

1 Holz, Waldemar, Sind internationale Vergleiche steuerlicher Belastungen möglich?, 1924.

2 Gerloff, Wilhelm, Steuerbelastung und Wiedergutmachung, 1924.

3 Witte, Max, Das Problem der gleichwertigen Besteuerung, in: Wirtschaftsdienst, 1924.

4 Colm, Gerhard, Grundlagen, S. 222.

5 Zahn, Friedrich, Finanzstatistik, in: HdSt, 4. Aufl., 4. Bd., 1927, S. 118.

6 Von Beckerath, Emil Sax, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 92f.; ders., Ein Nachruf auf Emil Sax, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 1, 1930, S. 345-355.

7 Sax, Emil, Grundlegung der theoretischen Staatswirtschaft, Wien 1887.

1920er Jahren (Heinz Ritschel, 1925, Horst Jecht, 1928, Otto Pfleiderer, 1930). Auch das in der gleichen Zeit erschienene Buch von Gerhard Colm (1927)[1], das erstmals in der deutschen Finanzwirtschaft die Ausgaben unter ökonomisch-theoretischen Gesichtspunkten behandelte, nahm in der grundsätzlichen Erfassung der Probleme eine ausgesprochene Gegenposition zu Sax ein."[2]

Nach Konrad Littmann "reifte die Zeit für eine Revision der Ideen erst nach dem Ersten Weltkrieg, als durch den Umbruch in den staatlichen Finanzen, durch die sprunghaften Änderungen in Höhe und Struktur der öffentlichen Ausgaben die Vielschichtigkeit des Problems offenbar wurde. Colm (und unsicherer in den Zügen: auch Pigou)[3] setzt die Markierungen: Die Verbindungen zwischen Staats- und Marktwirtschaften nüchtern analysierend, gelangt er zu einer grundsätzlichen Unterscheidung der öffentlichen Ausgaben nach dem Kriterium, ob sie zur Inanspruchnahme von Ressourcen durch den Staat oder ob sie zur Einkommensumverteilung führen. Damit waren Ansatzpunkte für die Entfaltung einer Theorie der öffentlichen Ausgaben geschaffen, die die staatliche Aktivität ohne dogmatischen Ballast würdigen konnte. Zwei Fragenkreise sollten in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit finden: zum einen die Bestimmung öffentlicher Ausgaben, d.h. Rechtfertigung sowie Determination von Umfang und Art der staatlichen Aktivität; zum anderen die Wirkungen öffentlicher Ausgaben, also Analyse ihres Einflusses auf die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen."[4]

Ende der 20er Jahre überwog eindeutig das Gefühl eines Neubeginns, "wenn nicht gar einer neuen Blüte. Worauf sich nun dieses verbreitete Bewußtsein einer finanzwissenschaftlichen 'Neubelebung' gründet, das erschließt sich nicht ohne weiteres aus der einfachen Durchsicht der Autorennamen, die in diesem Zusammenhang angeführt werden. Nahezu regelmäßig werden als Indizien eines Neubeginns die Werke von Colm und Ritschl genannt, aber es fallen auch die Namen von methodisch so unterschiedlichen Autoren wie Bruno Moll, Herbert Sultan, Ernst Schuster und Wilhelm Andreae. ... Vor allem liefert Colm eine allgemeine Analyse der Rolle des Staatssektors in der Volkswirtschaft und erfaßt den Staat mit seiner Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft kreislauftheoretisch."[5]

---

1 Colm, Gerhard, Theorie der Staatsausgaben, 1927, S. 2: Colm lehnt den Versuch von E. Sax, die Steuer mit dem Rüstzeug der Preistheorie erklären zu wollen, ab.

2 Jecht, Horst, Finanzwissenschaft, in: HdSW, 3. Bd., 1961, S. 711f.; Hanusch, Horst, Theorie des öffentlichen Gutes. Allokative und distributive Aspekte, Göttingen 1972, S. 139; Harding, O., Politisches Modell zur Wirtschaftstheorie, 1959.

3 Noll, Werner, Arthur Cecil Pigou (1877-1959), in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 304-308.

4 Littmann, Konrad, Problemstellung und Methoden der heutigen Finanzwissenschaft, in: Neumark, Fritz (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Aufl., Tübingen 1977, S. 112.

5 Scheer, Christian, Die deutsche Finanzwirtschaft 1918 - 1933 - Ein Überblick, in: Richter, Heinz (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XIII. Deutsche Finanzwissenschaft

Karl Häuser ging der Frage nach, wie Finanzwissenschaftler und Ökonomen, die nach 1933 zur Emigration gezwungen wurden, im Ausland wieder Fuß faßten. "Dennoch war die Finanzwissenschaft weit weniger als die theoretische Volkswirtschaftslehre darauf angewiesen, sich im englischsprachigen Ausland und in Skandinavien umzusehen, um sich neu zu orientieren. Als symptomatisch dafür kann die Tatsache genommen werden, daß mehrere der aus der deutschen Tradition hervorgegangenen, später emigrierten Finanzwissenschaftler (z.B. G. Colm, F. K. Mann, R. A. Musgrave, F. Neumark) bald auch außerhalb Deutschlands und besonders in den USA einen achtbaren Rang erreichen konnten, obwohl sie sich auf dem Gebiet der theoretischen Nationalökonomie gegenüber ihren angelsächsischen Kollegen zweifellos im Rückstand befunden haben. Nicht wenige der emigrierten Volkswirtschaftstheoretiker haben sich dagegen viel schwerer getan und bisweilen nur mühsam wieder eine gesicherte wissenschaftliche Position gewinnen können (z.B. Altschul, Budge, Löwe, Neisser, Oppenheimer, Pribram u.a.)."

In den zwanziger Jahren sind nur einige wenige finanzwissenschaftliche Arbeiten verfaßt worden, die neue Wege zu gehen versucht haben. "In erster Linie zu erwähnen sind die Arbeiten von G. Colm, O. von Mering und O. Pfleiderer. ... In allen drei Fällen handelte es sich um junge Gelehrte, die gegenüber der traditionellen Lehre als Dissidenten erscheinen mußten, aber bereits einen Weg eingeschlagen hatten, den die spätere Entwicklung gegangen ist. Sie hat in Deutschland die Wirtschaft des Staates als Instrument einer gesamtwirtschaftlichen Steuerung bereits 1931 in einer Weise wissenschaftlich erfaßt, die zu Recht als frühkeynesianisch bezeichnet werden kann. Knut Borchardt urteilt aufgrund seiner Quellenstudien darüber, "daß die in Deutschland verhandelten Ideen zur Theorie und Politik der Krisenbekämpfung mit zum besten gehört haben, was seinerzeit an irgend einem Punkt der Welt geäußert worden ist."[1]

Elmar Freund weist darauf hin, daß die Vereinheitlichung des Haushaltswesens (für die Gemeinden seit 1938, für Bund und Länder seit 1970) so erhebliche Fortschritte gemacht habe, daß die "Vergleichbarkeit der Haushaltsstatistik auf nationaler Ebene heute kaum mehr als theoretisches Problem, sondern nur noch als Gegenstand erhebungstechnischer Überlegungen gelten kann. ... Von großer Tragweite für die Gestaltung der Haushaltsstatistik bis zum Jahre 1970 ist die Tatsache, daß in der finanzpolitischen Praxis der zwanziger und dreißiger Jahre konjunkturpolitische und gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte kaum in Betracht gezogen wurden. So ist bezeichnend, daß z.B. die von Colm verfaßte "Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben" (1927) auf die finanzstatistische Methodik keinen Einfluß hatte. Es gehört

---

zwischen 1918 und 1939, Berlin 1994, S. 26, 39.

1 Häuser, Karl, Finanzwissenschaft der zwanziger Jahre und das Ende der Historischen Schule, in: Ebd., S. 148f., 163f.

zur Problematik der amtlichen Haushaltsstatistik in Deutschland, daß sie wegweisende Anregungen zu einer gesamtwirtschaftlichen Ausrichtung der Methodik damals nicht aufgegriffen hat. Zwar sind die Gedanken Colms dann teilweise in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingegangen; diese entwickelten sich jedoch als ein von der Haushaltsstatistik losgelöstes und in seiner Zwecksetzung anders orientiertes Instrument."[1]

Im Herbst 1930 veranstaltete die Deutsche Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung[2] in Bad Pyrmont einen Lehrgang zum Thema "Kapital und Kapitalismus". Im Mittelpunkt standen Kapitalbildung, Kapitalmarkt und Kapital. "Eingefügt sind diese Abhandlungen in umrahmende Betrachtungen über Art und Wesen des 'kapitalistischen Wirtschaftssystems', das zugleich in seinen Gestaltungstendenzen erfaßt wurde." In einem Beitrag zum Bad Pyrmonter Lehrgang zum Thema "Kapitalistische und nichtkapitalistische Elemente in der heutigen Volkswirtschaft" knüpft Colm an seine Habilitationsschrift an.[3] Er analysiert die Frage, inwieweit die Struktur der gegenwärtigen deutschen Volkswirtschaft aus marktwirtschaftlichen und nichtmarktwirtschaftlichen Elementen gebildet wird. In einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung stehen "eine Vielzahl von Wirtschaftseinheiten der Produktion und Verteilung einerseits (Unternehmungen), des Verbrauchs andererseits (Haushaltungen) ohne unmittelbaren Zusammenhang nur durch die Märkte in mittelbarer Verbindung. ... Die Marktwirtschaft kann charakterisiert werden als eine Wirtschaftsweise, in der Produktion von Gütern und Leistungen in Unternehmungen

---

1 Freund, Elmar, Haushaltsstatistik, in: Neumark, Fritz (Hrsg.), Finanzwissenschaft, S. 588.

2 Salin, Edgar, Bernhard Harms in memoriam, in: Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie in kritischen Jahren. Die Friedrich List-Gesellschaft e.V. von 1925-1935, Tübingen 1956, S. XIVf.: "Die Deutsche Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, die bereits auf Jahrzehnte des Bestehens zurückblickte, hat in gleicher Weise in den Jahren, in denen *Harms* zusammen mit *Saemisch* sie leitete, eine Prägung erhalten, die sie, aus der Zufälligkeit von wechselnden Lehrgängen für jüngere und ältere Beamte, zu einer Stätte der Sammlung und Verbreitung der wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Erkenntnisse der kritischen zwanziger Jahre werden ließ. Einige der Kurse waren von Anfang bis Ende so vorzüglich, daß *Harms* die Drucklegung aller Vorträge veranlaßte, und daß diese Sammelwerke weit über den Kreis der Wissenschaft hinaus zum Bildungsgut der deutschen Beamten und der deutschen Öffentlichkeit wurden. Das gilt von Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft (Vorträge Herbst 1927) und Recht und Staat im neuen Deutschland (Frühjahr 1928) in gleicher Weise wie von Volk und Reich der Deutschen (Herbst 1928), und noch heute stellen diese sieben Bände eine interessante Quelle für die Erforschung der divergenten theoretischen und wirtschaftspolitischen, rechtlichen und politischen Strömungen und Ziele in der Weimarer Republik dar."

3 Colm, Gerhard, Kapitalistische und nichtkapitalistische Elemente in der heutigen deutschen Volkswirtschaft, in: Harms, Bernhard (Hrsg.), Kapital und Kapitalismus. Vorlesungen gehalten in der Deutschen Vereinigung über Staatswissenschaftliche Fortbildung, 2 Bde., Berlin 1931, hier 1. Bd., S. 105-135. Die Kurzfassung des Colmschen Beitrages wird zum größten Teil wörtlich wiedergegeben.

stattfinden, die mit dem Mittel der Kapitalverfügung und dem Ziel der Kapitalverwertung arbeiten." Beim Kapitalismus kommt als soziologisches Kriterium hinzu, "daß das zur Durchführung der Produktion notwendige Kapital von privaten 'Kapitalisten' zur Verfügung gestellt wird, die entweder selbst als Unternehmer tätig sind, oder die ihr Kapital den von ihnen beauftragten Unternehmungsleitern anvertrauen. Im Gegensatz hierzu verfügen in dieser Wirtschaftsverfassung die Arbeitnehmer nicht über das zu einer Unternehmenstätigkeit notwendige Kapital. Erst die soziologische Trennung der Kapitalisten und Unternehmer einerseits, der Arbeitnehmer andererseits macht die Marktwirtschaft zu einem auch im soziologischen Sinne bestimmten Herrschaftsverhältnis, das um der Deutlichkeit willen vielleicht auch als "privatkapitalistisch" zu bezeichnen ist."

Wenn ein Teil der Unternehmungen organisatorisch zusammengeschlossen ist (Kartelle und Trusts), kann man von "gebundenem Kapitalismus" sprechen. Die Bezeichnung "Monopolkapitalismus" ist nach Colm zu eng, "denn keineswegs sind alle diese Bindungen monopolistisch." Colm schätzt, daß "20-25% aller Preise in der gegenwärtigen deutschen Volkswirtschaft (um 1924) einer hochkapitalistischen Bindung unterliegen. Die monopolistischen Zusammenschlüsse auf dem Gebiet der Produktion einerseits, der Arbeitskraft andererseits nehmen der Wirtschaft nicht ihre Eigentümlichkeit als Marktwirtschaft. Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung ist dadurch gekennzeichnet, daß die Bindungen in starkem Vordringen sind." Colm nimmt hier denselben Standpunkt wie Georg Halm ein, der aufzeigte, daß monopolistische Bestrebungen Teile des Konkurrenzsystems sind, und nicht - wie die Sozialisten annahmen - eine Etappe zum Monopol, zum Sozialismus.[1]

1. Die vorkapitalistischen Elemente

Bestandteile eigenwirtschaftlicher Art in der deutschen Volkswirtschaft in den 20er Jahren bezeichnet Colm als vorkapitalistisch. "Hierbei handelt es sich demnach um Einheiten der Erzeugung, die ihre Produktionsmittel, vor allem die Arbeitskraft, nicht marktmäßig beziehen und die ihre Erzeugnisse nicht marktmäßig verwerten, für die demnach auch die Rentabilität nicht als Leitgesichtspunkt der Produktion gelten kann. In drei wesentlichen Bestandteilen der heutigen Volkswirtschaft finden wir noch Elemente in diesem Sinne vorkapitalistischer Wirtschaftsführung: 1. im Haushalt, 2. in der Bauernwirtschaft, 3. im Handwerk und Kleinhandel."

Der Haushalt: Von einer Gesamtzahl der überhaupt Arbeitstätigen im deutschen Volk in Höhe von 42 Millionen üben rund 27% mutmaßlich eine hauswirtschaftliche Tätigkeit aus.

---

1 Halm, Georg, Monopolistische Bestrebungen der Gegenwart, in: HdSt, 4. Aufl., Erg.bd., 1929, S. 686-698. Erst Edward H. Chamberlin führte 1933 in seiner Studie "The Theory of Monopolistic Competition" das Wort "oligopoly" als vermeintliche Neuprägung ein; Machlup, Fritz, Oligopol, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 82.

Die Bauernwirtschaft: Die bäuerliche Wirtschaft dient in erster Linie nicht der Erzielung einer Kapitalrente, sondern soll die Lebensführung des Bauern ermöglichen. Durch zunehmende marktmäßige Verwertung ihrer Erzeugnisse und zunehmendes Vordringen einer am Gesichtspunkt der Rentabilität orientierten Wirtschaftsführung (vermittels der Genossenschaften) erhält die Bauernwirtschaft im übrigen immer stärker die Eigentümlichkeit einer kapitalistischen Kleinunternehmung. Wiederum sei als Beispiel auf die Vereinigten Staaten verwiesen, wo dieser Prozeß schon sehr viel weiter fortgeschritten ist.

Das Handwerk: Die moderne Entwicklung des Handwerks ist gerade dadurch gekennzeichnet, daß sich dieser Restbestandteil vorkapitalistischer Wirtschaftsführung immer stärker in den Kapitalismus eingefügt hat.

Der Kleinhandel: Der Kleinhandel ist weitgehend in den Marktzusammenhang eingegliedert. Die Konkurrenz ist durch traditionelle unausgesprochene Übereinkunft gemildert ("Quasimonopol"), die Filialniederlassungen der Großunternehmungen, die Warenhäuser und Versandgeschäfte bilden jedoch eine von Jahr zu Jahr wachsende Konkurrenz. Gerade diese Volkskreise haben durch die Inflation eine großen Teil ihres Kapitalvermögens und damit ihre wirtschaftliche Widerstandskraft verloren.

2. Die nachkapitalistischen Elemente

Das Bild der "reinen" kapitalistischen Marktwirtschaft wird in vielleicht noch stärkerem und vielleicht weiter steigendem Maße durch neuartige Wirtschaftsformen verändert. Dazu zählen das Genossenschaftswesen, der Gesamtbereich der wirtschaftlichen Betätigung der politischen Verbände, aber vor allem die Staaten und Gemeinden. Colm analysiert insbesondere die öffentlichen Unternehmungen, die im Rahmen der Gesamtwirtschaft eine äußerst bedeutsame Stellung einnehmen, einer genauen Analyse. Von den hauptberuflich Erwerbstätigen in Industrie, Handel und Verkehr entfallen 1925 rd. 10% auf die Beschäftigten in öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen. Etwa 8 bis 10% des deutschen Sozialprodukts werden von öffentlichen Unternehmungen bereitgestellt. Die öffentliche Unternehmungstätigkeit erfuhr insbesondere durch den 1. Weltkrieg einen bedeutenden Zuwachs (z.B. Aluminiumindustrie).

Die persönlichen und sächlichen Kosten des öffentlichen Verwaltungsapparates im Deutschen Reich (ohne Reparationen) beliefen sich 1927/28 auf 11,1 Milld. RM, d.h. - gemessen am deutschen Volkseinkommen sind 17,8% dem marktwirtschaftlichen Bereich entzogen. Vor dem Ersten Weltkrieg lagen die Verwaltungskosten bei 13,5% des Volkseinkommens. Colm sieht es als eine verantwortungsvolle Aufgabe der politischen Organe an, jeweils für eine Entwicklung der Verwaltungsleistungen zu sorgen, die die Privatwirtschaft nicht überbürdet, die aber andererseits diese Leistungen auf eine Höhe hebt, die den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung und den wachsenden Ansprüchen nach Möglichkeit genügt.

Die Eingriffe der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Einkommensverteilung, staatliche Lohnpolitik durch das Schlichtungswesen), bewirken, daß auch der Bereich der Marktwirtschaft selbst in bedeutendem Maße von nachkapitalistischen (d.h. hier organwirtschaftlichen und politischen) Einflüssen durchsetzt ist. Der durch das Schlichtungswesen staatlich kontrollierte Lohn macht fast zwei Drittel der marktwirtschaftlichen Einkommensbezüge aus.

Ein weiterer Eingriff der öffentlichen Wirtschaft in den Ablauf der Marktwirtschaft sind die Geldzahlungen des Staates an Dritte. Die gesamten sozialen Unterstützungen, Subventionen, Darlehen, sozialen Leistungen der Versicherungsträger und die Kriegsrenten beliefen sich 1927 auf 6,7 Milld. RM. 10,7% des Volkseinkommens sind mittels Steuern, Erwerbseinkünften, Versicherungsbeiträgen usw. aufgebracht worden, um sie anderen Staatsbürgern als wirtschaftliche oder soziale Beihilfe weiterzuleiten. Es handelt sich um eine der wesentlichsten nachkapitalistischen "Korrekturen" des marktwirtschaftlichen Wirtschaftsablaufs. Nach Colm sind rund 2/3 der im weitesten Sinne Arbeitstätigen des deutschen Volkes noch nicht in den Bereich eingezogen, der uneingeschränkt als "kapitalistisch" zu gelten hat.

4.3. Beruflicher Aufstieg und Anerkennung

Am 18. Dezember 1926 teilte der Dekan der Fakultät der Rechts- und Staatswissenschaften dem preußischen Minister für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung mit, daß die "venia legendi" für wirtschaftliche Staatswissenschaften nach Annahme der Habilitationsschrift über die "Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben" Dr. Gerhard Colm verliehen worden sei. Das Thema der am gleichen Tage gehaltenen Probevorlesung hatte "Über die Wirkungen der Inflation auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands" gelautet.[1]

Bernhard Harms war schon früh auf Gerhard Colm aufmerksam geworden. Fritz Neumark schildert in seinen Erinnerungen Harms so: "Als weitere 'Meister' mit einem entsprechend großen Einfluß auf die Besetzung von Lehrstühlen, in geringem Maße auf die praktische Wirtschafts- und Finanzpolitik, sind zu nennen: Bernhard Harms und Wilhelm Gerloff. Harms war der Begründer einer von ihm so genannten Weltwirtschaftslehre und des bald internationalen Ruf genießenden Weltwirtschaftsinstituts in Kiel. Harms und Gerloff hatten manches gemeinsam, so etwa die Fähigkeit, junge Talente zu fördern, wenn sie selbst auch nicht unbedingt als große Wirtschaftstheoretiker bezeichnet werden können. Unter den Nationalökonomen, die Harms nach Kiel zu berufen verstand, befand sich Julius Landmann, der ein äußerst scharfsinniger Denker und historisch gut geschulter Lehrer war. Neben Landmann gehörten zu den (jüngeren) Wirtschaftstheoretikern Gerhard Colm und Hans Neisser. Beide haben sich um die Edition der Verhandlungen und Gutachten der List-

1 Vgl. Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, a.a.O., Dok. 217.

Gesellschaft große Verdienste erworben. Colm war einer der ersten deutschen Finanztheoretiker, die mit einer 'Volkswirtschaftlichen Theorie der Staatsausgaben' (1927) die lange Zeit vernachlässigte Lehre von den öffentlichen Ausgaben auf theoretischer Grundlage neu belebten."[1] Am 1. April 1927 wurde Colm als wissenschaftlicher Dezernent am Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr eingestellt und von Bernhard Harms als stellvertretender Abteilungsvorstand der Abteilung für Statistische Weltwirtschaftskunde und internationale Konjunkturforschung (Astwik) eingesetzt.

In seiner nun parallel zur Forschungstätigkeit bis 1933 einsetzenden Lehrtätigkeit an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel legte Gerhard Colm seinen Schwerpunkt auf Wirtschaftsstatistik, Theorie des Außenhandels und - in enger Zusammenarbeit mit seinen Freunden Adolf Löwe und Hans Neisser - auf das neue Feld der Konjunkturforschung.[2] Am 22. Februar 1930 stellte die Fakultät an das Ministerium den Antrag, Gerhard Colm vom Privatdozenten zum nichtbeamteten außerordentlichen Professoren zu befördern. Dekan Julius Landmann (1877-1931) führte in seinem Antrag an, daß wesentliche Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes unter Federführung des jungen Gerhard Colm erarbeitet worden wären. Colm hätte im Reichsdienst Gelegenheit gehabt, die wichtigsten Gebiete der Wirtschafts- und Finanzpolitik kennenzulernen. Er hätte "für seine Jugend" eine erstaunliche Zahl wertvoller wissenschaftlicher Publikationen aufzuweisen, und er verfüge über eine "reiche Lehrerfahrung mit guten pädagogischen Erfolgen".[3] Der Antrag wurde am 28. Februar dahingehend erweitert, Gerhard Colm einen Lehrauftrag für "Weltwirtschaftslehre und Statistik" zu erteilen.

---

1 Neumark, Fritz, Deutsche Ökonomen des frühen 20. Jahrhunderts, in: Schefold, Bertram (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VII, Berlin 1989, S. 131; Ähnlich auch Salin, Edgar, Bernhard Harms, S. XIf., XVI: "Was Harms durch Institut und Zeitschrift geleistet hat, bildet einen wichtigen Bestandteil der Geschichte der ökonomischen Wissenschaft in Deutschland in den zwei Jahrzehnten 1913 bis 1933 ... Als Leiter des Instituts und als Herausgeber des Archivs hat Harms tatsächlich einen neuen Typ des Gelehrten erstmals in Deutschland entwickelt und vorgelebt, der für die ökonomische Wissenschaft richtungsweisend geworden ist: er wurde und blieb der *Organisator wissenschaftlicher Forschung und Lehre*. ... Sein Regiment beruhte auf einer tiefen Kenntnis der ihm unterstellten und der ihm gleichgeordneten Mitarbeiter und auf einer intensiven Beherrschung der jeweils zur Entscheidung drängenden Materie. Aus ganz Deutschland hatte er sich den Stab seiner Mitarbeiter, - gefürchtet von Kollegen und Ministerialen, die stets besorgten, er werde ihnen die besten Bearbeiter wegholen ... und von jüngeren nahmhaften Gelehrten haben Adolf Löwe und Gerhard Colm, Hans Neisser und Fritz Burchardt dort (in Kiel) ihre Laufbahn begonnen. Für alle war das gemeinsame Wirken mit *Harms* eine Bereicherung und oft ein Sprungbrett."

2 Vgl. Vorlesungsverzeichnisse der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Wintersemester 1926/27 bis Sommersemester 1933.

3 Vgl. Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, a.a.O., Dok. 288-291.

Am 11. April 1930 wurde Privatdozent Dr. Gerhard Colm durch den preußischen Minister für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ernannt. Die Lehrbefugnis für Weltwirtschaftslehre und Statistik wurde am 10. Juli desselben Jahres erteilt. Bernhard Harms hatte ihm unterdessen schon die Position des Abteilungsvorstandes von "Astwik" am 1. März 1930 übertragen.[1]

Für die Studenten stellte das Studium am Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr, verglichen mit dem Lehrbetrieb an einer "normalen" Universität, etwas Besonderes dar. So schreibt eine ehemalige Doktorandin Colms darüber sowie über ihren akademischen Lehrer: "Man behält den Arbeitssaal mit dem Blick auf die Kieler Förde sein ganzes Leben lang in Erinnerung. Ebenso unvergeßlich bleiben uns ehemaligen Institutsmitgliedern die Clubabende, bei denen Gelehrte des In- und Auslandes Vorträge hielten, und wir Studierende an kleinen Tischchen mit unseren Professoren, Dozenten und Assistenten zusammensaßen und manchmal bis in die Nacht nach dem Vortrag diskutierten. Bei dieser Gelegenheit habe ich Gerhard Colm oft erlebt, und immer hat die große Bescheidenheit auf mich Eindruck gemacht, mit der er seine Meinung vortrug, die andererseits von großer Bestimmtheit begleitet war. Er gehörte trotz seiner Jugend doch schon damals zu den akademischen Lehrpersönlichkeiten, an denen wir Studenten mit großer Liebe hingen. Es wurde auch von ihm erzählt, daß er außer seiner hervorragenden Klugheit und seinem pädagogischen Geschick eine tiefe Herzensgüte besaß."[2]

Mit dem beruflichen Aufstieg Gerhard Colms kam auch ein gewisser Wohlstand für die junge Familie. Im Jahre 1930 wurde ein großes Bürgerhaus in der Moltkestraße gleich hinter dem Institut bezogen. Fortan waren zwei Dienstmädchen für den Haushalt und die Kinder zuständig. Beim Umzug aus der Gellertstraße spielte jedoch auch ein Motorradunfall Colms im selben Jahr eine Rolle, infolgedessen Gleichgewichtsstörungen die Nähe der Wohnung zum Institut angebracht erscheinen ließ. Hanna Colm arbeitete bereits als Leiterin der Kinderberatungsstelle in Kiel.[3]

4.4. Die Reparationsfrage

Gerhard Colm sollte nach seiner Berliner Zeit am Statistischen Reichsamt die ganzen Jahre am Kieler Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr hindurch von der großen Streitfrage der zwanziger Jahre begleitet werden, die wie ein Schatten über der Weimarer Republik hing: den Reparationslasten auf Deutschland. Im Versailler Vertrag war es nicht gelungen, einen Betrag für die deutschen Reparationen festzu-

---

1 Ebd., Dok. 306, 295 u. 309.

2 Hertha Lehmann-Jottkowitz an Gerhard Colm v. 18.2.1964 anläßlich der Verleihung des Bernhard-Harms-Preises an Colm, Gerhard Colm Papers, Library of Congress, Box 32.

3 Colm Interview, Juli 1991.

setzen, denn wohl jede angegebene Summe wäre den Deutschen - und vielleicht auch den Amerikanern und Engländern[1] - zu hoch erschienen, den Franzosen dagegen zu niedrig. Der Vertrag hatte sich damit zufriedengegeben, allgemeine Regeln für die Zahlungen in Form von Sachwerten und von Devisen festzulegen, wobei eine eigene Reparationskommission genaue Beträge erarbeiten sollte. Ruhrbesetzung, Hyperinflation und eine für die breite Masse der Bevölkerung einschneidende Währungsreform waren die Folge gewesen - Ereignisse, deren Zeuge Gerhard Colm geworden war und die ihn tief geprägt hatten. Die im Dezember 1923 unter Leitung von Charles Dawes, dem früheren Direktor des Budgetbüros in Washington, eingesetzte Kommission hatte schließlich unter der Federführung der Engländer Sir Josiah Stamp und Sir Robert Kindersley ein Gutachten ausgearbeitet, das am 16. August 1924 in der Unterzeichung des Londoner Reparationsabkommens gemündet hatte.[2] Der Dawes-Plan hatte die "Verantwortung für die *Aufbringung* der Reparationen Deutschland, die Verantwortung für die *Übertragung* der aufgebrachten Beträge (Transfer) seinen Gläubigern zugeschoben."[3] In einer Übergangszeit von vier Jahren sollten bis 1928 5,4 Milliarden Reichsmark transferiert werden. In Berlin wurde ein Reparationsamt errichtet, das die Aufbringung der Beträge in Mark beaufsichtigen und intervenieren sollte, um Zahlungen zurückzustellen, falls ernstliche Transferschwierigkeiten auftreten würden. Die Aufbringung sollte durch die Gewährung der Dawes-Anleihe erleichtert werden, und nach dem 1. April 1928 sollten dann auf unbestimmte Dauer vom Reich Jahreszahlungen von 2,5 Milliarden Reichsmark entrichtet werden.

Die Mängel des Dawes-Plans wurden von Wilhelm Lautenbach 1937 herausgearbeitet: "Die Ausstattung mit realem Kapital und der Grad seiner Ergiebigkeit, hier ganz im Sinne der Produktivität, nicht der Rentabilität verstanden, bedingen den Kapitalreichtum eines Landes. Die Produktivität drückt sich aus in dem Nutzen, den die dauernden Nutzungsgüter abwerfen, und in der Ergiebigkeit der vereinten Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Die Arbeit ist die schöpferische Kraft, das Kapital der Hebel, an dem die wertschaffende Kraft ansetzt. Der Investitionswert des Sachkapitals allein entscheidet nicht über den Kapitalreichtum im objektiven Sinne. Es gehört zu den schlimmsten Fehlern des Dawes-Gutachtens, daß es dies übersah, die reiche Ausstattung mit realem Kapital in Gestalt fester Anlagen betonte, ohne auf die

---

1 Vgl. die berühmte Kritik J.M. Keynes in seinem Buch "The Economic Consequences of the Peace", New York 1920. Zur Geschichte der Reparationen allgemein: Spangenberg, Gerhard, Deutschlands Reparationslasten: Versailler Vertrag, Dawes-Plan, Young-Plan, Haager Konferenz, Dresden ²1929; Ronde, Hans, Von Versaille bis Lausanne: Der Verlauf der Reparationsverhandlungen nach dem 1. Weltkrieg, Stuttgart 1950.

2 Krohn, Claus-Dieter, Stabilisierung und ökonomische Interessen. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923-1927, Düsseldorf 1974, S. 766ff.

3 Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie, S. 73.

Qualität und alle ökonomischen Bedingungen der Kapitalnutzung Rücksicht zu nehmen. Nur eine dieser Bedingungen, nämlich des katastrophalen Mangel an mobilem Realkapital, an Vorräten aller Art, erkannten die Sachverständigen an, gaben sich aber wohl nur allzu willig der Täuschung hin, daß mit seiner Behebung das deutsche Kapitalproblem gelöst sei.[1] In Wirklichkeit waren viele Anlagen, auch wenn sie neu waren, technisch schon überaltert, weil die deutsche Industrie im Dunst und Nebel der Inflation wahl- und ziellos investierte und mit der technischen Entwicklung der anderen Industrieländer nicht Schritt halten konnte. Hinzu kam der weltwirtschaftliche Strukturwandel, den der Krieg durch die vollkommene Sprengung des alten weltwirtschaftlichen Systems einleitete und den die Tributpolitik ins Unangemessene steigerte. Für Deutschland bedeutete das eine Anpassungsaufgabe, die einen großen Teil seiner bisherigen realen Kapitalausstattung zum alten Eisen warf und enorme neue Investitionen erforderlich machte, wenn die Ergiebigkeit der Volkswirtschaft auch nur annähernd auf den früheren Stand gebracht werden sollte."[2]

Im Frühjahr 1928 - kurz vor Inkrafttreten der zweiten Phase des Dawes-Planes - erschien ein Artikel von Colm, in dem er auf dreieinhalb Jahre Wirken des Londoner Abkommens zurückblickte.[3] Colm war stets darum bemüht, die in meist höchst emotionaler Polemik geführte Diskussion auf eine sachliche Basis zurückzuführen. Er gestand dem Dawes-Komitee zu, das Reparationsproblem auf dem Boden sachlicher ökonomischer Arbeit in Angriff genommen zu haben, doch könnten die Londoner Beschlüsse nur eine vorläufige Lösung darstellen. Die Abwicklung der Zahlungen hätte sich juristisch völlig "planmäßig" vollzogen, doch hätte die wirtschaftliche Abwicklung einen anderen Gang genommen, als die "Sachverständigen" gedacht hätten. Die für die Reparationszahlungen notwendigen Devisen seien nur auf zwei Wegen zu erlangen, nämlich durch einen Überschuß in der Handels- und Devisenbilanz - wie es den Experten vorgeschwebt hatte - oder durch Kapitalimport. Colm wies nun nach, daß die Übertragungen bis dato ohne Rücksicht auf einen Ausfuhrüberschuß erfolgt seien bzw. die Devisen durch Kapitalimport aufgebracht worden seien, wovon jedoch nur ein geringer Anteil als Anleihe für die Zahlungen verwendet worden sei: der Rest wäre durch Steuern aufgebracht worden. Der übrige Anteil der ausländischen Kredite sei zu Investitionen in Wirtschaft und im öffentlichen Bereich verwendet worden. Es sei ein Paradox, daß die Franzosen Anleihen in die deutsche Wirtschaft pumpten, die den Deutschen den Ausbau ihrer Betriebe er-

---

1 Lehmann, Karin, Wandlungen der Industriefinanzierung mit Anleihen in Deutschland (1923/24 - 1938/39), Stuttgart 1996.

2 Lautenbach, Wilhelm, Über Kredit und Produktion. Eine Aufsatzreihe, Frankfurt/Main 1937, S. 54.

3 Vgl. Dreieinhalb Jahre Dawes-Plan, in: Die Arbeit Nr. 2, Berlin 1928. Vgl. dazu auch den Artikel Dauer und Höhe der Reparationszahlungen, in: Magazin der Wirtschaft, Bd. IV, 1928, S. 1648f.

möglichten.[1] Doch genau dieser Kreditstrom sei notwendig, um die innere Aufbringung mit ihren hohen Steuern zu kompensieren, ein Umstand, der nicht immer so bleiben könnte. Eines Tages, so Colm, würden die Reparationen nur noch aus Exportüberschüssen bezahlt werden müssen, und er appellierte an eine Politik der Gläubigernationen, die endlich besseren Zugang für deutsche Waren auf ihre Märkte ermöglichen sollte.[2] "Bisher kann noch kein Urteil darüber gefällt werden, wie die Reparationsleistungen auf die deutsche Wirtschaft und auf die Auslandsmärkte wirken werden, wenn der kompensierende Faktor der Kapitaleinfuhr nicht mehr besteht."[3] Colm plädierte für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage, in der einige Schutzbestimmungen des Dawes-Planes integriert werden könnten und in der auch endlich die Gesamtsumme mit einem Zahlungsplan festgelegt werden müßte.[4]

Colms Sorge über den wachsenden Kreditstrom war nicht unbegründet. Wie eine deutsche Sachverständigenkommission damals feststellte, flossen in den Jahren 1924 bis 1930 der deutschen Volkswirtschaft 8,3 Milliarden Reichsmark an langfristigen und 3,5 Milliarden Reichsmark an kurzfristigen Krediten aus dem Ausland zu, der größte Teil davon aus den USA.[5] Wie Colm befürchtete, funktionierte dieses System nur solange, wie ständig neue Anleihen auf den Auslandsmärkten untergebracht werden konnten: In dem Augenblick, in dem der Anleihestrom versiegte, mußte es zusammenbrechen. Diese Entwicklung zeigte sich bereits seit Juni 1928 unübersehbar ab.[6] Zu den wenigen Männern, die sich wie Colm über die Gefahren und den problematischen Wert des Systems bewußt waren, zählte der Reparationsagent S. Parker Gilbert. Er hatte das Ziel, einen Zusammenbruch der Reparationen zu verhü-

---

1 Lautenbach, Wilhelm, Kredit, S. 97f.

2 Ebd., S. 101.

3 So Colm im "Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen über den Beginn des dritten Annuitätsjahres", in: WA, Bd. 26, 1927, S. 375-391. Kommentar zum Report of the Agent General for Reparation Payments. Berlin, June 10th, 1927, deutsche Ausgabe: Deutschland unter dem Dawes-Plan, Berlin 1927.

4 Vgl. Dreieinhalb Jahre Dawes-Plan, S. 103.

5 Kurze Zeit später erschien die von Colms Abteilung herausgegebene "Deutsche Zahlungsbilanz". (Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. I. Unterausschuß. 6. Arbeitsgruppe), Berlin 1930. In enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Reichsamt lieferte Colm eine bis dato beispiellose Analyse der deutschen Zahlungsbilanz zwischen 1924 und 1929, die seine Befürchtungen statistisch untermauerten. Vgl. auch Kroll, Gerhard, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, S. 38; Lehmann, Karin, Industriefinanzierung.

6 Vgl. Kindleberger, Charles P., Die Weltwirtschaftskrise, München [3]1984, S. 71ff.; Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie, S. 23: Ende September 1927 trafen sich auf Paul Reusch's Gut Katharinenhof bei Stuttgart Hans Luther, Max Warburg, Witthöft, Ludwig Kastl und Carl Bosch. "Die Herren gehen von dem Gedanken aus, daß Deutschland bei der Fortdauer der gegenwärtigen Zustände namentlich im Hinblick auf die große Verschuldung an Amerika und auf die erst jetzt einsetzenden schweren Lasten aus dem Dawes-Vertrag einer Katastrophe entgegentreibt."

ten, und bemühte sich daher bereits seit dem Winter 1927/28, in den Gläubigerländern Stimmung für eine Neuregelung der deutschen Reparationslasten zu machen. Im Juni 1928 äußerte er in seinem Halbjahresbericht die Absicht, den Dawes-Plan durch eine endgültige Regelung der Reparationsfrage zu ersetzen. Dafür sprachen auch andere Gründe: Deutschland war mit den Abmachungen unzufrieden, die seine Souveränität einschränkten, wie etwa die Besetzung des Rheinlandes und die Überwachung seiner Finanzen durch den Reparationsagenten, und es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß noch immer keine Gesamtsumme festgelegt worden war. Die Franzosen wünschten eine "Kommerzialisierung" der Verpflichtungen aus dem Londoner Abkommen, und es mag sich auch die Einsicht durchgesetzt haben, daß das Reich durch die jährlichen Zahlungen von 2,5 Milliarden Goldmark einfach überlastet war.

Die sich abzeichnende Neuregelung der Reparationsfrage veranlaßte dann auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr, sich in Zusammenarbeit mit der Friedrich List-Gesellschaft in einem größeren Expertenrahmen mit der Problematik auseinanderzusetzen. Im Vorfeld der Konferenz von Pyrmont schrieb Gerhard Colm als Mitarbeiter von Harms am 24. Mai 1928 an Prof. M. J. Bonn: "Wohl bei keinem Problem sind die Anschauungen der sogenannten Praktiker, die die Dinge machen, und der sogenannten Theoretiker, die über sie nachdenken, so himmelweit voneinander entfernt. Da sollte es eigentlich nicht sinnlos sein, wenn diese beiden Gruppen sich einmal aussprechen. ... Eine solche Aussprache mit den Praktikern könnte vielleicht auch die Theoretiker wieder etwas an die realen Tatsachen erinnern."[1]

4.4.1 Die Konferenzen von Pyrmont und Berlin

Die Friedrich List-Gesellschaft, die ihr allgemeines Ziel in der "Gewinnung von Erkenntnisgrundlagen für die praktische Politik in gemeinsamer Aussprache und Arbeit von Gelehrten, Staatsmännern und Wirtschaftsführern" erblickte, beschloß angesichts der Lagerung des Reparationsproblems, unter organisatorischer Leitung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr zwei Konferenzen zu veranstalten, "die für die bisherigen und die Gestaltung der künftigen Reparationspolitik die erkenntnismäßigen Unterlagen erbringen sollte".[2] Der "Kieler Stab", dem die Professoren Helander, Landmann, Loewe und die Privatdozenten Colm und Neisser angehörten, arbeiteten zusammen den Entwurf für Problem- und Themenstellung

---

1 Kindleberger, Charles P., Weltwirtschaftskrise, S. 75f.

2 Vgl. Salin, Edgar (Hrsg.), Das Reparationsproblem. (Veröffentlichung der Friedrich List-Gesellschaft), Die Konferenzen von Pyrmont (Teil 1) und Berlin (Teil 2), Berlin 1929, Zitat in Teil 1, S. 6. Die Bände umfassen die kompletten Protokolle der Sitzungen sowie eine Reihe von Gutachten. Colms Gutachten, "Das Wesen der Kommerzialisierung und die mit ihr verbundenen Änderungen des Londoner Paktes", befindet sich im 2. Teil, S. 370-377.

aus, "auf Grund dessen zehn Persönlichkeiten[1] gebeten wurden, in isolierender Untersuchung Gutachten zu Teilfragen zu erstatten."[2] Vom 5. bis 6. Juni 1928 trafen sich erstmalig Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in Pyrmont, um sich mit dem Reparationsproblem auseinanderzusetzen. Auf der langen, etwa 70 Personen umfassenden Teilnehmerliste, standen neben der Kieler Schule Namen wie Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Fritz Baade, Alexander Rüstow, Hjalmar Schacht, Werner Sombart, oder auch der ehemalige Reichskanzler Hans Luther, der 1930 bis 1933 vorübergehend Nachfolger des Reichsbankpräsidenten Schacht wurde.[3] Themen der Pyrmonter Konferenz waren Fragen wie die "Umstellung der Produktion, des Verbrauchs und des Außenhandels unter dem Einfluß der Reparationszahlungen", "Zusammenhang der Reparationsübertragungen mit den Wechselkursen", ferner Kapitalwanderungen, wie sie besonders ins Ausland stattgefunden hatten, sowie Aspekte deutscher und alliierter Kreditpolitik. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht verhielt sich wie die gleichfalls anwesenden Staatssekretäre Popitz (Reichsfinanzministerium) und Trendelenburg (Reichswirtschaftsministerium) "zunächst schweigsam und nur als Beobachter" der Pyrmonter Konferenz. Unmittelbar vor Konferenzschluß ergriff Schacht das Wort und wandte sich leidenschaftlich gegen Harms Ansicht, daß Deutschland den Krieg verloren habe und deshalb bezahlen müsse. Schacht führte u.a. aus: "Das ist der größte Defaitismus, der überhaupt denkbar ist. Wir müssen nicht zahlen für diesen verlorenen Krieg, sondern wir haben für diesen Krieg gezahlt. Wir haben nicht nur das gezahlt, was auch die anderen Nationen bezahlt haben. Wir haben darüber hinaus Milliarden bezahlt, die uns längst durch Bruch aller privaten Rechte, und was sie sonst wissen, abgenommen worden sind. Ich will mich gar nicht über diese Dinge ereifern, weil es nur auf die sachliche Betonung ankommt. Wir haben gezahlt, und wenn wir weiter zahlen müssen, so liegt dafür nicht der leiseste moralische Grund vor, es sei denn, daß man die Alleinschuld am Kriege anerkennt. Es liegt nichts anderes vor, als die brutale Gewalt der anderen. ... Meine Herren, ich erkläre Ihnen, ich will nicht zahlen, und deshalb akzeptiere ich keine Theorie, die mir beweist, daß ich zahlen muß."[4] Schacht löste durch das Niveau und die Tonart der Rede bei einem großen Teil der Konferenzteilnehmer und auch bei Harms Unwillen und Empörung aus. "Wissenschaft und Praxis", so faßt Bernhard Harms am Ende des Symposiums zusammen, "haben sich hier zusammengefunden, um gemeinsam Erkenntnisgrundlagen zu gewinnen für die Lösung einer

---

1 Colm, Kiel; Eucken, Freiburg; Feiler, Frankfurt/Main; Hahn, Frankfurt/Main; Helander (seit 1929 Nürnberg); Neisser, Kiel; Palyi, Berlin; Susat, Berlin; Röpke, Marburg; Adolf Weber, München.

2 Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie, S. 76.

3 Vgl. Teilnehmerliste im 1. Teil, in: Salin, Edgar (Hrsg.), Das Reparationsproblem.

4 Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie, S. 85; Schacht, Hjalmar, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 296.

Aufgabe, die in der Geschichte des deutschen Volkes ihresgleichen sucht."[1] Leidenschaftlich sei debattiert worden, doch sei, so Harms, an das Thema der Reparationen wohl nicht emotionslos heranzukommen. Die Konferenz von Pyrmont kann als eine Art Bestandsaufnahme der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und Landwirtschaft angesehen werden, auf der auch die großen Schlagwörter der zwanziger Jahre wie "Stand der Rationalisierungen", "Kartellisierung" sowie Aspekte der deutschen Exportkapazität diskutiert wurden. Harms bemängelte am Ende lediglich, daß der Einfluß der Steuern auf die Wettbewerbsfähigkeit überhaupt nicht aufgegriffen worden sei, eine Aufgabe, die von Gerhard Colm wenig später nachgeholt wurde.[2]
Offengebliebene Fragen der Pyrmonter Zusammenkunft hatten allen Teilnehmern ein Folgetreffen für wünschenswert erscheinen lassen, und so rief die Kieler Gruppe noch einmal vom 15. bis 17. November 1928 - unter Herannahen der Pariser Verhandlungen unter Owen D. Young - die Expertenrunde nach Berlin zusammen. Mittelpunkt der Diskussionsthemen bildeten dieses Mal globalere Perspektiven einer Neuregelung der Reparationen, dabei insbesondere - aus deutscher sowie alliierter Sicht - das Für und Wider einer etwaigen "Kommerzialisierung" der Reparationsschuld sowie deren Wirkung auf die deutsche Kapitalbildung sowie ferner der "Sinn und die Bedeutung eines künftigen Transferschutzes."

---

1 Vgl. Teil 1, a.a.O., S. 280.

2 Colm, Gerhard, Der Einfluß der Steuern auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, in: Teschemacher, Hans, Beiträge zur Finanzwissenschaft, Bd. I Festgabe für Georg von Schanz zum 75. Geburtstag 12. März 1928, Tübingen 1928. Colm baute in dieser Untersuchung auf Arbeiten A.C. Pigous und E.R.A. Seligmans auf ("Die Lehre von der Steuerüberwälzung". Nach der 5., durchgesehenen Auflage hrsg. von Prof. Dr. Karl Bräuer, Breslau 1927) und nahm sich eines der interessantesten Dokumente finanzwissenschaftlicher Forschung jener Zeit, den sogenannten Colwyn-Report zur steuerlichen Belastung der englischen Wirtschaft (Report of the Committee on National Debt and Taxation. Cmd. 2800, London 1927), zum Vorbild. Er untersuchte den "Einfluß der Steuererhebung auf die internationale Konkurrenz. Hieraus werden sich die hemmenden Wirkungen der Steuern auf die Wettbewerbsfähigkeit ergeben, die zum Schluß abzuwägen sind gegen die positiven Wirkungen der öffentlichen Leistungen. ... In Übereinstimmung mit den Verfassern des Colwyn-Report kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Wirkung der unterschiedlichen Steuerhöhe gegenüber den sonstigen tiefgreifenden Wandlungen in den internationalen Konkurrenzbedingungen zurücktritt. Eine quantitative Angabe hierüber ist nicht möglich" (S. 118, 151). Wie Colm auch auf der Bad Eilsener Konferenz später nachdrücklich vertrat, müßte in die gesamte Diskussion der Aspekt der Steuerverwendung mit hineingenommen werden. "Ein endgültiges Urteil über die Steuerwirkung kann aber nicht gebildet werden, bevor nicht die Art der Steuer*verwendung* auch daraufhin geprüft worden ist, ob die öffentlichen Leistungen nicht auch fördernde Wirkung ausüben können" (S. 141). So sei etwa eine gut funktionierende bürokratische Organisation wichtig für den Außenhandel, oder Staatsleistungen im Schul- und Bildungswesen seien ein produktionsfördernder Aspekt, der häufig vernachlässigt würde. Vgl. auch Colms Analyse "Die steuerliche Belastung der englischen Wirtschaft. Ergebnisse des Colwyn-Berichts", in: WA, Bd. 26, 1927, sowie Keynes, J.M., The Colwyn Report on National Dept and Taxation, in: Economic Journal, 37, 1927.

Was sollte die deutsche Delegation unter Hjalmar Schacht in Paris als für das Deutsche Reich Optimale anstreben: kleinere Annuitäten, endlich eine Festlegung ihrer Gesamtzahl, eine Beibehaltung des Transferschutzes, und wie sollten die Zahlungen künftig aufgebracht werden? Dieses waren Fragen, die von der Expertengruppe kontrovers diskutiert wurden. Völlig unterschiedlich wurden die künftigen Folgen der Reparationen für die deutsche Wirtschaft gesehen: Die Spanne reichte vom "Untergang der deutschen Wirtschaft" bis hin zum Optimismus einer problemlosen Leistungsaufbringung in der Zukunft. Colms Beiträge kreisten in erster Linie um die Möglichkeiten eines künftigen Transferschutzes,[1] dessen Wirksamkeit im wesentlichen durch die Art und Weise bestimmt sei, wie Generalagent und das Transferkomitee ihre Aufgabe auffaßten, und für die Volkswirtschaft sei es eine essentielle Frage des Vertrauens in deren Tätigkeit. Nach Brügelmann "drängt sich der Eindruck auf, daß in Berlin wie in Pyrmont die Vertreter der exportorientierten Industrie mit den Markttheoretikern den Transferschutz eher gering, die Vertreter der binnenmarkt-gerichteten Industrie mit den Raumwirtschaftlern ihn eher hoch bewerteten."[2] Die Diskussion über eine eventuelle "Kommerzialisierung" der Reparationsschuld nahm auf der Berliner Konferenz praktisch zwei Tage in Anspruch. Darunter wurde meist eine "einmalige Kapitalbeschaffung durch Begebung einer Reparationsanleihe größeren Ausmaßes" verstanden. Debattiert wurde die Frage der Rechtsperson des möglichen Schuldners - öffentlich oder privat - der zu erwartende Einfluß auf die Kapitalversorgung, die Ausstattung der Reparationsanleihe und deren Laufzeit, Zinsfuß, die Frage des Garanten sowie selbstverständlich die Problematik der Gesamtsumme der von Deutschland noch zu leistenden Zahlungen. Bernhard Harms selbst sah in einer möglichen Kommerzialisierung der Reparationsschuld eine ganz neue Perspektive: "Dabei darf nicht aus dem Auge gelassen werden, daß die Versorgung sozusagen der ganzen Welt mit einer deutschen Reparationsanleihe für Deutschland einen Sicherheitsfaktor bedeutete, der außerordentlich hoch eingeschätzt werden müßte: am Wohlergehen des Schuldners, will sagen an der Aufrechterhaltung seiner Zahlungsfähigkeit, wäre je länger desto mehr die gesamte kapitalistisch engagierte Welt interessiert."[3]

Die von einzelnen Experten verfaßten Gutachten wurden erst nach den beiden Konferenzen herausgegeben bzw. veröffentlicht. Colms Gutachten über "Das Wesen der Kommerzialisierung und die damit verbundenen Änderungen des Londoner Paktes" stellte heraus, daß mit dem Dawes-Abkommen bereits durch Inschuldnahme der Reichsbahn und einiger deutscher Industrieunternehmen eine partikuläre Kommerzialisierung stattgefunden hätte. Eine Kommerzialisierung der Reparationsschuld

---

1 Vgl. Protokoll im 2. Teil, in: Salin, Edgar (Hrsg.), Das Reparationsproblem, S. 327ff.

2 Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie, S. 91.

3 Vgl. Teil 2, a.a.O., S. 359.

definierte Colm als ein Abtreten des Gläubigerstatus eines Staates an private Schuldner. Frankreich verkaufe z.B. die ihm von der deutschen Regierung ausgehändigten Schuldscheine an Privatpersonen, die nun deutsche Reparationsanleihen besäßen. Colm diskutierte nun, ob nach der Interessenlage der Mächte eine Kommerzialisierung in dem einen oder anderen Sinn in Frage käme und in welchem Maße sie überhaupt durchführbar erscheine, ob etwa in Etappen, unter Beanspruchung des Kapitalmarktes, oder durch Effektensubstitution. Abschließend wurden von Colm die als notwendig erachteten vertraglichen Änderungen des Londoner Paktes herausgearbeitet.[1]

Die "zur Pariser Sachverständigenberatung über den Young-Plan entsandten deutschen Deligierten schöpften ihren Sachverstand im wesentlichen aus dem Pyrmonter und Berliner Protokollen, die die einzigen umfassenden Erkenntnisquellen für das Reparationsproblem waren und blieben. *Harms* konnte (in einem Brief vom 14. Januar 1929) geradezu sagen, die Gutachten, Referate und Debatten würden "im Augenblick von denen, die es angeht, regelrecht gepaukt."[2]

Sowohl im Dawes- als auch im Young-Plan wurden politische Schulden in privatrechtliche Schulden umgewandelt (Kommerzialisierung). Das nach fünf Verhandlungsmonaten im Frühsommer 1929 erarbeitete Gutachten sah einen auf 59 Jahre begrenzten Zahlungsplan mit einer festen Annuität von 2,5 Milliarden Reichsmark vor, der ein "Wohlstandsindex" - dessen Fallenlassen Colm gefordert hatte - von etwa 2 Milliarden Reichsmark jährlich anhing, jedoch bei einem stufenweisen Absinken in den letzten zwanzig Jahren. Den Amerikanern war es nicht gelungen, ihre Schuldenabwicklung mit den europäischen Alliierten aus den Verhandlungen herauszuhalten: Deutschland sollte künftig zu Zweidritteln an den Schuldennachlässen seitens der USA beteiligt werden. Das Reich wurde von allen im Dawes-Plan vorgesehenen Pfändern und Kontrollen befreit. Es verschwanden damit die Reparationskommission, der Generalagent für die Reparationszahlungen und die ausländischen Mitglieder in der Verwaltung von Reichsbahn und Reichsbank. Jedoch blieb die Reichsbahngesellschaft verpflichtet, 37 Jahre lang eine Beförderungssteuer in Höhe von 600 Mill. RM abzuführen. Alle Zahlungen, die künftig in fremder Währung zu leisten waren, sollten an die neugegründete Bank für internationalen Zahlungsausgleich abgeführt werden.[3]

---

1 Vgl. Colms Gutachten, in: Salin, Edgar (Hrsg.), Das Reparationsproblem, S. 372ff.

2 Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie, S. 91; Heymann, Friedrich, Der Young-Plan. Der Schlußbericht der Pariser Sachverständigen-Konferenz im Wortlaut, Frankfurt/M. 1929; Weber, Adolf, Reparationen, Youngplan und Volkswirtschaft, 2. Aufl. 1930; Bergmann, Carl, Deutschland und der Young-Plan, 1930.

3 Zum Young-Plan Korsch, A., Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: Bombach, G. / Ramser, H.-J. / Timmermann, M. / Wittmann, W. (Hrsg.), Der Keynesianismus I. Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Entwicklung und

NSDAP, Deutschnationale Volkspartei, Stahlhelm und Reichslandbund brachten zusammen ein Volksbegehren für ein Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes ("Freiheitsgesetz") ein, das die Ablehnung des Neuen (Young-) Plans enthielt. Zu diesem Volksbegehren trug sich gerade die erforderliche Mindestzahl der Stimmberechtigten (10,02%) ein. Beim Volksentscheid über den Gesetzesentwurf am 22. Dez. 1929 stimmten nur 13,8% der Stimmberechtigten dafür, so daß er abgelehnt wurde. Am 11. März 1930 nahm der Reichstag das Gesetz über den Young-Plan an. Reichsbankpräsident Schacht trat zurück, da er den Young-Plan in der endgültigen Fassung der Haager Konferenz als untragbar ansah.[1] Die Unmöglichkeit der Durchführung des Young-Plans zeigt sich, als der Zustrom der Auslandsanleihen aufhörte und die Wirkungen der 1929/30 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise in Erscheinung traten. Die Schwierigkeiten begannen bei der Transferierung und erreichten im Sommer 1931 ihren Höhepunkt. Die Annahme des vom amerikanischen Präsidenten Hoover am 20. Juni 1931 vorgeschlagenen Moratoriums (Hoover-Plan) bedeutete das tatsächliche, das Lausanner Abkommen vom 9. Juli 1932 das förmliche Ende der Reparationen.[2]

4.4.2 Die Konferenz von Bad Eilsen

Auf den Konferenzen von Pyrmont und Berlin hatten Fragen des Transferschutzes und der Kommerzialisierung im Vordergrund gestanden. Nach Abschluß der Pariser Verhandlungen erschien den Kieler Experten eine Klärung der Konsequenzen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches als wichtigste Aufgabe: Die Debatte auf den beiden Konferenzen hatte sich darüber hinaus immer wieder auf die inländische Kapitalbildung und Kapitalversorgung konzentriert, woraus die Frage an die Wissenschaft resultierte, inwiefern eine Steuerreform in den Dienst der Kapitalpolitik und damit in den Dienst des Reparationsvollzugs gestellt werden könnte.

"Es lag für die Friedrich List-Gesellschaft (FLG) nahe, von neuem als Berater wirksam zu werden, mit dem doppelten Ziel, die Vielzahl der 'guten Gehirne', die zersplittert nur Teilerkenntnisse oder aber torsohafte und anfechtbare Gesamtpläne besaßen und verbreiteten, zu gemeinsamer Arbeit zu bringen, ferner wieder die Träger der verfilzten politischen Willensbildung mit der staats- und volkswirtschaftlichen Wirklichkeit zu konfrontieren. Unausgesprochen, aber als treibende Kraft stand hinter der FLG der Wunsch des Reichsfinanzministeriums, im Ergebnis einer Konfe-

---

Stand der Diskussion, Berlin-Heidelberg-New York 1976, S. 27f.; Helbich, W. J., Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Planes für die deutsche Politik 1930-32, Berlin 1962.

1 Schacht, Hjalmar, Das Ende der Reparationen, 1931.

2 Röper, Burkhard, Reparationen, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 814ff.

renz der FLG die helfende Stütze für eine auf das mögliche Maß gerichtete Finanzpolitik zu erhalten."[1]

Vom 26. bis 28. Oktober 1929 veranstaltete das Institut für Weltwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Friedrich List-Gesellschaft ein Symposium über "Kapitalbildung und Steuersystem" in Bad Eilsen bei Hannover.[2] Als Konferenzthema war ursprünglich "Probleme des öffentlichen Finanzwesens in Deutschland" vorgesehen. Eine Kommission unter dem Vorsitz von H. von Beckerath und bestehend aus den Herren Landmann, Schumpeter und Zarden bereitete die Konferenz vor. Die eigentliche Vorarbeit leistete der Kieler Stab mit Harms, Landmann, Colm und Neisser. Die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte wurde nicht in das Programm einbezogen. Das Statistische Reichsamt unter der Leitung von *Ernst Wagemann* stellte Materialien über "Die Quellen der Kapitalbildung" und "Die Aufteilung des Steueraufkommens 1913 und 1928" bei. "So bekam man für die Erörterungen festen Boden unter die Füße."[3]

Die vorwiegende Fragestellung der Bad Eilsener Konferenz war die nach dem Rückgang der Kapitalbildung in Deutschland und nach einer diesem Umstand angemessen entgegenwirkenden Steuerpolitik. Die hohen Steuern in der Weimarer Republik waren seit Jahren ein politischer Zankapfel. Adolph Wagners umstrittenes "Gesetz von der wachsenden Ausdehnung der Staatstätigkeiten"[4] schien sich zu bewahrheiten: Der Anteil der Staatsausgaben am Volkseinkommen war nach dem Kriege von 14,5 Prozent (1910-13) auf 24,0 Prozent (1925-29) gestiegen,[5] wovon besonders der Anteil der staatlichen Sozialausgaben gewachsen war, der 1913 noch 19 Prozent betragen hatte und bis 1925 auf 37 Prozent angestiegen war.[6] Aus heutiger Analyse kann bestätigt werden, daß die hohen Steuersätze eine negative Wirkung auf die Kapitalbildung in der deutschen Volkswirtschaft hatten. Für die Unternehmensfinanzstrukturen hatte dies häufig zur Folge, daß die hohe Körperschaftssteuer Kreditaufnahme lukrativer erscheinen ließ als eine Kapitalbildung innerhalb des Unternehmens. Die für die Unternehmen so fatale Fremdkapitalkonzentration - verstärkt durch eine starke Kapitalflucht ins Ausland - ist somit unter anderem als Folge des deutschen Steuersystems anzusehen. "So kam es in den zwanziger Jahren

---

1 Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie, S. 100f.

2 Colm, Gerhard / Neisser, Hans (Hrsg.), Kapitalbildung und Steuersystem. Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Bad Eilsen, 2 Bde., Berlin 1930 (Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft, Bde. 3 u. 4).

3 Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie, S. 102.

4 Vgl. Wagner, Adolph, Das Gesetz von der wachsenden Ausdehung der Staatstätigkeiten, in: Finanzwissenschaft I, Leipzig ^{2}1877, S. 68.

5 James, Harold, Weltwirtschaftskrise, S. 54.

6 Andic, S. / Veverka, J., The Growth of Government Expenditure in Germany since the Unification, in: Finanzarchiv, Bd. 23, 1964, S. 258. 1932 würde die Rate bei 51 Prozent liegen.

zu zahlreichen Kontroversen über die Erhöhung von Staatsausgaben, die kein vom ganzen Volk bejahtes Ziel hatte. Derartige Kontroversen über öffentliche Ausgaben erzeugten ein Klima der Instabilität, das sich gegen Ende des Jahrzehnts durch die zunehmenden Budgetprobleme verstärkte."[1] Seit 1929 begann die sich abzeichnende Schuldenkrise neben der Repararationsfrage alle innenpolitischen Themen zu überschatten, zumal das Reich seit März bereits ganz erheblich in die seit 1927 bestehende Arbeitslosenversicherung einspringen mußte.[2]

Ausgangspunkt der Bad Eilsener Konferenz wurde eine statistische Analyse der Beziehungen zwischen Kapitalbildung und Besteuerung sowie "kapitalbildungshemmender" Elemente im Steuersystem. Die Auswertung statistischen Materials erlaubte eine Gliederung der Steuerzahler nach Einkommens- und Vermögensschichten, und durch eine Klärung der Überwälzungsvorgänge für die einzelnen Steuerarten konnte der Schritt vom Steuerzahler zum Steuerträger nachvollzogen werden. In einem letzten Tagespunkt wurden mögliche Einwirkungen einer Steuerreform auf die Kapitalbildung diskutiert. Laut Bernhard Harms' Zusammenfassung kam die Konferenz wiederholt zu dem Ergebnis, daß die bis dato erfolgten Reparationszahlungen weniger zu Lasten des inneren Verbrauchs als zu Lasten der inneren Kapitalbildung gegangen seien. Dieser Kapitalmangel sei durch Auslandskredite zu einem Zinssatz aufgefüllt worden, der die Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Produktion hemmte. Ein Teil der Diskussionsteilnehmer verlangte deshalb eine Einschränkung des Verbrauchs zur Förderung der Kapitalbildung. Eine zweite, davon wesentlich abweichende Anschauung wollte das Ziel der Wirtschaftspolitik im allgemeinen, der Reparationspolitik im besonderen nicht primär in der Förderung der Kapitalbildung, sondern in einer Steigerung der Gesamtproduktion bzw. in der Ausbildung der "produktiven Kräfte" sehen: dazu sollte nach Meinung einer Gruppe eine Bevorzugung bestimmter Steuerformen einen Anreiz zu höchster Ausnutzung der Produktionsanlagen schaffen; nach Meinung einer anderen Gruppe habe eine Steuerreform durch Entlastung des Unternehmergewinns sowie Erleichterung und Anstachelung der Unternehmeraktivität die Produktion zu steigern und dadurch die Arbeitslosigkeit, die Ende 1929 schon eine erhebliche Rolle spielte, zu vermindern.[3] Dazu wurde eine Rationalisierung des gesamten Verwaltungsapparates sowie eine erhöhte Durchsichtigkeit und Billigkeit des Steuersystems als Aufgabe einer Finanzreform gesehen.

Colm vertrat auf der Bad Eilsener Konferenz nachdrücklich seine in der "Volkswirtschaftlichen Theorie der Staatsausgaben" vertretenen Vorstellungen. Seiner Meinung nach hätte das Thema des Symposiums besser von vorneherein "Kapitalbildung und Staatsausgaben" heißen sollen. Wie ein Steuersystem wirke, hänge nicht in erster

---

1 Vgl. James, Harold, Weltwirtschaftskrise, S. 137, Zitat S. 65.

2 Ebd, S. 67.

3 Vgl. Kapitalbildung und Steuersystem, Teil 1, S. 6ff.

Linie von der Art der Steuern ab, sondern von der *Verwendung*. Es sei auf der Konferenz zum Ausdruck gekommen, daß das Steuersystem auf die Kapitalbildung eigentlich gar keinen so großen Einfluß ausüben könne, da, wo die Steuer auch ansetze, sie die Kapitalbildung treffe. Deshalb sei "... die Steuerverwendung wichtiger als die Art der Steuererhebung."[1] Colm verteidigte erneut die Notwendigkeit der Staatsausgaben als eigenständige Säule im Wirtschaftssystem: "Wir sind, historisch gesehen, in der eigentümlichen Situation, daß die Staatsziele, selbst wo sie rein politisch und kulturell motiviert sind, doch auch eine ökonomische Seite haben."[2] Nur zum geringsten Teil seien Staatsausgaben - wie auf der Konferenz mehrfach angeführt worden war - "Luxusausgaben", sondern die meisten Staatsziele müßten um der Existenzerhaltung willen verfolgt werden. So seien z.B. die hohen Schulausgaben "Produktionsfaktoren ersten Ranges", weil "... für ein Land wie Deutschland (die) ökonomische Machtstellung nicht auf Rohstoffen und Naturkräften, sondern auf seiner Wissenschaft und seiner hochqualifizierten Arbeit begründet ist."[3] Colm - mittlerweile angesehener Finanzexperte - steuerte zur Bad Eilsener Konferenz zwei statistische Gutachten bei, "Der Einfluß der Steuern auf die Kapitalbildung der Unternehmungen" sowie "Die Belastung des Einkommens durch Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer in Deutschland und Großbritannien."[4]

Bernhard Harms zog als Fazit der Konferenz folgende entscheidende und grundlegende Erkenntnis: "Manches von dem, was gestern und vorgestern verhandelt wurde ... treffe ich mit, wenn ich vom heutigen Tage sage, daß sein vornehmstes Ergebnis die Zerstörung einer Illusion ist - der Illusion nämlich, daß mittels radikaler Steuerpolitik eine Steigerung der Kapitalbildung in dem Ausmaße bewirkt werden könne, wie es angesichts des Kapitalmangels und des hierdurch bedingten hohen Zinsfußes in Deutschland für nötig gehalten wird."[5]

Lutz Graf Schwerin von Krosigk, ab 1929 Ministerialdirektor im Amt des Leiters des Haushalts-, ab 1931 zugleich der Reparationsabteilung,[6] beurteilte die Bad Eilsener Konferenz negativ: "Noch im Oktober 1929, als uns schon die Wellen über dem Kopf zusammenzuschlagen drohten, erörterte die Friedrich List-Gesellschaft in Bad Eilsen ausführlich die Pläne für eine grundlegende, mit einer allgemeinen Sen-

---

1 Ebd., Teil 1, S. 131.

2 Ebd., S. 132.

3 Ebd.

4 Vgl. Teil 2, a.a.O., S. 539ff.

5 Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie, S. 107.

6 Tittel, Günter J., Schwerin von Krosigk, Lutz Johann Ludwig Graf (1887-1977), in: Benz, Wolfgang / Graml, Hermann (Hrsg.), Biographisches Lexikon, S. 307: "Dadurch wurde er zu einem der wichtigsten Mitarbeiter Brünings, dessen Deflationspolitik er stützte und in Notverordnungen umsetzte. 1931/32 vertrat er die Regierung auch auf internationalen Finanz- und Reparationskonferenzen."

kung verbundene Steuerreform. Alle diese Kapazitäten der Wissenschaft und der Wirtschaft schienen sich im luftleeren Raum zu bewegen. Diese Wirklichkeitsferne erregte auch Schachts Zorn gegen Popitz, der Gleiches mit Gleichem vergalt. Wir hingen aber von der Reichsbank ab, mit ihr mußten wir eng zusammenarbeiten."[1]

Die Reparationsfrage war für Colm und die Kieler Schule für lange Zeit ein vornehmliches Thema gewesen, das sich im Abhalten der drei großen Konferenzen niedergeschlagen hatte. Als sich schließlich am Samstag, dem 26. Oktober 1929, die Herren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik auf den Weg nach Bad Eilsen bei Hannover machten, hatten sie sicher schon durch die Tageszeitungen erfahren, daß sich auf der anderen Seite des Atlantiks ein Unheil zusammenbraute, welches in der Geschichte der Weltwirtschaft seinesgleichen suchte: die Weltwirtschaftskrise, deren Ausbruch durch den "Schwarzen Freitag" mit dem New Yorker Börsenkrach nach einigen Vorentwicklungen endgültig eingeleitet wurde. Die Weltwirtschaftskrise stellte die Wissenschaft und somit auch Gerhard Colm über Jahre hinweg vor eine neue Herausforderung.

4.5 Die Weltwirtschaftskrise

4.5.1 Entwicklung und Verlauf der Krise[2]

Als am Donnerstag, dem 24. Oktober 1929, das amerikanische Volk zur Arbeit ging, lagen keine besonderen Anzeichen vor, daß gerade dieser Tag bzw. die darauf folgenden als so verhängnisvoll in die Wirtschaftsgeschichte eingehen würden. Die Morgenzeitungen hatten keinerlei sensationelle Ereignisse verzeichnet, und niemand kann eigentlich erklären, weshalb sich gerade an diesem 24. Oktober bei den Börsenmaklern in New York die Verkaufsaufträge aus allen Gegenden der USA so stark anhäuften, ohne daß gleichzeitig entsprechende Kaufaufträge erteilt wurden. Irgendwann war sicherlich ein Rückgang des stark überhöhten Kursniveaus zu erwarten gewesen, wie das bei den europäischen Börsen bereits seit Monaten der Fall war,

---

1 Schwerin von Krosigk, Lutz Graf, Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, geschrieben vom letzten Reichsminister, Göttingen-Frankfurt-Zürich 1974, S. 53.

2 Grundsätzlich Korsch, A., Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, insbes. I. 5. Deutschland in der Weltwirtschaftskrise, in: Bombach, G. / Ramser, H.-J. / Timmermann, M. / Wittmann, W. (Hrsg.), Keynesianismus I,. S. 28ff.; Erickson, Erling A., The Great Crash of October, 1929, in: Van der Wee, Herman (Ed.), The Great Depression Revisited. Essays on the Economics of the Thirties, Den Haag 1972, S. 3-12; Haberler, Gottfried, Die Weltwirtschaft und das internationale Währungssystem in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt/Main 1976, S. 212: "In einer Analyse der Weltwirtschaftskrise muß die Entwicklung in den Vereinigten Staaten den ersten Platz einnehmen"; Henning, Friedrich-Wilhelm, Die zeitliche Einordnung der Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, in: Winkel, Harald, Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, Berlin 1973, S. 135-173.

doch ist vielleicht eine Erklärung nur darin zu sehen, daß ein jahrelang gebrauchter Krug schließlich einmal springen kann.

Seit der zweiten Jahreshälfte 1928 hatte sich bereits - von den Kieler Experten sehr wohl registriert - weltweit ein Konjunkturrückgang abgezeichnet. Von Frankreich abgesehen, war das Geld überall knapp geworden, der Verbrauch stagnierte, neue Kapazitäten waren auf den Markt gekommen, für die keine Nachfrage in Sicht war, und die Lager hatten zugenommen. Am schlimmsten gestaltete sich die Lage in Deutschland. Aussperrungen im Dezember 1928 in der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie hatten die Produktion und Indizes herabgedrückt, erste Kapitalabzüge aus dem Ausland im April und Mai belasteten die Wirtschaft, und seit dem Sommer 1929 war die Tatsache einer Depression nicht mehr zu übersehen - die Arbeitslosenzahl war auf 1,9 Millionen angestiegen.[1] Die von Charles Kindleberger für die Vereinigten Staaten zur Depressionsspirale ermittelten Zahlen sprechen für sich: Das Tempo des Falls war beeindruckend - die Industrieproduktion fiel von 110 (saisonbereinigt) im Oktober 1929 auf 105 im November und 100 im Dezember. Noch stärker als in der Industrieproduktion verlief der Rückgang der Rohstoffpreise und der Importe, letztgenannte wertmäßig um ein Sechstel von Oktober bis Dezember. Dieses mußte ein Exportland wie Deutschland treffen, was es im ersten Quartal 1930 dann auch tat. Die Deflation schritt einerseits vom Rückgang der Börse über Produktionseinschränkungen und Lagerabbau, andererseits von den Aktienkursen über die Warenpreise zum Importrückgang fort, Entwicklungen, die sich sehr rasch vollzogen.[2]

Seit 1929 hatte die Schuldenkrise des Reiches begonnen, neben der Auseinandersetzung um den Young-Plan alle innenpolitischen Themen zu überschatten. Das Reich bewegte sich in einem Teufelskreis: Je mehr die kurzfristige Staatsverschuldung durch Anleihen am Kapitalmarkt zunahm, desto mehr wuchs das Mißtrauen inner- und außerhalb des Landes, und desto schwerer fiel die Konsolidierung der Staatsschuld, die immer weiter zunahm. Das Memorandum Schachts vom Dezember 1929 gegen den Young-Plan mündete in eine innenpolitische Krise, die Finanzminister Hilferding zu Fall brachte. Die Finanzpolitik steuerte fortan in eine neue, verhängnisvolle Richtung: Reichskanzler Müller war seit der Dezemberkrise von der Überzeugung durchdrungen, daß eine Zunahme der Kassendefizite, die den Feinden der Republik die besten Trümpfe verschafft hätte, unbedingt vermieden werden müsse.[3] Die Folge war eine Flut von Steuererhöhungen, die besonders nach dem Rücktritt der großen Koalition im März 1930 durch das Kabinett Brüning durchgesetzt wur-

---

1 Vgl. Kindleberger, Charles P., Weltwirtschaftskrise, S. 119f.

2 Ebd., S. 129ff.

3 Vgl. James, Harold, Weltwirtschaftskrise, S. 69f.

den; wenn nicht parlamentarisch legitimierbar, wurden sie seit Juli durch Notverordnungen durchgesetzt.[1]

Ein besonderes Charakteristikum der Weltwirtschaftskrise gegenüber früher verzeichneten Krisen war die fehlende Flüssigkeit der Kapitalmärkte, die zuvor immer durch in dieser Entwicklung auftretende Zinssenkungen einen Neuaufschwung eingeleitet hatten. Aus heutiger Sicht kann sicherlich gesagt werden, daß - hatte man während der Inflation die Quantitätstheorie völlig vernachlässigt - man nun diese das Geldwesen beherrschende Lehre falsch interpretierte: im Glauben, daß jede zusätzliche Geldschöpfung zu inflatorischen Preissteigerungen führen müsse, übersah man, daß Preissteigerungen solange nicht zu erwarten waren, wie einer zusätzlichen Warennachfrage in Anbetracht der brachliegenden Kapazitäten durch zusätzliches Warenangebot entsprochen werden konnte. Die Ausgabensenkungen und Steuererhöhungen, die das Kabinett Brüning nun initiierte, führten lediglich zu einem noch schärferen Nachfragerückgang und noch größerer Arbeitslosigkeit. Die Deflationspolitik Brünings wurde zwei Jahre hindurch fortgesetzt.[2] Im März 1930 gab es 537.000 Arbeitslose mehr als im März des Vorjahres. Mit den ersten Notverordnungen stieg die Arbeitslosenzahl auf über 2 Millionen, und nach weiteren Deflationsmaßnahmen im Dezember 1930 lag die Arbeitslosenziffer im März 1931 um 2,8 Millionen höher als im März 1929.[3] Eine Folge dieser Entwicklungen war die Reichstagswahl vom September 1930, in der die Feinde der Republik, die Nationalsozialisten und Kommunisten, starken Zuwachs erhielten, ein Wahlereignis auch, das in weiteren Kursstürzen deutscher Werte an den Börsen und weiteren Kreditentzügen durch das Ausland resultierte.

Wie in den USA und anderen Ländern gerieten in Deutschland im Herbst 1930 zahlreiche Privatbanken in Zahlungsschwierigkeiten und mußten liquidieren. Der im Juli 1931 schließlich erfolgende Zusammenbruch der Danat-Bank führte zu einem Bankensturm bzw. einer Krise, die sich destruktiv auf das Wirtschaftssystem auswirken mußte. Die überlebenden Kreditanstalten reagierten darüber hinaus noch mit Zinserhöhungen und Kreditrückforderungen, die selbst noch gutgehende Unternehmen in Gefahr brachten.[4]

In der ersten Junihälfte 1931 hatte die Reichsbank nicht weniger als 700 Millionen Reichsmark an Gold und Devisen verloren. Die Reparationsraten waren nicht mehr zahlbar, doch verfehlte das von Präsident Hoover bewilligte "Reparationsfeierjahr"

---

1 Ebd., S. 71ff.

2 Marcon, Helmut, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt/Main 1974, S. 87f.; Schwerin von Krosigk, Staatsbankrott, S. 64/65: "Natürlich verschärften die Deflationsmaßnahmen die Krise. Aber Brüning hatte keine andere Wahl."

3 Vgl. Kindleberger, Charles, Weltwirtschaftskrise, S. 146.

4 Vgl. James, Harold, Weltwirtschaftskrise, S. 277.

das Ziel, auf die privaten Auslandsgläubiger Deutschlands beruhigend zu wirken. Nachdem das deutsche Bankwesen dem Ansturm der Gläubiger hatte standhalten müssen und alle noch vorhandenen Auslandsguthaben überstürzt liquidiert worden waren, erlitt nun das englische Bankwesen das gleiche Schicksal von amerikanischer und französischer Seite. Das klassische Land der Goldwährung Großbritannien suspendierte demzufolge am 20. September 1931 den Goldstandard; die Vereinigten Staaten folgten 1932. Die Pfundabwertung, die Reaktion des Goldblocks auf die Abwertung und die einsetzende Devisenbewirtschaftung setzten Deutschland von außen her noch stärker unter deflatorischen Druck. Darüber hinaus litt die deutsche Exportwirtschaft unter den nun allerorts im Ausland auferlegten hohen Zöllen. Der deutsche Exportüberschuß, der im September und Oktober 1931 noch je 400 Millionen RM betragen hatte, fiel im Januar 1932 auf 100 Millionen zurück.

Nach der (Geheim)Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft im September 1931 in Berlin publizierte Colm im November 1931 einen Beitrag mit dem Titel "Wege aus der Weltwirtschaftskrise".[1] Bei der Analyse der Weltwirtschaftskrise unterscheidet er drei Stadien. Das *erste Stadium* (1925-1928) ist durch einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung gekennzeichnet, der jedoch von bedeutsamen Spannungen in verschiedenen Wirtschaftszweigen begleitet wird (Rohstoff- und Agrarwirtschaft). Im *zweiten Stadium* der Weltwirtschaftskrise, das vor allen Dingen in das Jahr 1929 fällt, führen diese völlig verschiedenartigen und unzusammenhängend auftauchenden einzelnen Krisenherde *zur allgemeinen internationalen Krise*. Der Umschwung geht aus vom amerikanischen Kapitalmarkt: Es entstand, ausgelöst durch die Anspannung der internationalen Kapitalmärkte, aus den vielen einzelnen Krisenursachen die allgemeine Agrar- und Industriekrise. Im *dritten Stadium* der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1930/31 nimmt die allgemeine Agrar- und Industriekrise die katastrophalen Formen an, die gerade dieser Weltwirtschaftskrise mit ihrer eigentümlichen Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Ursachen das Gepräge geben. Wir befinden uns in einem Deflationsprozess mit allen Anzeichen der Kaufkraftschrumpfung. Die Weltwirtschaftskrise entwickelte sich zu einer allgemeinen Währungs-, Finanz- und damit zu einer Staatskrise (Abb. 3).

Selbstheilung der Weltwirtschaftskrise?: Die Selbstheilungskräfte der kapitalistischen Wirtschaft versagten. Die Lähmung der auf die Konjunkturbelebung hinwirkenden Kräfte erklärt den gegenwärtigen Zustand wirtschaftlicher Zerstörung. *Die Krise hat in diesem Stadium ihren kapitalistischen Sinn verloren.* Wir müssen dann eine aktive Konjunkturpolitik fordern, die an die Stelle der ungenügenden Selbstheilung des freien Marktes tritt.

---

1 Colm, Gerhard, Wege aus der Weltwirtschaftskrise, in: Die Arbeit, 8. Jg., Heft 11, Nov. 1931, S. 815-834. Die folgenden Ausführungen lehnen sich sehr eng und zum großen Teil wortwörtlich an Colms Beitrag an.

Die Wege aus der Krise: Angesichts der Tatsache, daß die Krise ihre besondere Verschärfung durch die Zerrüttung der internationalen Kapital- und Handelsbeziehungen erfahren hat, lag es nahe, die Herauslösung aus den internationalen wirtschaftlichen Beziehungen als Krisenausweg zu empfehlen. Dieser Standpunkt wird vom Herausgeberkreis der "Tat" vertreten. Nach Colm bietet die Autarkie keinen Krisenausweg, sondern trägt eher zur Krisenverschärfung bei.[1]

Die Lohnsenkung verschärft in der Depression den Deflationsprozeß und führt zu vermehrter Arbeitslosigkeit.[2] Alle Vorschläge, die auf Förderung des Deflationsprozesses hinauslaufen, haben gemeinsam, daß sie zwar vielleicht eine unabwendbare Anpassung einzelner Kostenfaktoren an die gesunkenen Weltmarktpreise erzwingen können, daß sie aber für den Wiederanstieg der Konjunktur doch auf den Selbstheilungsprozess der Wirtschaft warten.[3] Colm wendet sich dagegen, den Deflationsprozess sich auslaufen zu lassen und auf den Wiederanstieg ohne konjunkturpolitische Maßnahmen zu warten. Gegenüber diesem Risiko halten wir es geradezu für eine staatspolitische Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, den *Deflationsprozess schon vorher abzufangen.*

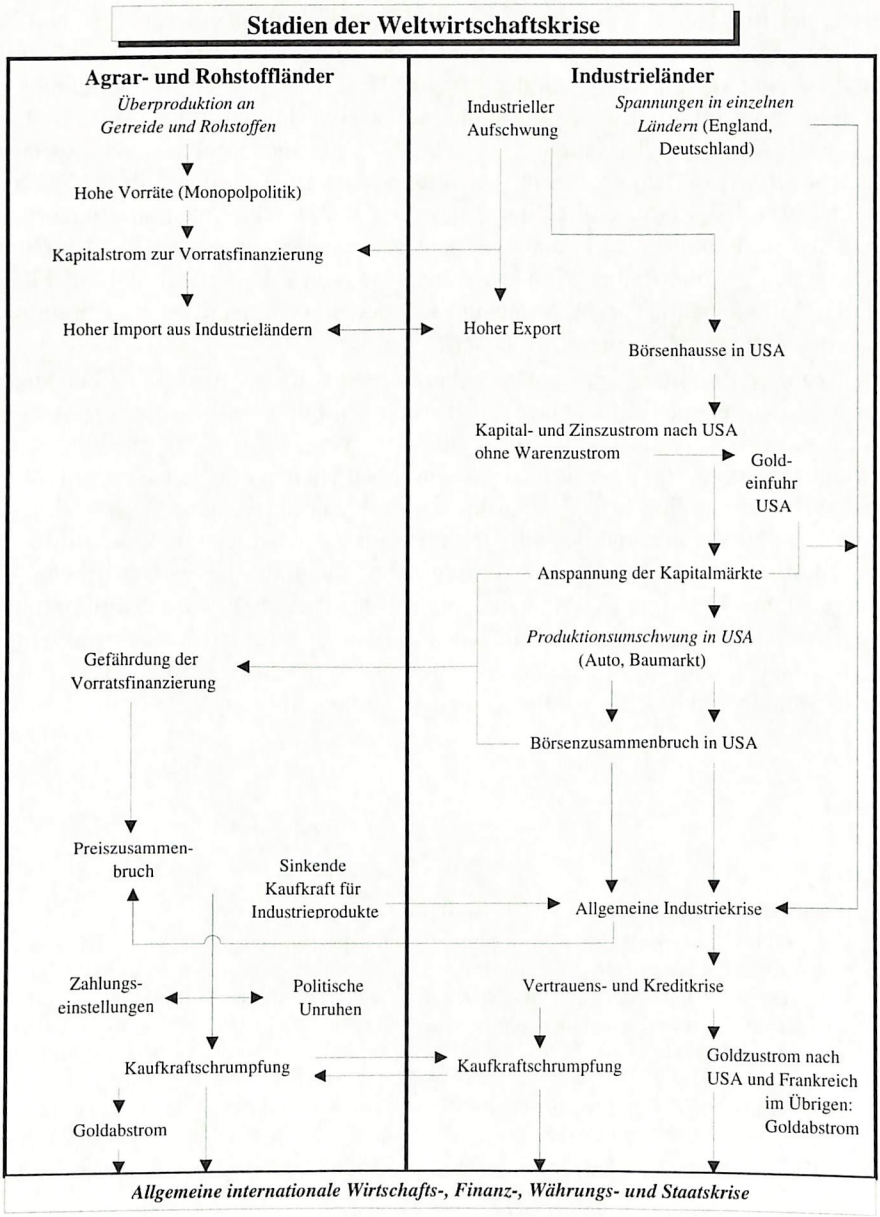
---

1 Colm, Gerhard, Die Welthandelsentwicklung und das Problem der deutschen Ausfuhrpolitik, in: WA, Bd. 36, 1932, S. 24-58; ders., Politique commerciale allemande et redressement de l'économie, in: Revue économique internationale, Bd. 2, Mai 1933 (verfaßt im Oktober 1932, deutsches Orginal in den Colm-Unterlagen am Institut für Weltwirtschaft), sowie: Den okonomiske krise i Tyskland, in: Okonomi og Politik, Kopenhagen 1931, S. 257-267.

2 Hagemann, Harald, Lohnsenkungen als Mittel der Krisenbekämpfung? Überlegungen zum Beitrag der "Kieler Schule" in der beschäftigungspolitischen Diskussion am Ende der Weimarer Republik, in: Hagemann, Harald / Kurz, Heinz D. (Hrsg.), Beschäftigung, Verteilung und Konjunktur. Zur Politischen Ökonomik der modernen Gesellschaft. Festschrift für Adolph Lowe, Bremen 1984, S. 105: "Löwe, *Colm*, Lederer, Marschak und Neisser einte dabei - bei allen Unterschieden in der Argumentation - *die gemeinsame Ablehnung einer Lohn-Deflationspolitik als vermeintlich alleinseligmachende Krisenbekämpfungsstrategie.*"

3 Frei, Rudolf, Die neuere deutsche Währungstheorie 1933-39. Eine dogmenkritische Darstellung, Diss. Basel 1945, S. 15: "Die Regierung Brüning erwartete - getreu der klassischen Doktrin - die Überwindung der Krise von den Selbstheilungsprozessen der Wirtschaft, die man durch eine rigorose Deflationspolitik zu verstärken suchte. Es konnte jedoch auf diesem Wege nicht gelingen, eine Gesundung der Wirtschaft herbeizuführen, da die Voraussetzungen, auf denen die These von der Selbstheilung der Krise beruht, keineswegs gegeben waren. Die Wirtschaft hatte ihre Anpassungsfähigkeit in hohem Maße eingebüßt, Kosten und Preise waren infolge monopolistischer Einflüsse weitgehend rigid, so daß die klassische Doktrin, wonach die Wirtschaft schließlich auf niedrigerem Preis- und Kostenniveau ein neues Gleichgewicht findet, keine Gültigkeit mehr beanspruchten konnte."

Abb. 3



Quelle: Colm, Gerhard, Wege aus der Weltwirtschaftskrise, in: Die Arbeit 8, 1931, S. 818.

In der Kreditausweitung sieht Colm den einzigen heute gegebenen "Weg aus der Krise", der für Deutschland allerdings nur in sehr beschränktem Ausmass und nur mit besonderen gleichzeitigen Sicherheitsmaßnahmen gangbar ist. Durch dieses Mittel ist zwar keine Beseitigung der Arbeitslosigkeit, wohl aber eine Milderung zu erwarten. "Jede Inflation würde heute die in gewisser Hinsicht segensreichen Stadien, wie wir sie etwa in den Jahren 1921 und 1922 kennengelernt haben, überspringen und sehr schnell zu dem katastrophalen Zustand von 1923 führen."[1] Eine begrenzte Kreditausweitung ist ohne Preissteigerung und damit ohne Währungsgefährdung möglich. Carl Föhl wies nach, daß Kreditausweitung nicht automatisch zur Inflation führen müsse.[2] Colm fragte: "Sollen wir uns, wenn dies der Fall ist, nur aus Furcht vor der Inflationsfurcht zum Nichtstun verurteilen und damit erst recht in viel schlimmere Zustände hineintreiben lassen?"[3]

Reichskanzler Brüning setzte seinen deflatorischen Kurs der Streichung der Staatsausgaben, der Senkung der Löhne, Gehälter und Kartellpreise fort. Das Sozialgefüge des Landes war in Auflösung begriffen; die NSDAP gewann weiter an Boden. "Für Deutschland wurde im Unterschied zu den westlichen Industrieländern die Wirtschaftskrise zur politischen Existenzkrise des Staates. In einem Volke, das das Trauma der Niederlage und der Inflation nicht überwunden hatte und das im Innern vom Klassen- und Parteienkampf zerrissen war, bewirkte die wirtschaftliche Not eine zunehmende politische Radikalisierung. Dem wirtschaftlichen Schrumpfungsprozeß, der durch die Deflationspolitik Brünings noch gefördert worden war, entgegenzuwirken, mußte zur zentralen Aufgabe des Reiches werden."[4] Im Mai 1932 wurde Brüning von Reichspräsident von Hindenburg entlassen.

---

1 Colm, Gerhard, Wege aus der Weltwirtschaftskrise, S. 826.

2 Föhl, Carl, Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf, München-Leipzig 1937, S. V: "Die Fragestellung, von der wir ausgingen, war durch den auffallenden Gegensatz gegeben, der zwischen dem auf Grund der klassischen Lehre und der neueren Geldtheorie für den Fall einer Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der nationalsozialistischen Regierung von so vielen Seiten vorausgesagten Verlauf und der seit dem Jahre 1933 tatsächlich zu beobachtenden Entwicklung zutage getreten war. Die vorausgesagte Steigerung der Güterpreise war nicht eingetreten. Daraus ergab sich für uns die Aufgabe zu untersuchen, wo denn die zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung aufgewendeten, zum großen Teil durch Kreditgewährung in Form von Buchgeld neugeschöpften Zahlungsmittel im Wirtschaftskreislauf hingeraten seien."

3 Colm, Gerhard, Wege aus der Weltwirtschaftskrise, S. 827; Schacht, Hjalmar, Mehr Geld, S. 59ff: "Nicht jede Geldschöpfung wirkt inflatorisch."

4 Vgl. Erdmann, Karl Dietrich, Die Weimarer Republik, Stuttgart ^{7}1973, S. 302. Zu Brüning s.a. Kroll, Gerhard, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, S. 363ff.

4.5.2 Die (Geheim-)Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft im September 1931 in Berlin: Aussprache über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung

"Als sich im Sommer 1931 die Weltwirtschaftskrise dramatisch zuspitzte, versammelte sich in Berlin im Haus der Reichsbank ein Kreis hochkarätiger Praktiker, um gemeinsam mit Professoren der Wirtschaftswissenschaft über Möglichkeiten zu beraten, dem wirtschaftlichen Absturz Einhalt zu gebieten oder gar eine Krisenwende herbeizuführen."[1] Die neue Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft wurde kurzfristig auf eine Anregung des Reichsbankpräsidenten Hans Luther einberufen.[2] Zu den Teilnehmern der Berliner Konferenz zählten neben Luther der Vizepräsident des Direktoriums der Reichsbank, Fritz Dreyse, der stellvertretende Reichswirtschaftsminister und Staatssekretär Ernst Trendelenburg[3] und Staatssekretär Hans Schäffer vom Reichsfinanzministerium.[4] "Unter den Professoren befanden sich vor allem jüngere Vertreter des Faches. Ihr Stern leuchtete zwar schon, aber erst später gelangten sie zu Berühmtheit, ja einige haben Weltgeltung erlangt: Walter Eucken und Wilhelm Röpke, Gerhard Colm und Hans Neisser. Das war verstärkt um Eduard Heimann, Heinrich Rittershausen[5] und Edgar Salin, vom Besten, was man seinerzeit an theoretischer Kompetenz und wirtschaftspolitischem Engagement versammeln konnte. Der ehemalige Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding, noch einflußreiches Vorstandsmitglied der SPD, durfte sich in diesem Kreise auch als Theoretiker verstehen."[6]

Reichsbankpräsident Hans Luther wollte Pläne überprüfen, die der Volkswirtschaft durch einen "kreditären Anstoß über den toten Punkt hinüberhelfen wollten."[7] Im Mittelpunkt der Diskussion sollte der Plan von Dr. Wilhelm Lautenbach, damals

---

1 Borchardt, Knut / Schötz, Hans Otto (Hrsg.), Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-)Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft im September 1931 über die Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung, Baden-Baden 1991, S. 9. Borchardt, Knut, Wirtschaftspolitische Beratung in der Krise: Die Rolle der Wissenschaft, in: Winkler, Heinrich August (Hrsg.), Die deutsche Staatskrise 1930-1933, München 1992 (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 26), S. 109-132.

2 Luther, Hans, Vor dem Abgrund. 1930-1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten, Berlin 1964, S. 246.

3 Vasold, Manfred, Ernst Trendelenburg, in: Benz, Wolfgang / Graml, Hermann (Hrsg.), Biographisches Lexikon, S. 344f.

4 Tittel, Günther J. / Schäffer, Hans, ebd., S. 285; Wandel, Eckart, Hans Schäffer.

5 Rittershausen, Heinrich, Das andere System. Ein Wirtschafts- und Finanzvorschlag in vier Gesetzentwürfen, Berlin 1932.

6 Borchardt, Knut / Schötz, Hans Otto (Hrsg.), Wirtschaftspolitik, S. 9; Gottschalch, Wilfried, Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding, Berlin 1962.

7 Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie, S. 133.

Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, stehen.[1] "Bereits 1930 trat er entschieden dafür ein, eine Politik der Lohnsenkung mit der Vergebung zusätzlicher öffentlicher Aufträge so zu kombinieren, daß die "Gesamtnachfrage das Gesamtwarenangebot zu den (auf Grund dieser Löhne) gegebenen Preisen übersteigt", die "Rentabilitätsgrenze überwunden" und die "private Kapitalbildung aus steigenden Unternehmergewinnen stark angefacht" wird. Zusammen mit dem damaligen Arbeitsminister Heinrich Brauns hat er dann 1931 jenes konjunkturpolitische Gutachten ausgearbeitet, das zum eindruckvollsten offiziellen Dokument eines entschieden "modernen" Programms der Konjunkturanregung geworden ist."[2]

Bereits im Vorfeld der Geheimkonferenz vom 16. und 17. September 1931 war es zu einem regen Gedankenaustausch zwischen den Präsidenten der Reichsbank Hans Luther, Lautenbach, E. Trendelenburg, H. Schäffer, E. Heimann, W. Eucken und G. Colm gekommen. "Am 5.9.1931 tritt ein anderer Gelehrter in Erscheinung, der von nun an großen Einfluß auf die Entwicklung der Programmatik nimmt, *Gerhard Colm*. Er spricht mit Staatssekretär *Trendelenburg* und dem Reichsbankpräsidenten. Vor allem ist er jetzt ein von *Schäffer* offenbar hochgeschätzter Experte in drei Gesprächsrunden, in denen am 5., 6. und 7.9. der *Lautenbach*-Plan diskutiert worden ist. Hierüber hat *Schäffer* z. T. umfangreiche Aufzeichnungen gemacht. Am 5.9. waren neben *Schäffer*, *Colm* und *Lautenbach*[3] beteiligt: Ministerialrat *Fritz Soltau* vom Reichswirtschaftsministerium, Oberregierungsrat *Karl Durst* vom Reichsarbeitsministerium und *Hans Gestrich* als Verbindungsmann zum Reichsbankpräsidenten. Lautenbach referierte. Dabei hat er sich offenbar an das Konzept der Denkschrift vom 24./26.8. gehalten. Er sprach sich gegen eine Senkung des Lohnniveaus, aber für rationelle Verschiebungen in der Lohnstruktur aus. Ein "Zurückschlagen der Kartelle" wäre noch nötig - im übrigen aber ein Programm für wechselfinanzierte Arbeitsbeschaffung. Gestrich trug hiergegen Bedenken vor. Aber Colm stellte sich eindeutig an die Seite Lautenbachs. Seiner Meinung nach war das, was sich jetzt abspielte, keine Reinigungskrise mehr, in der normalerweise nur die teuersten Betriebe ausgeschaltet werden. Alle Betriebe arbeiteten halb und somit zu höheren fi-

---

1 Lautenbach, Wilhelm, Zins, Kredit und Produktion, hrsg. von Wolfgang Stützel, Tübingen 1952.

2 Wolfgang Stützel, Wilhelm Lautenbach, in: HdSW, 6. Bd., 1959, S. 537; Marcon, Helmut, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1974, S. 40: "Obwohl der unmittelbare praktische Nutzen des Brauns-Gutachtens wegen des vorgeschlagenen Finanzierungsweges gleich null war, verdient es dennoch Beachtung, da es den Beginn des Umdenkprozesses der Träger der staatlichen Wirtschaftspolitik markiert."

3 Krohn, Claus-Dieter, Wirtschaftstheorien, S. 153: Lautenbauch war Colm (und Löwe) aus den Oppenheimer Seminaren und aus gemeinsamer Arbeit im Reichswirtschaftsministerium bekannt.

xen Kosten.[1] Ziel müsse es sein, die Produktion ohne Preissteigerungen zu vermehren. Von Steigerungen der Ausfuhr erwarte er sich nicht viel."[2]

Am Samstagabend (5.9.) war Colm Gast im Hause Schäffer. Am Montag, den 7. September 1931 empfing Reichsbankpräsident Luther Colm zu einer Besprechung, an der später Dr. Gestrich[3] teilnahm: "Ich (Luther) legte Colm die Frage vor, ob nicht das, was die Herren Rittershausen usw. wollten, im Grunde genommen nichts anderes sei als die Fortsetzung des bisher geübten Verfahrens, nämlich kurzfristige Vorfinanzierungen in Erwartung der späteren langfristigen Anleihe. Auf diese Methode seien die deutschen Privatbanken in den letzten Jahren illiquide geworden und diese Methode schlage man nun auch für die Reichsbank vor. *Colm* erwiderte, das komme darauf an, ob wir mit der Unkosten- und Preissenkung bereits denjenigen Tiefstand erreicht hätten, wo die Wirtschaft wieder rentabel wäre. Eine Frage des Staatsmannes sei es zu entscheiden, ob man im Hinblick auf die großen Gefahren des Winters jetzt das mit einem derartigen Versuch verbundene Risiko laufen wolle. Falls man zögert, könne es übrigens auch sein, daß man später auch einmal sagt, der Versuch sei zu spät gekommen. Im übrigen sagte er zur Charakteristik dieser Krise drei wesentliche Gesichtspunkte:

1. Die Krise habe ihren kapitalistischen Sinn verloren, indem sie nicht nur schwache, sondern auch an sich gute Unternehmungen erfasse.[4]

---

1 Eugen Schmalenbach (1873-1955) hatte 1928 auf einer Betriebswirtschaftlerversammlung in Wien die These vertreten, daß die fixen Kosten die Betriebe angebotsunelastisch machen würden. Bei Beschäftigungsrückgang des Betriebs müßten eigentlich die Preise reduziert werden, sie müssen jedoch erhöht werden, da die Fixkosten auf eine kleinere Stückzahl umgelegt werden müssen; Schmalenbach, Eugen, Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Leipzig, 22, 1928; ders., Der freien Wirtschaft zum Gedächtnis, Köln/Opladen 1949, S. 91.

2 Borchardt, Knut / Schötz, Hans Otto (Hrsg.), Wirtschaftspolitik, S. 34.

3 Hans Gestrich (1895-1943), Promotion 1920 bei Hermann Schumacher (Berlin), Hilfsreferent in Abt. X des Auswärtigen Amts (Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Auslande), 1922 Bank für Landwirtschaft, Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, 1924 stellvertretender Geschäftsführer der Fachgruppe Textilindustrie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 1926 Leiter des Volkswirtschaftlichen Teils der "Deutschen Allgemeinen Zeitung", 1927 Chefredakteur der "Industrie- und Handelszeitung", August 1931 Pressereferent der Reichsbank. "Ich wollte die Deflationskatastrophe verhüten", schrieb er am Ende seiner dortigen Tätigkeit, "es ist gründlich mißlungen - trotz mancher Teilerfolge." Gestrich verließ die Reichsbank nach dem erneuten Amtsantritt Schachts (1933) und wurde bis zu seinem Tode volkswirtschaftlicher Berater der Preußischen Staatsbank. Nach: Gestrich, Hans, Kredit und Sparen. hrsg. von Eucken, Walter, 2. durchgesehene Aufl., Godesberg 1947, S. 9-11.

4 Luther, Hans, Vor dem Abgrund, S. 248: "Herr Professor Colm hat mir gegenüber in einem Privatgespräch einmal den Ausdruck gebraucht, der mich sehr betroffen hat: Die Krise scheint ihren kapitalistischen Sinn verloren zu haben, nämlich diesen Ausheilungssinn." Diese Sätze benutzte Luther in seinen Schlußbemerkungen zur (Geheim-)Konferenz Borchardt, Knut / Schötz, Hans Otto

2. Der Chok auf den inneren Markt durch Senkung der Löhne sei besonders groß.
3. Das Schlimmste sei der psychologische Gesichtspunkt, daß der Unternehmer nichts mehr "unternehme", sondern wenn er Geld bekomme, sich liquide mache."[1]

"Offenbar mit Genugtuung nahm *Luther* wahr, daß Colm sich die große von Schäffer geplante Aktion nur vorstellen könne, wenn die Kosten, also auch die Löhne währenddessen noch herunter gingen."[2] Eine Lastenminderung (Seisachtheia) lehnte Colm "aus psychologischen Gründen für zukünftige Kapitalbildung auf das Bestimmteste ab, und zwar sowohl in Form der Zinssenkung wie der Kapitalkürzung."[3] Nach seiner Rückkehr nach Kiel schrieb Colm einen zehnseitigen Brief an Staatssekretär Trendelenburg. "Und vieles spricht dafür anzunehmen, daß die Neuformulierungen der Lautenbach-Denkschrift vom 9.9. gegenüber der Fassung vom 24./26. August nicht zuletzt auf Anregungen zurückgingen, wie sich der Colm-Brief als Diskussionsstand Anfang September fixiert hat."[4] Colm befindet sich mit Lautenbach in voller Übereinstimmung darüber, daß eine Kreditexpansion die Wirkung einer "Initialzündung" haben kann.

Auf Wunsch von Gerhard Colm wandte sich Hans Neisser am 9. September 1931 an Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Lautenbach vom Reichswirtschaftsministerium und teilte ihm mit, in welchen Punkten er mit Colm übereinstimmte und in denen er abwich.[5] Voraussetzung für das Experiment eines kreditpolitischen Eingreifens war für Neisser, "daß mit einem erheblichen Abzug kurzfristiger Kredite nicht zu rechnen ist."[6] Da das Experiment mit einem gewissen Risiko behaftet ist, sollte die Höhe höchstens 500 Millionen betragen. Neisser sprach sich entschieden dagegen aus, das Experiment mit Milliardenbeträgen zu beginnen.

In der (Geheim)Konferenz vom 16. und 17. September wurden die Standpunkte der Praktiker, der Politiker und der Wissenschaftler nochmals deutlich. Nach Edgar Salin war die "Aufgabe der Währungspolitik eine eminent wirtschaftspolitische gewor-

---

(Hrsg.), Wirtschaftspolitik, S. 303.

1 Bundesarchiv Koblenz NL9 Luther, Nr. 366, S. 21.

2 Borchardt, Knut / Schötz, Hans Otto (Hrsg.), Wirtschaftspolitik, S. 35.

3 Bundesarchiv Koblenz, a.a.O., S. 22.

4 Borchardt, Knut / Schötz, Hans Otto (Hrsg.), Wirtschaftspolitik, S. 36.

5 Bundesarchiv Koblenz, a.a.O., Brief von Hans Neisser an Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Lautenbach vom 9. September 1931.

6 Schmölders, Günter, Frankreichs Aufstieg zur Weltkapitalmacht. Diplomatie und Strategie des französischen Geldes seit 1926, Berlin 1933, S. 59: Der Abzug französischer Kurzkredite aus England und Deutschland setzte schon 1929 und beschleunigte sich 1930 und 1931. Am 20.9.1931 beschloß die englische Regierung, die Goldeinlösung zu suspendieren und den Wechselkurs sich selbst zu überlassen. Unter starken Schwankungen büßte das Pfund etwa ein Viertel seines Wertes ein.

den. Das stärkste Zeichen der gewandelten Auffassung ist der englische Macmillan-Report, in dem Theoretiker und Praktiker sich in der Auffassung begegnen, daß keine Möglichkeit mehr besteht, die alten empirischen Regeln unverändert zu gebrauchen, sondern daß auf der Basis genauer ökonomischer Forschungen eine aktive Währungspolitik als Stütze der Wirtschaftspolitik erforderlich ist."[1] In seine Überlegungen zog er auch die Reaktion des Auslandes mit ein: "Stellen Sie sich vor, was ein 2½ Milliarden-Programm heute hieße! ... in dem Augenblick ist Deutschland nicht nur weiter als böswilliger Schuldner dargestellt, sondern dann heißt es: das ist etwas, was schlechterdings nicht geht; man hat sich in England zum Notprogramm entschlossen, man hat sich in England entschlossen, nicht dieses konstruktive Programm in Richtung Keynes, McKenna einzutreten, die Deutschen tun es. Folge: daß vom Ausland her doch ein weiterer Druck auf die Währung einsetzt."[2]

Lautenbach argumentierte mit den fehlenden Marktsignalen für den Unternehmer. "Heute ist es so, daß kein Unternehmer vom Markte her erfährt, was er produzieren soll, wenn er auch etwas produzieren möchte. In dieser Situation aber gibt der Markt positive Signale, und diesen Signalen gehorchen die Unternehmer à tempo. Heute können wir Unternehmerverdrossenheit, Unternehmermüdigkeit konstatieren. Dies wird elektrisch mit einem Schlage in dieser Situation, wenn der Markt belebt wird, beseitigt."[3]

Privatdozent Dr. Rittershausen berief sich auf die Schriften von Keynes und trat dafür ein, daß man von dem Prinzip, daß verbilligte Kredite nur an Unternehmen der öffentlichen Hand gegeben wurde, abgehen müßte. "Es muß dafür Sorge getragen werden, daß auch der private Bauunternehmer, der Unternehmer all der Branchen, die hier überhaupt in Frage kommen - das Wort Bauunternehmer erschöpft nur ein Prozent dessen, was hier gemeint ist -, das Recht hat, unter denselben Bedingungen seine Vorhaben zu finanzieren und auszuführen, wie das etwa die Reichsbahn oder die Reichspost oder bestimmte öffentliche Verbände können."[4]

Als Fazit der Beratungen vom 16. September 1931 stellte Edgar Salin fest: "Einmal haben wir wirklich alle die Möglichkeit eines großen 2½ oder 3 Milliarden-Programms schlechterdings abgelehnt." Sodann waren sich die Teilnehmer einig in der Herabsetzung der Kartellpreise, vor allem der Eisenpreise, "zweifellos ein Erfordernis zur Überwindung der Krise." ... "Wir sind uns darüber einig, daß ein solches 2½ oder 3 Milliarden-Programm ausgeschlossen ist."[5] Walter Eucken hielt den Lautenbach-Plan "in dieser Form, das heißt unter Voranschiebung dieser ganzen

---

1 Ebd., S. 70.
2 Ebd., S. 133f.
3 Ebd., S. 165.
4 Ebd., S. 183.
5 Ebd., S. 206.

Auflockerung, für richtig, denn damit werden die Kräfte des Kapitalismus zu seiner Selbstheilung mobilisiert."[1]

Reichsbankpräsident Luther wandte sich an die anwesenden Praktiker und Wissenschaftler: "Die Reichsbank hat sich dazu bereit gefunden, bis zu einem bekanntgegebenen Höchstbetrage von 150 Millionen RM Wechsel zu diskontieren, die nach drei Monaten fällig sind." Und er hakte nach: "Tritt einer der Herren dafür ein, daß die Reichsbank für eine so große Summe, die hinreicht, um die Initialzündung nach diesem Gedankengang hervorzurufen, die Rediskonterklärung abgeben sollte?"[2] Auch Gerhard Colm schaltete sich in die Diskussion ein: "Ich sehe die Aufgabe so: zu sanieren und gleichzeitig zu expandieren. ... So geschieht doch im allgemeinen die Sanierung einer Unternehmung."[3]

Die Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft hatte keinen unmittelbaren Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik. Hans Luther lehnte den Lautenbach-Plan ab. "Mein damals scheinbar 'starrsinniges' Festhalten an der Ablehnung aller Reformpläne beruhte nicht auf einer grundsätzlichen Einstellung für alle Zeiten, sondern auf den besonderen Gegebenheiten des Augenblicks"; und: "Ich habe eben in der Reichsbank keine Helfer."[4] Damit meinte er den Vizepräsidenten des Reichsbankdirektoriums Fritz Dreyse.

Knut Borchardt und Hans Otto Schötz bewerten den Lautenbach-Plan und die (Geheim)Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft am 16. und 17. September 1931 so: "Im Mittelpunkt der Erörterungen stand ein hochinteressantes Konzept. Sein Verfasser, Wilhelm Lautenbach, ist später vielfach, so auch von Eucken, als 'deutscher Keynes' bezeichnet worden.[5] Manches spricht dafür, diese Charakterisierung mit einem Fragezeichen zu versehen, freilich nicht in dem Sinne, daß ihr jegliche Berechtigung abzusprechen wäre. Aber Lautenbach ging damals ein viel komplexeres Problem an, als Keynes in seinen theoretischen Beiträgen je im Auge hatte: Wie kann in einer *offenen Wirtschaft*, in einer höchst prekären Devisenlage und bei für die öffentlichen Haushalte absolut unergiebigen Kreditmärkten (die die öffentliche Hand zwangen, am Programm der Ausbalancierung von Einnahmen und Ausgaben festzuhalten!), eine Beschäftigungspolitik getrieben werden, die ihren Zweck erfüllt, nicht zuletzt weil sie die Gläubiger der Riesenbestände an kurzfristigen Krediten und das übrige Publikum nicht unnötig irritiert, gar in die Panik treibt?"[6]

---

1 Ebd., S. 243.

2 Ebd., S. 253.

3 Ebd., S. 261.

4 Luther, Hans, Vor dem Abgrund, S. 250f.

5 Eucken, Walter, Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen 1951, S. 34.

6 Borchardt, Knut / Schötz, Hans Otto (Hrsg.), Wirtschaftspolitik, S. 11.

Der ursprüngliche Gedanke eines großen Durchbruchs wurde während der (Geheim)Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft aufgegeben, "weniger aus Mangel an theoretischer Einsicht als in Kenntnis der begrenzten Handlungsspielräume und der großen Risiken für ein autonomes Vorgehen der Deutschen."[1]

Auf nachdrücklichen Wunsch von Staatssekretär Hans Schäffer, Reichsfinanzministerium, nahm Gerhard Colm im Dezember 1931 an den Verhandlungen des beratenden Sonderausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel als Sachverständiger für internationale Zahlungsfragen und Haushaltsfragen teil.[2] Diese Konferenz ist als europäische Initiative zur Beendigung der Reparationszahlungen anzusehen. Der Ausschuß der BIZ kam zu dem Schluß, daß die Weltwirtschaftskrise die Bedingungen geändert hatte, unter denen der Young-Plan zustande gekommen war, und empfahl eine Konferenz auf Regierungsebene. "Das *Hoover-Moratorium* brachte im Juli 1931 die Einstellung aller Rückzahlungen von Kriegsschulden und Reparationen zunächst für ein Jahr, und das *Abkommen von Lausanne* vom 9.7.1932 führte zur Festsetzung einer Restschuld von 3 Mrd. RM, die jedoch nicht mehr gezahlt worden ist."[3] Mit dem Abkommen von Lausanne war ein "wesentliches Hindernis der Arbeitsbeschaffung ausgeräumt."[4]

4.5.3 Der Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan (WTB-Plan) der freien Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung[5]

Der Woytinsky-Tarnow[1]-Baade[2]-Plan (WTB-Plan) wurde Ende 1931 ausgearbeitet, am 13. Januar veröffentlicht und vom Kongreß der Gewerkschaften am 13. April

---

1 Ebd., S. 46.

2 Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Akten die ordentlichen und außerordentlichen Professoren an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität in Kiel bereffend, Band VII, IV. Abt. N° 4., VII, Dok. 220; Trepp, Gian, Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg: Bankgeschäfte mit dem Feind. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans, Zürich 1993, S. 18ff.; Klipstein, Kurt, Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich, ihre Stellung im zwischenstaatlichen Zahlungswesen und ihre Bedeutung für Deutschland, Würzburg 1934; Colm, Gerhard, Die Reparationsbank, in: Magazin der Wirtschaft, 5. Jg., Nr. 39, 26.9.1929; ders., Erwiderung gegen einen Aufsatz von Lautenbach über die Reparationsbank, 5. Jg., Nr. 41, 10.10.1929; Lindenau, Walter, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/M., 1957, S. 180-184.

3 Röper, Burkhardt, Reparationen, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 815; Kindleberger, Charles P., Die Weltwirtschaftskrise, München ^{3}1984, S. 186.

4 Landmann, O., Theoretische Grundlagen für eine aktive Krisenbekämpfung in Deutschland 1930-1933, in: Bombach (G.) / Netzband, K.-B. / Ramser, H.-J. / Timmermann, M. (Hrsg.), Keynesianismus III., S. 392.

5 Grotkopp, Wilhelm, Die große Krise. Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929/32, Düsseldorf 1954, S. 352-356: Anlage II. Der WTP-Plan der freien Gewerkschaften; Marcon, Helmut, Arbeitsbeschaffungspolitik, S. 58ff.

angenommen. "Der Plan geht von dem Grundgedanken aus, daß zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zum Wiederanstieg der Wirtschaft ein Anstoß erfolgen muß, weil die selbsttätigen Kräfte der Krisenüberwindung außer Funktion gesetzt oder gelähmt sind. Der Plan soll die Gewähr bieten, daß zunächst etwa 1 Million Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen von Reichsbahn, Reichspost, kommunalen Verbänden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts Aufträge in solchem Ausmaße vergeben werden, daß hierdurch teils unmittelbar, teils mittelbar eine Million bisher Arbeitsloser Beschäftigung findet."[3] Die auftraggebenden Stellen sollen einen langfristigen Kredit von 2 Milliarden RM erhalten. "Mit der Belebung der Wirtschaft, die dadurch (zusätzliche Kredite) hervorgerufen wurde, entstanden echte Ersparnisse, die hinterher zur Deckung der zusätzlich geschöpften Kredite herangezogen wurden."[4] Der Einwand, daß die Arbeitsbeschaffung die Handels- und Zahlungsbilanz verschlechterte, wird entkräftet, da bei öffentlichen Arbeiten der Aufwand für ausländische Rohstoffe eine untergeordnete Rolle spielt. Die Belastung für die Handelsbilanz dürfte bei etwa 150 Millionen RM liegen. In der Schlußbemerkung heißt es: "Es handelt sich bei dem vorgelegten Plan nur darum, in gleicher Weise und grundsätzlich mit den gleichen Mitteln, mit denen die automatische Krisenüberwindung arbeitet, eine bewußte aktive Konjunkturpolitik zu betreiben. *Eine aktive Konjunkturpolitik ist in der Gegenwart unerläßlich, da die Automatik noch auf lange Zeit nicht funktionieren kann.*"[5] Für die Privatindustrie fehlt es an großen Investitionsobjekten, "wie sie früher im Aufbau der Eisenbahnen, der Elektrifizierung der Wirtschaft, dem Aufbau der chemischen Industrie, einem großen Wohnungsbauprogramm, der Vermehrung der Rüstungen usw. vorhanden waren. ... Eine Mobilisierung der produktiven Kräfte

---

1 Borsdorf, Ulrich, Fritz Tarnow (1880-1951), in: Benz, Wolfgang / Graml, Hermann (Hrsg.), Biographisches Lexikon, S. 336: "Mitglied des Reichswirtschaftsrats, gehörte Tarnow seit 1928 dem Bundesvorstand des ADGB und von 1928 bis 1933 dem Reichstag an. ... entwarf Tarnow zusammen mit Woytinsky und Baade, nun ein als WTB-Plan bekanntgewordenes Arbeitsbeschaffungsprogramm, das unorthodox präkeynesianische Dimensionen aufwies und deshalb von den marxistischen Theoretikern der SPD hart kritisiert wurde. Tarnow verteidigte es 1931 auf dem Leipziger Parteitag der SPD mit dem Satz, am 'Krankenbett des Kapitalismus' müsse man 'Arzt und Erbe' sein."

2 Hagemann, Harald / Krohn, Claus Dieter, Emigration, S. 7: Fritz Baade (1893-1974). Baade promovierte 1922 bei F. Aereboe in Göttingen; 1925-28 Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik von SPD und ADGB; 1928-30 Direktor Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, Berlin; 1930-33 Mitglied des Reichstages für SPD; 1933 aus allen Ämtern entlassen; 1934 Emigration nach der Türkei, 1946 in die USA; 1948 wurde er, nach Deutschland zurückgekehrt, Direktor des von Harms gegründeten Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Ordinarius an der Kieler Universität; 1949-65 Mitglied des Bundestages für die SPD.

3 Grotkopp, Wilhelm, Die große Krise, S. 352.

4 Ebd., S. 354.

5 Ebd., S. 356.

erscheint demnach auf den früher üblichen Wegen überhaupt nicht denkbar. Die vorgeschlagenen öffentlichen Arbeiten, z.B. Bau von Straßen, Brücken, Talsperren usw. sind volkswirtschaftlich durchaus möglich und rentabel, sie sind aber ihrer Natur nach keine Objekte für privatwirtschaftliche Initiative. Die zusätzliche Kreditschöpfung über die vorhandenen echten Ersparnisse hinaus ist kein Novum, sondern eine Begleiterscheinung auch früherer Investitionsperioden. Nur daß früher die Banken diese Aufgabe übernommen haben, wozu sie jedoch in der Gegenwart und in absehbarer Zukunft nicht in der Lage sind. Deshalb muß auch diese Aufgabe nunmehr im Rahmen einer aktiven Konjunkturpolitik von der öffentlichen Hand übernommen werden."[1]

Der WTB-Plan wurde von Wladimir Woytinsky, der Leiter des Statistischen Büros des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) war, unter Mitarbeit von Fritz Tarnow und Fritz Baade entworfen. Woytinskys Beitrag zum WTB-Plan ist "wohl kaum zu unterschätzen".[2] Sein "Verdienst gegenüber den Gewerkschaften lag darin, daß er sie zur Aufgabe der Kaufkrafttheorie bringen konnte."[3] Schneider vermutet, daß Baade "als Kontaktmann zur SPD-Fraktion, deren agrarpolitischer Sprecher er war, fungieren sollte."[4] Bei der Finanzierung berief sich Tarnow auf die "vergleichbaren Konzeptionen von Colm, Neisser und auch Lautenbach."[5] Die konjunkturpolitischen Vorstellungen von Colm und Woytinsky entsprachen sich.

W.S. Woytinsky schildert in seinen Erinnerungen das Schicksal des WTB-Plans: "The Plan (Woytinsky-Baade-Tarnow) gained more and more popularity in the nation, but the SD (SPD) party remained adamant and refused to use the slogan of public works in the Reichstag election campaign in July, 1932. It preferred to stick to Brüning's guns-defense of the currency. The results of the election were catastrophic for the Republic. The Nazis gained more than one third of all the votes and 230 seats out of the Reichstag's 568. The new Reichstag had a clear anti-republican majority of Nazis and Communists and was unable to form a republican government. All parties began to brace themselves for a new appeal to the voters.

Leipart called me to his office. 'The party', he told me, 'has agreed to meet with us to discuss the plan of public works. There will be forty party representatives and as many from the labor unions. Will you prepare our case for the conference?'

---

1 Ebd.

2 Schneider, Michael, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 81.

3 Marcon, Helmut, Arbeitsbeschaffungspolitik, S. 60.

4 Schneider, Michael, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 82.

5 Ebd., S. 86.

I asked Gerhard Colm, a scholar of natioal reputation, not connected with the labor movement, to be our reporter.[1] The party named Hilferding as its spokesman. I was slated to open the panel discussion with a rebuttal of Hilferding's arguments.

The conference was held in a large room in the Reichstag building. Everyone sat around a horseshoe-shaped table covered with green cloth. Wells occupied the chair, with the union people at his right and the Reichstag members at his left. Red in the face, he opened the discussion grimly. 'It is time to end this silly dispute. Inflation-deflation, public works ... I do not know what. ... This non-sense must be stopped.'

Colm spoke in an academic way, developing a theory that since has become commonplace. The price level and volume of economic activities can be regulated by monetary and credit measures. Public works is the best, and politically the most expedient, approach to the problem.

Hilferding was the next speaker. 'Colm and Woytinsky', he said, 'are questioning the very foundations of our program, Marx's theory of labor value. Our program rests on the conviction that labor, and labor alone, creates value. Prices diviate from labor values under the impact of the interplay of supply and demand. Depressions result from the anarchy of the capitalist system. Either they come to an end or they must lead to the collapse of this system. If Colm and Woytinsky think they can mitigate a depression by public works, they are merely showing that they are not Marxists.'

My first thought was that Hilferding could not have taken that nonsense seriously. Obviously, he had a limitless contempt for his listeners and did not condescend to argue before them but appealed to the clichés in their brains. A score of deputies listened to him as to an oracle. Wells sat motionless in his armchair, his eyes closed and his head sunk on his breast. Hilferding ended with an appeal to the party to rise united to the defense of a sound currency and Marxism.

I began my rebuttal. 'The flood of unemployment is rising, the people are at the end of their patience. The workers, holding us responsible for their misery, are deserting the party to join the Communists and Nazis. We are losing ground. There is no time to waste. Something must be done before it is too late. Our plan has nothing to do with any particular value theory. Any party can execute it. And it will be executed. The only question is wether we take the initiative or leave it to our enemies. It is not true'

I felt that I was gaining the audience, but suddenly a deafening noise came from the head of the table. Wells was pounding the desk with both fists and shouting, 'Shut up! I will not permit'

'You will not permit what?' I asked in consternation.

---

1 Gerhard Colm war in den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg einige Monate Mitglied der USPD gewesen und 1924 der SPD beigetreten.

'You said "It is not true." If what Hilferding said is not true he must be a liar! I will not permit'

Hell broke out, a dozen people shouting. Wells fell back into his chair, with closed eyes and his head sunk on his breast, sound asleep. Leipart asked me to continue, but the effect of my speech was completely lost. I elaborated the technical and financial aspects of the Plan. Nobody listened-for the union people this was old stuff and the Reichstag deputies did not care. After a few remarks from both sides, Leipart put the ADGB plan to a vote. All the representatives of the union raised their hands in favor of it, all the representatives of the party except Baade voted 'nay'.

The break between the party and the unions was complete."[1]

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) vermochte keine den "Bedingungen der Weltwirtschaftskrise adäquate (wirtschafts-) politische Konzeption zu entwickeln."[2] Schneider spricht von einem "Mangel an einer konsequenten Programmatik zur Krisenüberwindung."[3] Dies wurde auch von dem Zeitzeugen Woytinsky so gesehen: "Die Arbeiterbewegung muß sich von der Auffassung freimachen, daß die Krisen unter dem Kapitalismus unvermeidlich sind und nur mit dem kapitalistischen System verschwinden werden. Die Einlullung der Arbeiterschaft mit der sozialistischen Zukunftsmusik muß durch eine Wirtschaftspolitik abgelöst werden, die sich die Regulierung der Wirtschaft, Bekämpfung der Depressionskräfte, Vorbeugung der Krise zum Ziel setzt und auf diese Weise den Übergang zu einer höheren Form findet. ... Die Arbeiterorganisationen, die sich auf die selbstheilenden Kräfte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verlassen, sind der Gefahr ausgesetzt, daß sie allmählich verbluten."[4]

Erst 1954 hatten sich die Grundideen des WTB-Planes in der SPD durchgesetzt: "Der deutsche Sozialismus sieht sich ähnlichen Problemen gegenüber wie zur Zeit der Großen Krise, aber das Sich-Durchringen zu der notwendigen Klarheit wird nicht mehr im entferntesten so stark wie damals durch die Bindungen an alte Ideologien und durch parteipolitische Erwägungen erschwert. *Man kann wohl sagen, daß*

---

1 Woytinsky, W.S., Stormy Passage. A Personal History Through Two Russian Revolutions to Democracy and Freedom 1905-1960, New York 1961, S. 470-472. Dazu die Fußnote von Woytinsky am Ende des Textes: "I realize that my impression of Hilferding's speech at our conference was false. He sincerely believed all he said about the labor-value theory: Let the world perish but save the dogma! There was tragedy in his folly, as in his end. Delivered by the Vichy police to Hitler's hangmen after the fall of France, he took his life."; Woytinsky, Wladimir S. / Emma, S., Vereinigte Staaten, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 16-63.

2 Schneider, Michael, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 104.

3 Ebd., S. 135.

4 In: Die Arbeit. Juni 1931, S. 439. Text bei Grotkopp, Wilhelm, Die große Krise, S. 67f.

sich die alten Ideen des WTB-Plans, aber umfassender formuliert, 1954 auf dem Berliner Parteitag der SPD durchgesetzt haben."[1]

Ein dem WTB-Gewerkschaftsprogramm ähnliches Programm entwickelte Gregor Strasser in seiner Reichstagsrede vom 10. Mai 1932.[2] Strasser forderte die sofortige Lösung vom Goldstandard für die deutsche Währung, wobei er sich auf Irving Fisher berief, und legte ein Bekenntnis zum "geschlossenen Wirtschaftsraum" ab. Einen Teil dieser Ideen vertrat er seit 1925.[3] Udo Kiesenkoetter weist auf Kontakte zwischen Vertretern des ADGB, bürgerlichen Intellektuellen, Politikern und des Strasser-Flügels der NSDAP hin.[4] "Die ansatzweise Übereinstimmung in der Krisenpolitik - speziell: Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung - wurde, zum Ansatzpunkt von Überlegungen, zu einer abgestimmten politischen Praxis zu gelangen; daß diese Vorstellungen nicht realisiert wurden, wird einerseits auf die traditionelle Bindung des ADGB an die SPD, andererseits auf den - wie sich im Dezember 1932 zeigte - schwachen Stand des Strasser-Flügels innerhalb der NSDAP zurückzuführen sein."[5]

4.5.4 Gerhard Colms Analyse der Krisensituation der kapitalistischen Wirtschaft 1929/33 und konjunkturpolitisch orientierte Gegenmaßnahmen zur Krisenüberwindung[6]

Die beschäftigungspolitische Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise ist von der Forschung in hohem Maße aufgearbeitet worden.[7]

---

1 Ebd., S. 268.

2 Strasser, Gregor, Kampf um Deutschland. Reden und Aufsätze eines Nationalsozialisten, München 1932, S. 345-378. Kissenkoetter, Udo, Gregor Strasser und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 119: "Die Reichstagsrede wurde unter dem Titel Wirtschaftliches Sofortprogramm "in stichpunktartiger Form als Rednermaterial (Auflage 600.000) zur Vorbereitung der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 veröffentlicht." Marcon, Helmut, Arbeitsbeschaffungspolitik, S. 83.

3 Strasser, Gregor, Kampf, S. 43ff.

4 Kissenkoetter, Udo, Gregor Strasser, S. 108.

5 Schneider, Michael, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 140.

6 Die folgenden Ausführungen basieren zum größten Teil wortwörtlich auf Colm, Gerhard, Die Krisensituation der kapitalistischen Wirtschaft, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 69, 1933, S. 385-406. Auszüge in: Bombach G. / Netzband, K.-B. / Ramser, H.-J. / Timmermann, M. (Hrsg.), Der Keynesianismus III, S. 399-404.

7 Grotkopp, Wilhelm, Die große Krise; Dräger, Heinrich, Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung, Düsseldorf 1956, zuerst als Heft 41 in der Nationalsozialistischen Bibliothek unter dem Titel Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung. Ein Beitrag zur Frage der Wirtschaftsbelebung durch das sogenannte Federgeld, München 1932 erschienen; Kroll, Gerhard, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958; Korsch, A., Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: Bombach G. / Ramser, H.-J. / Timmermann, M. / Wittmann, W. (Hrsg.), Der Keynesianismus I, S. 9-132; dies. (Hrsg.), Der Keynesianismus II. Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland. Dokumente

Colms wirtschaftswissenschaftliche Analyse der Weltwirtschaftskrise und das Aufzeigen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Krisenüberwindung stellen eine brillante und originale Leistung dar. Die Theorien der Klassik werden von ihm ebenso wie zeitgenössische wirtschaftswissenschaftliche Theorien auf den Prüfstand gestellt und dahin untersucht, ob sie Erkenntnisgrundlagen und Instrumente bieten, um daraus wirtschaftspolitische Empfehlungen abzuleiten. Die Weltwirtschaftskrise war einzigartig und die Ökonomen konnten nicht auf gesicherte wirtschaftstheoretische Grundlagen zurückgreifen.

I. Analyse der Krisensituation der kapitalistischen Wirtschaft 1929/33

Colm versucht, die Frage zu beantworten, "ob aus den Erfahrungen der gegenwärtigen Krise ein Umbau der Wirtschaftsstruktur und Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozeß als notwendig zu erweisen seien." Er unterscheidet bei der Antwort auf die Krisenverursachung zwei Gruppen von Antworten: (1) *Ordnungsgesetzlichkeit* der kapitalistischen Wirtschaft und (2) *Störungsgesetzlichkeit* der kapitalistischen Wirtschaft.

Ad (1) Ordnungsgesetzlichkeit: Die Weltkrise wird als Auswirkung des Weltkrieges angesehen. Der Weltkrieg führte zu einer fast völligen Abschnürung eines Teils der europäischen Länder vom *Welthandel*, begünstigte damit Produktionssteigerungen der überseeischen Landwirtschaft. ... Ein zweiter Komplex außerwirtschaftlicher Krisenverursachung wird im *politischen Zahlungssystem* der Welt gesehen, das als Erbe des Krieges in der Nachkriegszeit abgewickelt werden mußte. ... Aber auch die *Binnenkrise* der beteiligten Länder ist nach dieser Auffassung durch außerwirtschaftliche Faktoren zu erklären. Auf unmittelbare und mittelbare Kriegsfolgen wird die Steigerung aller Kostenbestandteile zurückgeführt. ... Hier sind aber nach dieser Auffassung alle entscheidenden Kostenfaktoren: Lohn, Zins und Steuern, gleichzeitig über dieses Ausmaß hinaus gestiegen, sie haben damit die rentable Verwendung des vorhandenen Kapitals und der vorhandenen Arbeitskräfte, damit die Grundlage des kapialistischen Marktmechanismus in Frage gestellt.

Ad (2) Die zweite Gruppe von Auffassungen über die Krisenverursachung sucht umgekehrt die Störungsherde im *kapitalistischen Wirtschaftssystem* selbst. ... Die Auffassung des Kapitalismus als einer anarchischen, ungeordneten Wirtschaft wird wohl heute von keinem Theoretiker geteilt. ... Die Krisensituation der kapitalistischen Wirtschaft sei durch eine *allgemeine Überproduktion* gekennzeichnet. Diese Auffassung wird von der Theorie als unhaltbar abgelehnt. Colm ist der Ansicht, daß es

---

und Kommentare, Berlin/Heidelberg/New York 1976; dies. (Hrsg.), Der Keynesianismus III. Die geld- und beschäftigungstheoretische Diskussion in Deutschland zur Zeit von Keynes. Dokumente und Analysen, Berlin/Heidelberg/New York 1981; Borchardt, Knut / Schötz, Hans Otto (Hrsg.), Wirtschaftspolitik, S. 48, Fußnote 83; Marcon, Helmut, Arbeitsbeschaffungspolitik, S. 39ff.

nicht richtig ist, "daß jede Produktion sich selbst die Nachfrage schafft[1], sondern eben nur die richtige, d.h. die in einem rechten Verhältnis erfolgende Produktionssteigerung. Bei der Einführung des technischen Fortschritts orientieren sich die Unternehmer an der jeweiligen Preislage. Jede solche Produktionserweiterung ist aber mit dem Risiko der Fehlinvestition behaftet, weil auf Grund der jeweils herrschenden Preise nur Vermutungen über die zukünftige Nachfrageentwicklung angestellt werden können. ... Vor allem enthalten die Erweiterungen der Produktionsmittelindustrien ein großes Unsicherheitsmoment in sich (z.B. Eisen- und Maschinenbauindustrie). ... In der kapitalistischen Wirtschaft ist mit Sicherheit nie vorauszusagen, welche Kapitalbeträge in zukünftigen Jahren für Investitionen zur Verfügung stehen werden. ... Schwankungen der Kapitalinvestitionen folgen notwendig aus der Struktur der kapitalistischen Kreditwirtschaft. ... Trotz aller Ansätze zu Monopolisierung ist die kapitalistische Wirtschaft zu einem Teil Konkurrenzwirtschaft.[2] Gerade die Krise und Depression hätten in der kapitalistischen Wirtschaft die Aufgabe, die Entsprechung von Angebot und Nachfrage durch Zusammenbrüche und Sanierungen hindurch erst wieder herzustellen. Bei der Erörterung der Ursachen, daß es aus den Störungen einzelner Wirtschaftszweige zu einer Störung der Gesamtwirtschaft kommt, greift Colm auf Schumpeters "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" zurück.[3] "Dies geschieht durch die Verbindung der Wirkungen des technischen Fortschritts mit den Vorgängen der *Kreditwirtschaft*. Im Aufschwung werden die Erweiterungen der Produktionsstätten durchgeführt unter Anspannung des Kredits, so daß die Investitionen noch über die tatsächlichen Ersparnisse hinausgehen. Der Umschwung tritt aber in dem Augenblick ein, in dem die weitere Zunahme der Kreditgewährung ihre Grenze erreicht hat, die Neuschaffung von Anlagen und die Aufsaugung freigesetzter Arbeitskräfte hinter dem Arbeitsangebot und die Beschäftigung der Produktionsmittelindustrie hinter der neugeschaffenen Kapazität zurückbleibt. Der Rückschlag verschärft sich dadurch, daß das Kreditvolumen jetzt ebenso unter das Maß der tatsächlich verfügbaren Ersparnisse kontrahiert wird, wie es im Aufschwung durch die Kreditwilligkeit der Banken über dieses Maß hinausging. ... Die *Störungen* der kapitalistischen Entwicklung haben demnach ihre *Ursache* in den Auswirkungen des technischen Fortschritts und der Produktionserweiterungen. *Ge-*

---

1 Amonn, Alfred, Jean Baptiste Say, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 94: Colm meint hiermit Say's "Theorie der Absatzwege".

2 Halm, Georg, Monopolistische Bestrebungen in der Gegenwart, in: HdStW, 4. Aufl., Erg.bd., Jena 1929, S. 686-698; ders., Die Konkurrenz. Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft, München-Leipzig 1929, bes. S. 128ff.: Halm zeigt auf, daß die Marktformen, die zwischen der "atomisierten" Konkurrenz und dem Monopol liegen, der Konkurrenzwirtschaft angehören.

3 Schumpeter, Joseph A., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig 1912; ders., Unternehmer, in: HdSt, 4. Aufl., Jena 1928, S. 476-487.

stalt und Rhythmus der Entwicklung werden jedoch durch die Elastizität der Kreditwirtschaft geprägt. Die Krise ist hiernach eine notwendige Erscheinung in der kapitalistischen Wirtschaft. Die Vertreter dieser Auffassung glauben, daß dieses theoretisch entworfene Schema weitgehend auch für die gegenwärtige Krise, vor allem für die der Vereinigten Staaten, von der die Weltkrise ihren Ausgang genommen hat, zutrifft. Die stake technische Entwicklung und Produktionsausdehnung von 1922 bis 1929 mit nur geringen Rückschlägen war ermöglicht durch eine jedenfalls in den letzten Jahren über die Ersparnis weit hinausgehende Kreditexpansion. Im Sommer 1929 aber zeigt sich erstmalig, daß für die neugeschaffenen Anlagen nach ihrer Fertigstellung nur noch teilweise Absatzmöglichkeiten gefunden werden. Die Krediterweiterung wird bei steigendem Zinsfuß abgebremst. Die Produktion sinkt zunächst im Wohnungsbau und in den Produktionsmittelindustrien, sehr bald auch übergreifend in dem Konsumgutgewerbe. Die Rentabilitätsgrundlage der Börsenhausse wird erschüttert; es folgen Börsenpanik und Kreditkrise im Herbst 1929. Die amerikanische Krise greift nun über auf Europa, nacheinander werden Österreich, Deutschland, Großbritannien in den Strudel hineingezogen. ... Aus dieser Krisendeutung folgen nun die *Vorschläge*, die zur Vorbeugung gegen die Wiederkehr solcher Krisen gemacht werden. Sie müssen im Gegensatz zu der unter A dargestellten Meinung einen Umbau der kapitalistischen Wirtschaft selbst zum Ziele haben. Aus den entwickelten Krisenerklärungen ergeben sich zwei Gruppen solcher Vorschläge.

1. Aus der oben wiedergegebenen Auffassung, nach der die freie Konkurrenz unter hochkapitalistischen Bedingungen zu Fehlinvestitionen und Fehlproduktionen führt, folgen die jetzt besonders häufig in den Vereinigten Staaten vertretenen Vorschläge.[1] zur Zusammenfassung von Wirtschaftszweigen, um die freie Konkurrenz durch eine planmäßige Investitionspolitik zu ersetzen. Mit ähnlicher Begründung wurde in Deutschland vor Jahrzehnten die Förderung von Kartellen gefordert. Inzwischen ist aber die Erfahrung gemacht worden, daß gerade bei den Kartellen eine besondere Neigung zur Fehlinvestitionen Platz greifen kann. ... Die Kartellmitglieder erweitern vielfach in der jeweiligen Rüstung auf den früher oder später bevorstehenden Neuabschluß der Kartellverträge ihre Anlagen ohne Rücksicht auf die Nachfrage, um eine höhere Kartellquote für sich zu erzielen. Unter Umständen wird die an sich schon überbesetzte Industrie durch Neugründungen von Außenseitern noch mehr erweitert, weil diese hoffen, dem Kartell erfolgreiche Konkurrenz machen zu können. Um diese Gefahren zu vermeiden, erstreben diese neueren Vorschläge dauernde Zwangsvereinigungen mit planmäßiger Orientierung der gesamten Investitionspoli-

---

1 Vgl. z.B. die Übersicht bei Haan, Hugo, Das amerikanische Planning. 2., verdeutschte und vermehrte Auflage, Leipzig 1933. Hier sind auch die vieldiskutierten Vorschläge von E. Schmalenbach (vgl. z.B. die Wiedergabe seiner jüngsten Äußerung hierüber in der "Kölnischen Zeitung" Nr. 42 vom 22.1.1933) zu nennen.

tik des betreffenden Wirtschaftszweigs. Zu einem Teil wird hierbei an reine Selbstverwaltungskörperschaften gedacht, zum Teil an Zusammenschlüsse unter der Leitung oder jedenfalls Mitwirkung staatlicher Organe.

2. Diejenigen, die aber betonen, daß nicht nur die Auswirkung der freien Konkurrenz, sondern auch das Mißverhältnis zwischen Ersparnis, Kredit und Investition als Krisenursache anzusehen sei, befürworten Eingriffe, die über die Organisation der einzelnen Industriezweige noch hinausgehen. Sie halten vor allem eine planmäßige, konjunkturpolitisch orientierte Führung der Kreditwirtschaft für erforderlich, vielfach in Verbindung mit einer unmittelbaren Einflußnahme auf die Investitionstätigkeit der Produktionszweige selbst, sei es durch Verstaatlichung, sei es durch staatlich kontrollierte Zwangssyndikate oder durch Konzessionspflicht und ähnliche Maßnahmen ... Jedenfalls ist das Maß der internationalen Krisenausbreitung zum großen Teil eine Folge der politisch mitbedingten, kurzfristigen internationalen Schuldverpflichtung. Sie ist zum mindesten *auch* eine Folge davon, daß die Handelspolitik der Gläubigerländer die wirtschaftliche Abwicklung der Zahlungsverpflichtungen aus dem Kriege erschwerte. Vor allem ist die deutsche Sonderdepression, die schon vor dem Ausbruch der eigentlichen Weltwirtschaftskrise einsetzte, überwiegend durch die Kriegsfolgen und die politischen Zahlungen mitbedingt. Diese Faktoren verursachten die Kapitalverknappung, die den Ausgleichsprozeß gegenüber der Freisetzung von Arbeitskräften durch die Rationalisierung lähmte; sie führten zu dem Deflationsdruck auf die deutsche Wirtschaft, der mit dem Abebben des Kapitalzustroms die Handelsbilanz-Umstellung erzwingen mußte. So ergibt sich, daß politische und ökonomische Entwicklungen in unlösbarer Verknüpfung zusammengewirkt haben. Für die Frage, deren Beantwortung versucht werden sollte, sind hieraus die folgenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

1. Die Bereinigung der politischen Faktoren ist zwar keine zureichende, wohl aber eine notwendige Maßnahme gegen die Krisenwiederkehr.

2. Die Hoffnung, daß nach Beseitigung der politischen Störungsfaktoren die kapitalistische Entwicklung einen störungsfreien Verlauf nehmen würde, ist unbegründet. Angesichts der veränderten Struktur der kapitalistischen Wirtschaft ist - ganz abgesehen von den politischen Störungsfaktoren - gegenüber früheren Perioden eine Tendenz zur Krisenverschärfung anzunehmen, falls nicht konjunkturpolitisch orientierte Gegenmaßnahmen erfolgen oder die Triebkräfte der kapitalistisch-technischen Entwicklung überhaupt erlahmen.

3. Die kapitalistische Wirtschaft weist in ihrer heutigen Struktur eine derartige Labilität auf, daß sie zum mindesten beim Vorhandensein politischer Erschütterungen derart katastrophalen Rückschlägen notwendig ausgesetzt ist. Wenn auch weiterhin noch nicht mit voller innen- und außenpolitischer Befriedung in den maßgebenden Ländern gerechnet werden darf, dann ergibt sich die Aufgabe, durch Umbau der

Wirtschaft zu größerer Stabilität, zu größerer Widerstandskraft auch gegenüber politischen Erschütterungen zu gelangen.

II. Konjunkturpolitisch orientierte Gegenmaßnahmen zur Krisenüberwindung

Nach Colm stehen sich bei der Krisenüberwindung zwei Meinungen gegenüber. Die eine Auffassung geht davon aus, daß die kapitalistische Entwicklung, wenn man sie sich nur auswirken läßt, die Kraft hat, auch mit dieser Krise fertig zu werden. ... Für die Politik ergeben sich aus dieser Auffassung die zwei *Forderungen*: 1. den Bereinigungsprozeß sich ungehindert auswirken zu lassen, 2. die politischen Voraussetzungen für die Wiederkehr des Vertrauens in die kommende Wirtschaftsentwicklung zu schaffen. Jeder konjunkturpolitische Eingriff in die kapitalistische Wirtschaft würde umgekehrt diese notwendige Bereinigung hinausschieben und Anlaß zu neuer Beunruhigung geben. ... Ganz anders ist die Auffassung derjenigen, die die Gründe für die lange Krisendauer, für die Schwierigkeiten der Krisenüberwindung wiederum in der Wirtschaftsstruktur selbst verwurzelt glauben. Sie sind der Meinung, daß der nach bisherigen Erfahrungen typische Prozeß der Krisenüberwindung aus ökonomischen Gründen heute nicht in der gewohnten Weise verläuft. Sie bringen gegen die Auffassung von der notwendigen Bereinigung das Argument vor, daß weitere Lohnsenkungen und weitere Drosselung öffentlicher Ausgaben in einer Phase mit deflationistischer Tendenz zu immer weiterer Marktverengung führen würden, daß hierdurch die Preissenkungen weitergetrieben und damit immer neue, bisher noch gesunde Unternehmungen zur Bereinigung erst gewissermaßen künstlich reif gemacht würden. In Perioden vorwiegend klein- und mittelgewerblicher Produktionsstruktur würden durch die Krise die teuersten (Grenz-)Produzenten ausgeschaltet; damit würde automatisch eine Kostensenkung auch unabhängig von Lohnsenkungen usw. bewirkt. Angesichts der gegenwärtigen Bedeutung großgewerblicher Unternehmungen und angesichts der Beschränkungen freier Konkurrenz führe die Krise heute nicht mehr zur Ausschaltung der teuersten Unternehmungen, sondern sie bewirke, daß alle Unternehmungen mit ungenügender Ausnützung ihrer Kapazität arbeiten. Hierdurch entsteht umgekehrt eine Tendenz zur Steigerung der Stückkosten in der Krise, wodurch ein Teil der sonstigen kostensenkenden Tendenzen wieder wettgemacht wird.[1] Infolgedessen ist die Preissenkung gerade in den überwiegend großbetrieblich organisierten Grundstoff- und Halbfabrikatindustrien geringer als bei den Fertigprodukten der Verbrauchsindustrien. Aus der Struktur der modernen Wirtschaft heraus wird demnach die Wiederherstellung der Rentabilität für Neuanlagen gehemmt. ... Eine Kostensenkung kann heute ohne Vornahme marktzerstörender

der Anlagen erwartet werden. Die Kapitalbildung kann heute nicht ansteigen, wenn nicht *zuvor* wieder steigende Gewinne der Unternehmungen und steigende Einkommen, aus denen überhaupt gespart werden kann, gebildet werden. So führen diese Gedankengänge zu dem Ergebnis, daß die innere Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft den kapitalistischen Mechanismus der Krisenüberwindung selbst gestört hat. Der unheilvolle Zirkel, der durch den Zwang, die Kosten zu senken, zu immer erneuter Krisenverschärfung führt, muß nach dieser Auffassung durch irgendeinen von außen kommenden Eingriff zerrissen werden. Die Überwindung der kapitalistischen Krise kann nicht mehr rein kapitalistisch erfolgen.

Die Auffassungen über die Eingriffe, die im Interesse der Krisenüberwindung vorzunehmen sind, gehen nun allerdings weit auseinander. Hierbei können vielleicht drei Gruppen von Vorschlägen unterschieden werden.

1. Die radikalste Auffassung geht dahin, daß nur eine sofortige Wandlung des Wirtschaftssystems zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit führen könne. Nur die sofortige Einführung einer vollen oder jedenfalls partiellen Planwirtschaft könne die Krisenüberwindung bringen.

2. Diejenigen, die nur die geringsten Eingriffe in den kapitalistischen Mechanismus vornehmen wollen, empfehlen, daß der Staat zur "Ankurbelung" den Unternehmen Kredite billig zur Vefügung stellen soll. Hierdurch soll entweder der Prozeß der Schuldentilgung beschleunigt werden, um dadurch nach Herstellung hoher Liquidität die Bereitschaft zu steigern, Kapitalien wieder zu Neuinvestitionen zu verwenden, oder man hofft, daß die Unternehmer mit den billigen, ihnen zur Verfügung gestellten Krediten unmittelbar wieder neue Anlagen finanzieren. Dieser Weg, wie er insbesondere in den Vereinigten Staaten vorgeschlagen und teilweise angewendet wurde, und wie er in gewisser Modifikation auch im deutschen "Papen-Plan" enthalten war[1], soll sozusagen die private Unternehmerinitiative unmittelbar beleben. Er geht von der Vorstellung aus, daß lediglich der hohe Zinsfuß das Hemmnis für neue Investitionen darstellt.[2]

3. Diejenigen, die glauben, daß die Hemmung der Krisenüberwindung jedenfalls nicht nur an der ungenügenden Bereitstellung von Krediten liegt, sondern vor allem an der mangelnden Bereitschaft, Kredite in Anspruch zu nehmen, kommen zum Vorschlag öffentlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme. Der Staat soll nicht nur die Kredite ganz oder teilweise geben, sondern selbst die Investitionen vornehmen, um Arbeitslosen erst einmal wieder Arbeit zu geben. Hierdurch wird "zusätzliche" Kaufkraft geschaffen, die nach dieser Auffassung nicht inflationistisch wirkt, weil die Produktion - ohne notwendige Preiserhöhung - in gleichem Ausmaß ansteigen

---

1 Marcon, Helmut, Arbeitsbeschaffungspolitik.

2 Colm, Gerhard, Lohn, Zins-Arbeitslosigkeit, in: Die Arbeit 7, 1930, S. 241ff. Replik Adolf Löwes darauf ebd., S. 425ff.

wird. Die Arbeiter kaufen mit ihrem Lohn; die Konsumgutindustrien - und für Material- und Ersatzbestellungen: die Produktionsmittelindustrien - werden stärker beschäftigt. Damit wird die Rentabilitätsgrundlage wiederhergestellt und aus wachsenden Gewinnen und Einkommen eine wachsende Ersparnis ermöglicht. Die Liquidität der Banken und damit ihre Kreditwilligkeit bessern sich. Somit werden auf diese Weise *die* Bedingungen konjunkturpolitisch geschaffen, die nunmehr die Überleitung der "künstlichen" Konjunkturbelebung in eine "natürliche" möglich machen.
Wenn das erste Stadium der Depression mit den auf Kostensenkung zielenden Maßnahmen abgeschlossen ist, ergibt sich als zweite Aufgabe der Konjunkturpolitik, den Wiederanstieg zu fördern. Die große Schwierigkeit besteht nur darin, den richtigen Zeitpunkt für den Beginn dieser zweiten konjunkturpolitischen Phase zu ergreifen. Ebenso falsch wie die Meinung, daß man in der heutigen Wirtschaftsstruktur den Bereinigungsprozeß sich auslaufen lassen kann, ist die andere Auffassung, nach der man die Depression in jedem Zeitpunkt durch konjunkturpolitische Maßnahmen überwinden kann. Nun besteht kein objektives Kriterium, um festzustellen, wann der Prozeß der Kostensenkung weit genug gediehen ist, um mit der Politik der "Ankurbelung" zu beginnen. Es kommt ja nicht auf die Kostensenkung an sich an, sondern darauf, daß Kosten und Preise in ein entsprechendes Verhältnis gebracht werden. ... Die Arbeitsbeschaffungsprogramme haben den Sinn, die Produktion erst einmal durch die Inangriffnahme von Arbeiten zu beleben, die nicht unbedingt im privatwirtschaftlichen Sinn "rentabel" zu sein brauchen. Die Hoffnung ist nicht unbegründet, daß diese zunächst künstliche Belebung der Kaufkraft in einen normalen Konjunkturanstieg überleitet.
Bedingung für das Gelingen einer solchen Aktion ist allerdings, daß die Bereinigungen zunächst in ausreichendem Maße durchgeführt sind, daß die im ersten Teil erwähnten außerökonomischen Störungsfaktoren beseitigt und daß die psychologischen und d.h. vor allem die gesamten politischen Voraussetzungen für eine auch privatwirtschaftliche Konjunkturbelebung gegeben sind. Jedes Arbeitsbeschaffungsprogramm muß verpuffen, wenn der Kaufkraftschöpfung auf der einen Seite Kaufkraftschrumpfung auf der anderen Seite gegenübersteht. Insofern ergibt sich auch hier wieder, daß in der Krisenüberwindung die politischen und ökonomischen Faktoren zusammenwirken müssen. Wenn diese psychologisch-politischen Bedingungen nicht erfüllt sind, ist die Hoffnung auf einen solchen konjunkturpolitischen Anreiz auch der privatwirtschaftlichen Belebung vergebens. Allerdings ist auch hierbei kein starres "Nacheinander" möglich. Manche dieser "strukturellen" Störungsfaktoren werden sich nur im Zuge einer konjunkturellen Besserung ausschalten lassen, müssen aber spätestens dann ausgeschaltet werden, wenn nicht die erneute Gefahr eines Rückschlags eintreten soll. So wäre es z.B. aussichtslos, wenn die Konjunkturbelebung in den maßgebenden Ländern erst einsetzen könnte, wenn *zuvor* die internationalen Außenhandelshemmungen beseitigt sind. Vielmehr kann erst eine gewisse

konjunkturelle Erleichterung die Voraussetzungen für eine Milderung der Handelsschranken schaffen.

Ähnlich argumentiert Colm auch in seinem Beitrag zum "Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung", der zur ungefähr selben Zeit publiziert wurde.[1] Auch hier wies Colm auf die "reinigende Funktion der Krisis und die Neuordnung der Daten in der Stockung" hin. Er stellte die Frage: "Ja, schafft nicht der Rückschlag zu einem Teil selbst erst die Störungen, die immer weitere 'Reinigung' erforderlich machen, so daß in zunehmendem Maße auch an sich völlig gesunde Unternehmungen in den Ausscheidungsprozeß einbezogen werden? Hat die Krisis nicht vollends ihren kapitalistischen Sinn verloren, wenn an die Stelle individueller Vermögen der Staat das Konjunkturrisiko übernehmen muß? Dann erhält das Problem konjunkturpolitischer Krisenabwehr und darüber hinaus das Problem der Herstellung einer stabileren (nicht konjunkturfreien!) Wirtschaftsstruktur staats- und finanzpolitische Dringlickeit höchsten Ranges." Colm schlußfolgert: "Die Konjunkturtheorie muß Antwort auf die Frage geben, ob unter den heutigen technischen und organisatorischen Bedingungen ein Mischsystem zwischen freier und gebundener Wirtschaft mit geringen Störungen als ein System freier Wirtschaft arbeiten würde. Die Konjunkturtheorie muß sich mit den Möglichkeiten des Entwicklungsrhythmus auch halbkapitalistischer oder nichtkapitalistischer Wirtschaftssysteme befassen. An diesen Fragen zeigt sich, daß die Konjunkturforschung kein Sondergebiet innerhalb der Wirtschaftswissenschaften darstellt, sondern letzten Endes an die Grundfragen aller Wirtschaftswissenschaften heranführt, ja, darüber hinaus in den vielschichtigen sozialwissenschaftlichen Problemkreis von "Staat und Wirtschaft" einmündet."[2]

Alfred Müller-Armack (Köln) forderte in seinem Beitrag zur "Festschrift Arthur Spiethoff" die Konjunkturtheorie zu einer "Theorie der wirtschaftlichen Dynamik" schlechthin auszugestalten. "Ihre Aufgabe scheint mir zu sein, neben dem Gleichgewichtstheorem der stationären Wirtschaft eine Lehre der Entwicklungsmodelle zu geben, gewissermaßen der Formen, in denen die wirtschaftliche Entwicklung abläuft. Die Konjunkturtheorie wird hier zu Entscheidung in Fragen von geschichtstheoretischer Würde aufgerufen. Handelt es sich doch in erster Linie um die Auseinandersetzung zwischen der kausal-mechanischen Deutung des Entwicklungsprozesses und einer offenen Interpretation, die Spontaneität und Ursprünglichkeit der Entwicklung zur Geltung kommen läßt. "Diese Frage ist für die konkrete Ausge-

---

1 Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung, Festschrift für Arthur Spiethoff. Mit einem Vorwort von Joseph Schumpeter, München 1933, S. 56-60. Colm, Gerhard, Entwicklungen in Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik in den Vereinigten Staaten von Amerika (Kieler Vorträge, NF 6), Kiel 1954, S. 7: "Die Konjunkturforschung als Wissenschaft hatte ihren Ursprung in einer Zeit, in der wir eine ruhige Wirtschaftsentwicklung mit ein bißchen Auf und Ab als selbstverständlich hingenommen haben. Es war die Zeit vor 1914 und die Zeit von 1920 bis 1930."

2 Ebd., S. 59.

staltung der Konjunkturanalyse grundlegender, als es scheinen könnte. Schon in der häufig auch heute noch zu findenden Forderung eine 'Lösung' des Konjunkturproblems (so wie sie in der Unterkonsumtionstheorie, in der Lehre vom Fall der Profitrate, in der Imperialismustheorie gegeben wird) verschreibt sich schon die Fragestellung einer naturalistischen Geschichtsauffassung, die in einem der geschichtlichen Entwicklung angehörenden Phänomen wie den Konjunkturschwankungen deren jenseits der Geschichte liegenden Konstruktionspunkt zu zeigen sucht. Ich habe andernorts mehrfach ausgeführt, daß sich die Konjunkturtheorie von diesem noch ganz dem 19. Jahrhundert aungehörenden Theorietyp bewußt belöst und auch den Konjunkturprozeß begreift als echt geschichtlichen, das heißt als spontanen, sich selbst realisierenden Prozeß. Sie dringt durch die zweifellos vorhandene scheinbar mechanistische Struktur diese Kollektivvorganges hindurch und ist gerade in der Lehre von der Unternehmerfunktion und in der neueren Kredittheorie zu der Erkenntnis gekommen, daß die rein immanenten Erklärungen die wesentliche Natur der Konjunkturwelle, die in stetem Neuansatz in der Hausse beruht, verkennen."[1]

4.6. Der deutsche Außenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Strukturwandlungen (1932)[2]

Im Vorwort zu "Der deutsche Außenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Strukturwandlungen" (1932) geht der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, Bernhard Harms, auf die Entstehung der beiden Halbbände ein: "Die Arbeiten des deutschen Enquete-Ausschusses haben aus finanziellen Gründen ein vorzeitiges Ende gefunden. Infolgedessen mußte die 5. Arbeitsgruppe des I. Unterausschusses, deren Aufgabe es war, die internationale Verflechtung des deutschen Wirtschaftslebens zu untersuchen, nicht nur darauf verzichten, zahlreiche Einzelstudien aus dem Gebiet der deutschen Fertigindustrie, die sich überwiegend schon im Endstadium befanden, zum Abschluß zu bringen, sondern es bot sich ihr auch keine Möglichkeit, den in Aussicht genommenen Schlußbericht zu erstatten. Mit der ersteren Tatsache galt es sich endgültig abzufinden. Hingegen wurde ein zusammenfassender Schlußbericht der Außenhandelsgruppe allgemein als so wichtig angesehen, daß der Vorsitzende des Enquete-Ausschusses, Reichsminister a.D. Dr. *Bernhard Dernburg*, dem Unterzeichneten nahelegte, die Arbeit auf das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr zu übernehmen. ... Das

---

1 Müller-Armack, Alfred (Köln), in: Festschrift für Arthur Spiethoff, 1933, S. 201; ders. Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik, in: HsSt, 4. Aufl., Erg.bd., Jena 1929, S. 645-677; Watrin, Christian, Alfred Müller-Armack, Krefeld 1980, S. 12ff.

2 Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Der deutsche Außenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Strukturwandlungen. Bearbeitet und herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel. Veröffentlichungen des Enquete-Ausschusses. I. Unterausschuß, 5. Arbeitsgruppe, 20. Bd. Erster Halbband 368 S., zweiter Halbband 656 S., Berlin 1932.

Institut hält sich daher für berechtigt und verpflichtet, die Ergebnisse seiner Untersuchungen auch in der durch die Verhältnisse bedingten Unvollkommenheit als Erkenntnisquelle für wirtschaftspolitische Urteilsbildung in dem Augenblick zur Verfügung zu stellen, da die Gefahr des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft gebieterisch nationale und internationale Aufbauarbeit fordert. Die beiden Bände sind das Ergebnis echter Gemeinschaftsarbeit im Rahmen eines Instituts, das dank seinen über die ganze Erde verzweigten Beziehungen auch die sachlichen Voraussetzungen für die Bewältigung eines so umfangreiches Stoffes zu gewährleisten vermochte. Die Plattform der Arbeitsgemeinschaft bildete die 'Abteilung für Statistische Weltwirtschaftskunde und Internationale Konjunkturforschung': Abteilungsvorstand Professor Dr. *Gerhard Colm*; Stellvertretender Abteilungsvorstand Privatdozent Dr. Dr. *Hans Neisser*; Sachbearbeiter für Agrarwirtschaft Dr. *Rudolf Freund*; Sachbearbeiter für Rohstoffwirtschaft und die Strukturwandlungen des Welthandels Dr. *Werner Schlote*; Sachbearbeiter für Industriewirtschaft Dr. *Max Victor* und Dr. *Walter Egle*. Die Bearbeitung der ost- und südosteuropäischen Probleme geschah unter Mitwirkung von Dr. Dr. Walter Hahn. Es ist mir eine angenehme Pflicht, den genannten Herren für ihre Hingabe an die fast übergroße Aufgabe den Dank des Instituts auszusprechen."[1]

Im Vordergrund des handelspolitischen Interesses stand die Frage, wie Deutschland mit der Beendigung des Kapitalzustroms den Export so zu steigern vermochte, daß die Zins- und Reparationszahlungen aus Ausfuhrüberschüssen bezahlt werden konnten. 1931 war noch ein Ausfuhrüberschuß von 3 Mrd. RM erzielt worden, 1931 beruhte der Ausfuhrüberschu´vor allem aus der hohen Einfuhrminderung. Ende 1931 und Anfang 1932 setzten einfuhrhemmende Maßnahmen wichtiger deutscher Absatzländer ein, so daß sich die Frage nach den Exportmöglichkeiten verschärft stellte.

Im ersten Halbband werden die Agrarwirtschaft und die Rohstoffwirtschaft, im zweiten Halbband die Industrienwirtschaft, der Welthandel und der Außenhandel in der Krisis analysiert, und zwar im Zeitraum von 1925 bis 1931 mit einem Vergleich zu 1911 bis 1913. "Die nach den großen Wirtschaftsgruppen gegliederten Untersuchungen werden in einer eingehenden Welthandelsanalyse unter regionalen Gesichtspunkten zusammengefaßt. Für die großen Länderkomplexe wird hier gezeigt, was sie sich gegenseitig als Kunden und als Konkurrenten bedeuten, ob etwa Ansätze zur Herausbildung umfassender 'Wirtschaftsräume' festzustellen sind. Alle weltwirtschaftlichen Einzeluntersuchungen sind letzten Endes darauf ausgerichtet, die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt hervortreten zu lassen, auch da, wo von Deutschland nicht unmittelbar die Rede ist."[2] Bei der Betrachtung der Weltmarktsi-

---

1 Der deutsche Außenhandel. Erster Halbband, S. III-V.

2 Ebd., S. 2.

tuation Deutschlands im Bereich der Agrar- und Rohstoffwirtschaft war die Betrachtung stärker auf die Einfuhrseite gerichtet. Bei der Analyse der Industriewirtschaft lag der Schwerpunkt der Studie auf dem Export, da rund 72% der deutschen Gesamtausfuhr (1927/29) auf Fertigwaren entfielen. Der Anteil Deutschlands am Weltfertigwarenexport sank dem Wert nach von 23% 1913 auf 18% 1928/29.[1] Bei den regionalen Umschichtungen wurde von England ausgegangen. Sein Anteil an der Erzeugung von Roheisen, Kohle und Textilwaren ging seit etwa 1870 zurück. "Ähnlich wie bei der Roheisenproduktion (1890!) haben sich die Vereinigten Staaten auch auf den Gebieten der Kohle und der Textilwaren im Laufe der Entwicklung den ersten Platz erobert. Im Jahre 1897 standen sie unter den Baumwollverbrauchern an erster Stelle, und 1900 galt dasselbe für die Baumwollerzeugung. Beim Konsum an Wolle wurde England bereits vor dem Kriege überflügelt, nach dem Kriege ist dann auch der Anteil Frankreichs hinter der Quote der Vereinigten Staaten zurückgeblieben. Auf die überragende Stellung der Union in den 'neuen' Industrien sei an dieser Stelle nur hingewiesen; auf sie entfielen 1929: 63% des Petroleum-, 62% des Kautschukverbrauchs, 54% des Kupfer- und etwa die Hälfte des Aluminiumverbrauchs der Welt."[2] Die Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg stellt eine "unmittelbare Fortsetzung der lange vor Kriegsausbruch eingeschlagenen Bahn dar. Die Kurve des amerikanischen Produktionsvolumens verläuft seit der Jahrhundertwende fast geradlinig und zeigt nach dem Kriege eher eine Abschwächung als eine überproportionale Zunahme. Selbst in einigen industriellen Neuländern wie Japan ist das Tempo der Entwicklung bereits vor dem Kriege (1. Weltkrieg) entschieden. Die Schwergewichtsverlagerung nach den überseeischen Industrieländern beruht allein darauf, daß diese ihren Aufstieg während der Kriegsjahre nicht zu unterbrechen brauchten, während die Produktion in den europäischen Industrieländern mindestens für ein Jahrzehnt stagnierte oder zurückging. Die säkularen Verschiebungen im ökonomischen Kräfteverhältnis der Großmächte scheinen durch das Bild der Roheisenerzeugung von 1870 bis 1930 treffend wiedergegeben zu sein: die alte Hegemonialmacht England kann das absolute Niveau ihrer Produktion aufrechterhalten, bleibt aber in einem Zeitalter industriellen Fortschritts an relativer Bedeutung hinter den übrigen Industrieländern zurück. Die industrielle Vormachtstellung wird eindeutig von den Ver. Staaten übernommen und über die Krisenjahre hinweg ausgebaut. Deutschland, das sich zum führenden Industrieland Europas aufgeschwungen hatte, ist durch den Krieg ebenso wie England in eine Verteidigungsposition zurückgeworfen worden und konkurriert heute mit Frankreich, das sich aus einer nur langsamen Aufwärtsbewegung in der Vorkriegszeit zu einem neuen Aufstieg anzuschicken scheint. ... Sowohl England und Frankreich haben nach 1925 an relativer Bedeutung verloren,

---

1 Ebd., zweiter Halbband, S. 3.

2 Ebd., S. 27f.

und in demselben Verhältnis konnten Deutschland und die Vereinigten Staaten aufrücken."[1]

Der Außenhandel Deutschlands innerhalb des Welthandels wird so umrissen: "Wie vor dem Kriege ist der deutsche Außenhandel auch heute der eines Veredelungslandes mit ausgebreitetem Sortiment an Fertigwaren, sehr umfangreicher heimischer Lebensmittel - und nicht unbeträchtlicher heimischer Rohstoffbasis; und zwar ist es der Außenhandel eines Landes, das in starkem Maße außereuropäische Lebensmittel und Rohstoffe bezieht, um sie in Fertigwaren europäischer Bestimmung zu verwandeln."[2]

Von besonderer Bedeutung ist der Fünfte Teil des zweiten Halbbandes "Der Außenhandel in der Krisis"[3] "Die Erklärung der Weltkrisis stellt zwei aufs engste miteinander verflochtene Aufgaben: Zunächst kommt es auf die Herausarbeitung der Krisen verursachenden Faktoren in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und Wirtschaftsgebieten an, als dann ist die Frage zu erörtern, wie sich aus solchen 'Krisenherden' die allgemeine Weltwirtschaftskrisis entwickelt hat. Die Krisenherden müssen in ihren Ursprüngen bereits aus den Bedingungen der vorangegangenen Aufschwungsperiode zu verstehen sein, wenn sie in dieser Zeit auch vielfach - eben durch die Auswirkungen des Aufschwungs - verdeckt wurden."[4] Ein konjunkturpolitisches Abbremsen in der Aufschwungsperiode hatte Alfred Müller-Armack bereits 1929 in seinem bahnbrechenden Beitrag "Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik" gefordert.[5]

Die Krisis kann nur aus einer Kombination "struktureller" und "konjunktureller" Momente verstanden werden, wie es auch im Völkerbundbericht zum Ausdruck kommt: "Das hauptsächliche Charakteristikum der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrisis beruht in dem Tatbestand, daß ein Umbruch des Konjunkturzyklus in dem Augenblick eingetreten ist, als strukturelle Wandlungen und mangelnde Anpassung die wirtschaftliche Situation sehr unstabil gemacht hatten."[6]

---

1 Ebd., S. 29f.

2 Ebd., S. 410.

3 Ebd., S. 433ff.; S. 433: "Das Wort 'Krisis' wird hier nicht nur im strengen konjunkturtheoretischen Sinne, sondern in Anpassung an den eingebürgerten Sprachgebrauch auch gleichbedeutend mit 'Depression' oder 'Stockung' verwendet. Die üblichen, auf den 'normalen' Konjunkturverlauf ausgerichteten Begriffe sind für die Gegenwartslage nicht hinreichend."

4 Ebd., S. 433.

5 In: HdSt, 4. Aufl., Erg.bd., Jena 1929, S. 645ff.

6 Ohlin, B.G., The Course and Phases of the World Economic Depression. Report Presented to the Assembly of the League of Nations. Series of League of Nations Publications. II. Economic and Financial. 1931. II. A. 21. Official N°.: A. 22. 1931. II. A. Geneva 1931, S. 216.

Die Krisenherde werden dann in der Lebensmittelwirtschaft, der Rohstoffwirtschaft und der Industriewirtschaft aufgezeigt.[1] Für die Industriewirtschaft sind die Erscheinungen komplexer Art: "Dies zeigt sich z.B. in dem bunten Katalog der industriellen Krisenursachen, die jüngst auch wieder im Völkerbundbericht aufgeführt wurden: Überkapazitäten als Folge der Rüstungen im Kriege, Industrialisierung überseeischer Gebiete infolge Abschnürung von den europäischen Industrien während des Krieges, Wirkungen der Grenzverschiebungen infolge der Friedensverträge, das Tempo der technischen Entwicklung, Bedarfsumschichtung infolge der Entwicklung neuer Industrien zu Lasten alter Industrien, monopolistische Tendenzen der Preis- und Lohnbildung, Dumping, Konsumfinanzierung.[2] Systematisch lassen sich die hier aufgezählten Ursachen in drei Gruppen teilen: 1. Nachwirkungen des Krieges, 2. typische Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft und 3. solche Entwicklungen, die den kapitalistischen Marktmechanismus selbst umgestaltet haben.

In den früheren Teilen ist eine Reihe von Beispielen für die Entwicklung von Überkapazitäten als Folge der Abschnürung während des Krieges und als Folge der Gebietsabtretungen genannt worden. Zu erinnern ist etwa an die deutsch-französische Eisenindustrie, die österreich-ungarische Mühlenindustrie und die österreichisch-tschechische Textilindustrie, die infolge der *Gebietsabtretungen* zur Errichtung von Neuanlagen in den jeweils verbliebenen Gebieten veranlaßt wurden. Auch die Entfaltung z.B. der japanischen und indischen Textilindustrie, der englischen chemischen Industrie wurde durch die *Abschnürung während des Krieges* gewaltig gefördert, durch protektionistische Maßnahmen in der Nachkriegszeit gestützt - zu Lasten der 'alten' Industrien, die nunmehr selbst in der Aufschwungperiode unausgenutzte Kapazitäten aufgewiesen haben."[3]

Neben den Disproportionalitäten in der Agrar-, Rohstoff- und Industriewirtschaft der Welt, stellte die Kieler Arbeitsgemeinschaft bestimmte nationale Krisenherde fest. "Vor allem weisen zwei große Industrieländer, Deutschland und Großbritannien, bereits in den Jahren des fast allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs beträchtliche Arbeitslosenzahlen auf. ... Der tiefste Unterschied zwischen der konjunkturellen Wirtschaftslage in Deutschland und in anderen Ländern mit ähnlicher Wirtschaftsstruktur lag in der unterschiedlichen Lage des *Kapitalmarktes*. Sie trat durch den höheren Zinsfuß am augenfälligsten in Erscheinung. In den Jahren 1925-1929 wurden 30-40% des deutschen Kapitalbedarfs aus ausländischem Kapital gedeckt. ... An erster Stelle stehen wohl die zum wesentlichen Teil durch die Reparationszahlungen

---

1 Der deutsche Außenhandel. Zweiter Halbband, S. 434-440.

2 Durch die Konsumfinanzierung konnte vor allem in den Vereinigten Staaten der Bedarf etwa an Automobilen, Haushaltsmaschinen, Radioapparaten, der sich sonst erst allmählich hätte herausbilden können, schlagartig entfaltet werden.

3 Der deutsche Außenhandel. Zweiter Halbband, S. 439.

mitbedingten Steuerlasten, die die Kapitalbildung hemmen."[1] Deutschland und Großbritannien wiesen bedeutende Sonderkrisen auf. "Der Anstoß zur Weltwirtschaftskrisis ging aber nicht von diesen Sonderkrisen Deutschlands und Großbritanniens aus, sondern vom *Konjunkturumbruch* in den Vereinigten Staaten."[2] Der Börsenkrach wird von den Kieler Wissenschaftlern eher als Symptom des Konjunkturumbruchs und weniger als Anstoß gesehen.

Bei der Krisenausweitung werden bei den internationalen Ursachen insbesondere die Kapitalbewegungen hervorgehoben, die dem weltwirtschaftlichen Gefüge der Aufschwungjahre 1925-1929 einen Zustand "höchster Labilität" verliehen. "Der alte Geldmarktmechanismus, der sich in jahrzehntelanger Entwicklung zum Ausgleich von Spitzenbeträgen der nationalen Kapitalwirtschaften bewährt hatte, wurde durch die überspannten Forderungen, die die Nachkriegsentwicklung an ihn stellte, außer Kraft gesetzt. Der 'klassische' Geldmarktmechanismus mußte durch das sehr viel gröbere Mittel der den Verbrauch und damit die Einfuhr senkenden Krisis zum Ausgleich der gestörten Zahlungsbilanz ergänzt werden. Aber auch dieser so viel härtere Mechanismus wurde in der jüngsten Entwicklung überdreht, besonders seit sich auch die Gläubigerstaaten vom ausgleichenden Währungszustrom absperren. Um einen Währungsverfall als letztem Mittel der Importdrosselung zu entgehen, mehren sich in den meister betroffenen Ländern die Bestrebungen, die außenwirtschaftlichen Beziehungen immer stärker aus dem Marktzusammenhang herauszulösen und zwangswirtschaftlicher Regelung zu unterwerfen. Die volle Auswirkung dieser Entwicklung auf den Außenhandel fällt allerdings erst in das Jahr 1932."[3]

Die große Zäsur in der Weltwirtschaftskrise sahen die Kieler Wirtschaftswissenschaftler im Jahre 1931. Die Ausführungen dazu werden in extenso wiedergegeben, denn sie zeigen, daß Deutschland durch außenhandelspolitische Maßnahmen seiner Handelspartner in eine fast ausweglose Lage geriet: "Mit dem Jahre 1931 endet ein Entwicklungsabschnitt des deutschen Außenhandels. War auch in der zweiten Hälfte dieses Jahres die Weltkonjunktur von außergewöhnlichen, dem normalen Bild einer Depression nicht mehr entsprechenden politischen Störungen erschüttert, so vollzog sich durch die Reaktion des deutschen Außenhandels auf diese Ereignisse letztlich in den vom Mechanismus der kapitalistischen Marktwirtschaft vorgezeichneten Bahnen. In dem Augenblick aber, in dem die mächtige Aktivierung der Handelsbilanz des größten Schuldnerlandes der Welt im Begriff war, den Weg zur Wiederherstellung normaler Zahlungs- und Kreditbeziehungen zwischen den Volkswirtschaften zu bereiten, in dem eine Umkehrung des Goldstroms von den Gläubiger- zu den Schuldnerländern, eine Neuverteilung des Goldes auf die Welt und damit die Wie-

---

1 Ebd., S. 441.

2 Ebd., S. 445.

3 Ebd., S. 457.

derherstellung des Vertrauens in die Währungs- und Kreditverhältnisse der Schuldnerländer in den Bereich der Möglichkeiten gerückt schien, - in diesem Augenblick wurde der Außenhandelsmechanismus durch eine neue Welle außerökonomischer Erschütterungen seiner weltwirtschaftlichen Ausgleichskraft beraubt.[1] In ihrer Gesamtheit waren jene der deutschen Fertigwarenausfuhr entgegenwirkenden Hemmnisse aller Art - Valutaentwertung, Einfuhrkontigentierung, Devisenkontigentierung, Zollerhöhungen - von beträchtlicher Wirkung, die sich vornehmlich im außerordentlichen Rückgang des deutschen Fertigwarenausfuhrvolumens im ersten Vierteljahr 1932 zeigte. ... Die Länder mit besondern Einfuhrhemmnissen (außer Schutzzöllen) <nehmen> 62,6% der deutschen Fertigwarenausfuhr und 60,5% der deutschen Gesamtausfuhr des Jahres 1929 auf. Der größte Teil der europäischen Volkswirtschaften, die vornehmlich das Absatzgebiet der deutschen Ausfuhr darstellten und ihr, wie gezeigt, während der Jahre 1930 und 1931 jene besondere Stütze verliehen, haben sich durch ihre Maßnahmen gegen den Zustrom fremder Fertigerzeugnisse abgesperrt. Von den großen europäischen Abnehmerländern enthielten sich nur Italien, dieNiederlande und Rußland solcher Eingriffe; und es ist äußerst zweifelhaft, ob nicht die erstgenannten beiden Länder in absehbarer Zeit dem Beispiel der übrigen folgen werden.

Doch liegt in diesen Maßnahmen nicht die alleinige Ursache des deutschen Ausfuhrrückgangs. Neben der weiteren Verminderung der Sachlieferungsausfuhr, die im letzten Vierteljahr 1931 immerhin noch über 2% der deutschen Gesamtausfuhr betragen hatte, ist es vor allem die steigende Konkurrenz der niedervalutarischen Länder, insbesondere Englands, die dem relativen Vordringen Deutschlands auf den Weltmärkten vorläufig ein Ende gemacht hat. England hat die Abkehr von der Goldwährung Ende September 1931 nicht zu einer unmittelbaren Erhöhung der Rentabilität seiner Produktion - mittels Anpassung der Pfundpreise an den gesunkenen Goldwert des Pfundes - benutzt, sondern zu einer Steigerung seiner Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt unter Beibehaltung des bestehenden Pfundpreisniveaus

---

1 Schacht, Hjalmar, 76 Jahre, S. 396f.: "In einer Jahresbetrachtung Ende 1931 mußte die 'Frankfurter Zeitung' feststellen, daß im zweiten Halbjahr 1931 phantastisch hohe Zollmauern um diejenigen Nationen aufgerichtet worden seien, die bisher vier Fünftel der deutschen Ausfuhr aufgenommen hatten. In Frankreich waren nicht nur Zollerhöhungen vorgenommen, sondern erstmalig auch Einfuhrkontingente festgesetzt, die die Menge eingeführter Waren begrenzten. Polen hatte seine Industriezölle bis um 100 Prozent gesteigert. Eine ganze Reihe weiterer Länder begnügte sich nicht mit Zollerhöhungen, sondern ahmte das von Frankreich (1932) gegebene Beispiel nach und beschränkte die Menge der eingeführten Waren durch Kontingentsfestsetzungen. Es folgten die Errichtung von Einfuhrmonopolen, von besonderen Einfuhrsteuern, der Zwang zur Verwendung von Inlandswaren und ähnliche Maßnahmen. Dazu kam, daß England und nach ihm eine Reihe anderer Länder ihre Währung abgewertet und dadurch einen erheblichen Vorsprung vor Deutschland auf dem Weltmarkt erreicht hatten." Ders., Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik, Oldenburg i. O. 1932, Kap. XII Autarkie und Weltwirtschaft.

auch für die Ausfuhr.[1] Diese schlagartige Herabsetzung der englischen Ausfuhrpreise, in Gold gerechnet, um 25, zeitweilig 30%, hat auf die Dauer ihre Wirkung nicht verfehlt. Im ersten Vierteljahr 1932 ist die englische Ausfuhr, anders als die der übrigen großen Industrieländer, insbesondere als die deutsche mit ihrem jähen Sturz, dem Volumen nach nicht mehr gesunken; im April 1932 steigt sie auch wertmäßig über den Stand des vierten Vierteljahrs 1931, überholt - freilich vielleicht nur vorübergehend - die deutsche Ausfuhr und verdrängt damit Deutschland von der ersten Stelle im Fertigwarenexport, die es eine Zeitlang eingenommen hatte.[2] Englands Anteil am Welthandel steigt seit Beginn des Jahres 1932, während Deutschlands stark zurückgeht."[3]

Der ungewöhnlich starke Rückgang der deutschen Ausfuhr nach England wurde von der Kieler Arbeitsgruppe besonders hervorgehoben. "Großbritannien, das älteste Industrieland, wich in der Entwicklung von 150 Jahren jeweils den jüngeren aufstrebenden Konkurrenzländern zunächst vom europäischen Kontinent nach Amerika, dann von Amerika nach Asien aus, auch hier bedrängt, suchte es schließlich den Ausweg in der Pflege des Binnenmarktes."[4] Die Maßnahmen der Außenhandelspartner Deutschlands zeigten sich besonders bei der Fertigwarenausfuhr. "Aus dem starken absoluten Rückgang der deutschen Fertigwarenausfuhr läßt sich die Wirkung der weltwirtschaftlichen Absperrung und Isolierung auf den deutschen Export ablesen."[5] Die Kieler Arbeitsgruppe unter Harms resümiert in dem Schlußkapitel "Die Welthandelsentwicklung und das Problem der deutschen Ausfuhrpolitik": "Die Aufgabe, aus den Untersuchungen der verschiedenen Teile dieses Werkes ein zusammenfassendes Ergebnis herauszustellen, ist im gegenwärtigen Zeitpunkt, mitten in der Krisis, nur mit allem Vorbehalt durchzuführen, wenn als Ergebnis die Gewin-

---

1 Predöhl, Andreas, Weltwirtschaftskrise, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 618f.: "Die Aufhebung der Goldeinlösung der 'Bank von England' erfolgte de facto am 20., de jure am 21.9.1931. Hier liegt der entscheidende Wendepunkt. ... die nun einsetzende autonome Währungspolitik richtete sich nach den währungspolitischen Zielen der einzelnen Staaten. An die Stelle stabiler Wechselkurse bei schwankenden Preisniveaus traten autonom bestimmte Preisniveaus mit schwankenden Wechselkursen oder Devisenbewirtschaftung. Die englische Devalvation ist der Ausgangspunkt für eine Welle von Abwertungen geworden."

2 Die Konferenz von Ottawa im Frühjahr 1932 bahnte engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Großbritannien und seinen Dominions an. Wagemann, Ernst, Wirtschaftspolitische Strategie. Von den obersten Grundsätzen wirtschaftlicher Staatskunst, Hamburg 1937, S. 191: "Die Ottawaverträge sind bisher der einzige Versuch, durch ein gemeinsames Abkommen einer größeren Reihe von Ländern eine Art zollpolitischer Großraumwirtschaft zu schaffen und so mit einem Schlage ein Gebiet handelspolitisch zusammenzuschließen, das gegenwärtig (um 1936) auf sich über 30 v. H. des Welthandels vereinigt."

3 Der deutsche Außenhandel. Zweiter Halbband, S. 562f.

4 Ebd., S. 577f.

5 Ebd., S. 565.

nung von Erkenntnisgrundlagen für die handelspolitische Orientierung gefordert wird. ... Wer die künftige Außenwirtschaftspolitik nur auf die Krisenerfahrungen stützen wollte, würde handeln wie derjenige, der während des Krieges Richtlinien für die Handelspolitik der Nachkriegszeit zu entwerfen gehabt und als Erkenntnisgrundlage nur die Außenhandelsgestaltung der Kriegsjahre zugrunde gelegt hätte. ... Und doch kann die jetzige Zerrüttung der Weltwirtschaft nicht ohne Einfluß auf die künftige Außenhandelsstruktur bleiben. Hier aber setzt die eigentliche Problematik ein. Denn wie sollte es möglich sein, heute schon aus den Krisenerfahrungen wissenschaftlich begründbare Rückschlüsse auf die mutmaßlichen Strukturveränderungen der Binnenwirtschaft und des Außenhandels zu ziehen? Kein Urteil ist heute darüber abzugeben, inwieweit aus den Krisenabwehrmaßnahmen der einzelnen Länder, vor allem aus der Erhöhung der Zollschranken und der Erschütterung des Meistbegünstigungssystems, dauernde Hemmnisse für den weltwirtschaftlichen Wiederanstieg entstehen werden, oder inwieweit gerade aus der durch die Krisenerfahrung aufgedrängten Erkenntnis von der Schicksalsverbundenheit der Außen- und Binnenwirtschaft Antriebe zu einem neuartigen Aufbau weltwirtschaftlicher Beziehungen zu erwarten sind. Ebenso ungewiß ist aber auch, inwieweit einzelne Staaten durch politische Maßnahmen eine auch mit wirtschaftlichen Opfern verbundene Änderung der Produktionsstruktur erzwingen werden, um dadurch ihre Eingliederung in die internationalen Zusammenhänge umzustellen oder zu lockern."[1]

Durch die Wirkungen des 1. Weltkrieges verlagerte sich das wirtschaftliche Schwergewicht weitgehend nach den Vereinigten Staaten: "Dies gilt nicht nur für die Stellung der Vereinigten Staaten auf dem Weltkapitalmarkt, sondern auch für ihre Bedeutung als Industriezentrum. ... Für den Gesamtvergleich zwischen Weltproduktion und Weltaußenhandel war vor allem die Verlagerung des Schwergewichts der industriellen Produktion von den staatlich zersplitterten Gebieten Europas in die Vereinigten Staaten, also in ein sich außerordentlich differenziertes, aber zollpolitisch geeintes Gebiet maßgebend."[2]

Die Kieler Wirtschaftswissenschaftler sahen sehr klar, daß es in der Weltwirtschaftskrise in Deutschland Ansätze zu einer "Nationalwirtschaft" gab.[3] "Alle auf 'Autarkie' gerichteten Tendenzen haben durch die tatsächlichen oder vermeintlichen Erfahrungen dieser Krise ein verstärktes politisches Gewicht erhalten."[4] Die Frage

---

1 Ebd., S. 569.

2 Ebd., S. 577f.

3 Der Neue Brockhaus, 3. Bd., Art. "Nationalwirtschaft", S. 344.

4 Der deutsche Außenhandel. Zweiter Halbband, S. 582; Stucken, Rudolf, Deutsche Geld- und Kreditpolitik, Hamburg 1937, S. 104ff.: "Angesichts der Schwierigkeiten, die das Ausland der Einfuhr aus Deutschland bereitet, ging man daran, die Produktion der bisher aus dem Ausland bezogenen unentbehrlichen Rohstoffe und Nahrungsmittel im Inland zu fördern bzw. neue inländische Rohstoffe (Ersatz) zu beschaffen."

nach der Orientierung der künftigen Handelspolitik wird so umrissen: "Es ist nicht die Aufgabe dieses zusammenfassenden Überblicks, für die deutsche Handelspolitik Richtlinien aufzustellen. Aber aus den dargelegten Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten lassen sich gewisse Zielsetzungen für eine auf Ausfuhrsteigerung bedachte Handelspolitik fast zwangsläufig ableiten. Allerdings kann von hier aus nicht auch der 'takischen' Seite einer jeweiligen handelspolitischen Situation Rechnung getragen werden, die zwecks Abwehr von Maßnahmen anderer Länder unter Umständen zu Handlungen zwingt, die nicht unmittelbar in der Linie eigener Zielsetzung liegen. Weder auf die Methoden zur Verwirklichung der 'grundsätzlichen' handelspolitischen Ziele noch auf die Gestaltung von 'Abwehrmaßnahmen' kann hier ausführlicher eingegangen werden; denn Voraussetzung dafür wäre eine umfassende Untersuchung des Problems des binnenwirtschaftlichen Systems und seiner außenwirtschaftlichen Ausdrucksformen. Einer planwirtschaftlichen Produktionsstruktur z.B. entspräche das Außenhandelsmonopol, wie es von Sowjetrußland gehandhabt wird, während eine 'marktwirtschaftliche' Binnenorganisation durch den freien, wenngleich international-rechtlich geregelten Warenhandel charakterisiert wird. In anderm Zusammenhang ist bereits dargelegt worden, daß der Versuch, Intensität und Richtung des Außenhandels unmittelbar zu beeinflussen (z.B. durch Kompensations- oder Kontingentsverträge), planwirtschaftliche Eingriffe in die Bewegungsfreiheit und damit in die Struktur der betroffenen Wirtschaftszweige zur Voraussetzung hat. Sofern sich die jetzige Abschnürung von den Weltmärkten noch verstärken sollte, wird auch die deutsche Handelspolitik trotz den damit verbundenen organisatorischen Schwierigkeiten und binnenwirtschaftlichen Auswirkungen diese Mittel als Notmaßnahme anwenden müssen."[1]

Die beiden Bände über den deutschen Außenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Konjunkturwandlungen stellen eine brilliante Analyse des Kieler Instituts dar. Sie sind eine Erkenntnisquelle für die wirtschaftspolitische Urteilsbildung, wie Bernhard Harms im Vorwort betonte. Die Kieler Wirtschaftswissenschaftler gingen bei ihrer Analyse von einer "offenen Wirtschaft" aus,[2] d.h. auch von einer "offenen Weltwirtschaft".

Colm hat nach dem Urteil Hans Neissers seine Fähigkeit als Organisator eines kompetenten Mitarbeiterstabes beim Erstellen der beiden Bände bewiesen. "Die beiden Bände wurden nahezu berühmt. Colm verdanken sie ihre Perfektion".[3]

Die Lebensarbeit von Bernhard Harms "galt dem Ziel, die deutsche Wirtschaftswissenschaft von den engräumigen, historischen auf die weiträumigen, systematischen Zusammenhänge zu lenken und die internationalen Zusammenhänge zu erfor-

---

1 Der deutsche Außenhandel. Zweiter Halbband, S. 590f.

2 Borchardt, Knut / Schötz, Hans Otto (Hrsg.), Wirtschaftspolitik, S. 11.

3 Neisser, Hans, In Memoriam: Gerhard Colm 1897-1968, in: Social Research, Bd. 36, 1969, S. 1.

schen."[1] Der Zusammenbruch der Weltwirtschaft, der sich in der Depression des Jahres 1931 vollzogen hat,[2] mußte Harms und seine Kieler Mitarbeiter schwer treffen. Bernhard Harms, Gerhard Colm und auch alle anderen Mitarbeiter des Kieler Instituts führten einen unermüdlichen Kampf für eine offene deutsche und offene internationale Wirtschaft. Eine Abkoppelung des Binnenmarktes von der Außenwirtschaft sahen die Kieler Ökonomen höchstens als Notmaßnahme an. Politisch bedingte Autarkiebestrebungen, eine Loslösung von der Weltwirtschaft war nicht mit den Grundwerten der Mitarbeiter des Kieler Instituts vereinbar.

"Die Brüning-Regierung versuchte, in getreuer Befolgung der Spielregeln des Goldstandards, durch eine zielbewußte Deflationspolitik das interne Preis- und Kostenniveau herabzudrücken und so die Basis für einen neuen Aufschwung zu schaffen.[3] ... Als jedoch mit der Pfundabwertung ein großer Teil der wichtigsten Welthandelsländer vom Goldstandard abging, wurde der deutschen Deflationspolitik jede Aussicht auf Erfolg genommen. Wenn die deutsche Wirtschaft aus der Depression, an deren Tiefpunkt sie unterdessen angelangt war, herausgelangen sollte, so mußte an Stelle der Deflationspolitik ein expansives Wirtschaftsprogramm treten. Dieser Erkenntnis trug die Papen'sche Wirtschaftspolitik Rechnung. Die Maßnahmen dieser Regierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 bedeuteten den eigentlichen Bruch mit der Deflationspolitik."[4]

Die Nationalsozialisten koppelten die Außenwirtschaft von der Binnenwirtschaft ab, um eine binnenmarktbezogene autonome Konjunktur- und Währungspolitik zu betreiben.[5] Die Rüstungsausgaben an den gesamten öffentlichen Investitionen stiegen von 49% im Jahre 1934 auf 74% im Jahre 1938[6]. "Man kann daher die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik allerhöchstens im Jahre 1933 als eine normale, frie-

---

1 Predöhl, Andreas, Bernhard Harms, in: HdSW, 5. Bd., 1956, S. 62.

2 Ders., Weltwirtschaftskrise, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 618ff.

3 Röpke, Wilhelm, Praktische Konjunkturpolitik. Die Arbeit der Brauns-Kommission, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 34. Bd., 1931, II, S. 423ff.

4 Erbe, René, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-1939 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958, S. 23; Predöhl, Andreas, Weltwirtschaftskrise, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 618ff.; Forsthoff, Ernst, Deutsche Geschichte von 1918 bis 1938 in Dokumenten, 3. Aufl., Stuttgart 1943, S. 319ff.

5 Wagemann, Ernst, Wirtschaftspolitische Strategie. Von den obersten Grundsätzen wirtschaftlicher Staatskunst, Hamburg 1937, S. 300: "Ganz anders liegen die Dinge im Rahmen einer mehr oder weniger geschlossenen Volkswirtschaft. Die Kurzkredite der öffentlichen Hand gewinnen hier einen besonderen Charakter. Nur auf dem Boden dieser Erkenntnis ist es möglich, die Methoden moderner Finanzierungskunst zu verstehen." Zur Abkoppelung des Binnenmarktes vom Außenmarkt, Lautenbach, Wilhelm, Über Kredit und Produktion. Eine Aufsatzreihe, Frankfurt/M. 1937, S. 41.

6 Erbe, René, Wirtschaftspolitik, S. 25; Bernhardt, Walter, Die deutsche Aufrüstung 1934-1939. Militärische und politische Konzeptionen und ihre Einschätzung durch die Alliierten, Frankfurt/M. 1969.

densmäßige Konjunkturpolitik bezeichnen, und bezeichnenderweise war gerade in diesem Jahr als sich die Nationalsozialisten noch nicht des bequemen Stimulans der Aufrüstung bedienten, der Anstieg des Sozialprodukts viel geringer als in den folgenden Jahren."[1] Die beachtliche Leistung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ist "jedoch keine beschäftigungspolitische, sondern eine kriegswirtschaftliche."[2] Das Schacht-Experiment war ab 1934 nichts anderes "als eine Kriegswirtschaft in Friedenszeiten."[3] Mit dem Gesetz zur Änderung des Bankgesetzes vom 27. Oktober 1933 wurde die "binnenländische Geldversorgung auf völlig neue Grundlagen gestellt. Das Ausmaß des Goldkernes ist für die Höhe des Banknotenumlaufes in keiner Weise mehr entscheidend."[4] Es herrschte Freiheit in der Geldversorgungspolitik.

5. DER WEG IN DIE EMIGRATION

5.1 Die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler durch Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Die Vorstellung, ihn durch Ernennung von Papens zum Vizekanzler und durch die Beschränkung des Kabinetts auf insgesamt nur drei nationalsozialistische Vertreter "einrahmen" zu können, erwies sich bald als eine trügerische Illusion.[5]

Bis zu den Wahlen im März änderte sich am universitären Leben zunächst wenig. Im laufenden Wintersemester 1932/33 las Gerhard Colm "Spätkapitalismus: Die Wandlungen des Wirtschaftssystems", hielt "Wirtschaftspolitische Übungen" ab und organisierte in Zusammenarbeit mit Adolf Löwe und Hans Neisser zum wiederholten Male ein "Seminar zur Konjunkturforschung."[6]

Die erste große Verhaftungswelle, vornehmlich gegen Kommunisten gerichtet, setzte mit dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 ein. Die Wahlen vom 5. März brachten schließlich die absolute Mehrheit für die Nationalsozialisten im Reichstag. Einen Schlag für Gerhard Colm und viele Gleichgesinnte stellte die am gleichen Tag von 300 Hochschullehrern unterzeichnete und im *Völkischen Beobachter* veröffentlichte Erklärung dar, die da lautete:

---

1 Erbe, René, Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, S. 162; Querschnitt durch die Konjunktur, in: Der deutsche Volkswirt, 27. Juli 1934, Nr. 43, S. 139: Seit Anfang März 1933 wurden für 25 Industriezweige Investitionsverbote und -beschränkungen verfügt.

2 Erbe, René, Wirtschaftspolitik, S. 163.

3 Ebd., S. 177; Föhl, Carl, Steuern und Staatskredit, in: Finanzarchiv, NF, Bd. 11, 1949, S. 119ff.

4 Lukas, Eduard, Aufgaben des Geldes, Stuttgart-Berlin 1937, S. 289f.

5 Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1960, S. 717ff.

6 Vorlesungsverzeichnis der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Wintersemester 1932/33.

> "Wir unterzeichnete deutsche Universitäts- und Hochschullehrer erklären heute in aller Öffentlichkeit, daß wir die Machtübernahme Adolf Hitlers und den Zusammenschluß der nationalen Kräfte, die am Wiederaufbau des deutschen Volkes mit tätig sein wollen, den richtigen Weg sehen, der ungeheuren Not und Verelendung des deutschen Volkes Einhalt zu gebieten. Wir als deutsche Männer und als berufene Lehrer der akademischen Jugend sind überzeugt, daß es der nationalsozialistischen Bewegung im Verein mit allen aufbauwilligen Kräften unserer Nation gelingen wird, auf allen Gebieten des Lebens zu dem Wandel der nationalen und sozialen Gesinnung und Handlungsweise zu kommen, die für unser Volk Grundbedingung des Wiederaufstiegs ist. Die marxistisch-bolschewistischen Einflüsse auf den Geist unseres Volkes müssen aufhören. Deshalb erklären wir uns bereit, an dem großen Aufbauwerk der Reichsregierung mit all unseren Kräften mitzuarbeiten, um dem großen Werk, das jetzt begonnen wurde, zum glücklichen Endsieg zu verhelfen um Deutschlands Willen. Deshalb geben wir heute erneut unserer Überzeugung Ausdruck und erklären: Wir erwarten zuversichtlich von der derzeitigen Reichsregierung unter der Führung Adolf Hitlers die Gesundung unseres gesamten öffentlichen Lebens und sind fest entschlossen, jeder an seinem Teil dafür zu wirken."[1]

Unter den Unterzeichnenden befanden sich auch 13 Professoren sowie 13 Privatdozenten der Christian-Albrechts-Universität Kiel. "Viele Professoren saßen in ihren Studierstuben, freuten sich über die nationale Begeisterung, hofften, der Nationalsozialismus würde in der Regierung die üblen Auswüchse beseitigen und dachten: es wird ja nicht so schlimm werden."[2] Gerhard Colm, Hans Neisser, Adolf Löwe und die vielen anderen Betroffenen, die von nun an um ihr Leben zu fürchten hatten, beurteilten die Situation anders. Noch am selben Abend rief Hanna Colm die ältesten Kinder zusammen und erklärte ihnen, daß sie künftig auf jeden Fall mit Bemerkungen über die Nazis in der Schule oder anderenorts vorsichtig sein müßten. Sie erklärte ihnen die Haltung der Nazis gegenüber den Juden, obwohl man sich selbst überhaupt nicht jüdisch oder besonders prosemitisch fühlte. Die Familie Colm fühlte sich von Herzen protestantisch, zumal Hanna Colm aus einer alteingestammten Pastorenfamilie Hamburgs stammte.[3]

Seit März 1933 hatte eine massive Hetzwelle der gleichgeschalteten Presse und des Rundfunks eingesetzt,[4] die am 1. April in einem "Boykottag" gegen jüdische Ge-

---

1 Zit. nach Salewski, Michael, Die Gleichschaltung der Christian-Albrechts-Universität in Kiel im April 1933, Kiel 1983, S. 3.

2 Hofmann, Erich, Die Christian-Albrechts-Universität in preußischer Zeit, in: Geschichte der Christian-Albrechts-Universität 1665-1965, Bd.1, Teil 2, Neumünster 1965, S. 82.

3 Colm Interview, Juli 1991.

4 Der Neue Brockhaus, 2. Bd., 1937, Gleichschaltung im Deutschen Reich 1933 (S. 243) "Die Übertragung des politischen Willens der nationalsozialistischen Bewegung auf die bei der Machtübernahme vorgefundenen Körperschaften und Einrichtungen des staatlichen und politischen Lebens des deutschen Volkes. Die gesetzliche Grundlage dafür bot das Ermächtigungsgesetz vom 24.

schäfte und auch Professoren gipfelte. Es war für Colm niederschmetternd, daß sich auch seine Studenten, von einigen Ausnahmen abgesehen, diesem Boykott seiner Veranstaltungen angeschlossen hatten. Die Empfindung der Betroffenen ist vielleicht am besten durch den Unternehmensberater Karl Gerstenberg ausgedrückt, der über diesen Tag schrieb: "Vom 1. April 1933 war Deutschland plötzlich für mich verändert. Das Land, meine Heimat, war für mich plötzlich fremd geworden. Die Menschen, denen ich bisher harmlos begegnete, sah ich mit Mißtrauen an; ich kam mir wie ein Fremder im eigenen Land vor."[1]

Die nun einsetzende Säuberungswelle an den Universitäten beruhte auf dem "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", das bereits am 7. April 1933 vom Reichstag erlassen wurde.[2] "Das Gesetz erstreckte sich über alle Gebiete des öffentlichen Dienstes, hatte seine verheerendsten Auswirkungen jedoch in den Bereichen der deutschen Hochschulen, in Lehre und Forschung."[3] Bis Mitte 1937 mußten ca. 1.700 Lehrer und Studienarbeiter die Universitäten verlassen. Die Entlassungen führten zu einem in der Geschichte einzigartigen Emigrationsschub unter der geistigen Elite eines Landes, dessen Folgen für Deutschland noch nach Jahrzehnten spürbar waren.

Die bekannteste Aufnahmeinstitution wurde die "New School for Social Research" in New York, in der sich der Kern der Kieler Gruppe mit Gerhard Colm wiederfinden sollte. Alvin Johnson baute 1933 eine wahre "University in Exile" auf.[4]

5.2 Die "New School for Social Research" und die deutschen Reformökonomen

Die "New School for Social Research" war Anfang 1919 von einem Kreis von Liberalen und Radikaldemokraten, darunter Thorstein Veblen, John Dewey, Charles Beard und Wesley C. Mitchell sowie dem englischen Sozialisten Harold Laski u.a., gegründet worden. Alvin Johnson, deutschsprachiger Sohn dänischer Einwanderer, hatte zu den Gründern gehört. Er war studierter Ökonom und hatte seit der Jahrhun-

---

März 1933."

1 Aus der unveröfftl. Autobiographie Karl Gerstenbergs, zit. nach Lacina, Evelyn, Emigration 1933 - 1945, Stuttgart 1982, S. 55.

2 Nach dem Gesetz waren Beamte zu entlassen, die seit dem 9.11.1928 in das Beamtenlaufbahnverhältnis eingetreten waren, "ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen" (§2), nichtarischer Abstammung waren - unter Ausnahme von Frontkämpfern - (§3) sowie Beamte, die "nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rücksichtslos für den nationalen Staat" eintreten würden (§4).

3 Lacina, Evelyn, Emigration, S. 56.

4 Stolper, Toni, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien. Berlin. New York. Gustav Stolper 1888-1947, Tübingen 1967, S. 347f.

dertwende an verschiedenen amerikanischen Universitäten, so in Columbia, Chicago, Stanford und Cornell, gelehrt.

Dieser New Yorker Kreis hatte bereits 1914 die Zeitschrift *New Republic* als Sammlungsorgan der vielen in Amerika verstreuten progressiven Zirkel herausgebracht. Die "New School" hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg vor dem Hintergrund des Isolationismus und der antikommunistischen Hetze die internationale Verständigung und gesellschaftskritische Aufklärung zu den tragenden Prinzipien ihres Lehrprogramms gemacht. Ein weiterer Schwerpunkt im Kampf für eine "neue soziale Ordnung" lag von Beginn an auf der Erwachsenen- und Arbeiterbildung, und das in einem Land, in dem es Anfang dieses Jahrhunderts derartige Angebote angesichts der verbreiteten Aufstiegserwartungen in der offenen dynamischen Gesellschaft Amerikas kaum gab. Die New School finanzierte sich allein durch Studiengebühren, um frei und unabhängig von interessierten Institutionen bleiben zu können. Lediglich Fehlbeträge wurden am Jahresende durch Spenden des Gründerkreises abgedeckt.[1]

Bereits in den zwanziger Jahren waren Verbindungen zu Deutschland hergestellt worden, was u.a. dadurch zu erklären war, daß sich die New School augenscheinlich an den nach 1918 entstandenen Volkshochschulen orientierte, deren pädagogische und politische Intention weitgehend als Orientierung genommen wurde. Darüber hinaus war Alvin Johnson von seinem akademischen Lehrer, dem Columbia-Ökonomen Edwin R.A. Seligman, Mitte der zwanziger Jahre zum Mitherausgeber eines von ihm geplanten Lexikons der Sozialwissenschaften gemacht worden, welches das ab 1923 in vierter Auflage erschienene deutsche "Handwörterbuch der Staatswissenschaften" zum Vorbild hatte. Für dieses Lexikon, das bis Mitte der dreißiger Jahre auf 15 Bände und zu einem der umfangreichsten und bis heute kaum übertroffenen Kompendium der internationalen Sozialwissenschaften anwuchsen, wurden über 600 Wissenschaftler aus aller Welt zur Mitarbeit herangezogen. Auf seinen Reisen durch Europa hatte Johnson einen detaillierten Einblick in den Stand der sozialwissenschaftlichen Diskussion in Deutschland erhalten. Gerhard Colm, Emil Lederer, Jakob Marschak, Fritz Lehmann und Hans Speier lieferten zum Teil mehrere umfangreiche Beiträge zur Enzyklopädie.[2]

Alvin Johnson, den das deutsche Universitätssystem mit seinen akademischen Freiheiten sowie die Methodik und das Bildungsideal der deutschen Humanwissenschaften von jeher fasziniert hatten, kannte damit die Forschungsschwerpunkte in

---

1 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 71.

2 Die deutschen Reformökonomen waren schließlich mit folgenden Artikeln vertreten: Gerhard Colm: Production Statistics, Unearned Increment, War Finance; Adolph Wagner/Emil Lederer u.a.: Socialist Economics, Labor, National Economic Councils, National Economic Planning, Technology, Walther Rathenau; Fritz Lehmann: Knut Wicksell; Jakob Marschak: Consumtion - Problems of Measurement, Wages - Theory and Policy; Hans Speier: Max Weber, Karl von Vogelsang.

Deutschland und wußte 1933 ziemlich genau, wen er haben wollte.[1] Er fühlte sich von den Arbeiten Gerhard Colms, Adolf Löwes, Emil Lederers, Max Wertheimers und Karl Mannheims angetan. Ihm war bewußt, daß sich die Arbeiten dieser europäischen Sozialwissenschaftler von den vorherrschenden Strömungen in Europa und den USA unterschieden. Wie sie war Johnson der Auffassung, daß die Sozialwissenschaften politischen Zielsetzungen beratend und aufklärend zur Seite stehen sollten und daß Spezialisierung und Professionalisierung häufig eine unpolitische Haltung verursachten, welche an moralische Verantwortungslosigkeit und politischen Konservatismus grenzten. Er glaubte wie die Reformökonomen, daß staatliche Lenkung notwendig war, um die sozialen Verhältnisse zu bessern und die Auswirkungen der Konjunkturzyklen zu mildern.[2] Dies alles war für Alvin Johnson nur ein Anlaß mehr, die New School for Social Research nach 1933 in eine "Universität im Exil" für die vertriebenen europäischen Sozialwissenschaftler umzuwandeln.

5.3 Die Gründung der "University in Exile"

Im Jahre 1932 war Alvin Johnson zum wiederholten Male nach Deutschland gereist. Dort war die Lage inzwischen verzweifelt geworden: Er sah das Land von Volksküchen, Arbeitslosigkeit und intellektueller Stagnation gekennzeichnet. Die Lage seiner deutschen Freunde ließ ihm fortan keine Ruhe mehr: Noch vor Ende Januar 1933 hatte Johnson begonnen, Deutschland als das "Land der Nazis" zu bezeichnen.[3]

Nach dem Reichstagsbrand und dem Boykottag gegen die Juden begannen informierte Amerikaner zu vermuten, daß Hitler nicht lediglich an der Wiederherstellung der alten konservativen Ordnung interessiert war. Die seit dem 6. April einsetzende Entlassungswelle an den Universitäten rief in den USA eine große Empörung hervor, und in amerikanischen Augen manifestierten sich in den im Februar und März erlassenen Ermächtigungsgesetzen die radikalen Absichten des Naziregimes. Diese Geschehnisse brachten in Amerika den "Prozeß der Rettung der Intelligenz" in Gang.[4]

Bis Mitte Mai 1933 wurden von Privatpersonen und Organisationen in den USA, in England, Frankreich, der Türkei und Palästina Listen der aus den deutschen Universitäten entlassenen Personen zusammengestellt. Auch Alvin Johnson beschloß, daß entschiedenes Handeln nicht aufgeschoben werden dürfe. Am 13. April schrieb er an seine Vertraute Agnes De Lima: "Viele der entlassenen Professoren sind meine per-

---

1 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 72.

2 Rutkoff, Peter M. / Scott, William B., Die Schaffung der "Universtität im Exil", in: Srubar, Ilja (Hrsg:) Exil, S. 109ff.

3 Ebd., S. 114.

4 Ebd., S. 115.

sönlichen Freunde. Ich werde Geld zu finden versuchen, um zehn oder zwölf von ihnen hierher kommen zu lassen und um eine deutsche Exiluniversität zu gründen."[1] Innerhalb einer Woche hatte Johnson die Unterstützung seines Freundes und einstigen Kollegen Edwin Seligman gewonnen. In der Hoffnung, der Name Seligmans werde ihm Zugang zu jüdischen philanthropisch orientierten Organisationen und Privatpersonen verschaffen, bat Johnson Seligman, den späterhin als "The Letter" bekanntgewordenen Brief zu schreiben. Am 24. April 1933 bat darin Johnson offiziell um Unterstützung zur Schaffung einer deutschen Exiluniversität aus den Trümmern der deutschen Säuberungen. "Es muß rasch gehandelt werden.", schloß Johnson den Brief, "Die Welt vergißt schnell Eingriffe in die akademische Freiheit. Sie hat Mussolini lange schon vergeben. Ich werde Hitler aber niemals vergeben ..."[2] Johnson bat um 120.000 Dollar über einen Zeitraum von zwei Jahren, um fünfzehn Wissenschaftler bei einem Jahresgehalt von 4.000 Dollar finanzieren zu können.

Schon drei Wochen später, am 13. Mai, teilte Alvin Johnson der *New York Times* mit, daß er eine "University in Exile" gegründet habe, wenngleich viele seiner Bemühungen, Geld aufzutreiben, zunächst fehlgeschlagen waren. Nach Erscheinen des Artikels versprach schließlich unter Bitte der Geheimhaltung Hiram Halle, ein wohlhabender jüdischer Geschäftsmann, Johnson die ganze Summe. Ansonsten stieß Johnson auf ihn sehr entmutigende Zurückhaltung, zumal die meisten amerikanischen Organisationen, mit Ausnahme des "Jewish Labor Council", plötzlich der Einschätzung der Rockefeller-Stiftung zustimmten, daß der Sturm vorüberziehen würde. Zu all den Unsicherheiten bei der Gründung der Universität im Exil kam, daß sich die New School 1933 infolge der Weltwirtschaftskrise in finanziellen Nöten befand. Alvin Johnson hoffte, eine neue Graduiertenfakultät würde ihm erlauben, einen neuen Vorstand zu bilden, der von dem der New School unabhängig sein würde, aus neuen Quellen Geld zu beschaffen sowie das Interesse an Erwachsenenbildung wiederbeleben zu können, das auch bei ihm selbst zu erlahmen begann.[3]

Ab Mai 1933 führte Johnson ausführliche Gespräche mit Regierungsbeamten der Einwanderungs- und Arbeitsministerien sowie der deutschen Botschaft. Ihm kam dabei zugute, daß die deutsche Politik zu dieser Zeit mit seinen Absichten übereinstimmte: Die Emigration deutscher Juden wurde von den Nazis unterstützt. Das Hauptproblem war daher weniger, sie aus Deutschland hinaus, als sie vielmehr in die Vereinigten Staaten hineinzubekommen.[4]

---

1 Brief Alvin Johnsons an Agnes De Lima, Alvin Johnson Papers, Yale University, zit. n. ebd., S. 115.

2 Johnson an Seligman, Horace Kallen Papers, YIVO Institute, New York, zit. n. ebd., S. 116.

3 Ebd., S. 117.

4 Ebd., S. 118.

Anfang Juni 1933 nahm Alvin Johnsons Aufbau einer Universität im Exil konkrete Formen an. Er glaubte nun, eine sozial- und politikwissenschaftliche Fakultät schaffen zu können, die es mit jeder westlichen Universität aufnehmen könnte. Johnson wandte sich als Kontaktperson an Emil Lederer in seinem Haus in Berlin, worüber er später schrieb: "Da Max Weber die dynamischste Erscheinung in der deutschen Sozialwissenschaft gewesen ist, habe ich Emil Lederer zu meinem Gruppenleiter ausgewählt. Er ist zutiefst vom Denken Max Webers geprägt, aber zugleich kein sklavischer Anhänger Webers."[1] Johnson beauftragte seinen Assistenten Edwin Mimms, zusammen mit Emil Lederer das Lehrpersonal für die Exiluniversität zusammenzustellen, und dieser machte sich auf den Weg nach Deutschland. Johnsons Mission hatte gar nicht zu einem günstigeren Zeitpunkt kommen können, da zu diesem Zeitpunkt bereits hunderte deutscher Wissenschaftler nach irgendeiner Möglichkeit suchten, den Säuberungsaktionen der Nazis zu entkommen. Emil Lederer stellte eine Liste zusammen, auf der Adolf Löwe, Gerhard Colm, Hans Neisser, Hans Speier, Hans Staudinger[2], Karl Mannheim, Kurt Rietzler und Jakob Marschak[3] zu finden waren.[4] Der Umstand, daß der nationalsozialistische Innenminister nicht gleich in der Lage war, eine Liste der Juden und der Sozialisten an den deutschen Universitäten zusammenzustellen, gab Johnson Zeit zum Handeln.[5]

Nach Schilderung der Ereignisse auf amerikanischer Seite ist auf die Vorgänge am Institut für Weltwirtschaft in Kiel einzugehen, die schließlich zur Emigration Gerhard Colms und der meisten Mitglieder der Kieler Gruppe führen sollten.

5.4 Alvin Johnsons Rettungsaktion und der Weg in die Vereinigten Staaten

Seit Ende März 1933 häuften sich die Zwischenfälle der Nazi-Sympathisanten unter den deutschen Studenten gegen alle "Nicht-Arier", die sich unter dem Schutz von "Verrätern" in den Behörden noch im Staatsdienst befanden, was schließlich in dem Boykottag vom ersten April gipfelte. Gefährlicher wurde die Situation, als am 12. April SA-Leute in das Institut für Weltwirtschaft eindrangen und Gerhard Colm, Adolf Löwe, Hans Neisser und andere Mitarbeiter gewaltsam aus dem Gebäude zu entfernen suchten. Bei den letztgenannten hatten die Braunhemden Erfolg, nur Colm vermochte, die SA-Schergen in seinem Büro durch einen entschiedenen Hinweis auf

---

1 Alvin Johnson an Robert McIver, 10. April 1957, AJPY, zit. n. ebd., S. 123.

2 Hagemann, Harald / Krohn, Claus-Dieter, Emigration, S. 273.

3 Ebd., S. 178.

4 Hans Speier war Lederers Assistent, Hans Staudinger, 1927-33 preußischer Handelsminister, 1929 Mitglied des Reichsrats, 1932-33 Mitglied des Reichstages, stand zusammen mit Kurt Rietzler, Berufsdiplomat, Kurator und Philosophieprofessor an der Universität Frankfurt, Lederers politischem Kreis nahe. Karl Mannheim war Soziologe in Frankfurt.

5 Rutkoff, Peter M., Exil, S. 124.

seinen Offiziersrang abzuschrecken. Doch damit hatte der Terror kein Ende: Noch in derselben Nacht drang ein SA-Trupp in das Haus in der Moltkestraße mit dem klaren Ziel ein, Gerhard Colm zusammenzuschlagen. Versuche seiner Frau, die Männer im Erdgeschoß aufzuhalten, schlugen fehl, und Colm konnte sich nur retten, indem er sich in einer Nische auf dem Dachboden, die die Kinder immer beim Spielen nutzten, versteckte. Einem Dienstmädchen gelang es schließlich, ein Überfallkommando der Polizei zu rufen, das Ruhe und Ordnung wiederherstellte. In dieser Nacht wurde der Familie Colm klar, daß sie Deutschland verlassen mußten. Dennoch wollte Gerhard Colm am nächsten Morgen in sein Büro zurückkehren. Noch vorher erreichte ihn der Anruf des völlig niedergeschlagenen Bernhard Harms, der ihn drängte, zuhause zu bleiben, da man ihm die Warnung hatte zukommen lassen, daß ein neuer SA-Trupp auf Colm angesetzt sei.[1] Auch Walther G. Hoffmann, ein Schüler von Adolph Lowe, gehörte zu den rabiaten SA-Männern, die gegen Colm und Heisser 1933 handgreiflich wurden.[2]

Nach Erlaß des Gesetzes zur "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" mußten alle Dozenten an den Hochschulen am 19. April 1933 einen Fragebogen ausfüllen, dessen Auswertung Grundlage des Vollzugs des Beamtengesetzes war, obwohl die Nationalsozialisten ihre Entscheidungen über die sie "störenden Elemente" in Hochschule und Verwaltung ohnehin schon getroffen hatten.[3]

Am 22. April 1933 erließ der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an den Kurator der Universität Max Sitzler die Anordnung mit dem Wortlaut: "Bis zur endgültigen Entscheidung aufgrund des Beamtengesetzes werden mit sofortiger Wirkung unter Entbindung von allen Universitätspflichten aber mit voller Weiterbezahlung der Bezüge beurlaubt: Prof. Dr. Colm, Neisser, Adoff ... über Harms und von Hentig bleibt Verfügung vorbehalten!"[4] Bernhard Harms reagierte sofort und versuchte zu retten, was noch zu retten war. In einem Schreiben vom 25. April insistierte er gegenüber dem Ministerium, daß Gerhard Colm eine Erklärung abgegeben hätte, "... jederzeit und vorbehaltlos für den nationalen Staat einzutreten. ... Der unterzeichnende Direktor ist von der Loyalität dieser Erklärung

---

1 Colm Interview, Juli 1991.

2 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 223f.; Hoffmann, Walther G., Stadien und Typen der Industrialisierung. Ein Beispiel zur quantitativen Analyse historischer Wirtschaftsprozesse. Probleme der Weltwirtschaft. Schriften des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, Jena 1931.

3 Gerhard Colms Unterlagen mit biographischen Informationen: Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Akten betreffend die Durchführung der Berufsverordnungen an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel April 1933 - Februar 1934, IV. Abt. N° 22, Dok. 125.

4 Ebd., Akten die ordentlichen und außerordentlichen Professoren an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität in Kiel betreffend, Bd. VII, IV. Abt. N° 4. VII, Dok. 395.

durchaus überzeugt." Darüber hinaus protestierte Harms gegen die versuchte gewaltsame Entfernung Colms aus dem Institut am 12. April und wies darauf hin, daß er seither an der Ausübung seines Dienstes verhindert sei.[1] Bernhard Harms Bemühungen waren vergebens. Am 29. April 1933 bestätigte das Ministerium seine Entscheidung.[2] Doch auch Bernhard Harms blieb nicht lange vom Zugriff der Nationalsozialisten verschont, wenngleich sein Ausscheiden diskreter gehandhabt wurde. Er wurde noch im Mai vom Dienst suspendiert. Seine Hoffnung auf Wiedereinsetzung erfüllte sich nicht mehr. Harms nahm - verbittert - eine Honorarprofessur in Berlin an und blieb bis zu seinem Tod im Jahre 1939 *de jure* Ordinarius in Kiel.[3]

Für viele Mitglieder der Kieler Gruppe folgte nun ein dramatischer Weg in die Emigration. Die Verbannung kam nicht ganz unerwartet. Adolf Löwe und seine Frau hielten seit Monaten zwei gepackte Koffer in ihrer Wohnung parat. Sie hatten sich auf das Schlimmste gefaßt gemacht.[4] Am Morgen des 2. April, d.h. am Tag nach den Boykotten, hatte Löwe in der Zeitung gelesen, daß am dritten alle Juden ihre Pässe abzugeben hätten. Er hatte sich sofort nach Hause begeben und nach Beratung mit seiner Frau den 7-Uhr-Zug nach Genf genommen, wo ihn Max Horkheimer, der Deutschland bereits 1932 verlassen hatte, abgeholt hatte.[5] "Erst dann", entsinnt sich Löwe, "bekam ich das Gefühl, ein Flüchtling zu sein." Von einer kleinen "Abfindung", einem kleinen Sparkonto sowie der Großzügigkeit der Berner Heilsarmee lebend, verhandelte Löwe fortan von der Schweiz aus wegen einer akademischen Anstellung in England oder den Vereinigten Staaten.

Gerhard Colms Freund Hans Staudinger befand sich in einer noch prekäreren Lage. Wie Löwe und Colm hochdekorierter Veteran des Ersten Weltkriegs sowie Sozialdemokrat, wurde er fast sechs Wochen lang von der Gestapo gefangengehalten. Auf Intervention der belgischen Regierung hin wurde Staudinger unter der Bedingung entlassen, daß er innerhalb von sechs Monaten Deutschland verlassen und mit keinem seiner politischen Freunde - er war sozialistischer Reichstagsabgeordneter - in Verbindung treten würde. Die Gestapo drohte an, daß sonst die Mitglieder der sogenannten "Jungsozialisten", die sich unter seiner Führung entschlossen hatten, im Falle politischer Verfolgung im Untergrund weiterzuarbeiten, ins Konzentrationslager kämen. Hans Staudinger wagte nicht, in seine Wohnung nach Hamburg zurückzukehren und hatte in Emil Lederers Berliner Haus Zuflucht gesucht: als Edwin

---

1 Ebd., Dok. 130.

2 Ebd., Dok. 401.

3 Zottmann, Anton, Festschrift, S. 46f.

4 Interviews Rutkoffs/Scotts mit Adolf Löwe im Januar 1979 und im Oktober 1981 in New York, in: Rutkoff, Peter M., Exil, S. 125ff.

5 Max Horkheimer, Jugendfreund Löwes, hatte ihn 1932 mit der Verwaltung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung betraut, als dessen Mitglieder Mitte 1932 ins Ausland gingen. Löwe hoffte, daß seine Freundschaft mit Horkheimer ihn und seine Familie beschützen würde.

Mimms, von Alvin Johnson in der oben beschriebenen Mission nach Deutschland geschickt, an Lederers Tür läutete, öffnete ihm Staudinger.[1] Er gab Mimms die Adresse Emil Lederers, der zwischenzeitlich schon nach London geflüchtet war. Mimms bedankte sich bei Staudinger und machte sich auf den Weg nach England. In London erklärte er Lederer das Vorhaben Alvin Johnsons, und jener zeigte Interesse, wollte sich aber nicht festlegen. Statt dessen bot Lederer an, sich die New School in New York anzusehen, Johnson persönlich zu treffen und mit ihm zu verhandeln. Die beiden buchten eine Überfahrt nach New York. Dort angekommen, wurde sich Lederer mit Johnson schnell einig. Die oben erwähnte vorläufige Mitarbeiterliste entstand. Alvin Johnson begleitete Ende Juni Emil Lederer persönlich nach London, um dort mit den potentiellen Mitarbeitern Einstellungsgespräche zu führen.[2]

Die Grundpfeiler von Alvin Johnsons neuer Universität sollten Wirtschaftswissenschaft, Soziologie und empirische Forschung sein. Aber mit "bloßen Akademikern", wie er sie nannte, wollte Johnson nichts zu tun haben. Mit Löwe, Lederer und Colm hatte Johnson Wissenschaftler ausgewählt, die auch politisch aktiv waren. Darunter fiel auch Arnold Brecht[3], ein Kollege Staudingers in der deutschen Reichs- und der preußischen Staatsbürokratie, der noch im Februar 1933 im Reichsrat Hitler "die Leviten gelesen" hatte. Brecht hatte als liberaler Demokrat Staudingers Politik in Preußen unterstützt, bei der defizitäre Ausgaben als Mittel der Arbeitslosenbekämpfung eingesetzt worden waren. So waren sich Johnson und Lederer schnell einig geworden, auch Brecht auf die Liste zu setzen.[4]

In der Zwischenzeit hatten es Jakob Marschak und Adolf Löwe im Glauben, das Naziregime würde schnell vorübergehen - sehr zur Überraschung Johnsons - vorgezogen, Stellen in England anzunehmen. Im August hatten beide damit Erfolg. Auch Karl Mannheim zog England vor und blieb dort. Marschak und Löwe hingegen folgten 1938 bzw. 1940 an die New School.

Die Problematik, die sich Johnson in jenem Sommer 1933 stellte, war, daß Lederer verständlicherweise auf keinen Fall nach Deutschland zurückkehren wollte. Johnson hingegen fehlten die ausreichenden Spachkenntnisse, um die Aufenthaltsorte der anderen auf der Liste befindlichen ausfindig zu machen, ausgedehnte Verhandlungen zu führen und die Überfahrten zu arrangieren. Da bot sich Hans Speier an. Speier, der Lederers Assistent an der Hochschule für Politik und im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik gewesen war, hatte Ende April seine Stellung verlo-

---

1 Interview Rutkoffs/Scotts mit Hans Staudinger im Oktober 1978 in New York, in: ebd., S. 126ff.

2 Ebd.

3 Peterson, Walter F., Arnold Brecht, in: Benz, Wolfgang / Graml, Hermann (Hrsg.), Biographisches Lexikon, S. 40f.

4 Interview Rutkoffs/Scotts mit Hans Staudinger im Oktober 1978 in New York, in: Rutkoff, Peter M., Exil, S. 127.

ren und sich mit seiner Frau auf eine Nordseeinsel geflüchtet. Dort erreichte ihn die Einladung Lederers. Ohne Geld und ohne jegliche Aussichten, machte sich Speier im Juli auf den Weg nach London, während seine Frau schwanger in einer Pension zurückblieb.[1]

Hans Speier sollte mit Freuden das Angebot Lederers bzw. Johnsons annehmen, ebenso wie Albert Salomon, Professor für Soziologie am "Berufspädagogischen Institut" in Köln.[2] Aus Speier, Salomon sowie Karl Meyer, einem ehemaligen Assistenten Lederers aus Heidelberg, setzte sich in den ersten Jahren der Fachbereich Soziologie an der New School zusammen. Hans Speier erklärte sich dazu bereit, nach Deutschland zurückzukehren und die Arrangements für die noch übrigen anvisierten Mitarbeiter zu treffen. Er reiste nach Berlin, wo er als erstes den Agrarexperten Karl Brandt von der "Landwirtschaftlichen Hochschule" traf.[3] Durch vorher abgesprochene Kennsignale wurde beim Treffen in einer Hotelhalle sichergestellt, daß Speier kein "agent provocateur" der Nazis sei. In Berlin gewann Speier auch Frieda Wunderlich[4] vom Sozialpädagogischen Institut, Herausgeberin der *Sozialen Praxis* und Mitglied des Preußischen Landtags, von wo sie Brecht und Staudinger kannte. Die Familie Brecht hingegen hatte sich in ihrem Haus auf einer abgelegenen und unzugänglichen Nordseeinsel verschanzt und war von allen Kommunikationsmitteln abgeschnitten. Um Arnold Brecht zu erreichen, charterte Speier ein kleines Postflugzeug und flog unter gefährlichen Wetterbedingungen auf die Insel, um ihm einen Vertrag an der New School anzubieten. Brecht sagte zu. Danach war Speiers Arbeit getan, und er konnte sich selbst mit seiner Frau wieder auf den Weg nach England bzw. Amerika machen.[5]

Gerhard Colm hatte nach den Ereignissen im April, noch bevor er von Edward Mimms und Emil Lederer kontaktiert werden konnte, seine Fühler ins Ausland ausgestreckt, ebenfalls mit dem Ziel London. Er wurde zum "Experten für Silberstandard" der chinesischen Delegation zur Londoner Wirtschaftskonferenz im Juni 1933 ernannt.[6] Das Kabinett TV Soongs, des Schwagers Tschiang Kai-scheks, fiel noch

---

1 Interview Rutkoffs/Scotts mit Hans Speier im Oktober 1981, in: ebd., S. 128.

2 Albert Salomon war zusammen mit Rudolf Hilferding Herausgeber der *Gesellschaft*. Als Sozialdemokrat und Gesellschaftstheoretiker galt er stark von Weber und Durkheim beeinflußt. Sein Kölner Kollege und Freund Erich Hula, ein Rechtswissenschaftler, folgte ihm 1938 an die New School.

3 Hagemann, Harald / Krohn, Claus-Dieter, Emigration, S. 30: Karl Brandt (1899-1975), Promotion 1926 an der Universität Berlin bei M. Sering, o. Prof. an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, 1929-33 Dir. des Instituts für Agrarmarktforschung.

4 Ebd., S. 311: Frieda Wunderlich (1884-1965), Promotion 1919 in Freiburg bei Karl Diehl, Prof. in Berlin, 1930-33 Berufspädagogisches Institut; 1923-33 Hrsg. "Soziale Praxis, 1930-33 Mitglied des Preußischen Landtags.

5 Rutkoff, Peter M., Exil, S. 129.

6 Es bleibt unklar, wie bzw. durch welche Kontakte Gerhard Colm zu dieser Position gekommen ist.

im Juni, und Colms Position wurde hinfällig. Doch noch am 24. des Monats kam Colm in England an. Inzwischen über die Perspektive in New York informiert, traf er sich mit Alvin Johnson und Emil Lederer und sagte nach kurzen Verhandlungen über eine Anstellung an der New School zu.[1]

Die Familie wartete unterdessen in Ungewißheit über die Zukunft in Deutschland. Hanna Colm blieb mit dem jüngsten Sohn Claus in Kiel und packte den gesamten Hausrat, während Peter, Stine und Anne Colm zu den Großeltern nach Darmstadt geschickt wurden, da man sie dort sicherer glaubte. Der Zwischenfall mit der SA saß der Familie wie ein Schock im Nacken. Zu all diesen Ängsten kam die für Hanna Colm unfaßbare Tatsache, plötzlich von den Nachbarn oder früheren "Freunden" gemieden zu werden. Diese Wochen vor der Emigration sollten für Hanna Colm zu einem tiefen persönlichen Bruch mit Deutschland führen.

Am 22. Juli wurde Gerhard Colms Einstellung an der New School for Social Research in New York bestätigt. Er machte sich sofort auf den Weg nach Zürich, um in der Schweiz seine Familie zu sammeln. Hanna Colm hatte unterdessen die Verschiffung des gesamten Hausrats nach Amerika veranlaßt. Dieser Umstand ließ die Colms um einiges besser dastehen als viele Mitemigranten, die wie die Löwes Hals über Kopf aus Deutschland geflohen waren. Die Visa für die Vereinigten Staaten wurden am 10. August von der amerikanischen Botschaft in Zürich ausgestellt. Per Zug reisten die Colms nach Cherbourg, wo sie sich am 24. August auf der SS *Majestic* einschifften. Am 30. August 1933 erreichte Gerhard Colm mit seiner Familie New York.

Innerhalb von wenigen Wochen hatten Alvin Johnson und Emil Lederer einen Lehrkörper für die "Graduate Faculty" der New School for Social Research zusammengestellt, ein Lehrkörper, der - nach Einschätzung der Rockefeller-Stiftung - die Elite der deutschen Sozialwissenschaft darstellte. Die ersten zwölf Emigranten, elf Deutsche und ein Italiener, die 1933/34 in New York ankamen, gaben der "Graduate Faculty" eine unverkennbare Prägung. "An der New School fanden diese aus Europa vertriebenen Wissenschaftler ein Gebäude sowie eine Institution zu ihrem Gebrauch vor. Frei von Antisemitismus, fortschrittlich eingestellt und politisch engagiert, bot die New School den vor Hitler Geflohenen einen äußerst angemessenen Handlungsrahmen, der in den USA wohl einmalig war. In Alvin Johnson fanden die Emigranten einen vertrauenswürdigen und verläßlichen Freund und Beschützer; Alvin Johnson seinerseits fand in den Emigranten das Werkzeug zur Erfüllung seines Traumes für die New School. Während der folgenden zwölf Jahre leitete Johnson eine der

---

Auch ist unbekannt, ob Colm längerfristigere Beschäftigungsintentionen mit der chinesichen Regierung hatte, oder ob es sich nur um einen Vorwand handelte, nach England ausreisen zu können.

1 Die Details über die Emigration Familie Colms stammen aus dem Colm-Interview sowie aus Unterlagen des Privatarchivs Peter Colms.

hervorragendsten und kreativsten Gruppen von Intellektuellen und Künstlern auf der Welt. An der Schule in der 66 West 12th Street rangen Sozialwissenschaftler, Philosophen und Künstler aus ganz Europa und dem ganzen amerikanischen Kontinent mit den grundlegenden Fragen der modernen Gesellschaft. Von nationalen und disziplinären Einschränkungen befreit, verwandelte die New School unter der Leitung Alvin Johnsons das, was als reine Tragödie begonnen hatte, in ein intellektuelles Abenteuer."[1]

5.5 Abkehr von Deutschland

In einem Schreiben vom 29. Juli 1933 von London aus beantragte Gerhard Colm, ihn für zwei Jahre zu beurlauben, da er an der "Post-Graduate School" an der "New School for Social Research" in New York eine zweijährige Professorenstelle angeboten bekommen habe. "Da ich auf Grund meiner jetzigen Beurlaubung annehme, daß für mich z.Zt. nicht die Möglichkeit der Ausübung meiner Lehrtätigkeit besteht, bin ich geneigt, diesen Ruf als 'Gastprofessor' anzunehmen."[2]

Bei einer "Beurlaubung" sollte es nicht länger bleiben. Am 25. September 1933 beschloß das Ministerium "nach Prüfung der vorliegenden Unterlagen", Gerhard Colm aus dem Staatsdienst zu entlassen.[3] In einem Schreiben vom 27. September nach New York teilte der preußische Minister für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung Colm mit, daß ihm aufgrund Paragraph 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums die Lehrbefugnis entzogen worden sei.[4] In Colms Fall ging es damit nicht um jüdische Abstammung, sondern um "nationale Unzuverlässigkeit". In einem Schreiben vom 18. Oktober 1933 erhob Gerhard Colm von New York aus noch formal Widerspruch gegen die ministerielle Entscheidung über den Entzug seiner Lehrbefugnis,[5] doch wartete er den ablehnenden Bescheid vom 22. Januar 1934 gar nicht mehr ab.[6]

Am 16. November 1933 ging nach Aktenvermerk im Büro des "Herrn Reichspräsidenten, Seine Exzellenz Generalfeldmarschall von Hindenburg" ein Schreiben von "Dr. Gerhard Colm, früher: außerordentlicher Professor an der Universität Kiel, zur Zeit: Gastprofessor an der Graduate Faculty of Political and Social Sciences, New York" ein, das den Wortlaut hatte:

"Hochverehrter Herr Reichspräsident!

---

1 Ebd., S. 107.

2 Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, a.a.O., IV. Abtheilung No 22, Dok. 131.

3 Ebd., Dok. 122.

4 Ebd., Dok. 133. Die Zahlungen wurden nach Mitteilung des Universitätskurators aus Kiel mit Sofortwirkung eingestellt. Ebd., Dok. 134.

5 Ebd., Dok. 223.

6 Ebd., Dok. 226.

Ich fühle mich verpflichtet, Eurer Exzellenz die Kriegsorden zurückzureichen, die mir in der Zeit, in der ich unter dem Befehl Eurer Exzellenz im Felde an der Front stehen durfte, verliehen worden sind.

Ich erhielt hierher, wo ich mit einem vom Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erteilten Urlaub als Gastprofessor tätig bin, die Mitteilung, daß mir meine Lehrbefugnis in Kiel auf Grund des Paragraphen 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entzogen wurde. Das besagt, daß ich nach den unter der Verantwortung Eurer Exzellenz erlassenen Gesetzen als national unzuverlässig gelte. Danach glaube ich nicht das Recht zum weiteren Besitz dieser Ehrenzeichen zu haben.

Ich verbleibe als Eurer Exzellenz ehrfurchtsvoll ergebener

gez. Gerhard Colm Anlage: Eisernes Kreuz 2. Klasse

Eisernes Kreuz 1. Klasse"[1]

Gerhard Colm hatte mit Deutschland gebrochen. Die einzige Bindung, die zunächst noch blieb, war die Staatsbürgerschaft. Aber auch diese wurde ihm schließlich aufgrund Paragraph 2 des "Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14.7.1933" am 6. Dezember 1938 entzogen.[2]

Im Jahre 1939 nahm Gerhard Colm die Staatsbürgerschaft der Vereinigten Staaten von Amerika an. Er wurde Bürger eines Landes, das ihm die Freiheit zum Vertreten und zur Durchsetzung seiner Ideen bzw. die Möglichkeit zum aktiven Wirken in der Gesellschaft bot.

---

1 Ebd., Dok. 225.

2 *Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger*, Berlin, v. 6.12.1938.

ZWEITER TEIL:

LEBEN UND WERK
IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

1933 - 1946

1. BEGINN IN EINEM NEUEN LAND

Am 29. August 1933, einem gewittrigen Spätsommertag, lief die SS *Majestic* in den Hafen von New York ein. Wie für viele Einwanderer zuvor war die Freiheitsstatue für Familie Colm zum Symbol der Freiheit und des Neubeginns geworden.[1] Die Ankunft der Colms zusammen mit Arthur Feiler[2] meldete die *New York Times* am 30. August mit einem großen Artikel, der auf die Aufmerksamkeit hindeutet, mit der die amerikanische Öffentlichkeit das Schicksal der in die Emigration gezwungenen europäischen Wissenschaftler verfolgte.[3]

Gerhard Colm war zu diesem Zeitpunkt 36 Jahre alt. Der Neubeginn war sicherlich schwierig, weniger für die Kinder, die neun, sieben, sechs und drei Jahre alt waren. Sie "amerikanisierten" sich schnell. Die Tatsache, daß ein relativ schönes Haus in Riverdale, New York, am Hudson River bezogen wurde und daß die Verschiffung der Einrichtung geklappt hatte, trug hilfreich zum Einleben bei. Für Gerhard und Hanna Colm waren da allerdings zunächst einmal die Sprachschwierigkeiten. Der ehemalige Kieler Professor nahm Einzelunterricht, doch hatte er bei den sogleich einsetzenden Seminaren an der New School sofort in Englisch zu lehren. Noch über einige Jahre hindurch war der älteste Sohn Peter seinem Vater bei der Korrektur englischer Texte - bis hin zu den Budget-Messages für den Präsidenten - behilflich, und Colms nie abgelegter schwerer Akzent verlieh dem Auftreten des Finanzwissenschaftlers unter seinen amerikanischen Kollegen stets eine markante Prägung.[4]

Viel schwerer wog der Zwang, sich mit dem Erlebten auseinandersetzen zu müssen. Besonders Hanna Colm legte ihre Verbitterung über Deutschland nie ab. Sie weigerte sich, auch nur in die Nähe "deutscher Viertel" zu gehen, und hegte sogar Mißtrauen gegenüber solchen Mitemigranten, die erst einige Jahre später in die USA kamen, mochten sie doch vielleicht zeitweilig mit dem Hitler-Regime arrangiert haben. Nach Gerhard Colms Wunsch sollte es kein "Zurückblicken" mehr geben. Die

---

1 Die folgende Schilderung beruht auf dem Interview mit Peter Colm in Lusby, Maryland, im Juli 1991.

2 Hagemann, Harald / Krohn, Claus-Dieter, Emigration, S. 66: Arthur Feiler (1879-1942), Promotion 1923 an der Universität Heidelberg bei E. Lederer, Habilitation 1928 an der Universität Frankfurt, Prof. an der Handelshochschule Königsberg seit Sommer 1932, ab 1932 a.o. Prof. Frankfurt/M., ab 1921 Mitglied der Sozialisierungskommission, ab 1923 Beisitzer am Kartellgericht.

3 *The New York Times* v. 30.8.1933.

4 So die Bemerkung Theodore Geigers, früher National Planning Association, am 26.8.1991 in einem Interview in Washington, D.C. Zu dieser Problematik auch Luckmann, Benita, Exil oder Emigration? Aspekte der Amerikanisierung an der New School for Social Research, in: Frühwald, W. (Hrsg.), Leben im Exil. Probleme der Integration deutschsprachiger Flüchtlinge im Ausland 1933-1945, Hamburg 1981.

Colms wurden bewußt "Amerikaner", und das schloß sofortigen englischen Sprachgebrauch im Kreise der Familie ein. Aus den "Exilanten" wurden "Emigranten".

Das war zunächst nicht bei allen Mitemigranten Colms der Fall. Es gab solche, die die Entwicklungen des Hitler-Regimes verfehlt einschätzten und an eine baldige Rückkehr glaubten. Sie befanden sich somit in einem Zustand "zwischen Exil und Emigration". Der Kriegsausbruch in Europa machte diese täuschende Hoffnung zunichte. Der Kriegseintritt der USA bewirkte dann den letzten Amerikanisierungsschub.[1]

Am 10. August 1939 nahm Gerhard Colm mit seiner Familie vor dem District Court von New York City die amerikanische Staatsbürgerschaft an.[2] Colm vergaß nie, was die Vereinigten Staaten ihm ermöglicht hatten, und er war durch die Jahre stets bemüht, anderen Verfolgten Zugang zu diesem Land zu verschaffen, das ihm die Chance zu einem Neubeginn gegeben hatte.[3]

Welches Bild boten die Vereinigten Staaten dem Nationalökonomen zum Zeitpunkt seiner Emigration? "Bei meiner Ankunft in den USA im Jahre 1933", gibt Colm 30 Jahre später seinen Eindruck wieder, "war ich zutiefst erschrocken über die Situation der Millionen von Arbeitslosen. Von ihren Vermietern herausgeworfen, kauerten sie in sogenannten 'hoovervilles', Ansiedlungen aus Apfelsinenkisten und ähnlichem Material, zusammen. Es gab keinerlei Arbeitslosenversicherung, abgesehen von einigen wenigen sozialen Hilfsmaßnahmen lokaler Art."[4] "What's the use of freedom, if I have no job and no hope of finding one?", gibt Colm ein Schlüsselerlebnis aus einem etwas späteren Zeitraum wieder, als ihn ein Taxifahrer fragte, ob es denn wahr sei, daß Hitler alle Arbeitslosigkeit in Deutschland beseitigt hätte.[5] Colm klärte den Arbeitslosen über den dafür gezahlten Preis - der Freiheit - auf, doch ließ ihn fortan das wirtschaftspolitische Ziel der Vollbeschäftigung bis zu seinem Lebensende nicht mehr los. Colm, der wie die anderen Exilanten, stets die würdige Haltung, mit der die Menschen ihre Not zu ertragen wußten, ohne anfällig für politisch radikale Strömungen zu werden, bewunderte, betrachtete Vollbeschäftigung, wirtschaftliche Stabilität sowie die damit verbundene soziale Sicherheit als größte Herausforderung für die Demokratien. Vor dieser Herausforderung standen die USA wie die europäischen Staaten, und ihr mußte sich auch Colm stellen.

---

1 Luckmann, Benita, New School - Varianten der Rückkehr aus Exil und Emigration, in: Srubar, Ilja (Hrsg.), Exil, S. 355f.

2 Colm Papers, Library of Congress (LoC), Box 17.

3 So ermöglichte Colm etwa Ernst Jurkat, dem Assistenten Ferdinand Tönnies, einem aktiven Gegner des Nazi-Regimes, und seiner Familie durch Intervention bei den Behörden die Emigration in die USA. Colm Papers, LoC, Box 17.

4 Statement for the United States Information Agency, Dez. 1962. Colm Papers, LoC, Box 19.

5 Colm, Gerhard, Is Social Security worth the Cost?, in: SR, Bd. 6, 1939, S. 287ff.

2. AN DER NEW SCHOOL FOR SOCIAL RESEARCH

2.1 Die Graduate Faculty der New School - ein erster Eindruck

Alvin Johnson hatte Anfang August 1933 nach Rückkehr aus London die endgültige Gruppe für seine "University in Exile"[1] zusammen, deren Kern Ökonomen bildeten: Gerhard Colm war zusammen mit Arthur Feiler, dem ehemaligen Handelsredakteur der Frankfurter Zeitung und Professor an der Universität Königsberg, in New York angekommen. Emil Lederer war noch 1932 von der Universität Heidelberg nach Berlin berufen worden, der Agrarexperte Karl Brandt war von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin gekommen, Eduard Heimann von der Universität Hamburg, und schließlich die Arbeitswissenschaftlerin Frieda Wunderlich vom Sozialpädagogischen Institut Berlin. Als Vertreter benachbarter Disziplinen waren die Soziologen Hans Speier, Albert Salomon und Ernst von Hornbostel, der Gestaltpsychologe Max Wertheimer sowie der Jurist Hermann Kantorowicz Alvin Johnsons Einladung gefolgt. Zum Bedauern des Begründers hatten neben Adolf Löwe (nun Adolph Lowe) Jakob Marschak, der Theologe Paul Tillich und der Wissensoziologe Karl Mannheim (1893-1974)[2] sowie Hans Neisser abgesagt. Lowe, Marschak und Neisser kamen bis 1943 an die New School nach.

Karl Brandt, Hermann Kantorowicz sowie Ernst von Hornbostel gaben nur kurze Gastspiele an der New School, Arthur Feiler starb Anfang der vierziger Jahre. Zwei höhere preußische Staatsbeamte stießen dazu: der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und persönliche Freund Gerhard Colms, Hans Staudinger, und der ehemalige preußische Vertreter im Reichsrat, der Verfassungs- und Verwaltungsexperte sowie Fachmann für öffentliche Finanzen, Arnold Brecht.[3] Als weiterer höherer Verwaltungsbeamter kam 1935 noch Hans Simons, der ehemalige Direktor der Berliner Hochschule für Politik und spätere Oberpräsident der preußischen Provinz Hannover nach New York. Genannt werden müssen an dieser Stelle noch der italienische Politologe Max Ascoli, der Kieler Volkswirt Alfred Kähler, ein Schüler Lowes und Colms, der Soziologe Carl Mayer von der Frankfurter Akademie der Arbeit, sowie der Jurist und Betriebswirt Fritz Lehmann, der Assistent Eugen Schmalen-

---

1 Zur *New School* Plessner, M., Die deutsche University in Exile in New York und ihr amerikanischer Gründer, in: Frankfurter Hefte, Bd. 19, 1964; Luckmann, Benita, Eine deutsche Universität im Exil: Die Graduate Faculty der New School for Social Research, in: Lepsius, R.M. (Hrsg.), Soziologie in Deutschland und Österreich 1918 bis 1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte, Opladen 1981 (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpychologie, Sonderheft 23, 1981); dies., Exil oder Emigration. Rutkoff, P.M./Scott, William B., New School. A History of the New School for Social Research, New York 1986;.

2 Lenk, Kurt, Karl Mannheim, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 119ff.

3 Brecht, Arnold, Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen 1927-1967, Stuttgart 1967, S. 372.

bachs an der Universität Köln gewesen war. Die Zahl der aus Europa geretteten Fakultätsmitglieder stieg dank des unermüdlichen Einsatzes Alvin Johnsons von 18 im Frühjahr 1934 über 33 im Sommer 1939 auf mehr als 170 Gelehrte im akademischen Jahr 1940/41 an.[1]

Mit dem Beginn ihres Lehrbetriebs am 1. Oktober 1933 wurde die "University in Exile" in "Graduate Faculty of Political and Social Science" umbenannt und verfügte fortan unter dem Dach der New School über einen eigenen Dekan, ein eigenes Budget sowie einen gesonderten Lehrplan. Nach Alvin Johnsons Vorstellungen sollte das vorrangige Ziel der neuen Graduate Faculty die Internationalisierung der amerikanischen Wissenschaft durch europäische Gelehrte von Rang sein, wobei ihre Politik nicht von Rasse, Religion oder politischen Überzeugungen, sondern allein von wissenschaftlichen Maßstäben sowie der Kompetenz und Integrität ihrer Mitglieder bestimmt sein sollte. Die New School war zu dieser Zeit wohl die einzige Institution der höheren Bildung in Amerika, in der es keine rassistische Diskriminierung gab.[2] Im Herbst 1933 begann der Lehrbetrieb mit 92 Studenten und stieg bis zum Weggang Colms nach Washington im Jahre 1939 auf mehr als 500 an.

Die Wissenschaftler an der Graduate Faculty sind trotz finanzieller Dauerprobleme und eines gewissen permanenten provisorischen Existenzrahmens mit beachtlichen wissenschaftlichen Leistungen hervorgetreten, die in ihrer Breite hier nicht dargestellt werden können. Von den Nicht-Ökonomen sollen einige wenige exemplarisch genannt werden: Max Wertheimer begründete, unterstützt von Wolfgang Köhler und Kurt Koffka, die Gestaltpsychologie, die einen Kontrapunkt zu dem in den USA vorherrschenden Behaviorismus setzte. Arnold Brecht (zugleich Experte für öffentlichen Haushalt, s.u.) erzielte mit seinen Arbeiten in den USA, die von der Rechtsphilosophie bis hin zu unterschiedlichen Spezialproblemen des modernen Verfassungs- und Verwaltungsstaates reichten, eine beachtliche Wirkung als Politikwissenschaftler. Brecht stieg 1942 zum Vorsitzenden des Sonderausschusses für international vergleichende Verwaltung im Social Science Research Council und 1946 zum Vizepräsidenten der American Political Science Association auf.[3] Der Soziologe Albert Salomon trug nicht unwesentlich zur Verbreitung Max Webers Lehre in den USA bei,[4] und Erich Hula gehörte neben John Herz und Hans Morgenthau zu den

---

1 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 77ff. sowie S. 85. Hinsichtlich verschiedentlicher Nachlässe der emigrierten Wissenschaftler sei auf die "German Exile Collection" der State University of New York (SUNY) hingewiesen.

2 Ebd., S. 81.

3 Zu Brecht seine Autobiographie „Mit der Kraft des Geistes". Zusammengefaßt sind seine vielseitigen Studien in seiner monumentalen Politischen Theorie. Die Grundlagen des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Tübingen 1961 (engl.: Princeton 1959). Das Werk gilt als die erste systematische Gesamtdarstellung des Faches Politikwissenschaft.

4 Salomon, Albert, Max Weber's Methodology, in: SR, Bd. 1, 1934, S. 147ff.; ders., Max Weber's

deutschen Juristen, die die USA mit Fragen des internationalen Rechts und der vergleichenden Regierungslehre vertraut machten.[1]

Einen besonderen Stellenwert räumten die emigrierten Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den 30er Jahren den Forschungen über den Nationalsozialismus bzw. Faschismus ein.[2] Gerhard Colm hatte in diesem Feld mit seiner Arbeit über die "Masse" (1924) sicherlich Vorarbeit geleistet.[3] "Er kam als Überraschung für alle", schrieb Giuseppe Antonio Borgese in einem der ersten Hefte von *Social Research* in seinem Artikel über die intellektuellen Ursprünge des Faschismus,[4] und das Anliegen der Emigrierten wurde es, nicht nur die eigene Erfahrung aufzuarbeiten, sondern auch auf die nationalsozialistische Bedrohung hinzuweisen, die in den USA kaum ernstlich wahrgenommen wurde.

Der Theologe Paul Tillich, der ständiger Gast an den Seminaren der New School war, sah neben den wachsenden sozialen Spannungen im Spätkapitalismus, dem Zerfall der bürgerlich-liberalen Identität und der zunehmenden Anfälligkeit der modernen desintegrierten Massen für alle möglichen Ideologien darüber hinaus in den besonderen historischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, worunter Tillich die zu spät gekommene Nationalstaatsbildung sowie die mythologisierende Verabsolutierung des Staates verstand, dessen Träger glaubten, nur mit autoritären Herrschaftstechniken Anschluß an die westeuropäischen Nachbarn zu finden, die Ursache des Faschismus.[5] Die orthodoxe Totalitarismustheorie, die seit Mitte der 30er Jahre Nationalsozialismus/Faschismus und Bolschewismus ineinszusetzen begann, wurde später erst von Arthur Feiler und Max Ascoli mitvertreten, ein Umstand, der sie an der New School - auch von Colm - isolieren sollte.[6] Nach Eduard Heimann, der in diesem Zusammenhang als am repräsentativsten für die New School-Gruppe angesehen werden kann, hätten sich insbesondere in Deutschland sozialdemokratische Funktionäre auf dem "Faulbett des Wahns" in der Hoffnung ausgestreckt, die Dinge würden materiell schon in die richtige Richtung laufen, bis in Rußland der Bolschewismus die Dialektik auf den Kehrichthaufen der Geschichte geworfen und dann unter Ausnutzung der revolutionären Situation im Kriege die Diktatur aufgebaut habe. Aus diesem "Verrat" an den Idealen der menschlichen Spontaneität und

---

Sociology, ebd., Bd. 2, 1935, S. 60ff.; ders., Max Weber's Political Ideas, ebd., S. 368ff. Zu Salomon Mayer, Carl, In Memoriam: Albert Salomon 1891-1966, in: SR, Bd. 34, 1967.

1 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 87; zu diesem Abschnitt auch S. 105ff.

2 Ebd., S. 145ff.

3 Die Masse. Ein Beitrag zur Systematik der Gruppen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 52, Tübingen 1924.

4 Borgese, Giuseppe Antonio, The Intellectual Origins of Fascism, in: SR, Bd. 1, 1934, S. 475ff.

5 Tillich, Paul, The Totalitarian State and the Claims of the Church, in: ebd., S. 405ff.

6 Ascolis und Feilers Buch "Fascism for Whom?" erschien außerhalb der New School (New York 1938).

an den der demokratischen Grundidee von Ordnung und Freiheit durch den passivzahmen deutschen Sozialismus und den berufsrevolutionären Kader-Bolschewismus heraus sei schließlich der Faschismus als "Strafgericht über Europa" hereingebrochen.[1] Desillusioniert äußerte sich auch Emil Lederer, der noch 1918 ein überaus optimistisches Bild wohl organisierter, politisch bewußter "Massen" und ihrer zielgerichteten kollektiven Aktionen als realistischen Weg für tiefgreifende gesellschaftliche Änderungen aufgezeichnet hatte.[2] Soziale Spannungen führten für Lederer nun nicht mehr, wie von den Marxisten prophezeit, zu Klassenkampf und revolutionären Subjekten, sondern zu generell wachsender, an sich richtungsloser Radikalisierung, deren revolutionärer Umschlag zu ganz anderen Ergebnissen führen könne als die marxistische Utopie verheißen hatte.[3]

Neben den hauptsächlich in *Social Research* erschienenen Aufsätzen ist das große Sammelwerk "War in our Time", das eindeutig demaskierend auf das von Chamberlain nach der Münchner Konferenz geprägte Schlagwort "Peace in our Time" anspielte, zu nennen.[4] In diesem Zusammenhang wies Colm zusammen mit Kähler nach, wie die Nationalsozialisten seit 1933 systematisch die Aufrüstung betrieben hatten und daß die daraus zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen nur durch Eroberung und Ausbeutung fremder Gebiete kompensiert werden könnten. Heimann befaßte sich mit den kriegswirtschaftlichen Motiven der deutschen Autarkiepolitik, Lederer mit der Militarisierung der Produktion, Hans Speier mit der propagandistischen Kriegsvorbereitung, während Ascoli die unter den anderen Emigranten weit verbreitete Hoffnung ausdrückte, daß die Menschen zunehmend gegen die faschistische Unterdrückung revoltieren würden.[5]

Besonders hervorgehoben werden muß an dieser Stelle noch die 1938/39 unter Federführung der New School durchgeführte erste vollständige Übersetzung von Hitlers "Mein Kampf".[6] Die von der NS-Regierung amtlich autorisierte Übersetzung hatte die aggressivsten Passagen wohlweislich getilgt, die nun in unterschiedlichem Satzspiegel hervorgehoben wurden. Es war die letzte große Arbeit, an der Gerhard Colm vor seinem Weggang nach Washington mitbeteiligt war.

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Europa sollten die Emigranten an der Graduate Faculty wohl zur wichtigsten Adresse amerikanischer Behörden werden.

---

1 Heimanns große Studie "Communism, Fascism, or Democracy?", New York 1938; Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 146ff.

2 Lederer, Emil, Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen, Leipzig 1918.

3 Ders., State of the Masses. The Threat of the Classless Society, New York 1940; ders., On Revolutions, in: SR, Bd. 3, 1936, S. 1ff. "State of the Masses" erschien ein Jahr nach Lederers Tod und wurde durch seinen ehemaligen Schüler Hans Speier herausgegeben.

4 Speier, Hans / Kähler, Alfred (Hrsg.), War in our Time, New York 1939.

5 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 153.

6 Hitler, Adolf, Mein Kampf. Complete and Unabridged, New York 1939.

Zu lange hatten die USA die international ausgerichtete Forschung vernachlässigt.[1] Eine Krönung der Arbeit des Emigrantenzirkels während des Krieges sollte 1943 die Gründung des "Institute for World Affairs" darstellen, das in seinen Forschungen bereits auf die Ausgestaltung einer friedenssichernden Nachkriegsordnung ausgerichtet war. Zum Forschungsdirektor wurde der inzwischen in den USA eingetroffene Adolph Lowe ernannt.

In diesem Abschnitt ist der Versuch unternommen worden, eine Einführung in die vielfältigen wissenschaftlichen Leistungen der Exilanten an der Graduate Faculty der New School for Social Research auf nicht-ökonomischen Gebiet bis Anfang der vierziger Jahre zu geben. Die entscheidenden Akzente wurden jedoch von den Ökonomen - darunter Gerhard Colm - gesetzt.

2.2 Die amerikanischen Wirtschaftswissenschaften Anfang der dreißiger Jahre und die New School-Ökonomen

Die Entwicklung der Wirtschaftstheorie in den Vereinigten Staaten seit der Jahrhundertwende weist einige interessante Parallelen zu der im ersten Teil dargestellten Entwicklung im deutschsprachigen Raum auf.[2] Zunächst hatte die amerikanische Wirtschaftswissenschaft noch unter dem Einfluß der Historischen Schule deutscher Prägung gestanden. Das Werk von John Bates Clark "The Distribution of Wealth: A Theory of Wages, Interest and Profits" (1899) wurde "grundlegend für die Rezeption der klassischen Lehre in den USA, ja für die Neoklassik überhaupt. ... Clark hatte großen Einfluß auf die amerikanischen Fachgenossen seiner Zeit, gab er doch als erster eine Gesamtschau des wirtschaftlichen Prozesses unter Verwendung des Grenzgedankens."[3] Mit Beginn des 20. Jahrhunderts, einhergehend mit dem Siegeszug des Behaviorismus in den amerikanischen Sozialwissenschaften, hatte mehr und mehr die österreichische Grenznutzenschule Einzug in die Universitäten gehalten. Die amerikanischen Neoklassiker wurden in der langen Prosperitätsphase der zwanziger Jahre in erster Linie von John B. Clark und Frank A. Fetter angeführt.[4] "Seit den dreißiger Jahren waren durch die Forschungen von Adolf A. Berle und Gardiner

---

1 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 156f.

2 Ebd., S. 48ff.

3 Kruse, Alfred, John Bates Clark, in: HdSW, 2. Bd., 1959, S. 523.

4 Berle, Adolf A. / Means, Gardner C., The Modern Corporation and Private Property, New York 1932; Galbraith, John Kenneth, Leben in entscheidender Zeit. Memoiren, München 1981, S. 24: "Princeton war ein besonders ernster Fall. Dort war ich unmittelbar vor und nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges drei Jahre lang angestellt, davon zwei Jahre beurlaubt. ... Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät war damals auf Lehren eingeschworen, die sich nach einem Jahrzehnt des ökonomischen Niedergangs längst als irrelevant erwiesen hatten. Es gab allerdings auch Ausnahmen. Zu ihnen gehörte Frank D. Graham, Professor der Finanzwirtschaft und Chronist der großen Inflation in Deutschland zu Beginn der zwanziger Jahre. Auch Frank A. Fetter, einen unverwüstlichen Liberalen der alten Schule, der damals schon emeritiert war, lernte ich sehr schätzen."

C. Means sowie das später erschienene Werk von James Burnham und Robert Aaron Gordon Licht auf den sich wandelnden Charakter und die Rolle des Konzerns geworfen worden. Berle, Means und Gordon hatten anhand von ... Statistiken nachgewiesen, daß mit zunehmender Größe und zunehmendem Alter eines Konzerns die Kontrolle von den Eigentümern auf die Manager übergeht. Und Burnham hatte die Macht der neuen Managerklasse verherrlicht."[1] Wesley C. Mitchell (1874-1948) war entschiedener Gegner der klassischen und neoklassischen Nationalökonomie. Er wurde zu einem der "hervorragendsten Vertreter und zum 'Methodiker' des Institutionalismus. ... Sein Hauptwerk 'Business Cycless' (1913) kann als Schulbeispiel institutionalistischer Verfahrensweise angesehen werden. ... In seiner praktischen wirtschaftspolitischen Arbeit gehörte er mehreren Regierungskommissionen an; er war 1929-1933 Vorsitzender des 'Committee on Social Trends' und Mitbegründer des 'National Bureau of Economic Research'."[2]In diesem Zusammenhang muß im Vergleich zu Deutschland festgestellt werden, daß trotz der dort erst relativ spät aufgekommenen Konjunkturforschung sie der etwa an Harvard entwickelten "Konjunkturbarometer" in ihrer Entwicklung voraus war.[3]

Wesley C. Mitchell, ein Schüler Thorstein Veblens, hatte mit seiner Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelten Schule des Institutionalismus zum Generalangriff auf die Grenznutzentheoretiker angesetzt. Veblens "Theory of the Leisure Class" und "Theory of Business Enterprise" gelten in den USA noch heute zu den einflußreichsten Bücher der letzten einhundert Jahre und begründeten seine Kritik an der *pecuniary culture*, vielfach übersetzt als "industrielle Massenkultur".[4] "Die Hauptelemente seines wissenschaftlichen Denkens gehen in der Philosophie auf Immanuel Kant, in der Soziologie auf Herbert Spencer, in der Psychologie auf John Dewey, Jacques Loeb und William James und in der Nationalökonomie auf die deutsche historische Schule und Karl Marx zurück, obgleich ihn der orthodoxe Marxismus nie anzuziehen vermochte."[5] Veblen, der selbst an der New School for Social Research Anfang der 20er Jahre gelehrt hatte, untersuchte in seinen Büchern die institutionellen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens und die dadurch verursachten Abweichungen des von den Grenznutzentheoretikern dogmatisierten Marktmechanismus und stellte neue wohlfahrtsstaatliche Anforderungen an das Wirtschaftssystem auf. Besonders praktischen Einfluß auf die amerikanische Wirtschaftspolitik hatte die parallele Arbeit von John R. Commons an der University of Wisconsin, der vielen

---

1 Ebd., S. 361.

2 Montaner, Antonio, Wesley C. Mitchell, in:HdSW, 7. Bd., 1961, S. 380.

3 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 50.

4 Veblen, Thorstein, The Theory of the Leisure Class, an Economc Study in the Evolution of Justifications, New York 1899; ders., The Theory of Business Enterprise, New York 1904.

5 Montaner, Antonio, Thorstein Veblen (1857 - 1929), in: HdSW, 10. Bd., 1959, S. 617.

späteren Gesetzgebungen der New Deal Ära in seinem Heimatstaat den Weg bahnte, so etwa durch das "Public Utility Law" von 1907, der "Wisconsin Industrial Commission" zur Beilegung von Tarifkonflikten von 1911, oder durch den "Wisconsin Unemployment Insurance Act" von 1932. Commons betrachtete die Volkswirtschaft als ein *going concern*, als ein Netz von Interrelationen zwischen Individuen mit divergierenden Interessen, an deren Lösung sie jedoch interessiert seien, um das ganze System weiterhin effektiv betreiben zu können. Mit Veblen und Commons kam in den Vereinigten Staaten der Gedanke auf, daß die Regierung als Vermittler zwischen unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen sowie wirtschaftlichen Kräften und Individuen auftreten sollte. Sahen die Neoklassiker durch die Gleichgewichtstendenzen des Marktes Harmonie in allen wirtschaftlichen Bereichen gesichert, wollten Commons und die anderen *liberal reformers* den fairen Interessenausgleich zwischen den Gesetzen des freien Marktes und dem Wohlergehen des Einzelnen durch *government action* herbeigebracht sehen.[1]

Die Neoklassik bot keine Theorie der Wirtschaftspolitik. Dies wurde von Rexford G. Tagwell von der Columbia University kritisiert. Der Ausbruch der Krise habe gezeigt, so Tugwell, daß man nicht nur keine Instrumente zu ihrer Bekämpfung habe, sondern überhaupt nicht in der Lage sei, aus dem "laisser-faire-milieu" wirtschaftsliberaler Tradition herauszutreten. Der institutionelle Rahmen des Wirtschaftens sei nicht so immerwährend und unwandelbar wie angenommen, genausowenig wie der Mensch ein *homo oeconomicus* sei, dessen Verhaltensweisen allein durch ein vorgegebenes Rationalprinzip determiniert werde. Tugwell plädierte für eine neue Wirtschaftswissenschaft, die von der Beschreibung deduktiver Soll-Zustände weg zu einer klaren Definition sozialer Ziele unter Angebot realistischer Lösungswege kommen sollte.[2]

Die amerikanischen Neoklassiker und Institutionalisten standen sich Anfang der 30er Jahre relativ isoliert und unversöhnlich gegenüber. Dann kam der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, der insbesondere unter den Neoklassikern - ähnlich wie in Deutschland - zu immer größerer Ratlosigkeit und dogmatischer Verhärtung führte. Blickt man auf die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion in Deutschland zurück, wird klar, daß insbesondere die exilierten Reformökonomen einiges in den USA beizutragen hatten. "Sie kamen zu einer Zeit, als in Amerika von einer neuen Generati-

---

1 Als den Institutionalisten nahestehend sind noch die unterkonsumtionstheoretischen Arbeiten der Wohlfahrtsökonomen Catchings und Foster und ihrer Anhänger zu betrachten. Foster, William/ Catchings, Waddill, Business without a Buyer, Boston 1927; dies., The Road to Plenty, Boston 1928. Sie entwickelten ein Einkommensfluß-Schema und argumentierten, daß ein kontinuierlicher Kaufkraftstrom von den Produzenten zu den Konsumenten und zurück fließen müsse, um die Wirtschaft auf einem hohen Produktionslevel halten zu können.

2 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 52. Als Werk etwa Tugwell, Rexford G., The Industrial Discipline and the Governmental Arts, New York 1933.

on von Sozialwissenschaftlern und politisch engagierten Intellektuellen die gleichen Fragen stellten, aber noch nicht die entsprechenden Antworten gefunden worden waren."[1] Ihre mitgebrachten Denkweisen und Forschungsansätze stießen in der Ära des New Deal auf ein offenes Ohr in den Kreisen der amerikanischen Wissenschaft, die Roosevelt in seinem Reformwerk unterstützten.[2]

Alvin Johnson war von vornherein daran gelegen, die Botschaft der von ihm ins Land geholten Reformökonomen publik zu machen. Überhaupt legte der Begründer den Arbeitsschwerpunkt der Graduate Faculty auf die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Bereits um die Jahreswende 1933/34 veranstaltete Johnson die ersten öffentlichen Symposien zu den Themen "Laisser Faire - Interventionismus - Geplante Wirtschaft" und "Hat der Kapitalismus versagt?". Nicht zuletzt wollte er damit auch die Neuankömmlinge zwingen, möglichst bald Herr der englischen Sprache zu werden, um sich vor den amerikanischen Kollegen behaupten zu können. Es ist leicht, sich vorzustellen, welches erhebliche Hindernis das in den ersten Monaten praktizierte Kauderwelsch des "New Schoolese" darstellte.[3] Ökonomische Fragen standen in den ersten Jahren auch stets im Vordergrund des bis 1945 wöchentlich stattfindenden "General Seminars", in dem ganz nach aus Deutschland vertrauter Methode interdisziplinärer Austausch praktiziert wurde. Da die interessierte Öffentlichkeit Zugang zu diesen Diskussionen hatte, konnte man so auch nach außen etwas von der charakteristischen Arbeit der "Universitiy in Exile" demonstrieren.[4]

Das bedeutendste Forum mit multiplikativer Wirkung für ihre Arbeit fanden die exilierten Wissenschaftler jedoch in der von Alvin Johnson initiierten und Anfang 1934 erstmals erschienenen Zeitschrift *Social Research*. In den ersten Jahren ihres Bestehens kann sie durchaus als Fortsetzung des in Deutschland eingestellten *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* oder des *Weltwirtschaftlichen Archiv* angesehen werden. Eine Durchsicht der Jahrgänge ermöglicht denn auch einen guten Einblick in die an die Vorarbeit in Deutschland anknüpfenden Arbeiten der Reformökonomen.[5]

Die deutschen Reformökonomen hatten sich in ihren Forschungen besonders mit den Folgen des technischen Fortschritts, dessen Wirkungen auf die Wachstumsdynamik und Beschäftigung sowie den damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtsstörungen beschäftigt. Adolph Lowe hatte in der konjunkturtheoretischen Debatte Ende der 20er Jahre in Auseinandersetzung mit den monetären Konjunk-

---

1 Ebd., S. 53.

2 Fritsch, Bruno, Geschichte und Theorie der amerikanischen Stabilisierungspolitik 1933 - 1939 / 1946 - 1953, Zürich 1959, S. 8ff.: Präkeynesianische Vorschläge zur Beschäftigungspolitik.

3 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 110.

4 Ebd.

5 Ebd., S. 110ff.

turtheoretikern neue Akzente gesetzt. Die Planungsdebatte der Institutionalisten Amerikas war in den Anfängen steckengeblieben, die wirtschaftspolitische Rolle des Staates kaum thematisiert worden. Hinzu kamen instrumentale Defizite: Es fehlte eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung oder eine entsprechende Sozialproduktherhebung, ohne die keine "Budgets" aufgestellt und Richtung und Ziel der geplanten Entwicklung festgelegt werden konnten.[1]

An der Graduate Faculty der New School for Social Research knüpften an erster Stelle Emil Lederer und Alfred Kähler an ihre früheren Forschungen an. In seiner Arbeit über "Technischen Fortschritt und Arbeitslosigkeit" von 1931 hatte Lederer aufgezeigt, unter welchen Bedingungen der technische Fortschritt Arbeitskräfte freisetzt.[2] In einigen Artikeln in *Social Research* sowie in einer zweiten erweiterten Auflage seines Werkes, die 1938 dreisprachig als Drucksache des Internationalen Arbeitsamtes erschien, erweiterte er seine Thesen und führte einige untermauernde Beispiele an. Von ihm "stammt auch die Unterscheidung zwischen arbeitsfordernden, konjunkturbelebenden Neuerungen und arbeitssparenden Verbesserungen der laufenden Produktion, die womöglich noch aus laufenden Abschreibungen finanziert würden und deren Gewinne, falls investiert, die ersparten Arbeitskräfte aufsaugen, aber falls konsumiert, den Verbrauchsausfall dieser Arbeitslosen 'kompensieren' und dadurch den Verbrauchskreis verengen könnten; eine eingehende Kasuistik wurde entwickelt. Alles hänge von Umfang und Intensität der Neuerungen ab."[3] Die kapitalistische Dynamik, wie sie schon Joseph A. Schumpeter beschrieben hatte, könne nicht nur Entwicklung, sondern auch zugleich Zerstörung des Kapitalismus bedeuten.[4]

Alfred Kähler hatte am Institut für Weltwirtschaft in Kiel in einem achtsektoralen Modell ein Gesamtumschlagschema der Wirtschaftsabläufe entwickelt,[5] das als früher Entwurf eines Input-Output-Modells angesehen wird, und er versuchte nun, sein bisher theoretisch entworfenes Modell empirisch zu untermauern. Unter Betrachtung der deutschen sowie amerikanischen Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg wies Kähler nach, daß die mit dem technischen Fortschritt verbundenen Rationalisierungen eine völlig neue Qualität hinsichtlich der Veränderungen und des zeitlichen Ablaufs des Strukturwandels markiert und im Gegensatz zur neoklassischen Auffassung

---

1 Zu den Defiziten Gruchy, Allan G., Contemporary Economic Thought. The Contribution of Neo-Institutional Economics, Clifton 1972, S. 19ff.

2 Lederer, Emil, Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Tübingen 1931. Teil I, Kap. 4.6.

3 Heimann, Eduard, Emil Lederer, in: HdSW, 6. Bd., 1959, S. 553.

4 Die Studie für das Internationale Arbeitsamt wurde 1981 erneut veröffentlicht: Lederer, Emil, Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit. Eine Untersuchung der Hindernisse des ökonomischen Wachstums, Frankfurt 1981.

5 Kähler, Alfred, Die Theorie der Arbeitsfreisetzung durch die Maschine. Eine gesamtwirtschaftliche Abhandlung des modernen Industrieprozesses, Greifswald 1933.

beträchtlich zur Dauer und Schwere der Weltwirtschaftskrise beigetragen hätten. Anders ausgedrückt: die Produktionskapazitäten hätten in diesem Zeitraum ständig zugenommen, die Beschäftigungszahl sei jedoch dauernd gesunken, wobei die Produktivitätskurven also stets schneller als die Produktionskurven gestiegen waren.[1]

Roosevelts New Deal hielt zunächst weitestgehendst an der Ideologie des alten liberalen Staates fest, der Steuererhebungen kurzerhand als Entzug von produktiver Verwendung aus der Wirtschaft betrachtete. Colm ließ seinen Ansatz in seinen ersten Beitrag in *Social Research* einfließen, in welchem er auch den Amerikanern aufzeigte, wie sich im Grunde auch bei ihnen schon längst die Rolle des Staates in der Volkswirtschaft gewandelt hatte.[2] Der Titel des Aufsatzes "The Ideal Tax System" deutet bereits darauf hin, wie Colm auch weiterhin die Fiskal- und Ausgabenpolitik zu einem makroökonomischen Steuerungsinstrument des gesamtwirtschaftlichen Prozesses instrumentalisieren wollte. Der Staat sei nun aufgerufen, die Auswirkungen der Depression abzufedern sowie eine Wiederholung zu vermeiden.

Dabei sah er sich auch Vorurteilen gegenüber: "We have 25 per cent socialism today", kommentierte in jener Zeit etwa Ray Untereiner die Staatsquote in den USA.[3] In einer Reihe von Beiträgen erbrachte Colm eine Neudefinition der Rolle der Staatsausgaben in den USA. Im Jahre 1936 erschien der Aufsatz "The Theory of Public Expenditures",[4] der sich eng an die Kieler Habilitationsschrift anlehnte. Eine wachsende Staatsquote war für Colm alles andere als die abschüssige Bahn auf dem Weg zum Sozialismus oder eine "unpatriotische Schwächung" des Staates, wie sie etwa von Untereiner heraufbeschworen wurde. Eine Erhöhung der Staatsausgaben sollte auch nicht - wie in den USA vielfach - als "unproduktive Konsumpolitik" betrachtet werden, vielmehr käme es auf die Betrachtung der *Verwendung* der Staatsausgaben an. Colm behielt die in Kiel definierte Unterscheidung in einen öffentlichen und privaten Wirtschaftssektor bei. Probleme bereiteten Colm die nach seiner Meinung überkommenen Produktionsvorstellungen bzw. der Begriff des "Sozialprodukts" selbst: In den hergebrachten Sozialproduktberechnungen ginge alles gleichwertig ein, was nur einen "Preis" habe. Vom ökonomischen Standpunkt aus sei es jedoch nicht erwiesen, ob etwa die privatwirtschaftliche Produktion von Alkohol den öffentlichen Verbesserungen des Bildungssystems vorzuziehen sei. Colm plädierte für eine Neudefinition des Sozialproduktbegriffs für künftig zu treffende makroökonomische Entscheidungen, der nach ökonomischen, sozialen oder infrastrukturellen

---

1 Ders., The Problem of Verifying the Theory of Technological Unemployment, in SR, Bd. 2, 1935, S. 439ff.

2 Colm, Gerhard, The Ideal Tax System, in: SR, Bd. 1, 1934, S. 319ff.

3 Untereiner, Ray E., The Tax Racket, Philadelphia 1933, S. 42.

4 Colm, Gerhard, The Theory of Public Expenditures, in: Annals of the American Academy of Political and Social Sciences, Bd. 183, S. 1ff.

Komponenten zu differenzieren vermochte. In welchen aktuellen Bereich Gerhard Colm mit seinen finanzwissenschaftlichen Arbeiten in den USA zu diesem Zeitpunkt stieß, zeigen zahlreiche seit 1933 von der amerikanischen Regierung sowie dem Kongreß eingesetzte Forschungskommissionen sowie private Initiativen, etwa der Rockefeller Foundation.[1]

Neben Arbeiten über die Funktionsbestimmung des öffentlichen Haushalts in der Volkswirtschaft, mit denen Gerhard Colm auf seine Forschungen aus den 20er Jahren zurückgriff, suchte er weiterhin nach einer normativen Fixierung der Bestimmungsgründe für die Höhe der öffentlichen Ausgaben. Noch vor der großen Emigrationswelle hatte Colms New School-Kollege Arnold Brecht an diese traditionelle deutsche Debatte angeknüpft.[2] Brecht hatte zu dem von Adolph Wagner formulierten "Gesetz von der wachsenden Ausdehnung der Staatstätigkeiten" mit dem Fortschritt der Volkswirtschaft und Kultur aus dem 19. Jahrhundert eine partielle Präzisierung geliefert: das "Gesetz der progressiven Parallelität zwischen Ausgaben und der Bevölkerungsmassierung".[3] Solche Überlegungen, die Finanzwissenschaftler wie Gerhard Colm und Arnold Brecht mit in die USA brachten, waren der amerikanischen Wirtschaftswissenschaft Jahrzehnte voraus: Erst Anfang der 50er Jahre erschien unter ausdrücklicher Berufung auf die beiden Wissenschaftler die erste empirische Studie über die Bestimmungsgrößen der öffentlichen Ausgaben in Amerika.[4] In den Vereinigten Staaten suchten Colm und Brecht nun den bisher in Deutschland beobachteten Trend an den amerikanischen Verhältnissen zu überprüfen. Während Brecht weiterhin als entscheidende Determinante sein "Gesetz über die Bevölkerungsdichte" ansetzte - was kaum auf die USA übertragbar war[5] - legte Colm die schon bei Adolph Wagner erkennbaren Determinanten Industrialisierungsgrad und Einkommenshöhe für den Umfang der Staatsausgaben zugrunde. Dieser Ansatz stellte mit Sicherheit den Schlüssel zu einem realistischerem Bild der Haushaltsstrukturmerkmale - nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern für alle industrialisierten Nationen - dar. Gerhard Colm ging es bei der Suche nach solchen Indikatoren nicht allein um ökonomische und fiskalpolitische Interessen, vielmehr sah der Na-

---

1 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 135.

2 Ebd., S. 139f.

3 Brecht, Arnold, Internationaler Vergleich der öffentlichen Ausgaben, Leipzig/Berlin 1932. Auch Brecht hatte sich in diesem Zusammenhang im übrigen - wie Colm - mit dem Vorwurf der alliierten Reparationsgläubiger auseinandergesetzt, die die angebliche deutsche verschwenderische Ausgabenquote kritisierten.

4 Fabricant, Solomon, The Trend of Government Activity in the United States since 1900, New York 1952 (= National Bureau of Economic Research [NBER], No. 56).

5 Brecht, Arnold, Three Topics in Comparative Administration-Organization of Government Departments, Government Corporations, Expenditures in Relation to Population, in: Friedrich, Carl Jacob / Mason, E.S. (Hrsg.): Public Policy, Cambridge, Mass. 1941. Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 139.

tionalökonom darin auch eminente *soziologische* Fragen eingeschlossen: Mit der steigenden Industrialisierung und dem damit wachsenden Lebensstandard steige, so Colm, auch das *Anspruchsverhalten an die öffentliche Hand*, dessen Nichterfüllung zu Loyalitätsverlusten und eventuellen Paralysierung des politischen Systems führen könnte. Colm führte den Amerikanern die seinerzeit noch überraschende Tatsache vor Augen, daß die Sozialausgaben in reichen Ländern mit geringeren objektiven Nöten höher seien als in armen Regionen. Das kulturelle Paradox des amerikanischen Wirtschaftssystems sei jedoch, daß der gewaltige Überfluß in der materiellen Güterproduktion mit einer wachsenden Verschlechterung der Lebensqualität einhergehe. Der breite private Wirtschaftssektor, der den größten Teil der nationalen Ressourcen beanspruche, ließe kaum Mittel für die so dringend benötigte Infrastruktur wie Schulen, Krankenhäuser, Straßen etc. Als soziologische Konsequenz dieser Entwicklung sei darüber hinaus zu befürchten, daß sich die Menschen immer mehr jenen Konsumangeboten anpaßten, da die institutionellen Voraussetzungen im Bildungs- und Freizeitangebot für eine kreative Lebensgestaltung schlichtweg fehlten.[1]

Die Vereinigten Staaten befanden sich seit dem Jahre 1933 in wirtschaftspolitischer Hinsicht in einer Phase des Bruches mit ihren liberalen Traditionen: Mit dem Amtsantritt Präsident Franklin D. Roosevelts war die Ära des "New Deal" angebrochen, die gerade für die deutschen Reformökonomen ein interessantes Beobachtungs- und Experimentierfeld bieten mußte.

2.3 Die amerikanischen Wirtschaftswissenschaften und die Ära des New Deal[2]

Präsident Herbert Hoover war der Überzeugung gewesen, daß die *Great Depression* schon von selbst vorübergehen werde; "hold on and the storm will blow away", hatte deshalb die ausgegebene Devise geheißen.[3] Die Hauptziele von Hoovers Wirtschaftspolitik hatten deshalb darin bestanden, als beratender Partner für "business" und "labor" Lohnkürzungen zu vermeiden, zu Kapitalinvestitionen zu ermutigen, die Agrarpreise zu stabilisieren, die öffentlichen (Bau-)Investitionen aufrechtzuerhalten, den Kreditzins niedrig zu halten und - unter der Annahme, einen ausgeglichenen

---

1 Colm, The Theory of Public Expenditures, a.a.O; oder an dieser Stelle vorausgreifend das Werk: Colm, Gerhard/Geiger, Theodore, The Economy of the American People, Washington 1958, S. 106ff; Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 140.

2 Die wirtschaftspolitischen Experimente im New Deal wurden auch in Deutschland sorgfältig analysiert: Röpke, Wilhelm, Die Nationalökonomie des New Deal, in: Zeitschrift für Nationalökonomie 5, 1934; Walter, Wilhelm F., Die Bekämpfung der Krise in den Vereinigten Staaten, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, 1935; Beckerath, Herbert v., Die Vereinigten Staaten und der New Deal, in: Schmollers Jahrbuch, 60, 1936, S. 574-584.

3 Schlesinger, A. M., The Crisis of the Old Order 1919 - 1933, London-Melbourne-Toronto 1957.

Haushalt erreichen zu können - Steuersenkungen vorzuschlagen, um dann schließlich doch die Steuern zu erhöhen.[1]

In einem Punkt waren sich die amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler aus allen Lagern einig: Es mußte etwas geschehen. Dabei waren freilich die Ansatzpunkte von unterschiedlicher Natur. Irving Fisher von Yale University etwa forderte die Regierung auf, ihre *monetären* Instrumente zur Krisenbekämpfung einzusetzen.[2] Fisher sah durchaus die Möglichkeit eines "vollständigen Stabilisierungsprogramms", wobei er in seiner Krisenursachenanalyse einige durchaus interessante Faktoren anführte. Die wichtigsten drei waren der Schuldenfaktor, der Geldvolumenfaktor und das Preisniveau, die eng miteinander verknüpft seien, wobei der Geldvolumenfaktor das entscheidende Bindeglied darstellte. Fisher betrachtete die "dollar disease", nämlich die fallenden Preise als die Hauptursache hinter der großen Depression. Diese "Krankheit" sei nutzlos, behauptete er, hätte der Goldstandard zwar zum Schutz gegen Inflation, nicht jedoch zum Schutz gegen Deflation instrumentalisiert werden können. Fishers "vollständiger Plan" zur Preisstablisierung und Depressionsbekämpfung sah eine gezielte Offenmarktpolitik, eine optimierte Mindestreserve- und Diskontpolitik der Zentralbank sowie eine flexible Goldpreisadjustierung vor, die schließlich - als "last resort" - im Fallenlassen des Goldstandards münden könnte. Letzteren Schritt hatte schon Gerhard Colm in Deutschland gefordert.[3] Eine "Ad-hoc-Stabilisierungskommission" sollte nach Fisher jeweils mit den genannten Instrumenten in den Wirtschaftsprozeß eingreifen, bis das gewünschte Preisniveau erreicht und Deflation oder Inflation bekämpft seien.[4]

Fishers monetärer Ansatz blieb nicht unkritisiert. Sein Kollege an Yale, James H. Rogers, befürchtete durch die Offenmarktpolitik angesichts der inzwischen risikoscheuen Geschäftsbanken lediglich eine Akkumulation stillgelegten Kapitals (*idle funds*).[5] Andere Wirtschaftswissenschaftler verwarfen Fishers "Theory of Managed Currency" gänzlich und machten geltend, daß die Verteilung des zirkulierenden Geldes zwischen Investoren und Konsumenten viel wichtiger sei als die Geldmenge als solche.[6] Walter E. Spahr, Benjamin M. Anderson und Charles O. Hardy warfen

---

1 "Annual Message to Congress on the State of the Union" v. 3.12.1929, in: Public Papers of the Presidents of the United States: Herbert Hoover (1929), Washington 1974, S. 404ff.

2 Fisher, Irving, Booms and Depressions: Some First Principles, New York 1932, S. 13ff.

3 Colm, Gerhard, Wege aus der Weltwirtschaftskrise, in: Die Arbeit 8, 1931, S. 834.

4 Fisher, Irving, Booms and Depressions, S. 23 u. 29.

5 Rogers, James H., Federal Reserve Policy in World Monetary Chaos, in: American Economic Review, 23, 1933 (Supplement of March 1933), S. 119ff.

6 So etwa Adams, Arthur B., Our Economic Revolution. Solving our Depression Problems through Public Control of Industry, Norman, Okl., 1934, S. 62ff.

ein, daß die Güterpreise mit dem Goldpreis variierten und man mit Manipulation des letzteren das Preisniveau im gewünschten Maße regulieren könnte.[1]

Ein Lösungsansatz zur Überwindung der Wirtschaftskrise kam aus dem "fiskalen" Lager, dem Gerhard Colm am ehesten zuzurechnen ist. Jacob Viner von der University of Chicago, unterstützt von seinem Kollegen Henry C. Simons, lenkte die Aufmerksamkeit auf den kritischen Zusammenhang zwischen Preise und Kosten. Seiner Meinung nach konnte die Depression überwunden werden, indem die Preise stabilisiert oder angehoben, während die Kosten gesenkt werden müßten. Die Regierung müßte dazu die Steuern senken und für die Verbilligung anderer Kostenfaktoren Sorge tragen. Die steigende Staatsverschuldung könnte dann in Prosperitätsjahren abgebaut werden.[2] Sumner H. Slichter von Harvard University forderte, daß die auf privatwirtschaftlicher Ebene ausgefallenen Beschäftigungsinvestitionen durch Regierungsausgaben- bzw. Programme ausgeglichen werden sollten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.[3]

Fritsch betont zwei Merkmale des New Deal: Der geringe Einfluß der wissenschaftlichen Untersuchungen auf die konkrete Wirtschaftspolitik und das Fehler jeglicher Systematik in der Konsumbekämpfung. Die Folge unzureichender theoretischer Grundlagen ist ein ständiges wirtschaftspolitisches Experimentieren.[4]

Im Jahre 1930 - sechs Jahre vor seiner "General Theory" - veröffentlichte Keynes seine "Treatise on Money", in der er massive Staatsausgaben forderte, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.[5] Die Hauptargumentation des Buches, das, wenngleich umstritten, Keynes Weg zu Weltruhm vorbereitete, kreiste um die unterschiedliche Motivation für Sparen und Investieren. Das Saysche Theorem ("Say's Law of the Markets") hatte den stetigen Ausgleich zwischen Investitionen und Sparen postuliert - nach Keynes war das nicht notwendigerweise der Fall. Sollte die Neigung zum Sparen die Investitionen übertreffen, würde die wirtschaftliche Aktivität abfallen, im umgekehrten Fall würde sie ansteigen. Keynes plädierte für den Einsatz monetärer Instrumente, um ein Gleichgewicht zwischen Investieren und Sparen aufrechterhalten zu können und wirtschaftliche Stabilität zu erlangen. Öffentliche Aufträge bzw. Investitionen sollten die Auswirkungen von Depression und Unterbeschäftigung lindern helfen.[6] In einem offenen Brief an Präsident Roosevelt in der *New York Times*

---

1 Spahr, Walter E., The Monetary Theories of Warren and Pearson, New York 1934. Das Buch wird implizit auch als Kritik an Fisher betrachtet.

2 Viner, Jacob, Balanced Deflation, Inflation, or more Depression, Minneapolis 1933, S. 18ff.

3 Slichter, Sumner H., The Economics of Public Works, in: American Economic Review, 24, 1934 (Supplement of March 1934), S. 175. a. zu den genannten Ökonomen Spulber, Nicolas, Managing the American Economy from Roosevelt to Reagan, Bloomington 1989, S. 7ff.

4 Fritsch, Bruno, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 12 und 15.

5 Keynes, John Maynard, Treatise on Money, New York 1930.

6 Clark, J. M., Economics of Planning Public Works. A Study made for the National Planning Board

forderte er zu vermehrten Staatsausgaben auf Anleihebasis und verbilligten Krediten, insbesondere für längerfristige Anleihen, auf.[1]

Später behauptete Keynes in seiner "General Theory", daß die hochentwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften des Westens zu einem "chronischen Zustand subnormaler Wirtschaftsaktivität für einen beträchtlichen Zeitraum" tendieren würden.[2] Sollten nicht angemessene *fiskalische* Korrekturmaßnahmen ergriffen werden, würde das ganze System auf Dauer "um einen Zustand irgendwo beträchtlich unter Vollbeschäftigung und beträchtlich über Minimalbeschäftigung oszillieren."[3] Keynes ging also von einem stationären Endzustand (*stationary state*) - oder, anders ausgedrückt: Stagnation - der "reifen" Volkswirtschaft (*mature economy*) aus. Er glaubte, daß die Investitionsmöglichkeiten im Westen rapide abnehmen würden, und wurde darin von Alvin H. Hansen (Harvard) unterstützt. Zur Bekämpfung der Stagnation mußten nach Hansen die Einkommensverteilung (in einem unterkonsumtionistischen Ansatz) korrigiert und öffentliche Investitionen erweitert werden.[4]

Bleibt neben dem monetaristischen und fiskalischen Ansatz zur Krisenüberwindung noch eine dritte Schule: die Institutionalisten, die in dieser Zeit durch Wesley C. Mitchell und Rexford G. Tagwell angeführt wurden. Das "häufige Wiederauftreten von Wirtschaftskrisen und Depressionen" zeige, so Mitchell, daß das "automatische Anpassungssystem der Marktwirtschaft" nicht funktioniere.[5] Mitchell forderte einen "National Planning Board", der in den Grenzfällen, in denen die Regierung die Kontrolle übernehmen sollte und solchen Fällen, in denen der unabhängigen Unternehmerinitiative freie Hand überlassen werden sollte, entscheiden würde. Auch Tugwell forderte Planungsausschüsse auf industriesektoraler Basis mit einem "United States Industrial Integration Board" an der Spitze, in denen unter Beteiligung der Regierung nationale Planungsbelange entworfen und, so etwa eine Industrieumstrukturierung, umgesetzt werden könnten.[6]

Diese Debatte erinnerte an die deutsche Planungsdebatte der zwanziger Jahre und spielte im Zusammenhang mit Gerhard Colms später entwickelten Konzept des "National Economic Planning and Programming" eine weitere Rolle. Eine wahre

---

of the Federal Emergency Administration of Public Works, Washington D.C. 1935.

1 *The New York Times* v. 31.12.1933.

2 Keynes, John Maynard, The General Theory of Employment, Interest and Money, New York 1936, S. 249 (Übers. d. Verf.).

3 Ebd.

4 Hansen, Alvin H., Full Recovery or Stagnation, New York 1938.

5 Mitchell, Wesley C., The Social Sciences and National Planning, in: Mackenzie, Findlay (Hrsg.): Planned Society: Yesterday, Today, Tomorrow: A Symposium, New York 1937, S. 108 (Übers. d. Verf.).

6 Tugwell, Rexford G., The Principle of Planning and the Institution of Laissez Faire, in: American Economic Review, 22, 1932 (Supplement of March 1932), S. 76ff.

Planungseuphorie brach zu Beginn der dreißiger Jahre, einhergehend mit Roosevelts New Deal, in den USA aus.[1] Im Jahre 1934 wurde die "National Planning Association" ins Leben gerufen, zu deren Chefökonom Gerhard Colm Anfang der 50er Jahre avancierte. Aber auch das "National Bureau of Economic Research" oder die Brookings Institution nahmen sich dieser Problematik an. Planungs- und Ordnungsfragen standen häufig im Mittelpunkt des General Seminars an der Graduate Faculty der New School for Social Research. Bereits wenige Wochen nach Aufnahme des Lehrbetriebs im September 1933 fand ein erstes Symposium zum Thema "Geplante Wirtschaft" statt, und in einer Vielzahl von Artikeln, die bis zum Kriegsausbruch in *Social Research* erschienen, wurden Planungsprobleme abgehandelt. Die Hauptrichtung der Arbeiten an der New School zielte auf einen Ausbau der "wirtschaftsdemokratischen" Überlegungen der zwanziger Jahre ab, die jedoch über sozialpolitische Maßnahmen oder einzelbetriebliche Mitbestimmungsrechte hinausgingen.[2] Die Arbeiten der New School-Ökonomen richteten sich in erster Linie, so Alfred Kähler, auf eine "positive Regulierung von Produktion und Verteilung" sowie darauf, "die Wirtschaft im dynamischen Gleichgewicht zu halten", was mehr als "liberal gemanagter Kapitalismus", nämlich weitergehende "öffentliche Investitionslenkung und Wachstumskontrolle" bedeuten sollte.[3] Die Sowjetunion diente dabei als abschreckendes Beispiel. Auf diese Art könne Planung, so Eduard Heimann, als Despotie erscheinen. Heimann folgerte daraus, daß Eingriffe in die Wirtschaft nicht als verselbstständigte politische Prinzipien, sondern nur funktional zum Erreichen konsensfähiger Ziele akzeptiert werden dürften. Planung bedeutete für Heimann nicht Kontrolle und Formierung der Gesellschaft von oben, sondern sollte als demokratische Lenkung der Wachstumsdynamik gerade die dezentrale Produktion und vielfältig gegliederte gesellschaftliche Infrastruktur sichern.[4] Heimann organisierte 1937 ein Symposium mit, auf dem eine Bestandsaufnahme der Planungsforschungen in den

---

1 Etwa Knight, Frank H., Barbara Wootton on Economic Planning, in: Journal of Political Economy, Bd. 43, 1935, S. 809ff.; Gruchy, Allan G., The Concept of National Planning in Institutional Economics, in: Southern Economic Journal 6, 1939, S. 121ff. Näher dazu Spulber, Nicolas, Managing the American Economy,, S. 11ff.; Haan, Hugo, Das amerikanische Planning. Eine Bewegung für geplantes Wirtschaften in den Vereinigten Staaten dargestellt durch eine Zitatensammlung, Leipzig 1933.

2 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 131. Zur Planungsdebatte der New School-Ökonomen im folgenden ebd., S. 124ff.

3 Kähler, Alfred, The Trade Union Approach to Economic Democracy, in: Ascoli, Max/Lehmann, Fritz (Hrsg.): Political and Economic Democracy, New York 1937, S. 56; ders., Business Stabilization in Theory and Practice, in: SR, Bd. 5, 1938, S. 1ff.

4 Hierzu Eduard Heimanns vielfältige Beiträge in *Social Research*, so "Socialism and Democracy, Bd. 1, 1934, S. 301ff.; "Planning and the Market System", ebd., S. 486ff.; "Types and Potentialities of Economic Planning", Bd. 2, 1935, S. 176ff.

USA geleistet wurde.[1] "Is Economic Planning compatible with Democracy?", fragte auch Gerhard Colm im selben Jahr in der von den New Schoolern publizierten Studie über "Political and Economic Democracy".[2] Es hätte nie in der Geschichte eine wirkliche "laisser-faire"-Wirtschaft gegeben, führte Colm erneut aus, nur hätte der Staat bisher "planlos interveniert" bzw. "rumgedoktert". Die wirksamere Alternative, die die Zeit fordere, sollte eine "planned intervention" sein, die - solange demokratisch legitimiert - durchaus mit Demokratie zu vereinbaren sei.

Als die Roosevelt Administration am 4. März 1933 ihre Amtszeit antrat, verfügte sie bereits über Lösungsansätze aus verschiedenen Schulen zur Krisenüberwindung. Eine konsistente, in sich geschlossene New Deal-Programmatik ist allerdings nie entwickelt und umgesetzt worden.[3] "Der New Deal stellt daher nicht ein System von einander ergänzenden Krisenbekämpfungsmaßnahmen dar, sondern muß als ein Konglomerat von weitgehend unabhängigen Teilexperimenten betrachtet werden, deren einzige Gemeinsamkeit in der Entschlossenheit der Regierung (Roosevelt) begründet lag, die auf dem Privateigentum beruhende Wirtschaftsordnung trotz der weit verbreiteten Verbitterung über die verheerenden Folgen der Krise nicht radikal abzuschaffen, sondern lediglich die Funktionsmängel des bestehenden Wirtschaftssystems durch experimentell angesetzte Reformen zu beheben."[4] "Vor allem standen zwei, schon zur Zeit Theodore Roosevelt sich widerstrebende Tendenzen unversöhnt nebeneinander: die Idee, daß die wirtschaftlichen Mißstände durch Wiederherstellung der Konkurrenz im Sinn des Shermangesetzes[5] beseitigt werden können ... und der andere Gedanke, daß eine moderne Großwirtschaft unter staatlicher Beaufsichtigung und Leitung die einzig zeitgemäße Lösung darstelle."[6]

In Hinblick auf die Dollar-Krise suchte die Roosevelt Administration Irving Fishers monetären Ansatz: das Bank- und Börsenwesen wurde gesetzlich neugeregelt, der Goldstandard fallengelassen, und eine Inflationierung der Währung sorgte für den notwendigen nominellen Preisanstieg.[7] Da die Finanzierung der Wohlfahrtsausgaben

---

1 Die Ergebnisse dieses Symposiums sind in dem Sammelband von Findlay Mackenzie, Planned Society, New York 1937, zusammengefaßt.

2 Colm, Gerhard, "Is Economic Planning compatible with Democracy?" in: Ascoli, Max/Lehmann, Fritz (Hrsg.): Political and Economic Democracy, New York 1937, S. 21-41.

3 Der Historiker Albert U. Romasco urteilte später, daß der New Deal eine "wide and contradictory variety of ideological programs" kombiniert hätte, die nichts mit "logic or consistency" zu tun gehabt hätten, in: The Politics of Recovery. Roosevelt's New Deal, New York 1983, S. 5.

4 Fritzsch, Bruno, New Deal, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 574.

5 Der Sherman Act von 1890 betraf eine Anti-Monopolgesetzgebung.

6 Landauer, Carl, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Stuttgart 1981, S. 169.

7 Zum New Deal Schlesinger, Arthur M., The Age of Roosevelt, Bd. 1: The Crisis of the Old Order 1919-1933, Boston 1957; Leuchtenburg, William E., Franklin D. Roosevelt and the New Deal, New York 1983; Louchheim, Katie (Hrsg.): The Making of the New Deal. The Insiders Speak,

nicht durch Steuererhöhungen erfolgte, verdoppelte sich der Geldumlauf zwischen 1932 und 1937 und verdreifachte sich, erneut bezogen auf das Jahr 1932, bis 1940.[1] Der Glass-Steagal-Act führte eine Versicherung für Depositen ein und verfügte die (für Europa unübliche) Trennung von Geschäfts- und Investitionsbanken. 1934 wurde die "Security and Exchange Commission" (SEC) gegründet mit der Aufgabe, künftig Auswüchse der Spekulation zu verhindern, Publizität bei der Ausgabe von Aktien zu erzwingen und anderen unlauteren Manipulationen entgegenzuwirken.

Um die von äußerster Not geplagten Farmer von ihrer Schuldenlast zu befreien, die Preise für Agrarprodukte anzuheben und ihnen, wie es Roosevelt immer wieder ausdrückte, einen "more equal share of the national income" zuzusichern, legte der Präsident dem Kongress am 16. März 1933 das "Agricultural Adjustment Bill" (*Triple A*) vor. Das Gesetz bestimmte u.a. Anbauflächenstillegungen gegen Entschädigung und wurde vom Obersten Gerichtshof in der Art seiner Durchführung 1936 für verfassungswidrig erklärt. Den Farmern kamen die großen Staudammbauten zur Elektrifizierung und Wasserversorgung zugute, insbesondere unter der "Tennessee Valley Authority" (TVA), die gleichzeitig als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dienten und den Lebensstandard in vielen rückständigen Gebieten beträchtlich zu heben vermochten.

Den umfassendsten Kontrolleingriff in die Wirtschaft stellte der "National Industrial Recovery Act" (NIRA) dar, der am 16. Juni 1933 in Kraft trat: Im Interesse der "allgemeinen Wohlfahrt" sollte die Organisation der Industrie zum Zweck kooperativer Aktion zwischen den Wirtschaftsgruppen (sprich: Kartellisierung) gefördert werden. Die Ausführung des Gesetzes wurde einer "National Recovery Administration" (NRA) übertragen, und die einzelnen Industrien wurden aufgefordert, Regeln (*codes of fair practice*) über das Verhalten der Firmen auszuarbeiten und der Regierung zur Genehmigung vorzulegen. Jeder *code* mußte eine Bestimmung enthalten, die der Sektion 7a des NIRA entsprach und das Recht der Arbeiter zur Organisation in unabhängigen Gewerkschaften garantierte.[2] Sogenannte *code authorities* sollten in jedem Industriezweig die Einhaltung der "Regeln" überwachen.

Als Vorbild für die *code authorities* hat der "War Industries Board" gedient, der während des Ersten Weltkriegs als Instrument der wirtschaftlichen Mobilmachung sehr nützlich gewesen war. Das Ziel dieser neuen Gremien war jedoch weniger ein-

---

Cambridge/Mass. 1983.

1 Die wichtigste Geldschöpfungsmethode war der Ankauf von Bundesschuldverschreibungen durch die Bundesreservebanken mit neugeschöpftem Geld, der Ankauf von Silber durch die Regierung gegen Ausgabe von *silver certificates* (als Papiergeld zu verwenden), und die im April 1933 verfügte Ablieferungspflicht für Gold, das unter einer gleichzeitigen Goldpreiserhöhung in Papiergeld umgetauscht wurde.

2 Der Inhalt der "codes" wurde zum Großteil von den bestehenden Industrieorganisationen ("trade associations") bestimmt, vereinzelt konnten auch die Gewerkschaften Einfluß nehmen.

deutig definiert als einst die Konversion zur Kriegsproduktion. Welche Maßnahmen sollten zur Erholung der Wirtschaft ergriffen werden? Welchen Gruppeninteressen waren besonders schutzbedürftig; die der Arbeiter, der kleinen Geschäftsleute oder der Großkonzerne? "Hier berührten sich die beiden Grundorientierungen des New Deal", urteilt Carl Landauer, "traten aber auch in teilweisen Gegensatz zueinander: Wiederherstellung des Wirtschaftsvolumens (*recovery*) und Umbau der Gesellschaft (*reform*), und in allen Entscheidungen spielten gegensätzliche Ideologien und verschiedene Auffassungen über den Wirtschaftsprozeß hinein. Die fehlende Eindeutigkeit des Ziels machte die Benutzung von Organisationen, in denen private Interessen eine entscheidende Bedeutung spielten, zur Erreichung der von der Politik gesetzten Zwecke viel fragwürdiger als im Ersten Weltkrieg; hinter der Verschiedenheit der Ideologien konnte sich der Egoismus der Gruppen auswirken."[1]

Die *code authorities* waren Zwangskartelle, wenngleich der Zwang, ihnen beizutreten, nur ein moralischer war - und wie alle Kartelle suchten sie die Preise durch Beschränkung der Produktion zu erhöhen. Als besonders problematisch erwies sich die Tatsache, daß die code authorities versuchten, das Warenangebot der *gesunkenen Nachfrage* anzupassen und dabei nicht einmal von der Regierung gehindert wurden. Der Oberste Gerichtshof erklärte den NIRA am 27. Mai 1935 für verfassungswidrig, und auch eine eingeschränkte Variante, die "National Recovery Administration", existierte nur ein knappes weiteres Jahr. Clair Wilcox bezeichnete das ganze Experiment später als eine "vaccination, giving the United States a mild case of cartel disease and immunizing it against the disease itself."[2]

Kritische Beobachter meinten später, daß der NIRA unter Anwendung entsprechener nationaler wirtschaftlicher Gesamtplanung durchaus erfolgreich hätte umgesetzt werden können. Die Roosevelt Administration regulierte und überwachte in vielen wirtschaftlichen Bereichen mit Hilfe einer ganzen Reihe von "planning boards" und "committees" (z.B. "marketing quotas" in der Landwirtschaft), vermied aber in jedem Fall den Anstrich wirtschaftlicher Gesamt- bzw. Zentralplanung. Im Jahre 1935 wurde das "National Resources Committee" (NRC) ins Leben gerufen, das die nationalen natürlichen Resourcen sowie Produktions- und Konsumtionskapazitäten zu erfassen begann. Das NRC stellte Studien über Landnutzung und Rohstofferschließung bis hin zur wirtschaftlichen Struktur und demographischen Entwicklung des Landes an. In diesem Zusammenhang sind auch die Bodenkonservierungsprogramme bis hin zur den regionalen Entwicklungsprogrammen (z.B. TVA) zu

---

1 Landauer, Carl, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 171. Schlesinger, Arthur M., The Age of Roosevelt, Bd. 2: The Coming of the New Deal, S. 87ff.

2 Wilcox, Clair, Public Policies toward Business, Homewood, Ill. 1966, S. 686.

sehen. Die praktische Umsetzung der NRC-Studien in effektiv "geplante" Wirtschaftseingriffe blieb ebenfalls begrenzt.[1]

Eine entscheidende Rolle im New Deal spielten die Arbeitsbeschaffungsprogramme und Sozialgesetzgebungen. Die "Civil Works Administration" (CWA) und spätere "Works Progress Administration" (WPA)[2] wurden zum Symbol für Arbeitsbeschaffung auf öffentliche Kosten; nach Ansicht ihrer Gegner wurden sie freilich zum Symbol für *Unproduktivität* öffentlicher Arbeiten. Das große Werk der Sozialversicherung, der "Social Security Act" von 1935, führte eine Alters- und Hinterbliebenenversicherung sowie eine Erwerbslosenversicherung ein. Der "National Labor Relations Act", ebenfalls aus dem Jahre 1935, sicherte den Arbeitern das Koalitionsrecht als positives Recht auf breiter Grundlage zu. Der Organisationsgrad der Arbeiter wuchs rapide an, und der "Fair Labor Standard Act" von 1938 schließlich begrenzte die Arbeitswoche auf 40 Stunden und führte einen bis heute existierenden gesetzlichen Mindestlohn ein.

Für die deutschen Exilökonomen an der New School for Social Research übte der Aufbruchoptimismus des New Deal eine große Faszination aus, wurden doch einige ihrer in Deutschland entwickelten Ideen zumindest ansatzweise umgesetzt. Hinzu kam der Wunsch, aktiv einen Beitrag in der wirtschaftspolitischen Diskussion zu leisten und sich so im neuen Heimatland gesellschaftlich integrieren zu können. Zusammen mit den anderen Reformökonomen gehörte auch Gerhard Colm - wenngleich natürlich Defizite gesehen wurden - zu den aktiven Unterstützern von Roosevelts Wirtschaftspolitik.[3]

Die New School-Ökonomen wurden nicht selten von Zweifeln befallen, ob der neue politische Aktivismus in Amerika von Dauer sein könnte und nicht, wie sie es erlebt hatten, baldige Reaktionen der konservativen Eliten herausfordern würde. Herbert Hoover hatte seinen Amtsnachfolger Franklin D. Roosevelt im Wahlkampf mit dem Vorwurf attackiert, er sei mit *europäischen* Ideen vergiftet worden. In Angriffen rechter Organisationen wurde Roosevelt später gar als "verkappter Kommunist" oder "Sowjetagent" bezeichnet und der New Deal als "Jew Deal" denunziert - Hiebe, die sich auch gegen Alvin Johnsons New School richteten.[4]

---

1 Spulber, Nicolas, Managing the American Economy, S. 17.

2 Zu nennen ist auch noch das durch den "Unemployment Relief Act" im März 1933 geschaffene "Civilian Conservation Corps", das junge Männer mit Arbeiten in Forsten und Parks beschäftigte.

3 Colm, Gerhard, Die Krisenbekämpfung in den Vereinigten Staaten unter Roosevelts' "New Deal", in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz, April 1936 (Colms erstmals nach drei Jahren Emigration wieder in Europa erschienener Beitrag); ders. (m. Fritz Lehmann): Public Spending and Recovery in the United States, in: SR, Bd. 3, 1936, S. 129ff.

4 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 54.

Im Jahre 1937 war die Bilanz des New Deal gemischt.[1] Die Einkommen waren gestiegen, aber die Investitionen und Beschäftigungsrate lagen immer noch weit hinter den zwanziger Jahren zurück. Als dann die Regierung Ausgabenkürzungen vornahm (um Roosevelts Versprechen einzulösen, einen ausgeglichenen Staatshaushalt für 1938 zu erreichen) und die Federal Reserve den Mindestreservesatz beträchtlich anhob, trat eine schwere Rezession ein und ließ die Administration an ihren eigenen Maßnahmen zweifeln. Das Bruttosozialprodukt fiel 1938 um 6 Prozent, die Arbeitslosenzahl stieg von 7 auf 10 Millionen wieder an. Nun setzte eine "zweite Phase" des New Deal ein, die im Zusammenhang mit John Maynard Keynes betrachtet wird.

2.4 Keynes[2] und Colm

"Die Stürme der Weltwirtschaftskrise von 1929 haben in der ganzen Welt die Regierungen gezwungen, sich - ob wissenschaftlich fundiert oder nicht - konjunkturpolitisch zu betätigen ... Dabei war in den dreißiger Jahren das konjunkturpolitische Geschehen mit einer Isolierung und einem Zurückgreifen auf eng nationalwirtschaftlich begriffene Maßnahmen verbunden."[3] In diesem Umfeld erkannte Keynes als erster, daß die im Gefolge des Ersten Weltkrieges aufgetretene unfreiwillige Arbeitslosigkeit, die man Unterbeschäftigung nannte, mit der verfügbaren klassischen Theorie nicht zu erklären war. "Bei gegebenen Preisen bzw. Geldlöhnen ist die Höhe der Beschäftigung eine direkte Funktion der effektiven Gesamtnachfrage, die die Produktionshöhe bestimmt. Da durchschnittliche und marginale Konsumquoten kleiner als eins sind, reicht die Konsumnachfrage nicht aus, um die gesamte Produktion abzunehmen, es kommt für die Produktions- und Beschäftigungsentwicklung auf die Investitionen an: $Y = C + I$. Investitionen aber verbinden Gegenwart und Zukunft - erwartete Erträge; die 'marginal efficiency of capital', bestimmen die Höhe der Investitionen. Ersparnisse und Investitionen werden nicht durch den Zins ins Gleichgewicht gebracht, vielmehr bestimmt sich der Zinssatz auf dem Geldmarkt durch die Liquiditätspräferenz der Vermögensbesitzer. Die erwarteten Erträge für heute zu treffende Investitionen sind aber mit Unsicherheit belastet - durch keinen Trick in den Bann sicherer Kalkulationen zu rücken -, das Wissen um die Zukunft ist so ungewiß wie das zukünftige Wissen! Zukunftserwartungen sind daher 'konventionell', erratischen, unvorhersehbaren Stimmungen unterworfen - entsprechend gefährdet ist

---

1 Beckerath, H. von, Die Vereinigten Staaten und der New Deal, in: Schmollers Jahrbuch 60, 1936, 3. u. 4. Heft.

2 Harrod, Roy F., John Maynard Keynes, in: HdSW, 5. Bd., 1956, S. 604ff. Pribram, Karl, A History of Economic Reasoning, Baltimore-London 1983, S. 483ff. Scherf, Harald , John Maynard Keynes (1883-1946), in: Starbatty, Joachim (Hrsg.), Klassiker des ökonomischen Denkens II, München 1989, S. 273-291.

3 Müller-Armack, Alfred, Geleitwort des Herausgebers, in: Dürr, Ernst, Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt/M. 1966, S. 9.

mit der Investitionshöhe die effektive Gesamtnachfrage, also die Beschäftigungshöhe. Den bei zu geringer effektiver Gesamtnachfrage zu Arbeitslosen gewordenen Erwerbspersonen steht nicht das Mittel 'Reallohnsenkung' zur Sicherheit ihrer Beschäftigung zur Verfügung: Sie verhandeln in einer Geldwirtschaft über Geldlöhne, deren 'Realwert' unbestimmt ist, wenn potentielle Arbeitgeber allgemeine Lohnsenkungen erwarten müssen - entsprechend kann der Geldlohnverzicht mit höherer allgemeiner Unsicherheit sogar wachsende Arbeitslosigkeit hervorbringen."[1] Keynes forderte auf dieser theoretischen Basis eine Geldpolitik, die auf niedrige Zinssätze zielt[2] und bei drohendem Unterschäftigungsgleichgewicht autonome Nachfrageerhöhungen durch den Staat ermöglicht (deficit spending), die geeignet erscheinen, die effektive Gesamtnachfrage über Multiplikatorprozesse auf Vollbeschäftigungsniveau zu bringen. Für die Durchsetzung seiner Theorie ließ er zu, daß die Hickssche Deutung[3], welche die Keynessche Makroökonomie ganz in ein Gleichgewichtsschema zurückführte, in die Lehrbücher als Keynessche Theorie einging. Diese Interpretation beraubte den originalen Ansatz von Keynes des für sie so charakteristischen und fundamentalen Unsicherheitsmoments. Marginal efficiency of capital und Liquiditätspräferenz wurden zu handhabbaren Funktionen, die neoklassische Synthese war damit vorprogrammiert.[4]

Ende der 1930er Jahre zeigten empirische Überprüfungen der Keynesschen Theorie von Dunlop und Tarshis, daß Produktionserhöhungen und entsprechende Beschäftigungserhöhungen ohne Senkung des Reallohns möglich sind. Daraus wurde gefolgert: "Wenn wir der Vollbeschäftigung näherkommen können, als ich früher angenommen hatte, ohne ernsthaft die realen Stundenlöhne oder die Gewinne pro Produktionseinheit zu beeinflussen, brauchen uns die Warnungen der Gegner einer Expansionspolitik weniger zu kümmern."[5] Die Arbeiten von Gerhard Colm und John Maynard Keynes stehen in einem komplementären Verhältnis zueinander. Die beiden großen Strömungen, die seit dem zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts ihren Ausgang nahmen, können mit den Begriffen der 'fiscal theory' und der 'New Economics' umschrieben werden. Dabei ist nach Ansicht von Fritz Karl Mann die 'fiscal theory' "weder ein Nebenprodukt der von John Maynard Keynes begründeten 'New

---

1 Scherf, Harald , Keynes, S. 283f.

2 Das theoretisch Neue von Keynes war der neu postulierte Zusammenhang zwischen Geld und Zinsen sowie zwischen Zinsen und Beschäftigung. Dürr, Ernst, Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt/M. 1966, S. 27: Er „bestritt die Ansicht der Klassiker, daß der freie Zins automatisch durch seine direkte Wirkung auf Sparen und Investieren ein Gleichgewicht herbeiführe. Seine Theorie ließ also Raum für eine konjunkturpolitische Manipulierung des Zinses".

3 Hicks, John R., Mr. Keynes and the Classics, in: Econometrica 5, 1937.

4 Scherf, Harald , Keynes, S. 285.

5 Keynes, John M., Relative Movements of Real Wages and Output, in: Economic Journal 49, 1939, S. 41 (zitiert nach Scherf, Harald, Keynes, S. 285.).

Economics' noch eine Kombination von Grundsätzen, die in der großen amerikanischen Depression der dreißiger Jahre unter dem Firmenschild 'New Deal' propagiert waren."[1] Die seit den dreißiger Jahren unter dem Aspekt "Staat und Vollbeschäftigung"[2] postulierte Regulierungsfunktion der staatlichen Finanzwirtschaft (fiscal policy) basiert vielmehr auf Forderungen, die bereits Mitte des 19. Jahrhunderts aufgestellt wurden: die überlieferte Struktur der Wirtschaft verbessern (John Stuart Mill) oder Wahrnehmung einer sozialen Steuerfunktion (Adolph Wagner). Der Beitrag Colms zu diesem Fragenkomplex war in seiner Theorie der Staatsausgaben eine Aufgliederung der Staatsausgaben nach ihrer Neutralität hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die Volkswirtschaft[3] und letztendlich der erste Versuch, eine Abgrenzung zwischen der Tätigkeit des Staates und der wirtschaftlichen Aktivität seiner Bürger, die um die gleichen Ressourcen konkurrieren, wissenschaftlich zu erarbeiten.[4]

Die Frage, wie und nach welchen Zielvorstellungen der Staat in die Wirtschaft eingreifen solle und das Erarbeiten eines notwendigen Instrumentariums bildete auch die Quintessenz seines über vier Jahrzehnte währenden wissenschaftlichen Arbeitens.

In der Notwendigkeit einer 'fiscal policy' trafen sich Colm, der Finanzwissenschaftler und Keynes, der volkswirtschaftliche Theoretiker, obwohl sie divergierende Fragestellungen hatten.

Dies kann am besten am Keynes'schen Modell illustriert werden. Die New Economics hatte den Anspruch einer allgemeinen Theorie, worin - zeitbedingt - die zentrale Frage war, ob die gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausreichte, das Produktionspotential auszuschöpfen und damit Vollbeschäftigung zu ermöglichen.[5]

Das Streben Colms konzentrierte sich auf die Staatstätigkeit, die er in eine Kreislaufanalyse einbettete und umfassend unter interdisziplinär ausgerichteten Fragestellungen untersuchte. Nach Einschätzung von Colm ließ sich aus der 'General Theory' auch kein geschlossenes System von fiskalpolitischen Sätzen entnehmen: "Keynes has not elaborated the fiscal policy recommandations that follows from his general theory."[6]

---

1 Mann, Fritz Karl, Abriß einer Geschichte der Finanzwissenschaft, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Auflage, Bd. 1, Tübingen 1977, S. 93.

2 Littmann, Konrad, Problemstellung und Methoden der heutigen Finanzwissenschaft, in: HdF, 3. Auflage, Bd. 1, Tübingen 1977, S. 100.

3 Mann, Fritz Karl, Abriß, S. 93f. Zwei Jahre später begann Wilhelm Röpke dies allgemein als wirtschaftspolitisches Postulat der Marktkonformität auszubauen (Röpke, Wilhelm, Staatsinterventionismus, in: HdSt, 4. Auflage, Erg.bd., Jena 1929).

4 Vgl. Brandt, Karl, Geschichte, S. 454-457.

5 Dazu Siebert, Horst, Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Stuttgart ^{9}1989, S. 242ff.

6 Colm, Gerhard, Fiscal Policy, in: Harris, S.E. (ed.), The New Economics, London 1947, S. 462.

Auch wenn das Keynes'sche hochaggregierte makroökonomische Instrumentarium für die spätere Finanzwissenschaft "in fast idealerweise Weise Ansprüchen nach<kam>, die im Laufe der Zeit immer vernehmlicher"[1] gestellt wurden (z.B. Globalsteuerung in der Bundesrepublik Deutschland als Höhepunkt in den 1970er Jahren), so gilt diese Adaption, insbesondere in der durch Hicks bearbeiteten Fassung des Keynes'schen Modells, kaum für Colm. Die Arbeiten von beiden - Colm wie Keynes - müssen vielmehr vor dem Hintergrund des gewandelten Verhältnisses von Staat und Wirtschaft nach 1914 verstanden werden. Dabei hatte jedoch Colm stets die offene Wirtschaft vor Augen, während Keynes durch seine währungstheoretische Perspektive (Demonetisierung des Goldes) sowie die Zielsetzung einer nationalen Konjunkturpolitik auch einer geschlossenen Volkswirtschaft theoretische Grundlagen lieferte.

2.5 Der Weg nach Washington

Unterdessen setzten Gerhard Colm und die anderen Fakultätsmitglieder der Graduate Faculty an der New School for Social Research in New York ihr Wirken fort - und ihr Einfluß, insbesondere der Ökonomen, wuchs in dieser bewegten Zeit zunehmend.[2] Im Dezember 1933 waren Gerhard Colm, Arthur Feiler und Emil Lederer von der American Political Science Association zu einer Diskussion über staatliche Wirtschaftskontrollen eingeladen worden.[3] Knapp zwei Jahre später wurden die New School-Ökonomen Anfang 1935 auch in die American Economic Association eingeführt und waren regelmäßig auf den Jahrestagungen mit Referenten vertreten, 1938 in Detroit gar mit sieben Vertretern. Für die Amtsperiode 1936 wurde Alvin Johnson zum Präsidenten dieser renomierten Gesellschaft gewählt, was ebenfalls auf das hohe Ansehen der New School in der amerikanischen Wirtschaftswissenschaft hindeutet.[4]

Im Jahre 1935 wurden Vertreter von sechs Universitäten, darunter Gerhard Colm für die New School, vom National Bureau of Economic Research eingeladen, um engere

---

1 Littmann, Konrad, Finanzwissenschaft, S. 101.

2 Coser, Lewis A., Refugee Scholars in America. Their Impact and their Experiences, New Haven-London 1984. Coser beschreitet hier erstmals in der Exil-Historiographie neue Wege, indem er von den alten Assimilationsvorstellungen weg (was haben die Wissenschaftler in ihr Gastland mitgebracht und wie ist es in die bestehenden Strömungen nahtlos eingefügt worden?) hin auf persönliche Interaktionsprozesse, dem Austausch von Ideen sowie auf den Ausbau persönlicher Netzwerke hinweist.

3 Colm Papers, LoC, Box 16. Lippincott, Benjamin E. (Hrsg.): Government Control of the Economic Order. A Symposium, Minneapolis 1935. Wie aus dem Buch hervorgeht, bildete dieses Symposium den Auftakt für intensivere Forschungen amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler über öffentliche Kontrollen und Planung.

4 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 185.

Formen gemeinsamer Forschung über aktuelle Wirtschaftsprobleme abzustimmen.[1] Dem deutschen Exilökonomen war dabei sein Ruf als Finanzexperte vorausgeeilt. Als im Rahmen dieser Konferenz das "University Bureau of Economic Research" mit den geplanten Forschungsschwerpunkten "Volkseinkommensrechnung" und "Preispolitik" gegründet wurde, konnte Colm unmittelbar auf seine nach dem Ersten Weltkrieg geleisteten Arbeiten zurückgreifen. In zwei in der Serie "Studies on Income and Wealth" veröffentlichten Studien definierte Colm nun auch den Begriff Volkseinkommen in den USA und bereinigte ein Defizit, das Keynes angelastet wurde. Darüber hinaus setzte er die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben mit dem Volkseinkommen in Relation und legte erste vorläufige Überlegungen zum Aufbau und zur statistischen Erfassung einer nationalwirtschaftlichen Gesamtrechnung vor, die vor allem wegen ihrer sozialen Bestimmungsfaktoren auf großes Interesse stießen.[2] Zu diesem Arbeitskreis stießen später in den 40er Jahren nach Colms Ausscheiden noch neben Adolph Lowe, Hans Neisser, Jacob Marschak auch Gottfried Haberler, der - als einziger europäischer Emigrant 1936 nach Harvard berufen - sich mit seinen Arbeiten über den internationalen Handel einen Namen gemacht hatte.[3]

Auch die New School wurde Ort einiger wichtiger Tagungen mit hochkarätiger Besetzung. Gottfried Haberler nahm z.B. zusammen mit Alvin H. Hansen, Paul Sweezy (beide Harvard University), Arthur F. , John M. Clark (beide Columbia University), Gunnar Myrdal (Stockholm) oder auch dem legendären Rufus Tucker (General Motors) Anfang 1939 an einer Konferenz über "The Struggle for Economic Security in Democracy" teil. Gerhard Colm war zu diesem Zeitpunkt Dekan der Graduate Faculty.[4] "Das Symposium ist ausgezeichnet verlaufen", gibt Colm später seinen Eindruck an Arnold Brecht wieder, "in jeder Sitzung war das Auditorium gefüllt, in jeder Abendsitzung sogar überfüllt. Das zeigt, daß die Wahl des Themas auf Interesse stieß. Es war auch ein ausgesprochen gut zusammengesetztes Podium. Wir waren im allgemeinen mit unseren amerikanischen Diskussionspartnern zufrieden. Johnson sagte nur: Ich platze vor Stolz über die Fakultät."[5]

Unterdessen standen in Washington die Zeichen auf Wandel. Die erneute schwere Rezession, die im August 1937 über das Land hereingebrochen war sowie die vorangegangenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen hatten der Regierung, dem Kongreß sowie der amerikanischen Öffentlichkeit den starken Einfluß des Budgets - je-

---

1 Colm Papers, LoC, Box 16.

2 Colm, Gerhard, Public Revenue and Public Expenditures in National Income, in: Studies on Income and Wealth, National Bureau of Economic Research, Bd. 1, New York 1937; ders.: On the Measurements of National Wealth, in: Ebd., Bd. 2, 1938.

3 Haberler, Gottfried, Der internationale Handel, Berlin 1933.

4 Colm Papers, LoC, Box 28.

5 G. Colm an A. Brecht v. 28.3.1939, Nachlaß Brecht, SUNY, Albany, zit. n. Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 185.

nes öffentlichen Sektors, der von Colm von je her zum Gegenstand der Untersuchung gemacht worden war - auf die Volkswirtschaft demonstriert. Zwischen Anfang 1936 und Mitte 1937 waren die öffentlichen Ausgaben als ein Entgegenkommen Präsident Roosevelts gegenüber dem Kongreß, endlich sein Versprechen einzulösen und für einen ausgeglichenen Haushalt zu sorgen, eingeschränkt worden, während gleichzeitig die Einnahmen (unter Einbeziehung der neuen Sozialversicherungsabgaben) angestiegen waren. Daraufhin war es zu dem erneuten konjunkturellen Rückschlag gekommen. Dies hatte in der Administration einen Sinneswandel ausgelöst: Roosevelt initiierte ein großes Ausgabenprogramm im Frühjahr 1938, und bald darauf wurde ein wirtschaftlicher Wiederaufschwung sichtbar.[1]

Zugleich stieg der Einfluß keynesianischen Denkens in Washington. Die "General Theory" paßte genau in das Konzept der New Dealer, mußten sie doch rechtfertigen können, warum nach fünf Jahren ihrer Regierung sich die Wirtschaft noch immer in der Depression befand und "deficit-spending" weiterhin notwendig war. Der Fehler sollte nicht am New Deal liegen, sondern an einem Makel des Kapitalismus selbst: seiner unerbittlichen Tendenz, in seiner Ausgabenhöhe unter das Vollbeschäftigungsniveau zu fallen: der einzige Fehler des New Deal sollte darin bestanden haben, nicht *genug* ausgegeben zu haben. Als nun auch noch die von Präsident Roosevelt eingesetzte Untersuchungskommission über "Wirtschaftliche Machtkonzentration", die von einem "Temporary National Economic Committee" durchgeführt wurde, zu einem keynesianisch geprägten Ergebnis kam, war der Siegeszug der "General Theory" in Washington nicht mehr aufzuhalten. In ihrem Abschlußvortrag kamen Alvin Hansen und Lauchlin Currie, ein einflußreicher Wirtschaftsberater des Präsidenten (bis 1934 in Harvard), zu dem Schluß, daß auf private Investitionen nicht länger gesetzt werden könne, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Ein zu großer Teil der Einkommen würde durch wohlhabende Individuen und große Unternehmungen gespart werden. Durch staatliche Ausgaben und Einkommenumverteilungspolitik sollte die Neigung zum Sparen reduziert werden.[2] An dieser Untersuchung war Gerhard Colm als Finanzexperte mit einer umfassenden Steuererhebungs- und Einkommensbelastungsanalyse für die Vereinigten Staaten mitbeteiligt.[3]

An der Verbreitung keynesianischen Denkens in der Washingtoner Administration spielte neben Lauchlin Currie Harry Hopkins eine zentrale Rolle, der im Jahre 1939 als "Secretary of Commerce" das Handelsministerium übernahm. Hopkins baute eine neue "Division of Industrial Economics" auf, zu deren Direktor er den Keynesianer

---

1 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 115.

2 Ebd., S. 168.

3 Colm, Gerhard / Tarasov, Helen, Who Pays the Taxes: Allocation of Federal, State and Local Taxes to Consumer Income Brackets. Investigation of Concentration of Economic Power Monograph No. 3, Washington 1940.

Richard V. Gilbert ernannte; dieser wiederum zog die gleichgesinnten Ökonomen Walter Salant, Griffith Johnson, Don Humphrey - um nur einige Namen zu nennen - nach.[1] Hopkins und Currie waren zugleich auf die Bedeutung des deutschen Exilökonomen und Finanzexperten an der New School for Social Research in New York aufmerksam geworden. Sie holten Gerhard Colm im Jahre 1939 in die amerikanische Bundeshauptstadt nach.

Von Anfang an war die Graduate Faculty an der New School for Social Research, jener "University in Exile", die Alvin Johnson 1933 ins Leben gerufen hatte und die Gerhard Colm nun verließ, in ihrer Funktion als Auffangbecken der deutschen und europäischen Emigration sowie in ihrem wissenschaftlichen Stellenwert in der Öffentlichkeit umstritten.[2] Nach dem Urteil Rainer Lepsius hat jene Institution zwar ein originelles, jedoch einflußloses Emigrantenzentrum dargestellt[3] - ein Urteil, das als nicht haltbar gelten kann. Der bereits erwähnte Lewis A. Coser sah im "Außenseiterstatus" der Gruppe den Vorteil, ihre in Deutschland und Europa geformte Botschaft unverfälscht bewahren und an eine kleine interessierte Minderheit in den USA weitergeben zu können.[4]

Claus-Dieter Krohn betont dahingegen, daß man von einer "Ghetto-Position" der Graduate Faculty gar nicht sprechen kann.[5] Erinnert sei an Gerhard Colms finanzwissenschaftliche Arbeiten und an die Faschismusforschungen der 30er Jahre, Adolph Lowes international vergleichende Forschungen im Rahmen des später gegründeten Institute of World Affairs, die andauernde Aktualität der Technik- und Wachstumsdebatte, was in den USA nicht ohne Wirkung blieb. Wenn die University in Exile dennoch von Anfang an nicht immer im günstigsten Licht dargestellt wurde, hatte das oft, wie Krohn ausführlich belegt, mit einem gewissen Maß an Neid, Mißgunst und Unbehagen über diese florierende Institution - nicht selten aus anderen Emigrantenkreisen - zu tun.

Von Beginn an war die Graduate Faculty aus verständlichen Gründen der dauernden Kritik konservativer Kreise ausgesetzt. Zunächst ging es im Rahmen der isolationistischen Stimmungsmache in Amerika um die Konzentration so vieler ausländischer Wissenschaftler an einer einzigen Bildungsinstitution überhaupt. Mit Kriegsausbruch und später in der McCarthy-Ära verschärften sich dann die politischen Denunziationen. Davon war auch Gerhard Colm betroffen.

---

1 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 168.

2 Zum überlieferten Bild von der New School zusammenfassend Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 177ff.

3 Lepsius, Rainer, Die sozialwissenschaftliche Emigration und ihre Folgen, in: Ders. (Hrsg.), Soziologie in Deutschland und Österreich 1918-1945, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 23, 1981.

4 Coser, Lewis A., Refugee Scholars .

5 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 177.

Die deutschen Reformökonomen waren in einer für sie günstigen Phase nach New York gekommen. Die Phase des New Deal bildete eine Ausnahmesituation, ein wirtschaftpolitisches Experimentierfeld. Aber nicht nur von denjenigen intellektuellen Kreisen, die Roosevelts Wirtschaftspolitik mittrugen, wurde die Qualität der Graduate Faculty gesehen und hoch geschätzt. "Einige sprachen gar davon, daß dort eine "Zeitbombe" für die geistige Kultur Amerikas ticken würde. Denn dort würden die Hörer nicht nur mit den nötigen Fakten, sondern auch mit den methodischen Grundlagen für die Umsetzung von theoretischen Einsichten in die politische Praxis bekannt gemacht. Die interdisziplinäre und praxisorientierte freie Lehre, die auch die impliziten Ideen und Fragestellungen des wissenschaftlichen Arbeitens nicht ausblendete, stand in auffallendem Kontrast zu den gebundenen, behavioristisch orientierten Curricula der amerikanischen Universitäten. Waren die modernen Sozialwissenschaften ohnehin schon Domäne der europäischen Emigranten, so formte die auf diesen Bereich spezialisierte Graduate Faculty mit ihrem zahlenmäßig größten Mitarbeiterstab einen unübersehbaren Mittelpunkt."[1]

Die amerikanische Journalistin Dorothy Thompson bezeichnete die Graduate Faculty im Jahre 1938 nicht nur als den "bedeutendsten deutschen Außenposten freier, unabhängiger Wissenschaft", sondern auch als die "wichtigste Gruppe der deutschen Emigranten." Thomas Mann sprach von einer "Universität zweier Kontinente", und das nach Kriegsbeginn gegründete Office of Strategic Studies (aus dem später die CIA hervorging) bemerkte, daß an der New School die fähigsten deutschen sozialistischen Intellektuellen versammelt waren.[2] Dies war, wie Krohn betont, weniger als politische Wertung als vielmehr als Qualitätsetikett gemeint. Das OSS hatte für seinen "Research and Analysis Branch" zum größten Teil Wissenschaftler vom linken Spektrum der deutschen Emigration angeworben, um die Defizite amerikanischer Forschung decken zu können.

Auch nachdem Gerhard Colm von New York nach Washington gegangen war, brach er niemals den Kontakt zu "seiner" New School ab. Der Finanzwissenschaftler hielt bis zu seinem Tode gelegentlich Vorträge, stand den jeweiligen Präsidenten beratend zur Seite und verfolgte die Entwicklungen in der 66 West 12th Street in Manhattan mit großem Interesse.[3]

---

1 Ebd., S. 181.

2 Zit. nach ebd., S. 181f.

3 Colm Papers, LoC, Box 28 u. 5.

3. IM BUDGET-BÜRO DES WEISSEN HAUSES

Wie Gerhard Colm im Jahre 1955 bemerkte, waren die Vereinigten Staaten "... among the last great nations to develop a systematic budget procedure."[1] Der "Budget and Accounting Act" von 1921 hatte erst so etwas wie ein geschlossenes Staatsbudget für die Vereinigten Staaten gesetzlich vorgeschrieben. Das Budget-Büro innerhalb des Schatzministeriums war zur Koordination der Haushaltsplanungen der einzelnen exekutiven Zweige gebildet worden, hatte jedoch, wie Colm kritisierte, zu wenig klare Kompetenzen zugeteilt bekommen. "The Budget and Accounting Act set up a machinery", so Colm, "but did not give any guidance as to a desirable budget policy."[2]

Eine neue Linie zeichnete sich in den Jahren 1937/38 ab. Im Frühjahr 1937 hatte eine Expertenkommission empfohlen, das Budget-Büro ins Weiße Haus zu transferieren, den Mitarbeiterstab zu vergrößern und das Aufgabenfeld neu zu definieren. Die notwendige Gesetzgebung wurde im April 1939 verabschiedet und der "Umzug" im Herbst 1939 vollzogen.

Dies war die Stunde Gerhard Colms. Der Finanzexperte war zunächst für einige Monate als Steuerberater von Harry Hopkins ins Handelsministerium geholt worden.[3] In dieselbe Periode fällt Colms Ernennung zum Gastprofessor an der renommierten George Washington University, wo er - sofern es ihm die Zeit erlaubte - seinen Lehrschwerpunkt bis ins Jahr 1962 auf öffentliche Finanzwirtschaft legte. Gerhard Colm war immer - wie schon am Institut für Weltwirtschaft - ein strenger akademischer Lehrer. Kaum einer seiner Studenten schaffte ein *satisfactory*. Doch allein schon die ausführliche Auseinandersetzung mit den Studenten, etwa durch ausführliche schriftliche Kritik an ihren Seminararbeiten, ist angesichts der nun einsetzenden beruflichen Belastung in der Administration bemerkenswert, und die akademische Strenge Colms tat seiner Beliebtheit unter den Studenten keinen Abbruch. Dies belegt ein reger Briefverkehr mit vielen ehemaligen Schülern oft noch Jahre über ihren Studienabschluß hinaus.[4]

Am 10. August 1939 bekam Gerhard Colm vor dem District Court of New York City die amerikanische Staatsbürgerschaft zugestanden.[5] Vier Wochen später - der Krieg in Europa war inzwischen ausgebrochen - wurde das Budget-Büro vom

---

1 Colm, Gerhard, The Federal Budget and the National Economy, N.P.A. Planning Pamphleths, No. 90, Washington 1955, S. 17. Dort auch ein Abriß der Geschichte der amerikanischen Haushaltspraxis.

2 Ebd., S. 20.

3 Colm Papers, German Exile Collection, State University of New York, Albany, N.Y. (SUNY), Folder 4.

4 Colm Papers, LoC, Box 15. Dort Details zu Colms Lehre an der George Washington University.

5 Ebd., Box 17.

Schatzministerium ins Weiße Haus transferiert. Damit waren zwei Hürden für den Eintritt Colms in die Washingtoner Administration genommen. Die Stellung professioneller Wirtschaftswissenschaftler im Weißen Haus war gesichert. Lauchlin Currie wurde zum Wirtschaftsberater des Präsidenten ernannt.[1] Mit Currie trat ein Nationalökonom an die Seite Franklin D. Roosevelts, der zu der Überzeugung gekommen war, daß Finanz- bzw. Steuerpolitik zur Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verstärkt eingesetzt werden müsse. Dies wirkte sich auf die Arbeit des Budget-Büros aus. "Fiscal policy", so Herbert Stein, "was now established as *the* solution in Washington thinking."[2]

Am 16. Juli 1940 wurde Gerhard Colm zum "Principal Economic Analyst" in der "Fiscal Division" des Budget Büros unter James E. Webb in der Besoldungsstufe P-6, was einem Jahresgehalt von 5.600 Dollar entsprach, eingestellt. Die Gesamtführung des Budget-Büros oblag zu diesem Zeitpunkt Budget-Director Harold Smith.[3]

In der Fiscal Division konnte Gerhard Colm einige nachhaltige Akzente bei der Ausgestaltung des außerordentlichen Haushalts setzen.[4] Ein solcher Etat, der im wesentlichen die Einnahmen und Ausgaben für einmalige kreditfinanzierte und sich selbst amortisierende Anlagen gesondert neben dem ordentlichen Haushalt der wiederkehrenden Budgetpositionen aufstellt, existierte in den USA erst seit 1933, in Deutschland hingegen schon seit Ende der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts.[5] In der Tat waren Roosevelts *Emergency Budgets* aus der Not heraus geboren worden, hatte der Präsident doch gleich zu Beginn des New Deals Ausgabensenkungen versprochen, die freilich mit seinen Wirtschaftsprogrammen nicht zu vereinbaren waren. Jene *Emergency Budgets*, die neue, mit öffentlichen Anleihen finanzierte staatliche Initiativen enthielten, sollten der Öffentlichkeit eine Ausnahmesituation suggerieren, verletzten sie doch den weit verbreiteten klassischen Etatgrundsatz der Ausgeglichenheit der Budget-Einnahmen und -Ausgaben. Diese Spezialhaushalte waren heftiger Kritik aus weiten Kreisen der Öffentlichkeit ausgesetzt.

Gerhard Colm konnte hier die längst fällige theoretische Erklärung bieten.[6] Da die Ansätze des *Emergency Budgets* viel unsicherer seien als die der laufenden Positionen, sei eine Trennung nicht als Verletzung von Haushaltsprinzipien zu betrachten, sondern gerade als deren Präzisierung im Hinblick auf die ebenfalls zu fordernde

---

1 Der offizielle Titel lautete "Administrative Assistant to the President".

2 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 130; Fritsch, Bruno, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 54.

3 Ernennungsurkunde v. 16.7.1940, Colm Papers, Privatarchiv Peter Colm (PAPC).

4 Details zu den Arbeiten Colms im Budget Büro in: National Archives (NA), Bureau of the Budget, Series 39.3; Gerhard Colm Papers, Franklin D. Roosevelt Library, Hyde Park, N.Y. (FDRL); Gerhard Colm Papers, Harry S. Truman Library, Independence, Mo. (HSTL).

5 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 141.

6 Colm, Gerhard, Comment on Extraordinary Budgets, in: SR, Bd. 5, 1938, S. 168ff.

Spezialisierung der Etatposten. Anhand einer solchen Differenzierung sollten auch die Möglichkeiten aktiver staatlicher Wirtschaftspolitik deutlich gemacht werden. Mit Hilfe der außerordentlichen Budgets sollten die wirtschaftlichen Eingriffe des Staates in die Volkswirtschaft transparent gemacht werden, und Colm sah in ihnen die Chance, sie auch für seine erstmals empfohlenen längerfristigen Projektionen einzusetzen. Denn gegenüber den ordentlichen Budgets, die die laufenden Posten für das jeweils kommende Haushaltsjahr enthielten, konnten die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben wegen der jahresweisen Übertragbarkeit der meist größeren Summen bereits auf längerfristige Steuerungen verweisen. Bei der Umwandlung des Emergency Budgets in einen *regulären außerordentlichen* Haushalt, die Colm vorschwebte, gehörte der Finanzexperte daher auch zu den Initiatoren dort zu kodifizierender und später auch praktizierter "no year-appropriations", die Handlungspielräume boten.[1]

In seiner frühen Wirkungszeit im Budget Büro machte sich Gerhard Colm für die Einrichtung eines interministeriellen Finanzkomitees stark, das dem Präsidenten die nötigen wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume entwerfen sollte. Dieses Ziel erreichte Gerhard Colm 1946 mit der Einrichtung des "Council of Economic Advisers". Als Vorstufe kann die von Colm 1941 initiierte Einrichtung des "Office of Economic Stabilization" angesehen werden.[2]

Seit dem Sommer 1940, verbunden mit dem dritten Präsidentschaftswahlkampf für Franklin D. Roosevelt, gab es in den Vereinigten Staaten nur noch ein Thema: der Krieg in Europa und Asien sowie die damit verbundenen notwendigen eigenen Rüstungsanstrengungen. Dieses Thema beschäftigte selbstverständlich auch Gerhard Colm.[3] Am 7. Dezember 1941 erfolgte der japanische Angriff auf Pearl Harbor. Vier Tage später erklärte das Deutsche Reich den Vereinigten Staaten von Amerika den Krieg.

Es gibt keine Quelle, die belegen kann, welche Gefühle Gerhard Colm mit Beginn des Krieges gegen seine ehemalige Heimat bewegten. Als Inhaber der amerikanischen Staatsbürgerschaft galt seine gesamte Kraftanstrenung der Unterstützung der

---

1 Der frühere preußische Haushaltsexperte Arnold Brecht hingegen warnte davor, daß es solche Ermächtigungen in einer geordneten Haushaltspolitik nicht geben sollte. Im deutschen Haushaltsrecht zu jener Zeit durften beispielsweise bei größeren einmaligen Ausgaben, die sich über mehrere Jahre erstreckten, nur spezifizierte jahresweise Teilbeträge in den Haushalt eingestellt werden, wenngleich besondere Übertragungsvermerke hier für eine gewisse Flexibilität sorgten. Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 141f.

2 Memorandum Gerhard Colms v. 27.3.1941, NA, Bureau of the Budget, Series 39.3, Box 1.

3 Colm, Gerhard, The Cost of Arming America, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences, Bd. 214, 1941, S. 2ff.; ders., National Income and Defense Financing, in: National Bureau of Economic Research (Hrsg.), Conference on Research in Income and Wealth. Papers of National Income and Defense, Part 2, New York 1941.

Kriegsführung seines neuen Heimatlandes. Sein ältester Sohn, Peter Colm, kämpfte im Pazifik gegen die Japaner.[1]

Wie auch immer die Kritiker zu den Planungs- und Lenkungsansätzen des New Deals gestanden hatten, jetzt wirkten sich diese Erfahrungen positiv auf die Konversion der depressionsgeplagten amerikanischen Volkswirtschaft in eine Kriegswirtschaft aus. Roosevelt richtete den "War Production Board" ein, der allerdings einige organisatorische Schwächen aufwies und 1943 in das "Office of War Mobilization" umgewandelt wurde. Die Verträge mit dem Kriegsministerium lösten in der Industrie einen wahren Boom aus, der sich schon vom Sommer 1940 an abgezeichnet hatte. Die Achsenmächte hatten sich mit der größten Produktionsmaschinerie der Welt angelegt. Im Frühjahr 1944 erreichte der Kriegsgüteroutput die doppelte Höhe der drei Achsenmächte zusammen, womit aber nur ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Produktion der USA absorbiert war.

Plötzlich war das Gespenst der Arbeitslosigkeit wie in allen kriegführenden Ländern keines mehr. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 46,7 Millionen auf über 53 Millionen an. Darunter befanden sich Millionen von Frauen. Die Einkommen stiegen: Im Jahre 1943 lagen sie nominal 65 Prozent oberhalb des niedrigsten Depressionslevels. Das führte wiederum angesichts auch in den USA vorhandener versorgungsmäßiger Engpässe für zivile Zwecke zu beträchtlichem inflationären Druck, dem Roosevelt Einhalt gebieten mußte. Auch mit dieser Frage wurde Gerhard Colm im Office of the Budget im Weißen Haus befaßt. Der Finanzexperte war federführend an der Studie des Budget Büros "A War Program to prevent Inflation" beteiligt, die u.a. die Ausgestaltung des "Anti-Inflation Acts" vom Oktober 1942 mitbeeinflußte.[2] Eine große Rolle beim Entzug von Kaufkraft aus den Händen der Bevölkerung spielten Regierungsanleihen, deren Initiierung und Abwicklung das Schatzministerium übernahm. Im Jahr 1945 allein wurden beinahe 60 Milliarden Dollar an überhängender Kaufkraft durch Anleihen aus dem Verkehr gezogen. Aber eine noch größere Rolle spielte die von Gerhard Colm so sehr forcierte Steuerpolitik. 41 Prozent der Kriegskosten konnten durch Steuern gedeckt werden. Das von Colm unterstützte Einkommenssteuergesetz von 1942 legte einen Steuersatz bis zu 94 Prozent fest. Seit 1943 wurden die Lohn- und Einkommenssteuer direkt vom Arbeitgeber eingezogen - ein Verfahren, das Colm schon lange gefordert hatte. Allerdings wurden nun auch niedrigere Einkommen vom Fiskus erfaßt. Für die Unternehmen stieg hingegen die Gewinnsteuer auf bis zu 90 Prozent an.

In den Jahren 1941-1945 gab die amerikanische Regierung 321 Milliarden Dollar aus, mehr als in den Jahren 1933 bis Kriegsausbruch zusammen. Die Staatsverschuldung stieg von 49 Mrd. Dollar im Jahre 1941 auf 259 Mrd. Dollar bei Kriegsende an

---

1 Colm Interview, Lusby/Md., Juli 1991.

2 "A War Program to prevent Inflation" v. 26.3.1942, Colm Papers, FDRL, Anti-Inflation Measures.

- und nirgends mehr waren Klagen über einen möglichen Staatsbankrott zu hören, die so sehr die Ära des New Deal bestimmt hatten.[1]

Gerhard Colm kehrte früher nach Deutschland zurück, als er sich dies hatte vorstellen können, zu einer Mission, die die Nachkriegsgeschichte der künftigen Bundesrepublik Deutschland maßgeblich beeinflußte.

1 Angaben aus der Studie des Bureau of the Budget (Hrsg.), The United States at War, Washington 1946.

Ich weiß, ich werde alles wiedersehen.
Und es wird alles ganz verwandelt sein.
Ich werde durch erloschne Städte gehn,
Darin kein Stein mehr auf dem andern Stein -
Und selbst wo noch die alten Städte stehen,
Sind es nicht mehr die altvertrauten Gassen -
Ich weiß, ich werde alles wiedersehen
Und nichts mehr finden, was ich einst verlassen.

Ich weiß, ich werde zögernd wiederkehren...

Carl Zuckmayer
Elegie von Abschied und Wiederkehr,
Herbst 1939

DRITTER TEIL:

MISSION NACH DEUTSCHLAND: DER BEITRAG ZUR WESTDEUTSCHEN WÄHRUNGSREFORM IM JAHRE 1948

"Plenty of Wodka and Caviar and sunshine"
24. April 1946

Auf der Inspektionsreise durch die russische Besatzungszone:
von links: Gerhard Colm, Raimond Goldsmith, Joseph M. Dodge, P.A. Maletin, russischer Fahrer (verdeckt).

1. DEUTSCHLAND AM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge in Deutschland seit der Kapitulation am 8. Mai 1945 werden in einer Zeitungsartikelsammlung[1] Gerhard Colms widergespiegelt, die belegt, mit welchem Interesse er die Ereignisse in seiner ehemaligen Heimat verfolgte. Stichwortartig seien herausgestellt: Das Potsdamer Abkommen, die Bildung von vier Besatzungszonen mit je einem Oberbefehlshaber als Inhaber der obersten Regierungsgewalt, die Demontagen, die Zerschlagung und der mühselige Wiederaufbau der deutschen Verwaltung, das Problem der Entnazifizierung oder das Mit- und Gegeneinander von Militärregierung und den ersten deutschen wiederzugelassenen Regierungsinstitutionen auf Gemeinde- und Länderebene.[2]

Die deutsche Wirtschaft war im Krieg durch Luftangriffe, Erdkampf, Selbstzerstörung und Investitionsausfall hart getroffen worden. Dazu kamen die Zerstörung der Verkehrswege, die Unterbrechung der Handelsverbindungen, die mangelnde Nahrungsmittelversorgung und die Wohnungsnot, verstärkt durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten.[3] Kurz nach Kriegsende waren es dann sehr bald die Demontagen, die das noch vorhandene Produktionspotential der deutschen Wirtschaft - vornehmlich in der Sowjetzone - weiter schwächten.

Güter und Geld in der Volkswirtschaft waren in ein kaum mehr übersehbares inflationäres Mißverhältnis zueinander geraten. Der enorme Geldüberhang war eine direkte Folge der Art, wie das Dritte Reich seine rasch wachsenden Ausgaben insbesondere für Kriegszwecke "geräuschlos" finanziert hatte: Die öffentlichen Ausgaben waren durch Verschuldung ausgeweitet worden. Als Folge dieser Politik waren hohe, nicht verausgabbare Summen aus laufenden Einkommen und Gewinnen angefallen, die zur unfreiwilligen Erhöhung der Kassenbestände und sonstigen Bankeinlagen, zum Schuldenabbau der Unternehmen untereinander oder gegenüber den Banken sowie zum Kauf von Staatspapieren durch die immer liquider gewordenen Geldinstitute und z.T. auch des Publikums geführt hatten.[4] Dieser Geldüberhang - das äußere Zeichen einer durch Lohn- und Preisstop zurückgestauten Inflation - spiegelte sich in der verbrieften Schuldenlast des Reiches, die bei Kriegsende auf

---

1 Privatarchiv Peter Colm, Lusby, Maryland (PAPC).

2 Mielke, Henning, Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945 - 1952, Stuttgart 1995.

3 Stolper, Gustav, Die Deutsche Wirklichkeit, Hamburg 1949.

4 Möller, Hans, Die deutsche Währungsreform von 1948, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt/M., 1976, S. 434f.; auch Federau, Fritz, Der zweite Weltkrieg. Seine Finanzierung in Deutschland, Tübingen 1962.

mindestens 380 Mrd. RM angewachsen war,[1] entsprechenden Geldvermögen in den Händen der Haushaltungen und Unternehmen sowie der Haltung dieser Geldvermögen beim Bankensystem als Einlagen auf der Passivseite, denen als Bankaktiva faktisch nur noch Reichstitel gegenüberstanden, wider.[2]

"Der Leerlauf, die Unsicherheit und das Durcheinander ... hätten schon bei gut funktionierender Wirtschaft das Leben in jenen Jahren schwer erträglich gemacht; die gleichzeitige Lähmung der Wirtschaft, die trotz vieler, jedoch immer nur vereinzelter Wiederaufbaubemühungen mehr und mehr um sich griff, machte es nahezu unerträglich und ließ die Stimmung in der Bevölkerung zwischen dumpfer Lethargie und verzweifeltem Aufbäumen hin und her pendeln."[3] Bereits während des Krieges hatten viele deutsche Wirtschaftsexperten klar erkannt, daß der von den Nazis geschaffene Geldüberhang ohne eine umfassende Währungssanierung nicht zu beseitigen war.

Die für die Entstehung des "Colm-Dodge-Goldsmith-Plans" und die Vorgeschichte der Währungsreform maßgeblichen Entwicklungen setzten schon wesentlich früher als mit Gerhard Colms Mission nach Deutschland im Jahre 1946 ein.

2. DIE ALLIIERTE DEUTSCHLANDPOLITIK BIS 1946

"Was den Morgenthau-Plan zu einem verblüffenden Dokument macht, liegt nicht daran, daß er grausam gegen die Deutschen ist, oder daß er undurchführbar war, weil im Widerspruch mit den gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen ist, sondern daß eine solche Auffassung über die Dynamik des Wirtschaftslebens von einem Mann vertreten werden konnte, der zwölf Jahre als Schatzsekretär der Vereinigten Staaten gedient hatte. Daß dieses freie Land, das in seiner Geschichte Wunder der Produktion vollbracht hatte, von einem seiner obersten Beamten einen Friedensplan vorgelegt bekommen konnte, der über das zweitgrößte Industriezentrum der Welt eine durchgreifende Zerstörung verhängte - das ist eine intellektuelle Erfahrung, die zu begreifen den künftigen Historikern Mühe machen wird."[4] Mit diesen Worten kommentierte der Mitemigrant Colms, Gustav Stolper, den berüchtigten Plan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau für eine Deutschlandpolitik nach Kriegsende, den er am 9. September 1944 vorlegte und der eine vollständige Zerstö-

---

1 Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975, Frankfurt/M. 1976, S. 313. Nicht eingerechnet sind dabei sonstige Forderungen an das Reich, etwa aus Kriegsschäden.

2 Sauermann, Heinz, Währungsreformen, in: HdSW, Bd. 11, 1961, S. 456; Pfleiderer, Otto, Währungsreform in Westdeutschland, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. II, I - Z, Frankfurt a.M. 1957, S. 1634ff.

3 Möller, Hans, Währungsreform, S. 433f.

4 Stolper, Gustav, Die Deutsche Wirklichkeit, S. 30.

rung der deutschen Wirtschaft unter Rückführung auf eine Agrarökonomie vorsah.[1] Der Morgenthau-Plan wurde relativ rasch verworfen, beeinflußte jedoch die amerikanische Deutschlandpolitik bis 1946/47 in Teilen der Administration nicht unerheblich. Während die Konferenz von Jalta im Februar 1945 kein durchführbares gemeinsames Programm der Alliierten für die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege erbrachte, erließ unterdessen Dwight D. Eisenhower, der kommandierende General der amerikanischen Besatzungstruppen, am 26. April 1945 mit der Joint Chiefs of Staff Directive 1067 (JCS 1067) Richtlinien für die nach der Niederlage Deutschlands einzuschlagende Politik.[2] Das Hauptziel dieser von Morgenthaus Vorstellungen beeinflußten Direktive war, Deutschland künftig daran zu hindern, "je wieder eine Bedrohung für den Weltfrieden zu werden." Nationalsozialismus und Militarismus sollte in allen Formen eliminiert und Deutschland industriell und militärisch entwaffnet werden. Morgenthau war es gelungen, Instruktionen einzufügen, nach denen der Oberbefehlshaber keine Schritte unternehmen sollte, die zu einer wirtschaftlichen Rehabilitierung Deutschlands führen würden oder die geeignet wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu stärken: Nichts sollte unternommen werden, was dazu führen könnte, "den allgemeinen Lebensstandard auf ein höheres Niveau zu bringen, als in irgendeiner benachbarten Nation."[3]

Am 17. Juli 1945 trafen sich der neue amerikanische Präsident Harry S. Truman, Winston Churchill und Josef Stalin zu einer Konferenz in Potsdam. Im wirtschaftlichen Bereich kamen die drei Siegermächte grundsätzlich überein, Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Die Industrie sollte entmilitarisiert und entflochten werden, während gleichzeitig die Landwirtschaft gefördert werden sollte. Die von den Sowjets geforderte Reparationssumme von 20 Mrd. Dollar erschien den westlichen Alliierten zu hoch, und sie ließen sich zunächst auf keinen Gesamtbetrag festlegen. Die Sowjetunion sollte Reparationen aus ihrer eigenen Besatzungszone entnehmen und mit Teilen aus den deutschen Auslandsguthaben entschädigt werden. Darüber hinaus sollte sie aus den westlichen Zonen 10 Prozent der Industrieanlagen, die für die deutsche Friedenswirtschaft "nicht unbedingt nötig" waren, sowie weitere 15 Prozent dieser industriellen Ausrüstung gegen Austausch von Lebensmitteln aus der sowjetischen Besatzungszone erhalten. Die Westmächte sollten ihre Reparationsansprüche aus ihren eigenen Besatzungszonen und ebenfalls aus den deutschen Auslandsguthaben decken.[4]

---

1 Veröffentlicht: Morgenthau, Henry, Germany is our Problem, New York 1945.

2 Foreign Relations of the United States (FRUS), 1945, Bd. 3, S. 378ff.

3 Zur inneradministrativen Auseinandersetzung in: Stein, Harold (Hrsg.), American Civil-Military Decisions, Birmingham 1963.

4 Deuerlein, E., Deklamation oder Ersatzfrieden? Die Konferenz von Potsdam 1945, Köln 1970.

Im Gegensatz zu einigen territorialen und politischen Beschlüssen setzten die Amerikaner somit im wirtschaftlichen Bereich - so schien es zumindest vorerst - ihre Vorstellungen durch, zumal die Bestimmungen von Potsdam mit den wirtschaftlichen Richtlinien der JCS 1067 vom April in Einklang standen. Die angestrebte Dezentralisierung der Wirtschaft sollte von vornherein die Einführung einer Planwirtschaft verhindern. Deutschland sollte als wirtschaftliche Einheit verwaltet werden, zu welchem Zweck die Einrichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen vorgesehen war.

Die Umsetzung dieser Beschlüsse scheiterte jedoch an der Sowjetunion und an Frankreich, das nicht an der Potsdamer Konferenz beteiligt worden war. Die Sowjets deckten ihre Reparationsansprüche aus der laufenden deutschen Produktion und schwächten gegen den Willen der Vereinigten Staaten weiterhin die deutsche Wirtschaftskraft.[1] Bald mußten die Westmächte die Grenzen erkennen, die die Demarkationslinie zur Sowjetzone für die Verwirklichung ihrer eigenen politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen bedeutete: Mit dem systematischen Aufbau einer Zentralverwaltungswirtschaft verließ die Sowjetunion den Boden der gemeinsamen Linie von Potsdam.[2] Frankreich dagegen hatte sich schon seit Kriegsende allen Bestrebungen widersetzt, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Es fühlte sich nicht an das Potsdamer Abkommen gebunden, entnahm ebenfalls Reparationen aus laufender Produktion und setzte sich die Annexion des Saargebietes zum Ziel. Vor einer endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen wollte Frankreich keinen deutschen Zentralverwaltungsstellen zustimmen.[3]

3. DIE ROLLE VON GENERAL LUCIUS D. CLAY

General Lucius D. Clay war von Präsident Roosevelt mit Bedacht als Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone und Oberkommandierender der amerikanischen Truppen ausgewählt worden. Der Sohn eines Senators und Mitglied des US-Ingenieurkorps hatte sich durch seine organisatorischen Fähigkeiten im Kriegsbeschaffungsamt sowie bei der schnellen Freimachung des eroberten Hafens von Cherbourg hervorgetan.[4] Als seinen Verwaltungssitz wählte Clay für das "Office of Military Government of the United States" (OMGUS) das Gebäude der ehemaligen Zentraldirektion der I.G. Farben in Frankfurt/M. 1. amerikanischer Vertreter im Al-

---

1 Karlsch, Rainer, Reparationen und ihre Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der DDR, in: Schneider, Jürgen / Harbrecht, Wolfgang (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933 - 1993), Stuttgart 1996, S. 139ff.

2 Schneider, Jürgen, Von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftsordnung zur sozialistischen Zentralplanung in der SBZ/DDR, in: Ebd., S. 1ff.

3 FRUS, 1946, Bd. 2, S. 190-195.

4 Clay, Lucius D., Decision in Germany, Garden City 1950; dt., Entscheidung in Deutschland, o.J.

liierten Kontrollrat in Berlin war General Dwight D. Eisenhower, gefolgt im Dezember 1945 von General Joseph T. McNarney, bis Clay im März 1947 diese Rolle selbst übernahm.[1]

In der Tat enthielt Clays Mission nach Deutschland eine Reihe von Aufgaben, für die ihn sein Training im US-Ingenieurkorps gut vorbereitet hatte. In den stark zerstörten Städten fehlte Gas, Wasser und Elektrizität. Das Transportsystem war verwüstet, die norddeutschen Häfen von gesunkenen Schiffen blockiert und der Rhein durch zerstörte Schleusen und eingestürzte Brücken nicht mehr schiffbar. Dazu kam die Verantwortung für die Repatriierung von Millionen verschleppter Personen und die Eingliederung der zahllosen Flüchtlinge aus dem Osten.[2] Bis zum Juli 1945 war es der Militärregierung gelungen, drei Viertel der Eisenbahnstrecken in ihrer Besatzungszone wieder bedingt funktionsfähig zu machen. Im Sommer des folgenden Jahres war der Rhein wieder für die gesamte Schiffahrt geöffnet und die Freiräumung der Häfen weitgehend vollendet. Durch den Einsatz amerikanischer Experten arbeitete das Kommunikationssystem drei Monate nach Kriegsende in den Postämtern der amerikanischen und britischen Besatzungszone praktisch wieder normal.[3]

Ein großes Problem für General Clay stellte die Nahrungsmittelversorgung dar. Die amerikanischen Experten wußten zwar von der Abhängigkeit Deutschlands von Nahrungsmittelimporten, hatten jedoch nicht die Notlage durch die Abtrennung der deutschen Ostgebiete mit einem gleichwertigen Versorgungsbedarf für 7 Millionen Flüchtlinge vorausgesehen. Während der Jahre 1933 bis 1937 hatte das Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie 25 Prozent der deutschen Nahrungsmittelproduktion hervorgebracht, obwohl es nur 14 Prozent der Bevölkerung umfaßte. Der Verlust der "Kornkammer" Deutschlands, zusammen mit einem Anwachsen der westdeutschen Bevölkerung um 20 Prozent, stellte die westlichen Alliierten vor eine schier unlösbare Aufgabe.[4] General Clay und seinem wirtschaftlichen Berater, General William Draper, gelang es, im Kongreß ein spezielles Programm, "Government Aid and Re-

---

1 Sitz der "Sowjetischen Militäradministration Deutschlands" (SMAD) war Berlin-Karlshorst. Mitglied des Kontrollrates war zunächst Marschall Georgi Schukow und seit November 1945 Marschall Wassili Sokolowski. Die "Control Mission for Germany, British Element" (CCG/BE) richtete sich in Bad Oeynhausen und Minden ein. Feldmarschall Sir Bernhard Montgomery folgten im Mai 1946 Luftmarschall Sir Sholto Douglas und 1947 General Sir Brian Robertson als Vertreter im Kontrollrat. Das französische "Commandement en Chef Français en Allemagne" (CCFA) unter General Koenig residierte in Baden-Baden.

2 Clay, Lucius D., Decision, S. 188ff.

3 Ebd.

4 Backer, John H., Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1943-1948, München 1981, S. 104.

lief in the Occupied Areas" (GARIOA), durchzusetzen, dessen Budget in den Verteidigungshaushalt aufgenommen wurde.[1]

Im Verlauf der ersten Sitzung des Alliierten Kontrollrates am 10. August 1945 schlug Eisenhower im Einklang mit dem Potsdamer Abkommen die Einrichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen vor, und OMGUS begann, für diese Regierungsstellen nach geeignetem Personal zu suchen. General Clay förderte die deutsche Selbstverwaltung auf verschiedenen Ebenen. Bereits im Oktober 1945 rief er den Rat der Ministerpräsidenten in der amerikanischen Zone (Länderrat) ins Leben, dem Anfang 1946 größere Verantwortung einer Art Zentralregierung übertragen wurde.[2]

Die amerikanische Politik im besetzten Nachkriegsdeutschland wurde vornehmlich vom Militär gestaltet. General Clay hatte großen Handlungsspielraum und verstand es, diesen auch zu nutzen. Viele scheinbar unwichtige Entscheidungen, die später große Auswirkungen hatten, wurden kurzfristig von den Militärs ohne Rücksprache mit Washington getroffen.[3] Wie jedoch John Gimbel nachwies, wollten Armee und Kriegsministerium im Grunde so schnell wie möglich ihre Verantwortung für Deutschland an das State Department abtreten.[4] Noch auf der Potsdamer Konferenz hatten General Eisenhower und Kriegsminister Stimson Präsident Truman vorgeschlagen, die Verantwortung für die Besatzungsregierung Deutschlands vom Kriegs- zum Außenministerium zu verlagern. Ihrer Meinung nach war mit Ausnahme von Überwachungsfunktionen, welche die Armee auch weiterhin übernehmen sollte, die Präsenz amerikanischer Militärs nur noch zu Kontrollzwecken bei deutschen Regierungsstellen sinnvoll. Dies seien jedoch zivile Aufgaben, für die das State Department besser geeignet sei als das War Department.

Die Übergabe der Verantwortung von der amerikanischen Militärregierung in Deutschland an das State Department wurde für den 1. Juli 1946 angesetzt. Der spätere Außenminister Dean Acheson überzeugte den Präsidenten jedoch am 19. Dezember 1945, daß das Außenministerium die Aufgaben der Besatzungspolitik in Deutschland unmöglich übernehmen könnte.[5] Verhandlungen über eine klare Kompetenzabgrenzung waren somit zunächst einmal blockiert.

In diesem Kompetenzgerangel blieb General Clay und seinem Stab nichts anderes übrig, als selbst weittragende Entscheidungen in eigener Verantwortung zu treffen.

---

1 Ebd., S. 105.

2 Henke, Klaus-Dietmar, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1994, S. 975ff.

3 Gulgowski, Paul W., The American Military Government of United States Occupied Zones of Post World War II Germany in Relation to Policies expressed by its Civilian Governmental Authorities at Home during the Course of 1944/45 through 1949, Frankfurt 1983.

4 Gimbel, John, The Origins of the Marshall-Plan, Stanford 1976, S. 25ff.

5 Ebd., S. 29.

Der Chef der Militärregierung unternahm bei stillschweigender Duldung des Kriegsministeriums sehr selbstständige Schritte innerhalb des Kontrollrats im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Neuordnung der westlichen Besatzungszonen. Die Armee machte Wirtschaftspolitik, die in den westlichen Besatzungszonen große politische Auswirkungen hatte.[1] Trotzdem gab es unter der Oberfläche sehr wohl Differenzen zwischen der Administration in Washington und der Militärregierung in Deutschland.[2] Die Organisation umfangreicher Nahrungsmittelimporte, die Eindämmung der Inflation und die Wiederbelebung der Wirtschaft waren sicherlich Aufgaben, die die herkömmlichen Erfahrungen eines Militärs überstiegen. Eine Direktive wie JCS 1067 aus Washington z.B. machte die Aufgabe für die Militärregierung dabei nicht einfacher. Lewis Douglas, General Clays erster Finanzberater vor Jack Bennett, kam bei Prüfung der Anweisungen angesichts der Situation zu dem Schluß, daß sie von einem "ökonomischen Schwachkopf" entworfen worden seien, und trat von seinem Posten zurück.[3] General Clay selbst bezeichnete die Direktive als eines der Haupthindernisse zu Beginn seiner Mission.[4] Nur durch eine Umgehungsklausel des Kriegsministeriums, welche der Militärregierung die Möglichkeit einräumte, "die Produktion von Gütern und Aufrechterhaltung von Dienstleistungen sicherzustellen, die erforderlich sind, um eine Hungersnot oder solche Krankheiten und Unruhen zu verhindern, die zu einer Gefährdung der Besatzungstruppen führen könnten", machte Clay zeitweilig durch großzügige Auslegung eine Mißachtung der wirtschaftlichen Bestimmungen der JCS 1067 möglich.[5]

---

1 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948. Die Rekonstruktion des westdeutschen Geld- und Währungssystems 1945-1949 unter Berücksichtigung der amerikanischen Besatzungspolitik, Frankfurt 1980, S. 32f.

2 Gulgowski, Paul W., The American Military Government, sowie Gimbel, John, The American Occupation of Germany, Stanford 1968.

3 Backer, John H., Die Entscheidung, S. 102.

4 Clay, Lucius D., Decision, S. 17ff. Faktisch war die Direktive allerdings nur bis Abschluß des Potsdamer Abkommens gültig. Es machte die negativen Teile der Direktive praktisch unanwendbar, da es forderte, Deutschland als ökonomische Einheit zu behandeln, die Produktion wiederzubeleben und den Deutschen genügend Ressourcen zu überlassen, um der Bevölkerung ein Auskommen ohne externe Hilfe zu ermöglichen. So urteilt Backer, ebd.

5 Hammond, Paul V., Directives for the Occupation of Germany: The Washington Controversy, in: Stein, Harold (Hrsg.), American Civil-Military Decicions, Birmingham 1963, S. 390.

4. DIE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION VOR DER NEUORDNUNG DES BANK- UND GELDWESENS

Im zweiten Quartal 1948 belief sich die industrielle Produktion nach offiziellen Angaben sowohl in dem bis dahin gebildeten Vereinigten Wirtschaftsgebiet als auch in der französischen Besatzungszone nur auf ungefähr der Hälfte des Standes von 1936. Wenngleich keine Stagnation festzustellen war - seit dem letzten Vierteljahr 1947 war eine fünfprozentige Steigerung zu verzeichnen - lag die Produktion hinter anderen vom Krieg betroffenen Staaten weit zurück.[1] Dänemark, Finnland, Jugoslawien und Norwegen hatten bis 1947 ihr Niveau von 1937 praktisch wieder erreicht, während sich Belgien, Italien, die Niederlande und Frankreich an diesen Stand bis zu 90 Prozent angenähert hatten. In Westeuropa konnten folglich bis 1947 die Wiederaufbaukräfte der Marktwirtschaft entfesselt werden, in Westdeutschland dagegen nicht, und das obwohl - trotz der Kriegsverluste und Demontagen - der Kapitalstock in der Bizone wie in der französischen Zone höher als 1936 war. Darüber hinaus lag auch das Arbeitskräftepotential in der Bizone über dem Stand von 1936, wobei davon auszugehen ist, daß die Qualifikation der Arbeitskräfte die Anforderungen der vorhandenen Arbeitsplätze vielfach übertraf.[2]

Eine der Ursachen für die Hemmung der Wiederaufbaukräfte war die niedrige Produktivität der Industriearbeiter. Die 48-Stunden-Woche galt nur noch auf dem Papier: Effektiv wurde meist nur noch 40 Stunden oder weniger gearbeitet.[3] Der festgelegte niedrige Lohn und die mangelhafte Ernährung bewirkte eine weitere Verringerung der Produktivität der Beschäftigten. Die durch Absprachen mit den Unternehmern vereinbarte "Freizeit" wurde für Schwarzmarktgeschäfte, Hamsterfahrten oder das Nachgehen von einträglicheren Nebenbeschäftigungen gebraucht.[4] Zu legalen Preisen konnten die Haushalte in Verbindung mit den Bezugsscheinen mit dem normalen Lohn oder den Ersparnissen bequem alle knappen Rationen kaufen. Auf dem Schwarzmarkt dagegen, ohne den eine Deckung der Versorgung mit den Notwendigkeiten des Alltags nicht möglich war, waren die Preise so hoch gestiegen, daß mit einem normalen Verdienst dort nicht mehr zum Zuge zu kommen war.[5] Die

---

1 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, Berlin 1947.

2 Abelshauser, Werner, Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975, S. 100ff. Buchheim, Christoph, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: VfZ, Bd. 36, 1988, S. 192.

3 Grebing, Helga, u.a. (Hrsg.), Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945-1949, Bd. A, Stuttgart 1980, S. 36.

4 Henkels, Walter, Alltag in Trizonien. Spurensicherung, dabei an die Enkel denkend, Wien 1986.

5 Mendershausen, Horst, Prices, Money and the Distribution of Goods in Postwar Germany, in:

Firmen sahen sich in vielen Fällen gezwungen, den Arbeitern einen höheren Leistungsanreiz zu verschaffen, indem sie ihnen etwa eine bestimmte Anzahl der von ihnen hergestellten Produkte zum legalen Preis ohne Nachweis einer Bezugsberechtigung einräumten oder auf dem Kompensationsweg von anderen Unternehmen benötigte Güter für die Belegschaft eintauschten. Diese Praxis war illegal und blieb den Besatzungsbehörden natürlich nicht verborgen. Ein weiterer wichtiger Grund für die geringe Produktivität ist auf das Zurückbleiben des für die Produktion wichtigen Inputs zu sehen. Es gab zahlreiche Klagen über zu kleine Rohstoffzuteilungen, Brennstoffmangel oder Stromkürzungen. Dieses ist zum Teil auf die Politik der Besatzungsmächte zurückzuführen, die etwa durch Zwangsexporte der Kohleproduktion die Zwischenversorgung der Industrie schmälerten,[1] doch spielten auch hier die niedrige Arbeitsproduktivität und mangelnder Input eine Rolle.[2]

Besonderer Mangel herrschte bei der Versorgung mit ausländischen Rohstoffen. Während in der amerikanischen und britischen Besatzungszone die Einfuhr von Grundnahrungsmitteln, Saatgut und Medikamenten mit Devisenvorschüssen der Besatzer bezahlt wurden, hatte der westdeutsche Export gewerblicher Waren für die Einfuhr ausländischer Rohstoffe selbst aufzukommen, aber war bei weitem zu gering für diese Aufgabe. Das lag zum einen in der noch sehr beschränkten Produktion und zum anderen in dem Umstand begründet, daß der Exporteur seine Waren in Höhe des "legalen" Preises in *Reichsmark* bezahlt erhielt. Die Möglichkeit zu Kompensationsgeschäften, die die Unternehmen vielfach am Leben erhielten, war damit beim Export ausgeschlossen, was einen nur denkbar niedrigen Anreiz dazu bedeutete.[3]

Kompensationsgeschäfte - sei es Ware gegen Ware oder Ware gegen Arbeitsleistung - hielten die Wirtschaft in Gang. Nach relativ hoch angesetzten Schätzungen wurden bis zu 50 Prozent aller geschäftlichen Transaktionen in Westdeutschland vor der Währungsreform in Form eines Kompensationsgeschäfts abgewickelt, die damit den Umfang des Schwarzmarkthandels bei weitem übertrafen.[4]

Die Ursache der weiten Verbreitung von Kompensations- und Schwarzmarktgeschäften bestand eindeutig in dem mangelnden Vertrauen in die Währung. Niemand

---

American Economic Review 39, 1949, S. 666. Ein Kilogramm Roggenbrot kostete etwa auf dem Schwarzen Markt in Hamburg im Mai 1948 9,50 RM und ein Ei 8 RM. Der Lohn eines Hamburger Facharbeiters (8-Stunden Tag) betrug dagegen nur 10 RM. Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 193. Horst Mendershausen war in der Price Control Section in OMGUS tätig und später ein Mitarbeiter Gerhard Colms bei der Ausarbeitung des Colm-Dodge-Goldsmith-Plans (s.u.).

1 Manz, Mathias, Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945-1948, Ostfildern 1985, S. 71ff.; Abelshauser, Werner, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt 1983, S. 30ff.

2 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 194.

3 Ebd.

4 Ebd., S. 195.

war mehr freiwillig bereit, zu den legalen Preisen Waren nur gegen Geld abzugeben. "Der Schwarze Markt trägt einen Janus-Kopf. Auf der einen Seite sind seine wirtschaftlichen Auswirkungen destruktiv, seine menschlichen Auswirkungen demoralisierend. Auf der anderen Seite sind unsere Lebensbedingungen so schwer, daß der Schwarze Markt für viele Menschen lebensnotwendig geworden ist, daß er Hunderttausende vor Verwahrlosung und Hungertod bewahrt. Der Schwarze Markt greift in tausend Spielarten in unser Leben ein. Der Staatsanwalt diktiert sein Urteil gegen Schwarzhändler auf schwarz gekauftes Papier, und wenn er die Nacht durcharbeitet, dann setzt ihm seine Frau eine Tasse schwarz gekauften Bohnenkaffees vor, den sie vom Erlös ihres schwarz verkauften Abendkleides erstanden hat."[1] Thaddäus Troll schildert einen Fall (1947), der zeigt, welche Konsequenzen der Verfall des Geldes hatte: "Fritz Z. war vor dem Krieg Werkmeister. In seiner siebenjährigen Soldatenzeit verlor er die Freude an der Arbeit. Heute hält er sich schwarz drei Hühner, die zusammen im Jahr ungefähr 360 Eier legen. 60 davon verbraucht er für sich und seine Familie, 300 vertauscht er an amerikanische Soldaten, das Stück für fünf Zigaretten. Von den 1500 Zigaretten raucht er 300 selbst, die übrigen verkauft er zu je 5 Mark, und hat auf diese Weise ein Jahreseinkommen von 6000, ein Monatseinkommen von 500 Mark, mit dem er für sich, seine Frau und seine Tochter den Lebensunterhalt bestreitet, ohne arbeiten zu müssen."[2] Der Buchhalter Friedrich L. verdiente zum selben Zeitpunkt netto 180 Mark. Erwin Hielscher, der im Konklave von Rothwesten den Westmächten bei der Vorbereitung der Währungsreform zur Verfügung stand, schilderte das ganze Ausmaß des durch die gestaute Inflation angerichteten Schadens in moralischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht so: "Das Gesamteinkommen bestand aus der Lebensmittelmarke. Die Lebensmittelmarke für Normalverbraucher hatte einen Wert von unter 10.- RM monatlich. Das übrige "Geld" war wertlos oder so gut wie wertlos. In den großen Städten konnte es am Schwarzen Markt etwa im Verhältnis 1:100 in Zigaretten oder Butter umgetauscht werden. Zwischen Normalverbrauchern, einigen Schwerarbeitern, den Bergleuten und den Selbstversorgern klafften große Realeinkommensunterschiede."[3] Auf dem Schwarzmarkt herrschte die "Zigarettenwährung". Diese Währung befriedigte "das Bedürfnis der Besatzungstruppen nach einem universell verwendbaren, billigen und einheitlichen Wertübertragungsmittel für den Handelsverkehr mit der Bevölkerung."[4] Wie Günter Schmölders es ausdrückte, war die Zigarette als Werteinheit

---

1 Troll, Thaddäus, Vom Schwarzen Markt, in: Rümelin, Hans A. (Hrsg.), So lebten wir ... Ein Querschnitt durch 1947, Willsbach (Württ.), Januar 1948, S. 63.

2 Ebd., S. 65.

3 Hielscher, Erwin, Das Jahrhundert der Inflationen in Deutschland. Ein Beitrag aus der Bundesrepublik Deutschland, München-Wien 1968, S. 25.

4 Schmölders, Günter, Die Zigarettenwährung, in: Sozialökomonische Verhaltensforschung, ausgewählte Aufsätze von G. Schmölders mit einem Verzeichnis seiner wissenschaftlichen Publikatio-

"handlich, leicht zu transportieren, praktisch verpackt, haltbar und international genormt."[1] Geldtheoretisch betrachtet war die Zigarettenwährung eine typische Notlösung, die ihre Bedeutung erst mit der Währungsreform und dem Verschwinden des Schwarzen Marktes verlor. Nicht einmal das reiche Angebot amerikanischer Zigaretten konnte ihren Kurswert merklich herabdrücken, weil diese Geldeinheit - hatte sie ihren Tauschwert erst einmal erfüllt - automatisch "verbraucht" wurde: Daher war diese Währung inflationsfest bzw. in einem erstaunlichen Maße kursstabil.[2]

Bereits während des Krieges war die Zigarettenwährung in Deutschland und in den besetzten Ländern Europas teilweise zum alltäglichen Zahlungsmittel geworden. Da nach der Kapitulation ausländische Devisen, insbesondere der begehrte amerikanische Dollar, nicht mehr erhältlich waren, hatte die Zigarettenwährung auch die Funktion eines Wertmessers der inländischen Kaufkraft im Verhältnis zum Dollar und anderen harten Währungen übernommen - die Zigarettenwährung war zum Indikator des Wechselkurses der Reichsmark geworden. Das Schwarzmarktgeschäft blühte: Anfang 1947 wurde in amerikanischen Zeitungen den Besatzungsangehörigen der Versand von 1000 Zigaretten für 5,25 Dollar aus den Staaten an ihre Feldpostadressen angeboten, auf dem Schwarzmarkt in Deutschland wurden diese dann für 50 bis 100 RM pro Stange gehandelt. Berechnet man den so entstandenen Umtauschkurs, belief sich dieser auf etwa 10 bis 20 RM pro Dollar. Noch bis August 1945 konnten die "GIs" beliebige Reichsmarkbeträge zur Gutschrift in die Heimat in Dollar oder Pfund umwechseln. Viele Besatzungsangehörige verdienten sich auf diese Weise in kurzer Zeit ein Vermögen. Nachdem diese Möglichkeiten beschränkt wurden, gingen die Soldaten dazu über, die Gewinne aus Zigarettenverkäufen nur noch in Form von Sachwerten, Schmuck und Antiquitäten etc. in die Staaten zu transferieren.[3]

Hatte man während der großen Inflation von 1923 den Verfall der Währung noch exakt, d.h. an der Kursrelation zum Dollar messen können, fiel dieser Indikator beim Verfall der Reichsmark nach 1945 aus, da keine offiziellen Devisenkurse notiert und jeder Import und Export von einer alliierten Clearingstelle zu festgesetzten Reichsmarkpreisen abgerechnet wurden. Will man eine Vorstellung vom Umfang des Währungsverfalls der Reichsmark erhalten, müssen folglich andere Zahlen herangezogen werden: Aufgrund der Geld- und Währungspolitik des Dritten Reiches bzw. unter dem Druck der Rüstungs- und Kriegsfinanzierung war das Geldvolumen bis 1945 auf rund 380 Mrd. RM ausgedehnt worden. Davon waren nach Kriegsende etwa 120 Mrd. RM dem Geldkreislauf bereits entzogen: In den nach 1945 unter polnischer

---

nen 1924-1973, zum 70. Geburtstag hrsg. von Gerhard Brinkmann u.a., Berlin o.J., S. 166.

1 Ebd.

2 Ebd., S. 169.

3 Ebd., S. 168f.

Verwaltung stehenden Gebieten waren rund 40 Mrd. RM an Buchgeld und Sparguthaben eingefroren worden. Die Sowjets hatten durch Sperrung aller Bankkonten rund 70 Mrd. RM dem Wirtschaftkreislauf entzogen. Rund 10 Mrd. RM an Banknoten waren durch direkte Kriegseinwirkungen vernichtet worden.[1]

Der Geldüberhang in den ersten Nachkriegsjahren war also beträchtlich. Einem Produktionsstand der Industrie von 30 Prozent ihres Vorkriegsvolumens stand ein hoher Investitionsbedarf bei den Unternehmen und ein großer Ersatzbedarf bei den privaten Haushalten, insbesondere den Ausgebombten, Flüchtlingen und Vertriebenen, gegenüber. Die nachfragende Geldmenge und die angebotene Gütermenge klafften extrem auseinander.

Eine nicht zu unterschätzende Quelle der Geldmengenausdehnung in der Nachkriegszeit war die Ausgabe von "Besatzungsgeld" geworden. Bereits im Jahre 1943 hatte sich das Combined Civil Affairs Committee (CCAC) in Washington, das sich aus Experten der amerikanischen und britischen Ministerien für Äußeres, Finanzen und Krieg zusammensetzte, mit den in Deutschland zu erwartenden Währungsproblemen befaßt. Zur Versorgung der amerikanischen und britischen Besatzungstruppen für Deutschland war beschlossen worden, 10 Mrd. "Militärmark" drucken zu lassen. Ohne Rücksicht auf die zu erwartenden Folgen war festgelegt worden, die alliierte Militärmark gleichberechtigt neben der Reichsmark als legales Zahlungsmittel gelten zu lassen und sie im Verhältnis 1:1 einzutauschen.[2] Dazu sollte ein Betrag in unbekannter Höhe der sowjetischen Armee zur Verfügung gestellt werden. Die Sowjets hatten jedoch darauf bestanden, ihre Militärmark selbst zu drucken, und von den Westalliierten die Auslieferung eines Satzes Druckplatten gefordert. Die amerikanische Regierung war am 21. April 1944 dieser Forderung schließlich nachgekommen.[3]

Die sowjetische Militärmark war vom Besatzungsgeld der Westalliierten nicht zu unterscheiden.[4] Nach Schätzungen General Clays Finanzberater Jack Bennett druckte die Sowjetunion in den ersten Nachkriegsjahren eine nicht einmal mehr von ihnen selbst nachprüfbare Menge Militärmark: Die Handhabung ging so weit, daß die Besatzungstruppen der Roten Armee teilweise ihren Sold bis zu sechs Jahre im voraus erhielten.[5] Für die Amerikaner war es ein besonderes Ärgernis, daß die so-

---

1 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 144f.

2 Ebd., S. 146.

3 Jerchow, Friedrich, Deutschland in der Weltwirtschaft 1944-1947, Düsseldorf 1978, S. 103; Krieger, Wolfgang, General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-1949, Stuttgart 1987, S. 375.

4 NA, RG 260, FINAD, Box 14.

5 Bennett, Jack, The German Currency Reform, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences, Bd. 267, 1957, S. 44; ders., The German Currency Reform, in: Ebd., Philadelphia 1950.

wjetischen Soldaten auf diese Weise deutsches Eigentum und Versorgungsgüter ohne echte Gegenleistung aufkaufen konnten, während der amerikanische Steuerzahler hohe Beträge aufbringen mußte, um durch das oben erwähnte Programm die deutsche Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen humanitären Gütern zu versorgen. Allerdings machten, wie bereits bei den Zigaretten angedeutet, auch amerikanische Soldaten mit dem Militärgeld gute Geschäfte: Zu einer Kursrelation von 10:1 konnte die Militärmark in Dollar umgetauscht werden. Bis zur Unterbindung solcher Aktionen gelang es den amerikanischen Besatzungsangehörigen immerhin, bis zum Sommer 1946 durch Schwarzmarktgeschäfte rund 2 Mrd. RM in 200 Millionen US-Dollar umzutauschen und in die Vereinigten Staaten zu transferieren.[1]

Eine genaue Angabe über die von den alliierten Besatzungsmächten ausgegebene Geldmenge ist nicht möglich, weil große Mengen noch nicht im Umlauf befindlicher Reichsmarkscheine den Truppen beim Einmarsch in die Hände gefallen waren und ebenso ausgegeben wurden wie das neu gedruckte Besatzungsgeld: Die Angaben schwanken zwischen 15 und 18 Mrd. Reichsmark. Winkel schätzt, daß davon mehr als zwei Drittel von den Sowjets in Umlauf gebracht wurden.[2]

Zusammenfassend zur wirtschaftlichen Situation läßt sich sagen, daß sich die Firmen auf den Wiederaufbau und die Ausbesserung sowie Erweiterung ihrer Produktionsanlagen konzentrierten - soweit es die Umstände eben ermöglichten -, um so auch ihre Bereitschaft im Hinblick auf den Tag X einer Währungsreform zu steigern. Die Betriebe produzierten primär nicht ihre jeweiligen Endprodukte, sondern in erster Linie Teile und Halbwaren, die sie auf Lager nehmen konnten. Sie sollten die Basis der Unternehmen bestärken, von der ausgehend sie den zu erwartenden Run auf Liquidität nach einer Währungsreform besser bestehen konnten.[3] Dazu wirkte sich auch hemmend aus, daß es keine Märkte mehr gab, auf denen mit Geld das zur Fertigung Fehlende zugekauft werden konnte. Das Kompensationssystem mit seinem Rückfall in die Tauschwirtschaft gestaltete es äußerst schwierig und zeitraubend, den jeweiligen Tauschpartner zu finden, der das Produkt hatte, das man benötigte, und andererseits das brauchte, was man selbst zu bieten hatte. Ganze "Tauschketten" mußten organisiert werden, um an die gewünschten Produkte zu gelangen.

Die westdeutsche Wirtschaft vor der Währungsreform ist vielfach mit einer Art von Engpaßökonomie im Kornaischen Sinne verglichen worden.[4] Solche Engpaßökonomien sind durch im Vergleich zur Produktionshöhe überproportionale Bestände an Inputmaterialien in den einzelnen Betrieben gekennzeichnet, die, da immobil und

---

1 Ebd.

2 Winkel, Harald, Die deutsche Wirtschaft seit Kriegsende. Entwicklung und Probleme, Frankfurt/M. 1971, S. 31.

3 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 196.

4 Kornai, J., Economics of Shortage, 2 Bde., Amsterdam 1980.

nicht zur Allokation an den bedürfenden Abnehmer fähig, einen hohen volkswirtschaftlichen Verlust darstellen. Die Inputmaterialien werden allerdings nicht abgebaut, weil sie aufgrund der permanenten Engpässe eine Vorsichtsreserve bilden und andererseits wegen des streckenweisen Fehlens komplementärer Inputs nicht fließend in die Produktion eingehen können. Auf diese Weise tragen sie jedoch entscheidend zur Entstehung immer neuer Engpässe in anderen Betrieben bei.

Buchheim vergleicht die Funktionsweise der westdeutschen Wirtschaft vor Mitte 1948 darüber hinaus mit dem von Kornai entwickelten Konzept der "vegetativen Kontrolle". Nach diesem Konzept wurde das Verhalten der Unternehmer, deren Motivation mehr am Überleben der Firma als an der Erfüllung eines Plans oder an der Erzielung höherer Gewinne ausgerichtet war, von einfachen Mengensignalen oder mit Hilfe von direkt über Kunden bzw. Lieferanten erhaltenen Information gesteuert, während in einer "normal" funktionierenden Marktwirtschaft in erster Linie die Preise die Determinante der Unternehmerentscheidungen darstellen. Dominieren normalerweise *Markt*beziehungen, waren es in der Zeit vor der Währungsreform die Beziehungen zwischen Paaren von je einem Anbieter und einem Käufer. So konnte die "vegetativ kontrollierte" Wirtschaft zwar ein bestimmmtes Produktionsniveau erreichen und halten, aber kein dynamisches Wachstum erzielen, das auf komplexen Entscheidungen hinsichtlich Investitionen, Schaffung neuer Produkte und Anwendung neuer technischer Verfahren beruht.[1]

5. DIE ENTSTEHUNG DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

5.1 Die Pläne von Joseph M. Dodge

Das Potsdamer Abkommen hatte zwei zur Reorganisation des deutschen Geld- und Bankwesens entscheidende Grundsätze aufgestellt: Deutschland sollte von den Besatzungsmächten als wirtschaftliche Einheit behandelt werden, und die deutsche Wirtschaft - unter ausdrücklicher Erwähnung des Bankwesens - sollte dezentralisiert werden.[2]

Von General Clay mit der Umsetzung dieser Beschlüsse in praktische Politik beauftragt, wurde Joseph Morrel Dodge.[3] Geboren am 18. November 1890, hatte er in der Automobilmetropole Detroit eine Karriere vom Laufboten über den Buchhalter in der Old Central Savings Bank bis hin zum Präsidenten der Detroit Bank and Trust Co. durchlaufen. Während des Zweiten Weltkrieges hatte Dodge sich als Vorsitzender der Preiskontrollabteilung des Kriegsministeriums verdient gemacht.[4] Am 30.

---

1 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 197f.

2 Art. 9, 12 und 14 des Potsdamer Abkommens, in: Deuerlein, E., Potsdam 1945, Köln 1970.

3 Die Joseph M. Dodge Papers befinden sich in der Public Library in Detroit, Michigan.

4 Biographische Details in den Dodge Papers, Box 7.

Juli 1945 verpflichtete Kriegsminister Robert Patterson Joseph Dodge als Finanzberater General Clays nach Deutschland.[1] Im September 1945 kam Dodge in Frankfurt an und nahm als Leiter der Finance Division seine Arbeit auf.[2] General Clay begrüßte ihn angesichts der kritischen Entwicklung des Bank- und Kreditwesens mit großen Erwartungen. Wie er an das War Department kabelte, sei "... our progress in finance and banking has been much less than in other fields and I believe that Dodge will do much to improve this situation."[3]

Am 1. November 1945 legte Dodge in einem Schreiben den Ministerpräsidenten der drei Länder in der amerikanischen Zone seinen ersten Plan vom 5. Oktober zur Neuordnung des Bankwesens und der Bankenaufsicht vor. Dodge forderte die Ministerpräsidenten auf, seinen Richtlinien entsprechend Gesetzesentwürfe auszuarbeiten und der Militärregierung zur Prüfung vorzulegen.[4] Sämtliche Geld- und Kreditinstitute einschließlich der neu zu schaffenden Zentralbankorganisation in den einzelnen Ländern sollten dezentralisiert werden, das Zahlungs-, Verrechnungs- und Überweisungswesen innerhalb eines jeden Landes dagegen sollte zentralisiert werden, und eine von der Zentralbankorganisation unabhängige Aufsichtsbehörde sollte in jedem Land errichtet werden. Für diese Zentralbankorganisation sah Dodge in jedem Land der amerikanischen Zone eine eigene Landeszentralbank (Land Central Bank) vor. Jeder Landeszentralbank sollte ein Verwaltungsrat (Supervisory Board) vorstehen, dessen Vorsitzender vom Ministerpräsidenten ernannt werden sollte. Die einzelne Landeszentralbank sollte kein Recht zur Notenausgabe haben und auch keine Geschäftsbank im eigentlichen Sinne sein, sondern als Bank der Banken und als Bank der Landesregierung dienen. Als neues kreditpolitisches Instrument schwebte Dodge die Mindestreservepolitik nach amerikanischem Vorbild vor.[5] Danach sollten die Geschäftsbanken und Sparkassen einen bestimmten Prozentsatz ihrer Einlagen als Mindestreserve bei ihrer Landeszentralbank zum Ausgleich von Verrechnungssalden und zur Sicherung der Liquidität unterhalten. Anordnungen der Landeszentralbank - so etwa über den Mindestreservesatz - sollten der Aufsicht der Militärregierung unterliegen.[6]

---

1 Brief Pattersons an Dodge vom 30.7.1945, Dodge Papers, Box 1.

2 Adler, Hans, The Post-War Reorganization of the German Banking System, in: Quarterly Journal of Economics, Bd. 62, 1949, S. 322; Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 48ff.

3 Telegramm Clays an War Department, "Adminstration of Economic Policy" v. 8.9.1945, Clay-Papers, S. 70ff.

4 Memorandum Dodges über "Central Banking and Bank Supervision" vom 1.11.1945, Dodge Papers, Box 5.

5 Geisler, Rudolf P., Notenbankverfassung und Notenbankentwicklung in den USA und Westdeutschland, Berlin 1953.

6 Ausführlich zum Dodge-Plan Horstmann, Theo, Die Alliierten und die deutschen Großbanken. Bankenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland, Bonn 1991, S. 61ff.

Die Motive für den Dodge-Plan werden verständlich, wenn man sich die Organisation und die Bedeutung des deutschen Bankwesens vor der Kapitulation und die Ansicht der Amerikaner darüber vergegenwärtigt. Die Reichsbank und die Geschäftsbanken waren zentralistisch organisiert gewesen. Spätestens seit der Entlassung Schachts im Januar 1939 hatte die Reichsbank uneingeschränkt im Dienste der nationalsozialistischen Herrschaft gestanden. Die Großbanken, deren Vorstände meist politisch besetzt worden waren, waren personell und finanziell eng mit der deutschen Industrie verflochten gewesen und hatten nachhaltig die industrielle Entwicklung beeinflußt. Hauptziel der Amerikaner war es nun, diese finanzielle und wirtschaftliche Machtkonzentration zu zerschlagen und damit eine eventuelle neue Kriegsgefahr für alle Zeiten zu bannen.[1] Auch Lewis Douglas' Überlegungen zur Neustrukturierung des deutschen Finanzwesens und zu einer Umgestaltung des Bankensystems vom Juni 1945 waren von der Überzeugung bestimmt gewesen, daß Deutschlands Fähigkeit, einen solchen Krieg zu entfesseln, wesentlich auf die Zentralisierung des finanziellen Entscheidungs- und Verwaltungsapparates zurückzuführen war.[2] Ebenso wie Dodge hatte Douglas eine Reföderalisierung des Finanzwesens unter Rückgabe einer begrenzten Finanzhoheit an die wiederherzustellenden Länder gefordert. Die Reichsbank sollte durch in den vier Besatzungszonen unabhängige Zentralbanken ersetzt werden. Die Banken sollten im Einzelfall hin auf die Notwendigkeit einer Zerschlagung oder Dezentralisierung überprüft werden.[3] Ein weiterer Plan des Vorgängers von Dodge, Bernstein, der der Treasury-Linie Morgenthaus zugeordnet werden kann, hatte hinsichtlich der regionalen Basis der Dezentralisierung wesentlich weitreichendere Forderungen aufgestellt.[4] Unter einer umfassenden Dezentralisierung der Reichsbank sollten autonome Bankensysteme in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone gebildet werden, die lediglich über einen zu gründenden Bankenrat locker miteinander koordiniert werden sollten. "In diesem Plan ... waren bereits alle konstitutiven Elemente angelegt, die später charakteristisch wurden für die Bankenpolitik in der amerikanischen Zone."[5] Dodge hatte noch in den Staaten Douglas' entworfenes Memorandum zugestellt bekommen und war demnach bei seiner Ankunft in Europa mit den Dezentralisierungsvorstellungen der Militäradministration vertraut.[6]

---

1 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 49f.

2 Memorandum Lewis über "The Reorganization of Germany's Financial System" vom 19.6.1945, NA, RG 260, FINAD, 2/79/9 u. 2/69/4. Douglas bekleidete die Stellung eines "Assistant Deputy for Trade and Finance", direkt dem Stellvertretenden Militärgouverneur beigeordnet.

3 Vgl. Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 57f.

4 U.S. Zone Banking Program vom 29.6.1945, NA, RG 260, FINAD 2/139/4 u. 17/59/1.

5 Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 59.

6 L.W. Douglas an Joseph M. Dodge v. 14.8.1945, Dodge Papers, Box 1.

Dodge wollte seinen (ersten) Plan als rein zonale Regelung verstanden wissen, die in jeden beliebigen, von den Alliierten endgültig gebilligten Entwurf zur Reorganisation des Bankwesens in ganz Deutschland integrierbar sein sollte. Seit November 1945 bis ins Frühjahr 1946 hinein befaßte sich Dodge dann parallel zur Ausarbeitung des Währungsreformplanes mit Gerhard Colm und Raimond Goldsmith mit einem Konzept für den Ausbau einer alle vier Besatzungszonen umfassenden Zentralbankorganisation.

Am 5. April 1946 legte Dodge seinen zweiten Plan zur Errichtung einer Länder-Union-Bank (Vereinigung der Länder-Banken: V.L.B.) dem Finanzdirektorium des Alliierten Kontrollrats in Berlin vor.[1] Die zu schaffende Länder-Union-Bank sollte die Geschäftsführung der Zentralbanken der Länder kontrollieren und koordinieren, Lösungen der geldwirtschaftlichen und finanziellen Probleme bieten, die sich aus der Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit ergaben und allgemein gültige Regeln für die Geschäftspolitik der Banken erlassen. Dodge sah eine Mitbestimmung bei der Begebung öffentlicher Anleihen zur Sicherung einer ausgeglichenen Wirtschaftsentwicklung und als Schutz gegen eine unangemessene Verschuldung der Gebietskörperschaften sowie eine Abstimmungsfunktion für die Festlegung des Finanzbedarfs der deutschen Wirtschaft für Reparationen, Exporte und Importe und für den Wiederaufbau vor. Die Länder-Union-Bank sollte von einer Alliierten Aufsichtsbehörde (Allied Control Board) verwaltet werden. Dodge betonte in seinem Memorandum, daß die Länder-Union-Bank weder von der Regierung noch von Privatpersonen abhängig sein und keine zentrale Finanzbehörde darstellen dürfe. Sie sollte auf den Landeszentralbanken aufbauen und als "Zentralbank der Landeszentralbanken" Deutschland als Ganzem dienen.[2]

Hinsichtlich der Landeszentralbanken machte Dodge Vorschläge, die seine ursprünglichen Pläne für die Zentralbankorganisation in der amerikanischen Besatzungszone modizifierten oder ergänzten: Das Grundkapital der Landeszentralbanken sollte zunächst von den Landesregierungen aufgebracht und später allmählich von den Geschäftsbanken in den einzelnen Ländern übernommen werden. Die vorgesehene Länder-Union-Bank sollte Richtlinien für die allgemeine Geschäftspolitik der Landeszentralbanken aufstellen und deren Einhaltung überwachen, und jede Landeszentralbank sollte einen Bankrat (Board of Directors) aus neun Mitgliedern erhalten. Drei von diesen Mitgliedern sollten von der Länder-Union-Bank bestimmt werden, drei vom zuständigen Finanzminister aus führenden Persönlichkeiten der Banken,

---

1 "Statement of the Finance Directorate by Joseph M. Dodge" vom 5.4.1946, Dodge Papers, Box 3; NA, RG 260, FINAD, 2/79/9.

2 Ebd.

und die letzten drei Mitglieder sollten Landwirtschaft, Industrie und Handel des betreffenden Landes repräsentieren und vom Wirtschaftsminister ernannt werden.[1]

"Dodges Vorschlag zur Organisation der "Länder-Union-Bank" (LUB) und der Landeszentralbanken entsprach sowohl den alliierten Dezentralisierungsplänen als auch den Vorstellungen über einen demokratischen Wirtschaftsaufbau in Deutschland. Der föderative Aufbau der neuen Zentralbank, der über Landeszentralbanken von unten her erfolgen sollte, schloß eine politische Einflußnahme weitgehend aus. Eine derartige Zentralbank war daher nicht als Instrument einer Zentralverwaltungswirtschaft geeignet. Dodges Plan konkretisierte die Absicht der Vereinigten Staaten, die Wirtschaft in Deutschland nach freien, marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu organisieren."[2]

5.2 Die Viermächteverhandlungen in Berlin

Seit Oktober 1945 fanden im Alliierten Kontrollrat und seinen zuständigen Ausschüssen[3] erste Viermächteverhandlungen über die Reorganisation des deutschen Bankwesens statt.[4] Die Vereinigten Staaten machten zunächst einen Vorstoß mit vorläufigen Vorschlägen zur Trennung der Banken von ihren Industriebeteiligungen, zur Bankenzentralisierung und zur Neuordnung des Bankwesens in Berlin.[5]

Die Amerikaner forderten, daß die Banken ihre Industriebeteiligungen abgeben und künftig keine Aktien mehr als Dauerbesitz erwerben dürften. Die bereits vollzogene Schließung der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG[6] und der Bank der Deutschen Arbeit AG sollte endgültig sein. Die noch arbeitenden Filialen der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank sollten keine nationalen Zentralen mehr errichten dürfen.[7] Keine Bank sollte künftig außerhalb ihres Landes Zweigstellen unterhalten dürfen. Die Reichsbank sowie alle in Berlin ansässigen Banken sollten endgültig liquidiert werden. Nur das nach der Kapitulation geschaffene "Berliner Stadtkontor" (s.u.), die autorisierten Stadtsparkassen und die mit Billigung der Alliierten Kommandantur künftig entstehenden Banken sollten in Berlin künftig Geschäfte tätigen dürfen.[8]

---

1 Ebd.

2 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 55. Vgl. Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 87f.

3 Finance Directorate, Banking Committee und Coordinating Committee.

4 Dazu Adler, The Post War Reorganisation.

5 Memorandum Dodges über "Elimination of excessive Concentration of Economic Power" vom 30.10.1945, Dodge Papers, Box 5.

6 Hofmann, Walter, Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, Berlin - Bamberg, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon, S. 1340f.

7 Die allesamt in Berlin ansässigen Hauptverwaltungen der Großbanken waren von den sowjetischen Militärs bereits im April/Mai 1945 geschlossen worden.

8 Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 84ff.

Diese aufgezählten Vorschläge wurden kurz darauf durch die im ersten Dodge-Plan aufgestellten Grundsätze zur Bankenzentralisierung, zur Bankenaufsicht und zur Errichtung von Landeszentralbanken weiter präzisiert. In zahlreichen Sitzungen diskutierte das Banking Committee des Alliierten Kontrollrats das Dodge-Papier vom 1. November 1945.[1] Dabei kam es zu offenen Differenzen.

Die Briten widersprachen einer radikalen Dezentralisierung des deutschen Bankensystems. Sie beurteilten das bisherige deutsche Bankensystem "als durchaus wirkungsvoll" und "nicht zu mächtig". Als Argument führten sie an, daß eine Dezentralisierung des Bankwesens die alliierte Kontrolle nur erschweren würde und daß ungünstige Auswirkungen auf die Stabilität der Wirtschaft zu befürchten seien.[2] Wie Wandel wohl zu Recht annimmt, hätte eine Dezentralisierung des deutschen Bankwesens der von der britischen Labourregierung vielleicht später vorgesehenen Sozialisierung nur im Wege gestanden.[3]

Die Sowjets und die Franzosen dagegen schlossen sich grundsätzlich der amerikanischen Auffassung an, daß die Dezentralisierung des gesamten deutschen Bankensystems das vordringlich zu lösende Problem sei. Dodges Plan zur Errichtung einer Länder-Union-Bank kam dem britischen Wunsch nach Schaffung einer länderübergreifenden Zentralbank entgegen. Wenig später konnten die Vereinigten Staaten den zweiten Dodge-Plan vorlegen. Dem Anschein nach schien die Sowjetunion auch diesen zu unterstützen, war aber mit der Ausgestaltung der Zentralbank nicht einverstanden und drängte darauf, bis zu einer Übereinkunft über eine Länder-Union-Bank die Bankendezentralisierung voranzutreiben. Die britische Regierung lenkte nun ein und wollte der Bankendezentralisierung zustimmen, vorausgesetzt, daß eine Zentralbank nach Dodges Vorstellungen errichtet werden würde.[4]

Die Franzosen hatten grundsätzlich keine Einwände gegen die Dezentralisierung des Bankwesens, lehnten aber jegliche Bestrebung ab, die auch nur entfernt auf die Schaffung einer zentralen deutschen Behörde hinauslief. Frankreich lehnte folglich die Länder-Union-Bank ab.[5]

Die Verhandlungstaktik der Sowjets lief von diesem Zeitpunkt an darauf hinaus, ständig den Eindruck zu erwecken, als seien alle vier Besatzungsmächte in der Frage der Bankendezentralisierung einig, so daß mit der Durchführung dieser Maßnahmen sofort begonnen werden könnte. Der sowjetische Delegierte übersah dabei, daß die

---

1 Ebd.; Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 56.

2 Memorandum Dodges über "Liquidation of Berlin Banking Institutions" vom 27.11.1945, Dodge Papers, Box 5.

3 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 56.

4 Ebd., S. 57.

5 Schreiben Walter Lichtensteins an Dodge vom 24.10.1946, Dodge Papers, Box 3. Lichtenstein war leitender Mitarbeiter Dodges in der Finanzabteilung von OMGUS.

Briten von Anfang an erklärt hatten, einer Bankendezentralisierung nur unter gleichzeitiger Errichtung einer Zentralbank für ganz Deutschland zuzustimmen.[1]

Angesichts des französischen Widerstandes gegen eine Zentralbank arbeitete Dodge an Kompromissen. Ergebnis war sein dritter Plan vom 23. Mai 1946,[2] der anstelle einer unter deutschem Vorzeichen stehenden Zentralbank eine Kommission der Landeszentralbanken (Land Central Bank Commission) vorsah, die einem Alliierten Bankenrat (Alliied Banking Board) unterstehen sollte. Nach einigem Hin und Her bis in die Ebene des Alliierten Kontrollrats[3] scheiterte die Initiative Dodges schließlich am 21. Oktober 1946.[4] Seit Sommer 1946 hatten sich die Sowjets auf Oppositionskurs begeben, was auf die Verschlechterung der interalliierten Beziehungen nach dem Scheitern der Pariser Außenministerkonferenz, der Einstellung der Reparationslieferungen durch General Clay sowie britisch-amerikanischer Pläne einer Zonenverschmelzung zurückzuführen war. Während sich die Westalliierten in ihren Standpunkten anzunähern begannen, stellte der sowjetische Vertreter im Finanzdirektorat plötzlich die "tangierten fundamentalen politisch-ökonomischen Wertvorstellungen"[5] der Westalliierten in Frage und drängte über eine Entflechtung hinaus auf eine Vergesellschaftung des privaten Geschäftsbankenbereichs.[6]

Jede Delegation behielt sich auf der Sitzung ausdrücklich das Recht vor, von nun ab selbstständig zu handeln. Deutschland blieb bis auf weiteres ohne einheitliches Bankensystem. Dieses Scheitern einer einheitlichen Reorganisation des Bankwesens in den vier Besatzungszonen brachte auch eine Verzögerung der bereits für 1946 geplanten Währungsreform mit sich.[7]

5.3 Die Entwicklung des Bankwesens in den westlichen Besatzungszonen

In der amerikanischen Besatzungszone befaßten sich unterdessen die deutschen Stellen mit der Umsetzung des ersten Dodge-Plans zur Dezentralisierung des Bankwesens und zur Errichtung von Landeszentralbanken. Dodges Vorschläge stießen allerdings bei den Deutschen auf Unverständnis und Ablehnung. Sie wünschten eine Abschwächung der Dezentralisierungsmaßnahmen und eine größere Abhängigkeit der Banken von politischen Instanzen, besonders den Landesregierungen.[8] Der erste

---

1 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 57.

2 Dodge Papers, Box 3; NA, RG 260, FINAD 2/95/4.

3 Ausführlich Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 90f.

4 Protokoll der Viermächteratsitzung vom 21.10.1946, Dodge Papers, Box 3.

5 Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 91.

6 Soviet Member's Proposal on Banking in Germany v. 20.7.1946, NA, RG 260, FINAD, 2/130/17.

7 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 58.

8 Ebd., S. 60. Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 96ff.

Gesetzentwurf zur Errichtung von Landeszentralbanken vom 4./5. März 1946[1] wurde schließlich auch von Dodge abgelehnt, ebenso die revidierte Fassung vom 1. Juli 1946.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen im Viermächterat strebten die Amerikaner eine Lösung des Problems für ihre Zone an. Am 26. November 1946 wurde auf einer Sondersitzung des Finanz- und Bankausschusses des Länderrates in Stuttgart der von der Militärregierung unter General Clay schließlich genehmigte endgültige Entwurf des Landeszentralbankgesetzes verabschiedet. Es folgte die Errichtung von Landeszentralbanken in Bayern (München), Württemberg-Baden (Stuttgart) und Hessen (Wiesbaden).[2] Die Landeszentralbanken übernahmen mit Wirkung vom 1. Januar 1947 an die Aufgaben der ehemaligen Reichsbank mit Ausnahme des Rechts zur Notenausgabe. Am 1. April 1947 folgte im neu gebildeten Land Bremen die Errichtung der vierten Landeszentralbank in der amerikanischen Zone.[3]

Die Landeszentralbanken bestanden aus einem Vorstand und einem Verwaltungsrat. Der Vorstand, bestehend aus einem Präsidenten, seinem Stellvertreter und einer erforderlichen Zahl von Mitgliedern, leitete die Landeszentralbank, während die Geschäftspolitik vom Verwaltungsrat festgelegt wurde, der sich aus Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft, der Arbeitnehmerschaft, der Banken und der Landesregierung zusammensetzte. Zur Koordinierung der Geschäftspolitik der vier Landeszentralbanken in der amerikanischen Besatzungszone wurde ein Bankenrat (Advisory Council) geschaffen, der sich aus je zwei Vertretern der Institutionen sowie aus zwei Vertretern eines jedes Landesfinanzministeriums zusammensetzte. Der Bankenrat sollte allgemeine Grundsätze über die Zins- und Diskontsätze, die Mindestreserveanforderungen, die Offen-Markt-Politik und den Überweisungs- und Scheckverkehr aufstellen. Seine Empfehlungen sollten für die Landeszentralbanken jedoch erst verbindlich werden, wenn sie von OMGUS erlassen worden waren.[4]

---

1 Entwurf der Finanzminister der Länder in der amerikanischen Besatzungszone vom 4./5.3.1946, Dodge Papers, Box 3. Die Amerikaner kritisierten eine zu starke Einflußnahme politischer Instanzen, besonders des Ministerpräsidenten, des von ihm abhängigen Finanzministers und der ebenfalls dem Ministerpräsidenten unterstellten Bankaufsichtsbehörde auf die Bestellung der Organe der Landeszentralbank (Vorstand und Verwaltungsrat) und auf die laufende Geschäftsführung der Bank. Dodge wollte zum Zwecke der Ausgewogenheit eine stärkere Vertretung der Geschäftsbanken eines Landes im jeweiligen Verwaltungsrat. Außerdem fehlten Dodge im deutschen Entwurf jegliche Vorschriften zur Dezentralisierung der Geschäftsbanken und zur Schaffung einer Bankaufsichtsbehörde.

2 Gesetz Nr. 50 der Bayerischen Landesregierung vom 27.11.1946; Gesetz Nr. 55 der Landesregierung von Württemberg-Baden vom 7.12.1946; Verordnung der Militärregierung als Gesetz über die Errichtung der Landeszentralbank von Hessen vom 7.12.1946.

3 Gesetz über die Errichtung der Landeszentralbank von Bremen vom 6.3.1947.

4 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 62.

Die Briten behielten in ihrer Besatzungszone bis 1948 die gegebene Bankenstruktur im wesentlichen unverändert bei, da sie eine Dezentralisierung des Bankwesens ohne gleichzeitige Schaffung einer zentralen Lenkung nicht für sinnvoll hielten.[1] Für die Reichsbank, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank wurden in Hamburg sogenannte "Leitstellen" errichtet, die die Aufgaben der von den Sowjets geschlossenen Berliner Hauptverwaltung dieser Banken für die britische Besatzungszone übernahmen. Bis Januar 1947 unterlag die zentrale Kontrolle über das gesamte Bankenwesen der Militärregierung selbst. Danach wurden Teilbereiche der Bankenaufsicht an die Länderregierungen delegiert.[2] Erst im Zuge der Errichtung der Bank deutscher Länder lösten die Briten die alte Reichsbankorganisation auf und errichteten in ihren Ländern Niedersachsen (Hannover), Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf), Schleswig-Holstein (Kiel) und Hamburg Landeszentralbanken.[3]
Auch in der französischen Besatzungszone arbeitete die Reichsbankorganisation zunächst weiter, bis sich die Franzosen Anfang 1947 dem Kurs der Amerikaner anschlossen. Auf Anweisung der Militärregierung vom 18. Februar 1947 arbeiteten die deutschen Landesregierungen in ihrer Zone ein Gesetz zur Errichtung einer Landeszentralbank aus, das am 1. März 1947 in Kraft trat. Die Reichsbank der französischen Zone wurde aufgelöst. Es entstanden die Landeszentralbank von Württemberg-Hohenzollern in Reutlingen, die Landeszentralbank von Baden in Freiburg und die Landeszentralbank von Rheinland-Pfalz in Kaiserslautern. Ein Koordinierungsausschuß der Institutionen wurde auf Anordnung mit Sitz in Speyer geschaffen. Im Gegensatz zum Bankenrat in der amerikanischen Zone, der nur unverbindliche Empfehlungen aussprechen konnte, durfte der Koordinierungsausschuß Weisungen erteilen. Er sollte die Zins- und Diskontsätze sowie Mindestreserven festlegen, die Offen-Markt-Politik koordinieren, den Scheck- und Überweisungsverkehr regeln, die Veröffentlichungen und Statistiken der Landeszentralbanken in der französischen Zone zentralisieren sowie Lösungen für allgemeine Aufgaben bei der Bewältigung wirtschaftlicher Probleme bieten, die nicht auf Landesebene bewältigt werden konnten.[4]
Der Koordinierungsausschuß setzte sich aus Vertretern der Führungsorgane der Landeszentralbanken und der Bankenaufsichtsbehörden der Länder zusammen. Im Gegensatz zu den Landeszentralbanken in der amerikanischen Zone durften die Landeszentralbanken in der französischen Zone mit Nichtbanken sowohl Aktiv- als auch Passiv-Geschäfte betreiben. Die Institutionen der amerikanischen Zone blieben bei privaten Kunden auf Passiv-Geschäfte beschränkt.[5]

---

1 Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 68ff.
2 Adler, The Post War Reorganisation.
3 Verordnung Nr. 132 der britischen Militärregierung vom 14.2.1948.
4 Adler, The Post War Reorganisation, S. 328f.
5 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 64. Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 143ff.

5.4 Die Entwicklung des Bankwesens in der sowjetischen Besatzungszone[1]

In der sowjetischen Besatzungszone waren am 28. April 1945 rigoros alle Banken geschlossen und Konten blockiert worden.[2] Für einige Wochen ruhte der gesamte organisierte Zahlungsverkehr. Bei einer Sperrung von rund 70 Mrd. RM wurden etwa 80 Prozent des in Umlauf befindlichen Geldes kurzfristig aus dem Verkehr gezogen. Lediglich Postscheckämter, öffentliche Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken durften kurze Zeit später in beschränktem Umfang ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. In Berlin war am 5. Juni 1945 in einer Verordnung des Magistrats auf Grund eines Befehls der SMAD die Neuordnung des Berliner Bankwesens verfügt worden. Mit Ausnahme der aus den Berliner Reichsbanknebenstellen, den Stadtbanken und Girosparkassenzweigstellen zusammengefaßten und neugegründeten Berliner Stadtbank, die den Namen "Berliner Stadtkontor" erhielt, waren auch alle Banken in Berlin geschlossen worden.[3]

Die neuen Machthaber lehnten jeden Antrag der Großbanken auf Wiederzulassung zum Bankgeschäft ab.[4] Private Banken, die versuchten, nach der Schließung wenigstens den Verwaltungsbetrieb in Gang zu halten, wurden besetzt und gezwungen, alle Angestellten zu entlassen.[5] Das Vermögen der Großbanken, namentlich der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank, wurde von einer neu gegründeten "Treuhandstelle der Zentralfinanzverwaltung" verwaltet. Das Vermögen der übrigen geschlossenen Banken wurde der sächsischen Landesbank sowie den Sparkassen übereignet.[6]

Die Commerzbank wurde am härtesten von der Verstaatlichung in der sowjetischen Besatzungszone betroffen, die mit einem Gesetz über das Bank- und Kreditwesen vom 30. Januar 1948 schließlich allgemein geregelt wurde. Da die Commerzbank ihr Hauptgebiet im thüringischen Raum hatte, büßte sie 177 ihrer insgesamt 262 Filialen ein.[7] Die Dresdner Bank verlor etwa die Hälfte und die Deutsche Bank etwa ein Drittel ihrer Filialen.[8]

---

1 Schütz, Wilhelm, Ostzone (Geld- und Bankwesen), in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon, S. 1253ff.; Abeken, Gerhard, Das Geld- und Bankwesen in der sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954, Bonn 1955.

2 Die Bankniederlassungen östlich der Oder-Neiße-Linie waren schon früher geschlossen oder enteignet worden.

3 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 83.

4 Zur Entflechtung der Großbanken durch die Westalliierten s.u.

5 Deckers, Josef: Die Transformation des Bankensystems in der sowjetischen Besatzungszone/ DDR von 1945-1952, Berlin 1974, S. 12ff.

6 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 84.

7 Deuß, Hans, Die Entwicklung der Commerzbank seit 1945, Frankfurt 1952.

8 Da die sowjetischen Truppen zunächst ganz Berlin besetzt hielten, galten bis zum Einzug der

Die sowjetischen Besatzungsbehörden gründeten zunächst als Notenbank die "Garantie- und Kreditbank", die der Militärverwaltung als Finanzierungsinstrument diente. Die eingesetzten Direktoren waren denn auch Russen.[1]

Im Juli 1945 wurden in den fünf Ländern der sowjetischen Besatzungszone landeseigene Landeskreditbanken geschaffen. Als nächster Schritt entstanden im Februar 1947 fünf Emissions- und Girobanken, die ebenfalls als Anstalten des öffentlichen Rechts als "Landeszentralbanken" fungierten.

In Wirklichkeit übte die "Bankenverrechnungsstelle" mit Sitz in Potsdam bereits verdeckt die Rolle einer "Zentralbank sowjetischer Spielart" aus, urteilt Eckhard Wandel. Die kommunistische Politik zielte systematisch auf eine Zentralisierung und Lenkung des Bankensystems ab. Im Mai 1948 wurde schließlich die "Deutsche Emissions- und Girobank" in Potsdam gegründet, aus der nach dem ostdeutschen Geldumtausch die "Deutsche Notenbank" entstand: Sie wurde als unselbstständiges Regierungsorgan das Planungs- und Kontrollinstrument, auf das die eingeführte Zentralverwaltungswirtschaft aufbauen konnte.[2]

5.5 Die Entstehung der Bank deutscher Länder[3]

Die Viermächteverhandlungen in Berlin über eine Neustrukturierung des Bankwesens waren im Oktober 1946 gescheitert. Seit diesem Zeitpunkt versuchten die Amerikaner, ihre Vorstellungen von einem einheitlichen, dezentralen und keiner übermäßigen politischen Kontrolle unterliegenden Banksystem wenigstens in den drei Westzonen durchzusetzen. Nicht zuletzt war die Errichtung der Bizone mit der dazu treibende Faktor, da die unterschiedliche Bankstruktur bei der wirtschaftlichen Integration erhebliche technische Schwierigkeiten bereitete.[4]

Der letzte Stand der amerikanischen Pläne war der Aufbau mit einer von einem Alliierten Bankenrat (Alliied Banking Board) beaufsichtigten Kommission der Landeszentralbanken (Land Central Bank Commission), welche die Geschäftspolitik der angeschlossenen Landeszentralbanken koordinieren und zentral steuern sollte. Amerikanische Bankfachleute der Militäregierung mit Joseph Dodge an der Spitze favo-

---

Westalliierten die Anordnungen zunächst auch für die westlichen Sektoren der Stadt. Im Jahre 1949 erlaubten die Westalliierten schließlich die Neugründung von Bankinstituten in Westberlin: die Nachfolgeinstitute der Dresdner Bank gründeten die Bank für Handel und Industrie AG Berlin, die Nachfolger der Deutschen Bank errichteten die Berliner Diskontbank AG, und die Commerzbank ging in der Bankgesellschaft Berlin AG auf. Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 84.

1 Adler, The Post War Reorganisation, S. 335f.

2 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 65; Frenzel, Paul, Die rote Mark. Perestroika für die DDR, hrsg. v. Fritz Schenk, Herford 1989.

3 Schmidt, Willi, Andreas, Kurt, Bank deutscher Länder und die angeschlossenen Landeszentralbanken, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon, S. 154ff.

4 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 65.

risierten diese Lösung, die weitgehend dem amerikanischen Federal Reserve System entsprochen hätte.[1]

Die Briten jedoch traten nach wie vor - ganz nach ihrem heimatlichen Vorbild - für die Errichtung einer echten Zentralbank für die Bizone ein. Im Zuge der Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion entschloß sich schließlich die amerikanische Regierung zu einer Kurskorrektur ihrer Politik. Die neue Joint Chiefs of Staff Directive JCS 1779 vom 11. Juli 1947 wies General Clay an, zwar der Errichtung eines zentralisierten Bankensystems in Deutschland entgegenzuwirken, jedoch die Errichtung einer zentralen Behörde für den Banknotendruck, für die Emission und die Kontrolle der Währung sowie für die technische Überwachung zu fördern.[2]

Nun zeichnete sich General Clay wieder durch Eigeninitiative aus: Er griff ohne Genehmigung der zuständigen Regierungsstellen in Washington den Dodge-Plan zur Errichtung einer Länder-Union-Bank in den Grundzügen wieder auf und kam auf dieser Grundlage in persönlichen Gesprächen Anfang Oktober 1947 zu einer Einigung mit seinem britischen Kollegen General Robertson. Die Briten erklärten sich bereit, in ihrer Besatzungszone die Geschäftsbanken auf Landesebene zu dezentralisieren, die Bankleitstellen aufzulösen, die Reichsbank zu liquidieren und sich dem amerikanischen Muster der Landeszentralbank anzuschließen. Im Gegenzug stimmten die Amerikaner der Errichtung einer Zentralbank zur Koordinierung der Geschäftspolitik der acht Landeszentralbanken der Bizone zu. Die britische Regierung hatte sich somit mit ihrer Forderung nach einer "echten Zentralbank" durchgesetzt, war aber dabei den dezentralistischen und föderativen Vorstellungen der Vereinigten Staaten entgegengekommen.[3]

Zu diesem Zeitpunkt bekundete bereits die französische Regierung ihr Interesse an einem Anschluß an die Bizone und wurde zu den Verhandlungen hinzugezogen. "Die französische Besatzungsmacht hatte gegenüber den amerikanischen Dezentralisierungsplänen immer Sympathie bekundet, ohne sie exakt zu kopieren. Ihre institutionelle Bankenpolitik trug eine eigenhändige Handschrift und verfolgte einen Mittelweg zwischen dem straffen Zentralisierungskurs der britischen Militärregierung und der von amerikanischer Seite forcierten Dezentralisierung."[4] Aus den Dodge-Papieren geht hervor, daß auch von deutschen Behörden und Experten zahlreiche Änderungsvorschläge und Gesetzentwürfe den Westalliierten vorgelegt wurden. Wie Joseph Dodge bereits im Oktober 1946 in seinem Tagebuch vermerkt hatte, fiel es

---

1 Clay-Papers, Dok. 265.

2 OMGUS-Directive of US Objectives and Basic Policies in Germany (Finance) v. 15.7.1947, NA, RG 260, FINAD 2/113/10. Zur Bewertung der JCS 1779 Hammond, Directives for the Occupation, S. 442f.

3 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 67.

4 Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 143.

den Deutschen sehr schwer, sich ein Zentralbankensystem vorzustellen, welches nicht von politischen Instanzen abhängig sein sollte, sondern das Geschäftsbankensystem unter Verzicht auf jede Art von Geschäftstätigkeit mit Nichtbanken nur mit geld- und kreditwirtschaftlichen Mitteln steuern sollte.[1]

Mit Wirkung zum 1. März 1948 wurde die "Bank deutscher Länder" als Bank der Landeszentralbanken durch gleichlautende Gesetze der amerikanischen und britischen Militärregierung für die Bizone errichtet.[2] Die Landeszentralbanken der französischen Besatzungszone traten der Bank deutscher Länder auf Verordnung der Militärregierung am 25. März 1948 rückwirkend bei.[3] Damit war die Voraussetzung für eine Währungsreform in den drei Westzonen geschaffen.

Das Gesetz über die Errichtung der Bank deutscher Länder erhielt mit Wirkung vom 1. November 1948 eine gleichlautende Fassung für alle drei Besatzungszonen. Mit Wirkung zum 1. August 1957 ging die Bank deutscher Länder in der Deutschen Bundesbank auf.[4]

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts hatte die Bank deutscher Länder ihren Sitz in Frankfurt/M.. Da sie lediglich als Bank der Zentralbanken, als Zentrale für das Auslandsgeschäft und als Finanzverwalter der Verwalter des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und der Länder der französischen Zone bzw. später der Bundesrepublik Deutschland dienen sollte, unterhielt die Bank deutscher Länder keinerlei Zweigniederlassungen, Tochtergesellschaften oder angegliederte Unternehmungen. Die Bank wurde durch ein Direktorium geleitet. Ein Zentralbankrat bestimmte die allgemeine Geschäftspolitik, vor allem die Kreditpolitik des Zentralbanksystems, unterlag dabei jedoch den Anordnungen der Alliierten Bankkommission (Alliied Bank Commission), die als Aufsichtsorgan der drei Militärregierungen der Westzonen fungierte. Jede Weisungsbefugnis von politischen Instanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes oder der Länder war ausgeschlossen.[5]

Das Direktorium als Exekutivorgan der Bank deutscher Länder bestand aus dem Präsidenten, seinem Stellvertreter und einer durch die Satzung zu bestimmenden Anzahl weiterer Mitglieder. Der Präsident des Direktoriums und sein Stellvertreter wurden durch den Zentralbankrat gewählt, der aus einem Präsidenten (Vorsitzenden), der von den Landeszentralbankpräsidenten gewählt wurde, dem Präsidenten des Direktoriums der BdL und den Präsidenten der 11 angeschlossenen Landeszen-

---

1 Tagebuch vom 5.10.1946, Dodge-Papers.

2 Gesetz Nr. 60 der amerikanischen Militärregierung und Verordnung Nr. 129 der britischen Militärregierung. Der Name der Institution war bis zuletzt strittig gewesen. In letzter Minute war der vorgesehene Name "Bank *der* deutschen Länder" gestrichen worden, da man die Sowjets nicht brüskieren wollte und ihre mögliche Beteiligung noch offen halten wollte.

3 Verordnung Nr. 155a der französischen Militärregierung vom 16. Juni 1948.

4 Gesetz über die Deutsche Bundesbank (BBkG) vom 26.7.1957.

5 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 69.

tralbanken gebildet wurde. Bei der Wahl des Präsidenten des Direktoriums und seines Stellvertreters durften der amtierende Vorsitzende des Zentralbankrats und sein Stellvertreter, der Präsident des Direktoriums selbst nicht mitstimmen.[1]

Die Bank deutscher Länder diente als Währungs- und Notenbank für das Gebiet der westlichen drei Besatzungszonen und später für die Bundesrepublik Deutschland. Die Besonderheit des Bankensystems lag darin, daß die BdL das Spitzeninstitut eines zweistufigen Zentralbanksystems war: Jede Landeszentralbank besaß innerhalb ihres Landes ebenfalls die Stellung einer Zentralbank, wobei das Recht zur Notenausgabe entfiel.[2]

Als weitere Besonderheit unterhielt die BdL grundsätzlich keine Geschäftsbeziehungen zu Kreditinstituten oder Privaten. Als Zentralbank der Landeszentralbanken diente sie als Abrechnungsstelle und Refinanzierungsquelle durch Verwaltung der Mindestreserveguthaben. Sie führte die Finanz- und Kassengeschäfte für die Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und nach Gründung der Bundesrepublik für den Bund und dessen Einrichtungen.

Wie Rudolf Geissler anführt, ähnelte das von den Westalliierten aufgebaute Zentralbanksystem auf den ersten Blick stark der früheren Reichsbank. Diese hatte der Beschränkung des Verkehrs auf Geschäftsbanken und öffentliche Stellen allerdings nicht unterlegen. Der entscheidende Unterschied lag in der Zusammensetzung des Zentralbankrats: Die Repräsentierung der Präsidenten der Landeszentralbanken gewährleistete den föderativen und dezentralisierten Aufbau der Bank deutscher Länder, der vor allem im internen Entscheidungsprozeß zum Tragen kam. Der vielfach verwendete Begriff "dezentralisiertes Notenbanksystem" darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bank deutscher Länder und die Landeszentralbanken wie ein einheitliches Zentralbanksystem arbeiteten, das sich in keiner Weise von der ehemaligen Reichsbank unterschied. In einer modernen Volkswirtschaft wäre eine wirklich dezentralisierte, regionale Notenbankpolitik nicht möglich.[3]

Das Recht zur Ausgabe von Noten und Münzen erhielt die Bank deutscher Länder mit der westdeutschen Währungsreform durch das zweite Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Emissionsgesetz) vom 19. Juni 1948. Das Münzregal wurde am 8. Juli 1950 nach Gründung der Bundesrepublik dem Bund übertragen.[4]

Die Geschichte der Entstehung der Bank deutscher Länder zeigt, daß sich die amerikanischen Pläne für die Reorganisation des deutschen Bankwesens bis Oktober 1946

---

1 Gesetz zur Errichtung der Bank deutscher Länder und Landeszentralbankgesetz, in: Geschäftsbericht der BdL 1948/49, Frankfurt 1949, Art. IV u. V.

2 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 69.

3 Geissler, Rudolf, Notenbankverfassung und Notenbankentwicklung in den USA und Westdeutschland, Berlin 1953, S. 92f.

4 Möller, Hans, Währungsreform, S. 456.

an die Grundsätze des Potsdamer Abkommens (Viermächteverantwortung) zu halten versuchten. Dabei ist zu beobachten, daß für das Scheitern der Verhandlungen im Viermächterat in diesem Fall nicht der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, sondern zunächst die Uneinigkeit der französischen und britischen Regierung über die Errichtung einer deutschen Zentralbank verantwortlich war. Die Vereinigten Staaten versuchten bis zum Herbst 1947, in der Währungsreform eine gemeinsame Lösung der vier Mächte zu erreichen. Bei den Verhandlungen über das Bankensystem in der Bizone setzten die Briten zwar ihre Vorstellungen einer Zentralbank gegen Joseph Dodges ursprüngliche Pläne einer LZB-Kommission und eines alliierten Bankenrats durch, doch entsprach am Schluß die Bank deutscher Länder den inzwischen geänderten Zielen der amerikanischen Deutschlandpolitik.[1]

Die Bank deutscher Länder, die kurz vor der westdeutschen Währungsreform ins Leben gerufen wurde, war sicherlich ein einzigartiges, wenn auch nur kurzlebiges Gegenstück zu der sonst zu beobachtenden Tendenz zur Zentralisierung der Notenbanken. In dieser zweistufigen Konstruktion des Zentralbanksystems - mit elf Landeszentralbanken an der Basis und als deren gemeinsame Tochter die Bank deutscher Länder an der Spitze - beeinflußten zwar die Landesregierungen die Zusammensetzung der Organe der Landeszentralbanken und damit die Organe ihrer Notenbank: Die Bundesregierung hatte jedoch dabei keinen Einfluß. "Damit war von vornherein auch eine ordnungspolitische Weiche gestellt: In den drei Westzonen konnte keine Zentralverwaltungswirtschaft entstehen, denn diese hätte zur totalen Steuerung und Kontrolle eine zentrale Staatsbank benötigt, wie sie in Berlin/Ost errichtet worden war. ... In der sowjetischen Besatzungszone war die Garantie- und Kreditbank als Vorläuferin der Deutschen Notenbank streng zentralistisch organisiert. Dem wirtschaftlichen Konzept der Sowjetunion entsprechend, war auch das Bankensystem ein Instrument zur Verfolgung der politischen Ziele des Staates. Auch die Deutsche Notenbank wurde zu einem unselbstständigen Regierungsorgan."[2]

5.6 Die Entflechtung der Großbanken

Im Gegensatz zur sowjetischen Besatzungszone hatten die Banken in den drei westlichen Besatzungszonen ihre Schalter bereits wenige Tage nach der Besetzung wieder öffnen dürfen. Lediglich einige Institute, die besonders eng mit dem nationalsozialistischen Regime zusammengearbeitet hatten,[3] blieben davon ausgenommen.

Die von den Amerikanern betriebene und von Joseph Dodge umgesetzte Politik der Bankendezentralisierung ging zum großen Teil von der Annahme aus, daß das zentralisierte deutsche Bankwesen und die unter Staatseinfluß stehenden Kartelle und

---

1 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 73.

2 Ebd., S. 82.

3 So u.a. die Reichs-Kredit-Gesellschaft AG und die Bank der Deutschen Arbeit AG.

Konzerne während der Naziherrschaft die Vorbereitung, Finanzierung und Führung des Krieges ermöglicht hatten, wie es in einem dezentralisierten Banksystem amerikanischer Art nie möglich gewesen wäre. Unter den OMGUS-Akten der Finance Division befinden sich Untersuchungen über die Rolle der Großbanken und deren personelle Verflechtung mit der NSDAP und SS, die diese Annahme unterstützten.[1] Vor diesem Hintergrund muß auch die JCS-Direktive 1067 gesehen werden, die in ihren Bestimmungen 36 und 37 zur Zerschlagung der großen Konzerne und Kartelle aufgefordert hatte.[2] In Frankfurt wurde für diese Aufgabe eine spezielle Abteilung bei der Militärregierung, die Legal Division, geschaffen. General Clay persönlich hielt, wie aus seinen Memoiren hervorgeht, die Entflechtung der Großbanken für wichtiger als die Zerschlagung der Wirtschaftskonzerne,[3] was öfters zu Differenzen mit der Legal Division führte, die den beiden "Morgenthau-Boys" Russel Nixon und Stewart Martin[4] unterstellt war. Clay hielt es eben nicht für schlüssig, angesichts der Unternehmenskonzentration im eigenen Land die bekanntesten deutschen Großfirmen, darunter die IG Farben, zu zerstören. Eine Durchsetzung dieser Ansicht gelang Clay nicht, doch konnte er Eingriffe in die bestehende Eigentumsordnung - wie etwa durch die Sozialisierungspläne der britischen Regierung - verhindern.

Joseph Dodges Plan vom 5. Oktober 1945 für eine Dezentralisierung des deutschen Bankensystems hatte eine Bankaufsicht auf Länderebene, die Ausschaltung der Reichsbank und der Großbankenzentralen, die Beseitigung des übermäßigen Einflusses der Banken auf die Industrie sowie die Liquidierung der Großbanken vorgesehen. Aus dem amerikanischen System war die Begrenzung einer Bank mit ihren Filialen auf ein Land übernommen worden. Keine Bank sollte künftig mehr zur Börse zugelassen werden, wobei - ebenfalls nach amerikanischen Vorbild - allein Broker zum Aktienhandel legitimiert werden sollten. Dementsprechend sollten den Banken nach dem Dodge-Plan der Besitz von Aktien und ein Depotstimmrecht verboten sein.[5] Auch der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan zur Währungsreform sollte eine Dezentralisierung des Bankwesens befürworten, da im Hinblick auf den viel zu geringen Geschäftsumfang in der Nachkriegszeit der Bankenapparat überbesetzt sei. Nach Ansicht der Währungsreformplaner habe der verlorene Krieg das Kapital der Banken aufgezehrt und viele Kreditanstalten zahlungsunfähig gemacht, was eine Auflösung bzw. Fusion vieler Institute unvermeidbar mache.

---

1 Report on Investigations of the Deutsche Bank, NA, RG 260, Finance Division; Dresdner and Deutsche Bank: Special Report of the Military Governor, US-Zone, June 1947, ebd.; Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 85.

2 Foreign Relations of the United States (FRUS), 1945, Bd. 3, S. 378ff.

3 Clay, Lucius D., Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/M., 1951, S. 364.

4 Latour, Conrad / Vogelsang, Thilo, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944-47, Stuttgart 1973, S. 155.

5 Adler, The Post War Reorganisation, S. 322f.

In den Viermächteverhandlungen hatte sich gezeigt, daß die Briten gegen eine Bankendezentralisierung eingestellt waren, die Franzosen und Sowjets sie dagegen befürworteten und dabei die Errichtung eines Zentralbankensystems hinter der Entflechtung der Großbanken zurückstellen wollten. Die Verhandlungen im Viermächterat scheiterten jedoch schließlich an den Sowjets - und mit ihnen eine gesamtdeutsche Lösung für die Entflechtung der Großbanken.

Die Opposition der deutschen Stellen gegen Dodges Dezentralisierungspläne ist bereits erwähnt worden.[1] In ihrem Gesetzentwurf für die amerikanische Zone vom 1. Januar 1947 über die Errichtung der Landeszentralbanken machten die deutschen Stellen des Länderrats denn auch keine Anstände, die Großbanken aufzuspalten. Daraufhin reagierte die amerikanische Militärregierung mit ihrem Gesetz Nr. 57 vom 6. Mai 1947 über "Verwalter für bestimmte Banken".[2] Das Gesetz besagte, daß jede Landesregierung für die Filialen der drei Großbanken - der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank - einen unabhängigen Verwalter einzusetzen habe, der als Treuhänder über das Eigentum der Bank wachen mußte. Weder Vorstandsmitglieder noch Aktionäre durften die Möglichkeit besitzen, ihn zu beeinflussen. Die Namen der Großbanken sollten geändert werden.[3] Dieser amerikanischen Maßnahme schloß sich die französische Militärregierung mit ihrer Anordnung Nr. 25 vom 29. September 1947 über die "Zwangsverwaltung und Umbenennung verschiedener Banken" an.[4] Durch diese Maßnahmen der Amerikaner und Franzosen und durch die Verstaatlichung der Banken in der sowjetischen Besatzungszone wurde das Bankensystem in der britischen automatisch isoliert. Der Zusammenschluß zur Bizone zwang die Briten im Oktober 1947 schließlich zum Nachgeben.[5] Sie stimmten der Dezentralisierung der Großbanken und der Ablösung der Reichsbank durch das Landeszentralbankensystem zu.[6]

Am 15. April 1949 - also beinahe ein Jahr nach der Währungsreform - wurde von den drei westlichen Besatzungsmächten identische Gesetzestexte für die Lösung der Bankendezentralisierungsfrage erlassen.[7] Diesem Schritt war einige Ernüchterung

---

1 Ebd., S. 325ff. Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 104.

2 Gesetz Nr. 57 der amerikanischen Militärregierung: Regierungsblatt der Militärregierung Württemberg/Baden 1947 Nr. VIII vom 5.8.1947, S. 137f. Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 89; Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 114ff., S. 162ff.

3 Zur Lage der Großbanken unter den Bedingungen der Dezentralisierung ebd., S. 169ff.

4 Anordnung Nr. 25 der französischen Militärregierung, Journal Officiel, Nr. 112, 1947, S. 1134f. Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 145.

5 Zu den britisch-amerikanischen Dezentralisierungskontroversen ebd., S. 127ff.

6 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 89.

7 Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 191ff.; Bauer, Walter, Die westdeutsche Bankenreform. Eine Studie zur Entwicklung des Großbank- und Zentralbankwesens im Jahre 1945 bis zur Gegenwart, Tübingen 1954, S. 46.

über die Fortschritte im Entflechtunsprozeß, insbesondere auf Seiten der Amerikaner, vorausgegangen.[1] Die Gesetze betrafen nicht mehr nur die drei Großbanken, sondern generell alle Banken, die kurzfristige Kreditgeschäfte betrieben. Lediglich Institute für mittel- und langfristige Kredite sollten mit Zustimmung der BdL künftig in mehreren Ländern Filialen unterhalten dürfen.

Die alliierten Dezentralisierungsgesetze schufen 30 sogenannte Nachfolgebanken der drei Filialgroßbanken Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank. Die Großbanken selbst existierten de jure als sogenannte "Altbanken" weiter, da eine Auflösung aufgrund ihrer Berliner Hauptsitze nicht möglich war. Strittig blieb die Frage, ob die Nachfolgebanken Teilgebilde der Großbanken oder von diesem Zeitpunkt an selbstständige Einzelbanken darstellten. Ein Zustand der Rechtsunsicherheit war die Folge. Bei Durchführung der westdeutschen Währungsreform ging man vom Faktum der Dezentralisierung aus, d.h. jede Nachfolgebank mußte ihre eigene Umstellungsrechnung aufstellen. Auch die Rechte der Aktionäre waren bei den Entflechtungsgesetzen unberücksichtigt geblieben. Sie wurden von jeder Kontrolle und Mitbestimmung ausgeschlossen und erhielten keine Dividende. "Die Forderung nach klaren Rechtsverhältnissen konnte in dieser Situation nicht ausbleiben, und die verschiedenen Möglichkeiten für eine befriedigende Lösung bestimmten bis 1951 die Diskussion in Fachkreisen. Die Dezentralisierungsgesetze der Militärregierung erwiesen sich als ein Provisorium, das auf halbem Wege stehen geblieben war."[2]

Durch die Währungsreform am 20. Juni 1948 verloren die Nachfolgebanken durch die Nichtumstellung der Reichsschuldverschreibungen, durch die schlichte Streichung ihrer Guthaben bei anderen Banken sowie durch die Beschlagnahmung des gesamten Auslandsvermögens den größten Teil ihrer Aktiva. Zum provisorischen Ausgleich ihrer Bilanzen erhielten sie, wie alle übrigen Banken und Sparkassen, Ausgleichsforderungen und zur Erhaltung ihrer Zahlungsbereitschaft eine besondere Liquiditätsausstattung.[3] Diese provisorische Kapitalausstattung erwies sich jedoch nicht als befriedigend, und als weiterer Nachteil für die Filialgroßbanken bei der Dezentralisierung kam hinzu, daß einige "Zwerginstitute" entstanden, deren Geschäftsvolumen zum ehemaligen Kopfinstitut in einem Verhältnis von 100:1 stand. Solche "Zwerginstitute" konnten weder Informationsleistungen bieten, noch genügten sie den Anforderungen des Außenhandels. Zum Nachteil für einzelne Länder gereichte, daß unausgeglichene Wirtschaftsstrukturen zu Finanzierungsengpässen führten, wobei ein Risikoausgleich zwischen den Kreditinstituten nicht möglich

---

1 Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 174ff.

2 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 90.

3 Ebd., S. 91.

war.[1] Die Entflechtungsgesetze der Westalliierten sollten den direkten Zahlungsverkehr zwischen den einzelnen Filialen der ehemaligen Großbanken in den verschiedenen Ländern unterbinden. Den Landeszentralbanken oblag die zentrale Abrechnung des gesamten bankmäßigen Überweisungs- und Scheckeinzugsverkehrs zwischen den Kreditinstituten eines Landes. Die Abrechnung zwischen den einzelnen Landeszentralbanken war durch die Bank deutscher Länder vorgesehen. Dieses alles diente dem Zweck, der Giralgeldschöpfung der Filialgroßbanken Grenzen zu setzen.
Die Westalliierten kamen gegen den Zusammenhalt der ehemaligen Großbanken nicht an: Anstatt die Belege für Gut- und Lastschriften bei den jeweiligen Landeszentralbanken einzureichen, rechneten die Institute ihre Verpflichtungen einfach gegenseitig auf. Auch im Überweisungsverkehr über die Ländergrenzen hinweg gingen die Nachfolgebanken mehr und mehr dazu über, die Transaktionen eines Monats zusammenkommen zu lassen und lediglich die Spitzenbeträge über das Zentralbanksystem abzurechnen.[2] "Ein Resümee nach mehreren Jahren Dezentralisierungspolitik liefert ein ambivalentes Bild; es zeigt nach vorsichtigem Abwägen die Großbanken im Vorteil. Zwar waren die Banken in der alten Form auf den ersten Blick verschwunden, doch war es der amerikanischen Besatzungsmacht nicht gelungen, Institutionen tatsächlich und endgültig aufzulösen, die ihr für die Stabilität einer künftigen deutschen Demokratie abträglich schienen. Die Großbanken hatten sich mit Erfolg gegen die Zerstörung behaupten können. Dem auf ihrer Seite herrschenden Willen, die alliierten Maßnahmen unter günstigen Umständen völlig zu beiseitigen, wurde damit die Chance einer Realisierung eröffnet."[3]
Deutsche Experten wiesen bald nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland auf die großen Nachteile der Bankendezentralisierung, insbesondere für die finanzschwachen Gebiete, hin. Skeptiker sagten bereits 1949 voraus, daß die Dezentralisierung der Großbanken ohnehin scheitern würde.[4] Es oblag der Bundesrepublik, im Zuge der Erlangung ihrer vollen Souveränität hier neue Regelungen zu finden. Das Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29. März 1952 war ein erstes Zugeständnis an den Zwang zu größeren Einheiten.[5] Innerhalb von drei künstlich geschaffenen Bankbezirken durften die Großbankennachfolger über die Ländergrenzen hinweg fortan Filialen unterhalten.[6] Das hinderte sie nicht daran, beispielsweise bei größeren Krediten oder Konsortialgeschäften enger zusammenzuarbeiten, in Gemeinschaftssitzungen ihre Geschäftspolitik abzustimmen oder

---

1 Bauer, Die westdeutsche Bankenreform, S. 139ff.
2 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 92.
3 Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 188.
4 Adler, The Post War Reorganisation, S. 241.
5 Zum Hintergrund Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 267ff.
6 Detailliert ebd., S. 285f.

eine personelle Kontinuität in den Vorständen und Aufsichtsräten von den alten Großbanken zu den Nachfolgeinstituten zu verfolgen. Die Kooperation zwischen den Nachfolgeinstituten ging so weit, daß 1955 sogar Poolverträge zur Gewinnteilung geschlossen wurden.[1]

Hatte das Großbankengesetz von 1952 die faktische wirtschaftliche Rekonzentration der Großbanken ermöglicht, öffneten die Pariser Verträge der Bundesrepublik die inzwischen auf breiter Basis angestrebte vollständige gesellschaftsrechtliche Rezentralisierung. Die zum Vertragswerk zugehörige Liste IV über "Änderungen zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung enstandener Fragen" sah die Aufhebung aller Vorschriften über Dekartellisierung und Entflechtung vor.[2]

Der Bundestag zog mit dem Gesetz zur Aufhebung der Beschränkung des Niederlassungsbereichs von Kreditinstituten vom 24. Dezember 1956 einen endgültigen Schlußstrich unter die Bankendezentralisierung.[3] Die Nachfolgebanken der Deutschen Bank fusionierten nun zur Deutschen Bank AG (Frankfurt), die Nachfolgebanken der Dresdner Bank schlossen sich zur Dresdner Bank AG (Frankfurt) zusammen, und die drei Commerzbanknachfolger schlossen sich zur Commerzbank AG mit juristischem Sitz in Düsseldorf und drei Hauptverwaltungen in Hamburg, Frankfurt und Düsseldorf zusammen.

Mit der Wiedergeburt der Großbanken auf dem Gebiet der Bundesrepublik war der Versuch der Alliierten, insbesondere der Amerikaner, Macht und Einfluß dieser Institute durch eine Dezentralisierung zu brechen, gescheitert.[4] Der Hauptgrund dafür lag darin, daß dieser Ansatz bei den Deutschen selbst nie Beifall gefunden hatte. Alle politischen Parteien und selbst die Gewerkschaften befürworteten 1956 die Aufhebung des Großbankengesetzes.[5] Der Versuch der amerikanischen Regierung war auch deshalb von vorneherein zum Scheitern verurteilt gewesen, weil er sich dem unverkennbaren Trend zum Universalbankensystem mit immer größeren Banken entgegengestellt hatte.[6] Eckhard Wandel urteilt, daß die von den Amerikanern befürchtete Machtkonzentration auch nach Aufhebung des Großbankengesetzes nicht eintrat. Der Anteil der Großbanken am Geschäftsvolumen aller Banken lag 1950 bei 19,5 Prozent und sank bis 1973 unter die 10-Prozent-Grenze ab. Dieser relative Rückgang der Bedeutung der Großbanken war durch das starke Vordringen anderer Kreditinstitute, insbesondere der Sparkassen und Volksbanken möglich, denen die Ausweitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs für die Arbeitnehmer zugute

---

1 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 93.

2 Ruhl, Klaus-Jörg, "Mein Gott, was soll aus Deutschland werden?", München 1985, S. 156ff.

3 BGBl. I., 1956, S. 1073.

4 Horstmann, Theo, Bankenpolitik, S. 295.

5 Zink, Harold, The United States in Germany 1945-1955, Princeton 1957, S. 278.

6 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 94.

kam. "Der Strukturwandel im Kreditgewerbe hat also das bewirkt, was die Alliierten mit ihren Dezentralisierungsplänen angestrebt hatten: Er hat eine Barriere gegen den möglichen Machtmißbrauch durch Großbanken errichtet."[1]

6. DIE VORGESCHICHTE UND DURCHFÜHRUNG DER WESTDEUTSCHEN WÄHRUNGSREFORM VON 1948

6.1 Frühe Pläne für eine Währungsreform

Der schnelle Anstieg vor allem der kurzfristigen Reichsverschuldung sowie die Tatsache, daß sich die gesamte Schuld zum Ende des Haushaltsjahres 1943/44 bereits auf etwa das Dreifache des zur gleichen Zeit im Deutschen Reich erwirtschafteten Sozialprodukts belief,[2] war deutschen Experten schon während des Krieges nicht verborgen geblieben.

Grundsätzlich gibt es fünf Möglichkeiten, einen Geldüberhang zu beseitigen:[3]

1. Aufhebung des Preisstops[4]
2. Nachträgliche allmähliche Abschöpfung auf dem Steuerwege
3. Allgemeine einmalige Vermögensabgabe
4. (Zeitweilige) Blockierung des überschüssigen Geldes
5. Zusammenstreichen des Geldvolumens

oder eine Kombination derselben.

Es ist das Verdienst Hans Möllers, in seinem Werk "Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark" praktisch alle Pläne für eine Währungsreform zusammengetragen zu haben.[5]

Deutsche Nationalökonomen, darunter Wirtschaftspolitiker wie Ludwig Erhard und Günter Kreiser, hatten schon in der zweiten Kriegshälfte begonnen, sich Gedanken über eine mögliche Konsolidierung der Reichsschuld sowie eine Abschöpfung der

---

1 Ebd.

2 Nach Schätzung Ferdinand Grünings erreichte das Sozialprodukt im Jahre 1943 knapp 100 Mrd. RM und fiel danach rasch ab. Grüning, Ferdinand, Die Wirtschaftstätigkeit nach dem Zusammenbruch im Vergleich zur Vorkriegszeit, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, Berlin 1947, S. 69. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank betrug die Reichsschuld am Ende des Rechnungsjahres 1943/44 mehr als 270 Mrd. RM. Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen, Frankfurt 1976, S. 313.

3 Sauermann, Heinz, Währungsreformen, S. 457f.

4 Aus der verdeckten oder durch Preis- und Lohnstop, Devisenbewirtschaftung und Rationierungen gestauten Inflation wird zur offenen Inflation übergegangen. Diese Option sollte von den Engländern anfangs favorisiert werden.

5 Möller, Hans, Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948, Basel 1961.

mit ihr eng verknüpften überschüssigen Kaufkraft zu machen, die nach Kriegsende über die Volkswirtschaft hereinbrechen würde.[1] An den Diskussionen hatten auch führende Vertreter der Reichsgruppe Industrie und des Reichswirtschaftsministeriums regen Anteil genommen. Die von Ludwig Erhard im Frühjahr 1944 vorgelegte und intern viel diskutierte Denkschrift belegt, daß man sich sehr bald darüber im klaren war, daß eine reguläre Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld schlicht ausgeschlossen war. Erhard schlug einen scharfen Währungsschnitt unter Umwandlung der abgeschöpften Geldbeträge in Reichsschuldtitel vor, die - unter sehr niedriger Verzinsung - bei Bedarf freigegeben werden sollten. Mit eine Rolle sollten dabei Gesichtspunkte eines notwendigen Lastenausgleichs spielen. Oberste Maxime der Wirtschaftspolitik nach dem Kriege habe jedoch die Förderung der Produktivkraft der deutschen Wirtschaft zu sein.[2]

Vergleicht man die Überlegungen Erhards mit den zahlreichen, noch bis ins Jahr 1945 hinein von deutschen Experten vorgelegten Währungsreformplänen, so lassen sich bei fast allen gleiche Prinzipien feststellen: Stillegung von Kaufkraft - zumeist mit einem Währungsschnitt in Form der Vernichtung oder zumindest Blockierung eines großen Teils der Geldmenge - sowie Beibehaltung des herrschenden Preisniveaus, dem einer Anpassungsinflation der Vorzug eingeräumt wurde. Des weiteren ging es den Autoren der Pläne um eine Reduzierung der Reichsschuld auf ein wirtschaftlich tragbares Niveau sowie um die Erhebung einer allgemeinen Vermögensabgabe, um dadurch eine Gleichbehandlung des Sach- und Geldvermögens, das ja zunächst allein vom Geldschnitt betroffen sein würde, zu gewährleisten und Mittel für einen Lastenausgleich freizumachen.[3] Das sogenannte Detmolder Memorandum, welches gewissermaßen das erste amtliche deutsche Nachkriegsdokument zur Währungsreform darstellte und am 17. November 1945 von den Chefs der Provinzial- und Länderverwaltungen der britischen Besatzungszone beschlossen wurde, formulierte dazu entsprechend: "Bei der künftigen Verwendung des deutschen Volkseinkommens muß der Bedarf zur Wiederherstellung des Produktionsapparates ... den Vorrang vor allen anderen Verwendungen haben, und dieses Postulat muß die Verteilungspolitik auch hinsichtlich der Bedienung der Ansprüche an das Reich berücksichtigen."[4]

Dieser Argumentation lag die Auffassung zugrunde, daß alle verbrieften Ansprüche, ob von Seiten der Banken oder im Zuge eines Lastenausgleichs, letztlich immer nur

---

1 Herbst, Ludolf, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft, Stuttgart 1982, S. 423; Möller, Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, S. 7.

2 Erhard, Ludwig, Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung. Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44, Frankfurt/M. 1977.

3 Möller, Hans, Vorgeschichte; Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 200.

4 Möller, Hans, Vorgeschichte, S. 127.

aus der laufenden Produktion befriedigt werden könnten und daß es für die Zukunft primär darauf ankommen mußte, ein möglichst großes Sozialprodukt zu erwirtschaften. Wie es Ludwig Erhard später noch auf der Sitzung der Sonderstelle für Geld und Kredit, die vom bizonalen Wirtschaftsrat zur Ausarbeitung eines Währungsreformplanes Mitte 1947 eingesetzt wurde, ausdrückte, würde mit einem möglichst scharfen Geldschnitt die "sozialste Lösung" erreicht werden, da nur so die Produktivität der Wirtschaft wachsen könnte. In der Sonderstelle einigte man sich tatsächlich darauf, eine Quote von nur 5 Prozent für die Umwandlung des alten Geldes in neues vorzuschlagen. Auf deutscher Seite war die Meinung, daß in erster Linie die wirtschaftliche Produktion gesteigert, als Voraussetzung dafür jedoch eine Währungsreform durchgeführt werden müsse, wobei ein Lastenausgleich zurückzustehen habe, da dieser aus einem vergrößerten Sozialprodukt viel besser geleistet werden könne, generell weit verbreitet.[1] Schillingers Untersuchung der deutschen Währungsreformpläne auf Lastenausgleichsansätze belegt, daß meist solche Pläne nur dilatorisch behandelt wurden und sich gegen die alliierte Entscheidung zu einer Ausklammerung - gegen den Colm-Dodge-Goldsmith-Plan - bei der Geldreform lediglich geringer, vor allem rhetorischer Widerstand regen würde.[2]

Auf deutscher Seite hatte man also schon während des Krieges die Notwendigkeit einer Währungsreform erkannt. Bei den Siegermächten - insbesondere den Franzosen und Sowjets - stand dieses Problem zunächst sehr weit unten auf der Prioritätenskala. Sie hatten einen hohen Geldbedarf für die Versorgung ihrer Truppen in ihren jeweiligen Besatzungszone und konnten auf nur geringe Steuereingänge sowie auf die in Umlauf gesetzte Militärmark, die der Reichsmark gesetzlich gleichgestellt war, zurückgreifen. Die sowjetische sowie französische Besatzungsmacht verspürten also keinerlei Neigung, ihre Bedürfnisse an der Notwendigkeit der Knapphaltung von Liquidität zu orientieren, wie es zur Durchführung einer erfolgreichen Währungsreform unabdingbar gewesen wäre.[3]

Anders könnte die ursprüngliche Haltung der Amerikaner interpretiert werden. Aus einem Memorandum des Executive Committee on Foreign Policy vom 14. August 1944, dem u.a. Vertreter des State Departments, der Treasury und der Foreign Economic Administration angehörten, geht hervor, daß die Besatzungsbehörden in die Lage versetzt werden sollten, schnell eine Reihe "adäquater wirtschaftlicher und finanzieller Maßnahmen" in Deutschland durchzusetzen, um eine Minimumwirtschaft

---

1 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 200f.

2 Schillinger, R., Der Entscheidungsprozeß beim Lastenausgleich 1945-1952, St. Katharinen 1985, S. 31, 91 u. 105.

3 Gottlieb, Manuel, The Failure of Quadripartite Monetary Reform, in: Finanzarchiv 17, 1956/57, S. 398ff.

zu erhalten und wiederherzustellen.[1] In solche Maßnahmen hätte eine baldige Währungsreform eingeschlossen werden müssen.

Dieser für Deutschland so positive Ansatz wurde dann durch die "Morgenthau-Periode" seit September 1944 zunächst zerstört, wenngleich man aus der Administration bereits im Dezember 1944 wieder mit Überlegungen einer kompletten Währungsneuausgabe an Colonel B. Bernstein, dem ersten Leiter der Finance Division von OMGUS, herantrat. Bernstein tat solche Überlegungen jedoch als noch zu verfrüht ab.[2] Dafür erhielt der Oberkommandierende für Deutschland die JCS-Directive 1067 vom 26. April 1945, nach der keine Schritte unternommen werden sollten in der Absicht, "die deutsche Finanzstruktur zu erhalten, zu stärken oder in eigene Verantwortung zu übernehmen".[3] General Clay hatte die Bestimmung der Direktive, daß der Ausbruch von Hungersnöten, Seuchen und Unruhen, die die Besatzungstruppen gefährden könnten, zu verhindern sei, zur Rechtfertigung zahlreicher konstruktiver Maßnahmen ausgelegt. Bei Vorschlägen für eine Währungsreform zweifelte jedoch selbst Clay daran, ob er sich damit in der Administration durchsetzen könnte.[4]

Die mögliche Durchführung einer Währungsreform lag nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens schließlich auch im Verantwortungsbereich der vier Siegermächte. Diese einigten sich zunächst jedoch lediglich auf die Ausgabe des einheitlichen Besatzungsgeldes, das nach amerikanischen Vorlagen gedruckt wurde. Nach Darstellung Edward A. Tenenbaums hatten die Alliierten bei der Besetzung Deutschlands keine genauen Pläne für eine Reform der deutschen Währung. Die von den Experten Howard Ellis und Gottfried Haberler um die Jahreswende 1943/44 entstandenen Vorschläge, "Recommended Policies for the Allied Military Government in Germany", hatten höheren Ortes keinerlei Beachtung gefunden.[5]

Trotz aller Hindernisse durch die vorgegebenen politischen Leitlinien diskutierten im Sommer 1945 bereits Repräsentanten der vier Mächte in Berlin über eine Währungsreform, die Deutschland wieder lebensfähig machen sollte.[6] Ein von Manuel Gottlieb in der Finance Division von OMGUS entwickelter Plan vom September 1945, der im Alliierten Kontrollrat vorgelegt wurde, empfahl bei unveränderten Preisen eine Abwertung der im Umlauf befindlichen Banknoten und Bankguthaben

---

1 FRUS, 1944, Bd.1, Memorandum by the Executive Committee on Foreign Relations vom 14.8.1944, S. 281.

2 Memorandum Bernsteins an US Treasury vom 22.12.1944, NA, RG 260, C11/D1/S1, Box 15. Zur inneradministrativen Auseinandersetzung Stein, American Civil-Military Decision

3 FRUS, 1945, Bd. 3, S. 378ff.

4 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 202.

5 Das unveröffentlichte Manuskript Manuel Gottliebs, "Notes on German Inflation", befindet sich unter den Tenenbaum Papers, Truman Library, Independence, Missouri, Box 5.

6 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 97.

auf ein Zehntel ihres Wertes.[1] Die erste Runde der Sondierungsgespräche im Viermächterat, die Ende 1945 zuende gingen, brachte kein greifbares Ergebnis, da keine der vier Besatzungsmächte auf höherer Ebene ernsthaft daran interessiert war, eine gemeinsame Sanierung des deutschen Geldwesens in Angriff zu nehmen.[2] Besonders die Engländer traten durch explizite Opposition hervor. Sie seien nicht bereit, eine Währungsreform auch nur zu diskutieren, bevor auch nur ein annäherndes Gleichgewicht in den öffentlichen Haushalten aller Regionen der vier Besatzungszonen hergestellt sei.[3]

Dennoch sah sich General Clay zu einer umfassenden Untersuchung des Problems veranlaßt, die schließlich Gerhard Colm, Raimond Goldsmith und Joseph Dodge auf den Plan brachte.

6.2 Mission nach Deutschland: Die Entstehung des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes

Joseph Dodge, der Finanzberater General Clays, war bereits neben seiner Beschäftigung mit der Dezentralisierung des deutschen Bankwesens in Sachen Währungsreform vor Ende des Jahres 1945 aktiv geworden. Am 21. November 1945 besuchte er Adolf Weber in Heidelberg und erhielt von ihm den Rat, 95 Prozent der bestehenden Reichsschuld abzuschreiben und im übrigen Alfred Manes Untersuchung "Staatsbankrotte, wirtschaftliche und rechtliche Betrachtungen"[4] zu lesen, in der vergleichbare Vorgänge in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution geschildert werden. Der Detroiter Banker muß diesem Rat wohl gefolgt sein, denn unter den Dodge Papers befindet sich tatsächlich eine Kopie des Dekrets des zentralen Exekutivausschusses der UdSSR vom 3. Februar 1918 bezüglich der Annulierung der russischen Staatsschulden.[5]

Am 17. Dezember 1945 rief Dodge eine Konferenz von Finanzwissenschaftlern, unter ihnen Heinrich Hartlieb, Wilhelm Mathes, Rudolf Müller, Hans Gerloff, Otto Veit,[6] Hans Möller, Paul Binder, Otto Pfleiderer, Robert Noell von der Nahmer, Fritz Terhalle und Heinz Sauermann in Frankfurt zusammen, um erste Meinungen deutscher Experten zu dem Problem zu hören.[7] Dodges Hauptaufgabe blieb jedoch die Bankenreform.

---

1 Gottlieb, Manuel, Notes on German Inflation

2 Möller, Hans, Währungsreform, S. 443; Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 97.

3 Gottlieb, Manuel, The Failure of Quadripartite Monetary Reform, S. 403; Turner, I., Great Britain and the Post-War German Currency Reform, in: Historical Journal 30, 1987, S. 690 f.

4 Manes, Alfred, Staatsbankrotte, wirtschaftliche und rechtliche Betrachtungen, Berlin 1919.

5 Dodge Papers, Box 5.

6 Veit, Otto, Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt/M. 1969.

7 Dodge Papers, Box 4. Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 98; Sauermann, Heinz, Währungsreformen, S. 457.

Zu diesem Zeitpunkt ahnten Gerhard Colm und Raimond Goldsmith in Washington noch nichts von ihrer bevorstehenden Aufgabe. Mit der Idee zur Heranziehung der beiden Deutschland-Experten trat schließlich David Ginsburg an General Clay heran, der ihn als stellvertretenden Chef der Economic Division unter General Draper nach Frankfurt geholt hatte. Ginsburg kannte Goldsmith seit dem Jahre 1935, damals als stellvertretenden Direktor der Security Exchange Commission (SEC). Später war man dann in das gleiche Mietshaus eingezogen, und die beiden Ehefrauen hatten enge Freundschaft gepflegt. Privaten Kontakt zu Gerhard Colm hatte Ginsburg seit 1939, als der Nationalökonom seinen Dienst als Berater für Finanzen und Steuerpolitik im Handelsministerium unter Harry Hopkins angetreten hatte. Ginsburg hatte beeindruckt, in welchem Maße Colm es verstand, wirtschaftliche Probleme darzustellen und Lösungsansätze zu entwickeln. Hinter den Kulissen in ganz Washington hatte Colm, so erinnert sich Ginsburg, der während des Krieges als Chef der Legal Division des Nationalen Verteidigungsrates gedient hatte, durch die Jahre als geschätzter Berater in allen Bereichen der Administration gewirkt und großes Vertrauen genossen.[1] General Clay willigte ein und bat über Joseph Dodge das Kriegsministerium, bei den beiden Experten um ihre Bereitschaft anzufragen und gegebenenfalls eine Freistellung von ihren Tätigkeiten zu erwirken.

Colm erreichte die Anfrage aus Deutschland Anfang Januar 1946 im Budgetbüro des Weißen Hauses. Ihn reizte zwar die Aufgabe, doch hatte er Bedenken, wie es in Deutschland aufgenommen werden könnte, wenn ein Emigrant wie er als Repräsentant der amerikanischen Besatzungsbehörden auftreten und die Währungs- und Finanzverhältnisse neuordnen sollte. Das hatte auch triftige Gründe, die in Amerika lagen: "Ich bin sehr getroffen", schreibt Colm an Alvin Johnson am 9. Januar 1946, "über allerhand Gerüchte über diese oder jene Einstellung, die ich zur Behandlung zugunsten oder ungunsten Deutschlands haben soll. Brüning hat mir durch Hirsch mitteilen lassen, daß er es bedauere, daß ich für den Morgenthau-Plan sei!"[2] Die Washingtoner Gerüchteküche war also sofort nach Bekanntwerden des Missionsplanes in Gang gesetzt worden. Erst nachdem ihn seine ehemaligen Kollegen und Freunde aus der New School ermutigt und verdeutlicht hatten, welche Chance sich bot, auf die deutschen Verhältnisse einzuwirken, damit sich die katastrophalen Fehler nach dem Ersten Weltkrieg nicht wiederholten, willigte Colm ein.

Raimond Goldsmith erreichte die Anfrage General Clays an seinem Direktorenschreibtisch der Rüstungsproduktionsbehörde, die zu dieser Zeit in Auflösung begriffen war. Seine Karriere in den USA hatte Goldsmith in der Research Division der Securities and Exchange Commission 1934 begonnen, der er seit 1937 als stell-

---

1 Interview mit David Ginsburg am 2.8.1991, Washington, D.C.

2 G. Colm an A. Johnson, 9.1.1946 u. 17.2.1946, Colm Papers, LoC, Box 28. (Übers. d. Verf.) Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 190ff.

vertretender Direktor vorgestanden hatte. Nach dreijähriger Tätigkeit in der Research Section der Trading und Exchange Commission war er 1942 als Deputy Direktor der Economic Division zum War Production Board unter Simon Kuznets gewechselt.[1] Colm und Goldsmith hatten seit ihrer kurzen gemeinsamen Zeit im Statistischen Reichsamt und ihrer Emigration keinen persönlichen Kontakt mehr gehabt, sich jedoch am 19. März 1945 auf einem interministeriellen Treffen in Zusammenhang mit der Vorbereitung des amerikanischen Beschäftigungsgesetzes (s.u.) wiedergetroffen.[2] Jetzt schloß man schnell enge Freundschaft und sah mit großer Erwartung der bevorstehenden Aufgabe entgegen.

Noch vor Abreise nach Europa trafen sich die beiden Emigranten mehrfach und erörterten ihre Vorstellungen in Colms Büro im Weißen Haus. In den Grundzügen stimmten beide Experten sofort darin überein, daß angesichts des hohen Bargeldumlaufes und der öffentlichen Verschuldung ein scharfer Währungsschnitt unabdingbar sein würde. Genaue Planungen erwiesen sich jedoch als unmöglich, da das entsprechende statistische Material fehlte.[3]

Unterdessen versuchte das State Department, noch einen dritten, eher den privatwirtschaftlichen Sektor repräsentierenden Mann für die Mission zu gewinnen und hatte dabei an den Industriellen Ralph Flanders gedacht. Als dieser ablehnte, drängte das War Department schließlich auf eine Zwei-Mann-Mission - Joseph Dodge wurde also im eigentlichen Sinne nicht zum Team zugehörig gerechnet - welcher ein Maximum von drei Monaten Dauer eingeräumt wurde. Gerhard Colm war auch nur für diesen Zeitraum vom Budget Bureau freigestellt worden. Colms und Goldsmiths ursprüngliche Aufgabe sollte "weniger ein spektakulärer Plan", sondern eher "eine stille Beratung" General Clays, General Hilldrings und des State Departments über die zahlreichen bereits vorliegenden Währungsreformvorschläge sein. "In other words, we want to avoid any newspaper publicity."[4] Anfang Februar war auch Joseph Dodge persönlich nach Washington gekommen und hatte dem State Department seine und General Clays Vorstellungen von der Mission erläutert. Eine kleine Expertengruppe sollte die bereits vorhandenen Pläne über die Kontrolle der Inflation in Deutschland begutachten und sich insbesondere der Behandlung der Reichsschulden annehmen. Dabei sollten nicht nur die Pläne der amerikanischen Militärregierung, sondern auch - soweit möglich - der anderen alliierten Besatzungsmächte be-

---

1 Interview Richard D. McKinzies mit Raimond Goldsmith am 25.6.1973, Truman Library, Independence, Mo. (HSTL), Orale Interview No. 235.

2 Colm Papers, Franklin D. Roosevelt Library, Hyde Park/N.Y. (FDRL).

3 "Die D-Mark entstand im Flug". Interview Joachim Schweliens mit Gerhard Colm und Raimond Goldsmith, "Stuttgarter Zeitung" vom 20.6.1968. Der Inhalt dieses umfassenden Artikels Schweliens zur Währungsreform wurde von Colm ausdrücklich gebilligt. G. Colm an J. Schwelien, 2.7.1968, Colm Papers, LoC, Box 14.

4 G. Colm an Eric Biddle, US-Botschaft London, 18.2.1946, Colm Papers, LoC, Box 29.

rücksichtigt werden. Von der Berücksichtigung der Pläne deutscher Experten war zunächst keine Rede.[1]

Nach knapp zweimonatigen Vorbereitungen startete am Samstag, dem 2. März 1946, eine Sondermaschine der amerikanischen Luftwaffe mit Gerhard Colm und Raimond Goldsmith an Bord von New York Richtung Europa. Die Douglas DC-3 machte Zwischenstop in Neufundland sowie Shannon, Irland, um dann am 3. März ihr erstes Ziel, London, zu erreichen. Dort nahmen Colm und Goldsmith durch Eric Biddle vermittelte Kontakte zum Office of Control, der für die Besatzungspolitik zuständigen zivilen Behörde, sowie zum Schatz- und Außenministerium auf, um die britische Haltung zur Finanzpolitik gegenüber dem besetzten Deutschland zu erkunden.[2] Colm war überrascht darüber, daß die Briten auf Regierungsebene den Lösungsweg einer "kontrollierten Inflation" favorisierten, der einen Preisanstieg von bis zu 400 Prozent anstrebte. Die beiden Amerikaner äußerten ihre vorsichtigen Zweifel, ob das deutsche Währungsproblem durch Inflation gelöst werden könnte, mußten aber einsehen, daß auf die zuständigen britischen Experten erst in Berlin Einfluß genommen werden konnte.[3]

Am Aschermittwoch, den 6. März 1946, , kehrten Gerhard Colm und Raimond Goldsmith nach 13 Jahren Exil nach Deutschland zurück. Colm zeigte sich erschüttert über den Zustand der ehemaligen Reichshauptstadt. "Die Straßen sind noch immer von Trümmern übersät. Überall liegen noch ausgebrannte Panzer. Eisen und Stahl ist zu fantastischen Skulpturen verdreht. Es übertrifft jegliche Beschreibung und Vorstellung," schreibt er an seine Frau Hanna, "Ich konnte es nicht ändern, aber ich mußte immer an das Wort 'Gottesgericht' denken."[4] Viele ehemalige Freunde und Bekannte Gerhard Colms sollten sich in den folgenden Wochen nach Bekanntwerden seines Eintreffens hilfesuchend an ihn wenden - aus existentieller Not heraus oder weil man sich Hilfe etwa gegenüber der Willkür der Besatzungsmächte versprach. Der aus Deutschland Vertriebene versuchte zu helfen, wo er konnte, auch wenn solche Aktionen eine zusätzliche Belastung für ihn darstellten. Eine besondere Belastung war es für Colm, wenn er nicht helfen konnte, wie er seiner Frau gegenüber in vielen Briefen darlegte.

Am 9. März 1946 trafen Colm und Goldsmith erstmals mit General Clay zusammen. "Ich habe einen guten Eindruck. Er läßt uns alle Freiheiten, um unser Problem anzu-

---

1 Ebd.

2 Bericht G. Colms an das Budget Bureau vom 1.7.1946, Colm Papers, LoC, Box 29.

3 Memorandum G. Colms vom 31.3.1946, Colm Papers, LoC, Box 29. Colm vermerkte positiv die hervorragende Zusammenarbeit zwischen den britischen Behörden in London und den entsprechenden Stellen der Besatzungsregierung in Berlin, verglichen zu den Schwächen bei der amerikanischen Handhabung.

4 G. Colm an Hanna Colm, 9.3.1946, Privatarchiv Peter Colm, Lusby, Md. (PAPC) (Übers. d. Verf.).

gehen."[1] Die Ausarbeitung des Planes oblag dann auch mehr oder minder allein der Obhut der beiden Wirtschaftswissenschaftler. Joseph Dodge, dem Clay für die Ausarbeitung eines Währungsreformplanes mit Hilfe einer Expertengruppe das vollste Vertrauen ausgesprochen hatte,[2] fungierte eher als Verbindungsmann bzw. Berichterstatter zum amerikanischen Oberkommandierenden, der sicherstellte, daß der Plan nicht wieder in einer Ablage der Administration verschwinden würde. General Clay beauftragte Colm und Goldsmith ausdrücklich, nicht an einer "westlichen Lösung" der drei Besatzungsmächte zu arbeiten, sondern die Sowjets mit einzubeziehen. Untergeordnete Mitglieder der Militärregierung äußerten den beiden Experten gegenüber allerdings sofort ihre Zweifel an einer solchen Möglichkeit.[3] Zu ihrem Bedauern stellten Colm und Goldsmith schnell fest, welche Spannungen und Kompetenzstreitigkeiten zwischen den OMGUS-Divisionen existierten, die sich nicht von denen innerhalb der Washingtoner Administration unterschieden. Besonders die Finance Division hatte einen schlechten Ruf, der noch von Bernhard Bernstein herrührte, dessen Anstrengungen, so Colm, nichts anderem als der Zerschlagung der Kartelle und der Internierung von Industriekapitänen, ob sie nun Nazis gewesen waren oder nicht, gegolten hatte, statt irgendetwas in Richtung einer finanziellen Rehabilitierung Deutschlands in die Wege zu leiten. Mit der Politik, "die Deutschen in ihrem Schlamassel sitzen zu lassen", sollte nun Schluß sein, versprach Colm.[4]

Am 12. März zog das Team endgültig in sein Quartier in Berlin-Wannsee, einer kleinen Villa in der Bismarckstraße 64, ein. Welche Bedeutung ihrer Aufgabe zugemessen wurde, notierte Colm, merkten die beiden Neuankömmlinge an der Einstufung in die Ordonanzkategorie "Brigadegeneral". Ein Hausdiener, zwei Hausmädchen sowie ein eigener Wagen mit Chauffeur wurden zugeteilt und Jerome Jacobson als unmittelbarer Assistent unterstellt.[5]

Schon kurz darauf fand ein erstes Treffen im Rahmen des Financial Directorate des Alliierten Kontrollrats statt, auf dem Colm und Goldsmith Gelegenheit erhielten, die zuständigen Finanzexperten der drei übrigen Alliierten kennenzulernen. Die britische Seite wurde von Paul Chambers und seinem Stellvertreter, Findlay G. Shirras, vertreten. Der Zufall wollte es, daß Colm 1926 ein Buch Shirras[6] ins Deutsche übersetzt hatte bzw. die beiden Reparationsexperten damals in Hinblick auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands die gleichen Ansichten vertreten hatten. Nun lernten sich die beiden Wissenschaftler persönlich kennen und schlossen Freundschaft, die

---

1 Ebd. (Übers. d. Verf.)

2 Smith, The Papers of General Clay, S. 151.

3 Zusammenfassender Bericht G. Colms vom 31.3.1946, Colm Papers, LoC, Box 29.

4 Ebd. (Übers. d. Verf.)

5 G. Colm an Hanna Colm, 12.3.1946, PAPC.

6 Shirras, G. Findley, Volkseinkommen und Besteuerung, hrsg. v. M. J. Bonn, Jena 1926. Kapitel 1.

sich postiv auf Colms Aufgabe auswirken würde. Der französische Vertreter war der Finanzexperte LeRoy Beaulieu, der eine sehr hartnäckige Linie gegenüber Deutschland vertreten sollte, und die Sowjets hatten den sprachgewandten P.A. Maletin aus Murmansk zum Chef ihrer Finanzabteilung ernannt, der die Sowjetunion bereits auf der Konferenz von Bretton Woods[1] vertreten hatte und 1948 zum stellvertretenden Finanzminister aufstieg. Nach diesem Treffen ahnte Colm auf jeden Fall schon, welche Komplikationen die Ausarbeitung eines Währungsreformplanes auf Viermächteebene mit sich bringen würde.[2]

Die amerikanische Expertengruppe stieß bei ihren Vorarbeiten zum Währungsreformplan auf erhebliche Schwierigkeiten, da, bedingt durch die Zerstörungen oder bewußte Aktenvernichtung, statistisches Material nur lückenhaft vorhanden und schwer auffindbar war. Colm und Goldsmith griffen u.a. auf das Aktenmaterial der Reichsbank, wobei sie von ehemaligen Mitarbeitern unterstützt wurden, sowie auf statistisches Material des Statistischen Reichsamts zurück, welches in einer Art von Notbetrieb seine Arbeit wieder aufgenommen hatte und von den beiden ehemaligen Mitarbeitern nun nach fast 20 Jahren erstmals wieder betreten wurde. Statistische Hilfe kam auch aus den USA selbst: Die University of Michigan hatte während des Krieges im Auftrag der Regierung Studien über die deutsche Finanz- und Währungssituation verfaßt, welche nun nach Berlin geschickt wurden. Spezialisten im OMGUS-Hauptquartier in Frankfurt versuchten, durch exemplarische Erhebungen herauszufinden, wieviel Währung der durchschnittliche deutsche Haushalt zur Verfügung hatte, um andere Berechnungsdefizite schließen zu können. Außerdem wurde in Frankfurt eine Studie entwickelt, die herauszufinden suchte, wie wahrscheinlich die Verbraucher im Falle einer Währungsreform in der einen oder anderen Form reagieren würden.[3] Nicht immer waren jedoch Colm und Goldsmith mit dem OMGUS-Personal in den in der gesamten Besatzungszone verstreuten Dienststellen zufrieden. Die ursprünglich in den Finanzabteilungen eingesetzten Experten hatten sich im Zuge der Demobilisierung so schnell wie möglich in die Staaten auf Arbeitssuche zurückbegeben. In Deutschland geblieben waren meist Offiziere unteren Rangs, die der Aufgabe einer sachgerechten Finanzverwaltung nicht gewachsen waren. Das

---

1 Bretton Woods, kleiner amerikanischer Kurort im Bundesstaat New Hampshire unweit der kanadischen Grenze. "Im Juli 1944 fand in Bretton Woods eine Konferenz Währungssachverständiger aus 44 alliierten Ländern statt, auf der Pläne für die Neuordnung des internationalen Geldwesens ausgearbeitet wurden. Diese Weltwährungskonferenz, die von dem Präsidenten Roosevelt eröffnet wurde, ist in die Währungsgeschichte als 'Konferenz von Bretton Woods' eingegangen." In:: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 2. Aufl., Bd. I, Frankfurt/M., 1958, S. 273.

2 G. Colm an Hanna Colm, 12.3.1946, PAPC.

3 Goldsmith-Interview, HSTL.

fähigste Personal fand das Team unter den Briten, die auf eine lange Tradition der Kolonialverwaltung zurückgreifen konnten.[1]

Die Arbeit war jedoch mit einem Verbleib in Berlin nicht getan. Colm hatte von vornherein die Absicht, deutsche Experten anzuhören und sich seine alten Verbindungen in Deutschland zunutze zu machen. Am 20. März brachen Colm und Goldsmith zu ihrer ersten Rundreise durch Deutschland auf. Hilfreich bei diesem Vorhaben war Professor Heinz Sauermann, Frankfurt, der schon länger als Verbindungsmann zwischen deutschen Experten und der amerikanischen Militärregierung tätig gewesen war. Sauermann machte den beiden Amerikanern auch die zahlreichen bereits vorhandenen deutschen Währungsreformvorschläge und Gutachten zugängig, von denen etwa 30 in engere Betrachtung gezogen wurden.[2]

Colm und Goldsmith waren bemüht, jeden nur erdenklichen "unbelasteten" deutschen Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler sowie die politisch Verantwortlichen der reetablierten Länder zu konsultieren.[3] Ein anerkannter Fachmann auf dem Gebiet der Währungsfragen, der frühere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, mußte außer acht gelassen werden, da er zu diesem Zeitpunkt in Nürnberg vor Gericht stand.[4]

Colm und Goldsmith sprachen mit den meisten Kabinettsmitgliedern der Länder in den westlichen Besatzungszonen sowie mit Wissenschaftlern und Geschäftsleuten. Der überwiegende Teil der Konsultierten lehnten einen harten "Währungsschnitt" ab und wollte es beim Einfrieren der Konten und deren sukzessiven Freigabe bewenden lassen. Überhaupt erhielten die beiden Amerikaner nach übereinstimmender Aussage bedauernswert wenig Anregungen von deutscher Seite, die sie für tragfähig und durchführbar hielten.[5] Nach Goldsmiths Meinung konnten die beiden auf diese Weise wenigstens die durch die Nachkriegssituation bedingte psychologische Komponente der deutschen Bevölkerung besser einschätzen, die bei Planungen zu einer Währungsreform berücksichtigt werden mußte.[6] Wertvolle Anregungen erhielten

---

1 Zusammenfassender Bericht G. Colms vom 28.4.1946, Colm Papers, LoC, Box 29. So kam Paul Chambers selbst aus der Kolonialverwaltung für Indien.

2 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 98.

3 Goldsmith-Interview, HSTL Dieses sollte natürlich der vorgesehenen Diskretion des Unternehmens schaden: wie ein magisches Zauberwort würde einmal bis zur Währungsreform der "Colm-Dodge-Goldsmith-Plan" durch die Medien und die Köpfe der deutschen Nachkriegspolitiker geistern, bis er schließlich 1955 veröffentlicht wurde.

4 Sauermann, Heinz, Der amerikanische Plan für die deutsche Währungsreform, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 11, 1955, S. 194.

5 "Die D-Mark entstand im Flug" Colm betont jedoch, daß sich diese Aussage auf das Frühjahr 1946 bezieht und nicht auf die spätere Mitarbeit von deutscher Seite bei der Durchführung der Währungsreform 1948.

6 Goldsmith-Interview, HSTL.

Colm und Goldsmith von dem damaligen Finanzreferenten in der württembergischen Finanzverwaltung, Otto Pfleiderer, sowie dem Stuttgarter Bankdirektor Adolf Lieb. Weitere Befürworter eines "scharfen Schnittes" waren der hessische Ministerpräsident Professor Geiler, Ernst Wagemann[1], und schließlich der damalige bayerische Wirtschaftsminister Ludwig Erhard[2], den Colm auf diese Weise erstmals kennenlernte.[3] Beim Besuch in München bekam Colm ein ziemlich gutes Echo auf den umrissenen Plan im bayerischen Kabinett von Ludwig Erhard, Fritz Terhalle und Wilhelm Hoegner, wenngleich solche Konsultationen immer mit der Verpflichtung zur Diskretion in ihrer Mission kollidierten.[4] Nach Goldsmiths Auffassung kamen die besten Anregungen von Adolf Weber[5] und Eugen Schmalenbach[6], die "mehr verstanden als alle Experten".[7]

Die mitunter anzutreffende Zurückhaltung bei den deutschen Finanzexperten und Politikern gegenüber den Amerikanern hatte z.T. aber auch Gründe, die in der Behandlung durch die Besatzungsmächte zu suchen waren. In mehreren Briefen an seine Frau äußerte sich Colm beschämt über die Behandlung, die in einigen Fällen von Seiten der Besatzungsbehörden gegenüber den Deutschen an den Tag gelegt wurde und welche auch die Arbeit des Teams behinderte. Colm durfte z.B. den Generalreferenten für Finanzen bei der Westfälischen Provinzialregierung und ehem. preußischen Finanzminister, Höpker-Aschoff, in Minden weder bei Colm im Hotel noch bei Höpker-Aschoff zuhause treffen. Schließlich behalf man sich mit dem Nebenzimmer einer Gaststätte.[8] Selbst von Otto Pfleiderer mußte sich Colm die Frage gefallen lassen, warum die Amerikaner den Deutschen nicht die Aufgabe einfach selbst überließen. Die einzige - durchaus zutreffende - Antwort, die Colm in diesem Augenblick in den Sinn kam, war: "Ich sehe einfach keine Zentralinstanz oder Regierung, die das zur Zeit in die Hand nehmen könnte!"[9]

Von der Reise über Frankfurt nach Stuttgart zurück in Berlin, arbeiteten Colm und Goldsmith einen ersten Entwurf des Währungsreformplanes aus und legten ihn den alliierten Kollegen im Financial Directorate vor.[10] Paul Chambers machte Vorhal-

---

1 Jacobs, Alfred, Ernst Wagemann (1884-1956), in: HdSW, 12. Bd., 1965, S. 683f.

2 Hohmann, Karl, Ludwig Erhard (1897-1977), in: Wendehorst, Alfred / Pfeiffer, Gerhard (Hrsg.), Fränkische Lebensbilder, 11. Bd., Neustadt/Aisch 1984, S. 211-245.

3 "Die D-Mark entstand im Flug"; "Vor zwanzig Jahren: Wie aus der grauen Zigarettenwährung die begehrte D-Mark wurde", selbstverfasster Artikel G. Colms in "Die Welt" vom 20.6.1968.

4 G. Colm an Fritz Neumark v. 8.4.1957, Colm Papers, LoC, Box 5.

5 Kruse, Alfred, Adolf Weber (1876-1963), in: HdSW, 12. Bd., 1965, S. 685f.

6 Hax, Karl, Eugen Schmalenbach (1873-1955), in: Ebd., S. 633-636.

7 Goldsmith-Interview, HSTL.

8 G. Colm an Hanna Colm, 17.4.1946, PAPC.

9 G. Colm an Hanna Colm, 15.5.1946, PAPC (Übers. d. Verf.).

10 G. Colm an Hanna Colm, 10.4.1946, PAPC.

tungen gegen das Vorhaben, die öffentlichen Schulden zu streichen und einen scharfen Währungsschnitt vorzunehmen, da solche Schritte insbesondere Vertragsverpflichtungen verletzten. Der Brite favorisierte, wie schon die Verantwortlichen in London, einen Anstieg des Preisniveaus auf etwa das Fünffache, was für ihn die "natürlichste" Lösung des Problems darstellte. Colm und Goldsmith erklärten ihm, daß die Deutschen schon sehr negative Erfahrungen mit Inflation gemacht hätten und diese deshalb außer Kontrolle geraten könnte. "Ich hoffe, das hat ihn beeindruckt", fügte Colm seinem Bericht an.[1] LeRoy Beaulieu erklärte ganz unverblümt, daß sich die Amerikaner nicht anstrengen sollten, eine zu perfekte Neuordnung des deutschen Finanz- und Währungswesens zu schaffen. Es ginge nicht an, daß die Deutschen am Ende noch besser dastünden als die anderen europäischen Länder. Eine Wiedererstarkung Deutschlands über ein gewisses Maß hinaus sei nicht wünschenswert.[2] Immer wieder äußerte sich Colm zufrieden und erwartungsvoll über die Mitarbeit des sowjetischen Finanzexperten Maletin, welcher am gleichen Tag zu einer Inspektionsreise durch die sowjetische Besatzungszone eingeladen hatte, auf die Colm besonderen Wert legte.[3] Maletin erklärte sich mit einer einheitlichen Währungsreform in Deutschland auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse ganz einverstanden. Er wollte auch verhindert sehen, daß die Wiederbelebung der Produktion durch hohe Reparationszahlungen oder andere Ausgleichszahlungen behindert würde, was allerdings auch seinen Einspruch zum vorgesehenen Lastenausgleich bedeutete. "Der eine verliert eben sein Leben oder ein Bein im Krieg, der andere sein Vermögen", erklärte er den beiden Amerikanern.[4]

Colm wußte nicht, wie er das Verhalten der Sowjetunion einschätzen sollte. Am meisten erschreckte ihn, daß der Terror aus der Zeit unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee, von dem alte deutsche Freunde und Bekannte, die solche für ihn geblieben waren, detailliert berichtet hatten, noch kein Ende gefunden hatte. Die Hauptverbrechen lagen nun in willkürlichen Verhaftungen und Verschleppungen. "Viele Menschen im russischen Sektor von Berlin erzählen, daß sie jetzt unter größerem Terror leben als unter den Nazis", schreibt Colm.[5] Für den amerikanischen Experten war die entscheidende Frage, ob die Sowjets lediglich soviel Reparationen wie möglich aus dem Land herausholen wollten - oder ob sie gar in ganz Deutschland den Kommunismus einführen wollten. "Ich halte die Erklärung für wahrschein-

---

1 Zusammenfassender Bericht G. Colms vom 31.3.1946, Colm Papers, LoC, Box 29 (Übers. d. Verf.).

2 Ebd. Zum Ergebnis des Treffens s. auch Protokoll einer Besprechung im Büro des stellvertretenden US-Außenministers v. 19.6.1946, NA, RG 59, Decimal File, Box 6840.

3 G. Colm an Hanna Colm, 10.4.1946, PAPC.

4 Zusammenfassender Bericht G. Colms vom 31.3.1946, Colm Papers, LoC, Box 29 (Übers. d. Verf.).

5 Ebd.

licher, daß die Russen das Maximum aus Deutschland herausholen wollen und daß sie gleichzeitig die deutsche Wirtschaft wieder in Gang setzen wollen - auf ihre Weise", vermerkt er in einem vertraulichen Papier.[1]

Gerhard Colm und Raimond Goldsmith unternahmen Mitte April zusammen mit Maletin eine fünftätige Rundreise durch die sowjetische Besatzungszone sowie nach Prag. Das Team sprach mit Angehörigen der russischen Militärverwaltungen, Bankdirektoren sowie Finanzbeamten vor Ort und machte sich ein Bild von der Umstrukturierung des Bank- und Finanzwesens. Der von Colm gewünschte Kontakt zu Universitätsprofessoren - darunter ehemals befreundete Kollegen - wurde nicht ermöglicht. In Prag sprach das Team mit Vertretern der Nationalbank, des Finanzministeriums und des Statistischen Amtes. Zu Colms Bedauern mußte eine Weiterfahrt nach Budapest aus organisatorischen Gründen abgesagt werden, wo doch in Ungarn unmittelbar eine Währungsreform bevorstand.[2]

Colm interessierte sich vor allem für die russische Haushaltsführung in deren Besatzungszone und konnte sich der Bewunderung nicht verschließen, daß diese - im Gegensatz zur britischen und amerikanischen Besatzungszone - unter strikter Kontrolle war und für das dritte Quartal 1946 sogar ausgeglichen sein würde.[3]

Auf der Rundreise durch die SBZ stellte sich Colm immer wieder die Grundsatzfrage: "Können wir uns mit den Russen einlassen?"[4] Colm fühlte sich in seiner Ansicht hin und her gerissen. Der deutsche Finanzdirektor der französischen Besatzungszone hatte dem Amerikaner einen Brief nachgesandt, in dem er drängte: "Viele Leute begreifen jetzt, daß ein positives Ergebnis einer Währungs- und Finanzreform nur wahrscheinlich ist, wenn sie allein von den drei Westzonen durchgeführt wird. Man wird nicht erwarten können, daß die Russen auf irgendeine von Ihnen vorgeschlagene Lösung eingehen werden. Darüber hinaus ist zu befürchten, daß eine gemeinsame Aktion nur dazu führen wird, daß die Russen das neue Geld mittels einer unkontrollierten Inflation in ihrem Einflußbereich torpedieren werden. Ich komme daher zu dem Schluß, daß wir mehr erreichen werden, wenn wir eine eigene Währungsreform in den drei Westzonen durchführen werden bzw. das Währungs- und Finanzwesen in Ost und West getrennt reformiert werden."[5] "Das Argument macht natürlich keinen Sinn", urteilt Colm, "da die Russen bewiesen haben, daß sie die gründlichste Stabilisierungspolitik in ihrer Zone verfolgen. In Wirklichkeit fürchten die Leute radikalere wirtschaftliche Maßnahmen wie Landreform und Verstaatlichung der Unternehmen viel mehr als inflationäre Politik. Außerdem befürchten sie eine Gefährdung der per-

---

1 Ebd.

2 G. Colm an J.M. Dodge v. 9.9.1946, ebd.

3 Zusammenfassender Bericht G. Colms vom 28.4.1946, ebd.

4 Ebd. (Übers. d. Verf.).

5 Schreiben zit. ebd. (Rückübersetzung d. Verf. aus dem Englischen).

sönlichen Sicherheit durch die Regierung des Parteibuchs."[1] Colm und Goldsmith wurden selbst Zeugen, wie der Präsident des Statistischen Amtes in Weimar von den sowjetischen Behörden zu einer "Besprechung" gebeten wurde und nach Angaben seiner Frau nicht wiederkehrte.[2]

Der Finanzexperte konnte mit der Stabilisierungspolitik lediglich auf die Blockierung der Konten und auf die geordnete Haushaltspolitik in der sowjetischen Besatzungszone anspielen, unklar bleibt, wie er zur unkontrollierten Ausgabe der Militärmark durch die Russen stand.[3] Im übrigen waren Colm und Goldsmith sehr gründlich über die Vorgänge hinter dem "Eisernen Vorhang" informiert. Betroffene Deutsche spielten ihnen detaillierte Berichte über die Demontagen, Reparationsentnahmen und Enteignungen zu und drängten die Amerikaner, etwas gegen das Vorgehen der Russen zu unternehmen - oder warnten sie zumindestens davor, sich mit ihnen einzulassen.[4]

Gerhard Colm beobachtete in jenem Frühjahr 1946 die forcierte Demontagepolitik der Sowjets (bis Ende 1946 wurden über 1.000 Betriebe, insbesondere aus den Bereichen Maschinenbau sowie chemische und optische Industrie abgebaut), die Überführung anderer Betriebe in sogenannte "Sowjetische Aktiengesellschaften" (SAG) in sowjetisches Eigentum, zahlreiche weitere Enteignungen in Industrie und Landwirtschaft sowie eine damit verbundene umfassende Bodenreform. Colm zog daraus den Schluß: "Es ist möglich, daß die Russen erst massive bestimmte Maßnahmen wie die Landreform, die Verstaatlichung großer Unternehmen, die Demontagen von Fabriken zu ihrem eigenen Wiederaufbau sowie den Ausgleich des Haushalts durchführen wollen, bevor sie den 'Eisernen Vorhang' wieder anheben wollen. Ich habe diesen Eindruck, weil wir den russischen Finanzexperten Maletin äußerst interessiert an unserem Plan zur Währungsreform finden. Daß er mit uns durch die russische Zone und nach Prag fuhr ist ein Hinweis - aber daß er extra nach Moskau reist, um den Plan dort mit dem Finanzministerium zu diskutieren, ist ein weiterer."[5]

Als Gerhard Colm und Raimond Goldsmith nach Berlin zurückkehrten, drängte die Zeit. Am 20. Mai 1946 wurde General Clay die letzte Fassung des Planes mit einem Begleitschreiben übergeben: "Der Bericht, den wir Ihnen hiermit überreichen, ist aufgrund Ihres Auftrages erstellt worden, ein antiinflationäres Programm für Deutschland zu entwickeln. Wir verstehen diesen Plan in Abstimmung mit Ihnen als

---

1 Ebd. (Übers. d. Verf.).

2 Ereignis erwähnt ebd.

3 Schätzungsweise wurden zwei Drittel der 15 bis 18 Mrd. Militärmark von den Russen in Umlauf gebracht. Winkel, Harald, Die deutsche Wirtschaft seit Kriegsende, S. 31; o. Kap. 2.3.3.

4 Die Berichte befinden sich in den Colm-Papers, LoC, Box 29.

5 Zusammenfassender Bericht G. Colms vom 28.4.1946, Colm Papers, LoC, Box 29 (Übers. d. Verf.).

ein umfassendes Programm zur Reorganisation des deutschen Währungs- und Finanzwesens, und im Einklang mit dem Potsdamer Abkommen für Deutschland als Ganzes."[1] Der in die Geschichte unter dem Namen Colm-Dodge-Goldsmith-Plan eingegangene Währungsreformplan, der von General Clay intern nur als "Colm-Plan" bezeichnet wurde,[2] trug den Titel "A Plan for the Liquidation of the War Finance and the Financial Rehabilitation of Germany."[3]

6.3 Der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan

"Ein Jahr nach der Niederlage in Hitlers Krieg sieht sich Deutschland der Gefahr einer Repudiation der Reichsmark durch das eigene Volk sowie der Gefahr der Auflösung in eine Reihe von örtlich begrenzten Tauschwirtschaft gegenüber."[4] Mit diesen Worten leiteten Gerhard Colm und Raimond Goldsmith ihren "Plan zu Liquidation der Kriegsfinanzierung und der finanziellen Rehabilitierung Deutschlands" ein, den sie in einer Kraftanstrengung innerhalb knapp drei Monaten erarbeitet hatten. "Keine finanzielle Maßnahme kann die Kriegszerstörungen ungeschehen machen, keine kann die Hindernisse beseitigen, die einem schnellen Steigen der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion innerhalb der durch das Potsdamer Abkommen gesetzten Grenzen im Wege stehen, und keine kann über Nacht dem Mangel lebensnotwendiger Güter abhelfen oder den Schwarzen Markt abschaffen. Jedoch können finanzielle Maßnahmen mithelfen, diese Ziele zu erreichen. Sie können den verwirrenden Geldschleier beseitigen, zur gerechten Verteilung der Kriegslasten unter der Bevölkerung beitragen und eine feste Rechnungsgrundlage für die Gesundung der deutschen Wirtschaft liefern.[5] Dadurch stellt die Geldreform einen wichtigen Schritt in die Richtung auf das endgültige Ziel der alliierten Wirtschaftspolitik in Deutschland dar: Die Entwicklung einer friedlichen, demokratischen, sinnvollen dezentralisierten Wirtschaft für Deutschland als ein Ganzes - einer Wirtschaft, die den Deutschen die Erreichung eines den kontinentaleuropäischen Durchschnitt nicht übersteigenden Lebenstandards ermöglicht."[6] Mit diesen einleitenden Sätzen hatten die beiden Emigranten die wesentlichen Grundzüge des Plans und dessen programmatische Ziele vorgegeben.

---

1 Joseph Dodge an General Clay, 14.5.1946, Dodge Papers, Box 3 (Übers. d. Verf.).

2 G. Colm an Leon Keyserling, 29.1.1948, Colm Papers, LoC, Box 29.

3 Das Original des Planes befindet sich unter den Files der OMGUS-Financial Division in den National Archives in Suitland/Md., 14-3/5. Der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan wurde erstmals 1955 veröffentlicht in: Sauermann, Heinz, Währungsreform, S. 204ff., und erneut in: Möller, Hans, Vorgeschichte, S. 214ff.

4 Ebd., S. 216.

5 Trommsdorff, Werner, D(eutsche) M(ark)-Eröffnungsbilanz bei Banken; Koehler, Dietrich, II. Gewerbliche Wirtschaft, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon, S. 410 - 431.

6 Ebd.

Colm und Goldsmith begründeten die Notwendigkeit einer Währungsreform mit der Tatsache, daß der Geldüberhang den Anreiz zu arbeiten und zu verkaufen stark vermindert habe und den Tauschhandel und Schwarzmarkt fördere. Die beiden Nationalökonomen hielten eine Inflationskontrolle für illusorisch, da nicht mehr für die offiziellen Löhne und Preise in Reichsmark gearbeitet und verkauft werde. Die unmittelbare Gefahr für Deutschland bestehe nicht darin, daß die Inflationskontrollen zusammenbrächen, sondern daß sie schlicht bedeutungslos würden.

Zur Beseitigung des Geldüberhangs schlug der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan die Abwertung aller monetären Forderungen und Verbindlichkeiten im Verhältnis 10:1 vor. Wie Gerhard Colm später bekennen würde, war diese Umtauschrate als ein Kompromiß zustandegekommen, weil das Expertenteam befürchtete, daß eine extremere Umtauschrate von der deutschen Bevölkerung nicht verstanden werden und zu Unruhen führen könnte.[1] Zum nächstmöglichen Termin war die Einführung der Deutschen Mark, die in 100 Pfennige unterteilt sein würde, anstatt der Reichsmark vorgesehen. Am Stichtag sollte die Bevölkerung pro Kopf Höchstbeträge bis zu 10, Haushaltsvorstände bis zu 15 Reichsmark im Verhältnis von 1:1 in Deutsche Mark eintauschen können. Alle übrigen Zahlungsmittel sollten auf Bankkonten eingezahlt und dort zunächst blockiert werden. Löhne, Mieten und Steuern sollten von der Umstellung unberührt bleiben und in der gleichen Höhe wie bisher in D-Mark weitergezahlt werden. Als einen ganz entscheidenden Schritt sah das Team die Nichtigerklärung der Reichsschuld vor. Statt ihrer sollten die Finanzinstitute zur Sicherstellung ihrer Liquidität neue Staatsschuldtitel ausgehändigt bekommen, um so einen Ausgleich ihrer Passiva zu gewährleisten. Damit zogen Colm und Goldsmith die Streichung der Überliquidität einer großen Blockierung vor, um eine endgültige Lösung zu erreichen und einem ständigen politischen Druck auf Freigabe der Guthaben vorzubeugen.

Die Besonderheit des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes lag darin, daß er einen Lastenausgleich[2] im Zuge mit der Währungsreform - wenngleich organisatorisch und zeitlich von ihr getrennt - vorsah. Um dem Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volkes zu genügen, sollte ein Lastenausgleichsfond eingerichtet werden, der einerseits aus

---

1 Tenenbaum Papers, HSTL, "The German Mark", Kap. 14.

2 Von Grass, Heinrich, Lastenausgleich, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon, S. 1107f.: "Lastenausgleich ist im weiteren Sinne Gesamtbegriff für alle Maßnahmen, die einen Ausgleich der durch den zweiten Weltkrieg und seine Folgen einschließlich der Währungszerrüttung verursachten Schäden und Lasten durch Entschädigungszahlungen an und soziale Hilfsleistung für die besonders betroffenen Bevölkerungskreise zu Lasten der weniger oder gar nicht Betroffenen bezwecken; im engeren Sinne das Gesetzgebungswerk über einen deutschen Lastenausgleich, d.h. das Lastenausgleichsgesetz mit vorbereitenden Gesetzen, Nebengesetzen und den dazu ergangenen Durchführungsverordnungen. Der Begriff, dessen erstes Auftauchen nicht feststeht, bildete sich 1945 oder Anfang 1946 und war bereits 1947 weit verbreitet."

Verzinsung und Tilgung einer Zwangshypothek, die das unbelastete Sachvermögen auf 50% seines Wertes von vor der Herabstreichung der auf ihm liegenden Schuld reduziert hätte, andererseits aus einer progressiven Kapitalabgabe auf alle nach Abwertung und Zwangshypothek noch bestehenden Nettovermögen finanziert werden sollte. Dieser Lastenausgleichsfond sollte an alle von Kriegsschäden *und* Abwertungsverlusten Betroffenen Zertifikate ausgeben, deren Einlösung - entsprechend wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten gestaffelt - im Laufe von höchstens 20 Jahren vorzunehmen war. Damit zogen Colm und Goldsmith über die Berücksichtigung des Versorgungsbedarfs für Kriegsgeschädigte und Kriegsopfer hinaus Konsequenzen aus den verheerenden sozialen Folgen, etwa für Kleinsparer, aus der Währungsreform von 1923, die beiden Emigranten in Erinnerung war. Dem neuen demokratischen Deutschland sollte ein besserer Start gegeben werden wie einst der Weimarer Republik. Ökonomische Unsicherheit, würde Colm eineinhalb Jahre später in einem Vortrag über die bevorstehende Währungsreform argumentieren, sei das "Treibhaus für totalitäre Entwicklungen", da die Menschen bei der Alternative von unsicherer Lage und Einschränkung der Freiheit eher das letzte wählen würden.[1]

Aufgrund der akuten Repudiationsgefahr für die Reichsmark sahen die beiden Autoren des Planes eine baldige Durchführung der Währungsreform als unabdingbar an. Nach der Reform hielten sie eine Preissteigerung von 20% für akzeptabel, um die Folgen der gesunkenen Produktivität abzufangen. Darüber hinausgehende Preissteigerungen waren nach Meinung der Autoren jedoch als gefährlich einzustufen, da dann eine unvermeidliche Preis-Lohn-Spirale einen kaum zu stoppenden Inflationsprozeß in Gang setzen würde.[2]

Colm und Goldsmith wiesen darauf hin, daß der finanzielle Wiederaufbau eine notwendige Bedingung und ein wichtiger Beitrag für die wirtschaftliche Genesung Deutschlands sei, aber diese nicht als "Allheilmittel" betrachtet werden könne oder die nicht-monetären Aspekte der wirtschaftlichen Gesundung zu vernachlässigen seien. Mit der Währungsreform allein könne nicht der Gütermangel beseitigt werden. Im Hinblick auf die Bewirtschaftungsmaßnahmen war man sich jedoch sicher, daß zwar ihre Aufrechterhaltung erforderlich sei, solange die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern nicht ausreiche, doch daß eine Währungsreform zu ihrer beschleunigten Abschaffung beitragen würde. Der Erfolg des Planes hinge jedoch auch von einem Aktionsprogramm für andere Bereiche des Wirtschaftslebens ab. Eine Produktionssteigerung in Deutschland müsse zuallererst durch eine bedeutende Steigerung der Kohlenproduktion, einer Verbesserung des Transportwesens und ei-

---

1 Vortrag an der George Washington University vom 5.9.1947, Colm Papers, LoC, Box 28.

2 Die auf den Colm-Dodge-Goldsmith-Plan bezogenen Passagen sind der deutschen Übersetzung in Möller, Hans, Vorgeschichte entnommen.

ner Mindestversorgung mit importierten Rohstoffen und Lebensmitteln erreicht werden.

Der Plan über eine durchzuführende Währungsreform als Ganzes sollte nach den Vorstellungen Colms und Goldsmiths vom Alliierten Kontrollrat ausgearbeitet und durchgeführt werden. Deutsche Arbeitsgruppen sollten dabei Entwürfe für die Durchführungsbestimmungen der Gesetze vorbereiten, die für ganz Deutschland anwendbar wären. Dies ist dann später mit dem Konklave von Rothwesten geschehen.

Der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan wurde am 10. Juni 1946 ergänzt durch einen fast 200 Seiten umfassenden Band von Anlagen, in dem eine vielseitige und umfassende Analyse der finanziellen Struktur Deutschlands seit Kriegsende gegeben wird.[1] Diese Enquete wurde von den engen Mitarbeitern Colms und Goldsmiths erstellt und sollte klarmachen, daß der Report nicht auf "... speculation out of thin air but was based on the utilization of what factual data and estimates were available."[2] Zu den Mitarbeitern gehörten Jerome Jacobson als direkter Assistent, des weiteren Llyod Metzler, Horst Mendershausen, Emanuel Gottlieb, Robert Eisenberg, Gerald Matchett und Frederick Dirks. Heinz Sauermann lieferte einen Überblick über die verschiedenen deutschen Vorschläge zu einer Geld- und Finanzreform.

Zunächst wurde der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan in Washington nicht einhellig gutgeheißen. Es war insbesondere die sozialpolitische Komponente des Lastenausgleichs, die alsbald schier helles Entsetzen in der Washingtoner Administration auslöste. Seit Amtsantritt Trumans waren die Befürworter des New Deal mehr und mehr an den Rand gedrängt worden. Darüber hinaus befürchtete man, daß die vorgesehene rigorose Kapitalbesteuerung in Deutschland womöglich einen Präzedenzfall für ähnliche Vorstöße eines Tages in den Vereinigten Staaten schaffen würde.[3] Während das State Department den Plan bereits am 26. Juni 1946 billigte bzw. für vereinbar mit der JCS-Directive 1067 hielt,[4] lehnten ihn die für die Deutschlandpolitik verantwortlichen Kriegs- und Marineministerien ab, weil er "zu radikal" sei und "zu sehr die Erfüllung sozialer Ziele" anpeile.[5]

Plötzlich sah man sich in derartig orientierten Washingtoner Kreisen genötigt, in Gerhard Colms Vergangenheit zu wühlen. Das FBI hatte seit Ausbruch des Krieges ein umfassendes Dossier über ihn sowie über alle anderen Mitemigranten angelegt.

---

1 Einige Anlagen des Anhangs sind ebd., S. 429-476, abgedruckt worden. Original in: NA, RG 260, 14-3-/5/7; Wolf, Eduard, Geld- und Finanzprobleme der deutschen Nachkriegswirtschaft, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Zusammenbruch, S. 195ff.

2 G. Colm an Prof. H. Sauermann v. 30.11.1954, Colm Papers, LoC, Box 4.

3 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 191f.

4 State Department an Joseph Dodge, 26.6.1946, Dodge Papers, Box 3.

5 G. Colm an J.M. Dodge v. 26.6.1946, Dodge Papers, Box 1.

Konnte man dort nichts anderes sammeln als seine Herkunft aus Deutschland, erschien der Regierungsbeamte jetzt einigen suspekt, weil er aus der "liberal" New School kam und eine solch schnelle Karriere in der Bundeshauptstadt gemacht hatte.[1] Im Budget Büro, Colms damaligen Arbeitgeber, wurde sogar von Secretary Forrestals Büro angefragt, was denn Colm "überhaupt für ein politischer Mensch" sei, "conservative, liberal, or radical!?" Von seinem Dienstherrn erhielt Colm allerdings Rückendeckung.[2]

Hatten sonst die verantwortlichen Ministerien in Washington den deutschen Verhältnissen relativ gleichgültig gegenübergestanden und General Clay weitgehend freien Gestaltungsraum für seine Besatzungspolitik zugestanden, wurde OMGUS in diesem Falle angewiesen, daß für eine deutsche Währungsreform nur "allgemeine Prinzipen" als "Empfehlung" gegeben werden sollten, keinesfalls aber ein konkretes Programm wie der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan. Auf keinen Fall sollte die Forderung nach einem Lastenausgleich aufrechterhalten werden, der womöglich zu einer "Zentralisation finanzieller Macht" oder gar zum "Staatssozialismus" führen könnte.[3] Erbost warf Colm den in Washington zuständigen Stellen vor, sie täten so, als ob der Plan für die Vereinigten Staaten entworfen worden wäre. Er könne sich nicht dem Eindruck verschließen, daß sie vom ganzen europäischen Hintergrund sowie der Situation dort keine Ahnung hätten.[4] "Ich finde die ganze Geschichte ziemlich abstoßend", schreibt er an Dodge, "sie beweist doch, daß die ganze Maschinerie nicht in der Lage ist, politische Richtlinien zu geben."[5]

Gerhard Colm selbst machte sich im Auftrag General Clays daran, einige Irritationen in Washington aus dem Weg zu räumen. So kam er dahinter, daß der Secretary of the Navy den Plan ablehnte, weil ihn seine Rechtsberater gewarnt hätten, daß die in der dritten Stufe vorgesehene Kopfsteuer (capital levy) gegen die *amerikanische* Verfassung verstoße. Nachdem Colm ihn aufgeklärt hatte, daß das Deutsche Reich eine solche Erhebung schon seit dem Reichswehrbeitrag von 1913 kenne, stimmte dieser prompt zu.[6]

Damit war die Mission Gerhard Colms, Raimond Goldsmiths und Joseph Dodges vorerst erfüllt. Gerhard Colm kehrte nach einem Umweg über Palästina, wo er seine dorthin emigrierten Familienmitglieder, darunter seine Mutter, besuchte, am 25. Juni

---

1 FBI Office Memorandum, 9.1.1947, FBI-Archiv, Washington, D.C.

2 Memorandum Weldon Jones über Anfrage des Departments of the Navy, 7.6.1946, Colm Papers, LoC, Box 28.

3 G. Colm an J.M. Dodge v. 3.7.1946 sowie 18.7.1946, ebd., Box 29. Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 192.

4 G. Colm an J.M. Dodge v. 26.6.1946, Colm Papers, LoC, Box 29.

5 G. Colm an J.M. Dodge v. 18.7.1946, ebd. (Übers. d. Verf.).

6 G. Colm an J.H. Schwelien v. 2.7.1968, ebd., Box 14.

1946 nach Washington ins Weiße Haus zurück.[1] Trotz einiger Enttäuschungen und Rückschläge bezeichnete Colm die Mission nach Deutschland "als eine der interessantesten Erfahrungen der letzten Jahre."[2] General Clay schrieb unterdessen an Gerhard Colms letzten Chef im Budget-Büro des Weißen Hauses: "Ich möchte Ihnen meinen aufrichtigen Dank für Ihre Hilfsbereitschaft aussprechen, uns die Dienste Gerhard Colms hier für OMGUS zugänglich gemacht zu haben. Dr. Colm und sein Kollege Raimond Goldsmith haben eine hervorragende Arbeit dafür getan, Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Situation wieder zu beleben und haben dazu ein Programm für eine Währungsreform entwickelt, welches mir äußerst angemessen und zutreffend erscheint. Auch wenn es, wie Sie wissen, noch viele Hindernisse auf dem Weg zu einer Viermächteeinigung über die künftige wirtschaftliche Behandlung Deutschlands gibt, bin ich überzeugt, daß Herr Colm und seine Kollegen sehr viel zu einer Realisierung dieser Aufgabe beigetragen haben."[3] Es war dies nicht die letzte Mission Colms zur Rettung einer vom Kriege am Boden liegenden Volkswirtschaft. Im Jahre 1953 ging er für die Vereinten Nationen auf eine neue Mission nach Korea, wo er Vorschläge für eine dortige Finanzreform erarbeitete.[4] Raimond Goldsmith folgte auf Einladung von Joseph Dodge nach kurzer Rückkehr der beiden in die USA dem Detroiter Banker zu ähnlichen Arbeiten nach Wien.[5]

Nach Stand der Dinge im Juni 1946 war es noch nicht sicher, ob der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan im Viermächterat als Verhandlungsbasis vorgelegt werden würde. General Clays neuernannter Finanzberater Jack Bennett unterstützte Colms Forderung nach einem Lastenausgleich. Das Ausmaß des Lastenausgleichs, der schlichtweg nötig wäre, verbiete es, ihn einer neuen deutschen Regierung aufzubürden. Schon die Kriegsfolgen und die Entnazifizierung bedeuteten eine Revolution in Deutschland. Unter diesen Umständen müsse eine "Finanzreform selbst revolutionär" sein und "eine Grundlage für die neue politische und soziale Wirtschaft abgeben." Die Militärregierung müsse die Verantwortung übernehmen, damit die anfangs schwächliche deutsche Regierung eine Chance erhielte, auf die Beine zu kommen.[6] Auf massiven Druck General Clays hin, der sich - zunächst noch - weigerte, eine Währungsreform ohne Lastenausgleich in Erwägung zu ziehen und meinte, man

---

1 G. Colm an Weldon v. 8.6.1946, ebd., Box 29 sowie Colm Interview, Juli 1991.

2 Colm an Dodge v. 3.1.1947, Dodge Papers, Box 1.

3 General Clay an Paul H. Appleby, Acting Director of the Budget, v. 26.6.1946, PAPC (Übers. d. Verf.).

4 Colm wurde im Rahmen der UNO-Hilfsmission UNKRA im Frühjahr 1953 tätig. Colms Bericht "On Economic Stabilization in Korea" v. 10.4.1953 an Sir Arthur Rucker (Deputy Agent General of UNKRA), Colm Papers, LoC, Box 25 sowie "Report and Recommendations on Taxation in the Republic of Korea" v. 24.8.1953 an den koreanischen Ministerpräsidenten, ebd., Box 26.

5 Goldsmith-Interview, HSTL.

6 Cable Bennetts an Echols v. 8.7.1946, NA, RG 107, OASW 1940-1947, Box 26 (Germany File).

müsse mutig die Reformen angehen, um ein Klima zu schaffen, das der "Demokratie und dem freien Unternehmertum" förderlich sei, war man schließlich doch in den vorgesetzten Stellen bereit, den Plan als Grundlage für die Diskussion im Kontrollrat zu akzeptieren.[1] Clay solle wissen, so heißt es im Fernschreiben des State Departments, daß man in Washington die Stufe 1 des Colm-Dodge-Goldsmith-Reports (Beseitigung des Geldüberhangs) befürworte, Stufe 2 (Lastenausgleich) zu sehr auf eine soziale Reform abziele und Stufe 3 (zusätzliche Kapitalabgabe auf alle nach dem Lastenausgleich noch bestehenden Nettovermögen) als zu schwierig zu verwalten angesehen werde. Dennoch wurde General Clay autorisiert, den Plan dem Viermächte-Kontrollrat als Diskussionsgrundlage - und nur als solche - vorzulegen.[2]

Die nun einsetzenden Verhandlungen im Viermächterat sowie die schließlich 1948 erfolgte Durchführung der Währungsreform oblagen einem jungen Lieutenant, der bei Gerhard Colms Abreise aus Deutschland im OMGUS-Hauptquartier in Berlin eintraf: Edward A. Tenenbaum.

6.4 Edward A. Tenenbaum

Edward A. Tenenbaum wurde 1921 als Sohn jüdischer Emigranten aus Polen geboren. Knapp dem High School-Alter entwachsen, erwarb der als "Wunderknabe" geltende Student bereits im Jahre 1942 das Diplom an der Eliteuniversität Yale in New Haven, Connecticut. Die Wirtschaftsfakultät prämierte seine Abschlußarbeit "Nationalsozialismus gegen internationalen Kapitalismus" als Beste des Jahres. Sie befindet sich unter den "Tenenbaum-Papers" in der Truman-Library in Independence, Missouri, einem Vorort von Kansas City. Noch bedeutender für die Wissenschaft ist der Ende der fünfziger Jahre entstandene Entwurf eines Buches über die Währungsreform vom 21. Juni 1948, das zu den anregendsten Betrachtungen zur deutschen Währungspolitik zählt und dessen Veröffentlichung noch aussteht.

Edward A. Tenenbaum ist heute fast vergessen, doch gehört er zusammen mit Gerhard Colm, Raimond Goldsmith und Joseph M. Dodge zu den "Ziehvätern" der Deutschen Mark. Eckhard Wandel bezeichnet ihn gar als den "Vater der DM", der allerdings für seine Verdienste nie einen deutschen Orden bekommen hat.[3]

Die im Universitätsverlag erschienene Diplomarbeit blieb das einzige veröffentlichte Werk Tenenbaums. Der Titel "Nationalsozialismus gegen internationaler Kapitalismus" kann als bezeichnend für die Einstellung des Verfassers gelten. "Das System

---

1 Clay-Papers, S. 246.

2 Draft Cable des State Departments an Gen. Clay (Datum unleserlich, ca. August 1946), NA, RG 59, Decimal File, Box 6840.

3 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 95. Eckhard Wandel hat über die Witwe des Volkswirtschaftlers, Jeanette Tenenbaum, den Nachlaß für die Wissenschaft zugänglich gemacht. Zu Tenenbaum auch David Schoenbaums (University of Iowa) Artikel "Ziehvater der D-Mark" in: *Die Zeit* Nr. 26 v. 22.6.1990.

der kontrollierten Privatwirtschaft des Nationalsozialismus", vermerkt Tenenbaum 1942, gründe auf einer Idee, die "in ihrer Art so revolutionär war wie die marxistischen Ideen, die die Sowjetunion beseelten. Diese Idee war die Vormacht des Staates über die wirtschaftlichen Kräfte."[1] "Hier wird erzählt", schrieb der 21-jährige Student im Vorwort, "wie die Verhältnisse des internationalen Kapitalismus Deutschland zum beispiellosen Herausforderer seiner eigenen Existenz werden ließen. ... Diese Geschichte handelt von Dummheit, Mangel an Voraussicht, Selbstsucht, blinde Eifersüchteleien und Größenwahn und ist so unangenehm wie unsere Zeiten." Die Niederringung und Überwindung des Nationalsozialismus, folgerte Tenenbaum, sei nur im Rahmen eines neuen internationalen Systems möglich, das die Wirtschaft vor der Selbstsucht des Staates bewahren und deren Eigengesetzlichkeit wieder achten und anerkennen würde.

Den Grundstein für eine solche Entwicklung in die Wege zu leiten, wurde Tenenbaums Aufgabe auf seiner Mission nach Deutschland.

Doch im Krieg diente Tenenbaum zunächst als Funker im Range eines Sergeants. Kaum Lieutenant der Air Force, wurde er dem Nachrichtendienst OSS zugewiesen und diente in England, Frankreich, Belgien und Deutschland. Sein Spezialgebiet wurde die Aufklärung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland.[2] Nach Kriegsende ausgemustert, zog Tenenbaum nach relativ kurzer Zeit seine Uniform wieder an. Einem Wink seiner im Washingtoner Schatzministerium tätigen Frau folgend, kehrte der 25-jährige Leutnant als Assistent von Jack Bennett, den General Clay als Nachfolger Dodges als Leiter der Finance Division von OMGUS bestimmt hatte, nach Deutschland zurück. Nachdem sich die 27-jährige Frau Tenenbaum im Kampf um Wohnraum in den Berliner Trümmern gegen zahlreiche Majorengattinnen durchgesetzt hatte, mischte sich das junge Paar, dem Amtsstil der Zeit gemäß, unter die "Großen Viermächtigen" der damaligen Welt auf Potsdamer Gartenparties.

In Deutschland wurde für Edward A. Tenenbaum die Planung und Durchführung der deutschen Währungsreform die Hauptaufgabe. Er setzte die amerikanischen Pläne gegen den erbitterten Widerstand von deutscher und alliierter Seite, manchmal selbst gegen den Willen Washingtons durch. Es muß Zufall gewesen sein, daß die Amerikaner ausgerechnet diesem jungen Mann eine solch schwierige Aufgabe übertragen haben.[3] Für Tenenbaum sprachen sein Studium der deutschen Wirtschaft sowie deren Geschichte ebenso wie die Beherrschung von sechs Sprachen. Die deutschen Experten erkannten ihn bald als Autorität an.[4] Der eigensinnige, stets praxisbezogene Tenenbaum entwickelte - an den hochgestochenen Washingtoner Verhältnissen

---

1 Übers. d. Verf.

2 Tenenbaum Papers, HSTL, Box 6.

3 Interview Hans Habes mit E.A. Tenenbaum v. 1.3.1964, ebd., Box 5.

4 Stenographischer Bericht der Sitzung "Sonderstelle Geld und Kredit" v. 20.11.1947, ebd., Box 5.

gemessen - nie ein starkes Geltungsbedürfnis. "I was neither for sentiment or resentment, but thought about things rationally", beurteilte der jüdischstämmige Experte die Durchführung seiner Aufgabe in Deutschland.[1] Tenenbaum promovierte nie und weigerte sich, dem eigenen Berufsverband beizutreten. "Ed", äußerte die Witwe gegenüber David Schoenbaum, "machte nie mit."[2] Nach seiner Mitarbeit an der Durchführung des Marshall-Plans, am Aufbau der Europäischen Zahlungsunion sowie am Wiederaufbau Griechenlands, wo er das "deutsche Wunder" zu wiederholen suchte, zog er sich 1952 - im übrigen zeitgleich mit Gerhard Colm - aus dem Staatsdienst zurück.[3]

Bis zu seinem tödlichen Autounfall im Jahre 1975 verbrachte Tenenbaum den Rest seines Lebens als unauffälliger Privatberater in- und ausländischer Regierungen sowie der Weltbank in Washington. Kurz vor seinem tragischen Tod betätigte er sich noch auf einem ganz anderen Gebiet: Er eröffnete ein Treibhaus.

Als Edward A. Tenenbaum im Juni 1946 in Berlin eintraf, war Gerhard Colm gerade über Rom nach Palästina abgereist. Zu einer Begegnung dieser beiden "Väter der D-Mark" ist es nie gekommen.

6.5 Die Verhandlungen im Viermächterat

Im September 1946 begannen auf Grundlage des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes die zweite Runde der Währungsreformverhandlungen im Alliierten Kontrollrat unter der Führung von Edward A. Tenenbaum auf amerikanischer Seite.[4] Die Erwartungen hinsichtlich eines schnellen Ergebnisses waren hoch angesetzt, nachdem Paris, London und Moskau ihr grundsätzliches Einverständnis erklärt hatten.[5]

In der Tat sah es so aus, als ob eine relativ schnelle Einigung über eine Reform auf der Grundlage des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes erreicht werden könnte. Von den Franzosen kam das nicht unerwartete Statement, daß Deutschlands finanzielle Lage nach der Währungsreform nicht besser sein sollte als die der Alliierten und daß sichergestellt werden müsse, "keine allzu gute Lösung für die Probleme zu entwerfen."[6] Das besetzte Deutschland sollte unter der Inflation ebenso leiden wie Frankreich. Für die Franzosen war es daher auch nicht einzusehen, warum die Deutschen so schnell von ihrer Staatsverschuldung befreit werden sollten.[7] Die Sowjets sym-

---

1 Interview Hans Habes mit E.A. Tenenbaum v. 1.3.1964, ebd., Box 5.

2 *Zeit*-Artikel vom 22.6.1990.

3 Tenenbaum Papers, HSTL, Box 1 u. 6.

4 Statement after the 73rd Meeting of the Coordinating Committee on a Plan for the Liquidation of War Finance and the Financial Rehabilitation of Germany, NA, RG 59, Decimal File, Box 6783.

5 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 100.

6 Memorandum on the Meeting of the Finance Directorate v. 18.9.1946, NA, RG 59, 1945-1949, 862.51/10-2446.

7 Tenenbaum Papers, HSTL, Manuskript "The German Mark", Kap. 13.

pathisierten durchaus mit einigen Teilen des Colm-Dodge-Goldsmith-Plans. So stimmten sie der geplanten Zwangshypothek zu, die sie allerdings nicht für einen Lastenausgleich verwendet sehen wollten, worin sie von den Franzosen unterstützt wurden.[1] Wie schon Gerhard Colm konnte sich auch nicht Edward Tenenbaum der Attraktion der offensichtlichen russischen Verhandlungsbereitschaft entziehen. "Die Russen hatten sowohl ein Verständnis für die praktischen als auch für die theoretischen Probleme einer Währungsreform infolge ihrer wiederholten Erfahrungen im eigenen Land. Sie konnten sogar eine Reihe von technisch brauchbaren Lösungsvorschlägen beisteuern", vermerkt Tenenbaum zu Beginn der Verhandlungen.[2]

Die hauptsächliche ökonomische Kritik stammte dagegen von den Briten, die den Zeitpunkt für eine erfolgversprechende Währungsreform für noch nicht gekommen sahen. Sie hatten als ersten Schritt eine Bereinigung der Preisstruktur im Auge, die vordringlich von der Grundstoffindustrie herrührte, wo die Produktionskosten den auf Viermächteebene administrierten Preisen davongelaufen waren, was einen enormen Subventionsbedarf zur Folge hatte und eine permanente Bedrohung für den Haushaltsausgleich in der britischen Zone darstellte.[3] Die Briten beharrten auf einer Preisniveausteigerung von 50 bis 100% als Vorbedingung einer Währungsreform, also zumindest nicht mehr auf der noch gegenüber Colm anvisierten Rate von bis zu 500%. Des weiteren kritisierte der britische Verhandlungsführer Chambers die im Colm-Dodge-Goldsmith-Plan vorgesehene Schärfe des Geldschnitts von 10:1, womit die Gefahr heraufbeschworen würde, daß Preise und Löhne nicht auf angemessenem Niveau gehalten werden könnten bzw. eine Deflationskrise sich anschließen könnte. Eine wesentlich gemäßigtere Verringerung des Geldumlaufs könnte sich ihrer Meinung nach als ausreichend erweisen, und drittens sollte man - entgegen den Argumenten des Colm-Dodge-Goldsmith-Plans - überlegen, ob nicht eine Blockierung der überhängenden Geldbestände nicht doch ihrer Streichung vorzuziehen sei, da ein solches Vorgehen das Vertrauen der Geldhalter unnötig stark erschüttere.[4]

So waren es denn auch die Briten, die dem Kontrollrat als einzige andere Besatzungsmacht einen Gegenvorschlag zum Colm-Dodge-Goldsmith-Plan vorlegten, der eine Preisanpassung als ersten Schritt befürwortete und anschließend einen Umtausch der monetären Aktiva im Verhältnis 2,5:1 vorsah, wobei eine Hälfte in bar, die andere dagegen in verzinslichen Staatsschutztiteln ausbezahlt werden sollte.[5]

---

1 Memorandum on the Meeting of the Finance Directorate v. 18.9.1946, NA, RG 59, 1945-1949, 862.51/10-2446.

2 Tenenbaum Papers, HSTL, "The German Mark", Kap. 13.

3 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 204. Christoph Buchheim hat für seine Untersuchung auch die Archivbestände des Public Record Office (PRO) in London erschlossen.

4 Ebd., S. 205.

5 Ebd.; British Proposal on General Financial Policy / Currency Conversion v. 9.9.1946, NA, RG 59, 1945-1949, Allied Control Authority (ACA), Finance Directorate, 862.51/9-1646.

Weder die Amerikaner, noch die Franzosen oder Sowjets ließen sich jedoch auf eine generelle Erhöhung des Preisniveaus ein, wenngleich Preisanpassungen vor der Reform in einigen offensichtlichen Fällen zugestimmt wurden. Die Amerikaner warfen gegen eine Ausgabe von Staatsschuldtiteln in Höhe eines Fünftels der umlaufenden Geldmenge ein, daß dadurch die deutschen Budgets viel stärker belastet werden würden als durch die im Colm-Dodge-Goldsmith-Plan vorgesehene, eng begrenzte Ausstattung der Banken mit derartigen Papieren. Der britische Delegierte brachte daraufhin als Alternative den Vorschlag der Blockierung anstatt Streichung der überhängenden Geldmenge in die Diskussion, infolgedessen unter den vier Mächten eine tentative Übereinstimmung erzielt werden konnte, daß 70% des Geldumlaufs gestrichen, 20% blockiert und 10% in neues Geld umgetauscht werden sollten.[1]

Buchheim urteilt zu recht, daß die Briten mit ihrer keynesianisch beeinflußten Argumentation im Kontrollrat im wesentlichen unterlegen waren. Es erscheint zweifelhaft, ob die von Keynes inspirierten Vorschläge wirklich ihr Ziel erreicht hätten. "Denn Keynesianismus kann nur funktionieren in einer Marktwirtschaft. Die Schaffung der Voraussetzungen für sie war aber gerade Ziel einer Währungsreform. Dabei kam es auf eine grundsätzliche Verhaltensänderung der an eine Engpaßökonomie angepaßten Menschen an. Deren Erwartungen mußten schockartig umgestellt, dann aber möglichst stabil gehalten werden. Insofern kann man theoretisch überzeugend argumentieren, daß eine Streichung der überschüssigen Geldmenge besser als eine Blockierung war, die ja noch Hoffnungen auf eine eventuelle Wiederfreigabe ließ. Und geringere Liquidität nach der Reform war besser als größere, weil Liquidität immer auch eine Pufferfunktion hat, Abwarten also ermöglicht und daher eine rasche Enthortung und die Ingangsetzung größerer Produktion hindert."[2]

Nach einer Weile schienen die Amerikaner die Hauptgegner einer gemeinsamen Währungsreform doch in den Sowjets zu sehen. Angefangen hatte alles mit einem Hinweis der Sowjets, daß angesichts der großen Publicity, die der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan in der deutschen und ausländischen Presse bereits unbeabsichtigterweise genoß, kaum noch ein Teil davon weiterhin diskutiert werden könnte bzw. Anweisungen aus Moskau abgewartet werden müßten.[3] Überhaupt zögerte die sowjetische Militärregierung seit Beginn des Jahres 1947 plötzlich die Verhandlungen in Berlin unverkennbar hinaus, brach ständig Sitzungen ab und änderte von einem

---

1 Meeting of Financial Directorate / Allied Control Council v. 12. u. 18.9.1946, NA, RG 59, 1945-1949, 862.51/9-3046 sowie 10-2446.

2 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 205f.

3 Cable D.R. Heath an State Department v. 7.10.1946, NA, RG 59, 1945-1949, Decimal File, Box 6840.

Sitzungstag zum anderen ihre Haltung, sobald vermutlich, wie Tenenbaum beklagt, neue Instruktionen aus Moskau gekommen waren.[1]

Der eigentliche Konflikt mit den Sowjets brach über das sowjetische Veto im Kontrollrat gegen eine zentrale Herstellung der neuen Banknoten in der Berliner Reichsdruckerei aus. Plötzlich warfen die Sowjets ein, daß, solange es keine Viermächteübereinkunft über Reparationslieferungen und die Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung sowie über Maßnahmen, die eine einheitliche Finanzpolitik in Deutschland garantierten, gebe, jede Besatzungsmacht das Recht haben müsse, Banknoten entsprechend dem uniformierten Design in ihrer Zone zu drucken.[2] Die Sowjetunion bestand auf Leipzig als einem Druckort für die neue deutsche Währung.[3] Die Engländer zeigten sich sogar gewillt nachzugeben, doch änderten sie ihren Kurs auf Intervention des State Departments hin.[4]

Die Amerikaner dachten zunächst einmal überhaupt nicht daran, den Sowjets noch einmal irgendwelche Sätze an Druckplatten auszuhändigen. Sie pochten auf den mehrheitlich von den Besatzungsmächten vertretenen Kurs, die neue Währung unter Viermächteaufsicht in der Staatsdruckerei in Berlin drucken zu lassen.[5] Für die Amerikaner war Berlin in logischer Konsequenz der geeignetste Platz für den Notendruck, weil diese Stadt unter Viermächtekontrolle stand.

Anfang des Jahres 1947 waren die Verhandlungen im Viermächterat über eine Währungsreform festgefahren, einhergehend mit einer spürbaren Abkühlung des Ost-West-Klimas. Wie Edward A. Tenenbaum beteuert, waren die Amerikaner bis zum Spätsommer 1947 redlich bemüht, doch noch zu einer Einigung mit den Sowjets zu kommen. Im September 1947 sollte jedoch in Washington die Entscheidung fallen: Die westlichen Alliierten waren entschlossen, eine Währungsreform voranzutreiben, selbst wenn sie nur auf die drei Westzonen beschränkt bleiben sollte. Gleichzeitig wurden die Verhandlungen im Viermächterat fortgesetzt.[6]

In den Vereinigten Staaten war es im Frühjahr 1946 zu einem Meinungsumschwung gegen Moskau gekommen, wie Gustav Stolper im September feststellte: "Die Szene hat sich seit dem vorigen Frühjahr allerdings gründlich verwandelt. Die Reden von Staatssekretär Byrnes und seinen Mitdelegierten Vandenberg und Conally, Artikel von John Forster Dulles, dem voraussichtlichen Staatssekretär in einer republikani-

---

1 Tenenbaum Papers, HSTL, "The German Mark", Kap. 13.

2 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 206.

3 Cable D.R. Heath an State Department v. 2.10.1946, NA, RG 59, 1945-1949, 862.515/12-246.

4 Cable State Department to OMGUS on Printing Location v. 23.4.1947, NA, RG 260, C11/D1/S1, Box 16.

5 Meeting of Coordinating Committee on Currency Reform in Germany v. 14.10.1946, Protokoll ebd.

6 Tenenbaum Papers, HSTL, "The German Mark", Kap. 15.

schen Administration ... Artikel in so verantwortlichen Zeitschriften wie Harpers Magazine, Bücher, wie das des Russen Krawtschenko und des Botschafters Bullitt ... all dies und viel mehr hat die Haltung des amerikanischen Publikums dem früheren russischen Alliierten gegenüber umgemodelt. Die Kommunisten und ihre Mitläufer sind endgültig in die Defensive gedrängt. Die Zeit der Beschwichtigung ist vorüber. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Entschluß gefaßt, sich um jeden Preis jeder künftigen bolschewistischen Expansion zu widersetzen und hat eine Gegenoffensive begonnen, die noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat."[1]

Unterdessen hoffte Gerhard Colm in Washington, daß "sein Plan" für eine Währungsreform nicht an der Frage des Druckortes scheitern würde.[2] Ein reger Briefaustausch mit Jack Bennett, General Clays neuem Finanzberater, beweist, wie sehr auf Rat des Finanzexperten auch über die große Entfernung hinweg Wert gelegt wurde.[3] "Ein längeres Aufschieben der Währungsreform", schreibt Colm an Bennett, "wird sich verheerend auf die deutsche Wirtschaft auswirken."[4] Es schließen sich Vorschläge für die Überbrückungszeit in Hinblick auf die Eröffnung von Sperrkonten etwa für Bauern, die dann zu gegebener Zeit in der neuen Währung ausgezahlt werden sollten, an.

Die Briten kamen bei einer Analyse der festgefahrenen Situation Anfang 1947 zu dem Schluß, daß den Sowjets nichts daran liegen könnte, die Druckplatten in betrügerischer Absicht zu nutzen. Viel einfacher könnten sie die Banknoten als Vorlage für die heimliche Herstellung von eigenen Druckplatten nutzen und dann die neuen Geldscheine in der Sowjetunion selbst produzieren. Das Beharren der Sowjets auf Leipzig als Druckort sei als Beweis dafür anzusehen, daß es ihnen lediglich um die Sicherstellung der Finanzierung ihrer Besatzungskosten ging, auch wenn es unter den Alliierten zu keiner Einigung über die Notenausgabe kommen sollte. Die Briten konnten die ablehnende Haltung der Amerikaner nicht verstehen.[5] Noch wenige Tage vor der Moskauer Außenministerkonferenz vom April 1947 äußerten die Briten die Vermutung, daß bei der von ihnen als geradezu "halsstarrig" empfundenen amerikanischen Einstellung Ressentiments wegen der unkontrollierten Ausgabe von Alliierter Militärmark durch die Sowjets eine Rolle spiele.[6]

Auch die amerikanische Militärregierung machte sich im Frühjahr 1947 an die Analyse der sowjetischen Haltung. Das Ergebnis war ein völlig anderes: Die Stärke

---

1 Stolper, Toni, Leben, S. 444f.

2 G. Colm an J. Bennett v. 19.11.1946, Colm Papers, LoC, Box 29.

3 Ebd. sowie Box 16.

4 G. Colm an J. Bennett v. 9.5.1947, ebd. (Übers. d. Verf.).

5 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 206.

6 So in einem Bericht von der britischen Delegation in Moskau nach London v. 19.4.1947, zit. n. ebd., S. 207.

der sowjetischen Verhandlungsposition sei gerade aus der Tatsache heraus zu erklären, daß sie kaum ein Interesse an einer Währungsreform habe.[1] Denn mit der Schließung ihrer Banken, die schon Gerhard Colm gewürdigt hatte, sei zum einen schon eine gewisse Verminderung des Geldumlaufs eingetreten, und zum anderen spielten in der sowjetischen Besatzungszone "nicht-monetäre Stimuli", wie etwa Zwangsarbeit und eine viel stärkere Differenzierung der Lebensmittelrationen, eine größere Rolle als im Westen. Außerdem würde eine Währungsreform das sowjetische Ziel größtmöglichster Ausbeutung ihrer Besatzungszone erschweren, da die Bevölkerung dort zur Produktionsankurbelung bzw. Wiederaufbau in die Westzonen fahren und die Aufrechterhaltung der Reparationslieferungen wesentlich erschweren würde. Schon aus ideologischen Gründen heraus könne die Sowjetunion gar nicht an einer Währungsreform interessiert sein, da die *Wiederherstellung einer funktionstüchtigen Geldwirtschaft die Reetablierung eines kapitalistischen Systems ermögliche.*[2] Diese Analyse der amerikanischen Militärregierung und die daraus gezogenen politischen Schlüsse können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Otto Pfleiderer geht davon aus, daß eine einheitliche Währungsreform 1948 nicht "mehr erreichbar zu sein schien." Dieser Zeitpunkt muß auf das Frühjahr 1947 vorverlegt werden. Die Folgerungen, die Sauermann zieht, bleiben dennoch gültig: "Damit war für die westlichen Besatzungsmächte die Alternative gestellt, entweder das wirtschaftliche und politische Risiko einer isolierten Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen zu laufen oder auf die Währungsreform zu verzichten. Es lag auf der Hand, daß eine auf die drei westlichen Besatzungszonen beschränkte Währungsreform die faktische Teilung Deutschlands in zwei getrennte Währungsgebiete einstweilen besiegelte. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß, wie oben dargelegt, schon vor der Währungsreform die Einheit des Währungsgebiets praktisch nur noch auf dem Papier stand, da der Zahlungsverkehr zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den drei Westzonen durch Maßnahmen der sowjetischen Militärverwaltung schon in außerordentlichem Maße beschränkt war."[3]

Mit der Analyse im Frühjahr 1946 begann sich bei den Amerikanern erstmalig die Einsicht durchzusetzen, daß mit den Sowjets einfach aufgrund der unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme keine gemeinsame Sache zu machen war. Die amerikanischen Experten folgerten weiterhin, daß ein Nachgeben beim Ort der Banknotenherstellung nichts bringen würde, denn dann sehe man sich vielleicht acht Monate später mit einer Situation konfrontiert, in der man zwar über neue Geld-

---

1 "Financial Reform: Present Status of Discussions", Februar 1947, NA, RG 260, Records relating to Export-Import and Customs Policies, Box 119.

2 Ebd. Kursivdruck eingeführt.

3 Pfleiderer, Otto, Währungsreform in Westdeutschland, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon, S. 1639.

scheine verfüge, jedoch keine Übereinkunft hinsichtlich ihrer Ausgabe erzielen könnte.[1]

Die Amerikaner nahmen darüber hinaus im Gegensatz zu den Briten an, daß den sowjetischen Forderungen nicht jeweils spezifische Motive zugrunde lagen, nach deren Berücksichtigung der Weg zu einer Währungsreform frei werde, sondern daß das sowjetische Verhalten auf eine prinzipielle Verzögerungstaktik hinauslief und jedes Nachgeben lediglich die nächste Forderung nach sich ziehen würde.[2] Solche Analysen kamen jedoch aus Kreisen, die nicht direkt - wie General Clay und Edward A. Tenenbaum - vor Ort in den Verhandlungen standen und um einen Kompromiß zu ringen suchten. Als die Briten und Franzosen sich geneigt zeigten, dem russischen Drängen auf den Druckort Leipzig nachzugeben, schien auch General Clay eine Weile zu erwägen, im Interesse einer Konsensfindung in dieser Sache nachzugeben. Unterstützt wurde er dabei vom State Department. Schließlich war es aber das amerikanische Schatzamt, das Widerstand leistete und seine Meinung durchsetzte.[3]

Nach Tenenbaums Manuskript fiel im September 1947 in Washington die endgültige Entscheidung, auf Biegen und Brechen eine Währungsreform voranzutreiben, selbst wenn sie nur für die Westzonen gelten sollte.[4] Im Herbst 1947 kamen dazu Gerüchte auf, daß die Sowjets dabei seien, in Leipzig neue Noten drucken zu lassen und mit einer seperaten Währungsreform in der Sowjetzone zu rechnen sei.[5] Für diesen als nicht ganz unwahrscheinlich geltenden Fall wollte man gerüstet sein.[6]

Bei den Amerikanern wuchs die Entschlossenheit, zusammen mit den Engländern eine neue Währung zu drucken, um im Falle einer Nicht-Einigung auf Viermächtebasis eine Währungsreform auch beschränkt auf die Bi- oder Trizone durchführen zu können.[7] Wie es dann zu der relativ raschen Entscheidung - allerdings ohne Beteiligung der Briten - zum Druck von Banknoten kam, ist eigentlich ein Kuriosum: Mitte Oktober 1947 teilte die American Bank Note Company mit, sie könnte einen entsprechenden Druckauftrag bis Ende Dezember des Jahres durchführen, allerdings nur unter der Bedingung, daß er sofort erteilt würde. Anderenfalls stände für längere Zeit keine ausreichende Kapazität mehr für die Herstellung einer deutschen Währung zur Verfügung.[8] General Clay sowie General Draper, nun Staatssekretär im

---

1 Ebd.

2 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 207f.

3 Memorandum on Printing of a Mark Currency in Germany v. 21.1.1947, NA, RG 59, 1945-1949, 862.515/1-2147.

4 Tenenbaum Papers, HSTL, "The German Mark", Kap. 15.

5 Clay, Decision in Germany, S. 211.

6 British Memorandum of Conversation, Dez. 1947, FRUS, Bd. 2, S. 819.

7 Cable Marshall an Baruch v. 23.5.1947, NA, RG 59, 1945-1949, 862.515/5-1447.

8 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 208.

Kriegsministerium, drängten auf Freigabe des Druckauftrags, und das Außenministerium gab widerwillig seine Zustimmung.[1]

Buchheim urteilt zu recht, daß sich am amerikanischen Ziel, eine Währungsreform für ganz Deutschland zur erreichen, zunächst nichts änderte.[2] Die Sowjets sollten gezwungen werden, endlich Farbe zu bekennen, indem die Vereinigten Staaten Banknoten für eine notfalls auf die Westzonen begrenzte Währungsreform in der Hand hielten. Obwohl jetzt Planungen für eine westalliierte Währungsreform einsetzten, war man weiterhin ernsthaft an einer einvernehmlichen vierzonalen Regelung interessiert.[3] Nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember verständigten sich die Briten und Amerikaner darauf, noch einen letzten Versuch in Richtung einer Einigung im Viermächterat über eine Währungsreform zu lancieren.[4] Nach Washington wurde die Bitte gesandt, Gerhard Colm noch einmal für eine Beratertätigkeit zu den Reformverhandlungen zu entsenden. Colm, der in dieser Zeit schon im Council of Economic Advisers engagiert war, wurde nicht freigestellt. "I should like very much to have had you with us again in Germany where you did such splendid work before", bedauerte Jack Bennett.[5]

General Clay und Edward Tenenbaum hielten in dieser letzten Währungsreformrunde in Absprache mit den Briten an den Grundzügen des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes - von einigen Reduzierungen abgesehen - fest. Das alte Geld sollte weiterhin in einem Verhältnis von 10:1 gegen neues umgetauscht werden. An der Nichtigkeitserklärung der Reichsschuld wurde festgehalten. Zusätzliches Geld sollte nur auf Anordnung des Kontrollrats ausgegeben werden dürfen. General Clay zog sich des weiteren auf die Haltung zurück, daß bei einer gemeinsamen Währungsreform nicht ausgeschlossen werden dürfe, auf der Ebene einzelner Zonen eine Steuerreform, einen Lastenausgleich oder ähnliches durchführen zu können.[6] Damit hatte Clay also eine ganze Reihe wichtiger Fragen offengelassen, so die der Besatzungskosten, der Steuern, die bis dahin eine Angelegenheit des Kontrollrats gewesen war, sowie der eines übergreifend geregelten Lastenausgleichs. Die Amerikaner mußten sich darüber im klaren sein, daß eine Vierzonenwährungsreform nur wirkungsvoll sein könnte, wenn eine Vereinigung anderer wirtschaftlicher Zuständigkeiten damit einhergehen würde.[7] Clay hoffte jedoch, bestimmte Kontrollinstrumente der Wäh-

---

1 Saltzman an Lovett v. 14.10.1947, NA, RG 59, 1945-1949, 862.515/10-1447.

2 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 208.

3 Cable an CINCEUR v. 1.10.1947, NA, RG 59, 1945-1949, 862.515/10-947.

4 British Memorandum of Conversation, Dez. 1947, FRUS, Bd. 2, S. 824.

5 J. Bennett an G. Colm v. 18.2.1948, Colm Papers, LoC, Box 16.

6 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 209.

7 Krieger, Wolfgang, General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-1949, Stuttgart 1987, S. 378.

rungspolitik für die Bizone offenzuhalten, um sich gegen eine sowjetische Übervorteilung abzusichern.[1]

Inzwischen erwies sich die Sowjetunion als überraschend kompromißbereit.[2] Die Forderung nach Leipzig als zweitem Druckort wurde ebenso fallengelassen wie die Vorbedingung der Errichtung einer zentralen deutschen Finanzverwaltung bzw. einer Zentralbank, nachdem sich herausgestellt hatte, daß dies von den Westalliierten in keinem Fall akzeptiert werden würde.[3]

Unterdessen liefen die Druckpressen der American Bank Note Company auf Hochtouren. Da den Sowjets mit hoher Wahrscheinlichkeit bekannt war, daß die Amerikaner einen Vorrat neuer Geldscheine aufbauten - Marschall Sokolovsky äußerte sich in einer Viermächteratssitzung in dieser Hinsicht[4] - schien das Kalkül der Amerikaner aufzugehen: Die plötzliche sowjetische Kompromißbereitschaft schien indirekt die Richtigkeit der amerikanischen Analyse der sowjetischen Haltung vom Frühjahr des Vorjahres zu beweisen.[5] Dem sowjetischen Drängen auf Leipzig als Druckort lag offensichtlich kein spezifisches Motiv zugrunde. Die Sowjets hatten dahingegen nun klar die Fähigkeit der Westalliierten zur Durchführung einer seperaten Währungsreform vor Augen. Wie die Amerikaner es kalkuliert hatten, mußten die Sowjets nun ihre Karten offenlegen, und wie sich bald herausstellte, würden sie - konnten sie eine Währungsreform schon nicht verhindern - eine vierzonale Reform einer seperaten Reform in West und Ost vorziehen.

6.6 Der Weg zur Währungsreform in den Westzonen

Faktisch in letzter Sekunde besannen sich die Amerikaner, daß sie ihre Prioritäten anders zu setzen hatten. In einem Memorandum des State Departments vom 10. März 1948 kam die Sorge zum Ausdruck, "... daß wir im Alliierten Kontrollrat einer Vereinbarung über eine vierzonale Währungsreform für ganz Deutschland akzeptieren könnten. Es stellt sich die Frage, ob dies vom amerikanischen Standpunkt aus wünschenswert ist, denn eine vierzonale Währungsreform könnte es den Sowjets ermöglichen, den weiteren wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands zu behindern. ... Der Fortschritt der Verhandlungen in Berlin macht eine sofortige Lagebeurteilung notwendig, um festzustellen, ob eine vierzonale Währungsreform überhaupt noch in unserem Interesse liegt angesichts der Veränderungen der europäischen Lage seit unserer Entscheidung, eine solche Reform vorzuschlagen. Es muß

---

1 Cable CSCAD an OMGUS v. 14.1.1948, NA, RG 260, AG 65 cables 4, sowie Cable General Clay an CSCAD v. 15.1.1948, ebd., AG 69 cables 4.

2 Murphy an Secretary of State v. 1.2.1948, NA, RG 59, 1945-1949, Control Germany, 740.00119, sowie General Clay an General Draper v. 12.2.1948, Clay-Papers, Bd. 2, S. 561.

3 FRUS, 1948, Bd. 2, S. 870ff.

4 Murphy an Secretary of State v. 1.2.1948, NA, RG 59, 1945-1949, Control Germany, 740.00119.

5 So urteilt auch Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 209.

klar sein, daß die Durchführung einer Währungsreform auf Bizonen- oder Dreimächteebene anstatt auf Viermächtebasis einen definitiven Schritt hin zur Anerkennung der Ost-West-Spaltung Deutschlands darstellt, aber gleichzeitig auch einen wichtigen Schritt in Richtung der dringend nötigen wirtschaftlichen Stabilisierung Westdeutschlands. ... Es wird empfohlen, General Clay zu instruieren, daß die Politik der Regierung nicht mehr länger darin besteht, eine Viermächteübereinkunft über eine Währungs- und Finanzreform in Deutschland zu erreichen, und daß deshalb sein Ziel zu sein habe, sich aus den Viermächteverhandlungen zurückzuziehen, und zwar nicht später als am Ende der 60-Tage-Frist, die sich der Kontrollrat für die Diskussion der vierzonalen Währungsreform gesetzt hat."[1]

General Clay wurde einen Tag darauf, am 11. März 1948, entsprechend aus Washington instruiert. Diese neue Direktive wurde schließlich vom amerikanischen Oberkommandierenden, von General Draper und sicherlich auch von Edward Tenenbaum mit Erleichterung aufgenommen. Clay hatte sich schon länger schon nicht mehr des Eindrucks verschließen können, daß eine Viermächteübereinkunft nicht erzielt werden könne und solle.[2] Der Emigrant Wilhelm Röpke bezeichnete unterdessen in einem klar an Clay gerichteten Artikel im *Rheinischen Merkur* eine gemeinsame Währungsreform mit den Sowjets als eine "Sabotage der Währungsreform".[3] Am 13. März 1948 prognostizierte Clay ein ohnehin anstehendes Scheitern der Verhandlungen noch vor Ablauf der 60-Tage-Frist.[4]

Am 20. März 1948 zogen die Sowjets aus dem Alliierten Kontrollrat in Berlin aus. Sie begründeten diesen Schritt mit der Weigerung der Westalliierten, sie über die Entscheidungen der Londoner Konferenz vom Frühjahr 1948 zu informieren. Für die Westmächte stellte der Auszug der Sowjets eine willkommene Chance zur Wahrung ihres Gesichts dar. Nun konnten sie darauf hinweisen, daß die Sowjets jede Möglichkeit zur Vereinbarung einer gesamtdeutschen Währungsreform blockiert hätten und deshalb für die sich nun abzeichnende vertiefende Spaltung Deutschlands verantwortlich seien. Der amerikanische Historiker John H. Backer spricht von einer "willkommenen Legende".[5]

Der amerikanische Entschluß, sich nicht mehr auf eine vierzonale Währungsreform einzulassen, war nun unumstößlich. Aber es war eine Entscheidung, die der geän-

---

1 Memorandum F.G. Wisners an Under Secretary of State Lovett v. 10.3.1948, FRUS, 1948, Bd. 2, S. 879f. (Übers. d. Verf.). Die Frist war vom 20. Januar 1948 gerechnet und dauerte demnach bis zum 10. April.

2 Office Memorandum on US Policy regarding Financial Reform in Germany v. 23.3.1948, NA, RG 59, 1945-1949, 862.515/3-2348. Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 210.

3 "Rheinischer Merkur" v. 14.2.1948, zit. n. Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 120.

4 Gen. Clay an Gen. Draper v. 13.3.1948, Clay-Papers, Bd. 2, S. 578.

5 Backer, John H., Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1943-1948, München 1981.

derten Situation voll Rechnung trug. "Ohne eine Währungsreform konnte sich die Wirtschaft in ihren Besatzungszonen nicht erholen. Die Beibehaltung der Reichsmarkwährung hätte auch in Zukunft eine straffe Devisenbewirtschaftung mit Preiskontrollen notwendig gemacht, d.h. die Entwicklung einer freien Wirtschaft und die Möglichkeit verhindert, diese in die amerikanische Einflußsphäre zu integrieren. Eine gesamtdeutsche Währungsreform wiederum ... hätte es dem Kreml ermöglicht, nach Belieben die Stabilität der neuen gesamtdeutschen Währung zu gefährden. Eine eigenständige, prosperierende Entwicklung der Wirtschaft bei stabilen Währungsverhältnissen war also letztlich nur durch eine seperate Währungsreform in Westdeutschland möglich. Ganz abgesehen davon, daß diese Währungsreform nach westlichem Muster nicht mit der inzwischen beginnenden Zentralverwaltungswirtschaft in der sowjetisch besetzten Zone vereinbar war. Bedenkt man noch, daß zum Zeitpunkt der amerikanischen Entscheidung für eine separate Währungsreform die Bildung einer westdeutschen Regierung nicht mehr aufzuhalten war, daß diese aber im Falle einer vierzonalen Währungsreform nicht die alleinige Kontrolle über die Versorgung ihres Gebietes mit neuem Geld gehabt hätte, dann wird klar, daß eine Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen der einzig gangbare Weg war. Nicht die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen hat die Spaltung Deutschlands verursacht, sondern die politische Großwetterlage, vor allem der Ost-West-Gegensatz und der Marshall-Plan. Diese beiden Tatbestände erforderten zwingend eine separate westdeutsche Währungsreform."[1]

Seit Februar 1948 trafen die neuen Banknoten unter strengster Geheimhaltung von der American Bank Note Company in Deutschland ein. Sie wurden in New York in 23.000 Kisten verpackt und mit dem Tarnbestimmungsort "Barcelona" über Bremerhaven verladen. Verwendet hatten die Amerikaner relativ einfaches Papier ohne Wasserzeichen. Zur Fälschungssicherung dienten eingelassene Buntflecke unter Nutzung des sogenannten Löschpapiereffekts. Die graphische Ausgestaltung war ganz dem amerikanischen Stil angepaßt: Zahnräder, Marmorsockel, Titanen und Frauengestalten waren den amerikanischen Eisenbahnaktien entliehen. Im Unterschied zum US-Dollar gab es kein Einlösungsversprechen, es fehlten die Angabe der Ausgabebehörde, des Ausgabeorts sowie jegliche Unterschrift. Die Einmarkscheine wiesen nicht einmal eine Numerierung auf. "Banknote. Eine Deutsche Mark. Serie 1948", hieß es darauf. Auf den neuen Geldscheinen gab es auch keinerlei Vermerk über Strafen, die auf Geldfälschungen standen.[2]

In Bremerhaven wurde die Fracht gelöscht und bis April 1948 nach Frankfurt/M. weitertransportiert. Dort erfuhren nicht einmal die amerikanischen Wachsoldaten, was sie tief im Keller des alten Reichsbankgebäudes in der Taunusanlage bewach-

---

1 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 137.

2 Abbildungen in: Deutsche Bundesbank (Hg), Währung und Wirtschaft in Deutschland, S. 547.

ten.[1] In ungekennzeichneten Stahlkisten versiegelt, lagerten die Geldscheine in Erwartung des Tages X.

Mitte März 1948 war somit der Weg zu einer auf Westdeutschland beschränkten Währungsreform frei. Neben dem von den Amerikanern allein in die Hand genommenen Druck der neuen Banknoten war eine ganze Reihe weiterer Voraussetzungen für die Währungsreform geschaffen worden: Die Bank deutscher Länder hatte ihre Tätigkeit für alle drei Westzonen aufgenommen und stand bereit, die Rolle der Emissionsbank zu übernehmen. Die Joint Export Import Agency (JEIA) wurde zu verstärkten Rohstoffimporten angewiesen. Das Bipartite Board beschloß eine neue Preispolitik und setzte formal den Preisstop von 1936 außer Kraft.[2] Die Briten sahen damit ihre alte Forderung, die notwendigen Preisanpassungen vorzunehmen, solange Geld noch im Überfluß vorhanden war, als erfüllt an. Als weitere Voraussetzung wurde der Wechselkurs der Reichsmark zum US-Dollar auf 30 US-Cents (1 US-$ = 3,33 DM) festgesetzt,[3] und schließlich verliefen auch die Verhandlungen mit den Franzosen positiv. Dies war auch insofern von Bedeutung, als es die Amerikaner für unabdingbar betrachteten, daß die Franzosen im Falle einer gemeinsamen Währungsreform der Westmächte ohne einer vorherigen Fusion der Besatzungszonen ihr Recht zu separaten Aktionen aufgäben.[4] Anfang April trat insofern ein Wechsel der Perspektive ein, als eine gemeinsame Währungsreform nun als ein gewisser Ersatz für die noch nicht verwirklichte Fusion der Besatzungszonen angesehen wurde.[5]

Unterdessen war General Clay schon länger von westdeutschen Politikern bedrängt worden, die Verhandlungen mit den Russen über eine vierzonale Währungsreform abzubrechen, ähnlich wie es 1946 schon Gerhard Colm erfahren hatte. So wurde Ludwig Erhard von der Sorge umtrieben, daß im Falle einer Währungsreform in ganz Deutschland auch in den Westzonen marktwirtschaftliche Prinzipien zugunsten einer kollektivistischen Zentralverwaltungswirtschaft zurückgedrängt werden könnten.[6]

Die Frage einer Währungsreform wurde von den Deutschen, wie die Existenz von rund 250 Plänen beweist, ausgiebig diskutiert. In der Öffentlichkeit wurden mehr und mehr Details über den Colm-Dodge-Goldsmith-Plan bekannt, so daß besonders

---

1 Bennett, Jack, The German Currency Reform, S. 13.

2 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 211.

3 The New Price and Wage Policy in the Bizonal Area of Germany v. 13.5.1948, NA, RG 59, 1945-1949, 862.51/1-148. Dieser Kurs wurde auch zunächst für die D-Mark beibehalten.

4 Considerations on Financial Reform with the French Zone Failing Trizonal Merger v. 4.2.1948, NA, RG 59, 1945-1949, 862.515/2-448.

5 Murphy an Secretary of State v. 2.4.1948, FRUS, 1948, Bd. 2, S. 162.

6 Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern v. 15.3.1948, in: Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4, München 1983, S. 392f.

auch interessierte Kreise wie Nationalökonomen, Verwaltungsbeamte, Gewerkschaftsverbände oder Unternehmerkreise informiert waren.

Nicht einmal die "Sonderstelle Geld und Kredit", die im Herbst 1947 vom Zweizonenwirtschaftsrat gegründet worden war und für die Bearbeitung der Währungsreformfragen zuständig war, hatte einen Überblick über alle existierenden Währungsreformpläne.[1] Deren Ansätze waren ebenso unterschiedlich wie die Ansätze derjenigen Pläne, die sich einst bei den Viermächteverhandlungen abgezeichnet hatten. Einige Gutachten nahmen offene Inflationierung in Kauf,[2] "Plan G"[3] hingegen sah schon eine Stillegung des Geldüberhangs durch Blockierung der Konten vor, allerdings ohne einen klaren Währungsschnitt ins Auge zu fassen. Auch der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan sah eine Blockierung der Konten vor, jedoch mit der Erkenntnis, daß eine Blockierung allein die endgültige Lösung der Währungsfrage nur hinausschieben würde. Bei beiden genannten Plänen blieb auch die Frage der Reichsschuld unangetastet.

Im Juli 1947 war vom bizonalen Verwaltungsrat für Wirtschaft das sogenannte "Mindener Gutachten"[4] vorgelegt worden, das eine Stillegung der überschüssigen Geldmenge unter Umwandlung zu 80 Prozent in Kriegsschulden und Zertifikate vorsah. Damit wären zwar die Reichsschulden aus den Bilanzen der Banken entfernt worden, aber die Reichsschuld wäre praktisch bei der Bevölkerung verewigt worden.[5] Es bedurfte des Vorstoßes von amerikanischer Seite, um das Politikum der Reichsschuld anzugehen: Der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan sah die komplette Streichung der Reichsschuld vor.

Der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan basierte auf dem Ansatz der Konversion, d.h. einem Zusammenstreichen des Geldvolumens in einem bestimmten Verhältnis, wobei der übrig bleibende Betrag dann in neuem Geld ausbezahlt wird. Im Gegensatz zum Blockierungsverfahren erlöschen hier alle Bankguthaben und sonstigen Geldforderungen vollständig. Auf diesem Prinzip basierte auch der "Homburger Plan",[6] der von der "Sonderstelle Geld und Kredit" des Wirtschaftsrates der Bizone zu Beginn des Jahres 1948 - freilich ebenfalls ohne Kenntnis des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes - ausgearbeitet worden war und im Zusammenhang mit der Währungsreform von 1948 einen großen Bekanntheitsgrad erlangte. Ludwig Erhard hatte im Namen der Sonderstelle vergeblich um Einblick in den Colm-Dodge-Goldsmith-Plan und

---

1 Erst Hans Möller faßte sie 1961 im Auftrage der List-Gesellschaft zusammen.

2 So das Gutachten Otto Donners, in: Möller, Hans, Vorgeschichte, S. 58ff.

3 Ebd., S. 46ff.

4 Ebd., S. 345ff.

5 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 104.

6 Möller, Hans, Vorgeschichte, S. 477ff.

dessen statistischen Anhang gebeten.[1] Nach dem "Homburger Plan" sollte am Tage X ein Kopfbetrag in Höhe von 50 DM ausgezahlt sowie eine Freiquote von 5 Prozent eingeräumt werden, d.h. jeder Bürger sollte 5 Prozent seines bisherigen Geldbesitzes in frei verfügbares Geld umwandeln dürfen. Die gesamten Altgeldbestände sollten im Verhältnis von 5:1 zusammengestrichen und unter Abzug der Freiquote auf Sperrkonten blockiert werden. Die abgeschöpften Altgeldbestände sollten im Vorgriff auf einen als notwendig erachteten Lastenausgleich stillgelegt und in sogenannte "RM-Liquidationsanteile" umgewandelt werden. Langfristige Schuldbeziehungen sollten mittels einer 60-prozentigen Vermögensabgabe auf den Lastenausgleich durch den Gläubiger annulliert werden, während private Verbindlichkeiten im Verhältnis 1:1 umgestellt werden sollten. Der "Homburger Plan" unterschied sich also vom Colm-Dodge-Goldsmith-Plan dadurch, daß er nur Bargeld und Bankeinlagen abwertete und hingegen private Schuldverhältnisse unberücksichtigt ließ. Weitere Unterschiede lagen in der niedrigeren Abwertungsquote, in der teilweisen Blokkierung des Altgeldes sowie in der Vorwegabgabe zum Lastenausgleich. Der Lastenausgleich sollte in einer Weise abgewickelt werden, daß Ausschüttungen einer Ausgleichskasse auf die Liquidationsanteile vorgenommen würden, wobei sich die Kasse selbst aus besonderen Abgaben zu finanzieren hätte. Da auf der anderen Seite jedoch bestimmt wurde, daß diese Abgaben zu einem Teil durch Hingabe von Liquidationsanteilen bezahlt werden konnten und dieser Teil nach Berechnungen der weitaus größte sein würde, war es sehr zweifelhaft, ob eine solche Ausgleichskasse je über nennenswerte Neugeldmittel verfügen würde oder gar die Umverteilung von Sachwerten würde übernehmen können. Die grundlegende, erst nachträglich erkannte Schwäche des Lastenausgleichs des "Homburger Planes" lag also in dessen enger Verknüpfung mit der Deflationierung der Geldvermögen,[2] eine Schwäche, die sich negativ auf die Stärke der Verhandlungsposition der deutschen Vertreter im Konklave von Rothwesten auswirken würde. Der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan trennte den Lastenausgleich organisatorisch und zeitlich von der reinen Währungsreform.

Ende April 1948 waren die Verhandlungen über eine Währungsreform unter den Westmächten also schon relativ weit fortgeschritten. Hinter den Kulissen kam es bei den Amerikanern allerdings noch einmal zu einer Krise. Zunächst einmal stellte sich die Frage, wer denn für die Durchführung der Währungsreform verantwortlich sein

---

1 Stenographischer Bericht der Sitzung der Sonderstelle für Geld und Kredit v. 18.11.1947 (18. Protokoll), Handakten Möller (ED 150), Institut für Zeitgeschichte (IfZ); Tenenbaum Papers, HSTL, Box 5. Edward Tenenbaum war an diesem Abend erstmals Gast bei der Sonderstelle. Hans Möller meint, man könne nicht sagen, daß der "Homburger Plan" in "Unkenntnis" des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes entstanden ist, weil er in der Währungsreform-Diskussion hinter den Kulissen eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat. Brief Hans Möllers an den Verf. v. 20.1.1992.

2 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 213.

sollte. Anfangs forderte das State Department noch eine Beteiligung deutscher Stellen. Da aber zu diesem Zeitpunkt noch kein deutsches Parlament existierte und fortan jegliche Verzögerungen, Diskussionen und Spekulationen auf jeden Fall vermieden werden mußten, sollte schließlich die Währungsreform in der Verantwortung der Militärregierungen bleiben, die auch allein die entsprechenden Gesetze erlassen konnten.[1] Doch dann forderte das State Department, obwohl es den Colm-Dodge-Goldsmith-Plan schon lange zuvor gebilligt hatte, unvermittelt davon abweichend eine "kleine Währungsreform". Die im Colm-Dodge-Goldsmith-Plan vorgesehenen Maßnahmen hinsichtlich der Löhne, Preise, der privaten Verschuldung, der Wechselkurse und des Lastenausgleichs sollten zurückgestellt werden. Der vorgesehene Währungsschnitt von 10:1 wurde als zu scharf angesehen, und der geplante Wechselkurs von 30 US-Cents für eine DM wurde als der Kaufkraftrelation nicht angemessen beurteilt. Das State Department wollte den Kurs des amerikanischen Dollars höher angesetzt sehen.

Die amerikanische Militärregierung sah sich wieder auf den Stand vom Herbst 1945 zurückgeworfen. General Clay drohte wieder einmal mit seinem Rücktritt und forderte die Behörden in Washington auf, doch selbst die Verantwortung zu übernehmen und zusammen mit den Briten und Franzosen an einer ihnen genehmen Lösung zu arbeiten. Washington lehnte ab, und General Clay behielt die Verantwortung.[2]

Schon in einer relativ frühen Phase nach Entstehung des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes hatte Edward A. Tenenbaum darauf hingewiesen, daß seine Umsetzung umfangreiche Gesetzeserlasse und Verordnungen erfordere, die am besten von deutschen Experten ausgeführt werden sollten.[3] Nachdem die Kompetenzen nun mehr geklärt waren, gab General Clay die Anweisung zur Bildung einer Expertenrunde zur abschließenden Vorbereitung der Währungsreform-Gesetzgebung unter deutscher Beteiligung aus: "Ich erteile Ihnen hiermit die Erlaubnis, zur Ausarbeitung der gesetzlichen Grundlagen ein Arbeitscamp aufzubauen, das aus etwa 25 bedeutenden Zivilisten bestehen sollte. Das Camp muß sich an einem abgelegenen Ort befinden und Unterbringungsmöglichkeiten umfassen. Diese müssen militärisches Personal einschließen können, die als Bewachung benötigt werden."[4] Das Ergebnis war das Konklave von Rothwesten.

6.7 Das Konklave von Rothwesten

Am 5. April 1948 ging an den Wirtschaftsrat der Bizone die Aufforderung, aus seinem Währungsausschuß zehn Vertreter zu benennen, die gemeinsam mit den Alliierten in einem Konklave die geplante Währungsreform gesetzgeberisch vorbereiten

---

1 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 106.

2 Gen. Clay an Royall v. März 1948, Clay-Papers, Bd. 2, S. 589ff.

3 Memorandum E.A. Tenebaum an K.V. Hagen v. 17.12.1946, NA, RG 260, C11/D1/S1, Box 17.

4 Gen. Clay an Col. E.D. Stoker v. 1.4.1948, Handakten Möller (ED 150), IfZ (Übers. d. Verf.).

und durchführungsreif machen sollten. Drei Tage später nominierte der Währungsausschuß Karl Bernhard, Wolfgang Budczies, Walter Dudek, Heinrich Hartlieb, Erwin Hielscher, Hans Möller, Otto Pfleiderer, Eduard Wolf sowie Victor Wrede für die Durchführung der Aufgabe. Als Vertreter aus der französischen Besatzungszone wurden Walter Bussmann und Rudolf Windlinger benannt.[1]

Unter der Verpflichtung zu strikter Geheimhaltung wurden zwei Vorbereitungstreffen abgehalten. Die deutschen Experten wollten noch vor Beginn des Konklaves wissen, wie weit ihre Kompetenzen bei der Ausarbeitung der Währungsreform reichen würden. Edward Tenenbaum sowie der Vertreter der britischen Militärregierung, Cook, versicherten, daß sie von den Experten eine "wesentliche Mitwirkung" an der Ausarbeitung der Währungsreform erwarteten und die Deutschen auch noch nach dem Konklave an den weiteren Durchführungsvorbereitungen beteiligt sein würden.[2] Diese Zusicherungen erweckten Erwartungen, die von den Alliierten nicht erfüllt wurden.

Unterdessen gab die "Sonderstelle Geld und Kredit" des Wirtschaftsrates den Konklavemitgliedern noch folgende Richtlinien mit auf den Weg: Der "Homburger Plan" sollte möglichst weitgehend durchgesetzt werden. Mit Nachdruck sollte einer engen Verknüpfung zwischen Währungsreform und Lastenausgleich nachgegangen werden. Gleichzeitig jedoch lehnte der Währungsausschuß für sich und die Konklavemitglieder die Übernahme jeglicher Verantwortung ab. Als Sachverständige trügen die Konklavemitglieder keine politisch-parlamentarische Verantwortung, die sie etwa für die von den Militärregierungen erlassenen Währungsgesetze übernehmen könnten.[3]

Am 20. April 1948 wurden die deutschen Experten unter schwerer Bewachung in einem mit Milchglasscheiben ausgestatteten Bus nach Rothwesten bei Kassel gefahren, wo sie in den Kasernen des dortigen Fliegerhorstes, umgeben von Stacheldraht und Wachposten, unter miserablen Bedingungen ihren Beitrag zur Durchführung der Währungsreform leisten sollten.[4] Dies führte zunächst zu heftigen Beschwerden bei den Vertretern der Militärregierungen, was wenigstens die Zusage erbrachte, daß das Konklave nicht länger als zwei Monate dauern sollte. Wie sich Hans Möller dennoch erinnert, führte das Bewußtsein über die Bedeutung der Aufgabe, die vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit unter den Deutschen sowie nicht zuletzt die

---

1 Möller, Hans, Währungsreform, S. 445. Eduard Wolf nahm an dem Konklave dann später doch nicht teil.

2 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 108.

3 Vermerk über die Besprechungen vom 8.-15.4.1948 betr. Berufung einer deutschen Kommission zur Beratung der Militärregierungen bezüglich der Währungsreform, Handakten Möller (ED 150), IfZ.

4 Zur ausführlichen Darstellung des Konklaves Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 106ff.

Isolierung von der Außenwelt trotz dieser widrigen Umstände bald zu einer angenehmen und für den Fortgang der Arbeiten förderlichen Atmosphäre.[1]

Am Tag nach der Ankunft in Rothwesten, am 21. April 1948, übergab Edward Tenenbaum den Deutschen den vorläufigen Entwurf eines ersten Währungsgesetzes, das die sofortige Anmeldung sämtlicher Altgeldbestände in den Westzonen für den Fall einer vorzeitigen sowjetischen Währungsreform sicherstellen sollte.[2] Die Dringlichkeitsbezeichnung dieses ersten Währungsgesetzes, das anfangs nur als Interimsgesetz vorgesehen war, macht die Ungewißheit der Westalliierten über den Stand der sowjetischen Währungsreformpläne deutlich.

Das erste auf den genannten Forderungen beruhende Formular (Formular A) wurde von den deutschen Sachverständigen noch in der Nacht bearbeitet und am folgenden Morgen termingemäß um acht Uhr den Vertretern der Militärregierungen übergeben. Damit war also nach nur einer Nachtsitzung schon ein wesentlicher Teil des ersten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz) fertiggestellt. Dies verdeutlicht die gut funktionierende innere Koordinierung der Arbeit, durch die sich das Konklave in den folgenden Wochen auszeichnen sollte. "Wenn es nicht bereits zuvor die "Sonderstelle Geld und Kredit" gegeben hätte, in der die Konklavemitglieder schon zu einem gut funktionierenden Arbeitsteam zusammengewachsen waren", schreibt Hans Möller, "dann hätte das Konklave seine Aufgabe nicht bewältigen können."[3]

Am Ende lagen 22 Gesetze, Durchführungsverordnungen, Merkblätter und Anweisungen ausformuliert vor. Dies war nur durch eine Verlagerung der Hauptarbeit in Kommissionen in wechselnder Besetzung je nach anstehenden Problemen möglich. Plenarsitzungen wurden auf das äußerste beschränkt. Etwa jeden zweiten Tag fanden Besprechungen mit den Vertretern der Militärregierungen, also Tenenbaum, Cook und dem Franzosen Le Fort statt. Tenenbaum war Wortführer der Alliierten und Koordinator zwischen den Konklavemitgliedern und den Militärregierungen. Die Deutschen wählten Erwin Hielscher zum Verhandlungsführer, während Karl Bernhard die Plenarsitzungen leitete. Bernard und Wolfgang Budczies bildeten die juristische Arbeitsgruppe des Konklaves, zumal sie die Gesetzentwürfe des "Homburger Planes" entworfen hatten. Eine technische Arbeitsgruppe wurde von Heinrich Hartlieb und Hans Möller gebildet, während die übrigen Mitglieder sich in einer volkswirtschaftlichen Kommission zusammenfanden.

Am 22. April 1948, dem zweiten Tag des Konklaves, wurde den deutschen Experten ein von Tenenbaum verfaßtes Memorandum mit dem Titel "Umriß der Geldreform"

---

1 Möller, Hans, Währungsreform, S. 447.

2 Entwurf unter den Handakten Möller (ED 150), IfZ.

3 Möller, Hans, Währungsreform, S. 452.

übergeben.[1] Dieses enthielt die zwischen der amerikanischen und britischen Militärregierung am 30. März 1948 getroffene Vereinbarung über eine Währungsreform sowie den Entwurf eines Gesetzes über die Grundsätze für die Konversion des Bargeldes und die Reduktion von Bargeldguthaben auf dem letzten Stand der abgebrochenen Viermächteverhandlungen in Berlin. "Die dort vorgesehene Regelung ist so fantastisch", heißt es wörtlich im deutschen Protokoll, "daß eine ins einzelne gehende Diskussion darüber zunächst nicht für erforderlich gehalten wird."[2]

Am 30. April 1948 - zehn Tage nach Beginn des Konklaves - kam es zu einem Eklat. Zum ersten Mal waren Jack Bennett (USA), Sir Eric Coats (Großbritannien) und Leroy Beaulieu (Frankreich) als direkte Vorgesetze der alliierten Verhandlungsführer vor Ort nach Rothwesten gekommen. Bis zum Abend waren alle Illusionen der Deutschen zerstört: Die Deutschen durften wohl kaum auf eine echte Mitarbeit an der Währungsreform hoffen. Jack Bennett erklärte für die amerikanische Seite, daß sie einen festen Fahrplan für die Währungsreform hätten, der unbedingt eingehalten werden müsse. Schnelle Entscheidungen seien vonnöten. Der "Homburger Plan" sei von den Militärregierungen ausführlich erörtert worden.[3] Auf der Londoner Dreimächtekonferenz wäre das Problem der Währungsreform ausführlich besprochen worden. Da einmal gefaßte Beschlüsse der Regierungen in Washington, London und Paris nur unter erheblicher zeitlicher Verzögerung geändert werden könnten, sei der Spielraum für die nachträgliche Berücksichtigung deutscher Änderungswünsche sehr begrenzt. Grundsätzlich könnten die Deutschen an den Währungsreformplänen der Alliierten also nichts mehr ändern und müßten vielmehr auf der Basis dieser Pläne ihre Arbeit möglichst rasch fortsetzen.[4]

Die von den drei Westalliierten ausgehandelten und daher "nicht mehr veränderbaren" Grundsätze der Währungsreform waren folgende:

- Streichung von 70 Prozent der Altgeldguthaben
- Umwandlung von 10 Prozent der Altgeldguthaben in neues Geld
- Blockierung von 20 Prozent der Altgeldguthaben mit der Maßgabe, daß deutsche gesetzgeberische Stellen über die weitere Behandlung dieser blockierten Beträge entscheiden
- Annulierung der Reichsschuld
- Bezeichnung des neuen Geldes mit "Deutsche Mark"
- Banksanierung durch Ausstattung der Banken mit neuen Schuldverschreibungen
- Emission dieser Schuldverschreibungen durch die Länder

---

1 Tenenbaum Papers, HSTL, Box 4; Protokoll über die Plenarsitzung v. 26.4.1948, Handakten Möller (ED 150), IfZ.

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Ebd.

- Übertragung der Zuständigkeit für Gesetze betreffen Kapitalabgabe, Lastenausgleich und Besteuerung an den Wirtschaftsrat.

Diese Erklärung war für die deutschen Teilnehmer ein Schlag, waren sie doch aufgrund der oben genannten Zusicherungen davon ausgegangen, im Konklave tatsächlich noch ihre eigenen Vorstellungen über die Durchführung der Währungsreform einbringen zu können. In einer "Krisensitzung" stellten die Deutschen fest, daß "die Grundsatzfragen von den Alliierten bereits vorher und abweichend von den Forderungen des Homburger Entwurfes" entschieden worden waren und schließlich die Sachverständigen grundsätzlich "infolge der Verweisung in ein Konklave nicht in genügendem Umfange die Arbeitsgrundlage, die für gut ausgewogenen Vorschläge gerade zu den technischen Einzelheiten der Durchführung einer Geldreform nach ihrer Auffassung unbedingt erforderlich wäre", nicht verfügten.[1] In einem Schreiben an die drei Vertreter der Militärregierungen gaben die Sachverständigen "ihrer großen Enttäuschung darüber Ausdruck, daß sie ohne einen Grund, den sie als zwingend anerkennen können, über ihre tatsächlichen Aufgaben bis zu einem Zeitpunkt im unklaren gelassen wurden, zu dem sie über deren Übernahme praktisch nicht mehr frei entscheiden konnten."[2]

Dennoch beschlossen die deutschen Sachverständigen nach einigem Zögern, ihre Arbeit fortzusetzen, dabei jedoch künftig bei allen Fragen, in denen keine Übereinstimmung mit den Alliierten erzielt werden könne, ein Memorandum über den abweichenden deutschen Standpunkt einzureichen. Zehn Tage lang, so glaubten die Deutschen, hätten sie in eine falsche Richtung gearbeitet, indem sie einen Kompromiß zwischen den amerikanischen Vorstellungen und dem "Homburger Plan" zu finden gesucht hatten.[3] Wie sich später herausstellen würde, war diese Arbeit doch nicht nutzlos gewesen.

Aus den oben genannten alliierten Grundsätzen für die Währungsreform ist ersichtlich, daß der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan im wesentlichen nach wie vor die Grundlage bildete. Ein wichtiges Novum war allerdings die zeitliche Trennung der nun von den Deutschen in eigener Verantwortung zu erlassenden Lastenausgleichsgesetzgebung von der in alliierter Regie durchzuführenden eigentlichen Währungsreform. Mit eine Rolle könnte dabei die Erkenntnis gespielt haben, daß die Lastenausgleichskonstruktion des "Homburger Planes", wie oben dargelegt, ihrem Zweck nur höchst unvollkommen gerecht wurde.[4] Im Konflikt um den Lastenausgleich

---

1 Feststellung zur Verantwortlichkeit der deutschen Sachverständigen im Konklave vom 3.5.1948, Handakten Möller (ED 150), IfZ.

2 Erklärung der deutschen Sachverständigen im Konklave gegenüber den Vertretern der drei westlichen Militärregierungen vom 4.5.1948, ebd.

3 Ebd.

4 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 213.

spielten weder die sachlichen Erwägungen Gerhard Colms noch die der deutschen Experten mehr eine Rolle. Die Vertreter der Alliierten zogen sich auf rein politische Argumente zurück, die von den deutschen Sachverständigen schwer zu entkräften waren.[1] Das alarmierte auch Gerhard Colm in Washington selbst, der dank seines guten Kontaktes zu General Clay über die laufenden Entwicklungen eingeweiht war.[2]

Am 11. Mai 1948 wurde die Abgeschlossenheit des Konklaves plötzlich unterbrochen. Als Entgegenkommen hatten die drei Militärregierungen den deutschen Teilnehmern zugebilligt, mit dem Währungsausschuß des Wirtschaftsrates Kontakt aufnehmen zu dürfen. An der nun stattfindenden Sitzung nahmen die Parlamentarier Blücher (FDP), Kriedemann (SPD), Pferdmenges (CDU), die Direktoren der bizonalen Wirtschafts- und Finanzverwaltung Erhard und Hartmann sowie auch Tenenbaum, Cook und Le Fort teil.[3] Dabei kam es erneut zu heftigen Auseinandersetzungen, diesmal auch innerhalb des deutschen Lagers.

Statt auf den Colm-Dodge-Goldsmith Plan - wenigstens in diesen Punkten - zurückzugreifen, mußte erneut die Frage der Erstausstattung der deutschen Bevölkerung mit der neuen Währung und die Schuldenregelung aufgeworfen werden. Der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan hatte ja eine Freiquote von 10 Prozent und ein zusätzliches Kopfgeld von 25 DM vorgesehen. Die deutschen Vertreter, voran Ludwig Erhard, befürworteten dagegen eine Freiquote von nur 5 Prozent, da für eine höhere Umtauschrate keine gütermäßige Untermauerung bestände. Die Kopfquote von 25 DM dagegen hielten sie für "zu niedrig" oder gar "unsozial". Zusammengefaßt liefen die deutschen Vorschläge auf eine Kopfquote von 50 DM, eine Freiquote von 5 Prozent aller auf dem sogenannten "Vordruck B" angemeldeten Beträge sowie eine Freigabe von 250 DM für den Haushaltsvorstand und 100 DM je Familienmitglied der auf dem sogenannten "Vordruck A" angemeldeten Beträge hinaus.[4] Als Gründe führten die deutschen Experten an, daß der größere Kopfbetrag aus sozialen Rücksichten heraus erwünscht sei, da er am einfachsten eine relative Besserstellung der kleinen Geldvermögensbesitzer sowie großer Familien gewährleisten könne. Zu der niedrigeren Freiquote wurde argumentiert, daß die Auflösung überhöhter Lagerbestände eher bei einer knapperen Geldversorgung gelingen werde. Da jedoch der tatsächliche Geldbedarf der Wirtschaft nach der Währungsreform nicht abgeschätzt werden könne, sei es besser, mit einer niedrigeren Freiquote zu beginnen, die notfalls heraufgesetzt werden könne. Eine Herabsetzung einer anfangs zu hoch gewählten Freiquote

---

1 Auskunft Hans Möllers v. 20.1.1992.

2 G. Colm an Gen. Clay v. 26.10.1948, Colm Papers, LoC, Box 29.

3 Protokoll v. 11.5.1948, Handakten Möller (ED 150), IfZ.

4 Ebd.

galt als praktisch ausgeschlossen.[1] Die Ministerpräsidenten der Länder der drei westlichen Besatzungszonen, die in den Kreis der Eingeweihten mit einbezogen wurden, stimmten den Forderungen zu, was ihnen wohl noch höheres Gewicht verlieh.[2]

Jetzt zeigte sich auch Tenenbaum einer 5%igen Freiquote zugeneigt, da er eine kleinere Geldmenge für besser steuerbar hielt. Darüber hinaus sah auch er das Risiko einer Überliquidität, die nach der Währungsreform zu einer inflationären Entwicklung führen und womöglich eine zweite Reform unabdingbar machen könnte. Eine zu geringe Liquidität könnte dahingegen leicht durch eine nachträgliche Erhöhung der Umtauschrate beseitigt werden. Ein weiteres Problem stellten die damals noch unvollkommen entwickelten Berechnungen des Faktors der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes dar. Tenenbaum hoffte auf eine niedrige Umlaufgeschwindigkeit bzw. auf ein entsprechendes Vertrauen der Bevölkerung in die neue Währung.[3] Die von den Deutschen gewünschte Kopfquote von 50 DM hielt Tenenbaum allerdings für zu hoch. Eine Entscheidung darüber sollte bis auf den letzten Tag des Konklaves aufgehoben werden.[4]

Für die Deutschen war es zunächst wichtig, sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen. Nach kontroversen internen Auseinandersetzungen einigten sie sich noch am 11. Mai 1948 auf folgende Vorschläge für die Währungsreform:

- einen nicht anrechenbaren Kopfbetrag über 50 DM
- eine 5-prozentige Freiquote
- eine 25-prozentige Festquote, über deren späteres Schicksal deutsche Stellen innerhalb einer bestimmten Frist zu entscheiden hätten.[5]

Edward Tenenbaum versprach, diese Vorschläge der amerikanischen Militärregierung in Berlin vorzulegen. Die deutschen Vorschläge wurden teilweise berücksichtigt und die Gesetzestexte in letzter Minute geändert.[6]

Zum offenen Konflikt kam es an diesem 11. Mai 1948 über die Frage des Lastenausgleichs. Aus deutscher Sicht - wie aus Gerhard Colms Sicht - war der Lastenausgleich von der Währungsreform nicht zu trennen. Die drei Westalliierten dagegen wollten die Währungsreform in einzelne Teilgesetze aufspalten und die Verantwortung für einen Lastenausgleich einer späteren deutschen Regierung übertragen. Tenenbaum wies darauf hin, daß die eigentliche Währungsreform rasch bzw. noch un-

---

1 Gründe für eine Freiquote von nur 5 Prozent anstatt 10 Prozent v. 29.4.1948, Handakten Möller

2 Konferenz der Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen v. 28.5.1948, in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4, S. 532.

3 Tenenbaum Papers, HSTL, Manuskript "The German Mark", Kap. 14.

4 Protokoll der Plenarsitzung, Handakten Möller (ED 150), IfZ.

5 Protokoll v. 11.5.1948, ebd.

6 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 114.

ter der Regie der Militärregierungen zu erfolgen hätte, da die Marshall-Plan-Unterstützungen nur jenen Ländern zur Verfügung gestellt würden, die eine stabile Währung hätten.[1] Vergebens legten die deutschen Sachverständigen Tenenbaum noch zwei Memoranden über den Lastenausgleich und die blockierten Altgeldbestände vor.[2] Überhaupt spiegelt das Protokoll der Sitzung vom 11. Mai alle grundsätzlichen Kontroversen wider, die während der Dauer des Konklaves zwischen den Alliierten und den deutschen Experten bestanden. Zum Streit über die Kopfquote oder die Lastenverteilung kamen rein technische Probleme wie z.B. das Ausmaß der finanzamtlichen Überprüfung der RM-Geldvermögen vor ihrer Umwandlung in DM, die Frage der Einrichtung eines RM-Abwicklungsfonds, die der Umwandlung eines Teils der Altgeldguthaben in neue langfristige Staatsschuldtitel, deren Umstellung der Geldforderungen, die nicht gegen das Reich oder die NSDAP gerichtet waren, oder die der Anlauffinanzierung der Betriebe.[3]

Diese erste gemeinsame Sitzung der deutschen Sachverständigen im Konklave von Rothwesten mit dem Währungsausschuß war auch zugleich die letzte.[4] Die heftigen Auseinandersetzungen vom 11. Mai hatten außerdem den Rücktritt Erwin Hielschers am 21. Mai zur Folge, der die von den Alliierten geplante Erstausstattung für viel zu großzügig hielt und glaubte, dafür keine Verantwortung übernehmen zu können.[5]

Eine weitere, rein politische Frage des Konklaves von Rothwesten hat hier Erwähnung zu finden: Die Ausklammerung Berlins aus den alliierten Währungsreformplänen. Gerhard Colm war mit dieser Problematik in Washington befaßt worden und hatte den Militärbehörden eine Anzahl von Optionen für mögliche Szenarios ausgearbeitet.[6] Die Deutschen unterstützten die separate Währungsreform in den Westzonen, hielten jedoch eine Ausklammerung Berlins für falsch. Sie forderten in einem Abschlußmemorandum am 8. Juni 1948, daß in den Militärregierungsgesetzen wenigstens für Berlin eine Sonderregelung getroffen werde, damit die deutsche Hauptstadt nicht als Teil der Ostzone erscheine.[7]

---

1 Protokoll v. 11.5.1948, Handakten Möller (ED 150), IfZ.

2 Tenenbaum Papers, HSTL, Box 4 u. 5.

3 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 115f.

4 Eine für den 23. Mai 1948 vorgesehene zweite Sitzung mit dem Währungsaussschuß wurde von den Konklavemitgliedern abgelehnt. Protokoll v. 19.5.1948, Handakten Möller (ED 150), IfZ. Hans Möller gibt an, daß der Grund eine Äußerung von Pferdmenges vor dem Ausschuß der CDU über den "Homburger Plan" und die alliierten Pläne zur Währungsreform sowie über den voraussichtlichen Termin derselben war, die in der Presse kolportiert wurden. Möller, Hans, Währungsreform, S. 449f.

5 Hielscher, Erwin, Der Leidensweg der deutschen Währungsreform, München 1948; Ders., Das Jahrhundert der Inflationen in Deutschland. Ein Beitrag aus der Bundesrepublik Deutschland, München-Wien 1968.

6 Memorandum Colms an Gen. Draper v. 9.2.1948, Colm Papers, LoC, Box 29.

7 Möller, Hans, Währungsreform, S. 450f.; Wolff, Michael W., Die Währungsreform in Berlin

Von den deutschen Sachverständigen im Konklave unterdessen unbemerkt, wurde die westdeutsche Währungsreform Ende Mai - und wenig später noch einmal im Juni - von französischer Seite in Gefahr gebracht. Frankreich stellte die Forderung, daß Reichsmark im Besitz ehemaliger französischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter ebenso wie Reichsmark im Besitz von westdeutschen Inländern zu behandeln und in D-Mark umzustellen seien. Die Franzosen verknüpften mit dieser Forderung die Drohung, nicht mehr an einer dreizonalen Währungsreform teilzunehmen.[1] Die Amerikaner blieben in diesem Punkt unnachgiebig. Für sie stellten die Reichsmarkbestände in fremden Ländern eine von vielen ausländischen Forderungen gegen Deutschland dar, über deren Befriedigung zu gegebener Zeit verhandelt werden müsse. Die Amerikaner sahen keinen Grund, von dieser Position zugunsten Frankreichs abzuweichen.[2] Die Franzosen ließen schließlich unter dem Eindruck der unbeugsamen amerikanischen Haltung von ihrem Verlangen ab.[3]

Das Konklave von Rothwesten endete am 8. Juni 1948. Trotz Differenzen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Deutschen und Alliierten lagen neben zahlreichen Durchführungsverordnungen, Anweisungen und Merkblättern drei Gesetze verabschiedungsreif vor: Aus dem Interimsgesetz war das erste Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz) geworden, das die Umstellung von RM auf DM, die Ablieferung und Anmeldung von Altgeld sowie die Erstausstattung der Bevölkerung, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand mit dem neuen Geld regelte.[4] Das zweite Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Emissionsgesetz) regelte die Ausgabe und Verwaltung des neuen Geldes durch die Bank deutscher Länder. Das dritte Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) regelte die Umstellung der Reichsmarkguthaben bei den Geldinstituten und bei den Schuldverhältnissen.[5]

Ausdrücklich stellten die deutschen Teilnehmer des Konklaves am Ende noch einmal fest, daß die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe und der begleitenden Unterlagen nicht bedeute, daß die darin vorgesehenen Maßnahmen in allen wesentlichen Punkten die deutsche Zustimmung gefunden hätten. Die deutschen Experten hätten:

- eine erhöhte Kopfquote von 50 DM ohne Anrechnung auf die Freiquote
- eine Freiquote von nur 5 Prozent, bei einer geklärten zusätzlichen Behandlung

---

1948/49, Berlin-New York 1991.

1 Französische Botschaft an Secretary of State v. 4.6.1948, NA, RG 59, 1945-1949, 862.515/6-448.

2 Memorandum "Treatment of RM-Holdings of French Nationals in German Currency Reform" v. 11.6.1948, ebd., 862.515/6-1148.

3 Memorandum "Treatment of Mark-Holdings of Former French POWs and Workers under Currency Reform" v. 16.7.1948, ebd., 862.515/6-448.

4 Harmening, Rudolf, Währungsgesetze. Vorschriften zur Neuregelung des Geldwesens in der Bundesrepublik und in Berlin (West). Textsammlung, Berlin 1955.

5 Möller, Hans, Währungsreform, S. 448.

von weiteren 15 oder 20 Prozent der Altguthaben mittels Währungsgesetze

- eine Umstellung aller sonstigen Geldforderungen, ausgenommen der Ansprüche gegen das Reich, im Verhältnis von 1:1
- einen Geschäftsbetrag zur Anlauffinanzierung der Betriebe als Kredit zu besonders günstigen Bedingungen
- eine anstatt des Lastenausgleichs zumindestens per Militärregierungsgesetz eingeräumte Vorzugsrente für bedürftige Altgeldbesitzer

favorisiert. Die Sachverständigen lehnten aufgrund der offenkundigen Nichtberücksichtigung ihrer Gegenvorschläge seitens der Alliierten jede Verantwortung für die Währungsreform ab.[1] Einige Vorschläge der Deutschen wurden in der alliierten Währungsreformgesetzgebung berücksichtigt. So betrug die Kopfquote schließlich sogar 60 DM.

Die Betrachtung des Konklaves von Rothwesten zeigt, daß die Grundzüge der Währungsreform - in grundsätzlichen Elementen auf dem Colm-Dodge-Goldsmith-Plan basierend - letztlich von der amerikanischen Militärregierung diktiert worden sind, die auch unter den Westalliierten den Ton angab. Dies betrifft in erster Linie den Termin der Reform, die Zurückstellung des Lastenausgleichs, die einen wesentlichen Unterschied zum Colm-Dodge-Goldsmith-Plan darstellte, oder auch die Ausklammerung Berlins. Wie Wandel jedoch feststellt, wäre ohne dieses "Diktat" in den westlichen Besatzungszonen eine Währungsreform weder rechtlich noch technisch möglich gewesen.[2] "Die reibungslose Organisation der Währungsreform geht jedoch zum großen Teil auf das Konto der deutschen Sachverständigen. Sie hatten mit ihrem Detailwissen erst die Voraussetzungen für ein Gelingen der Währungsreform geschaffen."[3]

Der vorgesehene Termin für die Währungsreform rückte näher. Seit dem Auszug der Sowjets aus dem Viermächterat waren die Westdeutschen von der Überzeugung durchdrungen, daß eine Lösung unmittelbar bevorstehen mußte. Die Spekulationen über den "Tag X" häuften sich - und mit ihnen wurde die Reichsmark immer weniger wert, die Warenhortungen nahmen zu. Mitte Juni kam es zu einem weiteren Vorbehalt der Franzosen: Die deutschen Vertreter hatten schon früh darauf hingewiesen, daß die sehr hohen, vom Alliierten Kontrollrat 1946 eingeführten Steuersätze gesenkt werden müßten, um den notwendigen Anreiz für Produktionssteigerung und Wachstum zu schaffen. Der amerikanische und britische Militärgouverneur hatten dieser Ansicht im Prinzip zugestimmt und entsprechende Militärregierungs-

---

1 Erklärung der deutschen Sachverständigen zu ihrer Mitwirkung an der Geldreform v. 8.6.1948, Handakten Möller (ED 150), IfZ.

2 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 118.

3 Ebd.

verordnungen zugesagt.[1] Nun lehnten jedoch die Franzosen den Steuersenkungsplan der deutschen Sachverständigen ab. Es ging ihnen insbesondere um die Senkung der Einkommens- und Tabaksteuer im vorgesehenen Ausmaß und sie sahen den Haushaltsausgleich in den Ländern ihrer Zone gefährdet.[2]

Die Franzosen stellten ein Ultimatum: Entweder Akzeptierung ihrer Steuerreformpläne oder französische Nichtbeteiligung. Das führte zu dramatischen Verhandlungen noch kurz vor dem Stichtag der Währungsreform, der für den 21. Juni 1948 festgelegt war. Der Hintergrund hierfür ist darin zu sehen, daß die Londoner Sechsmächtekonferenz Anfang Juni die Konstituierung eines westdeutschen Staates beschlossen hatte. Dieser Plan stand in diesen Tagen in der französischen Nationalversammlung auf der Kippe, und bevor er nicht parlamentarisch legitimiert war, wollte sich die französische Regierung offenbar auf eine trizonale Währungsreform nicht endgültig festlegen.[3] Nachdem am Donnerstag, dem 17. Juni 1948, das französische Parlament den Londoner Beschlüssen mit knapper Mehrheit zugestimmt hatte, wurde ein Kompromiß in der Frage der Steuerreform noch am gleichen Tag erreicht.[4]

In der Nacht zum Freitag lief die Operation "Bird Dog" in Frankfurt an. Innerhalb von zwei Tagen wurden die Banknoten mit Hilfe von 800 Lastwagen und mehreren Spezialzügen unter schwerster Bewachung an die Lebensmittelkartenausgabestellen in den drei westlichen Besatzungszonen verteilt. Edward A. Tenenbaum bezeichnete die Operation "Bird Dog" als die größte logistische Leistung der amerikanischen Armee seit Unternehmen "Overlord", der Invasion in der Normandie.[5] Insgesamt wurden 500 Tonnen Banknoten im Nennwert von 5,7 Mrd. DM für den Zahlungsverkehr bereitgestellt.[6]

Am Freitag, dem 18. Juni 1948, war es dann soweit: Die westlichen Alliierten verkündeten die ersten beiden Gesetze zur Neuordnung des Geldwesens, die am 21. Juni 1948 in Kraft traten. 763 Tage nach Einreichung des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes durch Gerhard Colm und Raimond Goldsmith an General Clay wurde die Deutsche Mark gesetzliches Zahlungsmittel in Westdeutschland.

6.8 Die Durchführung der Währungsreform

Das gesamte Werk der westdeutschen Währungsreform bestand aus einem Komplex von vier grundlegenden Gesetzen, die von den westlichen Militärregierungen erlas-

---

1 Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern v. 14.4.1948, Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 4, S. 456.

2 Murphy an Secretary of State v. 17.6.1948, NA, RG 59, 1945-1949, 740.00 110 Control Germany/6-17-48. Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 216.

3 Ebd., S. 217.

4 Gen. Clay an Gen. Draper v. 17.6.1948, Clay-Papers, Bd. 2, S. 686.

5 Tenenbaum Papers, HSTL, Manuskript "The German Mark", Kap. 13.

6 Ebd., Kap. 14.

sen wurden und durch zahlreiche Verordnungen und erweiternde Gesetze ergänzt wurden.[1]

Am Sonntag, dem 20. Juni 1948, trat zunächst das Emissionsgesetz,[2] das die Banknotenausgabe durch die Bank deutscher Länder regelte, und das Währungsgesetz[3] in Kraft. In §1 des Währungsgesetzes hieß es: "Mit Wirkung vom 21. Juni 1948 gilt die Deutsche-Mark-Währung", und in §2 weiter: "Sind in Gesetzen, Verordnungen, Verwaltungsakten oder rechtsgeschäftlichen Erklärungen die Rechnungseinheiten Reichsmark, Goldmark oder Rentenmark verwendet worden, so tritt, vorbehaltlich besonderer Vorschriften für bestimmte Fälle, an Stelle dieser Rechnungseinheit Deutsche Mark." "Vorbehaltlich besonderer Vorschriften" sah diese Generalklausel also ein Umstellungsverhältnis von 1:1 von Reichsmark in D-Mark vor. Betrachtet man die Währungsreform jedoch näher, bestand deren materieller Gehalt jedoch gerade aus jenen besonderen Vorschriften, der einerseits im Umstellungsgesetz vom 27. Juni 1948 und andererseits im Festkontogesetz vom 4. Oktober 1948 konkretisiert worden sind.

Am Sonntag, dem 20. Juni 1948, erhielten alle Haushaltsvorstände und Alleinstehende bei den Lebensmittelkartenausgabenstellen gegen Vorlage ihrer Kennkarte und der Lebensmittelkarte die ersten neuen DM-Scheine. Jeder Bewohner des Vereinigten Wirtschaftsgebietes bekam einen Kopfbetrag von nun - überraschenderweise - 60 DM im Umtausch gegen 60 RM eingetauscht. Ausbezahlt wurden an jenem Sonntag jedoch zunächst nur 40 DM; die restlichen 20 DM wurden für einen Monat später zugesagt, dann allerdings erst zwei Monate später ausgehändigt.

Aus praktischen Erwägungen heraus hatte man sich für das dichte Netz der Lebensmittelausgabestellen für die Abwicklung dieser Umtauschaktion nie dagewesenen Ausmaßes entschieden. Die Zweigstellen der Landeszentralbanken waren für eine solche Aktion nicht geeignet. So kontrollierten die Beamten der Landeszentralbanken lediglich die Banknotenausgabe vor Ort. Besaßen in dieser chaotischen Zeit viele Personen mehrere Ausweise, waren doch Doppelausgaben von Lebensmittelkarten selten. Bei der Währungsreform mußten die Westdeutschen beides vorlegen, was auch gute Gründe hatte: Mit dem Kopfgeld wurden gleichzeitig Formulare ausgegeben, auf denen das übrige Altgeld sowie die Bank- und Sparguthaben angemeldet werden mußten.[4]

Juristische Personen, Gewerbebetreibende und Angehörige freier Berufe erhielten einen ersten Geschäftsbetrag von 60 DM je lohnabhängigem Arbeitnehmer. Länder

---

1 Sauermann, Heinz, Währungsreformen, S. 459.

2 Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (VWG), 1948, Beilage Nr. 5, S. 11f.

3 Ebd., S. 1f.

4 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 122.

und Gemeinden bekamen eine DM-Erstausstattung in Höhe ihrer durchschnittlichen Monatseinkommen des letzten halben Jahres. Die Besatzungssoldaten der Westmächte erhielten 40 DM Kopfgeld, die Erstausstattung der Militärregierungen betrug 772 Mio. DM, und Reichsbahn und Reichspost erhielten 300 Mio. DM.[1]

Das erste Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens legte ein Moratorium für alle Reichsmarkverbindlichkeiten bis einschließlich dem 26. Juni 1948 auf. Bis zu diesem Samstag durften keinerlei Schulden zurückgezahlt werden, da das endgültige Umstellungsverhältnis von alter in neue Währung noch nicht bekannt gemacht wurde. Dies war ein weiterer strategischer Zug der westlichen Militärregierungen.

Diese Woche zwischen den Währungsgesetzen wurde zu einer Woche höchster Unsicherheit, da die Bevölkerung die Höhe des endgültigen Geldschnittes noch immer nicht kannte. Zielgruppe dieses Vorgehens waren die Schwarzmarkthändler, die dann auch tatsächlich am stärksten verunsichert wurden: Schätzungsweise 2,5 Mrd. Reichsmark wurden aus Furcht vor finanzbehördlichen Nachforschungen nicht abgeliefert, sondern vernichtet. Bis zum 26. Juni 1948 wurden insgesamt 13,5 Mrd. Reichsmark abgeliefert. Wie Hans Roeper vorrechnet, ergab sich unter Berücksichtigung der von den Landeszentralbanken und Geldinstituten deklarierten Notenbestände von 21 Mrd. Reichsmark und zuzüglich der aus Furcht nicht abgelieferten Gelder eine Summe von 37 Mrd. Reichsmark, die durch die Währungsreform aus dem Verkehr gezogen wurde.[2]

Das Umstellungsgesetz vom 27. Juni 1948[3] regelte in seinem Teil I die Umwandlung der Reichsmarkguthaben bei Geldinstituten. Zur Umwandlung der Altgeldguthaben war ein kompliziertes Verfahren notwendig. Zunächst waren sämtliche Altgeldguthaben auf dem im Konklave entworfenen Anmeldebogen A einzutragen, und es galt eine Abwicklungsbank zu bestimmen. Reichsmarkguthaben bei Geldinstituten sollten erlöschen, soweit sie Banken oder Gebietskörperschaften, von der Militärregierung aufgelösten Organisationen oder öffentlichen Unternehmen wie Bahn und Post angehörten, die ja gesondert mit DM ausgestattet wurden. Andere Reichsmarkguthaben wurden - unter Anrechnung der oben genannten 60-DM Kopf- und Geschäftsbeträge - im vom Colm-Dodge-Goldsmith-Plan geforderten Verhältnis von 10:1 in DM umgestellt. Hiervon wurde eine Hälfte auf einem Freikonto gutgeschrieben, worüber der Inhaber nach Überprüfung durch das Finanzamt verfügen konnte. Die andere Hälfte wurde zunächst auf einem Festkonto blockiert.[4]

---

1 Deutsche Mark-Eröffnungsbilanz zum 21. Juni 1948, in: Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder 1948/1949, Frankfurt/M. 1949, S. 80f.

2 Roeper, Hans, Geschichte der D-Mark, Frankfurt/M. 1968, S. 20.

3 Gesetzblatt der VWG, 1948, Beilage Nr. 5, S. 13ff.

4 Darüber hinaus führte das Umstellungsgesetz noch eine sogenannte "Schattenquote", d.h. ein nach Maßgabe der Militärregierungen den Altgeldbesitzern zu gewährender Anspruch von zusätzlich 1 D-Mark für 10 Reichsmark an. Aufgrund des Festkontogesetzes wurde die Schattenquote jedoch

Teil II des Umstellungsgesetzes bestraf schließlich die Schuldverhältnisse. Dort kam es zu einer Überraschung: Vermutlich auf französisches Drängen hin wurde die Reichsschuld nun doch *nicht* für nichtig erklärt.[1] Die Verbindlichkeiten des Reiches, der Reichsbahn, der Reichspost, der NSDAP sowie verschiedener anderer Schuldner wurden nicht umgestellt. Die Bedeutung dieser Handhabung wurde insofern relativiert, als daß diese Verbindlichkeiten von den Gläubigern vorläufig nicht mehr verwertet werden konnten. Erst das Allgemeine Kriegsfolgengesetz von 1957 bestimmte, daß Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen des Reiches, Preußens, der Bahn oder der Post zu 10 Prozent ihres Nennbetrages in Schuldbuchforderungen umzuwandeln, mit 4 Prozent zu verzinsen und nach und nach zu tilgen seien.[2]

Der Teil II des Umstellungsgesetzes bestimmte weiterhin, daß Reichsmarkverbindlichkeiten zwischen Geldinstituten erloschen und daß regelmäßig wiederkehrende Verbindlichkeiten wie Löhne, Gehälter, Mieten, Sozialversicherungsrenten und Beamtenpensionen dagegen im Verhältnis 1:1 umzuwandeln waren. Für alle anderen Verbindlichkeiten galt grundsätzlich ein Umstellungsverhältnis von 10:1.

Die endgültige Entscheidung über die tatsächliche Höhe des Geldschnittes fiel im Oktober 1948. Durch das Festkontogesetz vom 4. Oktober 1948[3] wurden schließlich 7/10 der auf den Festkonten liegenden Gelder für verfallen erklärt, 2/10 freigegeben und 1/10 auf einem Anlagekonto bis 1954 gutgeschrieben. Das Anlagekonto sollte bis zum 31. Dezember 1953 gesperrt und nur für bestimmte Investitionszwecke zugänglich sein.

Bei einer genaueren Analyse der westdeutschen Währungsreform von 1948 zeigt sich also, daß im Ergebnis größere Reichsmarkguthaben nicht, wie vorgesehen, im Verhältnis von 100:10, sondern im Verhältnis 100:6,5 in D-Mark umgestellt wurden. Dieses Umwandlungsverhältnis wurde in mancher Hinsicht kritisiert, nicht zuletzt wegen seiner rechnerisch schwierigen Handhabung.[4]

Der Komplex der Währungsreform bestand aus einer ganzen Reihe ergänzender gesetzlicher Regelungen:[5]

1. Das Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapi-

---

hinfällig (s.u.).

1 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 218.

2 BGBl., 1957, Bd. I, S. 1747ff. Dies sollte allerdings nicht gelten, soweit Banken, Versicherungen oder Bausparkassen deren Inhaber waren, welche durch die Zuteilung von neugeschaffenen Schuldtiteln der Öffentlichen Hand, sogenannte Ausgleichsforderungen, die zum Ausgleich der Passiva ihrer Bilanzen bestimmt waren, für ausreichend entschädigt angesehen wurden. Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 218.

3 Gesetzblatt der VWG, 1949, Beilage Nr. 1, S. 15f.

4 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 124.

5 Zusammengestellt nach Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 218f.

talneufestsetzung (DM-Bilanzgesetz) vom 21. August 1949.[1] Es verpflichtete die Unternehmen, für den 21. Juni 1948 eine DM-Eröffnungsbilanz aufzustellen.

2. Das Rentenaufbesserungsgesetz vom 11. Juni 1951[2] erhöhte die im Verhältnis 10:1 umgestellten Renten aus privaten Renten- und Pensionsversicherungen entsprechend einer im Gesetz festgelegten Staffel. Weitere Verbesserungen schlossen sich in den Folgejahren an.
3. Das Auslandsschuldenabkommen vom 27. Februar 1953[3] regelte die deutschen Vorkriegsverbindlichkeiten gegenüber Ausländern. Es wurde festgelegt, daß normale, auf Reichsmark lautende Forderungen von ausländischen Gläubigern in demselben Verhältnis auf D-Mark umzustellen seien wie gleichartige Forderungen von Inländern.
4. Das Altsparergesetz vom 14. Juli 1953[4] verwendete bereits Mittel aus dem Lastenausgleichsfond (s.u.) und gestand Spareinlagen, Bausparguthaben, Pfandbriefen, Kommunal- und gewissen Industrieobligationen sowie Zahlungsforderungen aus Lebensversicherungen eine Verbesserung des Umstellungsverhältnisses auf 10:2 zu, soweit die Berechtigten schon am 1. Januar 1940 Inhaber entsprechender Forderungen waren. Die so entstandenen Ansprüche wurden verbrieft, mit 4 Prozent verzinst und waren je nach Mitteleingang im Lastenausgleichsfond allmählich zur Tilgung vorgesehen.

Das Weglassen einer Lastenausgleichsregelung hatte bei Gerhard Colm in Washington regen Unmut ausgelöst. Am 26. Oktober 1948 schreibt der Währungsreformexperte an General Clay: "Ich habe mit größtem Interesse - soweit es mir von hier aus möglich war - die Währungsreform in Westdeutschland verfolgt. Ich habe den Eindruck, daß diese Operation mit größtem Geschick durchgeführt wurde und die von uns erhofften wirtschaftlichen Früchte bald tragen wird. Ich habe es bedauert, daß keine Lastenausgleichsregelung, etwa für Kleinsparer, getroffen wurde, doch bin ich froh, daß eine klare Direktive für eine solche erteilt worden ist."[5] Gerhard Colm bedankte sich bei General Clay, daß dieser sich nicht habe erweichen lassen.

In der Tat hatte es in der Präambel des Währungsgesetzes geheißen: "Den deutschen gesetzgebenden Stellen wird die Regelung des Lastenausgleichs als vordringliche, bis zum 31. Dezember 1948 zu lösende Aufgabe übertragen." Colm sah später auch ein, warum die Lastenausgleichsregelung aus der unmittelbaren Währungsreformgesetzgebung herausgenommen worden war: "Die Situation von 1948 war eben eine

---

1 Gesetzblatt der Verwaltung des VWG, 1949, S. 279ff.

2 BGBl., 1951, Bd. I, S. 379f.

3 BGBl., 1953, Bd. II, S. 333ff.

4 BGBl., 1953, Bd. I, S. 495ff.

5 G. Colm an Gen. Clay v. 26.10.1948, Colm Papers, LoC, Box 29 (Übers. d. Verf.).

andere als die von 1946. In der Zwischenzeit wurden Wahlen zu einer Regierung vorbereitet, und die Militärregierungen meinten, daß die möglicherweise größte Verantwortung in dieser ganzen Währungsreform der deutschen Regierung zufallen sollte, besonders in Hinsicht auf solche Maßnahmen, die über eine längeren Zeitpunkt hinweg anvisiert werden mußten."[1]

Als erste Maßnahme in dieser Richtung trat das Soforthilfegesetz[2] allerdings nicht mehr vor Jahresende 1948, sondern erst am 8. August 1949 in Kraft. Mit diesem Gesetz wurde den durch Vertreibung, Krieg und Währungsreform Geschädigten sowie den unter der Hitler-Diktatur politisch Verfolgten, soweit sie bedürftig waren, ein Rechtsanspruch auf Unterstützungszahlungen eingeräumt. Diese Leistungen wurden von einer allgemeinen Soforthilfeabgabe auf landwirtschaftliches, Grund- und Betriebsvermögen in Höhe von 3 Prozent jährlich, welche sich für Mietwohngrundstücke, Einfamilienhäuser natürlicher Personen sowie "kleine landwirtschaftliche Vermögen" auf 2 Prozent reduzierte. Dazu wurde eine einmalige Soforthilfesonderabgabe von 4 Prozent auf das normale Vorratsvermögen gewerblicher Betriebe am 20. Juni 1948 bzw. von 15 Prozent erhoben, wenn es sich um Horte, branchenfremde oder nichtgewerbliche Vorräte handelte. Bereits im September 1948 war das Hypothekensicherungsgesetz[3] erlassen worden, das Schuldnergewinne aus der Abwertung ihrer Hypotheken erfaßte. Ganz nach Colms und Goldsmiths Vorstellungen hatte der Schuldner also trotz der Umstellung der Hypotheken auf ein Zehntel weiterhin die vollen Zins- und Tilgungsleistungen zu erbringen, die zum größten Teil aber nun dem Lastenausgleich dienten.

Im Jahre 1952 wurde das in die Sozialgeschichte der Bundesrepublik eingegangene "Gesetz über den Lastenausgleich" verabschiedet.[4] Es sah - wenngleich in einer stark degressiv gestaffelten Quote - Entschädigungszahlungen entsprechend der Höhe der Vermögensverluste vor. Zur Errichtung des Lastenausgleichsfonds wurde neben der schon genannten Hypothekengewinnabgabe eine Kreditgewinnabgabe eingeführt, zu der gewerbliche Betriebe in Höhe der Saldos aus durch die Währungsreform verursachten Schuldnergewinnen und Gläubigerverlusten herangezogen wurden. Von weitaus größerer Bedeutung war die Durchsetzung einer allgemeinen Vermögensabgabe, der alle am Tag der Währungsreform vorhandenen Vermögen mit einer Belastungsquote von prinzipiell 50 Prozent unterlagen. Die Soforthilfeabgabe wurde da-

---

1 G. Colm an H. Sauermann v. 30.11.1954, ebd., Box 4 (Übers. d. Verf.).

2 Gesetzblatt der Verwaltung des VWG, 1949, S. 205ff.

3 Gesetzblatt zur Verwaltung des VWG, 1948, S. 87.

4 BGBl., 1952, Bd. I, S. 446ff. Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 220. Zum Lastenausgleich bes. Schillinger, Entscheidungsprozeß im Lastenausgleich, a.a.O; Käss, Friedrich, Lastenausgleich, in: HdSW, Bd. 6, 1959, S. 528ff.

bei angerechnet, und ebenso verminderten Kriegs- und Vertreibungsschäden von mehr als 30 Prozent die Abgabeschuld.

Sofort nach Verkündigung der Währungsreform in den Westzonen begann in Berlin, was Hans Möller als ein "Währungsreform-Duell" bezeichnet hat.[1] In einem Aufruf an die deutsche Bevölkerung drohte Marschall Sokolowsky am 19. Juni 1948 schwerste Strafen für einen Reichsmark- oder D-Mark-Transfer von West- nach Ost-Berlin an. Auf westliche Einladung hin trat am 22. Juni 1948 in Berlin das Finanzdirektorium der Alliierten Kommandatur zusammen, wo die USA die Einführung einer gesonderten Berlin-Währung unter Viermächtekontrolle vorschlugen. Noch am selben Tag stellte allerdings Marschall Sokolowsky General Clay eine Währungsreform unter Einschluß Gesamtberlins (Großberlins) in Aussicht.[2] Am 23. Juni wurden die entsprechenden Verordnungen bekanntgegeben. Daraufhin erklärten die Kommandanten der drei westlichen Sektoren Berlins die sowjetischen Befehle in ihrem Gebiet für null und nichtig, schlossen alle Banken und führten die D-Mark ein.

Die Einführung der neuen deutschen Währung in den Berliner Westsektoren war nicht geplant gewesen und wurde offensichtlich unter dem Druck der Verhältnisse improvisiert.[3] Im Konklave von Rothwesten hatten die Vertreter der Alliierten gegen den Rat der deutschen Sachverständigen auf eine Ausklammerung Berlins bei der Währungsreform bestanden. Auch von Gerhard Colm, der von OMGUS zur Beratung in der Berlin-Frage herangezogen worden war, war in diese Richtung kein Vorstoß unternommen worden.[4] Die in West-Berlin ausgegebenen Scheine wurden denn auch mit einem sogenannten "B-Stempel" deutlich von den Zahlungsmitteln im Westen unterschieden.[5] In den westlichen Besatzungszonen erhielt diese "Bären"-Mark einen Zwangskurs und mußte anstelle der ungestempelten Noten im Verhältnis 1:1 angenommen werden. In West-Berlin galt bis 1949 sowohl die DM-West als auch die DM-Ost. Danach machten die westlichen Besatzungsmächte die D-Mark zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in ihren Sektoren.[6]

Am Donnerstag, dem 24. Juni 1948, stoppte die Sowjetunion den gesamten Verkehr zwischen dem Westen und Berlin: Die Berliner Blockade begann und mit ihr ein erster großer Meilenstein des aufziehenden Kalten Krieges.

Die westdeutsche Währungsreform von 1948 kann nicht isoliert ohne die gleichzeitig einsetzende Bewirtschaftungsaufhebung betrachtet werden. Schon Gerhard Colm

---

1 Möller, Hans, Währungsreform, S. 451.

2 Marsch. Sokolowsky an Gen. Clay v. 22.6.1948, NA, RG 260, Box 36.

3 Wandel, Eckhard, Bank deutscher Länder, S. 125.

4 Memorandum G. Colms an Gen. Draper v. 9.2.1948, Colm Papers, LoC, Box 29.

5 Gen. Clay hielt diese Unterscheidungsmöglichkeit für außerordentlich notwendig und ordnete sie selbst an. FRUS, 1948, Bd. 2, S. 912.

6 Wolff, Michael W., Währungsreform, passim.

und Raimond Goldsmith hatten in ihrem Colm-Dodge-Goldsmith-Report für die Währungsreform begleitende wirtschaftspolitische Maßnahmen gefordert, die einen Erfolg einer Währungsumstellung erst sicherstellen könnten.

In der "Sonderstelle Geld und Kredit" war man sich seit November 1947 mehrheitlich über die Wünschbarkeit einer raschen Befreiung der Wirtschaft von Preiskontrollen und Mengenrationierung nach einer Währungsreform einig gewesen.[1] "Die Währungsreform ist nur sinnvoll", schrieb außerdem der Wissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in seinem ersten Gutachten vom April 1948, "wenn eine grundlegende Änderung der bisherigen Wirtschaftslenkung mit ihr verbunden wird. ... Die Steuerung durch den Preis dient dazu, das Sozialprodukt zu steigern. Dies ist die wichtigste sozialpolitische Aufgabe des Augenblicks."[2]

Über das Ausmaß der anzustrebenden Auflösung von Bewirtschaftung und Preiskontrollen war man sich im Beirat allerdings nicht einig. Von den großen Parteien war vor allem die CDU für eine weitestgehende Befreiung der Märkte, die SPD eher für selektivere Maßnahmen. Die SPD sprach sich zwar auch gegen eine Zwangswirtschaft aus, machte jedoch einen Unterschied zwischen Zwangs- und Planwirtschaft. Sie stellte sich auf den Standpunkt, "daß die Wirtschaft nur in Gang gesetzt werden könnte durch eine systematische Planung und durch eine ebenso systematische Lenkung aller notwendigen Bedarfsgüter in Deutschland."[3]

Aber letztlich setzte sich Ludwig Erhard mit seinen Vorstellungen gegen alle Widerstände durch. Am 18. Juni 1948 wurde für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet das "Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform" vom Wirtschaftsrat verabschiedet.[4] Nahezu lapidar hieß es in der Begründung des Gesetzes: "Aus dem Zusammenbruch der Kriegswirtschaft hat sich ein Zustand ergeben, der die wirtschaftlichen Energien lähmt, sie in eine dem Gemeinwohl schädliche Richtung gelenkt und zu großen sozialen Ungerechtigkeiten geführt hat. Die Geldreform soll diese unheilvolle Entwicklung überwinden helfen, indem sie die natürliche Beziehung zwischen Leistung und Gegenleistung wiederherstellt, damit den Bezieher von Arbeitseinkommen zum bevorzugten Käufer macht und so die Voraussetzungen für eine Steigerung der Arbeitsleistung und der Produktion schafft." Und dann heißt es: "Der Freigabe aus der Bewirtschaftung ist vor ihrer Beibehaltung der Vorzug zu geben", sowie "der Freigabe der Preise ist vor der behördlichen Festsetzung der Vorzug zu geben".

---

1 Protokoll der Sitzung der "Sonderstelle Geld und Kredit" v. 12.11.1947, Handakten Möller (ED 150), IfZ.

2 Zit. n. Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 220f.

3 Zit. n. ebd.

4 Gesetz- und Verordnungblatt des Wirtschaftsrates des VWG, 1948, S. 59f.

Am 25. Juni 1948 erließ der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft - ohne vorherige Genehmigung des Bipartite Boards - aufgrund der im Leitsätzegesetz enthaltenen Ermächtigung die Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung, wodurch die Preise einiger landwirtschaftlicher Produkte sowie fast aller gewerblich hergestellten Fertigwaren freigegeben wurden.[1] Da mit dem "Bewirtschaftungsnotgesetzes" vom Oktober 1947 der größte Teil der Bewirtschaftungsvorschriften zum 30. Juni ohnehin außer Kraft trat,[2] war Anfang Juli 1948 die Marktwirtschaft in weiten Bereichen der bizonalen Wirtschaft wiederhergestellt worden.[3]

"Das war die 'Soziale Marktwirtschaft' in der Nußschale und im *Erhardschen* Stile!", resümierte Karl Schiller.[4] Freilich erfolgten die einzelnen Freigaben nicht ganz so schlagartig. Die Grundnahrungsmittel, Agrarprodukte und meisten Rohstoffe blieben zunächst noch unter Bewirtschaftung und Preisbindung. Für manche Konsumgüter wurde erstmals die Preisbindung, nicht aber die Bewirtschaftung aufgehoben. Doch eine "Schneise auf dem Weg in die Marktwirtschaft"[5] war geschlagen.

In der französischen Besatzungszone wurde im Gegensatz zur Bizone die Reform der Bewirtschaftung und Preiskontrolle nur zögerlich in Angriff genommen. Eine erste Preisfreigabeverordnung von wesentlich geringerem Gewicht als die im Vereinigten Wirtschaftsgebiet trat in Württemberg-Hohenzollern, in Baden und der Rheinland-Pfalz erst zwischen August 1948 und März 1949 in Kraft. Manche Bewirtschaftungsbestimmungen wurden etwas früher gelockert. "Ohne den Abbau der strikten Preiskontrolle änderte sich jedoch nur wenig an der Verzerrung der relativen Preise, an dem zu niedrigen Preisniveau insgesamt und damit auch an der Übernachfrage und der Tendenz zur Engpaßökonomie, wie sie in der französischen Zone offenbar in viel höherem Ausmaß erhalten blieb als im Vereinigten Wirtschaftsgebiet."[6]

---

1 Ebd., S. 61ff. Das Leitsätzegesetz wurde erst am 30. Juni durch den Bipartite Board genehmigt, OMGUS, Monthly Report of the Military Governor, June 1948, S. 34f.

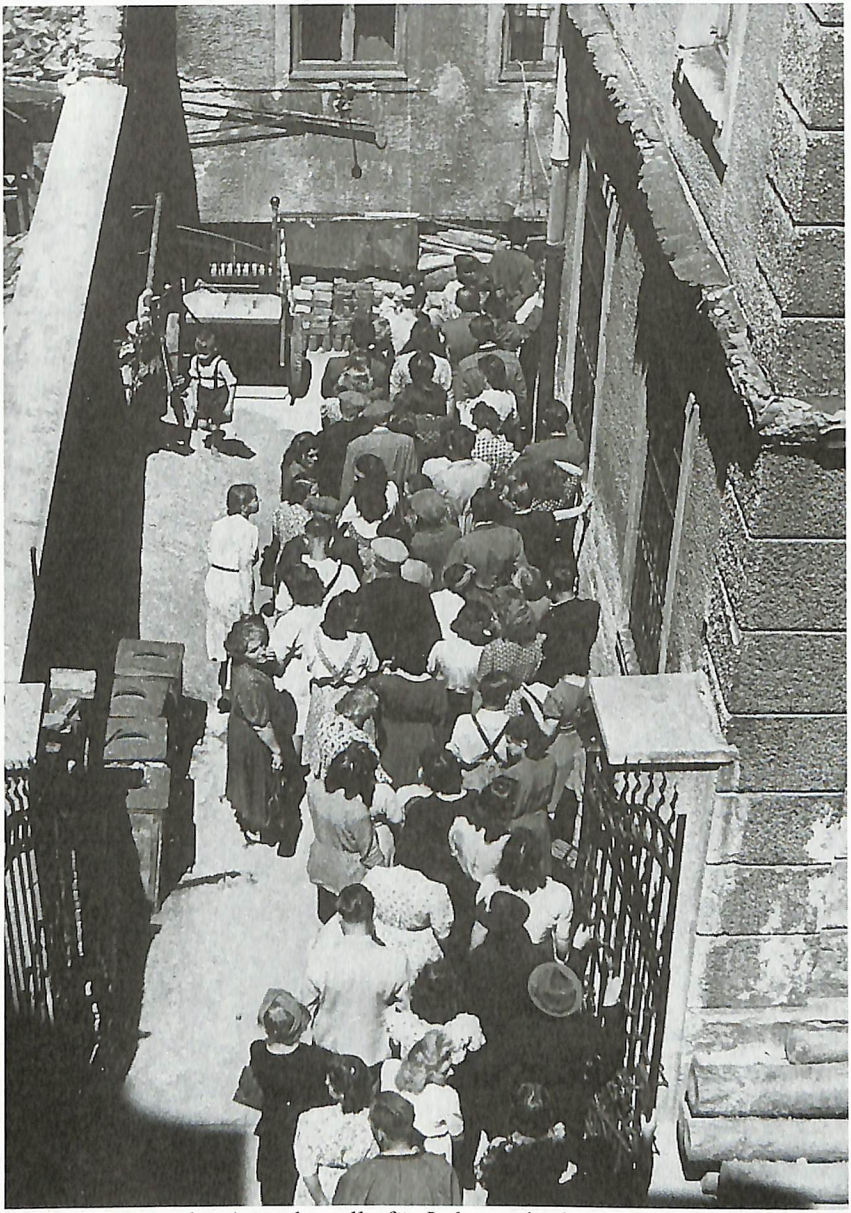
2 Gesetz- und Verordnungblatt des Wirtschaftsrates des VWG, 1948, S. 3ff.; Klump, Rainer, 40 Jahre Deutsche Mark, Stuttgart 1989, passim.

3 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 221.

4 Schiller, Karl, Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Währungsreform, in: Hampe, Peter (Hrsg.), Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft, München 1989 (Akademiebeiträge zur Politischen Bildung, Bd. 23), S. 79.

5 Ebd.

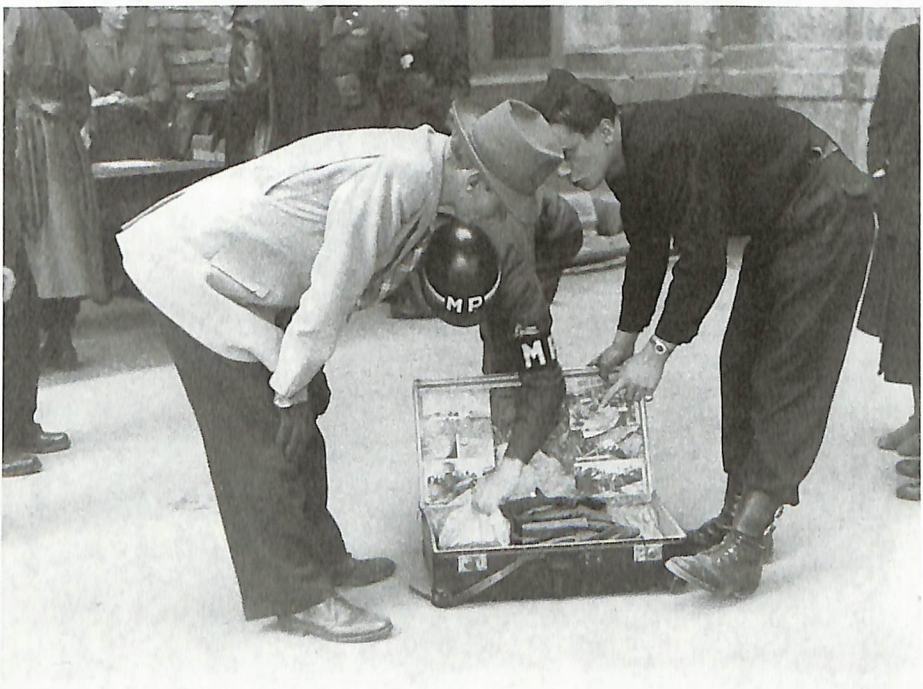
6 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 222.



Warteschlange vor der Ausgabestelle für Lebensmittelmarken, München Juli 1946,
in: Haus der bayerischen Geschichte, Bayern nach dem Krieg. Photographien 1945-1950, Augsburg 1995, S. 103.

Schwarzmarkt. Wenn das Geld keinen Wert mehr hat, kehren die Menschen – wie in grauer Vorzeit – zum Tausch zurück,

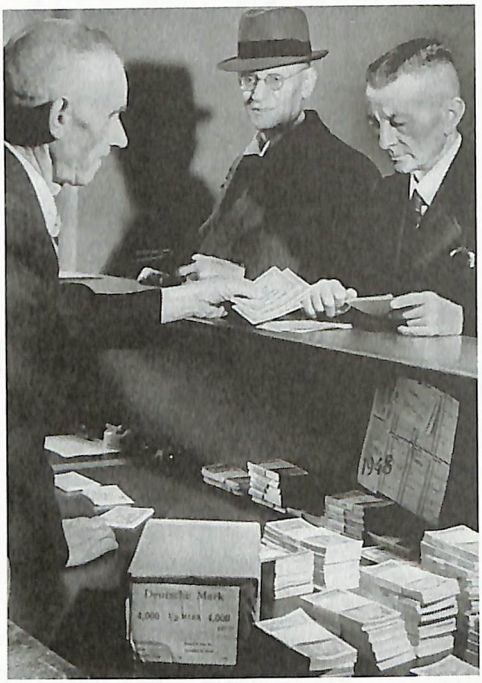
in: Unser Geld, Ein dokumentarisches Bildwerk über das Geld, 2. Aufl., Wiesbaden-Hannover 1958.



Razzia gegen den Schwarzmarkt am Münchner Hauptbahnhof am 17. Mai 1947
(Haus der Bayerischen Geschichte. Signatur bp-1310).

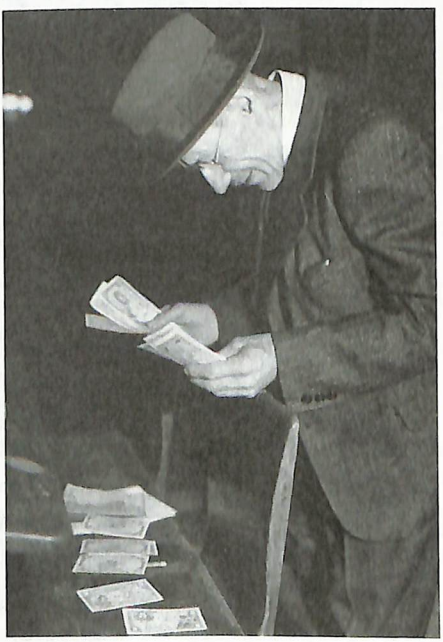
Hungerdemonstration der Münchner Studenten in der Innenstadt, 17. Juni 1948,
in: Haus der Bayerischen Geschichte, Bayern nach dem Krieg, S. 293.

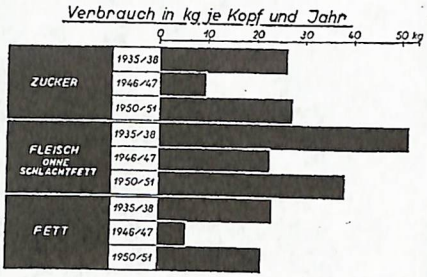
Währungsreform 1948: Zeitungsschlagzeilen (Bilderdienst Nürnberger Nachrichten).



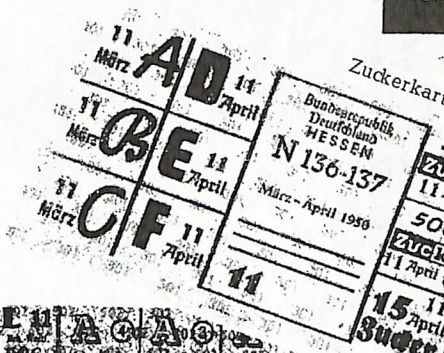
Am 21. Juni 1948 wurden die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark aus dem Verkehr gezogen.

Ein neuer Anfang für alle:
Jeder Bewohner in den drei Westzonen erhielt ein ‚Kopfgeld' von 60 neuen Deutschen Mark, von denen 40 DM sofort ausgehändigt wurden, in: Unser Geld.



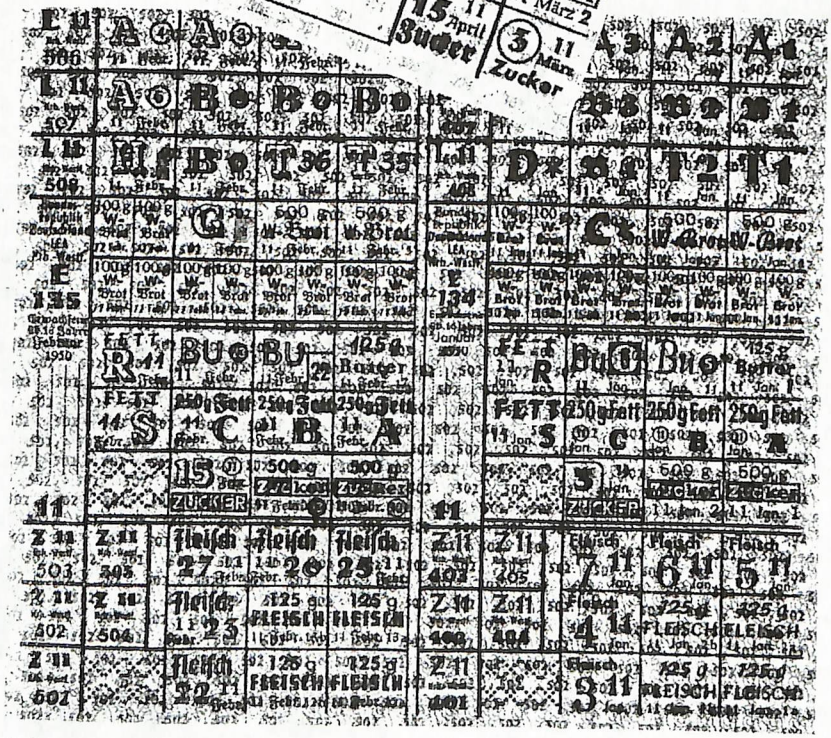


Das Ende der Zwangswirtschaft



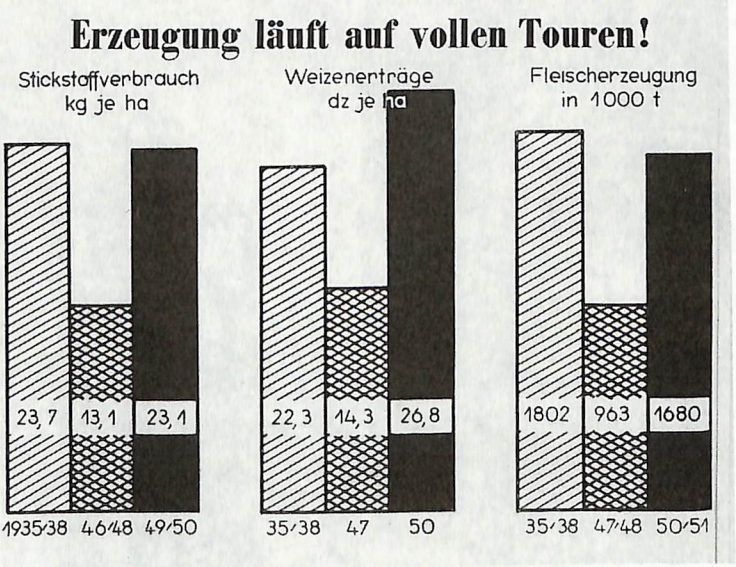
Zuckerkarte März/April 1950

Die letzten Karten



Lebensmittelkarte Dezember 1949

Schlepperbestand in der Landwirtschaft. Ende 1949: 103 000 Stück, Ende 1950: 140 000 Stück



Erste Bilanz der Währungsreform

Ein Jahr nach der Währungsreform: Erste Bilanz, in: „Industriekurier" vom 22. Juni 1949

„Rückschauend kann man feststellen, daß die Geldumstellung erst die Voraussetzungen geschaffen hat, der westdeutschen Wirtschaft die Initialzündung zu geben, die es möglich machte, sie rein wirtschaftlich auf das Niveau der anderen westeuropäischen Staaten zu stellen. Wir verfügen z.Z. über eine stabile Währung, die, wenn auch noch ohne Auslandsmarkt, so doch bereits begehrt und gesucht ist"

(Nahrendorf, Rainer / Schäfer, Waldemar (Hrsg.), Wegmarkierungen. 50 Jahre Wirtschaftsgeschichte im Handelsblatt, Stuttgart 1996, S. 29.). - Foto entnommen aus Priebe, Hermann, Wer wird die Scheunen füllen?, Düsseldorf 1955.

Auslage im Feinkostgeschäft Hahn, München, Februar 1949,
in: Haus der Bayerischen Geschichte, Bayern nach dem Krieg, S. 271.

Stand mit Obst, Gemüse und Kartoffeln, München Februar 1949,
in: Haus der Bayerischen Geschichte, Bayern nach dem Krieg, S. 249.

6.9 Die Bedeutung der Währungsreform in den Westzonen und Vergleich mit der Binnenwährungsreform in der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands

763 Tage nach Überreichen des Colm-Dodge-Goldsmith-Planes durch Gerhard Colm und Raimond Goldsmith an General Clay war die westdeutsche Währungsreform, die auf den Grundzügen dieses Planes beruhte, realisiert worden. Colm betrachtete sie immer als "sein Kind", was sich in den Inhalten des regen Briefverkehrs, den er bis zu seinem Tode mit beteiligten Experten in Deutschland unterhielt, widerspiegelt.[1] Goldsmith äußerte sich später: "Alles in allem bin ich stolz auf den Plan. Ich glaube, auch nach zwanzig Jahren noch sagen zu können, daß ich hier auf der höchsten politischen Ebene meines Lebens habe arbeiten dürfen."[2] Die beiden Nationalökonomen drängten denn auch früh auf eine Veröffentlichung des Colm-Dodge-Goldsmith-Reports, besonders weil es Colm ärgerte, daß die Sowjets nun plötzlich seinen Namen in ihrer Propaganda gegen die westalliierte Währungsreform benutzen.[3] Die Amerikaner, so der Vorwurf der Sowjets, hätten unter der Federführung Colms seit Herbst 1945 von vornherein an einer separaten Währungsreform gearbeitet. Alles andere sei nur Zeitgewinn gewesen. Colm drängte, den Report nun vollständig zu veröffentlichen: "Die Veröffentlichung des Plans könnte auch aus anderen Gründen nützlich sein. Teile des Reports, einige zutreffend, andere nicht, einige autorisiert, andere unautorisiert, sind schon in der Presse veröffentlicht worden. So könnte endlich Klarheit geschaffen werden."[4] Erst nach acht Jahren wurde der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan deklassifiziert, und Heinz Sauermann konnte schließlich 1955 das Projekt in der *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* publizieren.[5]

Welche Bedeutung ist der westdeutschen Währungsreform von 1948 zuzumessen? Was verdankt die bundesdeutsche Bevölkerung den Planungen der "Väter der D-Mark" - Gerhard Colm, Raimond Goldsmith, Joseph Dodge, Edward Tenenbaum und all der anderen, die an der Entstehung der Währungsreform beteiligt waren? War sie der Start ins *Deutsche Wirtschaftswunder*? Lange war die Bedeutung der Währungsreform unangefochten. Erst Jahre nach Gerhard Colms Tod begann eine lebhafte, kontroverse Debatte darüber.

Die im Zuge der Währungsreform abgelieferte Bargeldmenge belief sich auf 13,5 Mrd. RM. Beim Umtausch für die Kopfbeträge wurde von den verschleppten Perso-

---

1 Colm Papers, LoC.

2 Goldsmith-Interview, HSTL (Übers. d. Verf.).

3 G. Colm und R. Goldsmith an Gen. Draper v. 15.7.1948, Colm Papers, LoC, Box 29.

4 Ebd.

5 Sauermann, Heinz: Währungsreform, S. 204ff.

nen 1 Mrd. RM abgeliefert. Bei den Geldinstituten gingen von natürlichen Personen, Personenvereinigungen und Sozialversicherungen 1,3 Mrd. und von öffentlichen Stellen 1 Mrd. RM ein. Das bei der Geldumstellung angemeldete Giralgeld betrug rd. 110 Mrd. RM, wovon 73 Mrd. auf von natürlichen Personen angemeldete Bankguthaben und 37 Mrd. auf angemeldete Guthaben von juristischen Personen, Personengruppen und Sozialversicherungsträgern entfielen. Ende Juni 1948 betrug der Neugeldbetrag insgesamt 4,4 Mrd. DM. Nach Auszahlung der Kopfquote im September stieg das aus der Erstausstattung hervorgegangene Neugeldvolumen auf 6,7 Mrd. RM an. Bis Ende 1949 wurde die Kontenumwandlung weitgehend abgeschlossen. Insgesamt waren bis dahin auf Freikonto 6,2 Mrd. und auf Festkonto 0,35 Mrd. DM entstanden - das gesamte durch die Währungsreform von Juni 1948 neu geschaffene Geldvolumen betrug somit rd. 13 Mrd. DM.[1]

"Die Währungsreform bewirkte, daß Geld und reguläres Geldverdienen wieder zählten." Mit diesem lapidaren, aber doch zutreffenden Satz leitet Christoph Buchheim seine Beurteilung der westdeutschen Währungsreform von 1948 ein.[2]

Durch den Geldschnitt waren auf der einen Seite die Ersparnisse und Geldhorte zusammengestrichen, auf der anderen Seite war die Möglichkeit, über Schwarzhandel an Geld zu gelangen, stark eingeschränkt worden. Meinungsumfragen gehörten in der amerikanischen Besatzungszone schon damals zu bevorzugten Instrumenten der Ermittlung eines Bildes der jeweiligen Lage. Noch im April 1948 hatten 54 Prozent der Befragten die Ernährung und 40 Prozent Kleidung sowie Schuhe als zu ihren Hauptsorgen gehörig genannt. Nur 12 Prozent der Bevölkerung hatten angegeben, daß sie nicht ausreichend finanzielle Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts aufbringen könnten. Zwei Monate nach der Währungsreform hatte sich dieses Verhältnis vollständig umgedreht: 59 Prozent der Bevölkerung bezeichneten nun Geldsorgen als ihr Hauptproblem.[3] Das beweist, daß Geld wieder knapp und begehrbar geworden war und man wieder so ziemlich alles haben konnte, wenn man nur Geld hatte. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit stieg zwischen Juni 1948 und März 1949 in der französischen Zone um 17 und im Vereinigten Wirtschaftsgebiet um 10 Prozent, wo sich im übrigen nach Schätzungen die Produktionsleistung je Beschäftigten im selben Zeitraum um gut 30 Prozent verbesserte.[4] Dabei wirkte sich unterstützend aus, daß sich in allen drei Westzonen die Ernährungslage ab Juli 1948 spürbar verbesserte. Die Rationen nahmen aufgrund höherer Hilfslieferungen aus dem Ausland, einer wesentlich verbesserten Ernte sowie geringerer Entnahmen durch die Besatzungsmächte beträchtlich zu. Dazu waren die Kräfte des Marktes aufgrund der

---

1 Ders., Währungsreformen, S. 462.

2 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 222.

3 OMGUS Information Control Division, Opinion Surveys, Report No. 139, zit. nach ebd., S. 222f.

4 Ebd., S. 223.

Aufhebung der Bewirtschaftung und Preisbindung freigesetzt worden. Viele höherwertige Lebensmittel wie Obst und Gemüse waren in der Bizone jetzt wieder auf den Märkten frei verfügbar.[1] Die Schwarzmarktpreise der weiterhin bewirtschafteten Grundnahrungsmittel fielen enorm: Roggenbrot kostete in Hamburg am 15. August 1948 noch 1,15 DM das Kilo, was noch dem 2,8fachen des legalen Preises entsprach und einen Zukauf zur Not erträglich erscheinen ließ: Im Mai 1948 hatte der Preis noch 9,50 RM (bei einem Facharbeiterlohn von 10 RM pro Stunde) betragen.[2] Diese Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung war sicherlich zu einem großen Teil auf die Währungsreform und die damit verbundene Bewirtschaftungsfreigabe zurückzuführen. Darüber hinaus machten die allmähliche Beseitigung der Mangelernährung und die wiederentstandene Attraktivität des Geldlohnes als solcher den nicht exakt quantifizierbaren Teil des Produktionsanstiegs je Beschäftigtenstunde erklärbar.

Die von einigen Experten befürchtete Rezession blieb aus. Nur ganz kurzfristig kam es zu einigen Auftragsstornierungen, ein Trend, der sich sehr bald umkehrte.[3] Mehr Sorgen bereiteten Erhards Wirtschaftsrat die Zunahme der offiziell gemeldeten Arbeitslosigkeit, was jedoch durch ein gleichzeitig zu verzeichnendes leichtes Ansteigen der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung zwischen Juni und Dezember 1948 relativiert wurde.[4] Sicherlich hatten sich auch eine Reihe von Personen ohne Erwerbstätigkeit vor der Währungsreform nicht arbeitslos gemeldet, wohl aber danach.

In Westdeutschland war im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern, deren Produktionen 1948 das Vorkriegsniveau schon wieder überschritten hatten, ein nur sehr langsamer Wiederaufstieg zu verzeichnen gewesen. Ein Blick auf die amtliche Statistik der industriellen Produktion schien nun in der Tat die Währungsreform als den Zeitpunkt auszuweisen, an dem das wirtschaftliche Schicksal der künftigen Bundesrepublik umschlug. Das folgende machen die von Albrecht Ritschl zusammengestellten Zahlen in der nachstehenden Tabelle deutlich.[5]

Im ersten Quartal 1948 betrug die industrielle Produktion sowohl im Vereinigten Wirtschaftsgebiet als auch in der französischen Besatzungszone erst etwa die Hälfte ihres Standes von 1936. Mit der Währungsreform setzte ein Aufschwung ein. Im vierten Quartal 1948 waren in der Bizone bereits drei Viertel und in der französi-

---

1 Ebd.

2 Mendershausen, Horst, Prices, Money and the Distribution of Goods in Postwar Germany, in: American Economic Review 39, 1949, S. 666. Diese Studie ist im übrigen eine interessante Quelle der Wirtschaftslage jener Zeit.

3 F.H. Klopstock, Monetary Reform in Western Germany, in: Journal of Political Economy 57, 1949, S. 286.

4 Monatsberichte der Bank deutscher Länder, März 1949, S. 65.

5 Ritschl, Albrecht, Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie, in: VfZ 33, 1985, S. 162f.

schen Zone zwei Drittel des Standes von 1936 erreicht. Eineinhalb Jahre nach der Währungsreform, im vierten Quartal 1949, erreichte die Industrieproduktion Westdeutschlands erneut das Niveau des Jahres 1936.

Indizes der industriellen Produktion (ab 1948 arbeitstägliche Produktion) nach der amtlichen Statistik (1936 = 100)

		Bizone	Französische Zone	Westdeutschland
1947	1.Quartal	33	36	
	2.Quartal	38	41	
	3.Quartal	42	44	
	4.Quartal	45	45	
1948	1.Quartal	49	48	
	2.Quartal	52	49	
	3.Quartal	63	58	
	4.Quartal	75	66	
1949	1.Quartal	84	73	83
	2.Quartal	88	83	87
	3.Quartal	90		
	4.Quartal	100		

Das von Kornai beschriebene System der vegetativen Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit wurde praktisch über Nacht durch eine neue Wachstumsdynamik ersetzt. Insbesondere in der Bizone sorgten wieder über den Preis gesteuerte Märkte für das Verschwinden des Kompensationssystems. Die Hemmungen des Güterflusses wurden beseitigt, die Immobilität zahlreicher Lagerbestände aufgehoben.[1] Darüber hinaus trug die erhebliche Erhöhung der Rohstoffimporte durch die Joint Export and Import Agency zur Verflüssigung von Produktion und Lagern bei. Seit Beginn des Jahres 1948 hatte die JEIA damit begonnen, große bis dahin thesaurierte Mittel aus bizonalen Exporterlösen für Einfuhren zu verwenden.[2] Wie Buchheim feststellt, wären diese Rohstoffe ohne die Währungs- und Bewirtschaftungsfreigabe vermutlich in relativ großem Umfang wieder versickert und hätten lediglich zu Lagerbestandserweiterungen anstatt zu gesteigerter Produktion beigetragen.[3] Nach Ritschl erhöhte sich der Index der arbeitstäglichen Industrieproduktion in der Bizone im zweiten Quartal 1948 im Vergleich zum ersten Vierteljahr nur um knapp drei Prozentpunkte, obwohl die Rohstoffimporte praktisch seit Ende April bedeutend gestie-

---

1 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 222. So läßt sich aus der Statistik des Güterversands auf den Eisenbahnen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets ersehen, daß die transportierte Menge im Juli 1948 gegenüber dem Durchschnitt der Monate Januar bis Mai einen Sprung von einem Viertel aufwies und sich in den folgenden Monaten auf dieser Höhe hielt.

2 Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Januar 1949, S. 8.

3 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 223.

gen waren. Im auf die Währungsreform folgenden Quartal wuchs die industrielle Produktion dann um mehr als 10 Prozentpunkte, im letzten Quartal 1948 noch einmal um 12 und in den ersten drei Monaten des Jahres 1949 um immerhin noch einmal 9 Prozentpunkte.[1]

Mehrfach ist bereits auf einen Unterschied zwischen der Entwicklung in der Bizone und in der französischen Besatzungszone hingedeutet worden. Dort entwickelte sich die Industrieproduktion im Vergleich zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet etwas anders. Obwohl die Arbeiterproduktivität auch in der französischen Besatzungszone nach der Währungsreform zunahm und ebenfalls die Rohstoffimporte noch im Jahre 1948 beträchtlich stiegen,[2] nahm die industrielle Produktion hier im Quartal nach der Währungsreform lediglich um 8 Indexpunkte zu, ebenso im folgenden Quartal. Im Dezember 1948 erreichte die Schere des Unterschieds zwischen der Produktionshöhe zwischen Bizone und französischer Besatzungszone zugunsten ersterer 12 Indexpunkte, wobei sie im Juni 1948 nur zwei betragen hatte.[3] "Es liegt nun nahe, diesen Unterschied zurückzuführen auf die Tatsache, daß in der französischen Zone im Gegensatz zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet eine Bewirtschaftungs- und Preisreform größeren Ausmaßes zunächst nicht vorgenommen worden ist. Damit blieb, wie gesagt, aber auch die produktionshemmende Engpaßökonomie in der französischen Zone in gewissem Umfang bestehen."[4] Schwierig wirkte sich zusätzlich die weitgehend durchgeführte Bewirtschaftungsfreigabe in der Bizone auf die Wirtschaft in der französischen Besatzungszone aus, da plötzlich ein beträchtlicher Teil der Geldmittel in das nichtbewirtschaftete Wirtschaftsgebiet abfloß und dort zum Ankauf benötigter Waren verwendet wurde. Umgekehrt erschwerte die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung den Verkauf von Waren aus dem französischen Besatzungsgebiet. Die ohnehin knappe Liquidität der Betriebe verstärkte sich, und aufgrund des schlechten Absatzes erhöhten sich zwangsläufig tendenziell die Lagerbestände.[5] "Man hat in Abschätzung der Wirkung einer Einführung der Marktwirtschaft eine Art Kontrollversuch unternommen," schrieb Wilhelm Röpke im Oktober 1948, "indem man in der französischen Zone die Währungsreform ohne wesentliche Ergänzung durch die Aufhebung des Preiskommandos durchgeführt hat. Die Wirkung ist derart gewesen, daß die französische Zone mehr und mehr gezwungen wird, mit oder ohne Gesetzesänderung den von der Bizone beschrittenen Weg zu gehen."[6] So

---

1 Ritschl, Albrecht, Währungsreform, S. 164.

2 Manz, Mathias, Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945-1948, Ostfildern 1985, S. 68.

3 Ritschl, Albrecht, Währungsreform, S. 164.

4 Buchheim, Christoph, Währungsreform, S. 226.

5 Ebd., S. 227.

6 Wilhelm Röpke in dem Artikel "Deutschlands Weg zur Marktwirtschaft" in der "Neuen Züricher Zeitung" v. 23.10.1948, zit. nach ebd.

ist es dann auch im Laufe des Jahres 1949 durch entsprechende Gesetzesänderungen geschehen.

Der Durchbruch der westdeutschen Wirtschaft zu eindrucksvoller Dynamik ("Wirtschaftswunder") basiert auf der Beseitigung der zurückgestauten Inflation durch die Währungsreform und auf der Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Der Kölner Finanzwissenschaftler Günter Schmölders bemerkt dazu: "Daß die Währungsreform gelang und die neue DM-Währung das Vertrauen der Bevölkerung gewann, war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Geschäftswelt bereit war, ihre lange Zeit hindurch zurückgehaltenen Warenvorräte gegen das neue Zahlungsmittel abzugeben und damit dem Wirtschaftsleben neue Impulse zu geben."[1] Otto Pfleiderer resümiert: "Die mit der Währungsreform angestrebte Sanierung des durch Kriegsfinanzierung und preisgestoppte Inflation zerrütteten westdeutschen Geld- und Wirtschaftsgefüges kann im ganzen gesehen als über Erwarten gelungen bezeichnet werden. ... Wenn auch der Währungsschnitt vielfach als ein herber Eingriff empfunden wurde, so war es doch unerläßlich, da nur auf diese Weise der Geldüberhang beseitigt, die wirtschaftliche Stagnation überwunden und die Wirtschaft in den Stand gesetzt werden konnte, sich nach den Grundsätzen einer freien Marktwirtschaft neu zu entfalten. Die bei der Durchführung einer solchen Operation naturgemäß auftretenden Härten, von denen manche Wirtschaftssubjekte mehr, andere weniger stark betroffen wurden, konnten, soweit sie nicht dem Gesetzgeber Anlaß zum Eingreifen gaben, durch den alsbald einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung und die damit verbundene Steigerung des Sozialprodukts weitgehend ausgeglichen oder doch wesentlich gemildert werden."[2]

Über die ökonomischen Auswirkungen urteilt der Sachkenner Heinz Sauermann: "Der *Nachholbedarf* ließ die ohnehin knappe Erstausstattung unverzüglich auf dem Markt wirksam werden. Damit trat gewissermaßen ein sofortiger Kaufstoß ein, der auf ein überraschend großes Angebot traf. Die Läger wurden jedoch schnell geräumt. Trotzdem blieb die Preissituation zunächst erhalten, und das Vertrauen in das neue Geld wurde gestärkt. Ganz besonders günstig jedoch erwies sich der sofortige Übergang zur freien Marktwirtschaft. Bewirtschaftung und Preisbildung wurden für zahlreiche Güter bereits am 24.6.1948 durch Gesetz aufgehoben. ... Von allen Währungsreformen nach dem zweiten Weltkrieg ist diejenige in Westdeutschland die umfassendste und konsequenteste gewesen. Daß sie eine derart bemerkenswerte Stellung unter den europäischen Reformen einnimmt, ist darauf zurückzuführen, daß sie als Akt der Militärregierung angeordnet und durchgeführt wurde."[3]

---

1 Schmölders, Günter, Währungsreform, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Bd. IV, Stuttgart 1962, Sp. 6133.

2 Pfleiderer, Otto, Währungsreform , S. 1647.

3 Sauermann, Heinz, Währungsreformen, S. 462f., 465.

Im Vorwort zu seinem Buch "Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs" (1955) bemerkt Henry Christopher Wallich[1]: "Der deutsche Wiederaufbau ist eine der erstaunlichsten wirtschaftlichen Leistungen der Nachkriegszeit. ... Ich habe mich bemüht, den Wiederaufbau nicht als eine Wiederherstellung, sondern auch als einen Wachstumsprozeß darzustellen. ... *Deutschland stellt bis zu einem gewissen Grade einen Modellfall einer bereits hochentwickelten Wirtschaft dar, die sich rapide weiterentwickelt.*"[2] Bei dem dynamischen Wachstumsprozeß kam der Währungs- und Wirtschaftsreform eine Schlüsselrolle zu: "Eines steht jedenfalls fest, die deutsche Währungsreform war ein gewaltiger Erfolg. Keine andere finanzielle Transaktion in der deutschen Geschichte hatte eine solche sofort einsetzende und zugleich tiefgreifende Wirkung; Beobachter aller Parteirichtungen stimmen darin überein, daß sie den deutschen Alltag binnen vierundzwanzig Stunden völlig umwandelte. Am 21. Juni 1948 erschienen die Waren wieder in den Läden, das Geld nahm seine normalen Funktionen auf, schwarze und graue Märkte schrumpften, Verproviantierungsreisen in die Landgebiete hörten auf, die Produktivität der Arbeit nahm zu und die Produktionskurve ging steil in die Höhe. Über Nacht änderte sich die Haltung im Lande. Graue, hungrige, ausgemergelte Menschen, die in dauernder Nahrungssuche umhergeschlichen waren, bekamen wieder Leben, als sie mit ihren 40 DM zum ersten Mal wieder einkaufen gingen. Daß dieses optimistische Bild auch dunkle Flekken aufwies, werden wir später zu zeigen haben. Das Wesentliche war jedoch die unbestreitbare Tatsache, daß die Wirtschaft wieder in Gang kam."[3]

Der Deutschland-Bericht der Internationalen Handelskammer (Sitz: Paris) vom 28. Oktober 1948 befaßte sich mit der "radikalen Geldreform in den drei Westzonen Deutschlands." Der Bericht wurde von drei durch den Präsidenten der Internationalen Handelskammer benannten Sachbearbeitern ausgearbeitet: dem Präsidenten des Verbandes der französischen Stahlindustrie, Jules Aubrun (Frankreich), dem Vizepräsidenten des Kommitees für die britischen Industrieinteressen in Deutschland, V.F. William Cavendish-Bentinek (Vereingtes Königreich), und dem Generalkommissar für die niederländischen Wirtschaftsinteressen in Deutschland, Oberst L.F. Otto (Niederlande). Nach einer ersten Zusammenkunft im September (1948) begaben sich die Sachverständigen in Begleitung des Generalsekretärs der Internationalen Handelskammer nach Deutschland und nahmen mit den Besatzungsbehörden und den leitenden deutschen Wirtschaftsstellen die Verbindung auf. Die endgültige Fassung des Berichts wurde auf der am 28. Oktober 1948 unter dem Vorsitz von

---

1 Zu Wallich: Hagemann, Harald / Krohn, Claus-Dieter, Emigration, S. 293: Henry Christopher Wallich (geb. 1914 in Berlin, gest. 1988 in McLean bei Washington), 1933 Emigration, 1935 in die USA, 1951-74 Prof. of Economics, Yale-University, hohe Regierungsämter.

2 Wallich, Henry C., Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt/M. 1955, S. VII.

3 Ebd., S. 69.

Herrn Ernst Mercier (Frankreich) in Paris abgehaltenen Tagung des Europa-Komitees der Internationalen Handelskammer ausgearbeitet.[1] Der Deutschland-Bericht ist deshalb so interessant, weil in ihm nicht nur die Währungsreform, sondern auch die Rolle West-Deutschlands in Europa Beachtung findet: "Im Monat Juni dieses Jahres (1948) wurde in den drei Westzonen Deutschlands eine radikale Geldreform durchgeführt. Diese Geldreform hat nicht nur die Wirtschaft völlig umgestellt, sie hat auch - und das ist ebenso wichtig - in Westdeutschland einen psychologischen Umschwung hervorgerufen. Die Ergebnisse haben bis heute die optimistischsten Erwartungen übertroffen, vor allem dank dem deutschen Arbeitseinsatz und Arbeitswillen. ... Es erschien um so wünschenswerter, einen neuen Bericht vorzulegen, als allgemein anerkannt wird, daß der Kern des europäischen Wiederaufbaus in Deutschland liegt. Tatsächlich ist die Wiederaufrichtung Europas in erster Linie durch den Wiederaufbau Deutschlands bedingt. Dieser Wiederaufbau beginnt sich als Folge der Währungsumstellung praktische auszuwirken. ... Die soeben beschriebene Währungsumstellung berührt nur eine Seite des Wirtschaftsumschwungs, der im Laufe der letzten vier Monate vor sich gegangen ist. Eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaftspolitik begleitete diese Geldumstellung. In ihrem letzten Bericht hatte die Internationale Handelskammer empfohlen, "nach der Währungsumstellung die Preisüberwachung (mit Ausnahme jener für gewisse lebenswichtige Güter) stufenweise abzubauen, in der Art, daß die Märkte der deutschen Wirtschaft mehr und mehr geöffnet werden sollten." An die Stelle der staatlichen Überwachung auf allen Gebieten der Wirtschaft - die in eine Sackgasse geraten war - trat eine neue Politik. Sie wurde von den deutschen Behörden selbst ausgearbeitet und gab der deutschen Wirtschaft eine sehr große Freiheit; nur einige unumgängliche Überwachungsmaßnahmen blieben bestehen. Die Bewirtschaftung aller Waren wurde mit Ausnahme der dringendsten Bedarfsartikel und bestimmter Rohstoffe völlig aufgehoben. Ein vereinfachtes Bewirtschaftungsverfahren für den Verkauf von Textilien und Schuhwaren an den Verbraucher ist jedoch in Kraft geblieben. Die Preisüberwachung wurde mit Ausnahme der Hauptnahrungsmittel und einiger wichtiger Rohstoffe und Ausgangsprodukte fast ganz aufgehoben.

Diese kühnen, aber sehr vernünftigen Umstellungen in der westdeutschen Wirtschaft werden nicht nur für Deutschland, sondern auch für die anderen westeuropäischen Länder weitgehende Folgen haben. Wenn die zur Zeit in Westdeutschland gehandhabte Politik beibehalten werden kann, wird die westdeutsche Wirtschaft freier sein als die zahlreicher anderer westeuropäischer Länder. Bis jetzt war das Experiment von Erfolg gekrönt und von einem ungeheueren Ansteigen der Produktion begleitet. Von Juni bis September ist diese im Durchschnitt um 30 Prozent gestiegen, so daß

---

1 Vorspann zu: Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Ein Deutschland-Bericht der Internationalen Handelskammer vom 28. Oktober 1948, in: Europa Archiv 1949, S. 1875.

das allgemeine Produktionsniveau heute 67 Prozent der Ziffern von 1936 erreicht hat.[1] In dem Deutschland-Bericht wurde unter der Überschrift "Arbeit und Löhne" festgestellt: "Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes wurde durch die Währungsumstellung völlig verändert. Das Fernbleiben von der Arbeit gehört der Vergangenheit an. In manchen Industrien arbeiten die Arbeiter gern 50 Stunden in der Woche, und die Stundenleistung ist gestiegen. Der Grund liegt darin, daß das im Lohn ausbezahlte Geld jetzt Kaufkraft besitzt."[2] Von den 11 Empfehlungen des Rates der Internationalen Handelskammer sollen nur zwei hervorgehoben werden: 1. Keine Anstrengung darf unversucht bleiben, die Wirtschaft Deutschlands derjenigen Europas anzugliedern; dahingehende Interessenverbindungen einzelner Industrien sind nach Kräften zu fördern und 9. Die Verwendung europäischer Zahlungsmittel für Zahlungen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Nationen ist zu genehmigen und zu fördern."[3]

Die westdeutsche Währungsreform vom Juni 1948 fiel in eine Zeit der Bemühungen zur Erleichterung des innereuropäischen Zahlungsausgleichs. Diese Bemühungen hatten mit dem Kreditabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien vom 6. Dezember 1945 eingesetzt und wurden im Rahmen der Verhandlungen zum Marshall-Plan fortgesetzt. Das am 18. November 1947 unterzeichnete "Erste multilaterale Verrechnungsabkommen" sah unter gewissen Bedingungen einen automatischen Saldenausgleich im Zahlungsverkehr zwischen den ständigen Mitgliedern Benelux, Frankreich und Italien vor. "Als Agent für die technische Durchführung der Verrechnung zwischen den beteiligten Ländern wurde die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) bestimmt."[4] Das innereuropäische Zahlungs- und Verrechnungsabkommen vom 16. Oktober 1948 brachte für Westdeutschland "zweifellos eine großen Fortschritt."[5] Der nächste Schritt wurde mit dem Abkommen über die Gründung einer Europäischen Zahlungsunion vom 19. September 1950 getan.[6] Um die Jahreswende 1958/59 entschlossen sich die meisten europäischen Staaten, zur Konvertierbarkeit überzugehen, d.h. die freie Austauschbarkeit ihrer Währungen nicht nur im EZU-Raum, sondern auch gegenüber dem US-Dollar zu gewähren. Die Konvertierbarkeit bedeutet die Abschaffung jeglicher Devisenbewirtschaftung. Die Devisenbewirtschaftung war am 1.8.1931 eingeführt worden und mit

---

1 Ebd., S. 1875f.

2 Ebd., S. 1878.

3 Ebd., S. 1880; Quelle 2 Economie internationale. Revue de la Chambre de Commerce Internationale, vol. XIV, Nr. 4, Dez. 1948.

4 Möller, Hero, Das europäische Zahlungs- und Verrechnungsabkommen vom 16. Oktober 1948, in: Europa-Archiv 1949, S. 1781-1794.

5 Ebd., S. 1793.

6 Kleinhans, Joachim, Europäische Zahlungsunion (EZU), in: Palyi, M. / Quittner, P., Enzyklopädisches Lexikon, S. 560ff.

dem Gesetz über die Devisenbewirtschaftung vom 12.12.1938 zu einem Abschluß gekommen. Mit der Währungsreform von 1948 in den Westzonen wurde der erste Schritt zur Konvertierbarkeit getan, die Devisenbewirtschaftung ist danach zunehmend aufgelockert und abgebaut worden bis die Konvertierbarkeit 1958/59 wieder erreicht wurde.[1] Eine konvertible Währung hatte auch Gerhard Colm im Auge als er am 9. Mai 1947 in einem Brief an J. Bennett von einer "funktionstüchtigen Währung" sprach.[2]

Vor diesem Hintergrund muß auch der Geldumtausch in der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands (SBZ) vom 24. Juli 1948 gesehen werden.[3] In der SBZ kam es nicht zu einer "Währungsreform", denn eine Währungsreform ist nur dann "sinnvoll, wenn eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik mit ihr verbunden ist."[4] Lohn- und Preisstop aus der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftsordnung werden in der SBZ beibehalten. Die Deutsche Notenbank unterstand dem Ministerrat, d.h. die Zentralbank war politisch voll abhängig, ähnlich wie die Reichsbank, die 1937 direkt dem Führer und Reichskanzler unterstellt wurde. Die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" war von Anfang an eine reine Binnenwährung. Die nationalsozialistische Devisenzwangswirtschaft wurde zum Valutamonopol des sozialistischen Staates ausgebaut. Die Devisenzwangswirtschaft, die 1931 begonnen hatte, wurde erst 1990 schlagartig aufgehoben. Die zurückgestaute Inflation aus der nationalsozialistischen Zeit wurde nach der Binnenwährungsreform 1948 in der SBZ/DDR fortgeführt. Der sozialistische Staat der DDR war 1990 mit insgesamt 140 Milliarden Mark an das Kreditsystem verschuldet, d.h. der sozialistische Staat hatte sich der Spareinlagen der Bevölkerung in Friedenszeiten bemächtigt. Hinter den Spareinlagen stand keine Deckung mehr.

---

1 Meyer, Fritz W., Devisenbewirtschaftung, in: HdSW, 2. Bd., 1959, S. 584-589; Joerges, Harald, Devisenbewirtschaftung, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon, S. 437-443.

2 G. Colm an J. Bennett vom 9.5.1947, Colm Papers, LoC, Box 29.

3 Schneider, Jürgen, Kriegswirtschaftordnung, S. 45ff.

4 Sauermann, Heinz, Währungsreformen, S. 452.

VIERTER TEIL:

LEBEN UND WERK
IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

1946 - 1968

1. LEHREN AUS DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Der Zweite Weltkrieg hatte das scheinbar Unmögliche möglich gemacht: Vollbeschäftigung. Die Generation, welche die *Great Depression* durchlebt hatte, wußte diese Errungenschaft besonders zu schätzen. Während des Ersten Weltkrieges hatte niemand angezweifelt, mit Ende des Krieges zur gewohnten *peacetime prosperity* zurückzukehren. Anders war die Erwartungshaltung in der breiten Masse der Bevölkerung mit dem absehbaren Ende des Zweiten Weltkrieges: Wie ein Damoklesschwert schwebte die Angst über der amerikanischen Gesellschaft, in eine neue Depression zurückfallen zu können. Darüber hinaus hatte sich eine gewisse Anspruchshaltung in der Bevölkerung breitgemacht: Trotz aller kriegsbedingten Einschränkungen waren die Realeinkommen aller Gesellschaftsschichten während des Krieges spürbar gestiegen.

Vollbeschäftigung war ein Ziel, auf das sich alle gesellschaftspolitischen Strömungen, von den Konservativen bis hin zu den Liberalen, einigen konnten - und die Finanzpolitik, exakter ausgedrückt die *fiscal policy*[1] sollte zu einem entscheidenden Instrument hierfür werden, konnte man sich doch ihrer bedienen, ohne ausgesprochen "Pro- oder Anti-Business" oder gar pro oder contra volkswirtschaftliche Planung (gleich welcher Ausgestaltung) zu sein. Selbst Thomas E. Dewey, der republikanische Herausforderer Präsident Rooselvelts bei der Wahl im Jahre 1944, erklärte in seiner Nominierungsansprache:

"It would be a tragedy after this war if Americans returned from our armed forces and failed to find the freedom and opportunity for which they fought. This must be a land where every man and woman has a fair chance to work and get ahead. Never again must free Americans face the specter of long-continued mass unemployment. We Republicans are agreed that full employment shall be a first objective of national policy. And by full employment, I mean a real chance for every man and woman to earn a decent living."[2]

Wenig später konkretisierte Dewey:

---

1 Unter dem Überbegriff "Finanzpolitik" wird weithin die Gesamtheit der Maßnahmen zur Gestaltung der öffentlichen Finanzwirtschaft, insbesondere im Hinblick auf deren Interdependenz zu Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik verstanden. Als Teildisziplin der Finanzwissenschaft umfaßt sie die Bereiche Budget-, Verschuldungs-, Steuer-, Ausgaben-, Finanzausgleich- und Umverteilungspolitik. Der Begriff *fiscal policy* (von Gerhard Colm mit "Ordnungsfinanz" übersetzt) umfaßt den Teil der Finanzpolitik, der wirtschaftspolitische, in erster Linie konjunktur- und wachstumspolitische Ziele mit Mitteln der Steuer-, Ausgaben- und Anleihepolitik anstrebt.

2 *The New York Times* v. 29.6.1944.

"If at any time there are not sufficient jobs in private employment to go around, then government can and must create additional job opportunities because there must be jobs for all in this country of ours."[1]

"The acceptance of full employment as *the* goal and of fiscal policy as *the* means, at least as the last resort, by liberals and inheritors of the New Deal", meint Herbert Stein, "is as significant as their acceptance by conservatives"[2], oder wie es Gerhard Colm zu genau jener Zeit ausdrückte: "The idea that fiscal policy should be regarded as a major constituent of broad economic policy is of recent origin and has already been widely accepted. It is no longer necessary to argue that the level of income and employment can be affected by policies of government expenditures, revenues, borrowing, and debt redemption. The unsolved questions lie, first of all, in the institutional field. What government legislative and administrative arrangements must be made in order to use fiscal policies effectively?"[3]

Die zunächst drängendste Frage für die Regierung war: Wie würde die amerikanische Wirtschaft die Rekonversion in eine Friedenswirtschaft verkraften? Mit der Kapitulation Deutschlands waren erste Einschneidungen in Rüstungsaufträgen unternommen worden. Mit der Kapitulation Japans am 2. September 1945 wurden auf einen Schlag bereits erteilte Rüstungsaufträge in einer Höhe von 35 Mrd. Dollar gekündigt. Die düstersten Prognosen rechneten mit einer sofortigen Arbeitslosenzahl von acht Millionen. Auch Gerhard Colm, zu diesem Zeitpunkt "Principal Economic Analyst" in der "Fiscal Division" des Bureau of the Budget, machte sich seit 1944 intensiv Gedanken über die Probleme der Nachkriegswirtschaft. Colm rechnete mit einem "terrific shock" durch die Einschnitte in der Rüstungsproduktion, wenngleich er mittelfristig auf die Anpassungsdynamik einer marktwirtschaftlich geprägten Wirtschaft zählte.[4]

Der tatsächliche Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung gestaltete sich anders, als in den düstersten Prognosen vorhergesehen: Die Fabriken stellten außerordentlich schnell ihre Produktion auf zivile Zwecke um. Bis Ende 1945 waren 93 Prozent der Fabriken rekonvertiert und das Beschäftigungsniveau vom Kriegsende wieder erreicht. Von einem in eine Depression führenden Nachfrage*mangel* konnte überhaupt keine Rede sein: ganz im Gegenteil sollten Knappheit in vielen Versorgungsgütersektoren massiven inflationären Druck ausüben, welcher es dem vorübergehend noch immer tätigen "Office of Price Administration" unmöglich machte, das Preis-

---

1 *The New York Times* v. 22.9.1944.

2 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution in America, Washington, D.C., 1990, S. 174.

3 Colm, Gerhard, Fiscal Policy in Economic Reconstruction, in: Harris, Seymor E. (Hrsg.), Economic Reconstruction, New York 1946, S. 253.

4 Memorandum Gerhard Colms "On Full Employment", September 1944, Gerhard Colm Papers, Harry S. Truman Library, Independence, Missouri (HSTL), Folder 251.

niveau auf der Zielvorgabe von 1941/42 zu halten. Eine in Folge einsetzende Lohn-Preis-Spirale bis in das Jahr 1946 hinein brachte die Regierung Harry S. Trumans in größte innenpolitische Schwierigkeiten.

2. AUF DER SUCHE NACH WIRTSCHAFTLICHER STABILISIERUNG: DIE INSTRUMENTALISIERUNG DER *FISCAL POLICY*

Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war Konjunkturpolitik unter dem New Deal zur Stimulierung der Wirtschaft reine Ausgabenpolitik (*spending policy*) gewesen. Einen Anlauf zu einer Steuerreduzierung hatte es zuletzt unter Präsident Hoover gegen Ende des Jahres 1929 gegeben. Steuererhöhungen waren inmitten der großen Depression mehrmals vorgenommen worden. John Meynard Keynes und Jacob Viner hatten auf die Möglichkeiten und Auswirkungen von Steuersenkungen in der Weltwirtschaftskrise hingewiesen.[1]

Der Zweite Weltkrieg hatte einen auch von Gerhard Colm lange geforderten Ansatzwandel bewirkt: Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Dienste der Kriegsfinanzierung (bzw. Inflationsbekämpfung) waren in erster Linie Maßnahmen der *fiscal policy* gewesen. Die Einkommenssteuer hatte kurzfristig einen Satz von bis zu 94 Prozent erreicht. Nun wurden sich viele verantwortliche Experten darüber klar, daß die *fiscal policy* in der Nachkriegs-Wirtschaftspolitik eine viel entscheidendere Rolle spielen würde: Trotz aller friedensbegründeten Einsparungen im Budget mußte künftig mit einem viel größeren Bundeshaushalt als in den Vorkriegsjahren gerechnet werden, mit allen Auswirkungen, die dies auf die Finanzpolitik hatte. Dazu war durch die breitgefächerte Einführung einer Einkommensbesteuerung auf Bundesebene der Regierung erst ein umfassendes Eingreifinstrument in die Hand gegeben worden. So erhoffte man sich, durch Steuerkürzungen im Falle einer Rezession kurzfristig ausgabenstimulierende Wirkungen in den breiten Mittelstandschichten bewirken zu können.[2] Von Steuersenkungen versprachen sich die Experten in diesem Sinne einen viel unmittelbareren und breiter gefächerten Effekt als durch umständliche Ausgabenprogramme, die fast ausschließlich in Form der *public works programs* ausgeführt worden waren.

Zwei Protagonisten an der Seite Colms waren zu diesem Zeitpunkt die Ökonomen Beardsley Ruml und Hans Christian Sonne, die der "National Planning Association" in Washington nahestanden, der Colm später als Chef-Ökonom beitrat.[3] Rumls

---

1 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 177ff.

2 Colm, Gerhard, Maintaining High Level of Production and Employment: Technical Requirements, in: The American Political Science Review 39, 1945, S. 176.

3 Ruml, Beardsley / Sonne, Hans Christian, Fiscal and Monetary Policy, N.P.A.-Study, Washington,

Hauptanliegen war es, mit der Zielsetzung maximaler Beschäftigung den Steuersatz an ein bestimmtes Ausgabenniveau optimiert anzupassen. Der Rolle der *fiscal policy* räumte Ruml dabei eine größere Bedeutung ein als derjenigen der *spending policy*.

Herbert Stein schränkt ein, daß im Jahre 1945 im Denken von weiten Teilen der Ökonomen der *fiscal policy* als stabilitätsschaffendes Steuerungselement keineswegs bereits eine Rolle zugestanden wurde wie später in den 60er Jahren. Noch immer hätte die Ausgabenpolitik - so auch im Entwurf des "Full Employment Bills" - im Vordergrund gestanden. "But by the end of the war the alternative of tax adjustment policy had been injected into national thinking and would assume increasing importance thereafter."[1]

Ein weiterer Begriff hatte während des Krieges in der Finanzwissenschaft Einzug gefunden: die sogenannten *Built-in Stabilizer*. Die 30er Jahre hindurch war sowohl den Wissenschaftlern als auch den verantwortlichen Regierungsstellen der Zusammenhang zwischen Volkseinkommen und Steueraufkommen bewußt geworden: fiel die Beschäftigung und damit das Volkseinkommen, fielen die Steuereinnahmen, sofern die entsprechenden Sätze und Freibeträge nicht geändert wurden. Daneben war ein weiterer Effekt beobachtet worden: bei einem Volkseinkommen-Rückgang von X Prozent fielen in einigen Besteuerungskategorien, wie etwa der Gewerbe- und Einkommenssteuer, die Einnahmen überproportional, da die Höhe der Abschreibungen bzw. Steuerfreibeträge unverändert blieb. Hierin begann man nun in einigen keynesianisch geprägten Kreisen der Wirtschaftswissenschaften das Instrument eines *Built-in Stabilizers* zu entdecken: Im Falle einer Rezession - eines so sehr befüchteten Nachfragerückgangs - konnte dieser durch automatisch greifende Steuerentlastung ausgeglichen werden, sofern die Regierung die Ausgaben trotz gesunkener Einnahmen auf gleichem Niveau hielt. Umgekehrt sollten etwa höhere Steuersätze im Fall einer boomenden Wirtschaft zur Inflationsbekämpfung dämpfend in den Konjunkturverlauf eingreifen können. Gerhard Colm war zusammen mit Fritz Lehmann in den USA im Vertreten dieser Idee mitunter führend.[2]

Dies hatte während des Krieges zu der Frage geführt, welche Besteuerung in einer jeweiligen wirtschaftlichen Situation zur Inflationsvermeidung angesetzt werden müsse. Anders ausgedrückt: Welche totale volkswirtschaftliche Ausgabenhöhe (Regierung, Unternehmen, und Konsumenten zusammen) war mit einer angemessenen Preisstabilität in Einklang zu bringen, und welche Steuernhöhe mußte gegebenen-

---

D.C., 1944. Diese Studie wurde in weiten Teilen der konservativen Geschäftswelt wohlwollend aufgenommen.

1 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 186f.

2 Colm, Gerhard, Lehmann, Fritz, "Public Spending and Recovery in the United States", in: SR 3, 1936, S. 129-166.

falls angesetzt werden, um diese zu erreichen?[1] Zu diesem Zweck waren Fortschritte in der Erstellung nationaler Einkommensstatistiken erzielt worden. Gerhard Colm faßte die Entwicklung zusammen: "During World War II statistics of national income became firmly established as one of the statistical tools of policy formulation. They have been used as guide in the formulation of war-time fiscal policies. War expenditures, taxes and borrowing have had a tremendous impact on the economy as a whole that fiscal policy, particulary of economic stabilization, has had to take account of the relations between war expenditures, taxes and national income. It is significant that nation income estimate have become part of the United States federal budget tables."[2] Dazu hatte Colm, aufbauend auf seinen Erfahrungen aus den 20er Jahren, zusammen mit einer ganzen Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern, die der Administration bis 1939 beigetreten waren, maßgeblich beigetragen.[3] Ergänzt wurden sie durch externe Arbeiten Milton Friedmans, Carl Shoups und Ruth Macks.[4]

Ein auf diesen Forschungsergebnissen aufbauender Ansatz wurde in der Finanzwissenschaft als *gap analysis* bekannt. Stellte sich etwa die Frage, welcher Steuersatz im folgenden Jahr erhoben werden mußte, um Inflation zu vermeiden, wurde die Höhe des Bruttosozialprodukts des betreffenden Jahres unter der Vorgabe eingeschätzt, daß Vollbeschäftigung herrschen und das Preisniveau stabil bleiben würde. Ergab sich dabei eine bestimmte Summe, nehmen wir an von 200 Millionen Dollar, wurde als Zielvorgabe angesetzt, daß nicht mehr als diese Summe gesamtwirtschaftlich ausgegeben werden dürfe. Zog man nun von diesen 200 Millionen Dollar die geplanten öffentlichen Ausgaben und geschätzten (oder durch Kriegswirtschaft gelenkten) privaten Kapitalinvestitionen ab, ergab sich eine bestimmte Summe, über die nach Abzug der geschätzten Sparrate hinaus die privaten Haushalte nach Steuer nicht verfügen durften. Die zu ermittelnde "Lücke" ergab sich aus dem zu erwartenden Steueraufkommen unter dem Steuersatz des Vorjahres und dem zum Erreichen des gesamtwirtschaftlichen Zieles zu erreichenden Aufkommen des Folgejahres. Diese Art von Berechnungen waren zu einer Standardprozedur des Budget Büros während des Zweiten Weltkrieges geworden, wenngleich ihre effektive Politikumsetzung stets begrenzt bleiben sollte.

Am 16. Juli 1940 war Gerhard Colm zum "Principal Economic Analyst" in der "Fiscal Division" des neuformierten Budget Büros im Weißen Haus ernannt wor-

---

1 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 190f.

2 Colm, Gerhard, From Estimates of National Income to Projections of the National Budget, in: SR 12, 1945, S. 352.

3 So arbeitete Colm zusammen mit Simon Kuznets im Komitee "Study on National Income in various Countries" mit, Gerhard Colm Papers, Library of Congress (LoC), Box 30.

4 Shoup, Carl / Friedman, Milton / Mack, Ruth P., Taxing to prevent Inflation. Techniques for Estimating Revenue Requirements, New York 1943.

den.[1] Seit dieser Zeit versuchte das Budget Büro unter der Leitung Harold Smiths - insbesondere durch Einbeziehung der steuerpolitischen Abteilung - den Budget-Prozess im Hinblick einer gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung zu instrumentalisieren. In Gerhard Colms eigenen Worten bestand die Aufgabe der *fiscal division* darin, "... to examine questions of fiscal policy and to give staff assistance in the formulation of the President's financial program."[2]
Unter maßgeblichem Einfluß Gerhard Colms entwickelte das Budget Büro während des Krieges die Konzeption des sogenannten "Nation's Economic Budget".

3. DAS KONZEPT DES "NATION'S ECONOMIC BUDGET"

Der Gedanke, den wirtschaftlichen Kreislauf in einem System von zusammenhängenden Schätzungen gesamtwirtschaftlicher Größen darzustellen, war nicht neu, denkt man etwa zurück an François Quesnay's "Tableau Economique" von 1758. Mit dem wachsenden Einfluß der Regierung auf das Wirtschaftsleben war das Bedürfnis gestiegen, mit Hilfe der Aufstellung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (*National Accounts*), die sich auf die Vergangenheit bezogen und von Natur Statistiken waren, sowie volkswirtschaftlicher Budgets (*Nation's Economic Budgets*), die in die Zukunft orientiert waren und somit Schätzungen darstellten, eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu erleichtern.
Gerhard Colm definierte die 'Ordnungsfinanz' (*fiscal policy*) als die "Gestaltung der staatlichen Ausgaben-, Einnahmen- und Schuldenpolitik in der Art, daß die Wirkungen dieser Operationen auf die Erschließung von Hilfsquellen und den Geldstrom und folglich ihr Einfluß auf den Einkommen-, Preis-, Beschäftigungs- und Produktionsstand voll berücksichtig werden."[3] Jede öffentliche Haushaltsführung, so Colm, erfordere neben der Beurteilung jedes Ausgabenprogramms und jeder Steuermaßnahme die Aufstellung von Voranschlägen, die die finanziellen Wirkungen der Staatsmaßnahmen darlegen und als Richtschnur für die Entscheidungen der *fiscal policy* verwendet werden könnten. Das *Nation's Economic Budget*, das während des Krieges unter der intellektuellen Führung von Gerhard Colm, John Weldon Jones, Arthur Smithies und Grover Ensley in der Fiscal Divion des Budget Büro entwickelt wurde, gab in Form einer Buchhaltung eine zusammenfassende Übersicht über die in der gesamten Volkswirtschaft zu erwartenden, in Geld ausgedrückten Transaktio-

---

1 Ernennungsurkunde v. 16.7.1940, Colm Papers, Privatarchiv Peter Colm (PAPC).

2 Folder on Budget Procedure, Colm Papers, Franklin D. Roosevelt Library, Hyde Park, N.Y. (FDRL).

3 Colm, Gerhard, Haushaltsplanung, Staatsbudget, Finanzplan und Nationalbudget, in: Gerloff, Wilhelm / Neumark,Fritz (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, Tübingen ^{2}1952, Bd. 1, S. 34; (engl.:) The Government Budget and the Nation's Economic Budget, in: Colm, Gerhard, Essays in Public Finance and Fiscal Policy, New York 1955, S. 258ff.

nen.[1] In einer tabellarischen Übersicht stellte das Nationalbudget die wichtigsten zu erwartenden wirtschaftlichen Vorgänge in den vier Hauptsektoren der Wirtschaft, den Verbraucherhaushalten, den Unternehmungen, der Außenwirtschaft und dem öffentlichen Haushalt dar. Dadurch sollten die Beziehungen dieser Sektoren untereinander analysiert und insbesondere der wechselseitige Zusammenhang zwischen Staatswirtschaftsmaßnahmen auf der einen und Verbraucher-, Unternehmer- und Außenhandelstransaktionen auf der anderen Seite prognostiziert und im Sinne einer volkswirtschaftlichen Gesamtzielsetzung - etwa der *Vollbeschäftigung* - instrumentalisiert werden.[2]

Die Bedeutung der Voranschläge des Nationalbudgets konnte nach Meinung des Finanzwissenschaftlers in den einzelnen Ländern je nach Charakter der Wirtschaftsordnung verschieden sein. In einer marktwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsordnung sollten sie zunächst einmal als Anhaltspunkt für die Aufstellung und Würdigung weitreichender Wirtschaftsprogramme dienen. Dies konnte von der Evaluation eines nationalen Infrastruktur-Aufbauprogramms (wie später etwa dem Highway-Building-Program von 1956) bis hin zur totalen Mobilisierung der Volkswirtschaft im Falle eines erneuten Krieges reichen. Öffentliche Energieversorgungsprojekte müßten beispielsweise zu einer Vorausschätzung des künftigen Energiebedarfs in Beziehung gebracht werden. In einer ähnlichen Weise sollte auch die Angemessenheit privater Investitionsprogramme mit Hilfe langfristiger Voranschläge analysiert werden. Dieser am treffendsten unter dem Begriff "Program Planning for National Goals" (unter Einbeziehung des Bundesbudgets und dessen Projektion) zusammenzufassende Ansatz sollte Kernpunkt Gerhard Colms Arbeit bis zu seinem Lebensende werden.

Außerhalb dieses Anwendungsbereiches sollte das Nationalbudget als ein entscheidendes Mittel zur Handhabung der *fiscal policy* als Instrument der wirtschaftlichen Stabilisierung dienen. Zeichneten sich beispielsweise sinkende Unternehmerinvestitionen bei gleichzeitig nicht adäquat einspringender Konsumvermehrung ab - lag also die Investitionsquote unterhalb der Sparquote - sollten durch ein entsprechendes Haushaltsdefizit sowie etwa durch entsprechende steuersenkende Maßnahmen ein Ausgleich geschaffen werden. Vollbeschäftigung war das Ziel - die Projizierung des Nationalbudgets mit einer Instrumentalisierung der *fiscal policy* der Weg.

---

1 Vgl. als Beispiel das Nationalbudget für die Vereinigten Staaten für das Jahr 1949 im Quellenanhang (II.).

2 Colm, Gerhard, The Nation's Economic Budget - A Tool of Full Employment Policy, in: Studies in Income and Wealth, Bd. 10, New York 1947, S. 85ff.; ders., The Nation's Economic Budget and the Government, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences 261, 1949, S. 32ff.; aus späterer Perspektive: Beitrag "Nationalbudget", in: HdSW, Bd. 7, Tübingen 1961; Tinbergen, Jan, Stuvel, G., Das Nationalbudget, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, [2]1952, Bd. 1, S. 537ff.

Die Konzeption des *Nation's Economic Budget* war eine logische Konsequenz aus der von Präsident Roosevelt in seiner Haushaltsrede am 3. Januar 1941 verkündeten Forderung, nach der das "Budget der Vereinigten Staaten" das "nationale Programm" repräsentiere. "It is a preview of our work plan, a forecast of things to come. It charts the course of the nation."[1] Was in den folgenden Jahren in erster Linie durch Gerhard Colm und die anderen Experten im Budget Büro des Weißen Hauses ergänzt wurde, war "... an official recognition of the essentially Keynesian proposition that the federal budget should be used to contribute to the larger context of the total national economy."[2]

Der Siegeszug des Keynesianismus in Washington hatte seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht: Er umfaßte das Versprechen, daß andauernde wirtschaftliche Prosperität möglich war, wenn nur die angemessenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen durch die Regierung ergriffen wurden. Der entscheidende Faktor, so meinten die Keynesianer, war dabei die Aufrechterhaltung der effektiven Gesamtnachfrage. Sollte diese *aggregate demand* unter das Vollbeschäftigungsniveau zu fallen drohen, konnte der Bundeshaushalt mit einem entsprechenden Defizit und anderen korrigierenden Maßnahmen einspringen. Eine große Synthese zwischen keynesianischer Makroökonomie und neoklassischer Mikroökonomie - die "neoklassische Synthese" - war geschmiedet worden. Freie Marktwirtschaft und makroökonomische Globalsteuerung sollten einander nicht ausschließen: Obwohl die Regierung entscheidenden Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität ausüben sollte, konnte zur selben Zeit den Kräften des Marktes die Allokation der Ressourcen in einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft überlassen werden; dem Markt konnte weiterhin die Rolle zufallen, frei auf die entsprechenden Impulse der Produzenten und Konsumenten zu reagieren.

"Simple-minded Keynesian functional finance swept the colleges and universities", reflektiert Herbert Stein die unmittelbare Zeit nach 1945.[3] "Generations of sophomores were being taught that there was at any moment of time a size of government deficit, which the government knew and could achieve, which would yield full employment, and that the government should run a deficit of that size." "Fortunately", pointiert Stein weiter, "they soon forgot."[4]

---

1 Zit. n. Bailey, Stephen Kemp, Congress makes a Law, New York 1950, S. 25.

2 Ebd.

3 Stein, Herbert, Presidential Economics. The Making of Economic Policy from Roosevelt to Reagan and beyond, Washington, D.C., ²1988, S.78.

4 Ebd. Das führende Lehrbuch in jenen Jahren - Gerhard Colm betätigte sich nicht publizistisch in diesem Feld - war Paul A. Samuelsons "Economics: An Introductory Analysis", New York 1948. Deutsch: Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung, 1. Aufl. 1955.

Im Jahre 1946 wurde schließlich ein Gesetz verabschiedet, das den schlichten Namen "Employment Act" - also nicht "*Full* Employment Act" trug und den "Council of Economic Advisers to the President" schuf.

4. DAS AMERIKANISCHE BESCHÄFTIGUNGSGESETZ VON 1946

Seit Mitte des Jahres 1944 begannen verschiedene Kreise aus Kongress und seiner Lobby in Washington, den Gedanken der Verantwortung der Regierung für die Sicherung der Vollbeschäftigung aufzugreifen. Nach einem Gesetzentwurf Senator Kilgores etwa sollte ein "Bureau of Programs" im "Office of War Mobilization and Reconversion" etabliert werden, dem die Verantwortung für "full employment and full production planning" übertragen werden sollte.[1] Bereits größere Aufmerksamkeit zog der Vorschlag James Pattons, des Präsidenten der Farmers Union, auf sich, die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung als nationales Ziel zu deklarieren. Diesen Vorschlag setzte Russell Smith, Mitglied der Farmers Union und Kongreßabgeordneter, in einen weiteren Gesetzesvorschlag um, der den instrumentellen Schwerpunkt zur Erreichung des Zieles auf *government spending* legte.[2]

Nach einer Reihe von Umwegen nahm sich schließlich Senator James Murray aus Montana der Gesetzesinitiative an. Mit Hilfe von Bertram Gross[3] zog er eine Reihe von Ökonomen zu Rate, die, so Bailey, allesamt das Interesse an Problemen der Nachkriegs-Beschäftigungspolitik teilten und Anhänger der von Keynes und Hansen vertretenen Wirtschaftstheorie waren.[4] Von Beginn an zählte zu diesen Ökonomen im Rahmen des zur Beratung hinzugezogenen Budget Büros auch Gerhard Colm.

Die Präambel dieses Gesetzentwurfes sicherte jedem Amerikaner, der dazu willens und fähig war, das von der Regierung garantierte Recht auf Arbeit zu. Einmal jährlich sollte der Präsident dem Kongress ein "National Production and Employment Budget" vorlegen, aus dem hervorgehen sollte, wieviele Arbeitsplätze im folgenden Jahr zur Vollbeschäftigung benötigt würden, welches Bruttosozialprodukt unter diesen Bedingungen voraussichtlich erwirtschaftet werden würde - und mit welchem Bruttosozialprodukt zu diesem Zeitpunkt zu rechnen war, sollten keinerlei korrigierende Maßnahmen ergriffen werden. Ein von der Regierung vorzulegendes Programm sollte die sich u.U. abzeichnende Ausgabenlücke (*gap*) schließen.

---

1 Bill on "Bureau of Programs" by Senator Kilgore, Colm Papers, FDRL.

2 Die Vorgeschichte des amerikanischen Beschäftigungsgesetzes ist ausführlich in Stephen K. Baileys Werk "Congress makes a Law", New York 1950, dargestellt.

3 James Murray war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender des "War Contract Subcommittee of the Senate Military Affairs Committee", dessen Staff Director Bertram Gross war.

4 Bailey, Stephen K., Congress makes a Law, S. 45.

In der folgenden Zeit kam es, war der Gesetzentwurf erst einmal in der Regierungsmaschinerie in Umlauf gesetzt, zu zahlreichen Stellungnahmen und Revisionsentwürfen - reichend vom War Department über das Department for Agriculture, dem Office of Economic Stabilization, der Federal Loan Agency bis hin zum Federal Reserve Board - die von Gerhard Colm zu einem erheblichen Teil koordiniert und ausgewertet wurden.[1] Darüber hinaus war der Finanzexperte bemüht, durch Einbringung eigener Vorschläge Einfluß auf die administrative Ausgestaltung des Employment Acts zu nehmen.[2]

Später wurde Gerhard Colm häufig mit Alvin Hansen von befreundeten Ökonomen als alleiniger geistiger Urheber des amerikanischen Beschäftigungsgesetzes dargestellt. "Zuviel der Freundschaft", bekannte Colm später, die entscheidenden Impulse hätten die Farmers Union, einige einflußreiche Politiker sowie die National Planning Association gegeben, zu deren Chefökonom Colm Anfang der fünfziger Jahre avancierte.[3]

Die entscheidenden Politiker in der kontrovers geführten Auseinandersetzung waren neben Senator Murray die demokratischen Senatoren Robert F. Wagner (New York), Elbert Thomas (Utah) und Joseph O'Mahoney (Wyoming), die den Gesetzentwurf in seiner endgültigen Fassung schließlich am 22. Januar 1945 in den Kongress einbrachten.[4]

Der im Februar 1946 verabschiedete Employment Act deklarierte folgende Programmatik in seinem zweiten Artikel:[5]

"Der Kongreß erklärt, daß es die dauernde Politik und Verpflichtung der Bundesregierung ist, alle praktisch anwendbaren Mittel zu nutzen und alle Pläne, Aufgaben und Hilfsmittel so aufeinander abzustimmen und einzusetzen, daß Bedingungen geschaffen und erhalten werden, unter denen Möglichkeiten nützlicher Beschäftigung, einschließlich Selbstbeschäftigung, für alle die geboten werden, die fähig und gewillt sind, zu arbeiten, und die Arbeit suchen; das heißt, daß es die Politik der Bundesregierung ist, maximale Beschäftigung, Produktion und Kaufkraft zu fördern. Diese Politik ist so zu verfolgen, daß sie mit den Bedürfnissen und Verpflichtungen

---

1 Colm Papers, FDRL. Darüber hinaus betont Louis H. Bean, 1943-47 Mitglied des Budget Büros, Gerhard Colms tragende Rolle im Entstehungsprozeß des Employment Acts, Interview Jerry N. Hess m. Louis H. Bean, Arlington, Va., 11.9.1970 (Oral History Interview No. 80, HSTL).

2 Memorandum Colms "Administration of the Employment Act of 1946" v. 7.11.1945, Colm Papers, HSTL, Folder 252.

3 G. Colm an Hans Staudinger v. 14.12.1965, Colm Papers, State University of New York, Albany (SUNY), Folder 4.

4 The Employment Act of 1946, Public Law 304, 79th Congress.

5 Fritsch, Bruno, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 313. Vgl. Colm, G. (Hrsg.), Das amerikanische Beschäftigungsgesetz. Vergangenheit und Zukunft. Eine Festschrift der National Planning Association, Washington, zum zehnjährigen Bestehen des Gesetzes, Berlin 1956.

und anderen wesentlichen Rücksichten der nationalen Politik vereinbar ist, daß die Hilfe und Zusammenarbeit der Industrie, Landwirtschaft, der Arbeitnehmer und der Regierungen von Staaten und Gemeinden gesucht wird, und daß die Wettbewerbswirtschaft freier Unternehmungen und die allgemeine Wohlfahrt gefördert werden."

"Damit wurde zum ersten Male in der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte dem Staat eine aktive Rolle im gesamtwirtschaftlichen Prozeß eingeräumt, und zwar ohne Preisgabe des privatwirtschaftlichen Charakters der amerikanischen Wirtschaftsordnung."[1]

Aus der Verpflichtung zur Sicherung der Vollbeschäftigung war das wirtschaftspolitische Ziel "maximaler" Beschäftigung geworden. Einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Beschäftigung hatten allerdings auch die vehementesten Verfechter des Gesetzes nie ins Auge gefaßt. Kritiker hatten u.a. die unklare Definition des Begriffes "Vollbeschäftigung" ins Feld geführt: welcher Personenkreis sollte darin eingeschlossen sein? Sollte die Anzahl der Stellenangebote einfach die Anzahl Stellensuchender übertreffen? Wie waren Probleme der strukturellen, saisonalen, friktionellen und latenten Arbeitslosigkeit zu handhaben? Wie war das Ziel der Preisstabilität mit dem Ziel der Vollbeschäftigung zu vereinbaren? Zu letzterem Problemkreis publizierte A. W. Phillips 1958 eine Studie.[2] Die Phillips-Kurve drückt in ihrer allgemeinen Form den Zusammenhang von Inflationsrate und Arbeitslosenquote aus. Sie behauptet einen (umstrittenen) Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität. Danach muß sich die Wirtschaftspolitik entscheiden, ob sie etwas mehr Arbeitslosigkeit zugunsten eines stabileren Geldwertes oder umgekehrt anstreben soll. Tobin[3] nennt die von Phillips 1958 veröffentlichte Arbeit die wahrscheinlich einflußreichste makroökonomische Untersuchung der letzten 25 Jahre."[4]

Die Formulierung, auf die sich die beiden Häuser des Kongresses schließlich verständigen konnten, hatte deshalb "maximale" Beschäftigung gelautet, konnte dieses (kaum eindeutiger) definierte Ziel doch am ehesten mit anderen erwünschten makroökonomischen Zielsetzungen in Einklang gebracht werden. In den Gesetzestext war die Formulierung "maximum employment, production and purchasing power" eingefügt worden. "It does not sound as if there could be anything more than 'maximum', kommentiert Herbert Stein hierzu, "but in the context of debate, 'maximum' was clearly a less absolute goal than 'full'. Also, coupling employment with production and

---

1 Fritsch, Bruno, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 64.

2 Phillips, Alban William, The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861-1957, in: Economica, NS 25, 1958, S. 283-299.

3 Tobin, James, Inflation and Unemployment, in: The American Review 62, 1972, S. 1-18.

4 Scherf, Harald, Phillips-Kurve (Inflation und Arbeitslosigkeit), in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (künftig HdWW), 6. Bd., 1988, S. 78.

purchasing power, while probably not literally very significant, had the symbolic effect of weakening the exclusive preoccupation with employment."[1]

Die Instrumentarien der Regierung zur Erreichung des Zieles maximaler Beschäftigung wurden nicht eindeutig festgelegt. Diese Tatsache gab Anlaß zu weiterer Kritik, implizierte doch für viele Opponenten die intentionale Interpretation des Gesetzestextes den Ansatz einer reinen *deficit-spending policy*,[2] die in konservativen Kreisen ihren schlechten Ruf nie verloren hatte. Andere Ökonomen und Wirtschaftsberater der Regierung wollten die Rolle der Steuerpolitik und monetären Politik mindestens gleichberechtigt neben der Ausgabenpolitik eingesetzt sehen, wie mit unterschiedlicher Gewichtung Beardsley Ruml und Paul Hoffmann für den Council of Economic Development, Allan Sproul für die New York Federal Reserve Bank sowie mehrere andere Ökonomen wie Gerhard Colm, Gottfried Haberler und Henry Simons vor einer Reihe von Unterausschüssen des Kongresses betonten.[3] Die Formulierung der Instrumentarien hatte deshalb schließlich "to call upon the government to use all its plans, functions, and resources" gelautet, was *deficit-spending* nicht direkt hervorhob, aber auch nicht von vornherein ausschloß.

Im dritten Artikel des amerikanischen Beschäftigungsgesetzes wurde vom Präsidenten die Vorlage eines jährlichen Wirtschaftsberichtes gefordert:

"The President shall transmit to Congress at the beginning of each regular session an economic report setting forth (1) the levels of employment, production, and purchasing power obtaining in the United States and such levels needed to carry out the policy declared in section 2; (2) current and forseeable trends in the levels of employment, production, and purchasing power; (3) a review of the economic program of the Federal Government and a review of economic conditions affecting employment in the United States or any considerable portion thereof during the preceding year and of their effect upon employment, production, and purchasing power; and (4) a program for carrying out the policy declared in section 2, together with such recommendations for legislation as he may deem necessary or desirable."[4]

Damit war zumindestens die von Gerhard Colm seit Jahren geforderte Erstellung wirtschaftlicher Projektionen programmatisch im Employment Act aufgenommen worden; freilich blieb die Frage ungeklärt, in welcher Art und Umfang die Projektionen zur Formulierung einer vollbeschäftigungsorientierten *fiscal policy* - etwa im Sinne des Nation's Economic Budget Ansatzes - instrumentalisiert werden sollten. In

---

1 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 201.

2 Die Richtigkeit dieser Annahme bestätigte Alvin Hansen gegenüber Stephen Bailey, in: Congress makes a Law, S. 47f.

3 U.S. Congress, Senate, Banking, and Currency Committee: Hearings on Full Employment Act of 1945, 79th Congress, 1st Session, Governmental Printing Office, Washington, D.C., 1945.

4 The Employment Act of 1946, Section 3.

dieser Zeit geriet die junge Methode wirtschaftlicher Projektionen erstmals unter heftige Kritik, hatte sich die Prophezeiung einer großen Nachkriegsdepression als unbegründet herausgestellt.[1] Einigen Ökonomen wie Beardsley Ruml schwebte eher ein möglichst an automatische Mechanismen gekoppeltes konjunkturpolitisches ad hoc-Eingreifen vor.[2] Die wirtschaftspolitische Vorgabe des Gesetzes verglich Gerhard Colm mit folgendem Bild: "The Employment Act does not prescribe or authorize any specific policy to be used for purposes of stabilization. It sets up doctor's office where a patient can go for a periodic check-up of his health. The agreement the patient has with the doctor does not state in advance what kind of illness the doctor *may* find or what cures and medicines he *may* prescribe. It is understood that any medicine that can be made available, that is suitable for the patient's constitution, and that is indicated by the diagnosis should be used."[3]

Als tragende Säule etablierte das amerikanische Beschäftigungsgesetz den "Council of Economic Advisers to the President", der aus drei vom Präsidenten ernannten und vom Senat bestätigten Mitgliedern sowie einem entsprechenden wissenschaftlichen Arbeitsstab bestand. Damit war die Stellung professioneller Ökonomen in der administrativen Wirtschaftspolitikberatung institutionalisiert worden. Der Council sollte dem Präsidenten beim Erstellen des Economic Reports sowie bei der Formulierung der zur Erfüllung des Gesetzes notwendigen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen zur Seite stehen.

Schließlich etablierte der Employment Act das aus beiden Häusern des Kongresses paritätisch besetzte *Joint Economic Committee*, das den jährlich vom Präsidenten vorgelegten Wirtschaftsbericht bewerten und eine effektivere legislative Umsetzung der im Sinne des Beschäftigungsgesetzes geforderten Maßnahmen ermöglichen sollte. Der Ausschußcharakter dieses Komitees brachte auch hier den Bedarf umfassender Hearings wissenschaftlicher Experten mit sich. Darunter befand sich bis in die sechziger Jahre hinein häufig Gerhard Colm, der nach seinem Ausscheiden aus der Administration als gefragter Experte regelmäßig diesem Gremium beratend zur Seite stand.[4]

Bruno Fritsch beurteilt das Beschäftigungsgesetz so: "Durch die wirtschaftspolitischen Erfahrungen, die die Regierung damals (im New Deal) sammeln konnte, wurde überdies die Beschäftigungstheorie entscheidend beeinflußt. Damit hat sich aus

---

1 Fritsch, Bruno, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 72: "Die Nachkriegssituation war durch die Wirkung starker autonomer Investitions- und Konsumimpulse gekennzeichnet. Sie unterschied sich daher grundsätzlich von den Verhältnissen der Dreißigerjahre. Obwohl allgemein eine starke Nachkriegsdepression erwartet wurde, kam es dank dieser autonomen Antriebskräfte zu keiner massiven Arbeitslosigkeit."

2 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 202.

3 Colm, Gerhard, The Nation's Economic Budget and the Government, S. 35.

4 Colm Papers, LoC, Box 1 u. 25.

der Erfahrung der Dreißigerjahre ein Prozeß angebahnt, der erst nach dem Kriege, als sich (paradoxerweise) das Beschäftigungsproblem wider Erwarten gar nicht mehr stellte, voll zur Entfaltung kam. Im Beschäftigungsgesetz von 1946 hat Amerika als erstes Land der westlichen Welt der Regierung die Pflicht auferlegt, ein hohes Beschägtigungsniveau aufrechtzuerhalten. Diese gesetzlich verankerte Forderung war Ausdruck der allgemein vorherrschenden Entschlossenheit, eine Wiederholung der Ereignisse von 1929-1938 auf keinen Fall mehr zuzulassen. Die Konsequenzen dieser Entschlossenheit blieben nicht auf Amerika beschränkt."[1] Die Verpflichtung zu einer hohen Politik der Beschäftigung wurde von Großbritannien (1951), Kanada, Australien und Norwegen sowie durch internationale Organisationen übernommen.[2]

Gerhard Colm hatte seinen Dienst im Budget Büro des Weißen Hauses unter der Präsidentschaft Franklin D. Roosevelts angetreten. "FDR" war am 12. April 1945 - inmitten des legislativen Entstehungsprozesses des Employment Acts - in seiner Residenz in Warm Springs, Georgia, verstorben. Harry S. Truman trat seine Präsidentschaft nicht nur, wie vor allem aus der Sicht europäischer Literatur häufig betont wurde, auf internationalem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet unerfahren an. Auf seiner zweiten Pressekonferenz im Mai 1945 mußte Truman eingestehen, mit dem Inhalt des Entwurfes ganz und gar nicht vertraut zu sein,[3] doch genossen zu diesem Zeitpunkt sicherlich kriegsbedingte Probleme höhere Priorität. Nach der Kapitulation Japans wandte sich Truman jedoch verstärkt wirtschaftlichen Erfordernissen zu: Am 6. September 1945 verkündete der Präsident ein 21 Punkte umfassendes Programm, das Truman selbst später als "Fair Deal" bezeichnete und welches die Verabschiedung des Employment Acts zur nationalen Dringlichkeit erhob.[4] Trumans tatsächliche Unterstützung für das Beschäftigungsgesetz hinter den Kulissen des Kongresses fiel jedoch, wie die Forschungen Baileys belegen, eher zurückhaltend aus.[5]

Gerhard Colm faßt seinen beruflichen Kontakt mit und seinen Eindruck über Harry S. Truman in seinen letzten eineinhalb Jahren als Mitarbeiter des Budget Büros in einem Brief zusammen: "During these days I drafted Budget Messages, Economic Reports, and other documents in these fields for the President. I was always impressed when a draft came back - often the next morning - with the comments made by Mr. Truman. Besides my admiration for the history-making actions he took publicly, I developed a kind of personal affection for him growing out of my respect

---

1 Fritsch, Bruno, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 259.

2 Geiger, T., Die Übernahme der Beschäftigungspolitik und der Berechnung von "National Accounts "durch internationale Organisationen und andere Länder, in: Colm, Gerhard (Hrsg.), Das amerikanische Beschäftigungsgesetz, Berlin 1956.

3 Bailey, Stephen K., Congress makes a Law, S. 161.

4 Congressional Record, 79th Congress, 1st Session, 14.12.1945, S. 12267.

5 Bailey, Stephen K., Congress makes a Law, S. 237.

for the attention he rapidly took to these drafts and the wisdom reflected in his revisions and comments."[1]

Die Entscheidung über die Ernennung der drei Mitglieder des Councils of Economic Advisers machte sich Präsident Truman nicht leicht.[2] Gerhard Colm kam als von Beginn an eher still im Hintergrund wirkender - aber dadurch nicht weniger einflußreicher - Mitarbeiter der Administration kaum in Frage. Die Wahl Trumans fiel im Juli 1946 schließlich auf Edwin G. Nourse als Vorsitzenden, Leon H. Keyserling als Vize-Vorsitzenden und John D. Clark machte das Trio komplett. In diesen Wochen kehrte Colm von seiner Mission nach Deutschland und seiner anschließenden privaten Reise nach Palästina in die amerikanische Hauptstadt zurück.

Mitte September lud Edwin G. Nourse Gerhard Colm ein, vom Budget Büro in den wissenschaftlichen Arbeitsstab des sich gerade etablierenden Council of Economic Advisers zu wechseln. Colm erblickte darin die Chance seines Lebens, hegte er doch die Hoffnung, seinen in den vergangenen Jahren entwickelten haushaltspolitischen Ansatz in effektive Politik umsetzen zu können.[3] Am 14. Oktober 1946 schrieb Colm an seinen Vorgesetzten James E. Webb: "I am happy that I could participate in the growth of the Fiscal Division from an embryo into an institution that has obtained a recognized place among the division of the Bureau and of the Government as a whole. ... The difficult job that the Employment Act of 1946 has assigned to the Council is closely related to one of the objectives which we in the Fiscal Division have tried to serve through the years and which was particulary closer to my personal interest. The opportunity that Dr. Nourse offers me is a challenge that I would not like to refuse."[4]

Zum 1. November 1946 nahm Gerhard Colm im wissenschaftlichen Beraterstab des Councils of Economic Advisers seine Tätigkeit auf. Der Höhepunkt seiner Karriere in den Vereinigten Staaten war erreicht.

---

1 G. Colm an James G. Patton (Präsident der Farmers Union) v. 27.4.1964, Colm Papers, LoC, Box 10.

2 Zu einer detaillierteren Betrachtung der frühen Phase des Councils Nourse, Edward G., Economics in the Public Service, New York 1953.

3 Colm Interview, Juli 1991.

4 G. Colm an J. E. Webb v. 14.10.1946, PAPC.

5. TÄTIGKEIT IM WIRTSCHAFTLICHEN BERATERSTAB DES PRÄSIDENTEN

Mit Edwin G. Nourse als erstem Vorsitzenden des Councils of Economic Advisers hatte Präsident Truman einen außerordentlich renommierten Ökonomen aus der Brookings Institution gewonnen. Leon H. Keyserling, sein Stellvertreter, war von Beruf ursprünglich Rechtsanwalt, hatte jedoch durch spätere Studien und Mitarbeit in der Regierung beträchtliches Wissen und Erfahrung auf ökonomischen Gebiet gesammelt. Weniger bekannt in der breiten Öffentlichkeit war das dritte Mitglied des ersten CEA nach dem amerikanischen Beschäftigungsgesetz, John D. Clark, der ursprünglich ebenfalls aus der Law School stammte und noch 1931 im Alter von 47 Jahren seinen Doktor der Wirtschaftswissenschaften an der John Hopkins University erworben hatte. Als Wirtschaftsberater Senator O'Mahoneys war Clark eng an der Ausarbeitung des Employment Acts beteiligt gewesen.

Die Voraussetzungen für eine konstruktive Arbeit im Sinne Gerhard Colms, der voller Erwartung dem wissenschaftlichen Arbeitsstab des CEA beigetreten war, erschienen gut - die Praxis erwies sich eher nüchtern.[1]

Von Anfang an war die exakte Rolle des Councils unklar: Sollte er sich auf eine stille und unparteiische Beratung des Präsidenten beschränken, oder sollte er zu einer offenen Unterstützung des Präsidenten und seiner Politik verpflichtet sein? Die Projektionen des Nationalbudgets und die entsprechenden wirtschafts- und finanzpolitischen Empfehlungen des Rates, die der Öffentlichkeit zugänglich zu machen waren, erhoben desweiteren die Frage, inwieweit der Präsident und seine Administration zu ihrer Befolgung verpflichtet waren. Vor diesem Hintergrund tat sich zwischen Edwin Nourse und Leon Keyserling ein erhebliches Konfliktpotential auf: Nourse befürwortete die "stille" Beraterrolle - eine Haltung, der Gerhard Colm beipflichtete[2] - während sein Stellvertreter Keyserling für ein einschlägiges Auftreten des Rates im Rampenlicht wirtschaftspolitischer Debatte an der Seite des Präsidenten eintrat. Nach zwei Jahren sollte sich der erste Wirtschaftsrat kaum mehr in der Lage befinden, ein geschlossenes Votum abzugeben;[3] und schließlich war Präsident Truman selbst nicht gewillt, seinen Wirtschaftsberatern sonderlich Gehör zu schenken.[4]

---

1 Colm Interview, Juli 1991.

2 Ebd.

3 Norton, Hugh S., The Employment Act and the Council of Economic Advisers 1946 - 1976, Columbia 1977, S. 110; Hobbs, Edward H., Behind the President. A Study of Executive Office Agencies, Washington, D.C., 1954, S. 99f.

4 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 206.

Unmittelbar nach Gerhard Colms Amtsantritt liefen die Vorbereitungen für den ersten *Economic Report*, der im Januar 1947 fällig war, auf Hochtouren. Die dringlichsten Probleme der frühen Truman Administration mit Ende des Zweiten Weltkrieges hatten in der Rekonversion der Wirtschaft, der Absorbierung der demobilisierten Soldaten (7,6 Millionen bis Mitte Februar 1946) und entlassenen Fabrikarbeiter (3,7 Millionen im gleichen Zeitraum) sowie der Inflationsbekämpfung (noch immer mit dem Mittel der Lohn- und Preiskontrolle) bestanden. Ohne "Mitwirkung" des Councils waren Ende 1946 zwei Probleme im großen und ganzen von selbst gelöst: die Rekonversion der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit. Der inflationäre Druck, dem sich die amerikanische Wirtschaft ausgesetzt sah, hielt dagegen unvermindert an. Nach Trumans Auffassung sollte das Jahr 1947 deshalb ein Jahr ausgabenpolitischer Beschränkung werden. Der erste Wirtschaftsbericht des CEA, der am 8. Januar 1947 vorgelegt wurde,[1] befürwortete ebenfalls in einer Phase der Vollbeschäftigung die Einhaltung eines Überschusses im Staatshaushalt - Gerhard Colm und seine Expertengruppe hatten Einnahmen über 37,7 Mrd. Dollar prognostiziert und Ausgaben über 37,5 Mrd. Dollar vorgeschlagen. Der Wirtschaftsbericht schlug keinerlei Steuerkürzungen vor, und selbstständig davon befürwortete Präsident Truman eine leichte Anhebung der Verbrauchssteuern. Im übrigen wies der *First Economic Report of the President* verhältnismäßig stark - vom New Deal geprägte - interventionistische Tendenzen staatlicher Wirtschaftspolitik auf. Die Regierung sollte ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf die Lohn-Preis-Interrelation, die Vermeidung von Arbeitskämpfen, die Einkommensumverteilung, Investition in öffentlichen und privaten Bereichen, Stabilisierung der landwirtschaftlichen Einkommen sowie nachfragestimulierende Auslandshilfe, die durch den Marshall-Plan im großen Stile umgesetzt wurde, richten. Die sozialen Fürsorgeprogramme sollten ausgedehnt werden, da anderenfalls die als notwendig erachtete *mass purchasing power* nicht gewährleistet werden könnte.[2]

Edwin Nourse und Leon Keyserling konnten von Beginn an auf einen herausragenden Stab von 18 Ökonomen zurückgreifen. Gerhard Colm war auf den Vorschlag Keyserlings hin aufgenommen worden und wurde später von dem zunächst stellvertretenden Vorsitzenden als "the outstanding one among of the whole lot" bezeichnet.[3] "Colm was the ranking member of the staff in fact, in my estimation", reflektierte Keyserling weiter, "even though he never had the title Chief of Staff."[4] Colm oblag federführend die Vorbereitung des jährlichen und halbjährlichen Wirtschafts-

---

1 Economic Report of the President to the Congress, January 8th, 1947, together with the Report of the Council of Economic Advisers, Governmental Printing Office, Washington, D.C., 1947.

2 Ebd., S. 1f., S. 18.

3 Interview Jerry N. Hess mit Leon H. Keyserling, Washington, D.C., 3.5.1971, HSTL, Oral History Series (ohne Angabe).

4 Ebd.

berichtes, die durch vertrauliche vierteljährliche und monatliche Reports an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ergänzt wurden. Letztere Berichte wurden von Colm nicht selten persönlich im Oval Office des Weißen Hauses vorgetragen. Für die Erstellung der *Economic Reports* war zur Auswertung des entsprechenden statistischen Materials eine umfangreiche Koordinationsarbeit zwischen den einzelnen Zweigen der Administration sowie des Federal Reserve Boards nötig. Colm legte besonderen Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Bureau of the Budget, das mit dem CEA gemeinsam im Executive Office of the President untergebracht war und für das der Experte die Einbeziehung wirtschaftlicher Projektionen in die Ausarbeitung der Budget-Planungen als besonders wichtig erachtete. Einmal vierteljährlich hielt der Council auch Treffen mit Interessenorganisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft ab, um sein Gesamtbild über die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung abrunden zu können.[1] So gesteht auch der bekannte Ökonom Walter S. Salant, zu jener Zeit ebenfalls im wissenschaftlichen Beraterstab des CEA tätig, Gerhard Colm eine unangefochtene, auf seiner wissenschaftlichen Kompetenz beruhende Führungsrolle im Stab zu: "He (Colm) had an undefined leadership role among the staff members, who had most frequent access to the President. ... Gerhard Colm was an extremely effective policy man. He had been there all through the war and had great wisdom, I think, and sense as a policy adviser."[2]

Die von Gerhard Colm in die Tätigkeiten und Möglichkeiten des Councils of Economic Advisers gesetzten Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. "Contrary to the fears and hopes in the debate over the Employment Act, the Council in its early years did not turn out to be influential either in developing and spreading new ideas for the management of fiscal policy or in making fiscal decisions."[3] Dies lag nicht an Gerhard Colm, aber auch nicht allein an Präsident Truman, der, wie es schien, mit dem von ihm mitgeschaffenen Wirtschaftsrat nur wenig anzufangen wußte. Es waren Nourse und Keyserling selbst, die - ihre persönlichen Diskrepanzen einmal ausgeklammert - ihren Schwerpunkt von der *fiscal policy* weg auf strukturelle Balancen in der Wirtschaft zu legen und damit an die reformerischen und interventionistischen Tendenzen des New Deal anzuknüpfen suchten. Dieser Schwerpunkt auf "structural relations and balances within the system" hatte sich bereits im ersten Wirtschaftsbericht des Präsidenten vom Januar 1947 widergespiegelt. Gerhard Colm hatte sich diesem Arbeitsschwerpunkt von vornherein beugen müssen. "Certainly they (Nourse und Keyserling) were out of tune not only with the prevailing ideas among econo-

---

1 Statement Colms über seine Tätigkeit im Council of Economic Advisers v. 9.9.1949, Colm Papers, LoC, Box 18.

2 Interview Jerry N. Hess m. Walter S. Salant, Washington, D.C., 3.3.1970, (Oral History Interview No. 57, HSTL).

3 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 205.

mists", urteilt Stein, "but also with the general public mood, which was not for additional government intervention. Probably they were also out of tune with the general needs of the country, which was suffering from exessive demand and general inflation more than from anything else. But in any case, these concerns reduced the attention the Council gave to fiscal policy."[1]

Auch die unmittelbar folgenden Wirtschaftsberichte legten ihren Schwerpunkt auf staatliche Intervention in der Wirtschaft. So forderte der zweite *Economic Report*[2] angesichts des inflationären Drucks die Vollmacht "to allocate scarce commodities and services to their most efficient necessary uses" sowie selektive Wiedereinführung von Rationierungen und Preisbegrenzungen. "Unless we achieve the necessary purchasing power adjustments in the prize-wage-profit structure, the continuance of maximum employment and production will be impossible".[3] Eine exakte Definition dieser ausgeglichenen "Preis-Lohn-Gewinn"-Struktur blieb der Wirtschaftsbericht jedoch schuldig, im Gegenteil, der dritte *Economic Report* vom Januar 1949 vermerkte, daß abstrakte Theorie kein Kriterium oder Regel entwickeln könne, um eine "stabilisierende Beziehung zwischen Löhnen, Preisen, Gewinnen" zu erzielen und zu diesem Zweck lediglich auf "empirische Beobachtung" sowie "verstärkte wirtschaftliche Analyse" zurückgegriffen werden könne.[4]

Als im Verlauf des Jahres 1949 die erste Nachkriegsrezession über die Vereinigten Staaten hereinbrach, wies der Halbjahresbericht des CEA das im Vorjahr etablierte Wohnungsbauprogramm, die Arbeitslosenversicherung, die Rentenversicherung sowie das Subventionsprogramm für die Landwirtschaft als stabilisierende Faktoren vor.[5] Unter dem Mantel der inflationären Entwicklung zwischen 1945 und 1949 seien "gravierende Lohn- und Preisverzerrungen" sowie Kaufkraftverluste für Millionen von Amerikaner aufgetreten, ohne die es nicht zu einem wirtschaftlichen Einbruch solchen Ausmaßes hätte kommen können. Preiskontrollen, erhöhte Gewinnsteuern sowie Einkommensübertragungen an nachfrageschwache Wirtschaftsgruppen (etwa die Farmer) sollten hier Abhilfe schaffen.[6]

---

1 Ebd.

2 Economic Report of the President to the Congress, January 1948, together with the Report of the Council of Economic Advisers, Governmental Printing Office, Washington, D.C., 1948.

3 Ebd., S. 5ff, S. 46ff.

4 Annual Report of the Council of Economic Advisers to the President, Governmental Printing Office, Washington, D.C., 1948, S. 31f.

5 Midyear Economic Report of the President to the Congress, July 1949, together with the Report of the Council of Economic Advisers: The Economic Situation at Midyear, Governmental Printing Office, Washington, D.C., 1949.

6 Ebd., S. 1ff.

Auch der vierte Wirtschaftsbericht[1] unmittelbar nach Ende der Rezession im Januar 1950 betonte erneut, daß als "main shield against periodic downturns" die Ausweitung der Nachfrage und die Förderung gewisser "balances" betrachtet werden müsse. Der Council verstand unter jener *economic balance* ein "dynamisches Gleichgewicht", bei dem die Einkommensverteilung in den verschiedenen Wirtschaftssektoren in einer Weise gesichert war, in der die Unternehmen mit ihren Gewinnen durch Neuinvestitionen die vorhandenen Technologien umsetzen und auf der anderen Seite die Verbraucher durch ausreichende Kaufkraft die Güter von den Märkten aufkaufen konnten.

Präsident Truman hatte Edwin Nourses Rücktrittserklärung am 1. November 1949 angenommen. Leon Keyserling übernahm den Vorsitz, während Roy Blough von der University of Chicago in den Council nachrückte. Keyserling war vehementer Verfechter des New Deal und Expansionist und war versucht, den Einfluß des Wirtschaftsrates auf allen Ebenen der Regierung und des Kongresses auszuweiten. Diese Ambitionen sollten wiederum den labilen Frieden stören, den Truman mit den konservativen Kreisen im Kongress einzuhalten bemüht war.[2] Der CEA geriet bei den Republikanern mehr und mehr unter Kritik, was seiner Stellung gegenüber dem Präsidenten, der unter einem mehrheitlich republikanisch beherrschten 80. Kongress regieren mußte, nicht zuträglich war. Hugh S. Norton faßt Trumans Haltung gegenüber seinem Wirtschaftsrat wie folgt zusammen: "Truman viewed the Council much as Roosevelt would have done - nice to have it around, lending a patina of disinterested "science", but of no real value in a political and operational sense."[3]

Die weitere Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Truman-Administration wurde maßgeblich durch die Auswirkungen des Korea Krieges beeinflußt. Die Regierung konnte hier auf altbewährte Methoden der Lohn- und Preisbegrenzung, Rationierung, Steuererhöhung, Anleihepolitik und Ressourcenlenkung zurückgreifen, die auch vom Council of Economic Advisers gefordert und unterstützt wurden.[4] In der frühen Phase des Korea Krieges konnte sich der Council sogar erfolgreich gegenüber anderen administrativen Institutionen hervortun, bis die entsprechenden Behörden wie die "Economic Stabilization Agency" oder das "Office of Defense Mobilization" ihre Arbeit aufgenommen hatten.

Auch wenn die laufende Arbeit des Councils of Economic Advisers unter wesentlicher Mitwirkung Gerhard Colms im wissenschaftlichen Arbeitsstab gewährleistet wurde, hatte der Finanz- und Haushaltsexperte doch unter ganz anderen Vorausset-

---

1 Economic Report of the President to the Congress, January 1950, together with the Report of the Council of Economic Advisers, Governmental Printing Office, Washington, D.C., 1950.

2 Norton, Hugh S., The Employment Act, S. 116f.

3 Ebd., S. 125.

4 Economic Report of the President to Congress, 1951 und 1952, a.a.O.

zungen den Dienst angetreten.[1] Unter Einbeziehung der Projektion mittel- bis langfristiger wirtschaftlicher Entwicklungen hätten nach dem Willen Colms haushaltspolitische Entscheidungen künftig unter dem Blickpunkt politisch definierter makroökonomischer Ziele, die die Budgetpolitik anzustreben hatte und die über das Vollbeschäftigungsziel hinausgehen könnten, getroffen werden sollen.[2] Sowohl mit Edwin Nourse als auch mit Leon Keyserling hatte es Gerhard Colm mit zwei Vorsitzenden des CEA zu tun, die nicht sonderlich bereit waren, sich für seinen budgetpolitischen Ansatz einzusetzen. Colm hatte zumindestens näher auf Nourses Seite - der des stillen wissenschaftlichen Beraters - gestanden. Nachdem Keyserling als Vorsitzender den Stuhl Nourses übernommen hatte, mehrten sich die Konflikte zwischen den beiden Experten. Zu der Auseinandersetzung über den Zielsetzungsschwerpunkt des Councils kam für Colm die Situation, aufgrund der Arbeitsbelastung den vielfältigen auswärtigen Verpflichtungen, die der angesehene Professor dank seiner verzweigten Kontakte außerhalb der Regierung hatte, kaum mehr nachkommen zu können.[3] Als Keyserling Colm die Annahme jeglicher auswärtiger Verpflichtungen für ein halbes Jahr dienstlich untersagen wollte, war das Maß erstmals beinahe voll - Colm verwehrte sich ausdrücklich.[4]

Als Gerhard Colm sein "Mandat für die Planung" als wirtschafts- und finanzpolitisches Konzept mit dem National Employment Act erreicht zu haben glaubte, begann die Regierung Truman, andere Prioritäten - so insbesondere auch im außenpolitischen Bereich - zu setzen. Zwar legte der Council mit seinem Wirtschaftsbericht im Jahre 1949 noch ein erstes Fünfjahres-Budget für den Zeitraum 1950 bis 1954 vor, doch machte die Administration davon niemals Gebrauch.

Eine Ursache für das Scheitern von Colms Ansatz ist in der Tatsache zu sehen, daß Regierungen ungern bereit sind, langfristig die Verpflichtung auf einen bestimmten finanzpolitischen Kurs einzugehen. Herbert Stein meint dazu: "Fiscal blueprints, programs, even principles unless stated in the most general of terms, imply commitments about the fiscal action the government will take in the future. Governments do not like to give such commitments. Every government has a fiscal policy, in the sense that it will react to certain conditions in certain ways. But the government may not know itself what its policy will be in new conditions until the conditions arise and is certainly unlikely to commit itself in advance."[5]

---

1 Colm Interview, Lusby, Md.

2 Gerhard Colms Konzept des "National Economic Planning and Programming" wurde in den folgenden Jahren weiter ausgebaut.

3 So war Gerhard Colm sogar als Berater beim Aufbau des kanadischen Gegenstücks zum amerikanischen CEA, des "National Planning Bureaus", als Berater beteiligt, Colm Papers, LoC, Box 23.

4 Leon Keyserling an G. Colm v. 17.2.1950, ebd., Box 18; Antwort Colms v. 20.2.1950 ebd.

5 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 206.

Der schwächste Punkt lag allerdings in der oft zweifelhaften Zuverlässigkeit der Projektionen selbst. Eine erste Niederlage hatten die Verfechter der *economic projections* mit ihrer Vorhersage einer großen Nachkriegsdepression hinnehmen müssen. Jene Wirtschaftswissenschaftler - einschließlich Colm - hatten den monetären Aspekten des gesamtwirtschaftlichen Geschehens zu geringe Beachtung gewidmet. Andere Experten hatten die Auffassung vertreten, daß die hohe Liquidität der Konsumenten und Unternehmen nach dem Kriege, kombiniert mit dem enormen Nachholbedarf, nach Aufhebung der restriktiven Schranken seitens der Regierung eher zu einem inflationären Nachkriegsboom führen müsse, was auch eintraf.[1] "This experience tended to support the view that money mattered much more than it was recognized in conventional Keynesian analysis. And that in turn had implications beyond the ability to forecast. It meant that there was no unique proper size of the deficit needed to achieve full employment. The proper size of the deficit for that purpose would depend on the monetary policy. There could be high employment with a deficit and tight money or with a surplus and easy money."[2]

Eine weitere Tatsache diskreditierte schließlich noch wirtschaftliche Projektionen: In den frühen Nachkriegsjahren der Truman Administration waren sie keineswegs aus der Mode gekommen. Jede Partei machte von ihnen Gebrauch, freilich nur, um ihren Argumenten für eine wirtschaftspolitische Kurssteuerung in der einen oder anderen Richtung Geltung zu verschaffen ("*estimates as weapons*"), wie in der Debatte um die Nachkriegssteuersenkung in den Jahren 1947/48 zu beobachten war.[3]

Gegen Ende der vierziger Jahre kam ein neuer Anstoß für den Ansatz einer *fiscal policy* aus einem Kreis einflußreicher Geschäftsleute um den Ökonomen Beardsley Ruml, der einige seiner Ideen bereits während des Zweiten Weltkrieges entwickelt hatte: dem Committee for Economic Development (CED). Großes Aufsehen erregte seinerzeit der im November 1947 veröffentlichte Bericht "Taxes and the Budget: A Program for Prosperity in a Free Economy".[4] Das CED sah in der Nutzung mittel- oder langfristiger Budget-Projektionen die Gefahr, daß aufgrund unzutreffender Vorhersagen eingeleitete ordnungsfinanzpolitische Maßnahmen eher den Gegeneffekt einer *compensatory fiscal policy* bewirken könnten.[5] Im gleichen Atemzug ver-

---

1 Moeller, Hero, Währung, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 432: "Indem aber der *Keynesanismus* wesensgerecht sich über das Beschäftigungsproblem hinaus zur Problematik der Wohlstandsmaximierung erweiterte, lieferte er selbst bereits den Ansatzpunkt zur "Wiederentdeckung des Geldes" (Howard S. Ellis)."

2 Ders., Presidential Economics, S. 79.

3 Holmans, A.E., United States Fiscal Policy 1945-1959, London 1961.

4 Committee for Economic Development. Research and Policy Committee, Taxes and the Budget: A Program for Prosperity in a Free Economy, New York 1947.

5 Die Gegner des Keynesianismus bauten diese Kritik später unter den Begriffen "Informations-lag", "Erkenntnis-lag", "Entscheidungs-lag" und "Wirkungs-lag" aus.

warf das Committee - als stark konservativ geprägte Vereinigung - den in Business-Kreisen traditionellen Ansatz des *budget-balancing* (dem im übrigen auch Präsident Truman stets anhing), welcher in logischer Konsequenz die Forderung nach Steuererhöhungen in einer Rezession und Steuersenkungen in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur zur Folge gehabt hatte. Als Alternative schlug das CED einen ausgeglichenen Haushalt oder u.U. einen gewissen Überschuß in Zeiten der Vollbeschäftigung vor.[1] In einer Phase eines konjunkturellen Rückgangs oder Boomes würden dann automatisch Defizite oder Überschüsse auftreten, die *per se* einen stabilisierenden Effekt auf die Gesamtwirtschaft ausüben und daher auf der *aktuellen* wirtschaftlichen Entwicklung und *nicht* auf der Abhängigkeit von Prognosen beruhen würden. Das CED schrieb monetären Eingreifinstrumenten der Zentralbank eine starke Rolle neben den fiskalischen Eingreifinstrumenten zu, um in gegenseitiger Ergänzung Fehlentwicklungen korrigieren zu können.

Dieser Ansatz des CED, der eine Annäherung konservativer Wirtschaftskreise aus Wissenschaft und Unternehmen an den Keynesianismus einleitete, sollte die *fiscal policy* der Truman Administration bis Dwight D. Eisenhower und John F. Kennedy prägen. Das CED und die ihm nahestehenden Ökonomen gingen im Unterschied zu Gerhard Colm etwa von einem "high-employment budget" - einer angenommenen Haushaltsgröße unter annähernd Vollbeschäftigungsbedingungen - aus, bei dem das Einnahmen- und Ausgabenpotential unter ihrer *möglich erreichbaren* (und nicht tatsächlichen oder prognostizierten) Größe berücksichtigt wurden. Dies sollte künftig die Differenzierung von solchen Variationen der Budgeteinnahmen und -ausgaben ermöglichen, die von der aktuellen konjunkturellen Lage oder von Veränderungen der Fiskalpolitik herrührten. "High employment was the standard condition at which the budget position should be measured, just as sea level was the standard condition at which the boiling point of liquids should be measured. Generally speaking, a decline in the high employment surplus meant that the budget was becoming less restrictive, in the sense that if other economic conditions were stable the budget would be pushing the economy in the direction of expansion. On the other hand, a decline of the actual surplus, if the high employment surplus was constant, would not mean that the budget was becoming less restrictive, but only that the budget was responding to a decline in the economy. In fact, it would be possible for the budget to be exerting a deflationary force while the deficit was rising. This would happen if the government raised tax rates during a depression which was at the same time reducing incomes and tax revenues."[2] Die Postulierung des "high-employment bud-

---

1 Der Ansatz kann in folgender Aussage zusammengefaßt werden: "Set tax rates to balance the budget and provide a surplus for debt retirement at an agreed level of high employment and national income. Having set these rates, leave them alone unless there is some major change in national policy or condition of national life"; Taxes and the Budget, S. 22.

2 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 229.

gets" wurde in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ausschlaggebend für die Durchsetzung des großen Steuerreduzierungsprogramms Kennedys, als das errechnete Vollbeschäftigungsbudget ein beträchtliches Ausmaß angenommen hatte und dazu benutzt wurde, dem tatsächlich existierenden defizitären Budget einen restriktiven Einflußfaktor auf die Wirtschaft zuzuweisen.

In einem Punkt kamen sich die Vorstellungen Gerhard Colms und die des Committees for Economic Development allerdings sehr nahe: In erster Linie sollte eine flexible Steuerpolitik - weniger die Ausgabenpolitik - als variables Instrument einer stabilisierenden *fiscal policy* eingesetzt werden.[1] Ein weiterführender Durchbruch gelang dem Committee for Economic Development jedoch mit seinem Report aus dem Jahre 1948,[2] der zu der weit verbreiteten Akzeptanz verhelfen sollte, daß *fiscal policy* und *monetary policy* als komplementäre Instrumente wirtschaftlicher Stabilisierung zu betrachten waren.[3] Nach Ansicht des CED sollte es eine Arbeitsteilung zwischen den beiden *policies* geben: war eine bestimmte *fiscal policy* vorgegeben, sollte die Zentralbank ihrerseits alle Instrumente einsetzen, um eine hohe Beschäftigungsquote unter Vermeidung von Inflation zu ermöglichen. Welche Anforderungen und welche Zielkonflikte diese Koordinierung jedoch an die Exekutive, die Legislative und die Zentralbank stellt, kommt häufig der Quadratur des Kreises gleich.

Herbert Stein faßt den wirtschaftspolitischen Konsens um das Jahr 1950, der sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges in den Vereinigten Staaten herauskristallisiert hatte, wie folgt zusammen:

"By the end of 1949 the country had reached a consensus on fiscal policy which was a long way from traditional ideas of annual budget balance and from early post-Keynesian ideas of compensatory finance. We would not try to balance recession budgets by raising taxes or by cutting expenditures. In recessions of some exceptional degree of severity we would do more than accept the automatically resulting deficit and take affirmative steps to enlarge the deficit. In contrast to earlier thinking about deficit spending, these steps were more likely to be on the revenue side of the budget (durch Steuersenkungsmaßnahmen etwa, der Verf.) than on the expenditure side. And we would in general look to some version of balancing the budget in prosperous conditions as a norm. We would not expect positive fiscal measures to respond to and counteract every actual or forecast departure from the high-

---

1 So vertrat Colm die Ansicht: "Fiscal policies play a particular role (in stabilizing the economy, d. Verf.) because they are more adaptable than many other policies", Colm, Gerhard, On the Road to Economic Stabilization, in: SR 15, 1948, S. 272.

2 Committee for Economic Development. Research and Policy Committee, Monetary and Fiscal Policy for Greater Economic Stability, New York 1948.

3 Dieser Aspekt ist allerdings weder von John Maynard Keynes noch von Gerhard Colm negiert worden.

employment target, but would accept the principle that in fiscal policy, as in many other things, striving for the best may be the enemy of achieving the good. Also in contrast to early "new" economics, we would give a considerable role to monetary policy as the partner of fiscal policy."[1]

In Washington gaben seit Ende der vierziger Jahre mehr und mehr Ökonomen den Ton an, die kein Interesse an Gerhard Colms längerfristigen Planungsperspektiven hatten und daher auch keine gesamtwirtschaftlichen Budgets mehr entwickelten. Seit 1945 stand der Finanzexperte in Kontakt mit der National Planning Association (N.P.A.) in Washington, einer privaten Forschungsgesellschaft, die sich der Nutzung wirtschaftlicher Projektionen für gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Entwicklung verschrieben hatte.[2] Zum 1. Mai 1952 reichte Gerhard Colm seine Kündigung im wissenschaftlichen Beraterstab des Präsidenten ein.[3] Eine Woche zuvor war Colm zum Mitglied der American Economic Association ernannt worden.[4]

Für Colms Rücktrittsentscheidung war auch von Bedeutung, daß in jener Zeit die Hetzjagden der McCarthy-Ära auf Kommunistenanhänger in der Administration ihrem ersten Höhepunkt zustrebten. Wenngleich Gerhard Colm nicht - wie Leon Keyserling etwa - öffentlich unter Beschuß geriet, legte das FBI doch über den Exilanten ein umfassendes Dossier an.[5] "In this campaign here no one is protected against the dirt flying around", vertraute Colm seinem in Schottland lebenden Freund und Kollegen aus der Vorbereitung der westdeutschen Währungsreform, Findlay G. Shirras, an.[6] Colm wurde vom FBI zu einem ausführlichen Verhör über aktuelle und frühere Kollegen aus der Administration herangezogen und mußte selbst eidesstattlich versichern, niemals in Verbindung zu einer kommunistischen Organisation gestanden oder auch nur Sympathie für kommunistisches Gedankengut gehegt zu haben.[7]

Gerhard Colm betonte Dritten gegenüber verschiedentlich, daß er ohne Groll den Council of Economic Advisers verlassen habe. "Despite of my leaving the Council I am still on the most friendly terms with Leon and Mary Keyserling",[8] und Colm bekundete seine Absicht, weiterhin dem Wirtschaftsrat als außenstehender Berater

---

1 Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 240.

2 Colm Papers, LoC, Box 18. Sowohl Colm als auch Keyserling hatten regelmäßig an Beratungen mit der N.P.A. teilgenommen.

3 Colm Papers, PAPC.

4 Ernennungsurkunde vom 23.4.1952, Colm Papers, LoC, Box 3.

5 Gerhard Colm File, Archiv des FBI, Washington, D.C.

6 G. Colm an Findlay G. Shirras v. 8.5.1952, Colm Papers, LoC, Box 3.

7 Eidesstattliche Erklärung G. Colms (Durchschlag, ohne Datum und Unterschrift, ca. Frühjahr 1952), Colm Papers, PAPC.

8 Colm an Shirras v. 8.5.1952, a.a.O.

zur Seite zu stehen. "One reason for leaving the Council", schreibt Colm an seinen Kollegen Walter Lichtenstein, "was mainly that I felt dissatisfied with every day work which should have been done yesterday. I need a little bit more leisure to think some of our problems through. This opportunity has been giving me at the N.P.A."[1]

6. ZUR THEORIE WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS

Die veränderte Erfahrungswelt der Nachkriegszeit hat der modernen Wachstumstheorie zum Durchbruch verholfen. Viele Länder gingen aus dem Zweiten Weltkrieg als vollbeschäftigte Wirtschaften hervor und suchten nach Möglichkeiten, die Konversionsprobleme nach 1918 zu vermeiden. Dazu kamen die politischen Spannungen durch die Teilung der Welt in zwei politische Lager. Auch in diesem Zusammenhang wurden die wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer evident. Eine nachhaltige Wohlstandssteigerung benötigte nicht nur eine Stabilisierungspolitik im keynesianischen Sinne, sondern eine Vermehrung von Produktionsfaktoren und eine Erhöhung der Produktivität auf lange Sicht[2].

Am 1. Juli 1952 wurde Gerhard Colm zum *chief economist* der National Planning Association in Washington, D.C., ernannt. Der Finanzexperte hatte mit dieser privaten Forschungsstiftung, die sich der Nutzbarmachung wirtschaftlicher Projektionen sowie wirtschaftlicher Planung zur optimalen Ausschöpfung der nationalen Ressourcen verschrieben hatte, schon während des Krieges in Kontakt gestanden.[3] Mit Colms Beitritt begann nun eine fast zwanzig Jahre andauernde Blüte dieser Institution, die mit seinem Tod im Jahre 1968 ihr Ende fand.[4]

Der Council of Economic Advisers in der Eisenhower Administration hatte sich gänzlich von der Projektion wirtschaftlicher Nationalbudgets abgewandt.[5] Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik in den 50er und 60er Jahren stand der große keynesianische Kompromiß einer antizyklischen Konjunkturpolitik, in der kaum mehr Raum für ein "National Economic Planning and Programming" im Colmschen Sinne war. Die Weiterentwicklung des auf Keynes zurückgeführten war damit noch nicht abgeschlossen. In den Tagen vor Keynes hatte das primäre Ziel der Wirtschaftspoli-

---

1 G. Colm an Walter Lichtenstein v. 12.5.1952, Colm Papers, LoC, Box 3.

2 Bombach, Gottfried, Wirtschaftswachstum, S. 764, 766.

3 Diskussionsprotokolle, Colm Papers, LoC, Box 18.

4 So Theodore Geiger, ehemaliger Kollege Colms in der N.P.A., in einem Interview am 26.8.1991 in Washington, D.C.

5 Interessanterweise etablierte Eisenhower allerdings eine "Commission on National Goals and Chapters", deren Ergebnisse jedoch keine tiefere Beachtung fanden und eher im Zusammenhang mit dem andauernden Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion zu sehen waren. Die Ergebnisse wurden veröffentlicht: "Goals for Americans". Comprising the Report of the President`s Commission on National Goals and Chapters, Washington, D.C., 1960.

tik in Preisstabilität bestanden, die man durch Nutzung monetärer Instrumente zu erreichen gesucht hatte. Die "keynesianische Revolution" hatte die Schaffung und Aufrechterhaltung einer angemessenen Gesamtnachfrage zum Erreichen des Zieles der Vollbeschäftigung unter Anwendung aller Instrumente der *fiscal policy* in den Mittelpunkt gestellt. Um das Jahr 1960 wurde eine neue Stufe "keynesianischer" Wirtschaftstheorie eingeleitet: "*Keynes cum growth*", wie die "New Economics" von Walter W. Heller einmal so treffend umschrieben wurde[1]. Die Wirtschaftspolitik, insbesondere seit der Kennedy Administration, stellte neben der maximalen Beschäftigung des vorhandenen Produktionsfaktors Arbeit und der maximalen Auslastung der vorhandenen Produktionskapazität dessen gleichzeitiges Wachstum unter Sicherung der Ausdehnung der entsprechenden Gesamtnachfrage in den Mittelpunkt. "Whatever rate of capital formation the American people want to have", drückte Paul A. Samuelson den vorherrschenden Optimismus Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre aus, "the American system can, by proper choice of fiscal and monetary program, contrive to do so."[2] Damit verbunden war eine Akzentverschiebung der qualitativen Ziele des Beschäftigungsgesetzes von 1946 durch die Ökonomen der Kennedy Administration auf klar definierte quantitative Vorgaben: eine jährliche Arbeitslosenquote sowie ein jährliches Wirtschaftswachstum von jeweils 4 Prozent.

Diese beiden makroökonomischen Ziele mußten in wechselseitiger Abhängigkeit verstanden werden und sollten auf verschiedenen Wegen erreicht werden können. Die maximal erreichbare volkswirtschaftliche Gesamtleistung (*potential output*) wurde unter der Vorgabe einer Arbeitslosenquote von 4 Prozent definiert und berechnet. Somit wurde die Arbeitslosenquote als *die* stellvertretende Variable für alle Möglichkeiten angenommen, durch die das potentielle gesamtwirtschaftliche Output durch stilliegende Ressourcen beeinflußt werden konnte. Der "Sprung" von der Arbeitslosenquote zum potentiellen gesamtwirtschaftlichen Output wurde unter der Vorgabe gemacht, daß "... whatever be the influence of slack economy activity on average hours, labor force participation, and manhour productivity, the magnitude of all these effects are related to the unemployment rate."[3] "The idea that the condition of high employment could be defined by a single statistic", beschreibt Spulber die vorherrschende Lehrmeinung jener Jahre, "that the number in question was known within a narrow margin, and that that rate would for all practical purposes remain

---

1 Spulber, Nicolas, Managing the American Economy from Roosevelt to Reagan, Bloomington 1989, S. 50.

2 Samuelson, Paul A., Stability and Growth in the American Economy, Stockholm 1963, S. 27. Zur keynesianischen Wachstumstheorie und deren Umsetzung in Wirtschaftspolitik: Spulber, Nicolas, Managing the American Economy, S. 60ff.

3 Okun, Arthur M., The Political Economy of Prosperity, New York 1969, S. 135; Spulber, Nicolas, Managing the American Economy, S. 62.

constant was a widespread belief."[1] Im Falle der Kennedy Administration wurde eine Arbeitslosenquote über 4 Prozent als *unvermeidbar* hingenommen. Nach Angaben des wichtigsten Ökonomen der Kennedy Administration neben Paul A. Samuelson, James E. Tobin, wurde diese Vorgabe unter Bezugnahme auf die 1958 vorgestellte Phillips-Kurve[2] genommen, die für die USA Mitte der fünfziger Jahre eine 4-prozentige Inflationsrate bei einer gleichzeitigen Arbeitslosigkeit über 4 Prozent veranschlagt hatte. Die Anvisierung einer niedrigeren Arbeitslosenquote wurde von Kennedys Council of Economic Advisers mithin als "unverantwortlich inflationär" eingestuft.[3]

Die Frage des wirtschaftlichen Wachstums - damit verbunden das Phänomen der gegenüber den kommunistischen Ländern offenbar "zurückbleibenden" (*lagging*) amerikanischen Wachstumsrate - stand Ende der 50er bis Anfang der 60er Jahre im Mittelpunkt des wirtschaftswissenschaftlichen Interesses in Amerika. "Economic growth is the best social program we have", äußerte auch Gerhard Colm einmal gegenüber seinem späteren Nachfolger als *chief economist* der National Planning Association, Nestor E. Tarleckyj.[4] Das Schlagwort jener Jahre, mit dem u.a. auch John F. Kennedy den Wahlkampf angetreten hatte, war die *lagging U.S. growth rate*, der sich auch Gerhard Colm in einer Untersuchung annahm.[5]

Das ursprüngliche keynesianische Modell war auf die besondere Situation der frühen 30er Jahre zugeschnitten gewesen, in welcher infolge von Arbeitslosigkeit und brachliegender Kapazitäten eine kurzfristige Expansion des Realeinkommens ohne Wachstum der Produktionsfaktoren möglich gewesen war. Keynes "General Theory" hatte eine Theorie der *kurzen* Periode begründet.

"Die für eine Entwicklungstheorie zentralen Größen wurden als vorgegeben und konstant betrachtet: Bevölkerung, Arbeitspotential, Realkapitalbestand, Konsumge-

---

1 Ebd.

2 Phillips, Arthur A., The Relationship between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the U.K. 1861-1967, in: Economica 25, 1958, S. 283 - 299.

3 Tobin, James E., The New Economics One Decade Older, Princeton 1974, S. 16f.

4 So Nestor E. Tarleckyj dem Verfasser gegenüber in einem Interview am 27.8.1991 in Washington, D.C.

5 Colm, Gerhard, The Lagging U.S. Growth Rate, in: The American Economic Review 52, 1962, S. 67ff. Der Bedrohung durch die offenkundig höhere sowjetische Wirtschaftswachstumsrate nahm sich Colm in zwei Studien an: (m. Joel Darmstaedter), Evaluation of the Soviet Economic Threat, in: Comparisons of the United States and the Soviet Economies. Papers submitted by Panelists appearing before the Subcommittee on Economic Statistics, Joint Economic Committee, Washington, D.C., 1959; ders. (m.a.), Economic Competition between the United States and the Soviet Union, Washington, D.C., 1959.

wohnheiten sowie technisches und organisatorisches Wissen".[1] Die Versuche einer Erweiterung des keynesianischen Konzepts reicht bis in die Vorkriegszeit zurück[2].

Die frühen Wachstumsmodelle (Harrod[3], Domar[4]) kannten nur einen entwicklungsdeterminierenden Produktionsfaktor, das Realkapital, und waren quasidynamische Gleichgewichtsmodelle. Dies ergab sich aus ihrer Ableitung aus der Beschäftigungstheorie heraus und hatte eine stationäre Wirtschaft zur Voraussetzung, d.h. sie betrachteten zunächst sowohl Bevölkerung, als auch Kapitalstock und technischen Fortschritt als konstant. Danach werden die Nettoinvestitionen, der Zuwachs des Realkapitals, in kurzer Sicht als die wesentliche Determinante für die Veränderung des Volkseinkommens dargestellt. Hier setzt die Wachstumstheorie an. In einer dynamischen Sicht ergeben sich aus den Nettoinvestitionen langfristige Kapazitätseffekte, die berücksichtigt werden müssen. Die Zielstellung für die Wachstumstheorie war somit die Modellierung eines Pfades (Trendanalyse) für das (potentielle) Wirtschaftswachstum, auf dem sich das Volkseinkommen und das Produktionsvolumen in einem Vollbeschäftigungsgleichgewicht befinden. "Die Analyse des gleichgewichtigen Wachstums liegt methodisch zwischen Statik und Dynamik. Sie dynamische Elemente, weil Ableitungen nach der Zeit und Bestands-Strom-Relationen (mit der Dimension Zeit) in die Modelle eingehen. Sie ist zugleich statisch in dem Sinne, daß die Zeit aus den Systemen verschwindet, sobald die Wachstumsraten als reguläre Variable betrachtet werden. Entscheidend ist, daß keinerlei 'lags' zwischen den Variablen erscheinen. Dies ist wichtig, wenn die Frage nach der Stabilität eines Wachstumspfades gestellt wird. Bekanntlich läßt sich die Existenz eines stabilen Gleichgewichts nur im Rahmen einer dynamischen Analyse nachweisen. Dynamisch in diesem Sinne sind die üblichen Wachstumsmodelle jedoch nicht."[5]

Bereits im Jahre 1939 hatte Roy F. Harrod die Bedingungen untersucht, unter denen die Volkswirtschaft eine stabile Wachstumsrate erreichen könnte. Störungen treten nach Harrod im Wachstumsprozeß deshalb auf, weil die Entscheidungen der Haushalte über das Sparen und die der Unternehmer über die Investitionen unabhängig voneinander getroffen werden; eine Übereinstimmung dieser Entscheidungen ist nur Zufall. Es muß daher, falls die freiwillige Investition nicht genau den freiwilligen Ersparnissen wertmäßig entspricht, zu einem in kontraktiver oder expansiver Rich-

---

1 Bombach, Gottfried, Wirtschaftswachstum, in: HdSW, Bd. 12, 1965, S. 703.

2 Ebd.

3 Harrod, Roy F., Towards a Dynamic Economics, London 1948; ders., An Essay in Dynamic Theory, in: Economic Journal 49, 1939

4 Domar, Evsey D., Capital Expansion. Rate of Growth, and Employment, in: Econometrica 14, 1946, S. 137ff; ders., Expansion and Employment, in: The American Economic Review 37, 1947; ders., The Problem of Capital Accumulation, in: Ebd. 38, 1948.

5 Bombach, Gottfried, Wirtschaftswachstum, S. 778.

tung verlaufenden Prozeß kommen.[1] Die Fundamentalbeziehung der Wachstumsmodelle zwischen (freiwilliger) Sparquote, den für eine gewünschte Erhöhung der Produktionskapazität notwendigen Nettoinvestitionen (als Quote definiert ergibt sich der marginale Kapitalkoeffizient) und der Wachstumsrate sind in der Ex-Post-Betrachtung wegen der Identität von S = I tautologischer Natur. Von den bei einer Aufspaltung möglichen Kausalinterpretationen hat sich in den ersten Jahren die Deutung durchgesetzt, nach der Sparquote (als Reflex einer Verhaltensweise) und Kapitalkoeffizient als exogene Variable die Wachstumsrate des Volkseinkommens determinieren. In der wachstumspolitischen Diskussion der folgenden Jahre wurde der Kapitalkoeffizient zunehmend vernachlässigt. Der Gleichgewichtsgedanke trat in den Hintergrund. "Realkapitalbildung wurde zum einzigen Instrument der Wachstumspolitik; Hilfe an die Entwicklungsländer war gleich Kapitalhilfe"[2].

Die Umsetzung der Wachstumstheorie in ihren verschiedenen, das Grundmodell ausdifferenzierenden Fassungen - zu den post-keynesianischen nachfageorientierten Modellen kamen in den 50er Jahren angebotsorientierte neoklassische Varianten auf der Basis von Produktionsfunktionen hinzu - in staatliche Wachstumspolitik berührte verschiedene Problemkreise: Infrastrukturinvestitionen als Vorbedingung und Stimulus künftigen Wachstums; Ausbau des Bildungswesens und Forschungsförderung zur Beeinflußung des technischen Fortschritts; die Ausgestaltung des Steuersystems wegen der Auswirkungen auf Leistungsbereitschaft und Investitionsneigung; Fragen der Wettbewerbspolitik, Fragen der Strukturpolitik und die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und Fragen der Preisstabilität.[3]

Ständige strukturelle Verschiebungen in den Bereichen der Wirtschaft, und damit ständige Verschiebungen in den relativen Preisen bilden eine conditio sine qua non für ein störungsfreies wirtschaftliches Wachstum. Eine Wirtschaftspolitik, die sich die Stabilisierung individueller Preise bzw. Preisgruppen zum Ziel setzt bzw. durch Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß Preisbewegungen erschwert, stört den Wachstumsprozeß durch das Herausbilden von Disproportionalitäten[4] Die Folge ist eine schleichende Inflation, die jedoch erst in den 60er Jahren verstärkt zum Thema der Wirtschaftspolitik wurde.

1969 untersuchte Ernst Dürr "Alternativen der Wachstumsplanung in Entwicklungsländern."[5] Er kam zum Ergebnis, daß kein enger Zusammenhang zwischen

---

1 Zur Wachstumstheorie Stavenhagen, Gustav, Geschichte der Wirtschaftstheorie, Göttingen [3]1964, S. 564ff.

2 Bombach, Gottfried, Wirtschaftswachstum, S. 782f.

3 Ebd., S. 783ff.

4 Ders., Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums, in: Walther G. Hoffmann (Hrsg.), Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums, Berlin 1959, S. 191, 200.

5 In: Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 1/1969, S. 53ff.

Investitionen und Wirtschaftswachstum besteht. "Der Staat hat daher die Aufgabe, nicht direkt den Wachstumsprozeß, sondern die institutionellen Bedingungen des Wirtschaftswachstums zu planen."[1]

Aus den frühen 60er Jahren sind schließlich zwei einflußreiche Studien zu nennen, die sich speziell mit dem Potential des amerikanischen Wirtschaftswachstums befaßten: James W. Knowles inkorporierte das gesamtwirtschaftliche Wachstumspotential in einer umfassenden Produktionsfunktion und veranschlagte eine "natürliche" Wachstumsrate von 3,9 Prozent pro Jahr, wobei Abweichungen nach oben und unten von einem halben Prozentpunkt durch entsprechende "low-" oder "high-growth policies" für möglich erachtet wurden.[2] Edward F. Denison untersuchte 1962 in einer Studie für das Committee for Economic Development das Potential auf alle relevanten Wachstumsfaktoren und ihre möglichen Kombinationen. Er setzte die "natürliche" Wachstumsrate der amerikanischen Wirtschaft auf 3 Prozent pro Jahr an und sah auch bei verstärkter Investition in realem oder "humanem" Kapital keine Möglichkeit einer signifikanten Modifikation.[3] Gerhard Colm hat nie eine "natürliche" Wachstumsrate postuliert. Für ihn stand fest, daß die erwünschte Wachstumsrate durch die Steuerungskräfte des Marktes *allein* nicht erreicht werden könnte: "Whatever rate of desirable growth is used, important is the hypothesis that realization of that socially desirable rate of growth is not assured by the operation of the market force alone in what I called laissez-faire capitalism."[4] Die National Planning Association unter Gerhard Colm als *chief economist* schätzte für die 60er Jahre, daß "a moderate policy program favoring economic growth could make potential output rise at something like 4 percent a year between 1960 and 1970 - perhaps even a little faster, and if the path to 1970 winds up at full employment, the actual annual growth rate could exeed 4.5 percent."[5]

Um das gesteckte Ziel eines 4-prozentigen Wirtschaftswachstums pro Jahr zu erreichen, wurde vielfach von den der New Economics nahestehenden Nationalökono-

---

1 Ebd., S. 66.

2 Knowles, James W. / Warden Jr., Charles B., The Potential Economic Growth in the United States. Materials for the Study of Employment, Growth, and Price Levels for the Joint Economic Committee, Study Paper No. 20, Washington, D.C., 1960.

3 Denison, Edward F., The Sources of Economic Growth in the United States and the Alternatives before us, CED Supplementary Paper No. 13, New York 1962.

4 Vortrag G. Colms "Innovational Impacts on American Capitalism: Fiscal Policy Innovations in Relations to Economic Growth" v. 29.12.1965 vor der American Economic Association, Colm Papers, LoC, Box 1; ders. (m. Sidney Sonnenblum u.a.), Long-range Projections for Economic Growth. The American Economy in 1970, Washington, D.C., 1959 (N.P.A. Planning Pamphleth No. 107).

5 Eckstein, Otto, The Economics of the 1960th: A Backward Look, in: Public Interest 19, 1970, S. 87. Diese Einschätzung wurde auch von der Kennedy Administration und seinem Council of Economic Advisers vertreten.

men mehr *government activism* gefordert und von der Kennedy Administration auch angekündigt. Gerhard Colm sah im Einsatz der Instrumente der *fiscal policy* neben ihrer Rolle als Ausgleichsfaktor einer antizyklischen Konjunkturpolitik das entscheidende Mittel zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums,[1] eine Ansicht, die sich seiner Meinung nach in den USA nun endlich durchgesetzt hätte.[2] Die einflußreichen Nationalökonomen jener Jahre, von Simon Kuznets über Paul A. Samuelson zu Edward F. Denison und Gerhard Colm, waren sich - wenngleich mit unterschiedlicher Gewichtung - darüber einig, daß jener *government activism* an den grundsätzlichen Determinanten wirtschaftlichen Wachstums anzusetzen hätte, da die Ausdehnung der Produktionskapazität in erster Linie nur über die Vergrößerung und qualitative Verbesserung dieser Determinanten zu erreichen sei.[3] Als *Determinanten wirtschaftlichen Wachstums* galten die Anzahl und der qualitative Ausbildungsstand der Arbeitskräfte, der Umfang und die Struktur des existierenden Kapitalstocks,[4] der Stand der Technologie und deren tatsächliches Umsetzungsvermögen sowie die vorhandenen und erschließbaren Ressourcen und deren effektive Allokation. Der Motor wirtschaftlichen Wachstums, so Colm in einem Statement vor dem Joint Economic Committee, sei die Sicherung einer angemessenen Nachfrage, steigende Investitionen, Forschung in neuen Technologiebereichen sowie die "investition in human capital."[5] "Production requires healthy and well-trained people," führte Colm an anderer Stelle vor dem Joint Committee aus, "it also requires people who are motivated to make success of their jobs. And it requires holding to a minimum the deadweight cost of juveline delinquency and other social cost which often result from poor environment and living conditions. Thus seen, social programs are not a drag on economic growth but an essential factor in the promotion of economic growth."[6]

Dem Staat fiel bei der Stimulation wirtschaftlichen Wachstums nach Gerhard Colm die tragende und koordinierende Rolle zu, könnte doch nur er eine effektive Erschließung der nationalen Ressourcen mit Blick auf das globalwirtschaftliche Umfeld als Ganzes sichern. "Economic growth", so Colm über die Bedeutung öffentli-

---

1 Vortrag G. Colms "Fiscal Policy" auf dem Meeting der Treasury Economic Consultants v. 15.8.1963, Colm Papers, LoC, Box 19.

2 Vortrag G. Colms "The Task of Fiscal Policy in the Years ahead" vor dem Subcommittee on Fiscal Policy of the Joint Economic Conference v. 26.10.1964, ebd., Box 1.

3 Spulber, Nicolas, Managing the American Economy, S. 63.

4 Colm, Gerhard / Geiger, Theodore, Economic Structure and Economic Growth: Some Suggestions for Research arising from various N.P.A. Studies, in: The comparative Study of Economic Growth and Structure, National Bureau for Economic Research, New York 1959, S. 110 - 113.

5 "Investment and Growth", Statement G. Colms for the Joint Economic Committee v. 5.2.1962, Colm Papers, LoC, Box 1.

6 Paper G. Colms on "The Problems of Program Appraisal in the Field of Development of Human Resources" for the Joint Economic Committee. Compendium of Papers for an Economic Analysis of Federal Programs for the Development of Human Resources v. 28.11.1967, ebd., Box 23.

cher Investitionen für wirtschaftliches Wachstum, "can most effectively be supported by more adequate progress in program for economic and social infrastructure. One million dollar spent on mass transportation or urban renewal or training in corporations in which we have bottlenecks will probably stimulate more private investment than a million dollar reduction in corporate taxes."[1]

Der zuletzt zitierte Vortrag Colms stand in Zusammenhang mit der großen wirtschaftspolitischen Debatte der frühen 60er Jahre in den Vereinigten Staaten, dem Steuerreduzierungsprogramm John F. Kennedys. Wenngleich sich die amerikanische Wirtschaft bis zum Ende des Jahres 1961 von der seit Ende der 50er Jahre andauernden Rezession kurzfristig leicht erholt hatte, sahen sich Kennedy und seine Wirtschaftsberater im ersten Quartal 1962 erneut mit einer Arbeitslosenzahl von 4,4 Millionen (5 Prozent) konfrontiert. Die kontrovers geführte Debatte drehte sich um die Frage, ob mit Hilfe einer Steuerreduzierung die fortdauernde Rezession überwunden und wirtschaftliches Wachstum stimuliert werden könnte - oder ob zu diesem Zweck erweiterte Ausgabenprogramme notwendig waren, oder von beiden Optionen gleichzeitig Gebrauch gemacht werden sollte.[2] Nach einem zunächst zurückhaltenden haushaltspolitischen Kurs im ersten Amtsjahr kündigte John F. Kennedy im Juni 1962 dem Kongress gegenüber ein umfassendes Steuerreduzierungsprogramm an. Am 14. Dezember 1962 präzisierte der Präsident seinen Plan: "I am not talking about a quickie or a temporary tax cut. ... I am talking about the accumulated evidence of the last five years that our tax system, developed as it was, in good part, during World War II to restrain growth exerts too heavy a drag on growth in peace time."[3] "The distinctive elements that characterized both Kennedy's stamp on economic policy and the makeup of the "New Economics" were thus in full view by the end of 1962,"[4] beschreibt Spulber die Wirtschaftspolitik der Kennedy Administration, "these were in terms of *goals*, their quantification and a shift from moderating cyclical swings to closing the 'gap' between actual and potential outputs; in terms of *instruments*, the launching of guideposts for prices and wages to secure stability ..., and an across-the-board tax cut - not expanded government spending or easy money - in order to overcome the recession and to achieve the set rate of growth."[5]

Der amerikanische Bundeshaushalt wies zu jenem Zeitpunkt ein beträchtliches Defizit auf. Wie konnte Kennedy und mit ihm einige seiner engsten Berater ein so um-

---

1 Vortrag G. Colms "Fiscal Policies: Broad Issues" vor dem Meeting der Economic Advisory Group, Department of the Treasure, v. 2.5.1963, ebd., Box 19. John F. Kennedy setzte solche Programme durch den Housing Act, den Area Redevelopment Act sowie den Manpower Training Bill aus den Jahren 1961/62 in größerem Stile um.

2 Ausführlichste Darstellung bei Stein, Herbert, The Fiscal Revolution, S. 372ff.

3 Public Papers of the President: John F. Kennedy, 1962, Washington, D.C., 1963, S. 877f.

4 Spulber, Nicolas, Managing the American Economy, S. 68.

5 Ebd.

fassendes Steuerreduzierungsprogramm angesichts dieser Tatsache rechtfertigen? Nach dem Economic Report des Councils of Economic Advisers (unter Walter W. Heller) aus dem Jahre 1963[1] lag zu diesem Zeitpunkt kein konjunkturzyklisch bedingter unmittelbarer Handlungsbedarf wie in den Jahren 1949, 1953 oder 1957 vor. Dennoch bildeten laut dem Report Unterbeschäftigung und brachliegende Kapazitäten ein Hindernis für die maximale volkswirtschaftliche Gesamtleistung sowie wirtschaftliches Wachstum. "The need for early action lies then," fährt der Bericht fort, "not in imminent recession but in continued waste of manpower and machines and in tharted opportunity for long-run growth."[2] Anfangs würde die Steuerreduzierung zwar das Defizit im Haushalt vergrößern, doch entsprechende Haushaltsumschichtungen würden den zu erwartenden expansionistischen Effekt der Steuerreduzierungen noch verstärken können.[3] Präsident Kennedy selbst ging mit den von ihm gesteckten Erwartungen sogar noch weiter: "Total output and economic growth will be stepped up by an amount several times as great as the tax cut itself. ... *A balanced federal budget in a growing full employment economy* will be most rapidly and certainly achieved by a substantial expansion in national income, carrying with it the needed tax revenues."[4] Das haushaltspolitische Konzept der Kennedy Administration beruhte somit auf dem Ansatz des Councils for Economic Development, das von einem "high-employment budget", einer angenommen Haushaltsgröße unter annähernd Vollbeschäftigungsbedingung, ausging, bei dem die Einnahmen und Ausgaben unter ihrer *möglich erreichbaren* Größe berücksichtigt wurden.[5] Mit diesem Argument konnte Kennedy trotz Haushaltsdefizits Steuersenkungen fordern, da der Haushalt - unter "normalen" Vollbeschäftigungsbedingungen betrachtet - als ausgeglichen angenommen wurde.

Zu den prominentesten Kritikern des Steuerreduzierungsprogramms John F. Kennedys zählten der einflußreiche Vorsitzende des "House Ways and Means Committee", des Haushaltsausschusses des Kongresses, Wilbur Mills, nach dessen Meinung die Funktion der Steuern darin zu bestehen hätte, die Einnahmen des Fiskus zu erhöhen und nicht die Wirtschaft zu manipulieren.[6] Arthur und Raymond Saulnier, beides ehemalige CEA-Vorsitzende der Eisenhower Administration, bezweifelten generell

---

1 Economic Report of the President, together with the Annual Report of the Council of Economic Advisers to the President, January 1963, Governmental Printing Office, Washington, D.C., 1963.

2 Ebd., S. 37.

3 Ebd., S. 52.

4 Public Papers of the President, John F. Kennedy, 1963, Washington, D.C, 1963, S. 75, S. 77 (Kursivdruck eingefügt).

5 Committee for Economic Development. Research and Policy Committee, Taxes and the Budget: A Program for Prosperity in a Free Economy, New York 1947.

6 Kennedy konnte Mills schließlich für sein Gesetzesvorhaben gewinnen, indem er einige Konzessionen hinsichtlich Etateinsparungen machte.

den Einfluß von Steuerreduktionen auf das Beschäftigungsniveau - sie befürchteten lediglich einen Anstieg des Haushaltsdefizits.[1] Zu den ursprünglichen Kritikern von Kennedys Vorhaben gehörte auch Gerhard Colm, der den Hebel lieber an der Ausgabenseite des Budgets angesetzen wollte: Die städtische Entwicklung, darunter etwa der Ausbau der öffentlichen Transportsysteme, stellten ein enormes Wachstumspotential dar, das durch Mehrausgaben, die eine gleichzeitige Steuerreduzierung nicht ausschlössen, angekurbelt werden sollte. Einem zusätzlich investierten Dollar gestand Colm dabei einen Multiplikatoreffekt von einem Faktor 2½ zu. "I agree that tax reduction should have the highest priority now", sagte er vor dem Joint Economic Committee aus, "but it should also be recognized that continuing tax reduction *alone* and by itself will not result in the best allocation of resources in accord with national needs."[2] In einem gemeinsamen Programmpapier mit Leon Keyserling forderten die beiden ehemaligen Wirtschaftsberater Mehrausgaben des Bundes in Sektoren, in denen fortdauernd hohe Arbeitslosigkeit herrsche sowie eine allgemeine Erhöhung der Nachfrage mittels Lohnerhöhungen.[3]

Selbst im unmittelbaren Beraterbereich des Präsidenten herrschte eine gewisse Uneinigkeit: "While it was right", schrieb Paul A. Samuelson, "that fiscal policy should receive much emphasis, it is in the realm of monetary policy that a mixed-enterprise like ours can do the most to slow down or step up its rate of economic growth. ... A strongly growth-inducing policy of monetary ease, if it succeeds in producing overfull employment, can be combined with an austere fiscal policy, in which tax rates are kept high enough and/or expenditure rates low enough so as to remove inflationary pressures of the demand-pull type and to succeed in increasing the net capital formation share of our full employment income at the expense of the current consumption share."[4]

John F. Kennedy wurde am 22. November 1963 ermordet. Es fiel der Johnson Administration zu, das große Steuerreduzierungsprogramm - ebenso wie die von Kennedy initiierte Bürgerrechtsgesetzgebung - durchzusetzen. Wenige Wochen nach der Amtsübernahme bezeichnete die neue Administration in ihrem Economic Report vom Januar 1964 die Steuerreduzierung als ihre dringlichste Aufgabe und wirksamsten Anstoß für wirtschaftliches Wachstum.[5] In einer wachsenden Volkswirt-

---

1 Spulber, Nicolas, Managing the American Economy, S. 69.

2 Statement G. Colms vor dem Joint Economic Committee of the Congress v. 4.2.1963, Colm Papers, LoC, Box 1.

3 Colm, Gerhard / Keyserling, Leon, Two top Priority Programs to reduce Unemployment, submitted to the Washington, D.C., Conference on Economic Progress, December 1963, ebd., Box 19.

4 Samuelson, Paul A., Fiscal and Financial Policies for Growth, in: Gutman, Peter M. (Hrsg.), Economic Growth. An American Problem, Englewood Cliffs, 1964, zit. n. Spulber, Nicolas, Managing the American Economy, S. 70.

5 Economic Report of the President, together with the Annual Report of the Council of Economic

schaft seien entweder regelmäßige Anpassungen der Höhe der Haushaltsausgaben nötig, um einen expansionshemmenden Effekt des steigenden Steueraufkommens angesichts steigender Einkommen bei gleichbleibenden Steuersätzen zu vermeiden (*fiscal drag*) oder, umgekehrt, seien in dieser Entwicklung Gelegenheit zu Steuerreduzierungen geboten (*fiscal overspend*).[1]

Die Gesetzgebung, die schließlich im Frühjahr 1964 verabschiedet wurde, stellt bis zum heutigen Tage in der Geschichte der Vereinigten Staaten das umfassendste Steuerreduzierungsprogramm durch alle Einkommensschichten sowie auf unternehmerischer Seite dar. So sank etwa der oberste Einkommenssteuersatz von 91 Prozent auf 70 Prozent; die Körperschaftssteuer wurde ebenso gesenkt wie die unternehmerischen Abschreibungen für Neuinvestitionen angehoben. Für den Bundeshaushalt beliefen sich die Einkommenseinbußen auf insgesamt etwa 14 Mrd. Dollar oder 2 Prozent des erwirtschafteten Bruttosozialprodukts aus dem Jahre 1964.[2]

Herbert Stein endet sein umfassendes Werk "The Fiscal Revolution" über die Entwicklung der *fiscal policy* in den Vereinigten Staaten seit den 20er Jahren mit dem großen "Kennedy-Johnson tax cut". Die 60er Jahre hindurch wurde dieses Gesetz als die große Errungenschaft und gleichzeitiger Höhepunkt der keynesianischen New Economics betrachtet. "The act, which more than any other", schrieb dazu Stein in der ersten Auflage, "came to symbolize the fiscal revolution."[3]

Inwiefern konnte Stein und einige andere Gelehrte von einem Sieg einer "fiscal" oder "keynesianischen" Revolution sprechen? In den Vereinigten Staaten - wie auch in Westeuropa, das die Entwicklungen der wirtschaftlichen Vormacht der westlichen Hemisphäre stets aufmerksam verfolgte - hatte sich auf breiter Mehrheitsbasis der Gedanke durchgesetzt, daß die Regierung mit den Instrumenten der *fiscal policy* für die Gewährung wirtschaftlicher Stabilität, hohem Beschäftigungsgrad und wirtschaftliches Wachstum verantwortlich war. Durch Erhöhung der Staatsausgaben relativ zu den Einnahmen sollte als eine Option zu diesem Zweck die Gesamtausgaben in der Volkswirtschaft erhöht und damit das tatsächliche Output und die Beschäftigung angehoben werden. Eine bevorzugte Maßnahme, die als eine Konzession gegenüber konservativen Kreisen der Wirtschaft im Kongress zu betrachten war, stellte seit Anfang der 60er Jahre mit der gleichen Zielsetzung eine Reduzierung der Steuern dar. Als ein Novum entwickelte die Kennedy Administration (in Anlehnung an Vorarbeiten des CED) das Konzept des "full-employment budgets", das - eben-

---

Advisers to the President, January 1964, Governmental Printing Office, Washington, D.C., 1964.

1 Zur Diskussion Spulber, Nicolas, Managing the American Economy, S. 70f.

2 Stein, Herbert, Presidential Economics, S. 107.

3 Ders., The Fiscal Revolution, S. 372.

falls als Rücksichtnahme gegenüber den Konservativen zu verstehen - eine Art Rückbesinnung auf eine "balanced-budget rule" bedeutete.[1]

Das Konzept des Steuerreduzierungsprogramms der "New Economists" jener Tage kann wie folgt beschrieben werden: "Tax reduction would leave more after-tax income in the hands of taxpayers, individuals and businesses. Having more income available to spend, they would spend more for the purchase of goods and services, both consumer's goods and capital goods. The increase of spending would be, in the first instance, an increase in the dollar value of expenditure. But it would also be an increase in *real* expenditure, matched by an increase of real output and employment. This assumed that there were businesses willing to produce more, and workers willing to work more, at the existing real prices and wages, so that when spending in dollar terms increases, more output and labor would be forthcoming and the entire increase of spending would not be absorbed by an increase in prices and wages."[2] Hinter diesem Konzept verbarg sich somit der ursprünglich keynesianische Gedanke: die Volkswirtschaft operiere unter Vollbeschäftigungsniveau bzw. unterhalb maximal erreichbarem Output.

Rückblickend auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Kennedy- und frühen Johnson-Jahre, stellte James E. Tobin 1974 fest: "Throughout 1965 the management of the domestic economy under the New Economics was a great success, and was generally perceived as such."[3] In der Tat stiegen die volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben, das tatsächliche gesamtwirtschaftliche Output sowie die Beschäftigung an - und dies in einem erheblich größerem Umfang als in den der Steuersenkung vorangegangenen Jahren. 1965 wuchs das Bruttosozialprodukt, bezogen auf das Vorjahr, um 6 Prozent - bei einer Inflationsrate von lediglich 2 Prozent und einer Arbeitslosenquote, die die von der Kennedy Administration angestrebte 4 Prozent-Marke nur unwesentlich übertraf (4,5 Prozent).[4] Mit Befriedigung verwies der Economic Report des Präsidenten auf die Tatsache, daß das Bruttosozialprodukt von sieben Ländern der

---

1 Interessanterweise zog knapp 20 Jahre später die konservative Reagan Administration, die expressiv mit einem "angebotsorientierten" Wirtschaftsprogramm (im Gegensatz zum "nachfrageorientierten" Ansatz keynesianischer Wirtschaftspolitik) angetreten war, die Kennedy-Johnson-Steuerkürzung als Paradebeispiel dafür heran, daß umfassende Einkommensteuerreduzierung nicht nur das Nationaleinkommen, sondern auch gleichzeitig das Steueraufkommen anheben könnten (Laffer-Kurve, 1980). Die Argumentation der "supply-side" Wirtschaftstheoretiker ist in diesem Zusammenhang nur eine entgegengesetzte: durch die Steuerreduzierung würden nun erst Arbeitskräfte und Produktionskapazitäten durch Schaffung des entsprechenden Anreizes mobilisiert werden. Damit würde die gesamtwirtschaftliche Leistung und damit letztlich auch das Steueraufkommen erhöht werden.

2 Stein, Herbert, Presidential Economics, S. 108.

3 Tobin, James, New Economics, S. 34.

4 Economic Report of the President, together with the Annual Report of the Council of Economic Advisers to the President, January 1966, Governmental Printing Office, Washington, D.C., 1966.

Erde nicht an den Produktions*zuwachs* der Vereinigten Staaten des Vorjahres heranreichen könne. Auch für Gerhard Colm, der zuvor stellenweise skeptisch gewesen war, wurde der Erfolg des Kennedy-Johnson-Steuerreduzierungsprogramms schließlich zum Symbol für den Siegeszug der von ihm vertretenen Finanzpolitik.[1]

In den Wirtschaftswissenschaften ist die Frage kontrovers diskutiert worden, bis zu welchem Grad die wirtschaftliche Prosperität in der ersten Hälfte der 60er Jahre auf die Steuerreduzierung der Kennedy-Johnson Administration zurückzuführen ist. Waren in diesem Zusammenhang nachfrage- oder angebotsstimulierende Effekte dominierend? Ist die steigende Gesamtnachfrage jener Zeit nicht viel mehr auf die massive Ausdehnung der Geldmenge als auf die Steuerreduzierung zurückzuführen? Eine endgültig befriedigende Antwort ist nie gefunden worden. "It is proper to start saying", behandelt Stein abschließend diesen Forschungsgegenstand, "that economists do not surely know the answer to this question. Many other things were going on besides the tax cut, and it is hard to disentangle the effects of the tax from other effects. But still, the weight of the evidence is against the idea that the supply-side effects of the tax cut were dominant."[2] Eine Reihe von Wissenschaftlern hat seit den 60er Jahren das Verhalten der wirtschaftlichen Gesamtnachfrage, das Geldvolumen, die Finanzpolitik und andere Variabeln untersucht und untereinander in Beziehung gesetzt. Einige Wissenschaftler sind zu dem Schluß gekommen, daß die wirtschaftliche Gesamtnachfrage entscheidend von der Geldmenge bestimmt wird und führen folglich den Nachfrageanstieg primär auf das Geldmengenwachstum zurück. Andere Ökonomen wie Gerhard Colm verweisen auf die erfolgreiche Anwendung einer angemessenen *fiscal policy* (in diesem Fall: Steuerreduzierung bei faktisch gleichbleibender Haushaltshöhe) und betrachten die monetären Faktoren als sekundär.

Aus dem heutigen Stand der Wissenschaft heraus kann als gesichert angenommen werden, daß beiden Faktoren eine etwa gleichrangige Wirkung zuzuordnen ist. "However, the good performance of the economy was considered to be the complete demonstration of the validity of the Keynesian theory. This was because the Keynesian theory was then the standard theory. It was the way in which almost everyone who thought about it looked at the world. The experience of the tax cut was not inconsistent with the theory, and therefore was thought to be confirmation of it. If the standard theory of the time had been that the behavior of the economy was determined by monetary policy, the experience of the early 1960s would have been seen to be not inconsistent with that and would have been taken as confirmation of it."[3]

Gerhard Colm konnte den Glauben an die mögliche erfolgreiche Handhabung einer keynesianisch geprägten *fiscal policy* verwirklicht sehen: "Experience after the Ken-

---

1 N.P.A. Memorandum by Gerhard Colm v. 28.9.1965, Colm Papers, LoC, Box 12.

2 Stein, Herbert, Presidential Economics, S. 109f.

3 Ebd., S. 111.

nedy-Johnson tax cut did much to make an extreme version of Keynesian economics standard doctrine for many years. What came to be believed was not only that fiscal policy could be used to moderate fluctuations of output and employment. The tax cut was thought also to demonstrate that continuous manipulation of tax rates could keep the economy at quite a ambitious level of full employment and could do without inflation."[1]

Das Heranziehen des Kennedy-Johnson Steuerreduzierungsprogramms als Beispiel für die erfolgreiche Anwendung sogenanntem *fine-tunings* - jener "Feinsteuerung" der Gesamtwirtschaft mittels präziser und flexibler Adaptionen einer entsprechenden *fiscal policy* auf der Grundlage wirtschaftlicher Projektionen - wird von einer Anzahl von Wirtschaftswissenschaftlern lediglich ironisch abgehandelt: Die Debatte Kennedys nahm im Jahre 1962 ihren Ursprung und fußte in der Furcht vor einer bevorstehenden Rezession. Im folgenden Jahr 1963, als die oben dargestellte Debatte den Kongreß und die akademische Diskussion beherrschte, erholte sich die Wirtschaft langsam wieder. Als die Steuerreduzierungen schrittweise in den Jahren 1964/65 in Kraft traten, hatte die Konjunktur ihre volle Blüte wiedererlangt, was im übrigen ein Argument dafür wäre, daß die Zeitspanne für die Erbringung eines wie auch immer gearteten "Beweises" für den Erfolg und die Wirksamkeit der Steuerreduzierungen bedenklich kurz war. Die Mitte des Jahres 1965 brachte die Wende. Die Anzeichen aufkeimender Inflation verstärkten sich, und ab 1966 wurde die amerikanische Wirtschaft von den Auswirkungen des Vietnam Krieges beherrscht. Kaum war Präsident Johnson geneigt, sich auf den Lorbeeren seines "Erfolges" auszuruhen, war Handlungsbedarf in umgekehrter Richtung gefordert. Dem Drängen seiner Wirtschaftsberater nach Erhöhung der Steuern im Jahre 1966, die dringend geboten war, gab Johnson zunächst nicht nach, mußte sich später jedoch den Verhältnissen beugen. Dabei hatte der Präsident nicht nur den Kommunisten in Indochina, sondern gleichzeitig auch der Armut in der Heimat den Krieg angesagt (*Great Society Program*). Die wirklichen Kosten dieser beiden "Kriege" hat Präsident Johnson seinen Landsleuten nie aufzubürden gewagt.

Den Höhepunkt erreichte die New Economics in der Ausgabe der *Time* vom 31. Dezember 1965. Das Titelblatt zeigte eine Porträt John Maynard Keynes, und die dazugehörige Story erklärte dem Leser, daß die New Economists die Theorie J.M. Keynes in einer Weise anzuwenden gelernt hätten, die einen hohen Beschäftigungsgrad sowie wirtschaftliches Wachstum ohne Inflation sichern könnte. Die *Time* zitierte sogar einen der erklärtesten Nicht-Keynesianer jener Jahre, Milton Friedman, mit den Worten: "We are all Keynesians now." Was freilich Friedman wirklich gesagt hatte, liest sich in einem anderen Zusammenhang: "We are all Keynesians now *and nobody is any longer a Keynesian*." Damit hatte der führende Monetarist ausdrücken

1 Ebd., S. 112.

wollen, daß zwar nach knapp 30 Jahren die breite Masse der wirtschaftswissenschaftlichen Zunft die Tragweite keynesianischer Wirtschaftstheorie endlich verstanden hätte, niemand mehr aber ernsthaft an all ihre Errungenschaften glauben könnte.[1]

Gerhard Colms Forschungen als *chief economist* der National Planning Association gingen über den Zielbereich breit angewandter keynesianscher Wirtschaftspolitik hinaus.

7. "PLANUNG" IN EINER MARKTWIRTSCHAFTLICHEN GRUNDORDNUNG: DAS KONZEPT DES "NATIONAL ECONOMIC PLANNING AND PROGRAMMING"

Gerhard Colm bezeichnete das amerikanische Beschäftigungsgesetz von 1946 als "Mandat für die Planung".[2] "Even though no formal planning procedure has been developed", räumt Colm dabei ein, "the advice given to the President by the Council of Economic Advisers has been based on the use of planning concepts."[3] Er hatte die Umsetzung seines budgetpolitischen Ansatzes während seiner Tätigkeit im wissenschaftlichen Beraterstab des Präsidenten nicht verwirklicht gesehen und hatte die Truman Administration noch vor ihrer Ablösung durch die Republikaner unter Präsident Dwight D. Eisenhower verlassen.

In seiner im Jahre 1958 in Zusammenarbeit mit Theodore Geiger in erster Auflage erschienenen Studie über "The Economy of the American People"[4] zeigte sich Colm überwiegend zufrieden über die Struktur und das Funktionieren der amerikanischen Wirtschaft. Trotz starker Unternehmenskonzentration - 100 der größten amerikanischen Firmen kamen Ende der fünfziger Jahre für 35 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts auf (*big business*) - sah Colm insbesondere in Hinblick auf den übrigen Wirtschaftssektor die Konkurrenz hinreichend gesichert. Darüber hinaus würden die Großkonzerne in Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften, Interessenorganisationen sowie der Regierung einander die Waage halten, wenngleich ständige Wachsamkeit gefordert wäre. "The United States now seems to be approaching a

---

1 Ebd., S. 113.

2 Colm, Gerhard, Economic Planning in the United States, in: WA 92, 1964, S. 40.

3 Ebd., S. 41.

4 Colm, Gerhard / Geiger, Theodore, The Economy of the American People. Progress. Problems. Prospects, Washington, D.C., 1958, [2]1961, [3]1967. Ziel des Werkes ist lt. Vorwort, "... to analyze the nature and prospects of the American economic system, how our private enterprise economy has been able to achieve such high productivity and living standards, why it has not succumbed to the fates predicted by the Communists and other social prophets of doom, what its actual problems are and its prospects are likely to be." Bei dieser globalen Untersuchung handelt es sich um eine der bemerkenswertesten Studien über die amerikanische Wirtschaft bis in die 70er Jahre hinein.

situation in which neither business, labor, farmers nor government has disproportionate influence. Each sector is vigorous, dynamic and powerful, but each recognizes that it will be curbed if its actions adversely affect the general welfare."[1] Dahingegen hätte das Problem wirtschaftlicher Instabilität noch immer nicht gelöst werden können. Die Menschen müßten noch immer in Furcht vor Rezession und Depression bis hin zur Zerstörung der Umwelt infolge unkontrollierten wirtschaftlichen Wachstums leben. Obwohl die technologische Revolution der vergangenen Jahrzehnte das Produktionspotential enorm gesteigert hätte, hätte die Gesellschaft in der Schaffung der geeigneten Institutionen zur optimalen Nutzung dieses Potentials versagt.

1958, als John Kenneth Galbraith' Werk "The Affluent Society"[2] erschien, erkannte auch Gerhard Colm ein "kulturelles Paradox" in dem auf der einen Seite steigenden materiellen Überfluß und der auf der anderen Seite sinkenden Lebensqualität. "We cannot take for granted", urteilt Colm, "that our expanding economy will automatically provide the particular goods and services which will make the greatest contribution to the most urgent national objectives and the general welfare."[3] Wie in den vorangegangenen 30 Jahren plädierte Colm weiterhin für den Ausbau des öffentlichen Wirtschaftsektors: Zu viele der knappen Ressourcen würden für den privaten Konsum von Gütern und Dienstleistungen statt für die Produktion "öffentlicher Güter" wie Schulen, Krankenhäuser, Infrastruktur oder etwa Stadtteilsanierung aufgewendet. Als Folge läge die öffentliche Infrastruktur in den Vereinigten Staaten vielerorts brach und könnte nicht mehr den Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung und expandierenden Wirtschaft gerecht werden.

Gerhard Colm war der National *Planning* Association beigetreten. Im Begriff "Planung" liegt Colms Antwort auf die dringendst zu lösenden Probleme der modernen Industriegesellschaft. "Planning is not a monopoly of centrally regulated economies", schickt Colm hierzu vorweg, "it is an equally essential factor in an effectively functioning free enterprise and free labor economy with democratic institutions."[4]

Gerhard Colm baute seit den 50er Jahren sein Konzept des "Nation's Economic Budget" aus. Das wirtschaftliche Nationalbudget war als eine Projektion der einzelnen volkswirtschaftlichen Konten in eine künftige Periode definiert worden. Colm hatte nach wie vor eine Erstellung dieser Projektionen in einem längerfristigen Rahmen im Sinn.[5] Ein vierjähriges Nationalbudget sollte etwa über eine entsprechende

---

1 Ebd., S. 68. Zum folgenden insbesondere Gruchy, Allan G., Contemporary Economic Thought. The Contribution of Neo-Institutional Economics, Clifton 1972, S. 237ff.

2 Galbraith, John Kenneth, The Affluent Society, Boston 1958.

3 Colm, Gerhard, The Economy of the American People, S. 81.

4 Ebd., S. 165.

5 Ders., Economic Projections: Tools of Economic Analysis and Decision Making, in: The American

Periode das Bruttosozialprodukt und dessen Verwendung projizieren. Ein vierjähriges "Vollbeschäftigungs"-Budget sollte nach den Vorstellungen Colms für den entsprechenden Zeitraum ein Budget erstellen, das Vollbeschäftigung unter der voraussichtlich zu erwartenden arbeitsuchenden Bevölkerung sicherstellen sollte. In einem solchen Budget wurden dementsprechend der private Verbrauch, die privatwirtschaftlichen Investitionen sowie die öffentlichen Ausgaben eingerechnet. "Economic policy", fordert Colm für die staatliche Wirtschaftspolitik weiter, "is designed to affect the future. From this follows that deliberate economic policy must be based on notions about the future development which are held desirable; about future developments which are likely to occur if no action is taken; and about the effect which the contemplated or other possible measures of economic policy are likely to have on reaching desirable future developments."[1]

Er wollte die Nationalbudgets auch nicht als exakt quantitative Vorhersage des Bruttosozialprodukts und dessen Verwendung verstanden wissen.[2] Dagegen sollte das Nationalbudget als eine *Ankündigung* bzw. *Projektion* der Regierungsziele (bzw. der auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhenden Ziele) hinsichtlich des Bruttosozialprodukts und seiner Verwendung dienen. "Their main feature", erklärt Colm dazu, "is that they reflect national objectives and state policy goals"[3] In ihnen sollten sich die Ziele hinsichtlich der gewünschten wirtschaftlichen Wachstumsrate, des Beschäftigungsgrades oder der Balance zwischen Konsum und Investitionen widerspiegeln. Anders ausgedrückt: In den Nationalbudgets sollten die wirtschaftlichen Prioritäten der Nation in quantitativer Form ausgedrückt werden.[4]

Als einen Schritt in die Richtung eines "National Economic Planning and Programming" beurteilte Gerhard Colm den verstärkten Einsatz wirtschaftlicher Projektionen bei der Investitionsplanung von Unternehmen. "The increasing use of economic projections in the United States moves in the same direction as indicative planning."[5] "Long-term economic projections", weist Colm die Vorteile vor, "are tools for evaluating the prospects for long-run economic growth and market develop-

---

Economic Review 48, 1958; ders., Economic Prognosis as Basis of Economic Policy, in: SchVfS N.F., Bd. 25, 1962.

1 Ders., Economic Prognosis, in: Ebd., S. 443.

2 "Economic Projections can provide a frame of reference or a perspective for the evaluation of economic policies. It cannot be sufficiently emphasized that such projections are not predictions." Ders., Some idle Reflections on Economic Projections, in: Eisermann, Gottfried (Hrsg.), Wirtschaft und Kultursystem. Alexander Rüstow zum 70. Geburtstag, Stuttgart 1955, S. 79.

3 Ders., "National Economic Budgets", in: Essays in Public Finance and Fiscal Policy, New York 1955, S. 247.

4 Ders., National Goals Analysis and Marginal Utility Economics, in: FA, N.F. Bd. XXIV, 1965, S. 216-224.

5 Ders., Economic Planning in the United States, S. 43.

ments. ... An entrepreneur can use projections for designing a tentative long-term investment or operational program even though he will constantly watch the signals of the market - prices, costs, interest rates, profit expectations - which indicate whether actual developments move in accord or not in accord with his anticipations."[1] In der Tat stießen die unter Colms Leitung erarbeiteten wirtschaftlichen Projektionen Anfang der 60er Jahre in der Wirtschaft zeitweilig auf ein positives Echo.[2] Colm zeigte sich deshalb optimistisch, daß sich diese Entwicklung eines Tages auch auf eine globalere wirtschaftliche Planung in den Vereinigten Staaten werde übertragen lassen. Während Programmplanung auf mikroökonomischer Ebene sich etwa auf unternehmerische Planung hinsichtlich bestimmter Märkte beschränke, beziehe sich die Programmplanung auf makroökonomischer Ebene auf die Volkswirtschaft als Ganzes.

In diesem Bereich baute Gerhard Colm sein Konzept nun aus: "Here a further distinction needs to be made", differenziert der Nationalökonom weiter, "Economic policy planning, in the recent past, has been concerned with the *performance goals* of the economy, that is, high employment, a desirable rate of growth, reasonable price stability and equilibrium in the balance of payments. ... However, in addition to the concern with the overall performance of the economy, there has developed a growing concern with questions of allocation of resources - with *achievement goals*, such as health, education, cultural objectives, national security, raising the standard of living of low income groups, space exploration, and promotion of foreign economic and social development."[3] Gerhard Colms Endziel sollte in einer Art *indikativen gesamtwirtschaftlichen Planung* bestehen: In einer konzertierten Aktion sollten Regierung, Arbeitnehmer und Unternehmer an der Ausarbeitung und Umsetzung eines gesamtvolkswirtschaftlichen "Planes" arbeiten. Die Projektionen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sollten dabei nach Colm einen Ankündigungseffekt haben, an dem sich die Privatwirtschaft orientieren sollte. Gleichzeitig sollten die Projektionen die Grundlage für die von Colm geforderte "konzertierte Ökonomie" bilden, die den einzelnen Interessengruppen erlauben sollte, untereinander gemeinsame Langzeitabstimmungen zu treffen.

Gerhard Colm stieß mit dem Begriff "Planung" in den Vereinigten Staaten häufig eher auf Unverständnis. Zwar müßten amerikanische Unternehmen die Existenz von "Planung" ihrer Geschäftsaktivitäten eingestehen, beklagt Colm, doch könnten sie

---

1 Vortrag Colms über "Long-run Growth, Prospects, and Problems" auf der Sixth Annual Conference on Savings and Residential Financing, Chicago, 9.5.1963, Colm Papers, LoC, Box 18.

2 So das Ergebnis der zweiten N.P.A.-Tagung über die Nutzung langfristiger wirtschaftlicher Projektionen v. 12.4.1964, ebd., Box 1; Colm, How good are long-range Projections of GNP for Business Planning, in: California Management Review, Bd. 1, 1959, S. 1ff.

3 Ders., Economic Planning in the United States, S. 44.

sich keine Planung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene vorstellen.[1] Immer wieder mußte sich der Chefökonom der National Planning Association mit Kritikern auseinandersetzen, die ihm die Untergrabung der marktwirtschaftlichen Grundlage des amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems vorwarfen.[2] Colm insistierte dagegen: "The planning of achievement goals is not meant to be accomplished by direct government allocation of all resources, but by the conventional use of government expenditure policies, tax policies, and other vehicles of economic policies and their effect on the behavior of businessmen, workers, and consumers in general."[3] Gerhard Colms als "National Economic Planning and Programming" bezeichneter Ansatz soll im folgenden näher untersucht werden.

1952 war Gerhard Colms erste umfassende Studie im Rahmen seiner Mitarbeit in der National Planning Association mit dem Titel "The American Economy in 1960"[4] erschienen. Die Vereinigten Staaten befanden sich zu diesem Zeitpunkt in einer ähnlichen Situation wie im Jahre 1945, am Ausgang eines die Volkswirtschaft kennzeichnenden Krieges (Korea). Wie bereits sieben Jahre zuvor war es nun das Anliegen Colms, einen fließenden Übergang der Kriegswirtschaft in eine Friedenswirtschaft zu ermöglichen und einen anhaltenden Wachstumspfad einzuschlagen. Wie bereits in den Economic Reports des CEA forderte der Experte die Sicherstellung einer "relationship between consumption, investment and government programs which is believed to be sustainable, that is, could be continued over time without causing major maladjustments"[5] Der Fehler der Truman Administration, die auch in der Zeit seiner Mitarbeit auf die Nutzung seiner Nationalbudgets verzichtet hatte, sollte vermieden werden. Das Verhältnis der Ausgabensektoren untereinander - des privaten Konsums, der unternehmerischen Investitionen sowie der öffentlichen Ausgaben - konnte sich in einer Vielzahl von Kombinationsvarianten darstellen. In seiner Studie stellte Colm sechs unterschiedliche volkswirtschaftliche Nationalbudgets der Vereinigten Staaten für das Jahr 1960 vor. Colm ging von einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 3 Prozent im Zeitraum 1952 bis 1960 aus, was einem projizierten Wachstum des Bruttosozialprodukts von 329 Mrd. Dollar im Jahre 1951 auf 425 Mrd. Dollar im Jahre 1960 (in konstanten Preisen) entsprechen sollte. Die von Colm skizzierten sechs Modelle (Nationalbudgets) stellten hypothetische Aufteilungen dieses Bruttosozialprodukts unter den Sektoren privater Konsum, unternehmerische Investitionen sowie öffentlicher Haushalt für das Jahr 1960 dar. Die Konzepti-

---

1 Ebd., S. 41.

2 G. Colm an Stephen K. Bailey, Syracuse, N.Y., v. 18.6.1962, Colm Papers, LoC, Box 8. Nach einem Vortrag an der Syracuse University war Colm heftig unter Kritik geraten.

3 Colm, Gerhard, Economic Planning in the United States, S. 44.

4 Ders., The American Economy in 1960, N.P.A. Planning Pamphlet No. 81, Washington, D.C., 1952.

5 Ebd., S. 1.

on eines siebenten Modells ("Adjusted Model"),[1] das nach Colms Auffassung stetiges wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung am optimalsten sichern sollte, sah eine Senkung der unternehmerischen Investitionen von 18 Prozent im Jahre 1951 auf 14 Prozent im Jahre 1960 vor. Im selben Zeitraum sollten die öffentlichen Ausgaben von 19 Prozent des BSP auf 18 Prozent sinken und der private Konsum von 63 auf 68 Prozent ansteigen. Colms Hauptsorge war somit vornehmlich die Sicherstellung ausreichender Kaufkraft der privaten Haushalte für die zu erwartende Steigerung des Sozialprodukts.

Dieses Ziel der Vollbeschäftigung und stetigem wirtschaftlichen Wachtum sollte durch eine entsprechende *fiscal policy* der Regierung erreicht werden: Die Einkommens- und Körperschaftssteuer sollte reduziert werden, Anreiz zu unternehmerischen und privaten Investitionen in Kapital oder baulichen Sektor sollten geschaffen werden, der Export sollte forciert und ein gemäßigter Anstieg der öffentlichen Ausgaben für zivile Zwecke anvisiert werden. Die Sicherung der Preisstabilität sowie ein den Produktivitätssteigerungen angepaßter Anstieg der Reallöhne sollte diesen Maßnahmen flankierend zur Seite stehen.[2]

Zur gleichen Zeit sah Gerhard Colm jedoch auch den Bedarf institutioneller Veränderungen, insbesondere im Bereich der Beeinflussung der Lohn- und Preisentwicklung. Die konventionellen fiskalischen und monetären Instrumente zur Inflationsbekämpfung reichten nicht aus, um die in einer Vollbeschäftigungswirtschaft aufkeimende Lohn- und Preisspirale einzudämmen. In einem institutionalisierten Gremium (konzertierte Aktion) sollten daher führende Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber jährlich Richtlinien (Spannbreiten) für Lohn- und Preissteigerungen setzen, die dem Ziel wirtschaftlichen Wachtums unter Vollbeschäftigung am zuträglichsten seien.

Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung durch die 50er Jahre unter der Eisenhower Administration, die keinerlei Interesse an der Verwendung projizierter Nationalbudgets zeigte, stellte sich denn auch differenziert dar. Gerhard Colm führte die Rezessionen der Jahre 1953/54 sowie 1957/58 auf eine verfehlte Wirtschaftspolitik zurück. Im Jahre 1960 betrug der Anteil des privaten Konsums am BSP schließlich 63 (statt 68 Prozent nach Colms *Adjusted Model*), die unternehmerischen Investitionen betrugen 18 (statt 14 Prozent), und der Anteil der Staatsausgaben belief sich auf 19 (statt 18 Prozent).[3] Diese Aufteilung des Bruttosozialprodukts bezeichnete Colm als eine "faulty distribution which would have to redress itself through a recession."[4] Mit der neuerlichen Rezession Anfang der 60er Jahre sah er sich bestätigt.

---

1 Ebd., S. 43.

2 Ebd., S. 81.

3 Vergleich nach Gruchy, Contemporary Economic Thought, S. 262.

4 Colm, Gerhard / Sonnenblum, Sidney, Long-Range Projections for Economic Growth: The Ameri-

Ende der 50er Jahre erschien Gerhard Colms zweite N.P.A.-Studie mit dem Titel "Long-Range Projections for Economic Growth: The American Economy in 1970", in der eine Reihe von acht bzw. zwölfjährigen Nationalbudget-Projektionen vorgestellt wurden.[1] Der Nationalökonom betonte erneut die Notwendigkeit der Ausweitung des privaten Konsums zu Lasten der unternehmerischen Investitionen in Anbetracht eines wachsenden Bruttosozialprodukts. Von noch größerer Bedeutung erachtete Colm - wie in vielen seiner früheren Arbeiten - die Ausdehnung des öffentlichen Wirtschaftssektors: "The tendency is for the public parts of the economy to lag behind the private parts. Industrial growth needs many services such as resource development including water supplies and soil conservation, aids to transportation and urban development, public education, research and training, as well as public health programs."[2] Die Kräfte des Marktes allein könnten die Voraussetzungen für ein stetiges Wirtschaftswachstums nicht schaffen. "It is therefore up to the government", so Colms Argumentation, "to make certain that there is a "balanced advance" in the provision of public services and capital facilities."[3] Der Chefökonom der N.P.A. favorisierte für die Jahre 1965 und 1970 einen öffentlichen Sektor, der 20 Prozent des BSP umfassen sollte, wobei er von einem jährlichen durchschnittlichen Wachstum von 4,5 Prozent ausging, der primär durch steigendes Steueraufkommen finanziert werden sollte.

Gerhard Colms Konzept für die Planung des Staatshaushaltes läßt sich wie folgt zusammenfassen:[4] Die Budgets des Bundes, der einzelnen Staaten sowie der Gemeinden sollten neben ihrer jährlichen legislativen Verabschiedung auf einer fünf- oder sogar zehnjährigen Basis im Rahmen jährlicher Nationalbudgets projiziert und dabei die gewünschten gesamtgesellschaftlichen (z.B. gesundheitliche Versorung, Infrastrukturausbau) und gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisse (etwa Ausgewogenheit von Konsum und Investitionen mit dem Ziel wirtschaftlicher Stabilität) berücksichtigt werden. Zwar sollten auf diese Weise wirtschaftliche Instabilitäten nicht gänzlich verhindert werden können, doch hoffte Colm, durch Erstellung und Hinwirken auf die jeweiligen projizierten Nationalbudgets, an deren Planung alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen beteiligt sein sollten, das - seiner Meinung nach - *Grundübel* der marktwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme - zyklisch auftretende Rezessionen, die der Nationalökonom primär auf Ungleichgewichte zwischen den Sektoren pri-

---

can Economy in 1970. N.P.A. Planning Pamphlet No. 107, Washington, D.C., 1959, S. 5.

1 Die Modelle wurden unter der Annahme allerhand möglicher volkswirtschaftlicher Ausgabenstrukturvarianten, z.B. "hoher Konsum", "hohe Investitionsrate", "hoher Staatskonsum" und "niedrige Verteidigungsausgaben" und deren möglicher Variationen erstellt.

2 Ebd., S. 18.

3 Ebd.

4 Colm, Gerhard, Nationalbudget, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 535ff.; ders., Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. (I) Theorie, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 390ff.

vater Konsum und unternehmerische Investitionen zurückführte - vermeiden zu können. Bei Erfüllung dieses "National Economic Programmings", wie Colm die Instrumentalisierung der Nationalbudgets auf diese Weise bezeichnete, sollten die Regierung und die Unternehmen jeweils ihren Teil beisteuern. "The government must have the strength to deal with any dangerous imbalances in the domestic economy that cannot be corrected without government action."[1] Gerhard Colm kam es - ganz im Sinne des keynesianischen Denkens - darauf an, daß der *akuelle* Output der Wirtschaft nicht unter ihren *potentiellen* Output fallen würde. Dabei sollte die Regierung mit Hilfe der mittel- bzw. längerfristig projizierten Nationalbudgets einen quantitativen Orientierungsstab zum Erreichen des Zieles stetigen wirtschaftlichen Wachstums und Vollbeschäftigung haben. Die Unternehmen hingegen sollten weniger auf die Bilanzen der Vergangenheit und Marktanalysen der Gegenwart als vielmehr auf das Vertrauen setzen, daß die Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik und ihren Programmen die gesteckten Ziel der Nationalbudgets verfolgen und für ein stabiles wirtschaftliches Gleichgewicht sorgen werde.[2]

Gerhard Colms Ziel war eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung, in der der öffentliche Wirtschaftssektor bzw. die Wirtschaftspolitik der Regierung zum ausgewogenen Funktionieren des Ganzen eingreifen und die freien Kräfte des Marktes unterstützen sollte. Das freie Spiel des Marktes und der Preise sollten dabei als Grundlage der Wirtschaftsordnung unangetastet bleiben und keinerlei direkte Wirtschaftskontrollen eingeführt werden.[3]

In diesem Zusammenhang war ein wichtiges Anliegen Gerhard Colms die effektive Funktion der im National Employment Act vorgesehenen Institutionen und Instrumentarien. Dem "National Employment Act" galt sein Interesse.[4] Wann auch immer legislative Veränderungen dieses Gesetzes anstanden, wurde Gerhard Colm vor den Senatsausschüssen gehört.[5] Der Experte bemängelte am nachdrücklichsten, daß die Vorgabe einer engen Kooperation zwischen der Bundesregierung, Industrie, Landwirtschaft, Arbeitnehmerschaft, der Regierungen der Einzelstaaten sowie Gemeinden in der gemeinsamen Anstrengung, die Ziele des National Employment Acts zu erreichen, nie institutionell umgesetzt worden sei. Colm wollte ein Beratungskomitee, bestehend aus Vertretern der genannten Gruppen, endlich etabliert sehen und mindestens vierteljährlich mit dem Council of Economic Advisers konfe-

---

1 Colm, Gerhard / Sonnenblum, Sidney, Long-Range Projections, S. 20.

2 Gruchy, Contemporary Economic Thougth, S. 269f.

3 Colm, Gerhard, Nationalbudget, S. 535.

4 Anläßlich des 10-jährigen Bestehens organisierte die N.P.A. ein Symposium zu diesem Thema: Colm, Gerhard, The Employment Act. Past and Future. A Tenth Anniversary Symposium, Washington, D.C., 1956 (N.P.A. Planning Pamphlet No. 41).

5 Colm Papers, LoC, Box 22.

rieren lassen.[1] Der *Annual Economic Report of the President* sollte endlich ein Nationalbudget für das folgende Jahr sowie für die fünf darauffolgenden Jahre präsentieren. Aus dem Nationalbudget des Folgejahres sollte hervorgehen, welcher Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung, der Einkommen und Ausgaben nötig wären, um das Ziel der Vollbeschäftigung im Folgejahr zu erreichen. In den über fünf Jahre erstreckenden Nationalbudget-Projektionen würde diese Problematik in einer entsprechenden Trendentwicklung behandelt werden. Diese Nationalbudgets, die auch alternative Budgets einschließen könnten, sollten im Sinne eines "National Economic Planning and Programming" die Frage wirtschaftlichen Wachstums sowie der Nutzung der nationalen Ressourcen mittel- bzw. längerfristig abhandeln.[2]

Im Verlauf der 60er Jahre baute Gerhard Colm sein Konzept bzw. seine Anforderungen noch aus: Die *Annual Budget Message of the President* sollte ein fünfjähriges Bundesbudget (*Fiscal Budget*) präsentieren, aus dem hervorgehen sollte, welche Rolle bzw. welchen Anteil der Staatshaushalt an der Umsetzung der in den fünfjährigen Nationalbudgets gesteckten Zielsetzungen spielen sollte. Für welchen Zweck sollte der im Rahmen des allgemeinen Wirtschaftswachstums wachsende Bundeshaushalt verwendet werden? Sollten mittel- oder längerfristig Steuersenkungen anvisiert, der wachsende Staatshaushalt investiert oder etwa eine vertikale Umverteilung zwischen den Gebietskörperschaften vorgenommen werden?[3] Die Projektion der "Federal Fiscal Budgets" würde nach Colm selbstverständlich nur im Zusammenhang mit der Projektion der mittel- und längerfristigen gesamtwirtschaftlichen Budgets möglich sein und würde auf jeden Fall eine enge Kooperation zwischen dem Council of Economic Advisers und dem Bureau of the Budget (das heute dem Office of Management and Budget entspricht) erfordern.[4]

Im Jahre 1968 - wenige Monate vor seinem Tod - erschien Gerhard Colms letzte N.P.A.-Studie mit dem Titel "Program Planning for National Goals",[5] in der er sein

---

1 Hinsichtliche Beratungen, wie diese im übrigen nach Art. II des Employment Acts vorgesehen waren, hatten schon unter Colms Mitarbeit im CEA lediglich auf informeller und unregelmäßiger Basis stattgefunden.

2 Joint Committee on the Economic Report, Hearings before the Joint Committee, January 1956 Economic Report of the President, 84th Congress, 2nd Session: Statement of Gerhard Colm, Washington, D.C., 1956, S. 694ff; Colm, Gerhard, Nationalbudget, S. 535ff.

3 Den Erfahrungen nach steigt bei durch Wirtschaftswachstum bedingtem höheren Steueraufkommen der Bundeshaushalt im Gegensatz zu den Haushalten der Einzelstaaten und Kommunen überproportional an.

4 Colm, Gerhard (m. Peter Wagner), Federal Budget Projections. A Report of the National Planning Association and the Brookings Institution, Washington, D.C., 1966, S. 16; ders., Budgetary Projections in the Framework of Economic Projections and their Adaptions. General Report presented at the 17th Session of the Institut Internationale de Finances Publiques, Warschau 1961, in: Public Finance 17, 1961, S. 5 - 42.

5 Colm, Gerhard / Gulich, Luther H., Program Planning for National Goals, Washington, D.C., 1968.

Konzept eines "National Economic Planning and Programming" darlegte. Colm wollte es nicht mehr bei einem Council of Economic Advisers bewenden lassen. Ein "Special Assistant to the President for Plans and Priorities" sollte sich unter Berücksichtigung der Richtlinenvorgabe des gewählten Präsidenten Gedanken um deren Umsetzung in nationale Wirtschaftspolitik machen. Darüber hinaus sollte ein ganzer Stab von Spezialisten in einem "Office for the Appraisal of National Goals and Programs" die mittel- und langfristigen nationalen Ziele und deren Umsetzung ausarbeiten. Ein "Citizens' Committee on National Goals and Priorities" sollte zusätzlich etabliert und gehört werden bzw. sicherstellen, daß in der Planung der nationalen Bedürfnisse und Ressourcenverwendung die Sicht und die Interessen der Öffentlichkeit nicht außer Acht gelassen würden. Auf der Seite des Kongresses sollte darüber hinaus ein gemeinsamer Ausschuß für die nationale Ziel- und Ressourcenplanung geschaffen werden, der unter Berücksichtigung der Vorstellungen des Präsidenten und des "Citizen's Committee" eigene Vorschläge einbringen und eventuell die legislative Umsetzung in die Wege leiten sollte. "This tripartite citizen-presidential-congressional appraisal system", beurteilt Gruchy Colms Vorschlag, "would ensure a thoroughgoing appraisal of the directions that the nation's economic and social development would be taking."[1]

Gerhard Colm suchte einen umfassenden Ansatz, indem er bei seiner Forderung nach einem *national decision-making* die Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Faktoren forderte. Der Regierung und ihren Programmen falle dabei eine besondere Rolle zu. In der Zukunft, so Colm, sei für die gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Entwicklung von viel größerer Bedeutung, in welcher Form der Staat handeln würde. "Now the greatest contribution to economic growth and welfare could be made by the expansion of high priority government programs. More resources in the future will have to be poured into large-scale government programs in research and development concerned with the war on poverty, urban renewal, the farming and mining of oceans, enlarging the supply of fresh water, curbing air pollution and providing new methods of rapid transportation. Economics in the future will be more an economics of national priorities."[2] Dabei sollte das private Unternehmertum keinesweg abgeschafft oder in seiner künftigen Bedeutung unterschätzt werden. Wirtschaftliches Wachstum und die Fortentwicklung der Industriegesellschaft (*mature capitalism*) brächten jedoch zwangsläufig strukturelle und institutionelle Wandlungen mit sich. "Change in governmental and social institutions is much slower than change in technology and management. Institutions change

---

1 Gruchy, Contemporary Economic Thougth, S. 274.

2 Gerhard Colms Vortrag "Man's Work and Who will do it in 1980", gehalten am 9.3.1965 vor der Graduate School des US Department of Agriculture. Colm Papers, LoC, Box 1. Abgedruckt in: Hill, Robert L. (Hrsg.), America 1980 (Thomas McKillop Memorial Lecture in Public Administration 1965), Washington, D.C., 1965.

usually when the need is long overdue, when their defects have made the need abundantly clear and when it is recognized that knowledge and ability exist to make the revised or new institutions work. A part of this institutional change will give rise to new methods of bringing the private sector into the national decision making progress. It will also call for the modernization of government procedures as they relate to the national decision making process."[1]

8. ZIELPROBLEME IN DER MODERNEN WIRTSCHAFTSPOLITIK: DIE "NATIONAL GOAL ANALYSIS"

Die Ziele spielten in der Wissenschaft bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine untergeordnete Rolle, was auf den Werturteilsstreit zu Beginn des 20. Jahrhunderts zurückzuführen ist. Nach Max Weber (1904) kann es niemals Aufgabe einer Erfahrungswissenschaft sein, bindende Normen und Ideale zu ermitteln, um daraus für die Praxis Rezepte abzuleiten. Werturteile sind nach Max Weber wissenschaftlich nicht begründbar.[2] Im Banne des Postulats der Werturteilsfreiheit stand auch Bernhard Harms.[3] Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Wissenschaft und Praxis gewissermaßen "zielbewußt".

1957 publizierte Anthony Downs eine Studie mit dem Titel "An Economic Theory of Democracy", "der brillianteste und am meisten überzeugende Versuch einer Theorie, die auf der Annahme beruht, daß es nur individuelle Sonderinteressen gibt."[4] Zwei Jahre später stellt Richard Musgrave fest, daß "soziale Präferenzen", in individuellen Bewertungen verankert sein müssen; daraus kann aber nicht gefolgert werden, daß die Menschen selbstsüchtige Monstren sind. Altruistische oder soziale

---

1 Ebd.

2 Aldrup, Dieter, Werturteilsstreit, in: HdWW, 8. Bd., 1988, S. 660.

3 Pusback, Bärbel, Die Kameral- und Staatswissenschaften an der Universität Kiel bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, in: Waszek, Norbert (Hrsg.), Die Institutionalisierung der Nationalökonomie an deutschen Universitäten. Zur Erinnerung an Klaus Heinrich Hennings (1937-1986), St. Katharinen 1988, S. 346: "Hatten bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert die Kieler Ökonomen politische Stellungnahmen für bestimmte Maßnahmen auf der Basis ihrer Untersuchungen weitgehend für selbstverständlich gehalten, wurde von Harms für die Arbeit des Instituts die Trennung von analytischer Forschung und Wertung gefordert. Allerdings war nicht an eine Trennung von Theorie und Praxis gedacht, sondern durch die mit Hilfe von ‚Analyse und Kausalitätsforschung' gewonnenen Erkenntnisse sollte die Wirtschaftspolitik auf eine neue Basis gestellt werden."

4 Colm, Gerhard, Zum Begriff des Allgemeinwohls, in: Soziale Verantwortung. Festschrift für Goetz Briefs zum 80. Geburtstag, hrsg. von Broermann, J. / Herder-Dorneich, Ph., Berlin 1968, S. 23f.; der Festschriftbeitrag wurde zuerst publiziert in: Social Research 27, Nr. 3, 1960, S. 295-307 und erschien unter dem Titel The Public Interest. Essential Key to Public Policy, in: Friedrich, Carl Joachim (Hrsg.), Nomos V. The Public Interest, New York 1962, S. 115-128.

Beweggründe können in der Struktur der individuellen Präferenzmuster eingebettet sein."[1] Colm hatte bereits bei seine Habilitationsschrift 1926 als staatliche Aufgabe auf den verschiedenen Kulturgebieten das Unterrichtswesen, Kunst, Wissenschaft und Kirchen herausgestellt.

Die Forschungen von Downs und Musgrave mußten ihm als Frontalangriff auf das Allgemeinwohl[2] erscheinen. "In ihrer Grundeinstellung scheinen jedoch diese politischen und wirtschaftlichen Theoretiker entschlossen zu sein, die "unbestimmte, ungreifbare" Idee des Allgemeinwohls oder der sozialen Ziele als Arbeitshypothese zu eliminieren. Im Gegensatz zu diesen Ansichten, möchte ich hier die Auffassung vertreten, daß wir die Probleme der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik sowie die des Rechtswesens in besserer Form behandeln können, wenn wir die Bedeutung des Terminus Allgemeinwohl offen anerkennen, als wenn wir den Begriff leugnen oder ihn nur durch die Hintertür einlassen."[3]

Colm analysiert die Bedeutung des Allgemeinwohls unter vier Gesichtspunkten:[4]

1. Politik befaßt sich nicht nur mit dem Allgemeinwohl in der Gegenwart, sondern auch mit dem "unserer Nachwelt", wie es in der Verfassung der USA heißt. In Downs Behandlung des Zeitfaktors bei der politischen Entscheidung ist die Regierung (S. 174ff.) nicht über die nächsten Wahlen hinaus um die Zukunft besorgt. ... Dieser Haltung zufolge wäre z.B. eine Politik der Erhaltung der Ressourcen eines Landes - politisch gesehen - sinnlos.
2. Die enorme Bedeutung der Funktionen, die sich aus der Stellung der USA in der Welt ergeben, lassen jene Bemühungen besonders künstlich und konstruiert erscheinen, die darauf hinauslaufen, alle weltpolitischen Maßnahmen und Verteidigungsanstrengungen, die doch der nationalen Sicherheit und dem nationalen Prestige dienen, so zu interpretieren, als seien sie dazu bestimmt, nur dem persönlichen Interesse des Einzelnen gerecht zu werden.[5] ... es kann sogar vor-

---

1 Musgrave, Richard A., The Theory of Public Finance, New York 1959, S. 11.

2 Stolleis, Michael, Gemeinwohl, in: Evangelisches Staatslexikon. Hrsg. v. Herzog, Roman/Kunst, Hermann/Schlaich, Klaus/Schneemelcher, Wilhelm, 3. Aufl., Stuttgart 1987, Sp. 1061: "Das Gemeinwohl bildet einen weiten und schwerfaßbaren Topos der politischen Rhetorik, der Sozialethik, der katholischen Sozial- und der Sozial- und Staatsphilosophie, dessen europäische Traditionen so weit reichen wie die Theoriebildung zu menschlichem Zusammenleben überhaupt."

3 Colm, Gerhard, Zum Begriff des Allgemeinwohls, S. 25.

4 Verkürzte und wortwörtliche Wiedergabe des Festschriftbeitrages von Colm.

5 Colm, Gerhard / Lau, W., Afford Additional Programs for National Security, ed. by National Planning Association, Washington 1953; Gebauer, Werner, Verteidigungswirtschaft, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 261: "In der Verteidigungswirtschaft konkurriert die Rüstungsproduktion jedoch keineswegs nur mit der friedensmäßigen Verbrauchsgüterproduktion um die Kapazitäten und Ressourcen, sondern - und zwar umso stärker, je moderner die Rüstung im technischen Sinne ist - auch mit der Herstellung von Investitionsgütern. Hier droht eine Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Wachstums duch Herabsetzung der *Investitionsrate* zugunsten einer Erhöhung der Rüstungspro-

kommen, daß das Allgemeinwohl über das nationale Wohl hinausgreift und beginnt, sich auf supranationale Konstellationen und die Menschheit überhaupt zu erstrecken.

3. Die Befriedigung vieler Individualinteressen kommt indirekt der Gesellschaft zugute. Natürlich profitiert der Einzelne von einer guten Ausbildung, aber eine gute Ausbildung der Einzelnen ist auch ein Erfordernis einer guten Gesellschaft.
4. In einer Demokratie werden viele spezifische Interessen nur von einer Minderheit der Wähler geteilt (z.B. das Interesse der Farmer an angemessenen Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse). Daher muß die Minderheit, um eine Gesetzgebung in ihrem Sinne zu erreichen, andere Gruppen überzeugen, daß die Verfolgung ihrer besonderen Ziele nicht nur im eigenen Interesse liegt, sondern auch dem Allgemeinwohl dient.

Colm analysiert die Idee des Allgemeinwohls auf der metasoziologischen, der soziologischen, der rechtlichen und wirtschaftlichen Ebene.

Der *metasoziologische Standpunkt.* Dort wo nur ein einziges System von höchsten Werten anerkannt wird (theokratische und monolithische Gesellschaft) ist das Konzept des Allgemeinwohls klar. In einer pluralistischen Gesellschaft hingegen haben verschiedene Individuen und Gruppen unterschiedliche Grundwertsysteme. Aber selbst in einer Gesellschaft mit stark divergierenden Grundwerten gibt es eine beträchtliche Zahl gemeinsamer Auffassung über die nächstliegenden Ziele. Gesunde und gutausgebildete Bürger der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen, politische Unabhängigkeit, stabile soziale Einrichtungen, ein wünschenswertes Quantum an Selbstinitiative und Selbstverantwortung sind einige dieser vor den letzten stehenden Werte, über die bei Menschen mit unterschiedlichen höchsten Werten Übereinstimmung bestehen kann. Man könnte sagen, daß eine Grundbedingung für die Existenz einer Demokratie ein Maß gemeinsamer Überzeugung ist, daß gewisse Leistungen der Vielzahl der Grundwerte nützen. In anderen Worten: das Allgemeinwohl ist die lebensnotwendige Hypothese einer pluralistischen Gesellschaft. Ohne diese gemeinsame Grundhaltung, die mehr ist als eine zufällige Koinzidenz von Einzelinteressen, könnte eine pluralistische Demokratie nicht bestehen.

Der *soziologische Standpunkt.* Die metasoziologischen Wertsysteme und die verwandten Konzeptionen des Allgemeinwohls manifestieren sich nur in der soziologi-

---

duktion. Die amerikanische Forschung legt auf diese Konfliktmöglichkeit in ihren Erörterungen verteidigungswirtschaftlicher Programme das entscheidende Gewicht. Damit ist die Frage nach dem optimalen Ausgleich zwischen der militärischen Sicherheit des Landes und der Zunahme seiner Produktionskapazitäten gestellt, von der die spätere Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit der Lebensstandard der Bevölkerung abhängen. Darüber hinaus aber kann dadurch auch noch die Möglichkeit zu wirtschaftlicher Hilfeleistung an die unterentwickelten Länder in Mitleidenschaft gezogen werden."

schen Artikulation - dem Ausdruck von Einzelnen und Gruppen. Das bedeutet auf keinen Fall, daß es nur individualistische Werte gibt. In jedem Einzelnen oder in jeder Gruppe von Einzelnen sind die Privatinteressen und die Konzeption des Allgemeinwohls in wechselnder Stärke zu finden. Eine der Hauptfunktionen des politischen Prozesses in einer Demokratie ist es, das gemeinsame Verständnis auszuprägen, das den Begriff des Allgemeinwohls konstituiert. Das Gemeinwohl kann diktatorisch festgelegt werden, oder aber es ist das Ergebnis eines demokratischen Prozesses. Der Wähler nimmt durch seine Stimme auch an dem Regierungsprozeß teil. Er wählt nicht nur in Übereinstimmung mit seinem eigenen Interesse, sondern auch in Übereinstimmung mit seinem Konzept von einer guten Gesellschaft und zugunsten solcher Männer, deren Vorstellungen über das Regieren ihn ansprechen.

Der *rechtliche Standpunkt*. Die Bezugnahme auf das Allgemeinwohl hat schon immer eine bedeutende Rolle gespielt in der Rechtfertigung von Regierungsmaßnahmen gegenüber der Privatwirtschaft und ebenso bei der Selbstkontrolle verschiedener Berufsgruppen. In vielen Fällen müssen Regierungsmaßnahmen oder Selbstkontrolle die persönliche oder korporative Tätigkeit einschränken. Diese Einschränkungen werden gesetzlich sanktioniert unter Bezugnahme auf das Allgemeinwohl, das im Falle eines Konfliktes wahrscheinlich den Partikularinteressen überlegen ist.

Der *wirtschaftliche Standpunkt*. Bis vor wenigen Dezennien wurde die Regierung als eine Vertreterin des Allgemeinwohls - hauptsächlich mittels dieser eben erwähnten regulativen Funktionen - anerkannt. In den letzten Jahren jedoch entwickelte sich eine aktivere Haltung der Regierung gegenüber Fragen des Allgemeinwohls.

Das kam hauptsächlich zustande durch die Entwicklung solcher Konzepte wie dem der Vollbeschäftigung. Wenn das notwendigerweise unbestimmte Konzept des Allgemeinwohls in spezifische Ziele übersetzt wird, die zu einem spezifizierten Umfang und in einer genau bestimmten Zeit verwirklicht werden sollen, schlage ich vor, von "öffentlichen Zielen" (goals) zu sprechen. Diese Ziele geben uns die Kriterien, an welchen die Resultate von privaten und öffentlichen Maßnahmen gemessen werden können, und die von Nutzen sein können bei der Formulierung des Programms einer Politik für die Allgemeinheit - denn ein Programm stellt das Ziel und auch die Methoden dar, durch die es innerhalb einer gegebenen Frist verwirklicht werden kann.

Colm unterscheidet zwei Arten von Zielen, "performance goals", Funktionsziele, und "achievement goals", Leistungsziele. Funktionsziele beziehen sich auf das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft, wie es sich in niedriger Arbeitslosigkeit, vernünftiger Preisstabilität und einer angemessenen wirtschaftlichen Wachstumsrate dokumentiert. Leistungsziele beziehen sich auf den spezifischen Inhalt einer Allgemeinwohlkonzeption, wie z.B. einen angemessenen Lebensstandard, angemessene Ausbildung, Verteidigung und Erhaltung sowie Entwicklung des Industriepotentials und ebenfalls einer angemessenen Hilfe für die Entwicklungsländer.

Die nationalen Haushalte wurden als Mittel dafür entwickelt, wie man die Erreichung der verschiedenen Leistungsziele und das Funktionieren der Wirtschaft als Ganzes beurteilt.[1] Die nationalen Haushalte stellen daher sozusagen einen quantitativen Ausdruck des Allgemeinwohls dar. Von der Regierung entwickelt, können sie die Interpretation des Allgemeinwohls in der Sicht der höchsten gewählten Amtsträger der Exekutive und Legislative reflektieren.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß in unserer Gesellschaft ein wirtschaftliches Eingreifen der Regierung verlangt wird im Hinblick auf Funktionen, die einer zweifachen Anforderung genügen müssen: Erstens, daß das Eingreifen im öffentlichen Interesse ist; und zweitens, daß es nicht in ebenso angemessener Weise von privaten Institutionen durchgeführt werden kann. Daher spiegeln sich in den nationalen Budgets zwei zusammenhängende aber unterschiedliche Entscheidungen: die Entscheidungen hinsichtlich des Allgemeinwohls und die Entscheidungen, die festlegen, welche Tätigkeiten von privaten und welche von öffentlichen Institutionen durchgeführt werden sollen. Viel von der Kontroverse, die vorgibt ein Disput über die Existenz des Allgemeinwohls zu sein, ist eigentlich ein Streit darüber, ob in einem bestimmten Fall dem Allgemeinwohl besser gedient wäre durch private oder durch öffentliche Maßnahmen.[2]

Die Studie von Colm, die 1960 in *Social Research* erschien, faßte eine Reihe von Beiträgen zusammen, die von ihm bei der Diskussion über die Theorie der öffentlichen Güter (Samuelson, Musgrave, Buchanan u.a.) verfaßt worden waren. "Colm kritisierte in diesem Zusammenhang die Unterscheidung von privaten und öffentlichen Gütern, weil beide einmal um dieselben Ressourcen miteinander konkurrieren, zum anderen sich aber außerdem auch noch ergänzen. Denn bestimmte Güter und Dienstleistungen werden effizienter vom privaten Subsystem, andere dagegen vom öffentlichen Subsystem der Gesamtwirtschaft bereitgestellt."[3]

Colm gliedert die Gesamtwirtschaft in zwei Subsysteme, den privaten Sektor (market-system) und den öffentlichen Sektor (budget-system). Die Zusammenhänge lassen sich durch eine Darstellung verdeutlichen, die von Colm selbst entwickelt und von Egon Tuchtfeldt etwas abgeändert und erweitert wurde.[4]

Sowohl der private als auch der öffentliche Sektor erhalten ihren Input aus den verfügbaren Ressourcen ("manpower", "material and financial resources", "knowledge"). Entscheidend ist, wie die verfügbaren Ressourcen auf die beiden Subsysteme

---

1 Colm, Gerhard, Nationalbudget, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 535ff.; erste Ansätze: ders., Haushaltsplanung, Staatsbudget, Finanzplan und Nationalbudget, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 2. Aufl., Bd. I, Tübingen 1952, S. 519ff.

2 Die verkürzte und wortwörtliche Wiedergabe des Festschriftbeitrages von Colm endet hier.

3 Tuchtfeldt, Egon, Bausteine zur Theorie der Wirtschaftspolitik, Bern / Stuttgart ^{2}1987, S. 204.

4 Ebd., S. 205. Siehe Abb. 4 in der Zusammenfassung.

verteilt werden. In marktwirtschaftlichen Ordnungen gibt der Bürger als Wähler "jener Partei seine Stimme, die ihm die Durchführung bestimmter Programme verspricht. ... Damit entscheidet er gleichzeitig über sein verfügbares Einkommen. Denn die gewählte Partei, wenn sie an die Macht gekommen, knöpft ihm nun die entsprechenden Steuern ab, um die Programme durchzuführen. Durch seine Wahlhandlungen im Rahmen des verfügbaren Einkommens entscheidet der Bürger zweitens darüber, wie die dem privaten Subsystem, dem market-system, zur Verfügung stehenden Ressourcen aufgeteilt werden."[1]

Das Individuum, der Wähler, bestimmt durch seine Wahlhandlung über die Allokation der Ressourcen, d.h. über die Aufteilung der Produktionsfaktoren und des Einkommens auf die "öffentliche Nachfrage zur Realisierung der Kollektivziele, wie sie in den öffentlichen Programm zum Ausdruck kommen, und die private Nachfrage, mit denen die Bürger ihre individuellen Ziele befriedigen."[2]

Um zu einem geschlossenen dynamischen System der Zielbildung zu gelangen, aggregiert Colm die private und die öffentliche Nachfrage im Nationalbudget zur Gesamtnachfrage. "Das Nationalbudget reflektiert Annahmen über die anzustrebenden Ziele der Wirtschaftspolitik."[3]

Innerhalb des dynamischen Systems findet ein "feedback" statt, da durch die Realisierung bestimmter Nationaler Ziele die Ressourcen beansprucht werden, was für die kommenden Perioden Auswirkungen hat.

Mit der "National Goal Analysis" gelang Gerhard Colm der Brückenschlag zwischen Nationalökonomie und Politik.[4] Für Theorie und Praxis der Politik eröffneten sich neue Perspektiven. In den USA ist die "National Goal Analysis" "denn auch von amtlicher Seite bald aufgegriffen worden. Nachdem der sowjetische Sputnik (1957) eine Krise im amerikanischen Selbstbewußtsein ausgelöst hatte, wurde vom damaligen Präsidenten Eisenhower die "Commission of National Goals" eingesetzt, die 1960 einen Bericht über die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele der Nation vorlegte. Mit diesem Bericht wurde Neuland im Bereich der nationalen Zielplanung beschritten; die große Aufmerksamkeit, die dem Bericht zuteil wurde, geht auch daraus hervor, daß er bis 1968 bereits zehn Auflagen erlebte."[5]

Da Gerhard Colm die Probleme der Konsistenz und der Prioritäten vernachlässigt hatte, wurde eine Reihe weiterer Studien in Angriff genommen. "So wurde im Rahmen der *National Planning Association* ein 'Center for Priority Analysis' errichtet, das 1966 die von *L. A. Lecht* herausgegebene Untersuchung über 'Goals, Priorities,

---

1 Ebd., S. 207.

2 Ebd., S. 207.

3 Colm, Gerhard, Nationalbudget, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 535.

4 Tuchtfeldt, Egon, Bausteine, S. 204.

5 Ebd., S. 209.

and Dollars' veröffentlichte, zu der G. Colm ein ausführliches Vorwort schrieb.[1] In dem Sammelband wurden erstmalig die Kosten für nationale Ziele unter alternativen Annahmen bis 1975 geschätzt. Das *Committee for Economic Development* publizierte 1966 eine Studie über "Budgeting for National Objectives". 1968 veröffentlichte *Gerhard Colm* sein letztes großes Werk "Integration of National Planning and Budgeting". "Das zuerst in den USA angewendete Planning-Programming-Budgeting-System (PPBS), das ein Spezialfall der National Goal Analysis darstellt, hat sich bereits als außerordentlich fruchtbar erwiesen und gewinnt nunmehr auch in Europa Eingang."[2]

Kritische Anmerkungen zu Colms "National Goals" sind von Gerold Krause-Junk (1977) und Willi Albers (1977) vorgebracht worden. "Sowohl die normative als auch die positive Fragestellung lassen sich nur dadurch in Angriff nehmen, daß die öffentlichen Ausgaben als Instrumente zur Durchsetzung bestimmter Ziele aufgefaßt werden. Die endgültige Lösung wird entscheidend durch die Wahl der Ziele bestimmt. Für die normative Theorie dürfte gerade die Zielvorgabe das am schwersten zu lösende Problem sein. Kann doch ein Anspruch auf eine mehr als individuell-subjektive Gültigkeit ihrer Aussagen nur gewonnen werden, wenn die vorgegebenen Ziele einen breiten Konsensus finden oder zumindest den Vorstellungen entsprechen, die von den 'relevanten Gruppen' der Gesellschaft geteilt werden. ... Als allgemeiner Ausdruck gesamtwirtschaftlicher Wertvorstellungen kann das Ziel der *Maximierung der volkswirtschaftlichen Wohlfahrt* gelten. ... Das Instrument der öffentlichen Ausgaben eignet sich zur Einwirkung auf seine drei Komponenten Allokationsziel, Verteilungsziel und Stabilitätsziel"[3]

Auch Willi Albers wies auf die grundsätzlichen Schwierigkeiten bei der Fixierung von gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen hin: Colm[4] "hat versucht, 'national goals' zu fixieren, von denen zu erwarten ist, daß sich über sie in einer Demokratie weitgehende Übereinstimmung herstellen lasse. Er nennt in diesem Zusammenhang die Ausbildung, das Gesundheitswesen, den Lebensstandard, die Entwicklung der Gesellschaft und - erstaunlicherweise trotz der Kontroverse um den Vietnam-Krieg in den USA - auch die nationale Verteidigung. Es mag zwar zutreffen, daß die Meinungen gegenüber diesen Zielen weniger stark dogmatisch festge-

---

1 Lecht, L. A. (Ed.), Goals, Priorities, and Dollars, New York/London 1966; Colm, Gerhard, On Goals Research, ebd., S. 1ff.

2 Tuchtfeldt, Egon, Bausteine, S. 210; Recktenwald, Horst Claus (Hrsg.), Nutzen-Kosten-Analyse und Programmbudget, Tübingen 1970; Buschor, E., Theorie der Allokation der Staatsausgaben, Heerbrugg 1970.

3 Krause-Junk, Gerold, Abriß der Theorie von den öffentlichen Gütern, in: Neumark, Fritz (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Aufl., Tübingen 1977, S. 692.

4 Colm, Gerhard, National Goals Analysis and Marginal Utility Economics, in: Finanzarchiv 24/4, 1965, S. 209 - 224.

legt sind als gegenüber Fragen der Religion, der Rolle des Staates in der Gesellschaft usw. Angesichts der bildungspolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland über die Struktur der Hochschulen und den Lerninhalt einiger Schulfächer (Rahmenrichtlinien) ist eine solche Aussage jedoch kaum haltbar. Bei dem an zweiter Stelle genannten Beispiel kann man sich zwar sicher darüber einigen, daß mehr Gesundheit gut ist; aber ob sie über ein klassenloses Krankenhaus oder über in staatlichen Ambulatorien angestellte statt über frei praktizierende Ärzte besser zu erreichen sei, wird kaum noch übereinstimmend entschieden werden. Der Hinweis, daß mit der Erfindung des Autos auch der Zwang zum Straßenbau gegeben sei, womit auf eine technisch vorbestimmte Entscheidung aufmerksam gemacht werden soll, ist zwar richtig, gibt aber keine Lösung für die Konkurrenz zwischen Schiene und Straße und zwischen dem öffentlichen Nah- und dem Individualverkehr. Der Hinweis schließlich, man solle sich an den Auffassungen 'einflußreicher' Personen orientieren, um den 'Zeitgeist' zu erfassen, wirft sofort die Frage nach deren Kompetenz und Legitimation auf. Die 'national goals' dürften entgegen der Meinung von Colm nicht einfacher zu konkretisieren sein als die individuellen Präferenzen."[1]

Nach Egon Tuchtfeldt hat "die Vergrößerung des Zielbündels in Verbindung mit dem nicht Schritt haltenden Ausbau eines entsprechenden Instrumentariums seit dem Zweiten Weltkrieg zu einer früher unbekannten Häufung von Zielkonflikten geführt."[2] Die Nationalökonomie begann sich deshalb neben den Zielbildungsprozessen auch den möglichen Ansätzen zur Verringerung und Lösung von Zielkonflikten zuzuwenden. Als Ansätze zur Verringerung von Zielkonflikten führt Tuchtfeldt drei Ansätze an:

1. Der Kompromiß als "klassische Lösung".[3]
2. Die "Politik der kleinen Schritte", d.h. Poppers "Sozialtechnik der Einzelprobleme" als bewußter Gegensatz zur utopischen Sozialtechnik gesamtgesellschaftlicher Planung.[4]
3. Änderungen im Ziel-Mittel-System ("decision-models" von J. Tinbergen, R. Frisch u.a.). "Die Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik ist eingebettet in die allgemeinen Ziele der Wirtschaftspolitik. Diese Zielvorstellungen sind im Laufe der Nachkriegszeit mehrmals - auch unterschiedlich -

---

1 Albers, Willi, Ziele und Bestimmungsgründe der Finanzpolitik, in: Neumark, Fritz (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Aufl., Tübingen 1977, S. 127.

2 Tuchtfeldt, Egon, Bausteine, S. 216; Schneider, Hans Karl, Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik, in: HdWW, Bd. 1, 1988, S. 482ff. "Zielkonflikte".

3 Tuchtfeldt, Egon, Bausteine, S. 216-220.

4 Ebd., S. 221; Jochimsen, R., Strategie der wirtschaftspolitischen Entscheidung, in: WA 99, 1967, S. 52ff.

politisch formuliert worden, wenngleich eine Übereinstimmung über die wirtschaftspolitische Aufgabenstellung im Grundsatz auch bestand, als eine gesetzliche Fixierung expressis verbis noch nicht vorlag."[1]

4. Regelbindungen statt diskretionärer Entscheidungen.[2]

Die National Goals Analysis setzt eine offene Gesellschaft, Demokratie und Marktwirtschaft voraus. Für einen totalitären Staat ohne Marktwirtschaft und ohne Alternative für den Wähler müßte das Schema entsprechend abgeändert werden. Im Rahmen der National Goals Analysis könnten auch den "Bürgern alternative Ziele beziehungsweise Projekte direkt zur Abstimmung vorgelegt werden."[3]

9. BERATERTÄTIGKEIT, VORTRÄGE UND EHRUNGEN

Nach seinem Ausscheiden aus der Truman Administration im Jahre 1952 war es nur kurzfristig still um Gerhard Colm geworden, als sich der Nationalökonom dem Aufbau der National Planning Association in Washington, D.C., widmete, der er sich als *chief economist* angeschlossen hatte. Unter Colms intellektueller Führung sollte diese Institution zu ihrer Blüte gelangen. Fortan verging kaum eine Woche, in der nicht eine Stellungnahme über die Wirtschaftslage, eine Empfehlung für die Wirtschaftspolitik oder eine Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung - meist direkt verbunden mit dem Namen Gerhard Colm - in den überregionalen Zeitungen zu finden war. Die von der N.P.A. veröffentlichten Studien stießen auf ein breites Interesse in der Öffentlichkeit, so etwa die besprochenen Arbeiten "The American Economy in 1960" oder "The Economy of the American People".[4]

In der Bundesrepublik erinnerte man sich sehr wohl an seine vertriebenen wissenschaftlichen Kapazitäten. Die umfassende Zeitungsausschnittsammlung des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel etwa belegt, mit welcher Aufmerksamkeit die Arbeiten und die Karriere Gerhard Colms in den USA verfolgt wurden. Damit verbunden war ein weit verbreiteter Wunsch an deutschen Universitäten, die ehemals verstoßenen Wissenschaftler wiederzugewinnen. Dies wirft die Frage nach dem etwaigen Wunsch nach Rückkehr der exilierten Reformökonomen ins Nachkriegsdeutschland auf.

Von den Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern der New School kehrten nur Eduard Heimann (1889-1967; Rückkehr 1963) und Adolph Lowe (1893-1995; Rückkehr 1983) nach Deutschland zurück. "Das lag nicht allein daran, daß mittlerweile alle in

---

1 Schlesinger, Helmut, Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: HdSW, Bd. 1, 1988, S. 499f.

2 Tuchtfeldt, Egon, Bausteine, S. 228ff.

3 Ebd., S. 235.

4 So Theodore Geiger in einem Interview am 26.8.1991 in Washington, D.C.

den USA integriert waren, mindestens ebenso stark dürften auch die Zweifel und Widerstände gewesen sein, die das gegenseitige Verhältnis der Emigranten und der tonangebenden Schichten des neuen Deutschlands prägten. ... Die zwölf Jahre Nationalsozialismus waren für die New School-Wissenschaftler, ebenso wie für viele andere Intellektuelle, kein Intermezzo, nach dem man am status quo ante wieder anknüpfen konnte. Die Gründe dafür lagen nicht einmal so sehr in ihrer 1933 von Kollegen und Landsleuten so gleichgültig, zuweilen auch befriedigt zur Kenntnis genommenen Vertreibung. Gravierender noch waren die enttäuschenden Entwicklungen im Nachkriegsdeutschland (u.a. mangelnde Bereitschaft zur Reflektion über das Geschehene, unzureichende Entnazifizierung, Nicht-Konsultation der Exilanten, die sich lange Jahre Gedanken über den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands gemacht hatten, d. Verf.), die ihre Haltung für lange, wenn nicht für immer prägen sollten."[1] Die Frage nach einer Rückkehr nach Deutschland hat sich auch Gerhard Colm nie ernsthaft gestellt, weniger aus den zuletzt genannten Gründen, als vielmehr aus der Tatsache heraus, daß seine Karriere in den USA vortrefflicher nicht hätte verlaufen können - und daß es seine Ehefrau Hanna war, die im Falle einer Rückkehr mit erheblichen emotionalen Problemen zu kämpfen gehabt hätte.[2]

In der ehemaligen Heimat Gerhard Colms, am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, hatte im Juli 1948 Professor Dr. Fritz Baade als Direktor den Wiederaufbau und die Anknüpfung an die wissenschaftlichen Arbeiten der 20er und frühen 30er Jahre übernommen. Als durch sein Mitwirken im Rahmen der Vorbereitung der westdeutschen Währungsreform wohl weithin bekanntestes vertriebenes Mitglied des renommierten Instituts stand Gerhard Colm schon längere Zeit im Mittelpunkt des Interesses der alten und neuen Kieler Kollegen. Colm und Baade pflegten regelmäßigen Briefaustausch, der sich auf die Forschungen des Finanzwissenschaftlers in den USA sowie auf Probleme des im Wiederaufbau befindlichen Kieler Instituts bezog. Alle Statements und Veröffentlichungen Colms in den USA wurden mit Aufmerksamkeit verfolgt und dokumentiert.[3]

Die erste Möglichkeit für einen Besuch Gerhard Colms am Institut für Weltwirtschaft bot sich im Sommer 1954, als der ehemalige Kieler Ökonom anläßlich des 80.

---

1 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 221. Als ein Beispiel für verweigerte Reflektion über das Geschehene mag Walther G. Hoffmann, ein früherer Schüler Adolph Lowes und Gerhard Colms und späterer Pionier der quantitativen Wirtschaftsgeschichte dienen, der im April 1933 als Mitglied des SA-Trupps Lowe und Colm aus dem Institut für Weltwirtschaft gewaltsam zu entfernen versucht hatte. Bei einem Besuch in New York nach dem Krieg glaubte er mit der Begründung, er habe ja damals nicht wissen können, wie die nationalsozialistische Entwicklung "enden" würde, die Kontakte zu ehemaligen Kollegen wiederherstellen zu können. So Adolph Lowe in einem Interview mit C.D. Krohn, zit. ebd., S. 223f.

2 Colm Interview, Juli 1991.

3 Colm Papers, LoC, Box 16.

Geburtstages seiner Schwiegermutter, Frau Pastorin Julie Nicolassen aus Hamburg, erstmals seit seiner Währungsreform-Mission im Jahre 1946 nach Deutschland zurückkehrte. Am 23. Juli 1954 hielt Gerhard Colm - zur großen Ehre des Kieler Instituts, wie Fritz Baade betonte - einen Vortrag über die "Entwicklungen in Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik in den Vereinigten Staaten von Amerika".[1] Nach seinen eigenen Worten fiel es Colm schwer, an jenem Abend rein sachlich einen Vortrag über Konjunkturforschung zu halten. In seinen einleitenden Worten führte er aus:

"Seit 21 Jahren ist es das erste Mal, daß ich wieder nach Kiel kommen konnte, und ich muß an die Zeit, an die uns Dr. Baade erinnert hat, zurückdenken - an die Zeit, die für meine eigene wissenschaftliche Entwicklung eine besonders fruchtbare Periode meines Lebens war. Dann, durch Jahre hindurch, konnte ich nach Kiel nur wie durch eine schwarze Wolke hindurch zurückdenken. Meine Anhänglichkeit war geblieben, aber etwas hatte sich dazwischengeschoben. Und nun bin ich wieder hier zu Gast und finde wiederum ernste Arbeit im Geist freier wissenschaftlicher Forschung, in demselben Geist, den wir versucht haben, wie Baade ganz richtig sagte, an anderen Orten weiter wirken zu lassen. Ich fühle mich zu Hause."[2]

Im April 1960 wurde Gerhard Colm für seinen Beitrag zum wirtschaftllichen Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland das Große Verdienstkreuz verliehen und an ihn im Juli in der Deutschen Botschaft in Washington, D.C., überreicht.[3] Der Anlaß zu einer Reise nach Deutschland bot sich erneut im folgenden Jahr, als die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt im März 1961 beschloß, Gerhard Colm die Ehrendoktorwürde "in Würdigung seiner Verdienste um die Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzwissenschaft und um die enge Verknüpfung von ökonomischer Forschung und praktischer Wirtschaftspolitik" zu verleihen:[4]

"Die Fakultät ehrt damit einen Gelehrten, der die Bedeutung der öffentlichen Finanzwirtschaft für den Ablauf der wirtschaftlichen Entwicklung erkannt, für die Ausarbeitung der 'Fiscal Policy' wertvolle Untersuchungen veröffentlicht und als Berater der amerikanischen Regierung die Wirtschafts- und Finanzpolitik auch in Deutschland bedeutsam beeinflußt hat. Herr Professor Dr. Colm hat sich trotz der Erniedrigungen in Deutschlands dunkelster Zeit, die ihn in die Emigration zwangen, nicht versagt, maßgeblich an dem amerikanischen Plan 'Zur Liquidierung der Kriegsfinanzen und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands' mitzuarbei-

---

1 Veröffentlicht unter den Kieler Vorträgen, N.F., H. 6, Kiel 1954.

2 Ebd., S. 7.

3 *Bundesanzeiger* Nr. 88 v. 7.5.1960.

4 Ehrenpromotionsurkunde Gerhard Colm (Kopie), Archiv der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt/M., Akte Gerhard Colm, Abtl. 150, Nr. 434.

ten, einem umfassenden Plan, dessen erster Teil Grundlage der deutschen Währungsreform von 1948 geworden ist."

Gerhard Colm und seine Frau Hanna reisten seit der Emigration erstmals gemeinsam nach Deutschland an, und anläßlich der Feierlichkeit hielt der Gelehrte am 28. Juli 1961 in der Aula der Universität einen Vortrag über "Amerikanische Konjunktur am Scheideweg".[1]

Die Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel beschloß am 20. November 1962, alle zwei Jahre - erstmals anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens des Instituts im Jahre 1964 - den Bernhard-Harms-Preis zu verleihen. Der Preis sollte an einen Gelehrten verliehen werden, "der sich durch besondere Leistungen auf dem Gebiet weltwirtschaftlicher Forschung ausgezeichnet hat oder an eine Persönlichkeit der Wirtschaftspraxis, die Wesentliches zur Förderung weltwirtschaftlicher Beziehungen geleistet hat." Der neue Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, Professor Dr. Erich Schneider, konnte Gerhard Colm im September 1963 mitteilen, daß das Kuratorium der Stiftung "Bernhard-Harms-Preis" einstimmig beschlossen hätte, ihm als in erheblichem Maße verdientes ehemaliges Institutsmitglied den Preis, der mit 10.000 DM dotiert war, als erstem Würdenträger zu überreichen.[2] Am 18. Februar 1964 wurde Gerhard Colm im Rahmen des großen Festaktes zum fünfzigjährigen Jubiläum des Instituts für Weltwirtschaft im Kieler Stadttheater die Bernhard-Harms-Medaille überreicht. Nach einem Abriß von Gerhard Colms Lebenwerk bis Anfang der 60er Jahre faßte Professor Schneider in seiner Festrede die Leistung des Nationalökonomen zusammen: "Der Preisträger hat zahlreiche wissenschaftliche Abhandlungen, vor allem im Bereich der Konjunkturtheorie, Konjunkturpolitik und Finanzwissenschaft veröffentlicht und gehört zu den führenden Wissenschaftlern der Welt."[3] Die sich anschließende Festvorlesung des Preisträgers behandelte das Thema "Weltwirtschaftliche Forschung im Zeichen der Koexistenz".[4]

Bei seinem Aufenthalt im Februar 1964 in Kiel handelte es sich um den letzten Besuch Gerhard Colms in seiner ehemaligen deutschen Heimat.

Während seiner Mitarbeit im Council of Economic Advisers war Colm Anfang der 50er Jahre aus Gründen, die quellenkundlich nicht näher nachvollziehbar sind, als fiskalischer Berater der Zentralbank von Venezuela tätig.[5] Spätestens im Jahre 1960

---

1 Colm Papers, LoC, Box 27.

2 Erich Schneider an G. Colm v. 5.9.1963, Colm Papers, LoC, Box 32.

3 *Kieler Nachrichten* v. 19.2.1964.

4 Veröffentlicht: Kiel 1964 (= Bernhard-Harms-Vorlesungen, H. 1).

5 Colm Papers, LoC, Box 17. a. die Veröffentlichungen "Public Finance in the National Income", in: Bulletin of the Central Bank in Venezuela Nr. 59/60, 1950, sowie "National Economic Budget", ebd., Ausg. Mai/Juni 1951.

bezeugte Gerhard Colm sein Interesse, das Konzept des "National Economic Planning and Programming" als einen Arbeitsschwerpunkt der National Planning Association in den Dienst der Entwicklungsländer zu stellen.[1] Dieser Schritt erwies sich als zukunftsweisend, hatte doch etwa Präsident Kennedy umfangreichere "Planungen" (in wie auch immer geartetem Sinne) als Voraussetzung für künftig zu gewährende Entwicklungshilfe durch das amerikanische Programm "AID" gemacht. Der Finanzexperte wies einer den globalwirtschaftlichen Bedürfnissen angepaßten *fiscal policy* (etwa hohe Steuern, um der verbreiteten Inflationstendenz entgegenzuwirken sowie um die wichtigen "Overhead"-Programme der Regierung wie für Gesundheit, Ausbildung, Infrastruktur etc. finanzieren zu können) eine zentrale Rolle in der Entwicklungspolitik zu.[2] Schon bald erregten Colms Arbeit sowie das Wissen um seine fachliche Kapazität die Aufmerksamkeit der Vereinten Nationen, die aus dem "Fiscal and Financial Branch" des "Department of Economic and Social Affairs" heraus an den Experten herantraten und ihn um Beratertätigkeit ersuchten.[3] Hatte Colms Arbeit in den USA vornehmlich aus der Entwicklung und Projektion auf gesamtwirtschaftliche Ziele ausgerichteter Nationalbudgets bestanden, sah der Budget-Experte nun in Hinsicht auf die Entwicklungsländer rasch ein, daß auf diese Form der Analyse aufgrund mangelnder Daten nur beschränkt zurückgegriffen werden konnte. "Here he emphasized the qualitative aspects of the analysis and the improvement of the data rather than the elaboration of more formal models and analyses", gibt der Neffe Gerhard Colms, Benjamin Toren, der selbst für die UN im "Centre for Developing Planning" tätig war, die Arbeit seines Onkels und akademischen Lehrers wieder.[4] "He was opposed to the econometric trend, even for the United States which prevailed at that time, emphasizing input/output and other models. Like many others he felt that the beautiful models put too little emphasis on the statistical limitation of the analysis."[5]

Die wissenschaftliche Beratungshilfe für Entwicklungsländer wurde im Dezember 1961 erstmals konkret, als Gerhard Colm - in diesem Falle im Auftrag des State Departments - als "Special Consultant on Economic Planning" nach Liberia geschickt wurde.[6] Auf Colms Empfehlung wurde daraufhin ein "National Planning Council" an der Regierung ins Leben gerufen, der unter Anwendung einer von Colm skizzierten "National Planning Procedure" künftig globalwirtschaftliche Rahmenplanung im

---

1 G. Colm an Prof. Lloyd Reynolds, Department of Economics, Yale University, v. 1.3.1961, ebd., Box 7.

2 Vortrag "Fiscal Policy for Developing Countries", N.P.A., Washington, D.C., vor einer Gruppe von Wissenschaftlern aus Entwicklungsländern am 15.2.1962, ebd., Box 19.

3 Auskunft D.M. Bhouraskars, New York, an den Verf. v. 13.4.1994.

4 Auskunft Dr. Benjamin Torens, Jerusalem Institute for Israel Studies, an den Verf. v. 28.11.1990.

5 Ebd.

6 Colm Papers, LoC, Box 7.

oben beschriebenen Sinne umsetzen sollte.[1] Im darauffolgenden Jahr 1962 nahm Gerhard Colm - wiederum im Auftrag des State Departments - als Mitglied der US-amerikanischen Delegation an der Expertengruppe für die Bewertung des Entwicklungsplanes der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) für Chile in Santiago teil.[2] Auf zahlreichen Expertentagungen der Vereinten Nationen sollte Gerhard Colm die 60er Jahre hindurch mit wissenschaftlichen Vorträgen maßgeblichen Beitrag leisten: Auf der "UN-Conference on Application of Science and Technology for the Benefit of Less Developed Countries" im Februar 1963 in Genf,[3] auf der "UN-Conference on Administrative Aspects of National Development Planning" im Juni 1964 in Paris[4] sowie auf dem "UN-Interregional Workshop on Problems of Budget Policy and Management in Developing Countries" im September 1967 in Vedbaek, Dänemark.[5] Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch noch eine von der National Planning Association in eigener Regie bereits im Juli 1960 abgehaltene "Conference on Inflation and Growth in Latin America" in Bellagio, Italien.[6]

"With regard to his national planning and budgeting approach for developing countries", faßt D.M. Bhouraskar, in den 60er Jahren Mitarbeiter der Vereinten Nationen, das Konzept des Finanzexperten zusammen, "Dr. Colm was against centralized planning which, he thought, would discourage private initiative and retard growth of the private sector. But he did believe in effective indicative planning with government as leader of the team. He prepared a detailed analytical framework with policy recommendations. At the time not all delegates from the developing countries were convinced because it was easier to plan with hunches and instincts than create a sophisticated framework of data and analysis for indicative planning. But Dr. Colm persisted in his views and urged them to take a long-term perspective."[7]

Der wissenschaftliche Ruf Gerhard Colms als Finanzexperte im In- und Ausland läßt sich neben den oben genannten Tagungen und Ehrungen anhand zahlreicher anderer Verpflichtungen ablesen, die der Gelehrte in den 60er Jahren zu erfüllen hatte. Die Orientierung der japanischen Wirtschaftswissenschaften an den Forschungen in den Vereinigten Staaten hatte schon längere Zeit die Aufmerksamkeit auf das ehemalige Mitglied des Councils of Economic Advisers und Chefökonomen der National Planning Association gelenkt. Im März 1960 wurde Gerhard Colm zusammen mit seiner Frau Hanna vom japanischen Wirtschaftsministerium zu einer Vortragsreise durch

---

1 Draft v. 18.2.1961, ebd., Box 27.
2 Ebd., Box 8 u.10.
3 Ebd., Box 9.
4 Ebd., Box 10.
5 Auskunft Dr. B. Torens v. 28.11.1990.
6 Colm Papers, LoC, Box 27.
7 Auskunft D.M. Bhouraskars, a.a.O.

Japan eingeladen, um in der aufstrebenden Industrienation persönlich einen Einblick in sein Konzept des "National Economic Planning and Programming" zu geben. Die Vortragsreise wurde seinerzeit von großem Interesse durch die japanischen Medien begleitet.[1] Nicht zuletzt interessierte sich umgekehrt auch Gerhard Colm für die offensichtlich erfolgreich angewandte Wirtschaftspolitik in der aufstrebenden Wirtschaftsmacht Japan.[2] Im September 1961 folgte der Chefökonom der N.P.A. einer Einladung des "Institut des Finances Publiques"[3] in Warschau. Im Rahmen der "Conférence sur la Planification Économique" hielt er zwei Vorträge zu den Themen "Economic Planning in the American Economy" und "Recent Developments in the US Economy".[4]

Gerhard Colm war zudem wiederholt als Berater des amerikanischen Kongresses tätig: Im Februar 1962 sagte Colm zum Wirtschaftsbericht des Präsidenten vom Januar vor dem Joint Economic Committee aus, im März 1962 vor dem House Public Works Committee zum Beschleunigungsprogramm für öffentliche Bauten, im Juli 1962 über das Kennedy'sche Steuerreduzierungsprogramm vor dem House Ways and Means Committee, im Februar 1963 über das "Federal Budget as an Economic Document" erneut vor dem Joint Economic Commmittee, im Juni 1963 vor dem Senate Labor Committee über Aspekte der Wochenarbeitszeit und im November 1963 über die Einrichtung einer "Presidential Commission on Automation", um nur einige Einzelheiten aus Gerhard Colms Terminkalender zu nennen.[5] In den Jahren 1959 bis 1961 war der Finanzexperte an einer umfangreichen Studie, finanziert durch die Ford-Stiftung, der "Commission on Money and Credit", beteiligt, die das amerikanische Banken- und Kreditsystem durchleuchten sollte. Als Leiter der "Task Force C" - "Monetary and Credit Activities of Federal Agencies" - ging Colm mit seinem Expertenstab der Frage nach, ob und inwieweit die Regierung durch gezielte Steuerungspolitik die Kreditvergabe von privater Seite für bestimmte Zwecke (z.B. privater Wohnungsbau, Förderung von Kleinunternehmen) lenken sollte.[6] In den Jahren 1962/63 war Gerhard Colm Mitglied des "Advisory Committee to the Secretary of

---

1 Colm Papers, LoC, Box 22.

2 Colm faßte seine Eindrücke in einem Bericht mit dem Titel "Observations of a foreign visitor on the Japanese Economic Development, May 1960" für die N.P.A. zusammen. Colm Papers, SUNY, Folder 4.

3 Zur Diskussion in Polen Brus, W., Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt/M. 1971.

4 Colm Papers, LoC, Box 7.

5 Ebd., Box 10.

6 Ebd., Box 30. Der Schlußbericht ist veröffentlicht: Commission on Money and Credit (Hrsg.), Money and Credit. Their Influence on Jobs, Prices and Growth, Englewood Cliffs 1961.

the Treasure" sowie, im gleichen Zeitraum, im "Advisory Committee to the Office of Economic and Statistical Studies" der National Sciences Foundation.[1]

In Erinnerung zu rufen ist an dieser Stelle, daß Gerhard Colm bis ins Jahr 1962 hinein Honorarprofessor an der George Washington University blieb und einige Pflichten im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der American Economic Association, American Tax Association, American Finance Association sowie International Phenomenological Society - Gesellschaften, in denen der Gelehrte teilweise Vorstandsposten bekleidete - zu erfüllen hatte.

Im Sommer 1964 setzte erstmals die Gesundheit des Nationalökonomen seinem wissenschaftlichen Schaffen eine Grenze: Während des Urlaubs war der rechte Arm Gerhard Colms ohne konkrete Ursache regelrecht durchgebrochen. Die Diagnose war niederschmetternd: Multiples Myelom, ein bösartiger Knochenkrebs, der schwerwiegende Knochenmarkzerstörungen zur Folge hat. Der Nationalökonom begab sich sofort in die Behandlung des renommierten National Institute for Health in Bethesda, Maryland, wo in jenen Jahren erste Versuche in Chemotherapie unternommen wurden.[2]

Am Sonntag, den 20. März 1965, ereilte Gerhard Colm ein weiterer Schicksalsschlag: Seine Frau, Dr. Hanna Colm, geb. Nicolassen, verstarb plötzlich und unerwartet im Alter von 68 Jahren. Dr. Hanna Colm war nach einem (nunmehr zweiten) Studium der Psychologie an der George Washington University in den Jahren 1944 bis 1948 als leitende Psychologin im Kinderkrankenhaus in Washington, D.C., tätig gewesen. Später hatte sie eine eigene Praxis für Psychotherapie in Falls Church, Virginia, betrieben, wohin das Ehepaar Colm schließlich seinen letzten Wohnsitz verlegt hatte. Hanna Colm hatte einen Lehrauftrag an der Washington School of Psychiatry innegehabt sowie verschiedene Fachartikel veröffentlicht. Ihr Tod bedeutete für Gerhard Colm sowie für die ganze Familie einen schmerzlichen Verlust.[3]

Die letzten, durch seine schwere Krankheit gekennzeichneten Jahre widmete Gerhard Colm in erster Linie der Arbeit an den drei großen erwähnten N.P.A.-Studien "Federal Budget Projections", "Integration of National Planning and Programming" sowie "Program Planning for National Goals". Die letztgenannte, zusammen mit Luther H. Gulich erarbeitete Studie, sollte wenige Wochen vor seinem Tod erscheinen.

Die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes in der zweiten Hälfte der 60er Jahre beobachtete Gerhard Colm mit großer Sorge, eine Entwicklung, die, wenngleich

---

1 Ebd., Box 10.

2 Colm Interview, Lusby, Md.

3 Details zu Hanna Colm, Colm Papers, LoC, Box 11. Über Hanna Colms Lebenswerk s. Bloomberg, Claire M., The Existentialist Approach to Psychotherapy with Adults and Children by Hanna Colm, New York 1966.

noch immer von bescheidenem Wachstum begleitet, von hoher Inflation, einem nie mehr verwirklichten Ziel der Vollbeschäftigung sowie sozialem Fortschritt für alle gekennzeichnet war.

Im Jahre 1966 heiratete Gerhard Colm die 1930 in Stettin geborene Jüdin Mascha Gilde, die in der Nazi-Zeit nach Dänemark hatte fliehen können und nach dem Krieg ebenfalls in die Vereinigten Staaten emigriert war.[1]

Das Jahr 1968 war von einer massiven Verschlechterung des Gesundheitszustandes des Nationalökonomen geprägt. Das hielt Gerhard Colm nicht etwa davon ab, auf seinem Krankenbett - geplagt von unsagbaren Schmerzen - seinem Neffen und Schüler Benjamin Toren bei der Erstellung einer UN-Studie über "Budgeting and Planning in Developing Countries" Hilfe zu leisten. "I could tell you some heroic stories about how he was already in severe pain caused by his bone cancer, and still asked me to continue with my questions on my study, so as to forget some of his pain."[2]

Ein weiterer Mann traf noch einmal mit Gerhard Colm zusammen: Raimond Goldsmith, der auf der Mission nach Deutschland mit dem ehemaligen Kieler Professor zusammen den "Colm-Dodge-Goldsmith-Plan" für die westdeutsche Währungsreform ausgearbeitet hatte. "Gerhard Colm showed you how to die", gab Goldsmith den Eindruck nach Besuch des befreundeten Nationalökonomen wieder, "Ibsen had an expression for it: *In Schönheit sterben.*"[3]

Am 26. Dezember 1968 verstarb Gerhard Colm im Krankenhaus des National Institute for Health in Bethesda, Maryland, wo alle Versuche, ihn von seiner unheilbaren Krankheit zu befreien, gescheitert waren. Der Nationalökonom ruht neben seiner ersten Frau Hanna in Belmont im US-Bundesstaat Vermont.

---

1 Mascha Gilde ist 1986 in Washington, D.C., verstorben. Gerhard Colms Mutter, Olga Colm, die er 1946 nach seiner Mission nach Deutschland in Palästina besucht hatte, verstarb im Jahre 1956, seine Schwester Gertrud 1986 in Israel.

2 Dr. B. Toren an den Verf. am 28.11.1990.

3 Gespräch Raimond Goldsmiths mit Dr. B. Toren am 22.4.1985 in New Haven, Conneticut. Aufzeichnung im Besitz des Verfassers.

ZUSAMMENFASSUNG

Alfred Müller-Armack (1901-1978)[1] studierte, promovierte (1923) und habilitierte sich (1926) ungefähr zur gleichen Zeit wie Gerhard Colm. Das Umfeld der "jüngeren Nationalökonomen", zu denen auch Colm zählte, beschreibt er so: "Aber erst der Ausgang der Ersten Weltkrieges, der die politischen Formen in Europa grundlegend umstürzte, vollzog eine Umwertung, in der statt nationaler und dynastischer Kräfte die *Wirtschaftspolitik* in die vorderste Reihe der gesellschaftlich relevanten Tatsachen einrückte. Seither rivalisieren sie mit der sogenannten reinen Politik um den Vorrang im öffentlichen Leben. Walter Rathenaus Wort, die Wirtschaft sei unser Schicksal, wies auf diesen Wandel hin, der sich mit dem Ende des Ersten Weltkrieges vollzog. Wer mit der akademischen Jugend, die 1919, wie auch ich, die deutschen Universitäten bezog, nach neuen Wegen aus dem Chaos der natioalen Selbstzerstörung und Inflation suchte, verschrieb sich dieser neuen Macht. Sie schien nach dem Scheitern der Politiker der Vergangenheit berufen, ein neues Zeitalter heraufzuführen. ... Unsere Generation der jüngeren Nationalökonomen empfand es als schmerzliches Versagen ihrer Wissenschaft, daß diese unter dem Einfluß der historischen Schule so wenig Fähigkeit bewiesen hatte, die Phänomene der galoppierenden Inflationierung seit 1918 zutreffend ökonomisch zu diagnostizieren, und drängten dazu, eine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, deren theoretisches Fundament sie von wenigen Ansätzen her erst eigentlich selbst entwickeln mußten, da auch die ökonomische Theorie der Grenznutzenlehre[2] und die dominierende Geldtheorie Knapps[3] keinen Zugang zu einer wissenschaftlich inspirierten Wirtschaftspolitik gaben."[4]

Was Colm von der subjektivistischen Wertlehre hielt, wurde bei der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im September 1932 in Dresden deutlich. Ludwig Mises hatte in seinem Referat "Die psychologischen Wurzeln des Widerstandes gegen die nationalökonomische Theorie" behauptet: "Wer die subjektivistische Wertlehre heute radikal ablehnt, der lehnt auch jede nationalökonomische Theorie radikal ab und will in der wissenschaftlichen Behandlung gesellschaftlicher Probleme nichts als

---

1 Watrin, Christian, Alfred Müller-Armack (1901-1978), Krefeld 1980.

2 Rosenstein-Rodan, Grenznutzen, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Jena 1927, S. 1190: "Der Begriff des Grenznutzens hat sich als das fruchtbarste Erklärungsinstrument der modernen ökonomischen Theorie erwiesen. ... In diesem Sinne ist die Grenznutzentheorie nicht eine von vielen konkurrierenden Doktrinen, sondern einfach die momentan einzige Theorie überhaupt."

3 Knapp, Georg F. / Gutmann, Franz, Geldtheorie, staatliche: in: HdSt, 4. Aufl., Jena 1927, S. 752-762.

4 Müller-Armack, Alfred, Wirtschaftspolitik als Beruf (1918-1968), in: Schneider, Jürgen / Harbrecht, Wolfgang (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart 1996, S. 284f.

Empirie und Geschichte gelten lassen."[1] Gerhard Colm entgegnete: "Also die Erkenntnis des Sachzusammenhanges und die soziologische Betrachtung müssen miteinander verbunden sein, um so mehr, je konkreter die Untersuchung geführt wird. Man kann nicht immer nur mit dem homo oeconomicus arbeiten, sondern man muß in strenger theoretischer Haltung Schritt für Schritt die konkreten wirtschaftssoziologischen Daten hereinziehen. Es handelt sich um eine subjektive Wertlehre, nur möchte ich den Anspruch bestreiten, daß die psychologistische Ausformung der Wertlehre die "herrschende Theorie" darstellt, wie heute früh gesagt worden ist. Wir sind glücklicherweise so weit, daß wir von der Wirtschaftstheorie sprechen können. Ich glaube, daß im Bereich der objektiven Wirtschaftszusammenhänge eine große Fülle von Erkenntnissen vorliegt, in denen die verschiedenen Schulen miteinander übereinstimmen und zu deren Förderung jede Schule etwas beizutragen sucht. ... Aber ich bestreite das Recht, den psychologischen Mantel zum Herrschaftsmantel zu erklären, zumal wenn sich ergibt, daß gerade dieser Mantel eigentlich in ein Antiquitätengeschäft gebracht werden sollte."[2]

Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle: "Lebhafter Beifall." Dr. Haberler (Wien) fragte nach: "Was ist ein Zusammenhang?" Colm entgegnete: "Der Zusammenhang z.B. zwischen Einkommen, Preisen, Gütern usw.", und fuhr fort: "Meine Betrachtungsweise ist keine genetische, keine historische. Ich will damit nicht sagen, daß die objektive Wirtschaft irgendwie zeitlich vor dem Menschen war, oder daß das wirtschaftliche Milieu die ganze Persönlichkeit des Menschen präge. Ich will vielmehr nur sagen: Die Wirtschaft hat es immer mit irgendwelchen Formen von Einheiten zu tun; es muß immer irgendetwas sein, was Teile zu einem Ganzen, zu einem Strukturzusammenhang verbindet, und ich behaupte, daß es einen Strukturzusammenhang der Wirtschaft gibt, genau so wie es eine Stilperiode in der Kunst gibt, und ich gehe darüber hinaus, indem ich sage, daß dieser Strukturzusammenhang nicht nur ein gedankliches Hilfsmittel ist, sondern auch eine reale soziologische Bedeutung hat, was aber ein Zweites ist. Selbst wenn Sie das Zweite bestreiten, müssen Sie das Erste zugeben. Nehmen Sie den Arbeiter, der sein Arbeitsleid sehr gering einschätzt, er will mehr arbeiten, um mehr zu verdienen. Plötzlich sieht er, er kann nicht. Warum? Wenn es nur von seinen "Vorzugsakten" abhinge, müßte es gehen. Er kann nicht, weil es der objektiven Sachsituation widerspricht. So glaube ich, daß diese gedankliche Vereinheitlichung des Sachzusammenhanges nicht nur etwas wissenschaftlich Hypothetisches ist, sondern auch eine Realität in unserem sozialen Leben darstellt."[3]

---

1 Mises, Ludwig / Spiethoff, Arthur (Hrsg.), Probleme der Wertlehre. Erster Teil, München-Leipzig 1931, S. 279.

2 Dies. (Hrsg.), Probleme der Wertlehre. Zweiter Teil. Mündliche Aussprache über die Wertlehre im theoretischen Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik 30. September 1932 in Dresden, München-Leipzig 1933, S. 89.

3 Ebd., S. 90f.

Nach Egon Tuchtfeldt kann von einer Theorie der Wirtschaftspolitik erst seit den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts gesprochen werden. Die moderne Theorie der Wirtschaftspolitik ist durch drei Merkmale charakterisiert:[1]

1. Generalisierung der Betrachtungsweise.
2. Trennung der Ziele und Instrumente.
3. Modellmethode: nur so ist es möglich, "die Fülle interdependenter Beziehungen in den Griff zu bekommen oder, je nach Bedarf, durch entsprechende Annahmen zu reduzieren."

Wenn man die Ausführungen Gerhard Colms bei der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im September 1932 in Dresden mit den drei Merkmalen Tuchtfeldt's vergleicht, dann kann man sagen, daß Gerhard Colm Zeit seines Lebens bemüht war, Bausteine zur Theorie der Wirtschaftspolitik beizutragen.[2]

Eine theoretische Wirtschaftspolitik wurde erst durch den Werturteilsstreit möglich. In dem Aufsatz "Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis" (1904) bestritt Weber die prinzipielle Erkenntnis einer "ethischen" Wissenschaft der Nationalökonomie.[3] Dies hat Gerhard Colm in aller Deutlichkeit gesehen, und zwar in der "Note on Max Weber's Methodology".[4] Nirgends werden seine wissenschaftstheoretischen Grundlagen so deutlich herausgearbeitet wie in der Auseinandersetzung mit Max Weber:

Note on Max Weber's Methodology[5]

"To my mind the suggestions contained in the foregoing essay differ in three points from Max Weber's methodology.

First, Weber contends that the scholar posing the problem and selecting the assumptions establishes a relation between the subject matter of his study and the realm of values. But Weber does not believe that selection necessarily implies evaluation. For

---

1 Tuchtfeldt, Egon, Bausteine, S. 13-15.

2 Voigt, A., Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre, in: HdSt, 4. Aufl., 8. Bd., 1929, S. 787f.: "Die wichtigste systematische und zugleich methodische Frage, welche die heutige wissenschaftliche Welt bewegt, ist die des Verhältnisses der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu der Theorie der Volkswirtschaft. ... Es ergriff diese (Wirtschaftstheorie) sowie die ganze Sozialwissenschaft eine skeptische Grundstimmung, welche aller Erkenntnis nur subjektive und relative Bedeutung zuschrieb. ... Die Existenz subjektiver allgemeingültiger, d.h. von allen normalen Menschen anerkannter, Werturteile wurde gerade für die allgemeinen Zweckwissenschaften, deren typisches Beispiel die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sind, an entscheidenden Beispielen nachgewiesen."

3 In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 19, 1904.

4 Colm, Gerhard, Economics Today, in: Social Research, IV, 2, May 1937, S. 191-201; Colm, Gerhard, Essays in Public Finance and Fiscal Policy, New York 1955, S. 333-345.

5 In this note I refer to Max Weber's Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, 1904, and Wissenschaft als Beruf, 1919, both reprinted in Weber, Max, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen, 1922.

instance, the scholar dealing with the competitive order of capitalism must believe, of course, that competition is one essential feature in our social existence and therefore worthy of scientific analysis. But the scholar does not necessarily have to believe, because of this selection, that free competition ought to be enforced, or vice versa. The 'ideal type,' as Weber calls the fundamental tool of research in all historical studies, is in his opinion a working hypothesis and not a positive or negative norm. I admit this to be true only where partial theory is concerned. We constantly make use of working hypotheses, so-called 'experiments of the mind.' How would it be if ...? And these 'ifs' are certainly meant to be considered not as norms but as tools of logic. All such partial theories, however, are ultimately related to an all-embracing framework of assumptions within which every partial theory has its proper place. In any scientific system as an entity, the element of evaluation is essential because of the possible effect of scholastic work on reality. Hence the social responsibility of the scholar in posing the problem and the inevitable normative element in social sciences. I am, therefore, not prepared to admit that exclusion of all evaluation (Wertfreiheit) is a possible postulate for the social sciences as a whole.

Second, Weber fought so passionately against evaluations in the realm of science because he believed that evaluations belong to a realm of absolute irrationality and mere subjective decision. I have tried to emphasize that rational reasoning has its proper place not only in 'pure science' but also in interpreting the task to be met in a historical situation, although I have admitted that there will always remain a certain insoluble ultimate which requires a personal decision.

Third, Weber holds that the value of scientific work rests entirely on the belief in an indefinite scientific progress. Real scientific work, he says, is motivated only by 'science for its own sake'. But I consider the vital function of science in the course of history itself to be one of the forces stimulating scholarly efforts."[1]

Auf der Republik von Weimar lastete von Anfang an die schwere Hypothek der Gebietsabtretungen und der Reparationen. "Den Versailler Verträgen fehlen alle ordnenden politischen Prinzipien. Vollkommen aufgegeben ist zunächst die Idee des Friedens, das Prinzip, Krieg und Frieden scharf zu trennen und mit dem Friedensschluß alle Kriegsreste zu beseitigen; ganz im Gegenteil dienen die heutigen Friedensverträge den Siegern dazu, die günstige militärische Lage am Ausgang des Krieges aufrechtzuerhalten statt einer Ordnung der Staaten eine Fesselung des überwundenen Gegners vorzunehmen, wodurch stärkste Spannungen geschaffen, und eine Liquidierung des Krieges während der Geltung der Verträge unmöglich gemacht wird. Nicht der Krieg also ist - wie oft und irreführend behauptet wird - für die Zerrüttung der außenpolitischen Beziehungen verantwortlich, sondern die Fehlkonstruktion der Friedensverträge, deren Aufgabe es war, ihn zu beenden und wieder

---

1 Colm, Gerhard, Essays, S. 344f.

ein neues, ausgeglichenes Staatensystem aufzurichten. ... Durch das Hereinschleppen zahlreicher Kriegsreste in den "Frieden" und durch die Zerstörung der außenpolitischen Stabilität ist nun aber die notwendige politische Grundlage der weltwirtschaftlichen Beziehungen erschüttert."[1]

Seit Beginn seiner beruflichen Tätigkeit stand Colm im Dienst der Weimarer Republik. Aufgrund des Versailler Vertrages von 1919 (§12, Abs. 2b der Anlage zu Art. 233) durfte die Steuerbelastung in Deutschland nicht unter der der alliierten Staaten liegen.[2] Es mußte also die Steuerbelastungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft ermittelt werden.[3] Colm wurde 1922 als wissenschaftlicher Hilfsreferent beim Statistischen Reichsamt eingestellt. Ernst Wagemann (1884-1956) übernahm 1923 die Leitung des Statistischen Reichsamts. "In der Zeit von 1919 bis 1923 war hier die Wirtschaftsstatistik unter Führung von Hans *Platzer*, Paul *Bramstedt*, Gerhard *Colm*[4] und anderen jungen Wirtschaftswissenschaftlern vorangetrieben worden."[5] 1925 wurde Colm Leiter der Abteilung Ausländische Finanz- und Steuerstatistik, internationaler Finanzbelastungsvergleich, beim Statistischen Reichsamt in Berlin.[6] Er publizierte grundsätzliche Beiträge zur Produktions-, Arbeits-, Gewerbe- und Finanzstatistik wobei er oft internationale Vergleiche in diesen Bereichen anging. Colm und Neisser gehörten zu "den Sachverständigen, die die deutschen Delegierten auf den zahlreichen großen internationalen Wirtschafts- und Reparationskonferenzen bis zum Abschluß des Dawes-Plans (16. Aug. 1924) begleiteten."[7]

In seiner Berliner Zeit stieß Gerhard Colm auf drei Persönlichkeiten. Persönlich lernte er Adolph Löwe kennen, der ihn über Bernhard Harms an das Kieler Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr holte, sowie Raimond Goldschmidt, mit dem er 1946 im wesentlichen den Colm-Dodge-Goldschmidt-Plan für die westdeutsche Währungsreform ausarbeitete. In Kontakt kam Colm auch mit den Professor an der Universität Bombay, Finlay G. Shirras, dessen Studie "Volkseinkommen und Be-

---

1 Eucken, Walter, Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: WA, 36. Bd., 1932, II, S. 312f.; Eckert, Christian, Friedensverträge. II. Vom staatswissenschaftlichen Standpunkt, in: HdSt, 4. Aufl., 1927, S. 522: "Weiterführung des Krieges im Frieden".

2 Neumark, Fritz, Finanz- und Steuerbelastungsvergleich, internationaler, in: HdSW, 3. Bd., 1961, S. 653.

3 Zimmermann, Hans, Finanz- und Steuerbelastungs-Vergleiche, internationale, in: HdWW, Bd. 3, 1988, S. 107.

4 Colm, Gerhard, Die methodischen Grundlagen einer international-vergleichenden Steuerstatistik, in: WA 22, 1925, S. 222-249; ders., Das Problem des internationalen Finanzvergleichs, in: Deutsche Wirtschaftszeitung 40, 1925; ders., Ein neuer Versuch zur international vergleichenden Finanzstatistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv 17, 1927/28, S. 36-64.

5 Jacobs, Alfred, Ernst Wagemann (1884-1956), in: HdSW, 12. Bd., 1965, S. 683.

6 A. Löwe war seit 1919 Hilfsarbeiter im Reichswirtschaftsministerium und arbeitete seit 1924 im Statistischen Reichsamt.

7 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 67.

steuerung" (1926) er übersetzte. Vielleicht erhielt Colm auch Anregungen von dem Beitrag "Der Staatshaushalt und das Finanzsystem Indiens", den Shirras zum "Handbuch der Finanzwissenschaft" (3. Bd., 1929) beisteuerte. Shirras formulierte in diesem Beitrag schon "National Goals". Als das große nationale Ziel sah Shirras die Beseitigung des Analphabetismus in Indien an. In Indien waren um 1925 19,8 Millionen Männer des Lesens und Schreibens kundig und 142,6 Millionen Analphabeten, bei den Frauen standen 150,8 Millionen Analphabetinnen nur 2,8 Millionen des Lesens und Schreibens Kundige gegenüber. "Die Provinzen bedürfen daher der Geldmittel, um diesem Unsegen des Analphabetismus zu steuern, und in den allernächsten Jahren wird diese Frage der Zentral- und Provinzfinanzen eine der schwersten sein, die Indien zu lösen haben wird. Eine Finanzreform wird eine dringende Notwendigkeit sein, und die Möglichkeiten des Besteuerungswesens werden noch weiter erforscht werden müssen."[1] 1946 sollte Colm bei den Verhandlungen über die Währungsreform (Berlin) wieder auf Shirras stoßen.

In seiner Habilitationsschrift (1926) hatte Gerhard Colm öffentliche Eingriffe in die Marktwirtschaft, die sich auf den Ablauf der bestehenden Marktwirtschaft beziehen bzw. die Marktwirtschaft ergänzen, gefordert.[2] Wilhelm Röpke sprach 1929 von "Maximen rationeller Intervention"[3] und resümierte: "Als Fazit aller vorangegangenen Erwägungen dürfte sich eine Bestätigung derjenigen Einsicht ergeben, die sich immer mehr als Überzeugung aller Urteilsfähigen her auszuschälen scheint: daß einerseits der freie Ablauf der Marktwirtschaft mit ihren Attributen des Sondereigentums an den Produktionsmitteln, dem Vorherrschen der Privatunternehmung und der Konkurrenz noch immer trotz aller neuen Kräfte, die aus ihrem Schoße fortgesetzt entstehen, grundsätzlich die beste Lösung des Problems der Wirtschaftsverfassung darstellt, daß sich aber andererseits nicht wenige Ansatzpunkte bieten, an denen die Staatsgewalt mit Erfolg einzugreifen vermag. Danach müßte der Sozialist schmerzlichen Verzicht leisten auf seine Träume von einer Einschmelzung unserer heutigen Wirtschaftsordnung im Glühofen der Revolution und ihre Ummünzung in das lautere Gold einer kollektivistischen Wirtschaftsordnung, wie der Vertreter des Laissez-faire sich letztlich mit der ehernen Tatsache abfinden müßte, daß der Mechanismus der freien Marktwirtschaft zum mindesten nicht vollkommener als jede andere Maschine ist und es dogmatischer Eigensinn wäre, von ihr schlechtere Resultate zu erwarten, wenn sie ständig überwacht und bald hier, bald dort reguliert geölt und über-

---

1 Shirras, Finlay G., Der Staatshaushalt und das Finanzsystem Indiens, in: Gerloff, Wilhelm / Meisch, Franz (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft. 3. Bd., Tübingen 1929, S. 457; ders., Der Staatshaushalt und das Finanzsystem der Südafrikanischen Union, ebd., S. 458-460; ders., Der Staatshaushalt und das Finanzsystem Ägyptens, ebd., S. 461-464.

2 Colm, Gerhard, Volkswirtschaftliche Theorie, S. 18ff.

3 Röpke, Wilhelm, Staatsinterventionismus, in: HdSt, 4. Aufl., Erg.bd., 1929, S. 866; Mises, L. von, Kritik des Interventionismus, 1929; Braun, M. St., Theorie der staatlichen Wirtschaftspolitik, 1929.

holt wird. In diesem Sinne ist es sicherlich gemeint, wenn H. G. Wells, in seiner "Welt des William Leissold" mahnt, daß es an der Zeit wäre, "Sozialismus" und "Individualismus" als unnütze alte Schilder von unserem geistigen Gepäck abzuwaschen."[1]

Mit seiner Habilitationsschrift "Die volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben. Ein Beitrag zur Finanztheorie" (1926) legte er einen neuen Ansatz vor, der den privaten marktwirtschaftlichen Sektor vom öffentlichen Sektor trennte. Die Zusammenhänge zwischen Privatwirtschaft und Staatswirtschaft wurden von Colm einer ordnungstheoretischen Analyse unterzogen. Walter Eucken konzentrierte sich später in seine "Grundlagen der Nationalökonomie" (1940) auf die Idealtypen "Zentralgeleitete Wirtschaft" und "Verkehrswirtschaft". Der öffentliche Sektor blieb außerhalb seines Betrachtungsfeldes, während bei Colm dieser Sektor Zeit seines Lebens im Mittelpunkt stand.

Die Finanzordnungstheorie von Colm muß auf dem Hintergrund der Finanzierung des Ersten Weltkrieges und der Finanzierung der öffentlichen Haushalte in den Nachkriegsjahren gesehen werden. Für die Finanzierung der öffentlichen Haushalte im Ersten Weltkrieg standen grundsätzlich drei Wege offen: (1) Steuern: Erhöhung der Steuerlast, (2) Anleihen, (3) Notenpresse. Nach dem Ersten Weltkrieg ist von den kriegführenden Nationen der Versuch unternommen worden, die Aufblähung der öffentlichen Haushalte, wieder auf ein Normalmaß zurückzuführen und zu einem Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben zu gelangen. Vielleicht hat Gerhard Colm schon damals den Gedanken gehabt, daß man anstelle der Kriegsausgaben auch Ausgaben für nationale Ziele machen könne und so die gewaltigen Ausgaben zur Vernichtung in Ausgaben zum Allgemeinwohl umwandeln könne. Im Ersten Weltkrieg waren aber auch die Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung an die staatliche Sozialpolitik gewachsen und zum Teil kamen sozialdemokratische Führungen in die Verantwortung der Regierung. Solange die Sozialdemokraten in der Opposition waren, konnten sie dem Arbeiter die Utopie eines sozialistischen Zukunftsstaates vorgaukeln. In der Regierungsverantwortung nach 1918 sah es ganz anders aus. In der Weimarer Republik kamen noch für Deutschland spezifische Hypotheken hinzu: Gebietsabtretungen, Reparationen, Ruhrbesetzung, Geldentwertung, Lebensmittelnot, militärische und politische Anarchie zum Teil bis 1924. Die Kommunisten sahen das Heil in einer Verstaatlichung des privaten Sektors und einer Zentralplanwirtschaft nach russischem Modell, einem Modell, das nach 1945 in der SBZ/DDR um-

---

1 Ebd., S. 881; Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Hrsg. von Edith Eucken und K. Paul Hensel, 6. Aufl., Tübingen 1990, S. 27f. Mit der Schutzzollpolitik Ende der 70er Jahre des 19. Jahrhundert begann der punktuelle Interventionismus und er bereitete den Übergang zur Epoche der wirtschaftspolitischen Experimente (nach 1914).

gesetzt wurde.[1]

Mit seiner Ordnungstheorie in der Habilitationsschrift zog Colm eine radikale Trennungslinie zwischen dem privaten Sektor der Marktwirtschaft und dem öffentlichen Haushalt. Die SPD war in der Weimarer Republik noch tief durchdrungen vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus. Erst auf dem Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg (13.-15. November 1959) vollzog sie den Schritt, den Gerhard Colm 1926 vorgezeichnet hatte.

Nach seinem Überwechseln zu Bernhard Harms an das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel (1927) war Gerhard Colm damit beschäftigt, "aktuelle Zustände zu untersuchen und damit die Erkenntnisgrundlage für praktisches Handeln zu liefern, welches im einzelnen durchzuführen und zu regeln nicht mehr Aufgabe des Wissenschaftlers ist."[2] Bernhard Harms und Gerhard Colm führten einen unermüdlichen Kampf für die Republik von Weimar. Bei den Konferenzen von Pyrmont (1928), Berlin (1928), Bad Eilsen (1929) und in Berlin (1931) sollten Erkenntnisgrundlagen für praktisches Handeln gewonnen werden. "Neben Wirtschaftskursen in Volkshochschulen, Arbeiterbildungsvereinen oder Studentenzirkeln gaben Marschak und Colm sogar auch dem Gewerkschaftsführer Fritz Tarnow Nachhilfe: Unterricht in der Kreislauftheorie des Geldes, ehe dieser Anfang 1932 mit Fritz Baade und Wladimir Woytinsky das damals spektakuläre Arbeits- und Konjunkturprogramm der Gewerkschaften vorlegte."[3]

Die Weltwirtschaftskrise von 1929/33 forderte Gerhard Colm erneut heraus. Aus der Analyse der Krisensituation gelangte er zu konjunkturpolitisch orientierten Gegenmaßnahmen zur Krisenüberwindung. Seine Mitwirkung am Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan und auch sein Vortrag vor der SPD Groß-Kiel am 15. Dezember 1932 zeigen[4], daß er sich auf den verschiedensten Ebenen für eine Aufklärung und aktive Krisenüberwindung einsetzte. Das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1924) und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold (1927)[5] und den

---

1 Schneider, Jürgen / Harbrecht, Wolfgang, Einführung: Wirtschaftspolitische Experimente im Laboratorium Kriegswirtschaft / Weimar / Drittes Reich (1914-48) und in Sowjetrußland (ab 1917), in: Dies., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993). Stuttgart 1996, S. VII-XLIII.

2 Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie, S. 25.

3 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 68.

4 Schleswig-Holsteinische-Volkszeitung, Kiel, Nr. 295, vom 16. Dezember 1932.

5 Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Akten betreffend die Durchführung der Berufsverordnungen an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel April 1933 - Februar 1934, IV. Abt. N° 22, Dok. 125 u. 127ff.; Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold: Organisation ehemaliger Kriegsteilnehmer zum Schutz der Weimarer Republik am 22.2.1924 in Magdeburg auf Initiative der SPD gegründet. Kämpft gegen den rechten (Nationalsozialismus) und linken (Kommunisten) Totalitarismus.

Kriegsfreiwilligen, Träger des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse[1], den Demokraten und Kämpfer für die Republik von Weimar, den, der sich rastlos und unermüdlich für eine offene Gesellschaft (K.R. Popper) eingesetzt hatte, mußte die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 zutiefst treffen.

Die Entwicklung der monetären Konjunkturtheorien wurde durch die Weltwirtschaftskrise stark beeinflußt: "Der antizyklische Einsatz der Fiskalpolitik wurde also tatsächlich erst durch die große Krise nach 1929 zum allgemeinen Bestandteil nationalökonomischem Wissens, obwohl es gerade in Deutschland schon vorher Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspolitiker gegeben hatte, die staatliche Defizite als Mittel zur Förderung der Beschäftigungslage in den Jahren des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Ersten Weltkrieg und in dem starken Konjunktureinbruch von 1925/26 in Deutschland erkannt und befürwortet hatten."[2]

Die "University in Exile" wurde die Hauptaufnahmeinstitution der exilierten europäischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Ihr Gründer, Alvin Johnson, war wie Colm von der Meinung geprägt, daß die Sozialwissenschaften politischen Zielsetzungen beratend und aufklärend zur Seite stehen sollten und daß Spezialisierungen und Professionalisierung häufig eine unpolitische Haltung verursachten, welche an moralische Verantwortungslosigkeit grenzte. Diese Grundhaltung hat Gerhard Colms gesamtes Lebenswerk geprägt. Robert Nathan, einst einflußreicher Wirtschaftsberater in den Vereinigten Staaten, hat geäußert, daß Gerhard Colm wohl als der beste angewandte Wirtschaftswissenschaftler (applied economist) seiner Zeit zu betrachten ist. Für Gerhard Colm war reine Wirtschaftstheorie um ihrer selbst willen nur von Interesse, solange sie zur zweckmäßigen und inhaltlich zielorientierten Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik beitragen konnte.[3]

Die Zeit an der New School for Social Research (1933-39) nutzte Colm, um grundlegende Beiträge zur Aufbringung der Steuern (Steuersystem)[4] und deren Verwendung im Öffentlichen Haushalt[5], daneben seine Finanzordnungstheorie[1] ebenso wie

---

1 Eisernes Kreuz (E. K.), preußische Kriegsauszeichnung, 10. März 1813 bei Beginn der Befreiungskriege vom König Friedrich Wilhelm III. gestiftet für Offiziere und Mannschaften. Bei Ausbruch des Deutsch-französischen Krieges wurde das E. K. am 19. Juli 1870 für die Dauer dieses Feldzuges und bei Ausbruch des 1. Weltkrieges am 5. August 1914 erneuert. Insgesamt wurden 4.500.000 E. K. 2. und 90.000 E. K. 1. Klasse verliehen.

2 Holtfrerich, Carl-Ludwig, Zur Entwicklung der monetären Konjunkturtheorien: Wicksell, Schumpeter, Hahn, Mises und Hayek, in: Bertram Schefold (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VIII, Berlin 1989, S. 103.

3 Äußerung Robert Nathans gegenüber Dr. Benjamin Toren, erwähnt in einem Brief Dr. Torens an den Verfasser v. 17.6.1993.

4 Colm, Gerhard, The ideal Tax System, in: Social Research, Bd. 1, 1934, S. 319ff.; ders., Public Revenue and Public Expenditure in National Income, in: Studies in Income and Wealth. National Bureau of Economic Research, Bd. 1, New York 1937.

5 Ders., Public Expenditures and Economic Structure in the United States, in: Social Research 3,

Studien zur Weltwirtschaftskrise und zu deren Überwindung in den USA zu publizieren.[2]

Bei den ersten Publikationen in den Vereinigten Staaten griff Colm auf Themenbereiche zurück, in denen er schon in Deutschland gearbeitet hatte. Nur standen jetzt die USA im Mittelpunkt seiner Analysen der öffentlichen Ausgaben, die er aus ordnungstheoretischer Sicht unternahm. Dies dürfte in den Vereinigten Staaten neu gewesen sein. G. von Schanz schildert, wie das Budget vor und nach 1921 zustande kam. "In den Vereinigten Staaten machte vor 1921 jedes Departement oder sonstige unabhängige Bureau einen möglichst hohen Ausgabevorschlag. Der Schatzsekretär nahm am 15. Oktober diese Vorschläge entgegen und stellte sie in dem Book of Estimates gedruckt zusammen, ohne zu ihnen irgendwie kritisch Stellung zu nehmen oder an ihnen zu ändern, zugleich berichtete er über die Ausführung der bestehenden Fiskalgesetze. Der Kongreß verarbeitete dieses Material, das man nicht ein eigentliches Budget nennen konnte, ganz nach seinen Gutdünken zur Herstellung der verschiedenen Bills. Der Schwerpunkt lag hier in den Ausschüssen. ... Ein Anlauf, die unerfreulichen Verhältnisse zu bessern, wurde gemacht durch den budget und accounting act vom 10. Juni 1921. Durch dieses Gesetz wurden ein Budgetamt, das im Namen der Regierung den Etat aufstellt, und für die Kontrolle des Rechnungswesens ein general accounting office geschaffen und ihnen gewisse Befugnisse erteilt. Ende Dezember 1921 konnte dem Kongreß zum ersten Male ein wirklich geschlossenes Budget nach europäischer Art vorgelegt werden."[3]

Der Kriegseintritt der USA 1917 erforderte höhere Ausgaben und damit eine Änderung des Systems der Besteuerung. 1928 betrugen die Staatsausgaben etwa 4 Milliarden Dollars gegenüber 1 Milliarde vor dem Ersten Weltkrieg.[4]

Eberhard Wille unterscheidet mehrere Phasen der integrierten Öffentlichen Planung in den USA: "Nachdem der ‚Budget and Accounting Act' von 1921 durch eine einheitliche Haushaltsklassifikation, die auf monetäre Inputs abstellte, einen kontrollierten Planungsabschnitt einleitete, und ab dem ‚New Deal' eine managementorientierte Phase folgte, die im ‚performance budgeting' der ‚Hoover Commission' (1949) ihren Höhepunkt fand, bildete das "Planning-Programming-Budgeting-

---

1936, S. 57ff.

1 Ders., The Theory of Public Expenditures, in: Annals of the American Academy of Political Sciences 183, 1936, S. 27-43.

2 Ders., Public Spending and Recovery in the United States, in: Social Research 3, 1936, S. 129-166.

3 Schanz, G. v., Budget, in: HdSt, 4. Aufl., 1926, S. 89; Thomann, Hans, Das Budget der Vereinigten Staaten von Amerika aufgrund des Bundesbudgetgesetzes vom 10. Juni 1921, Freiburger Habilitationsschrift.

4 Seligman, Edwin R. A., Der Staatshaushalt und das Steuersystem der Vereinigten Staaten von Nordamerika, in: Gerloff, Wilhelm / Meisel, Franz (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft. 3. Bd., Tübingen 1929, S. 424.

System (PPBS) die dritte Station der US-Budgetreformen. Während beim ‚performance budgeting' die Effizienz bzw. die Zielebene der outputs (Abb. 5) und nicht - wie die übliche deutsche Übersetzung ‚Leistungsbudgetierung' vermuten läßt - konsumierbare Endprodukte im Mittelpunkt stehen, orientiert sich das PPBS an der Effektivität, d.h. an konkreten Planungszielen bzw. ‚objectives'."[1]

Aufgrund seiner intimen Kenntnis des öffentlichen Haushalts gelangte Colm bei einer Analyse der Ausgaben des nationalsozialistischen Deutschlands zu der Erkenntnis, daß die Rüstungskosten seit 1934 derartig schnell anstiegen, daß Deutschland einen Angriffskrieg vorbereiten mußte. Die deutsche Wirtschaft war seit 1934 eine gerüstete Wirtschaft und das Tempo der Aufrüstung nahm nach 1936 (Vierjahresplan) noch zu.

Wohl auch als Folge der Herausforderung des Sammelbandes von F. A. von Hayek, Collectivist Economic Planning (London 1935), gaben Max Ascoli und Fritz Lehmann 1937 den Band "Political and Economic Democracy" heraus. Gerhard Colm beteiligte sich mit einem Beitrag zum Thema "Is Economic Planning Compatible with Democracy?" Colm unterschied dabei zwischen:[2]

1. Planned economy: Economic system which replaces the entrepreneurial function by government planning is not compatible with democracy.[3]
2. Planned economic policy is essential for a democracy to fulfill its tasks in our age of political and economic instability. ... Planning is a method of intelligent human action.

Colm sprach auch von "unplanned intervention" und meinte damit den regellosen punktuellen Staatsinterventionismus.[4] Anders ist es nach Colm bei der Sozial- oder Mittelstandspolitik. Das Ziel ist hier ein politisches Gleichgewicht in einer demokratischen Gesellschaft. In den Datenkranz wird nicht eingegriffen.

In der Weltwirtschaftskrise waren die Wachstumskräfte paralysiert und es entstand die Notwendigkeit für eine koordinierte Wirtschaftspolitik, d.h. für eine Wirtschaftspolitik nach einem Plan: "This planned intervention, as it may be called, is compatible with a more or less restricted sphere of private ownership and private management."[5] Das Ende des laissez faire muß - so Colm - nicht das Ende der Demokratie

---

1 Wille, Eberhard, Öffentlicher Haushalt IV: Finanz- und Aufgabenplanung, in: HdWW, 5. Bd., 1988, S. 613f.

2 Colm, Gerhard, Is Economic Planning Compatible with Democracy?, In: Ascoli, Max / Lehmann, Fritz (Hrsg.), Political and Economic Democracy, New York, S. 2891.

3 Hensel, Paul K., Planwirtschaft, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 325-338; Hayek, Friedrich A., The Road to Serfdom, Chicago 1944.

4 Küng, Emil, Interventionismus, in: HdSW, 5. Bd., 1956, S. 321ff.

5 Colm, Gerhard, Economic Planning, S. 296.

sein.[1]

Die Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise hatte bei Colm einen tief prägenden Eindruck hinterlassen. In der Arbeitslosigkeit sah er eine mehr als ernsthafte Gefahr für die Demokratie. Colm bezweifelte, ob Hitler an die Macht gekommen wäre, wenn er nicht 6 Millionen Arbeitslosen Arbeit versprochen hätte. Die Diktaturen brachten Arbeit und festigten ihre innere Stärke und dies bedeutete eine Herausforderung für die Demokratien. Nach Colm gibt es nur eine Methode, um die sich selbst beschleunigenden Kräfte aus der Depression zu führen: Staatsausgaben. "In no country has prosperity been restored by mere cost adjustments."[2] Seinen Beitrag "Is Economic Security Worth the Cost?" schloß Colm mit den Worten: "A Government policy which promotes employment opportunities is the most effective defense of the values and Institutions of democracy. That the price for this goal is not too high can be testified to by none so urgently sa by those who have escaped dictatorial regimes."[3]

Die Mitglieder der New School for Social Research sahen 1938 nicht nur im totalitären Nationalsozialismus eine Gefahr. "Arthur Feiler von der New School of Social Research, der zusammen mit seinem aus Italien emigrierten Kollegen Max Ascoli 1938 den Band *Fascism for Whom?* veröffentlicht hatte, sah im Nationalsozialismus die deutsche Version des russischen Bolschewismus. Ebenso Franz Borkenau, der einstige Kommunist und einstige Stipendiat des Instituts für Sozialforschung, in seinem 1939 erschienen Buch *The Totalitarian Enemy*: "Nazitum ist Brauner Bolschewismus, wie der Bolschewismus als 'Roter Faschismus' beschrieben werden könnte."[4]

Doch es hielt Gerhard Colm nicht lange in der New School of Social Research. Zwei Gründe könnten dafür ausschlaggebend sein: (1) Der Wunsch, seine theoretischen Einsichten in die Wirtschaftspolitik umzusetzen und (2) vielleicht sah er auch die Gefahr, die bei einer Selbstisolierung in der New School bestehen konnte. Die Anstellung in der Wirtschaftsverwaltung und später die Festanstellung als Finanzreferent im Budget Büro unter Roosevelt entsprachen seinem Temperament und seiner Grundanschauung von Finanzpolitik als Beruf. Hier berührte er sich mit Alfred Müller-Armack.[5]

---

1 Ebd., S. 301; Colm spielt hier an auf Keynes, J. M., Das Ende des Laissez faire, München 1926.

2 Colm, Gerhard, Essays, S. 311.

3 Ebd., S. 318. Der Beitrag erschien zuerst in: Social Research, VI, 2, May 1939, S. 287-298.

4 Wiggerhans, Rolf, Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung, München-Wien 1986, S. 288.

5 Müller-Armack, Alfred, Wirtschaftspolitik als Beruf (1918-1968), in: Schneider, Jürgen / Harbrecht, Wolfgang (Hrsg.), Wirtschaftsordnung. Müller-Armack war ab Oktober 1952 in der Leitung der Grundsatzhauptabteilung des Bundeswirtschaftsaministeriums und von 1958 bis Oktober 1963 Staatssekretär für die europäische Integration.

"Nachdem Roosevelt schon frühzeitig den Nutzen eines brain trust für seine New-Deal-Politik erkannt hatte vollzog sich bereits in den vierziger Jahren in einigen Ländern der Übergang von der bisherigen fallweisen zur laufenden Beratung, indem man nun wissenschaftliche Experten, Gremien und Forschungseinrichtungen in den Prozeß der wirtschaftspolitischen Willensbildung institutionell einbaute."[1]

In einigen Aufsätzen befaßte sich Gerhard Colm 1941/42 mit den Rüstungskosten der Vereinigten Staaten, doch schon 1942 publizierte er mit Gerald L. Alter eine Studie über die Kriegs- und Nachkriegsziele der Washingtoner Fiskalpolitik.[2] Das nationalsozialistische Deutschland und Japan hatten im Zweiten Weltkrieg auch die Vereinigten Staaten herausgefordert. Der Krieg endete mit der bedingungslosen Kapitulation von Deutschland und Japan und der Besetzung dieser Länder durch die Alliierten. Gerhard Colm wurde 1946 Mitglied des Council of Economic Advisers des Präsidenten Truman. Zäh und ideenreich arbeitete er weiter an der Fiskalpolitik.

Die Weltwirtschaftskrise mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit, die mit zum nationalsozialistischen Totalitarismus und zum Ende der Republik von Weimar führte, hatte bei Gerhard Colm einen tiefprägenden Eindruck hinterlassen. "Ähnlich wie in den anderen Ländern mit Vollbeschäftigungspolitik in der Hochkonjunktur waren auch in den Vereinigten Staaten die Furcht vor einer Nachkriegsdepression, verstärkt durch die mangelhaft überwundene Große Depression vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, die Überzeugung, daß die Zinspolitik zur Inflationsbekämpfung ungeeignet sei sowie verteilungs- und finanzpolitische Gründe maßgebend für die Entscheidung zur Durchführung der Politik des billigen Geldes. ... Im Gegensatz zu Großbritannien konnte die Politik des billigen Geldes in den USA die Vollbeschäftigung nicht sichern, vielmehr wurde sie durch die spekulative Lagerhaltung, die wesentlich auf die Preissteigerung zurückzuführen ist, gefährdet."[3]

Viele Regierungen gingen davon aus, daß es nach Kriegsende zu einer hohen Arbeitslosigkeit kommen würde, wenn die Kriegs- auf die Friedenswirtschaft umgestellt würde. Infolge der pessimistischen Vision wurde eine Vollbeschäftigungspolitik konzipiert, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen. "Die Vollbeschäftigungspolitik (im engeren Sinne) wurde in England von 1945 bis 1951, Schweden 1945 bis 1954, USA von 1945 bis 1951 und in Frankreich von 1945 bis 1957 betrieben. Sie wird dadurch gekennzeichnet, daß in der Hochkonjunktur eine expansive Kreditpolitik durchgeführt wird, weil niedrige Zinsen zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und Verstärkung des Wirtschaftswachstums für notwendig gehalten werden,

---

1 Tuchtfeldt, Egon, Bausteine, S. 50; Haan, Hugo, Das amerikanische Planning. Eine Bewegung für geplantes Wirtschaften in den Vereinigten Staaten dargestellt durch eine Zitatensammlung, Leipzig 1933, S. 16, 18, 26, 46, 55.

2 In: Fortune 26, 1942.

3 Dürr, Ernst, Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt/M. 1966, S. 295f.

Zinserhöhungen für ungeeignet angesehen werden, die Preise zu stabilisieren und weil niedrige Zinsen die Bildung hoher Besitzeinkommen verhindern und die Kosten der Staatsschuld vermindern sollen. Die Vollbeschäftigungspolitik ist stets, selbst bei Preisstop und Rationierung, mit ungewöhnlich starken Preissteigerungen verbunden."[1] Bei der expansiven Geld- und Kreditpolitik in der Hochkonjunktur, der Vollbeschäftigungspolitik im engeren Sinne, der Vereinigten, spricht Ernst Dürr für die Jahre 1945 bis 1947 von einer Periode der ungehemmten Geld- und Kreditexpansion. Dürr zieht aus Äußerungen J. E. Murrays,[2] daß "unter der Regierung Truman (1945-53) das Ziel der Vollbeschäftigung stärker betont wurde als das Ziel der Preisstabilität, während unter der nachfolgenden Regierung Eisenhower (1953-61) die Rangordnung dieser Ziele umgekehrt wurde."[3]

Das Prinzip der antizyklischen Fiskalpolitik - wie es auch von Colm vertreten wurde - konnte sich in den Dreißiger Jahren nicht voll durchsetzen. In den Vereinigten Staaten wie auch in zahlreichen Industrieländern wurde es nach 1945 zum zentralen Mittel der Konjunkturpolitik. Die Regierung der USA war seit dem Employment Act von 1946 verpflichtet, "maximale Beschäftigung, Produktion und Kaufkraft zu fördern." "Im Rahmen der Vollbeschäftigungspolitik fällt der Fiskalpolitik die Aufgabe zu durch entsprechende Variationen der Steuersätze die Komponenten der Gesamtnachfrage zu beeinflussen."[4]

Ähnlich wie Ernst Dürr beurteilt auch Bruno Fritsch die Nachkriegswirtschaft und -wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten. "Im Gegensatz zu den Dreißigerjahren war nach dem Krieg - trotz allen gegenteiligen Prognosen über die Nachkriegsentwicklung - eine rege Investitionstätigkeit zu beobachten. Die Ursachen der hohen Investitionsrate waren folgende: 1. Das Vorhandensein großer liquider Fonds, 2. der hohe Kapitalverschleiß während des Krieges, was Ersatzinvestitionen von über durchschnittlichem Ausmaß erforderlich machte, 3. die durch Erfindungen beschleunigte Veralterung des bestehenden Kapitalstocks, 4. das Auftreten neuer Firmen, 5. ausreichende Kreditversorgung zu niedrigen Zinsen und schließlich 6. die Notwendigkeit, die während des Krieges weitgehend geleerten Lager wieder aufzufüllen. ... Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß sowohl die Investitionen als auch der Konsum infolge der besonderen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegssituation von autonomen Impulsen stark angeregt worden sind. ... Was in sechsjährigen Bemühungen während des New Deal nicht gelang, konnte auf Grund

---

1 Ebd., S. 374.

2 Murray, J. E., 10 Jahre Beschäftigungsgesetz, in: Colm, Gerhard (Hrsg.), Das amerikanische Beschäftigungsgesetz, Vergangenheit und Zukunft. Eine Festschrift der National Planning Association, Washington, zum zehnjährigen Bestehen des Gesetzes, Berlin 1956.

3 Dürr, Ernst, Wirkungsanalyse, S. 284f.

4 Fritsch, Bruno, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 80.

dieser autonomen Antriebsimpulse in knapp 18 Monaten erreicht werden, und zwar ohne eine aktive Beschäftigungspolitik."[1] Fritsch spricht auch von einem "autonomen Anstieg der Konsumtion".

Claus-Dieter Krohn beurteilt die Leistung des Finanzwissenschaftlers und Präsidentenberaters so: "Colms fiskalpolitisches Konzept unterschied sich in den entscheidenden Punkten vom keynesianischen Modell, denn es zielte weniger auf eine reaktive staatliche Korrektur der kurzfristigen Oszillationen, sondern auf langfristige planerische Gestaltung der Wirtschaft mit Hilfe des Nationalbudgets. Und zu einem gewissen Teil konnte er diesen Ansatz auch als Finanzexperte des amerikanischen Budget-Büros und als Präsidentenberater während der vierziger Jahre in die Praxis umsetzen. ... Mit dem Regierungswechsel 1952 zu Eisenhower und den Republikanern wurde auch das Personal des Council [of Economic Advisers to the President; A.d.A.] ausgewechselt. ... Resigniert verließ 1952 auch Colm den Beraterstab des Präsidenten und wirkte fortan als chief analyst in der National Planning Association, mit der er bereits 1945 eng zusammengearbeitet hatte. Mit einer Vielzahl von Publikationen setzte er hier seine Analysen zur effektiven gesamtwirtschaftlichen Planung auch weiterhin fort und warb ferner in einer Unzahl von öffentlichen Vorträgen sowohl in den USA als auch in Deutschland und Westeuropa für diese Ideen."[2]

Wenn Gerhard Colm über seine Rolle als Präsidentenberater etwas enttäuscht war, so hatte er doch bei seiner Tätigkeit im Rahmen der Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten nach 1945 große Erfolge aufzuweisen. Durch den Ersten Weltkrieg hatten sowohl England als auch Deutschland ihre weltwirtschaftlich führende Position eingebüßt. "Die Vereinigten Staaten aber konnten das Führungszentrum der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt allein nicht darstellen. Ihre Verflechtung mit den übrigen Volkswirtschaften gab ihnen nicht ein ausreichend großes wirtschaftliches Schwergewicht. Überdies waren sie sich der Aufgabe, die ihnen zugefallen war, nicht vollkommen bewußt. Das weltwirtschaftswidrige Verhalten der Vereinigten Staaten, das sich in der Gegenläufigkeit der auf aktive Handelsbilanz gerichteten Güterpolitik und der internationalen Kapitalpolitik manifestierte, ist mit Recht hervorgehoben worden."[3]

Die Vereinigten Staaten wurden in ihre Rolle als globale Weltmacht durch die Herausforderung des Nationalsozialismus und nach 1945 durch den Kommunismus geradezu gedrängt: "Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurden auf Initiative und

---

1 Ebd., S. 18f.

2 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 135, 144f.

3 Fick, Harald, Die geldpolitische Entwicklung im Ausland seit dem Weltkrieg, in: Deutsche Geldpolitik. Schriften der Akademie für Deutsches Recht. Hrsg. vom Präsidenten der Akademie für Deutsches Recht, Reichsminister Dr. Hans Frank. Gruppe Wirtschaftswissenschaft. Nr. 4, Berlin 1941, S. 471. Ähnlich Kindleberger, The World in Depression 1929-1939. History of the World Economy in the Twentieth Century, vol. 4, Londen 1973, S. 28.

unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika die Grundlagen für die heutige Weltwirtschaftsordnung gelegt. Trotz vieler Spannungen und mancher Krisen in den vergangenen Jahrzehnten ist festzustellen, daß die liberalen Prinzipien, welche 1944/47 entwickelt wurden, überdauerten und in den westlichen Ländern die Voraussetzungen dafür schufen, daß der allgemeine Wohlstand eine damals nicht erwartete Höhe und Verbreitung erfahren konnte."[1]

Während des Zweiten Weltkriegs hatte sich in den angelsächsischen Ländern die Überzeugung durchgesetzt, daß der Wiederaufbau der Weltwirtschaft ohne ein System frei austauschbarer Währungen, so wie es die ehemaligen Goldwährungen lieferten, nicht möglich sei. Auf der Konferenz von Bretton Woods (Juli 1944, New Hampshire) schlugen die USA die Errichtung zweier internationaler Institutionen vor, die eine gewisse Gewähr für die Realisierung der Konvertibilität und das Wiederingangsetzen des internationalen Kapitalverkehrs boten. Ende Dezember 1945 wurde die *International Bank for Reconstruction and Development* ("Weltbank") und der *International Monetary Fund* ("Internationaler Währungsfonds") gegründet ("Bretton-Woods-Zwillinge"). "Beide Institutionen sollen Störungen in den Zahlungsbilanzen allmählich ausgleichen und zum Abbau der Diskriminierungen im Außenhandel wie der Devisenbewirtschaftung beitragen."[2]

Im März 1947 proklamierten die USA die Truman-Doktrin. Sie sicherte jenen Völkern Beistand zu, die "sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzten."[3] Drei Monate später erfolgte die Ankündigung des Marshall-Planes. Erst mit dem Marshall-Plan vermochten die USA den ungeheuren Nachkriegsproblemen gerecht zu werden. Die sowjetische Außenpolitik reagierte mit einem abrupten Kurswechsel, der sich in der Herausbildung des Ostblocks äußerte und in den Kalten Krieg mündete.

Wie irritierend die Truman-Doktrin und der Marshall-Plan auf die Sowjetunion wirkten, zeigt der Bericht von Andrei Alexandrowitsch Shdanow (1896 - 1948) bei der ersten Cominform-Konferenz über die Lage der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg vom 25. September 1947. Nach Shdanow waren nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Lager entstanden, ein imperialistisches und anti-demokratisches Lager unter der Führung der USA und ein anti-imperialistisches und demokratisches Lager unter der Führung der Sowjetunion. "The economic 'aid' of the USA pursues the broad aim of enslaving Europe to American capital. ... The 'Truman Doctrine' and the 'Mar-

---

1 Watrin, Christian, Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für die Weltwirtschaft, in: Dürr, Ernst / Sieber, Hugo (Hrsg.), Weltwirtschaft im Wandel. Festgabe für Egon Tuchtfeldt zum 65. Geburtstag, Bern - Stuttgart 1988, S. 213.

2 Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/M. 1957, Bd. I, Art. "Bretton Woods", S. 319.

3 Loth, Wilfried, Die Teilung der Welt 1941 - 1955, 7. Aufl., München 1989, S. 156ff.

shall-Plan' give concrete expression in the present situation to the expansionist aspirations of the USA. ... At the same time, the basis of the 'Marshall-Plan' is restoration of the industrial areas of Western Germany under the control of American monopolies. ... Thus the 'Western bloc' is being put together by American not on the model of Churchill's plan for a United States of Europe, which was conceived as a means of promoting British policy, but as an American protectorate, in which the sovereign states of Europe, not excluding Britain itself, are assigned roles not so very different from that of the celebrated '49th state of America'."[1] Das offensive Vorgehen der USA irritierte die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich aufs äußerste.

Gerhard Colm hatte für die Weimarer Republik gekämpft; nach der Emigration kämpfte er gegen den Nationalsozialismus, und nach dem Zweiten Weltkrieg setzte er sich für den Wiederaufbau in den drei Westzonen mit dem Plan zur Währungsreform vom Mai 1946 ein. Colm hatte die verheerenden sozialen Folgen der Hyperinflation von 1914 - 1923 am eigenen Leib erfahren. Der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan reflektiert unübersehbar "auch das normative Fundament von Colms wissenschaftlicher Arbeit. Ökonomische Unsicherheit, so erklärte er etwa in einem Vortrag über die prospektierte Währungsreform[2], sei das Treibhaus für totalitäre Entwicklungen, da die Menschen bei der Alternative von unsicherer Lage und Einschränkung der persönlichen Freiheit eher das letzte wählen würden."[3].

Wie die Lage kurz nach Kriegsende in den Westzonen war, schildert Alfred Müller-Armack: "Freilich, in den Jahren 1945 und 1946 dominierten bei uns in sehr offen geführten Diskussionen die wissenschaftlichen Berater der englischen Labour-Party, die uns klarzumachen suchten, daß angesichts des kompletten Warenmangels, des Fehlens der notwendigsten Gebrauchsgüter, eben nur eine zentral gesteuerte Wirtschaftslenkung möglich sei. So blieb in den Jahren 1945, 1946 und 1947 bis zur Mitte des Jahres 1948 wirtschaftspolitisch alles beim alten. Es war aber gleichzeitig die Phase eines geistigen Ringens um eine neue Form der Wirtschaftspolitik."[4]

Die Grundkonzeption der Währungsreform in den Westzonen vom 21. Juni 1948 geht auf Gerhard Colm zurück. Entscheidend war, daß mit der Währungsreform auch die Kriegszwangswirtschaft liquidiert wurde. "Währungsreform, Aufhebung der staatlichen Preisbindungen und des Bewirtschaftungssystems sind also 'komplementäre', sich gegenseitig ergänzende wirtschaftspolitische Akte."[5]

---

1 Procacci, Giuliano (Ed.), The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947/1948/1949, Milano 1994, S. 235, 239, 245.

2 Vortrag an der George Washington Universität vom 5. September 1947.

3 Krohn, Claus-Dieter, Wissenschaft, S. 191.

4 Müller-Armack, Alfred, Wirtschaftspolitik als Beruf, S. 289.

5 Eucken, Walter, Deutschland vor und nach der Währungsreform, in: Schneider, Jürgen / Harbrecht,

Das IFO-Institut für Wirtschaftsforschung charakterisiert die Jahre vor und nach der Währungsreform so: "Die Jahre von 1945 bis zur Währungsreform gelten gemeinhin als 'Hungerjahre' und waren es auch. ... Ein besonders wichtiger Faktor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung war die gleichzeitig mit der Währungsreform vorgenommene Einführung der 'Marktwirtschaft', d.h. die Preise wurden freigegeben und die Bewirtschaftungsvorschriften außer Kraft gesetzt. Dies gilt hauptsächlich für industrielle Fertigwaren, während die Grundstoffe und Ernährungsgüter erst später in ähnliche Maßnahmen einbezogen wurden. Es können an dieser Stelle freilich noch viele andere Momente erwähnt werden, die für die Währungsreform und den weiteren Ablauf von Bedeutung waren. Die genannten Voraussetzungen scheinen uns jedoch die wichtigsten zu sein. Am Stichtag des 21. Juni 1948 waren somit vorhanden: Zunächst ausreichende Kapazitäten, Lagerbestände zum Abfangen des ersten Kaufkraftstoßes, die Aussicht steigender Rohstoffimporte, der Wille der Konsumenten zu verbrauchen, der der Unternehmer zu investieren und die Einführung der Marktwirtschaft in weiten Bereichen."[1]

Die wirtschaftliche Lage der Menschen in den Westzonen besserte sich nach der Währungs- und Wirtschaftsreform von 1948 schnell, wie die Meinungsforscher feststellten: "Nach der Währungsreform fanden die Selbständigen in Industrie, Handel und Gewerbe (Unternehmer), aber auch die Bezieher fester Einkommen (Beamte, Angestellte) und die städtischen Arbeiter ihre Lebenshaltung verbessert, die Freien Berufe und die Sozialrentner stellten eine Verschlechterung fest. Bis zum Juli 1949 hatte sich die durchschnittliche Lebenshaltung den neuen Bedingungen einigermaßen angepaßt; wenigsten fanden 51 v.H. aller Befragten sie dem Februar gegenüber unverändert. Im November waren 50 v.H. aller Befragten der gleichen Ansicht; rund 30 v.H. fanden ihre Lebenslage vom Juli bis November 1949 verbessert und 20 v.H. schlechter geworden. Am Jahresende 1949 erklärten fast 60 v.H. aller Befragten, ihre Lebenshaltung habe sich gegenüber dem Vorjahre verbessert, ein Sechstel fand sie verschlechtert. Vier Fünftel wohnten ebenso gut oder schlecht wie vor einem Jahre. Ein gutes Beispiel dafür, wie Massenbefragungen den sogenannten Trend der Käufermeinung finden können, gibt die folgende kleine Tabelle.

Es wünschten sich am dringlichsten (v.H. der Befragten):

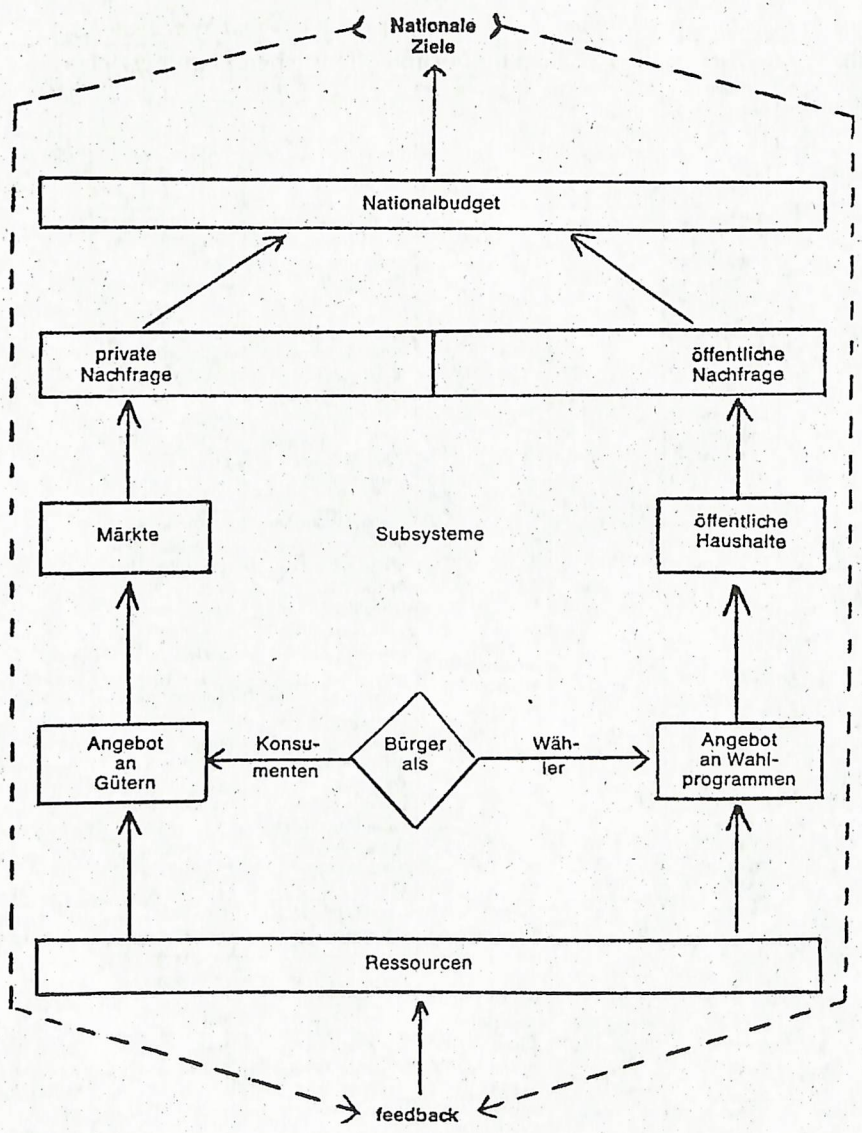
Wolfgang (Hrsg.), Wirtschaftsordnung, S. 343.

1 IFO-Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Fünf Jahre Deutsche Mark. Der Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft seit der Währungsreform, Berlin - München 1953, S. 9f.

	bessere Ernährung:	bessere Kleidung:	bessere Wohnung:
im August 1948	52,5	30,0	17,5
im März 1949	16,1	39,0	31,6
im Juli 1949	17,6	46,0	36,4
im Oktober 1949	9,5	43,7	42,4
im Februar 1950	5,4	45,0	42,7

Im Sommer 1949 gaben nur die untersten städtischen Einkommenschichten, Arbeiter und Sozialrentner, einen ungedeckten Ernährungsbedarf höherer Dringlichkeit zu erkennen. ... Im Oktober 1949 hatte sich die Verlagerung der dringlichsten Bedürfnisse auf den Wohnraumbedarf und Textilien fortgesetzt; der Wohnbedarf hatte namentlich bei den Selbständigen und Beamten die höchste Dringlichkeitsstufe, während der Ernährungsbedarf nur noch bei den Sozialrentnern stärker hervortrat.
Nach Textilien und Schuhen (mit 62% insgesamt) standen Ende 1949 bereits Hausrat sowie technische Artikel (Fahr- und Motorräder, Näh- und Waschmaschinen, Radios und Photoapparate) unter den Kaufwünschen voran. Seit dem Herbst 1949 war die durchschnittliche Ernährungslage so verbessert, daß jetzt Textilien und Wohnraumbeschaffung die höchsten Grenzwerte hatten."[1]
Gerhard Colm trug entscheidend mit dazu bei, daß die Westzonen eine guten wirtschaftlichen Start hatten und daß mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (1949) eine solide Basis für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft vorhanden war. Auf diesem Fundament konnte ein freiheitlicher und demokratischer Staat, der zweite deutsche demokratische Staat, aufbauen.
Von Colms Habilitationsschrift (1926) bis zur "National Goal Analysis" läßt sich eine Leitlinie ziehen. Der Finanzwissenschaftler Eberhard Wille hat Colms Leistung gewürdigt und auch die Weiterentwicklung der "National Goal Analysis" aufgezeigt:
Abb. 4: National Goals Analysis

1 Lenz, Friedrich, Meinungsforschung in Deutschland, Stuttgart 1950, S. 20f.



Quelle: Tuchtfeldt, Egon, Bausteine, S. 206.

Weiterentwicklung der National Goals Analysis zur Wert- und Systemanalyse:

Abb. 5: Zur Hierarchie zwischen inputs und öffentlichen Planungszielen

Ziel-Mittel-Verhältnis im Rahmen der öffentlichen Planung	Stellung im öffentlichen Planungssystem	Selektionskriterien und Kriterien ökonomischer Kontrolle	Störgrößen	Beispiele		Budgetkonzepte und Planungsinstrumente
				Gesundheitswesen	Verkehrswesen	
Goals ↑	Allgemeine Ziele bzw. wohlfahrtsrelevante Lebensbereiche	Fehlanzeige	Nicht prüfbar zu formulieren	Verbesserung des Gesundheitswesens, Steigerung der Gesundheit	Verbesserung des Verkehrswesens, Reduzierung negativer Verkehrsfolgen	National Goals Analysis, heuristische Problemlösungsmethoden
Leitbilder ↑	Allgemeine Charakterisierung der Ziele innerhalb der Lebensbereiche			Moderne Gesundheitsvorsorge, gezielte Rehabilitation, bedarfsgerechtes Angebot an stationären Leistungen	Sichere Verkehrswege, zumutbarer Zugang zum Verkehr, stadtgerechter u. umweltfreundlicher Verkehr	
Objectives (hier: impact objectives) ↑	Konkrete, operationalisierbare Ziele	Effektivitäts = (Wirksamkeit) objectives Ausgaben	Fehlender Zielbezug der Maßnahmen, mangelnder Zielerreichungsgrad derselben	Erhöhte Früherkennung bei Krankheiten, niedrigere Sterberaten, schnellere Rekonvaleszenzen; alle in absoluten Zahlen oder Prozent	Verkürzte Pendelzeiten, verringerte Unfallhäufigkeiten, Reduktion von verkehrstoten u. –verletzten; jeweils in absoluten Einheiten oder Prozent	Programmbudget; Programmstrukturen, soziale Indikatoren als Ansatzpunkte einer Programmplanung
quasi-Endprodukte ↑	Konkretisierbare Leistungen mit wechselndem Ziel-/Mittelcharakter			Entfernung bis zum nächsten Arzt, Differenz zwischen Eintritt eines Notfalles u. möglicher Behandlung; jeweils in Zeiteinheiten	Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Erreichbarkeit zentraler Einrichtungen; jeweils in Zeiteinheiten	
„outputs" ↑	Sachliche und personelle Kapazitäten bzw. inputs	Effizienz = (Wirtschaftlichkeit) „outputs" Ausgaben	Unwirtschaftlicher Einsatz der monetären Mittel, Inflation, Preisstruktureffekte	Krankenhäuser, Diagnosezentren, Röntgengeräte, Ärzte, Krankenschwestern	Neue Straßenkilometer, ausgebesserte Straßen, Verkehrsampeln, Polizisten	Performance budget, Kosten- bzw. Ausgabenstellenrechnung
Ausgaben ↑	Monetäre inputs	Juristische Ordnungsmäßigkeit	Zuwiderhandlungen beim Vollzug, strafbare Verfehlungen	Ausgaben für Gesundheitswesen im Sinne des Funktionalbudgets	Ausgaben für Verkehrswesen im Sinne des Funktionalbudgets	Einjahres- und Zweijahresbudget, Nationalbudget, mehrjähriger (ausgabenorientierter) Finanzplan

Quelle: Wille, Eberhard, Öffentlicher Haushalt IV: Finanz- und Aufgabenplanung, in: HdWW, Bd. 5, 1980, S. 606

Abb. 6: Exemplarische Darstellung eines Zielerreichungsprozesses

WERTEKATALOG		*ZIELKATALOG*	
→	→	→	
Stufe 1: Übergeordnete Werte (kulturspezifisch)	Stufe 2: Langfristige gesellschaftliche Werte (auch ‚nationale' W.) = gesellschaftliche Interpretation zu Stufe 1	Stufe 3: Von der Gesellschaft als dringlich und erstrebenswert empfundene Ziele (= Spezifikation der Stufe 2)	Stufe 4: Abgeleitete, konkretisierte politische Zielsetzungen (Auswahl, Interpretation, Präzisierung)
GLEICHHEIT	Allseitige Förderung des Individuums in seinen Wahlmöglichkeiten Gleichbehandlung (Gesetz, Geschlecht, Religion etc.) Keine Diskriminierung Gute Lebensbedingungen für alle	Erhöhung der verantwortlichen Teilnahme am Wirtschafts- und Sozialleben Ausbildungsförderung auch für Unterprivilegierte Fortschritte in der Rassenfrage Beseitigung der Slums; Lösung der Stadt-Umland-Probleme; Erholungsmöglichkeiten für alle	Begrenzte Mitbestimmung; Ertragsbeteiligung; Förderung der vertikalen und horizontalen Mobilität usw. Jeweils detaillierte Zielsetzungen)
WOHLFAHRT	Ökonomisches Wachstum in freier, vollbeschäftigter Wirtschaft	Steuerpolitik, Vollbeschäftigungspolitik	Einkommenabhängige Steuern im Konjunkturverlauf variieren

Quelle: Quelle: Wille, Eberhard, Öffentlicher Haushalt IV: Finanz- und Aufgabenplanung, in: HdWW, Bd. 5, 1980, S. 606

"Als Begründer der 'National Goal Analysis' gilt Colm, dessen Einwände gegen die wohlfahrtsökonomische Theorie der Staatswirtschaft den theoretischen Ausgangspunkt bilden.[1] Er wendet sich bei den Modellen von Samuelson und Musgrave vor allem gegen die Übertragung des Indifferenzkurvenansatzes auf öffentliche Güter, weil dies deren politische Dimension ignorieren[2], und stellt demgegenüber den politischen Zielbildungsprozeß in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Die *Entwicklung des Zielbewußtseins* sieht Colm in einem gesellschaftlich-historischen Kontext, wobei zunächst die "performance goals" und anschließend die "achievement goals in vier Etappen ins allgemeine Bewußtsein vordringen und sich dann gesellschaftspolitisch etablieren. Unter den 'performance goals' versteht er (1961) 'ordnungspolitische Hauptaufgaben' bzw. 'Funktionsziele', die auf ein reibungsloses Funktionieren der Wirtschaft abstellen (z.B. Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, angemessenes Wachstum, Spielraum für individuelle Initiative), während sich die 'achievement goals' als 'konkrete Einzelziele' bzw. 'Leistungsziele' auf spezifische Staatsaufgaben beziehen (z.B. Erziehung, Gesundheit, Landesverteidigung). ... Die Überlegungen von Colm lösten in den Vereinigten Staaten ab 1960 ein lebhafte Zielforschung aus, die in institutioneller Hinsicht u.a. zu einer durch Präsident Eisenhower ernannten 'Commission on National Goals' (Goals for Americans, 1960), einen von Präsident Nixon eingesetzten 'National Goals Research Staff' (Towards Balanced Growth, 1970), einen speziellen Forschungsschwerpunkt innerhalb der 'National Planning Association' (nach Colms vor allem Lecht und Terlecky), den jährlichen Budgetanalysen der 'Brookings Institution' (Setting National Priorities, ab 1970) und einer 'Commission on Critical Choices for Americans' führte, die bisher allein 14 Bände vorlegte (u.a. Qualities of Life, 1976). Während Colm zunächst nur eine Erfassung der nationalen Ziele anstrebte, versucht die auf seinem Ansatz aufbauende Wert- und

---

1 Schiller, Karl, Wirtschaftspolitik, in: HdSW, 12. Bd., 1965, S. 226f.:Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung vermittelt dem Wirtschaftspolitiker ein transparentes Bild der gesamtwirtschaftlichen Lage und damit auch die Kenntnis der möglichen Ansatzpunkte für das verfügbare Instrumentarium und der zu erwartenden Auswirkungen solcher Maßnahemn. Nachdem es nicht gelungen ist, eine wirtschaftspolitisch brauchbar 'Wohlfahrtsfunktion' zu konstruieren, kann man die nationale Buchführung als einen gewissen Ersatz dafür ansehen: 'Das vage Konzept des öffentlichen Interesses kann hierdurch in ein operationales Instrument transformiert werden' (Gerhard Colm)."

2 Wille, Eberhard, Öffentlicher Haushalt IV: Finanz- und Aufgabenplanung, in: HdWW, 5. Bd., 1988, S. 611: "Während die wohlfahrtsökonomische Theorie der Staatswirtschaft die Zielbildung ausklammert und lediglich Handlungsmaximen für ein unspezifiziertes Zielsystem liefert, versucht die öffentliche Aufgabenplanung, den nicht-operationalen Begriff 'gesellschaftliche Wohlfahrt' so zu präzisieren, daß er einen Ansatzpunkt für die Programmselektion und damit eine Orientierungshilfe für den Einsatz staatlicher Aktionsparameter biete." Weber, Wilhelm / Jochimsen, Reimat, Wohlstandsökonomik, in: HdSW, 12. Bd., 1965, S. 347: "Die *Wohlstandsökonomik* kommt in ihrer allgemeinsten Ausprägung ohne irgendwelche Merkmale des Wohlstandsbegriffs aus, die über vage Kennzeichen hinausgehen; sie ist in bezug auf den anzustrebenden Wohlstand inhaltsleer."

Zielsystemanalyse sowohl die nationalen Ziele als auch ihre Priorität aus übergeordneten kulturspezifischen Werten abzuleiten (Böhret 1970). Wie Abb. 6 exemplarisch illustriert, soll eine stufenweise Deduktion den zunächst weiten Interpretationsspielraum der Wert- und Zielbegriffe druch sukzessive Konkretisierung einengen. Während sich die übergeordneten kulturspezifischen und die langfristigen gesellschaftlichen Werte (Stufe 1 und 2) vergleichsweise unproblematisch der einschlägigen Literatur entnehmen und in einer Expertenumfrage erhärten lassen, erhofft man sich von Inhaltsanalysen der Spezialliteratur, Meinungsumfragen, der Konferenzmethode und vor allem der 'Delphi-Technik' auch Aufschlüsse über die weit delikatere Frage der Hierarchie der Ziele zu erhalten."[1]

Man kann in Colms "National Goals Analysis" auch eine Weiterentwicklung der Vorstellung von Adam Smith (1723-1790) über die Aufgaben des Staates sehen. Nach Smith konnte "die Wohlfahrt des Gemeinwesens nicht von der Wohlfahrt der Individuen unterschieden sein, da seine Interessen nichts weiter als die Gesamtsumme der Interessen seiner Mitglieder seien."[2] Die Aufgaben des Staates begrenzte Adam Smith auf die "Ausgaben für Verteidigung, für Rechtsprechung und für 'Public Works and Public Institutions' (Verkehrseinrichtungen, Bildung und Erziehung). Hinzu kommen die Ausgaben zur Alimentierung der Staatsführung. In moderner Terminologie handelt es sich um die Kosten der Bereitstellung öffentlicher Güter."[3] Colm unternahm 1926 eine Trennung, die den öffentlichen und den privaten Sektor scharf trennte und begrenzte damit erstmals die Rolle des Staates aus ordnungstheoretischer Sicht.

Wolfgang Kitterer und Paul Senf definieren den öffentlichen Haushalt so: "Unter einem *öffentlichen Haushalt* soll im folgenden Teil der Teil der öffentlichen Wirtschaft verstanden werden, der haushaltsplanmäßig erfaßt wird. Der öffentliche Haushalt stellt die im Haushaltsplan erfaßte öffentliche Haushaltswirtschaft dar, die sich gegenüber der Privat- oder Marktwirtschaft durch politisch-rechtliche und ökonomische Eigenarten auszeichnet."[4]

Diese Definition zeigt, daß die ordnungstheoretische Trennung, die Gerhard Colm in seiner Habilitationsschrift 1926 erstmals vorgenommen hat, heute zum Allgemeingut der Finanzwissenschaft geworden ist.

Die Wirtschaftsordnungstheorie wurde von Walter Eucken, Franz Böhm, F. A. Hayek, Wilhelm Röpke, Lonhard Miksch, Alexander Rüstow u.a. in der Auseinan-

---

1 Wille, Eberhard, Öffentlicher Haushalt IV, S. 607f.

2 Mann, Fritz Karl, Adam Smith, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 291.

3 Richter, Rudolf, Institutionen ökonomisch analysiert. Zur jüngeren Entwicklung auf einem Gebiet der Wirtschaftstheorie, Tübingen 1994, S. 8.

4 Kitterer, Wolfgang / Senf, Paul, Öffentlicher Haushalt, I: Institutionen, in: HdWW, 5. Bd., 1988, S. 545.

dersetzung mit der sozialistischen Gemein- und Zentralplanwirtschaft und nationalsozialistischer Wirtschaftslenkung entwickelt. Alfred Müller-Armack prägte 1946 den Begriff "Soziale Marktwirtschaft".[1] "*Sinn* der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden."[2] Der Finanzwissenschaftler Gerhard Colm gehört in diesem Sinn zu den Ordoliberalen. Auch für ihn gilt, was für die Freiburger Ordoliberalen festgestellt wurde: "Science was not to get bogged down in academic exercises, but was to help to resolve concrete problems, especially if such solutions would improve the human lot. This has various consequences. One was that scientists had a duty to intervene in public affairs."[3]

Auch Malabre sieht die Aufgabe der Ökonomen so: „Die akademischen Ökonomen, das möchte ich betonen, sind sich sehr wohl bewußt, daß ihre Arbeit letztlich für die Welt außerhalb der Universitäten von Nutzen sein muß. Angesichts des kontinuierlichen Entstehens neuer Ideen ist Gregory Mankiw von der Harvard University voller Hoffnung, daß «mindestens einige dieser neueren Entwicklungen zu einer Veränderung der Art und Weise führen, in der Ökonomen aller Richtungen wirtschaftliches Verhalten und Wirtschaftspolitik bedenken und verdauen»".[4]

---

1 Müller-Armack, Alfred, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg Dezember 1946.

2 Ders., Soziale Marktwirtschaft, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 390.

3 Rieter, Heinz / Schmolz, Matthias, The ideas of German Ordoliberalism 1938-45: pointing the way to a new economic order, in: The European Journal of the History of Economic Thought, 1:1, Autumn 1993, S. 105.

4 Malabre, Alfred L. Junior, Ungehörte Propheten. Eine Insider-Geschichte der modernen Ökonomen, Stuttgart 1994, S. 274.

Überblick über einige neuere ökonomische Schulen[1]

Keynesianer	James Tobin Paul A. Samuelson Robert Solow	Der Markt versagt gelegentlich, erzeugt hohe Arbeitslosigkeit und benötigt fiskalische Ankurbelung. Geldpolitik ist dabei wenig hilfreich.
Monetaristen	Milton Friedman Karl Brunner	Die monetäre Politik ist wirksamer als die fiskalische, wirkt aber mit langen, unkalkulierbaren Verzögerungen.
Angebotler	Jude Wanniski Paul Craig Roberts Arthur Laffer	Die Senkung der Grenzsteuersätze erhöht den Leistungswillen und die Spar- und Investitionstätigkeit der Individuen.
Zyklus pur	Charles Plosser	Die Wirtschaftsentwicklung wird vor allem durch externe Schocks beeinflußt.
Neoklassik/«Rationale Erwartungen»	Robert E. Lucas jun.	Der Markt funktioniert gut, und staatliche Eingriffe können mehr schaden als nützen.
Österreicher	Friedrich A. Hayek	Betont die Gefahren jeden staatlichen Eingriffs.

Gerhard Colms Anliegen war die Schaffung einer funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnung für die industrialisierte Welt. Die Worte, die Walter Eucken für Hans Gestrich (1895 - 1943) fand, gelten auch für Gerhard Colm: Er war ein Mann der Humanität. Als solcher - nicht nur als Fachmann - beurteilte er auch jede wirtschaftspolitische Frage. ... Und er wußte, daß auf die Dauer die Wissenschaft doch eine geschichtlich gestaltende Macht sein kann, und daß es schon deshalb sinnvoll ist, sich echter und humaner Wissenschaft zu weihen."[2]

"Obwohl ein großer Teil seiner Arbeit von technischer Natur war", schrieb Hans Christian Sonne in einem Nachruf auf Gerhard Colm, "war sich Gerhard Colm stets bewußt, daß die Wirtschaftswissenschaften nie zum Selbstzweck, sondern vorrangig als Instrument zur Verbesserung menschlichen Daseins zu dienen hätten. Seine warme und herzliche Persönlichkeit verhalfen ihm zu einem tiefen Verständnis für die Bedürfnisse der Menschen. Vor allem aber liebte Gerhard Colm seine Arbeit und konnte sich glücklich schätzen, der Gesellschaft so bereitwillig und gut gedient haben zu dürfen."[3]

---

1 Ebd., S. 275.

2 Eucken, Walter, Hans Gestrich, in: Gestrich, Hans, Kredit und Sparen, hrsg., v. Walter Eucken, Godesberg 1947, S. 17f.

3 Sonne, Hans Christian, Vorsitzender des N.P.A.-Aufsichtsrats: In Memoriam Gerhard Colm, Colm Papers, SUNY, Folder 4.

ANHANG

Inhalt:

I. Brief General Lucius D. Clays an Paul H. Appleby vom 26. Juni 1946

II. Das Nationalbudget der Vereinigten Staaten im Jahre 1948 in Mrd. Dollar

III. Memorandum on Economic Stabilization in Korea, 10th April, 1953

IV. Long-range Economic Plan in Japan for Japan's Economic Development for the fiscal 1958 – fiscal 1962 period

V. Memorandum for the Economic Planning Agency for the Government of Japan, May 10, 1960

VI. Observations of a Foreign Visitor on the Japanese Economic Development, May 1960

VII. Panel Discussion – Dr. Colm, Dr. Inaba, Mr. Ohkita

Die Quellen III bis VII entstammen den Sammlungen der Manuscript Division, Library of Congress.

I. Brief General Lucius D. Clays an Mr. Paul Appleby vom 26. Juni 1946*

Mr. Paul H. Appleby
Acting Director of the Budget
Executive Office of the President
The White House
Washington, D.C.
United States of America

June 26, 1946

My dear Mr. Appleby:

I want to express my sincere appreciation of your helpfulness in making available the services of Dr. Gerhard Colm to the Office of Military Government for Germany (U.S.). Dr. Colm and his colleague Raimond Goldsmith did a superior job in reviewing Germany`s economic and financial position and then developing a program for a financial reform which seems to me practical and sound.

Although, as you know, there are many obstacles to securing quadripartite agreement concerning the future economic treatment of Germany, I am convinced that the work done by Dr. Colm and his colleague has contributed much toward the realization of this objective. We are indeed grateful for your assistance.

Sincerely yours,

LUCIUS D. CLAY
Lieutenant General, U.S. Army
Deputy Military Governor

---

* Privatarchiv Peter Colm, Lusby, Maryland.

II. Das Nationalbudget der Vereinigten Staaten im Jahre 1948 in Mrd. Dollar*

Economic Group	Receipts	Expenditures	Excess or Deficit
CONSUMERS			
Disposable income relating to current production Transfers and interests	175,9 14,9		
Disposable personal income	190.8		
Expenditures for goods and services		178.8	
Personal saving (+)			+ 12.0
BUSINESS			
Retained business receipts	26.8		
Gross private domestic investment		45.0	
Excess of investment (-)			- 18.2
INTERNATIONAL			
Net cash government loan transfers abroad	1.3		
Net foreign investment		1.9	
Excess of receipts (+) *and investment*(-)			- 0.6
GOVERNMENT (FEDERAL, STATE, AND LOCAL)			
Tax payments or liabilities	60.1		
Adjustment to cash basis	- 0.1		
Cash receipts from the public	60.0		
Purchases of goods and services		36.7	
Government transfers		15.9	
Cash payments to the public		52.6	
Excess of receipts (+) *or payments* (-)			+ 7.4
ADJUSTMENTS			
For receipts relating to GNP	- 0.4		
Other adjustments	- 0.2		
Total: Gross national product	262.4	262.4	0

* Note: Items relating to current production of goods and services are shown in roman type. Transfer payments and receipts and subtotals including them are in italics; these items are not included in the gross national product. Details will not necessarily add to totals because of rounding.

Dokument 3: Memorandum on Economic Stabilization in Korea

MEMORANDUM

To : Sir Arthur Rucker,
Deputy Agent General, UNKRA

10th April, 1953.

From : Gerhard Colm,
Economic Consultant Team.

Subject: Memorandum on Economic Stabilization in Korea.

Attached is a memorandum in which we attempt to comply with your request for a quick view of the problems involved in Economic Stabilization in Korea. Even though I had the cooperation of every member of the Economic Consultant Team this memorandum represents only my personal views. I also wish to emphasize that at this moment some pertinent data, particularly on national income, on the budget and on tax revenue, are still being prepared in a joint effort with the appropriate Korean agencies. Therefore, much of the conclusions offered in this memorandum should be regarded as tentative and may need to be revised when the data becomes available.

I should like to add that we have had in all our work the help of several of our badly over-worked Korean colleagues and also of staff members of UNKRA and UNCACK.

Gerhard Colm /s/

- Summary -

In recent weeks an increasing supply of consumer goods has reached the markets in Korea from current production, imports, and particularly from previously hidden stores. This has had a stabilizing effect on prices.

The current stabilization of prices cannot, however, be regarded as permanent as long as the budget is expected to change from a position of balance in the last fiscal year to a very large deficit in the current fiscal year and as long as government and private enterprises require large credits to make up for operational deficits.

There appears to be two possible courses of action for the Korean economy. One would accept large budget deficits and credit expansion as inevitable, but prevent the inflation from coming into the open by comprehensive and rigid controls of prices, wages, and consumption. The excess money, created by deficit financing, would then have to be removed by some drastic currency measures in the future.

The other course of action would aim at restoring market prices and wages, which would make it possible to multiply tax collections and move toward a balanced budget and the profitable operation of enterprises.

The latter course of action appears preferable and feasible if it is assumed that an adequate amount of foreign aid is forthcoming. Even though foreign aid is determined on the basis of computed physical import requirements and not on the basis of a budget deficit, it can, nevertheless, make a moderate direct and a very substantial indirect

contribution to the improvement of the budget situation. It must be understood, however, that the success of economic stabilization will chiefly depend on the domestic measures adopted by the Korean Government. In view of the apparent impossibility of enforcing a comprehensive and tight system of controls, a policy of approximate budget balancing actually is the only real alternative to open inflation.

Adoption of this course of action would require:

1. Measures to improve productivity in agriculture, industry, and distribution, including measures to improve the utilization of manpower.
2. A coordinated adjustment of rates of exchange, prices and wages.
3. A substantial increase in tax and monopoly revenues, resulting in part from the adjustment in prices and wages, in part from an increase in certain tax and monopoly rates, in part from improvements in tax collection and monopoly administration.
4. A postponement of some capital expansion projects.
5. Protection of the people against illegitimate impositions.
6. Putting Government enterprises on a quasi-commercial basis.
7. Adopt temporary subsidies in a few cases in which the adjustment of the rate of exchange, prices, and wages might create serious temporary difficulties.

4-

ECONOMIC STABILIZATION IN KOREA

I. The Present Outlook for Economic Stabilization

1. Grain prices have shown a moderate price decline, which prices industrial products have either remained stable (fuel) or increased moderately (textiles) over the last few weeks. This temporary stabilization took place after the currency conversion. Currency conversion may have contributed to it because the desire to acquire new currency may have induced some producers to sell goods from previously held inventories.

2. The currency conversion has facilitated everybody's accounting by reducing the monetary unit but has, by itself, reduced the supply of money only very moderately. Measured in equivalent units, currency in circulation is only 10% below the currency in circulation on the 14th February, 1953, before the currency conversion. Nevertheless, it is possible that the new currency enjoys for the time being some psychological preference. This might have contributed to an increase in supplies coming out of stocks and some increase in production.

3. However, it appears more likely that the moderate (counter-seasonal) decline in grain prices was caused mainly by two specific factors in the grain market rather than by general monetary factors.

a) The announcement of a large size grain import program of the ROK Government, in addition to military relief and UNKRA imports, may have induced farmers and traders to sell from stocks in anticipation of increased imports.

b) Also the price rise of grain on the open market was so large in recent years as compared with the price rise in other commodities and with

- 5 -

incomes that the price rise may have exceeded, at least temporarily, the ability of the consumer to buy on the open market.

4. There are several estimates of grain deficiencies for the current food year. They range from the FAO estimate of slightly above 700,000 M/T to a recent ROK estimate of slightly above 1 million M/T (both in polished rice equivalent). Imports brought in or planned for the balance of the food year by ROK Government, private traders, the military, and UNKRA amount to 940,000 M/T. If the plans are carried out the requirements should be approximately met end, if one accepts the lower estimates of the deficiency, it may even be possible to build up a small carry-over into the next food year.

5. The fact that domestic production plus expected imports approximately equal computed requirements does not necessarily mean that in the market supply and demand will be in balance and that prices will necessarily continue their recent stability. If the government is unable to deliver the full ration to people who are unable to buy on the open market, their consumption will fall short of computed requirements. On the other hand, the open market purchase by people with higher incomes may lift market demand above the computed requirements. This may lead to an increase in the market price, particularly if the rise in incomes should continue.

6. The salary of Government officials reflects now the rice they receive at the regulated price. If the rice were valued at the market rate or if government officials would have to buy the rice at the market rate their salaries would have to be adjusted correspondingly. This

rise in monetary incomes would not be inflationary.

7. If, however, large additions to income were generated through substantial budget deficits, overdrafts for advances to the UN Command, or expension of bank credit, prices would be likely to rise again. Ample imports of grains and other consumables are an important pre-requisite of a stabilization program but they do not in themselves assure stabilization.

8. As a matter of fact, the present outlook is for a large budget deficit. During the past year (1952/53) tax collections have fallen seriously behind tax liabilities and behind the budget estimates of tax collection. Tax collections in the fiscal year 1952/53 through February 1953 amounted to less than one half of the budget estimate for the full year. Even considering the possibility that relatively large collections will still be made on account of the 1952/53 fiscal year, it is not likely that the revenues for that year will exceed 2/3 of the budget estimates. Nevertheless, according to the records of government accounts it appears that what deficit there would have been in the fiscal year 1952/53 budget (as defined by the ROK Government) was actually offset by transfers from the proceeds accounts of foreign aid goods. It will be several months before a full picture of actual budget operations in the past fiscal year will be available.

9. The prospect for the fiscal year 1953/54 appears to be less favourable. With a projected increase in the armed forces, with a very substantial pay rise for officers and possibly corresponding pay rise for other officials a large budget deficit seems to be in prospect. The budget deficit

has been estimated at between HW.43 billion and possibly HW.60 billion at or about 60 to 66% of the budget total. The increase in proposed expenditures cannot be explained entirely by the planned increase in the size of the armed forces, in salaries and the increase in costs of services and materials to be bought by the Government. The Korean Budget Bureau and the Tax Bureau have now in preparation an analysis of the proposed budget and the expected revenues which should make an appraisal possible. No such possibility exists at the present time.

10. The budget revenues may be regarded as over-stated because they include receipts from the semi-voluntary national bond sale and from the sale of vested property. On the other hand, the budget includes only the operations of some government enterprises, such as the railroad, postal services, telegraph and the enterprises under the Monopoly Administration. Excluded from the budget are the current operations of the corporations in government custody. Most of these are operating at losses. These losses are made up by bank loans many which are guaranteed by the Government and re-discounted by the Bank of Korea. They add to credit expansion and are as inflationary as a budget deficit.

11. Also loans for capital expansion programs will contribute to inflationary pressure unless the inflationary effect of the expansion is offset, as is the case of the UNKRA program, by the simultaneous sale of imported consumable commodities.

12. Advances of indigenuous currency to the UN Command was a serious cause of inflation last year when these advances were not offset by simultaneous UN dollar payments and Korean purchase of saleable and

consumable goods. Under current agreements the Korean Government will now receive prompt dollar payments for these advances. The Korean Government is in a position fully to offset the inflationary effect of these advances, provided an appropriate relationship is established between the military rate of exchange on the one hand and the price charged for the sale of goods on the other. The unspent balance of the February settlement for past advances which it now has at hand could be used so as to have a positive counter-inflationary effect. As a matter of fact, the ROK grain import program is largely financed by these funds and is in the present situation the most encouraging aspect in the economic outlook.

13. Considering the prospective budget deficit, the operating losses of government enterprises and the credit expansion for capital investments, the outlook is for more inflation unless the Korean Government adopts measures which effectively counteract these inflationary pressures.

II. Economic Stabilization and Foreign Aid.

14. It is recognized that the Republic of Korea cannot without causing disastrous inflation, pursue the war effort as energetically as she does, except with an adequate amount of foreign aid. With the low level of production, the large number of dependent children, and the considerable number of unemployed it would be impossible for those actively engaged in production to support those engaged in war service, war work, or made unproductive by war destruction and war dislocation. An adequate aid program is a pre-requisite for both an effective prosecution of the war and a successful economic stabilization. In any economy of extreme shortages

of food, clothing, raw materials, it is not possible for the government to collect the amount of taxes necessary to bring a budget of large war expenditures into approximate balance.

15. Economic stabilization is necessary for the accomplishment of the joint purposes of the UN and the ROK because:

a) lack of confidence in the currency impairs the incentives for production;

b) inflation leads to wasteful allocation of resources and mismanagement in the distribution of goods;

c) inflation leads to windfall gains on the one hand, shrinking real incomes and suffering on the other; it undermines economic and political morale and is conducive to subversive movements.

16. The present dilemma is that it would help the ROK Government if in formulating its own stabilization program it would know the amount of aid it can expect; on the other hand, the contributing countries wish to be sure that the aid they are considering will be effectively used and want to know what stabilization measures the Korean Government plans to adopt. As a matter of fact, the opinion that aid has not always been used in the most effective manner, had an unfavourable effect on the attitude of responsible officials concerned with the determination of foreign aid in the contributing countries. In this situation it is important that each of the processes - the aid determination by the UN and the formulation of a stabilization program by the ROK Government - be pursued as expeditiously as possible. It would be desirable if the US Government could give earliest possible indication of the aid program that

the Administration plans to transmit for Congressional approval, and if the Korean Government would give earliest possible indication of its plans for economic stabilization. It would be fatal if each party would wait for action by the other party. Current exchange even of tentative ideas is essential.

17. The adequate level of foreign aid is determined on the basis of estimated requirements to meet the necessities of the war, to restore a minimum standard of living (roughly defined as that of the last pre-war year 1949/50, and to increase the productive capacity of the country to support itself within a limited period of time. By its nature, foreign aid can only meet deficiencies in goods. Dollar aid serves its purpose when the dollars are used for imports of goods to meet current requirements and, if possible, to build up at least a minimum stock of essential goods. It is inflationary if a Government receives and keeps dollars unspent, and if, at the same time, it issues domestic currency for financing expenditures.

18. Foreign aid and imports can contribute to reduce a budget deficit in a variety of ways:

a) Some foreign aid goods, e.g., textiles for uniforms or pharmaceutics, can be used directly to meet military needs. In preparing the budget it seems that allowance is already made for the expectation that a part of the materials needed will be supplied from military aid imports.

b) A large part of foreign aid goods are designed for relief which otherwise would be a responsibility of the Government. Relief expenditures are not included in the general budget expenditures so that relief imports

will not actually diminish the computed budget deficit.

c) A considerable part of imported goods are available for sale in the market. In many cases, the proceeds are, however, earmarked for specific purposes, as for instance in the case of imports financed by dollars obtained for settlement of indigenous currency advances to the UN Command. These proceeds should be used to wipe out the overdraft incurred in making the advances. Similarly, in the case of UNKRA imports of saleable commodities, the proceeds are needed to finance the domestic outlays for reconstruction projects. Actually only a relatively small portion of proceeds from the sale of imported aid goods will be available for directly financing a budget deficit.

19. Based on preliminary estimates of the Office of Planning, the total import requirements to support consumption in Korea for UN FY.54 will approximate $288 million. For purposes of illustration it may be assumed that this requirement will be met as follows:

Future dollar settlement for UNC Hwan drawings	100.C
CRIK imports	115.0
UNKRA sustaining imports	38.0
Proceeds of private exports	35.0
	288.0

The Hwan equivalent of UNC dollar settlement and export proceeds are being paid to those producing the goods and services for which the foreign exchange is received and the proceeds of imports from such foreign exchange must therefore be used to recoup the Hwan payments.

The Hwan equivalent of UNKRA imports will be used for local costs of UNKRA sponsored capital projects. Some $40 million of the CRIK imports will be sold and 75 million will be distributed free as relief to refugees, etc., Sale of the 40 million of CRIK supplies would produce up to 10 billion Hwan at market rates, but only 4.8 billion if sold at the average rates pertaining in recent months. From the CRIK sales proceeds must be deducted some 2.5 billion Hwan required to process and distribute CRIK supplies (both for free and sale distribution) leaving a potential balance of only 2.3 to 7.5 billion Hwan for meeting the budget deficit. The requirement estimates are now under revision. It may well be that they somewhat understate requirements in the case of some commoditites in terms of the 1949/50 levels of consumption and in the light of the upward revision of the military forces. Increases in aid imports would augment the amount of goods available for sale by the ROK Government and enlarge the proceeds available for general government financing. Nevertheless, if additional aid given in one form or another would stay within the limits of present standards, proceeds from the sale of aid goods would still make only a modest direct contribution to meeting the deficit as it is now estimated.

20. More important though most difficult to estimate is the indirect contribution which foreign aid can make to the government's ability to reduce the deficit. Foreign aid in food and other consumer goods will increase the productivity of labor; import of fertilizer will increase the agricultural output. Import of raw materials will enable the operation of plants previously idle. All this will increase real incomes and will

reduce dis-saving or even make some saving possible. The Government will be able to collect more taxes and place more bonds than would be possible in any economy of disastrous shortages in consumer goods and raw materials.

Adequate foreign aid, therefore, will facilitate directly and indirectly a reduction in the budget deficit. But even ample aid would not automatically eliminate a budget deficit.

Adequate foreign aid will also not automatically eliminate the other possible sources of inflation, namely the deficits in the operation of those government enterprises, which are not included in the budget, and excessive credit expansion for financing capital investment programs. But aid program will facilitate indirectly stabilization in this respect also.

The UNKRA program provides for at least the most urgent investment needs in an essentially non-inflationary manner. And a more ample flow of raw materials will enable a smoother operation of all industrial enterprises, including those in government operation or custody. Nevertheless, the point that needs to be emphasized is that adequate foreign aid can at best create conditions which bring economic stabilization somewhat nearer to becoming an attainable objective. In the final analysis the degree of stability that can be obtained will depend upon how effectively Korea itself uses its resources and the foreign aid it receives.

III. Alternative Approaches to Economic Stabilization

21. A nation at war must shift resources from civilian to military uses. There are alternative methods by which the required increases in the share

of total resources taken for war purposes can be accomplished. The worst of those but the easiest from the viewpoint of governmental administration is that of inflation - open inflation of the kind now so familiar in Korea. In this case the Government (or the central bank) finances war expenditures (or other extraordinary expenditures, such as an amibitious capital expansion program) by the creation of money. This additional government demand is added to undiminished private demand, so that total demand exceeds available supplies and prices are driven up. Some people, whose incomes are adjusted to the rising prices, can maintain their consumption; others, caught by the price inflation have their consumption curtailed. The burden is shifted to the weakest shoulders; the costs of making the necessary reallocation of resources by the method of open inflation are hardship, inequity, economic disorganization, and eventually an erosion of the productive process.

22. If the shift of resources which is the essence of economoc mobilization is to be accomplished without serious open inflation, there are two general courses which a government can follow. The first is that of suppressed inflation, widely adopted by both Allied and Axis powers during World War II. In this case despite drastic increases in taxes and reduction in non-essential expenditures, a part of the increased government expenditures had to be paid for, as in the open inflation case, by deficit financing, but at the same time comprehensive and effective price and wage controls, allocation of materials, and consumer rationing must be instituted. These controls do two things. They quarantine the excess civilian purchasing power out of the market; unable to

spend them, the people accumulate large liquid funds in the form of cash, deposits, and government bonds. Secondly, the controls are substituted for the free market as a mechanism for dividing up resources, including those left for civilians, in a war-supporting and reasonably fair manner. A war economy, thus conducted, is a controlled economy.

23. When suppressed inflation takes place on a moderate scale, as it did in the United States in World War II, it leads to a price rise after the war if at that time controls are quickly removed or become ineffective. But the price increase can be a limited one if, at the same time, production expands so that the economy, as it were, grows into its oversize monetary dress. In extreme cases, as in several European countries as a result of World War II, suppressed inflation and destruction of productive capacity created such a monetary "overhang" that only a currency conversion in the form of or coupled with a drastic capital levy could bring the supply of money and monetary assets in to line with the supply of goods at or near the wartime controlled prices.

24. Most governments faced with a wartime situation have chosen a course of suppressed inflation as their means to stabilization and with good reason. It has many advantages. It avoids the need for raising taxes to an extent that threatens productive incentives. Successfully administered controls provide maximum protection for the welfare of underprivileged groups. However, it should be clearly understood that the suppressed inflation method is a difficult and exacting means of stabilization from the viewpoint of public administration and public discipline.

It requires a thorough and accurate knowledge of many facets of the economy which is being regulated; it involves an elaborate apparatus of public economic management; and it requires the substitution of governmental judgment for the workings of the market in a multitude of economic decisions.

25. In view of the foregoing mention of currency conversion and because the recent currency conversion in Korea repeatedly has been compared to those which have occurred in various European countries, it may be well to include an aside on this matter at this point. A currency conversion after a period of suppressed inflation has an entirely different purpose than currency conversion after a period of open inflation. The recent currency conversion in Korea is more like that of Germany in 1923/24 than in 1948. The currency reform in Germany in 1923/24 used the ratio of 1 billion old currency to 1 unit of the new currency and the unit for prices and wages was converted by the same ratio as the currency. It worked because the people had confidence in the new currency, the creation of the new money was strictly limited through an approximate balance in the budget and a highly restrictive credit policy. At the same time production began to rise. The German 1948 conversion of 10-1 reduced all mark holdings and mark assets <u>without</u> reducing prices and wages - that is, it was much more a 90% capital levy on all monetary property than a simple change in the calculation unit. In a country which has experienced a large-scale suppressed inflation currency conversion can be a very effective though drastic means of stabilization; in a country which has experienced and is still threatened by open inflation currency conversion can at best play a supplementary role.

26. The second general course to wartime stabilization - the alternative to the suppressed inflation method - is that of a vigorous fiscal and credit policy. This is the case in which approximate budget balancing and reduction of inflation pressure can be obtained by increases in tax revenue and curtailment in non-essential government spending. In this connection it makes a great difference what share of the total national manpower and material resources are actually devoted to the war effort. Tax increases are used to remove excess purchasing power from civilian hands and to achieve minimum standards of equity in the distribution of spendable incomes. Having set this fiscal framework, the government relies primarily on the relatively free working of the market, i.e., a relatively free wage and price system, to ration goods and distribute incomes. Main reliance on the market mechanism does not exclude the use of controls as a supplementary device. Under such a policy price controls would still be desirable to avoid profiteering in commodities of scarce supplies.

27. There are no a priori principles or virtues which prejudge the choice that should be made between these two methods of wartime stabilization. Which is the wiser and more feasible depends on local circumstances. One thing, however, should be emphasized; the choice between the two courses must be relatively uncompromising. A government which wishes to stabilize cannot choose to remove half of its deficit and then to finish the job by using half of the controls necessary to suppress remaining inflationary pressures. The choice must be between a virtually balanced budget and restrictive credit policy on the one hand, very comprehensive and effective controls on the other.

28. The ROK Government, if it wishes to stabilize, must now decide to move in one of these two directions. So far it has chosen neither. The present situation is one of partially controlled and partially free prices, wages, and distribution. And within the controlled sector it appears that a few controls are effective and more are not. Some controls, notably in the case of government and industrial wages which give the superficial appearance of effectiveness serve only, in a partly controlled, partly uncontrolled economy to breed surreptitious transactions which make for inefficiency in production and force more and more of the economic life of Korea out of sight of the tax collector and the gatherer of official statistics. Halfway controls spell waste, inefficiency, black market, and corruption. And not only are they an ineffective way of stabilizing; they result in such disguise and distortion of economic affairs that they virtually rob the government of the requisite information for designing a rational stabilization program.

29. A move in one direction or the other, therefore, is imperative. Which direction - whether that of more complete and tighter controls or that of a balanced budget coupled with considerable freeing of prices and wages - is, of course, a decision for the ROK Government. However, it is believed that, given an adequate aid program as defined above, a reasonable approach to a balanced budget is an attainable objective. In any case the present disintegration of controls in Korea seems to have reached a point where the resurrection of a really effective system of full control is, for the short run at least, a virtually impossible

administrative task. If this is so, then a firm decision should be reached quickly to move towards budget balancing and towards market values in prices and wages. Again it should be emphasized that this does not mean removing all controls overnight. The orderly transition from regulated to market prices and wages requires in many cases government supervision.

30. Such a decision, if it is taken by the government, should not be interpreted as an absolute or doctrinaire submission to the beneficient reign of the free market. Where the market leads to serious hardships for particular groups or to particular difficulties of adjustment for certain industries, some selective corrective measures will be needed. More important, a decision to rely very heavily on the free market as a distribution device must be firmly wedded to a substantial curtailment of the budget deficit; otherwise more open market inflation will be the result. This makes an adjustment in the tax system and a reform in tax collection absolute necessities. But if a safe broadening of the free market therefore depends upon tax reform it is equally plain that no tax reform can be successfully designed, let alone executed, until a broadening of the market has brought the majority of incomes being earned and transactions being completed out into the open of the market place. The recommendation to move towards freer markets, monetized incomes, and higher taxes makes sense only if it is remembered that is based on the assumption of outside aid adequate to meet the economic deficiencies which are aggravated by the war effort and the war dislocations.

IV. The Most Urgent Steps in an Economic Stabilization Program

31. If prices are to be stabilized by means other than price controls,

the best method is to increase supply by raising domestic production, by ample imports and by more effective distribution of available goods. At the same time an inflationary rise in incomes must be prevented. That requires a reduction in the expected budget deficit and a limit on credit expansion for government enterprises and other businesses. A rise in incomes by which legal or illegal incomes in kind are transformed into monetary incomes with corresponding shifts of supplies from the controlled to the open market is not inflationary but lays the basis for a more efficient use of resources, better distribution of goods and more adequate tax collection.

32. In view of the importance of agriculture in the Korean economy it is of utmost importance that the recommendations of the FAO-UNKRA Mission for the Rehabilitation and Development of Agriculture, Forestry and Fisheries be implemented.

33. Likewise the importance of increasing supplies of industrial commodities emphasize the need to step up the delivery of fuel and power and to provide adequate transportation facilities. There is a great need to coordinate the development of various industries and the flow of raw materials so as to remove the present wasteful bottlenecks in production.

34. There is in spite of the heavy draft for military service considerable unemployment and underemployment in the Korean economy. There are on the other hand shortages of labor of certain skills. A detailed study of the availability of manpower for production is needed. In the meantime every effort should be made to train workers for skills required for military or civilian purposes.

35. The process of a coordinated adjustment of the rate of exchange, of prices, and wages implies a delicate economic operation. It would probably be useful if a Council of Advisers on Economic Stabilization were created (called Council hereafter) which might be located in the Office of the State Council or in the Office of the Prime Minister, to give advice especially on questions of the rate of exchange, price and wage policy. The Council should give confidential advice to the Prime Minister, the Minister of Finance, the Chief of the Office of Planning, the Governor of the Bank of Korea, the ROK representative on the Combined Economic Board, and such other officials as the Prime Minister may designate. The Council may consist of one or two Korean economists and possibly one foreign adviser. The Council should not publish reports, except on request or with the approval of the Prime Minister. The Council should keep in close touch with the Economic Coordinator and his staff.

36. The classic prescription for removing a budgetary deficit is to reduce expenditures and raise revenues. And it holds good for Korea at this time, but only if qualified and interpreted to meet the peculiarities of the local situation.

Economy in expenditures is essential, but not in the sense of retaining rates of compensation for public officials which are totally inadequate to provide a reasonable standard of living or incentives for efficient service. A smaller number of officials, more adequately paid, is better than a large number of underpaid officials who are forced to acquire income somehow through or beside their official function. The

1953/54 budget should be re-examined to search for possible economies for other purposes than adjustment of official salary rates. Particularly, some of the contemplated public investment projects should be postponed.

37. As reliable estimates of national income are not now available, it is difficult to judge whether tax collection in Korea are heavy or light in relation to income. While the statutory rates of taxes are very heavy it seems that actual collections are lagging far behind the burden suggested by the legal rates. Related to a realistic estimate of total production actual tax collection appears as a small proportion indeed. If a larger portion of total production should be monetized it should become feasible to increase tax collections by several times their present amount. If a worker receives an inadequate wage he is either tax exempt or the employer is reluctant to reduce his inadequate wage further by tax withholding. If the worker sells some product which he has obtained from the plant in which he works this part of his income virtually escapes taxation. If he is paid a living wage, his whole income would become subject to taxation.

38. If the officials receive an adequate income they are no longer forced to make tax deals and they will be in a better position to deal with delinquent tax payers. Consideration should be given to suspend - for the war period - features of the tax system which put too great a strain on the tax collection machinery. Very high and progressive rates put a premium on tax "deals" and make it worth while to pay an attractive bribe. These top rates therefore mainly remain on paper and tend to undermine the morale of tax collection. Consideration might be given to assess all

corporations in the central office of the Tax Bureau and not through any local tax collector.

For the period of the emergency it may be necessary to raise the taxes on commodities and the revenues from the monopolies in which collection has been more successful than in the case of the upper bracket income tax rates. The emphasis on indirect taxes is undesirable from a long run point of view. However, it is essential to adjust for the emergency period the tax system to the administrative possibilities of tax collection. And even a regressive tax is more equitable than inflation which is the actual alternative. It is recommended that the Minister of Finance appoint a small committee for working out a specific proposal for an emergency tax law for very early legislative action. This committee should be given a specific goal for the amount of taxes that should be collected. (A more detailed memorandum on budget and tax policy will be submitted at a later time.)

39. When teachers, police and other officials will receive a living wage, several of the present "semi-compulsory" contributions would become unnecessary. Farmers and industrial producers should be protected against illegitimate impositions. If such protection is effectuated tax increases will be more bearable and acceptable.

40. The Stabilization Committee, under the chairmanship of Mr. Lee Hahn Been, has been working on estimates of the effect of a realistic exchange rate policy on prices and wages. It plans also to study the effect of an adjustment in the rate of exchange, prices and wages, on both the expenditure and the revenue side of the budget. Until such quantitative

estimates have been completed it can only be stated as a surmise that these adjustments, in balance, would have a favourable effect on the budget. By a combination of adjustment in prices and wages, tax increases and curtailment in expenditures plus the sale of imported aid goods an approximation to a balanced budget can be achieved.

41. In addition to the budget deficit, inflation is generated through the operating losses of industrial enterprises which are met by loans of the Bank of Korea and other banks. As part of a general adjustment, the prices of these enterprises should be brought in line with costs. The shift to the payment of living wages does not necessitate an increase in costs commensurate to the increase in wage payments. The present method is very costly for the enterprises and results in low labor efficiency. Every effort should be made to increase production and profitability o these enterprises.

42. It is proposed that the ownership of the quasi-commercial enterprises which are in Government custody be transferred to a Public Investment Trust which will act for these enterprises as a Board of Directors. Government enterprises should be either under full budgetary control (as the Railroad) or under the quasi-commercial control of the Public Investment Trust. This rule should also apply to new enterprises started with UNKRA assistance. Unless they will be under private management, they should be either under full budgetary control or, if of a quasi-commercial character, under the supervision of the Trust.

The Trust should be managed by outstanding citizens appointed by

the Minister of Finance, the Minister of Commerce and Industry and the Governor of the Bank of Korea. The main function of the Trust should be the selection and supervision of managers for the various enterprises in government custody. The Trust should also have an engineering and an auditing section for giving on a fee basis advice to the various enterprises with respect to engineering, pricing, accounting and other management aspects. Unless a manager has, in the judgment of the Trust, a good record in the management of the enterprise he should not be permitted to use his option to buy the enterprise. It would be desirable if the Assembly delegates to the Bank of Korea the right to decide whether bank loans should or should not be extended to a government enterprise. All applications for loans should be endorsed by the Public Investment Trust. Also, changes in prices charged by these enterprises should be subject to approval by the Trust. It is the purpose of this proposal to assure that the government owned enterprises are as far as possible managed in accord with commercial practices.

These recommendations require changes in existing legislation.

43. One of the most important steps in a program of economic stabilization is the adoption of a realistic rate of exchange. The rate of exchange should be determined on the assumption that adequate aid will be forthcoming and that with a more ample supply of consumer goods and materials some of the market prices will decline considerably. The rate of exchange should be so determined that after some price decline in the open market, foreign and Korean prices will be approximately in balance. It is suggested

that such a rate of exchange may lie somewhere between 180 and 250 Hwan per dollar.

44. It is recognized that such a realistic rate of exchange may create difficulties for some industries which received raw materials at artificially reduced prices under the rate of exchange of 60-1. For instance, farmers benefit from a low price of fertilizer; the fishery industry from an artificially low price of imported gas and oil. In some cases it may be necessary that for an interim period the government pay a subsidy to reduce the impact of the price rise in production that could follow from the adjustment of the rate of exchange.

Such open temporary subsidies are better than the hidden subsidies which are implied in an artificially low rate of exchange from which buyers who have no need for such subsidy benefit as much as those who need it.

With the gradual adjustment of prices which are now determined on the basis of the artificial rate of exchange, the need for subsidies should be greatly diminished or disappear.

45. The adjustment in the rate of exchange must be followed by a corresponding adjustment in prices and wages. The difference between controlled and open market prices should gradually disappear and prices should be stabilized at a level above present controlled prices and below present open market prices.

Dokument 4: Long-range Economic Plan in Japan for Japan's Economic Development in the fiscal 1958 – fiscal 1962 period

1. The Japanese Government has at at present a new long-range economic plan fixed at its Cabinet meeting in December 1957. This plan is intended to depict a desirable pattern of Japan's economic development for the fiscal 1958--fiscal 1962 period, and to point the directions which the activities of the private enterprises and the Government policies should follow, thereby to use as a guidepost for economic management.

(The text of the plan is attached hereto. For the character of the plan, see 3 of Part I of the Plan)

(a) The following are the economic variables that have performed an important role in the projection:

(1) The gross national product; the national income (whose industrial sources may be broken down unto the primary, secondary, and tertiary industries)

(2) The gross national expenditure and its breakdown (consumption and investment)

(3) The number of the employed; the balance of international payments; the volume of domestic transportation (passengers and freight); demand for energy.

For each of them, the numerical value that may cover the situation on a nation-wide basis was studied. The base period taken for mapping up the plan was in most cases the 1950 to 1956 period. For, this period, which does not refrect too many factors peculiar to the post-war years, was considered appropriate to adopt as a base period on which to undertake projections for

several

several years to come.

(b) Though the basic assumptions underlying the projections, are not expressly given, it is tacitly understood that the international situation or the domestic political and economic structure, will be subject to any substantial change. (For details, see the text of the plan, 5 of Part 2.)

(1) The expansion rate of international trade will maintain annually the level of 4.5 percent or so.

(2) As regards the prospect for the restoration of free convertibility of currency, problems will still remain unsettled with regard to some individual markets and countries.

(3) International trade will proceed gradually in the direction of liberalization.

(4) East-West trade will become more active, and the existing restrictions on Japan's trade with Communist China and the Soviet Union will be alleviated.

(5) There will be no drastic change in the United States' foreign aid policy. Purchases by the International Cooperation Agency and other sources of Japan's special procurement revenue will remain.

(6) The economic relations between Japan and Southeast Asian countries will be further or normalized, thus bringing about an increase in the latt demands for Japanese goods.

(7) Currency value will remain stable and the exchange rate will be maintained at the present level.

(8)

(8) Japan's trade restrictions will be eased gradually.

The economic interrelationships between the variables may be clarified by giving a summary account of the method employed on our part in drawing up projections.

First of all, we classified the industrial sources of national income into sectors of the primary industry (agriculture, forestry and fisheries), the secondary industry including (mining and manufacturing, construction, transportation, communications, and public utilities) and the tertiary industry (commerce, services and others), and then computed the figures for 1956 (to be referred to as "base state") by removing the influences of the cyclic fluctuation from the past records of the respective sectors (fiscal 1950--fiscal 1956) and obtained the figure for the national income and gross national product aggregate of these values. There were assumed the cases where the three rates of economic growth prevail, namely 5 percent (approximately equal to the prewar level), 9 percent (a high rate that corresponds to that noted in the postwar years) and 7 percent (an intermediate rate lying between the above mentioned two), and thus the gross national product and the gross national expenditure were figures out respectively. By computing, by macro-economic analysis, the number of the employed, the balance of international payments, the balance of international payments, the balance between savings and investments, demand for energy and the volume of domestic transportation, we studied the question of what will constitute the bottlenecks to economic growth and what will be the strategical factor in checking the growth. As a result, the key point

was

was found to lie in the fact that, while, in the aspect of employment, the largest possible economic growth that may meet the pressure of the increasing productive population is demanded in Japan, the difficulties in the balance of international payments will constitute the largest deterrent to economic growth. After comparing and examining these various checking factors, we fixed the probable trend which may prevail as far ahead as fiscal 1962, and which forms an important skelton of the plan.

(d) Of these data, those on the scale of the national economy are based on the government's national income statistics and prepared by the method of social accounting. As to individual numerical values, they are estimated by tracing the trend of the time series data in the past and their relationships. The equation system or the method of supposing the "economic model", seeking a simultaneous solution, was not adopted, as it was considered unsuitable.

(f) As the goal of the plan it is anticipated that, for the 5-year period from FY 1958 to FY 1962, on an annual average, 6.5 percent rate of economic growth from the base state will be attained and maintained, so that the number of the employed may be increased by about 5 million persons and the consumption level raised by 38-percent per capita population.

For attainment of this goal the volume of export for ical 1962 will have to be increased 82 percent over fiscal 1956. (For an outline of the scale of economy for fiscal 1962, see Table 1 of the Plan.)

Note:

Note: This Plan seems, when the later developments of the economy are taken into account, to have somewhat underestimated the pace of economic growth, and therefore it is considered to undertake projections afresh for the future. Necessary operations are now in progress. With reference to the questions in the latter part (offer in (a), (b) and (c) "sufficient detail is requested to show"):

a) Input-output table

The relationship between the branches of the economy is a subject which may be discussed by employing, say, an input-output table. However, generally speaking, in view of the current condition of innovation in Japan, the input-coefficient are considered uncertain, so that this method has not been adopted in formulating the long-range plan.

b) The following steps of procedure have been taken in formulating the long-range plan:

First of all, the value of imports required to meet the scale of the domestic economy was computed. Then, the question of whether or not the target amount of sufficient exports to cover such imports may be attained was studied on the basis of the prospecting of development of world economy. In this context the rate of growth of world trade was estimated at 45 percent per annum as mentioned in the paragraph in taking into consideration information from OEEC.

c) With reference to structural changes, technological coefficients and relative prices, they are all of them subjects difficult to handle, and

no

no satisfactory method has yet been found. However, the future courses are indicated, for instance, for industrial structure: that the weight of the primary industry will diminish gradually and that the relative importtance of the heavy chemical industry among mining and manufacturing industries will be increased.

2. In Japan the power of establishing a long-range economic plan is vested in the Economic Planning Agency. When such plan is to be established, it is the usual practice that the Prime Minister refers the matter to the Economic Deliberation Council, his advisory organ, for deliberation. The Council is composed of not more than 30 members appointed from among the leading industrial, banking, and scholarly experts, with officials of the competent ministries participating as expert members and secretaries. Upon receiving the Council's report on the matter, the government formally adopt the plan at a Cabinet meeting. In the formulation of the plan, the Economic Planning Agency, functioning as the executive office of the Council, helps the latter proceed with its operations, acting in close contact with the competent ministries with respect to the special subjects concerning the respective sectors.

(b) The long-range plan is, in a word, intended to serve as a guidepost for economic management. In other words, it is expected to provide guidelines for the operation of activities of private enterprises as well as the government's policy on the assumption of a system of free enterprise activities and machinery of free markets.

c) The long-range plan, intended as it is for the purpose under the foregoing paragraph, is not designed to be the direct working plan. It may be admitted, however, that in the implementation of policies on the public investment, key industries and energy, in which the Government has an important part to play, the targets or courses envisaged in this plan are performing a role of criteria from an overall point of view.

(d) and (e) The influence is general and indirect, and it has not necessarily a close relationship to any specific policy decisions of the government (this does not mean that the Economic Planning Agency has no authority to give directions to the Ministries or private enterprises concerned), but the implementation of policies on road construction may be illustrative of a great influence being exercised by the long-range plan.

3. As stated above, Japan's economic plan serves as a guidepost to management of economic policies. Accordingly, it does not attempt to ensure the strict execution of the plan by setting up detailed targets for all branches of the economy.

(a) The annual economic plan drawn up each year to meet the changing economic situation is based on this long-range plan. In this case, this plan has the meaning of providing the standard for the annual plan by indicating the average growth rate covering a longer period of time as against the yearly course of short-range economic management and the direction to be followed by the measures which need the long-range point of view. Further, by giving the total amount of investment to be required for principal branches of economy during the 5-year period and the balance of the gross national expenditure regarding consumption and investment for the last plan

year?

year, some guidelines are to be given for the standard investment level for each year. Actual steps for stabilizing the business situation are being taken by the Collective consideration of the basic economic growth trend line envisaged in the plan and the trends of prices and of the balance of international payments.

(b) The ways in which the national economy is dealt with from a domestic angle have been mentioned above, and, needless to say, Japanese economy needs international co-operation in various respects. This Plan does not mention definitely what form of co-operation is sought from foreign countries, but it is hoped that the Plan will be accomplished gradually on a more and more international scale through a deeper mutual understanding among the nations concerned.

Dokument 5: Memorandum for the Economic Planning Agency of the Government of Japan

Memorandum for the Economic Planning Agency of the Government of Japan

In a talk with Minister Kanno I made the somewhat imprudent promise to repeat or elaborate in writing some of the more general recommendations I had made orally. I will not repeat everything that was discussed at the meeting, but will focus on a few controversial aspects. While it might be presumptious to give advice after seven short weeks of observation, I do it in the knowledge that these comments are addressed to men who are able to detect where my opinions are inapplicable because of inadequate knowledge of the economic, social, and political conditions in Japan.

I. The Outlook for Economic Growth in Japan

I have not changed my opinion that "doubling national income (or more precisely, total production in constant prices) in ten years" is a desirable and feasible objective for Japan. I am not sure however, that the objective is likely to be accomplished unless the Government pursues policies in support of the objective.

It is true, there is an "announcement effect" of such a goal. Many business managers are examining their own investment programs in the light of the objectives which have been announced by the government. Therefore, there is a real chance that many business plans will be formulated in accordance with the goal.

However, doubling total production cannot be achieved by a corresponding increase in business capacity alone. It also requires a farsighted program of government undertakings. To some extent, programs initiated in the first few years determine whether the objective will be reached in the tenth year. I feel the great responsibility of the EPA is less in evaluating whether or not the final goal is feasible, but rather in spelling out the more immediate policies needed to make it a reality.

In my oral presentation I illustrated what I had in mind by a number of examples. Doubling production requires first of all a master-plan for industrial location. I could imagine that a provision would be useful which gives corporations a modest tax advantage if they build new facilities in accord with the master-plan. Government support in providing transportation and other facilities may be used as a further attraction. The master-plan should discourage additional industrial developments too near the metropolitan centers, but also avoid a scattering of industries all over the landscape. It might be most desirable if in appropriate locations "industrial parks" be created. These would be medium size industrial complexes with good access to transportation and power facilities. Near these "industrial parks" residential settlements and shopping and recreational facilities would be constructed. However, as far as possible, transportation should be provided which makes it possible for members of farm families to utilize their farm homes as residents and commute to the factories and shops. The idea of such a master-plan for industrial development may appear utopean. However, I believe that without it a doubling of production on a crowded group of islands might lead to chaotic conditions and serious bottlenecks of production.

The counterpart to industrial development is the promotion of increased productivity in agriculture and fishing because these primary industries provide in part the reservoir of labor from which industry can draw. I was told that the use of even relatively simple farm implements, e.g. cultivators, is hampered by the fact that one farmer often owns scattered land parcels and that some consolidation of land-holding could greatly improve farm efficiency. There are also other aspects of land reform which require legislative action in order to improve the productivity of family farming.

These examples may be sufficient to illustrate that the goal of doubling national income requires more than an exercise in arithmetic. It requires a bold and imaginative program including some phases of virtually every function of government.

REPRODUCED FROM THE COLLECTIONS OF THE

Such a broad government program is needed not only because of indispensable physical contributions, but also in order to assure a sustained investment program by business in accord with the objective.

Even though I believe that domestic and foreign markets will expand substantially there is at least a possibility (if not probability) that expansion in business capacity will temporarily outrun expansion in markets. Because of the high ratio of bank credit in business financing, temporary difficulties in markets may result in serious trouble and may subsequently lead to a more cautious investment policy of business. In such a situation it would help if related development programs of government are underway which could be stepped up in order to assist in the stabilization of markets.

Any increase in government programs will raise the question of financing. I feel that there is nothing wrong if some public undertakings, which contribute to the increase in production and incomes (and future tax returns), would be financed by bond issues of the Government. Such issues need not be inflationary. They may absorb some of the financial resources which are now used for borrowing by business. It should be considered if some shift from business to public investment might not be in the interest of balanced and sustained economic growth. Some stretching out of business expansion programs might also have the desirable effect that a somewhat larger part of business investment would be financed by internal rather than external sources.

I know that each of the questions raised here is subject to controversy and I do not feel certain about the answers to any of these issues. I only bring them up because I have the uneasy feeling that the rise in production in recent years which exceeded expectations and planning, may lead to the opinion that rapid development will go on like that for another ten years. It may; but we cannot be positive. If it does, the consequences could be harmful unless the implications of such a continued rate of industrial growth are fully recognized.

REPRODUCED FROM THE COLLECTIONS OF THE MANUSCRIPT DIVISION, LIBRARY OF CONGRESS

II. The Outlook for Economic Stabilization in Japan

With respect to stabilization the same thoughts apply as for growth. Although the success of recent years, with respect to price stabilization, is as gratifying as the increase in production, there is always the danger that it will be taken for granted. Perhaps, contrary to some opinions, both objectives are interrelated. Many growth resulted in an increase in capacity just a bit ahead of the increase in demand. Rapid growth also was associated with technological advances which made it possible for business to absorb increases in wages and rising interest costs. (Also the terms of trade may have helped in some instances and at some phases of development). Consumer demand is likely to rise fast if and when installment credit becomes more generally available. The transformation of farmers and little shopkeepers into industrial employees is likely not only to raise demand in proportion to the rise in income but possibly by much much more as the individual's pattern of life and expectations will be transformed. The rate of individual saving now is high, apparently because income have advanced outside the big cities faster than the change in consumer habits. This may change as one of the by-products of the doubling of national income. Therefore, it may be prudent to go slow on encouraging the development of installment credit. This is also the reason why I have suggested for consideration that a part of the future increase in cash wages be set aside for a more adequate private or public old age pension system. It it should turn out that contrary to expectations consumer demand fails to develop adequately these policies could easily be reversed.

III. The Mechanics and Techniques of Planning

It has been my impression that the Economic Planning Agency enjoys confidence in the business community and among political leaders, including some who in matters of foreign policy are critical of the present Government. This confidence is one of the greatest assets for any broad planning effort. I am less clear about the way various government programs which have a bearing on economic growth and stability are coordinated in Japan. Under the constitutional forms of the United States it

REPRODUCED FROM THE COLLECTIONS OF THE MANUSCRIPT DIVISION, LIBRARY OF CONGRESS

is quite clear that the coordinating function belongs in the Executive Office of the President. I have however, some difficulty in visualizing the coordinating function in a cabinet system as that of Japan. It is clear that an overall economi planning function cannot beffulfilled by an agency which is merely one of the several government offices. For obvious reasons I do not believe that the Ministry of Finan is the best vantage point for an overall coordination of economic programs. The agency primarily concerned with tax collection, debt management, and other financial responsibilities will most likely experience a "conflict of interests" if it is also responsible for programs designed to promote economic growth.

Perhaps, for Japan one could think of an economic cabinet council composed of the Ministers primarily interested in economic and financial affairs, with the Prime Minister as Chairman, the Minister in charge of the EPA as the Executive Secretary, and the Governor of the Bank of Japan as an advisor. This Council would be responsib for the preparation of government statements with respect to matters of economic growth and stability. Staff work would be performed by the EPA. The EPA also would be the liaison agency with business, farm, and labor groups, and with local governmen agencies in the field of its responsibility. It would also maintain its relationship to academic economists, political scientists and others whose professional advice could be of value.

One might well give thought to the possibility that the same cabinet council also deliberate the budget proposal. However, when budget matters are on the agenda the Minister of Finance would act as the Executive Secretary of the Council, and the Ministry of Finance would perform the staff work.

Having essentially the same Cabinet Council responsible for the deliberation of the economic plan and the budget would facilitate the coordination between the two at the top level, without depriving either the Ministry of Finance or the EPA of their staff responsibilities.

I think there should be an annual report on the long range economic plan which surveys the progress (or lack of progress) made during the last year and states

REPRODUCED FROM THE COLLECTIONS OF THE MANUSCRIPT DIVISION, LIBRARY OF CONGRESS

revisions in the long range objectives when they are warranted. Each issue of the long range plan should have a section on the contribution of the public sector to economic growth and stability during the planning period. This section would contain a long range budget outlook.

Conversely, each annual budget statement should have a section on the relation of next year's budget to economic growth and stability, which would be in essence a statement of the contribution government operations will make in the ensuing year towar the long range goal.

I am making these proposals merely to illustrate one of several possible methods by which economic planning and budget planning, long run and short run planning could be interrelated in an overall coordination effort. Irrespective of the best way to accomplish this, I am convinced that some such coordination is essential.

I would also like to repeat here the proposal made orally concerning the planning statements. The over-all economic plan should be in my opinion a relatively brief, official documentrreviewing past achievements and failures, stating the goal for the future and outlining the role of the Government, business, and other private groups in its realization. This document, prepared under the guidance of the Cabinet Council, would be a State document transmitted to the Diet by the Prime Minister. Shortly thereafter the Research Institute of the EPA would issue a detailed report explaining various alternatives which have been considered in preparation of the plan. This report would also spell out what expansion in facilities and production of major industries would be warranted if the goals of the plan were to be reached. These implications for specific industries would be presented with proper qualifications, e.g. concerning possible substitutions of materials, changes in taste of consumers, changes in world economic conditions, effects of prices and costs of production, etc.

The purpose of this proposal is to recommend an unequivocal Government statement of the objective and of Government policies designed to promote realization of the objective. In contrast, the consequences for business should be communicated in a

REPRODUCED FROM THE COLLECTIONS OF THE MANUSCRIPT DIVISION, LIBRARY OF CONGRESS

manner which provides some guidance but leaves considerable leeway for business' own responsible decisions. Unless some such distinction is made between an officia document with respect to definite overall goals and a more tentative unofficial guidance for specific industries, a corporation which in pursuit of the government objective gets into trouble would have at least a moral claim for being bailed out by the government, irrespective of the specific reason for its failure.

Gerhard Colm

Washington, D.C.
May 10, 1960

Dokument 6: Observations of a Foreign Visitor on the Japanese Economic Development

May, 1960

Observations of a Foreign Visitor on the Japanese Economic Development

by

Gerhard Colm
Chief Economist
National Planning Association

After a visit of seven weeks in Japan I would find it presumptious to offer a definite evaluation of the Japanese economic outlook. However, what I have seen and heard was sufficient to convince me that the usual generalizations about the Japanese economy are oversimplified. Formules such as "the standard of living in Japan is two decades behind Japanese technology" or "the success in Japanese exports is due to low wages", or "Japan has enjoyed a reconstruction boom which soon will taper off" are oversimplifications, if not misjudgements. It is commonplace to say that Japan is a country full of contrasts. Indeed, there is a hustle and bustle in the big cities and a stillness in the homes and temples. There is a rising demand for luxuries and amenities of life mixed with clinging to traditional austerity in the standard of living. There is adoption of the most recent (and not always best) Western fads while the eternal spiritual values of the East still survive. One can see in the same factory both heavy manual labor and fully automated processes. The differences between various industries are even more striking. But the statement that Japan is full of contrasts would be wrong without also emphasizing that Japan has one of the most homogeneous populations, and that throughout the country, customs and habits are rather similar. It could also be said that the national goals in the economic field are largely determined by objective circumstances so that there is a common purpose and a willingness to accept government policies designed to promote these goals, different ideologies notwithstanding.

The following economic objectives stand out clearly: a substantial increase in the labor force during the next decade, a substantial amount of under-employment among large parts of the population, and rising aspirations for an increase in the standard of living. All these make a rapid increase in work opportunities and production a life necessity for Japan. A considerable portion of this increase must be devoted to public services such as land reclamation, rehabilitation of cities, and improvement in all kinds of transportation facilities. Also there can be hardly any question about the need to diminish the gap between income levels of the higher paid executives and some workers on the one hand, and farmers, shopkeepers and workers in small and medium size enterprises on the other hand. There seems to be general agreement that these objectives of economic gorwth must be achieved, while at the same time price stability is to be maintained.

I heard different views about the relative priority given to stability and growth and whether the annual rate of growth should be six or seven or eight or ten percent. However, I have heard virtually nobody question the basic importance of these national objectives for Japan. Also there seems to be virtual unanimity that the government has a major responsibility in promoting these objectives.

I believe that it is necessary and feasible for Japan to seek a rate of growth which appears very high in contrast with the rate of growth considered desirable and feasible for the United States. Paradoxically, there is basically the same reason for the Soviet Union and Japan to expect a rate of growth higher than that of the United States. Both countries have about 35 percent of their labor force in agriculture compared to less than 10 percent in the United States. With modern technology 35 percent of the labor force should not

be needed for feeding the country and producing farm products for industrial use. Any shift of labor from low productivity agriculture to higher productivity industries will make for economic growth. Japan still has a very large labor reserve. If all available manpower were given an opportunity to work with modern technological implements, national income could be much more than doubled within a ten year period.

However, there are other factors which will limit economic growth before all manpower is put to effective use. One limiting factor results from the high import dependency of Japanese production. In consequence, future growth depends on the increase in exports, net import of capital, and the substitution of domestic production for imported raw materials.

Japan still has a relatively small share in world trade with industrial products. If world trade as a whole develops favorably, Japan could continue to increase her share somewhat. The balance of payment problem therefore need not stand in the way of a substantial rate of growth, but it is likely to remain a limiting factor.

The second limiting factor results from the capital requirements of economic expansion. Japan has been devoting a relatively high percentage of total production to private and public capital formation. Rapid economic growth requires that capital formation maintain a high ratio and that individual, corporate and government savings grow in the same proportion. The development of saving in recent years appears promising, but this too could become a limiting factor before full employment of all labor is reached.

Perhaps the greatest threat which may be faced by the policy of "doubling national income in ten years" is the fact that the Japanese economy has been growing so much during the last decade that some people seem to think that it will naturally continue at a similar rate.

-4-

Having observed the energy, imagination and devotion of Japanese business leaders, workers, and government officials I am convinced that for Japan a high rate of growth is feasible. However, I am equally convinced that these objectives cannot be realized without squarely facing very difficult policy issues. I can only mention a few illustrations.

1. Doubling production requires a big increase in industrial facilities within a short period of time. Unless an overall plan is developed and implemented for industrial location and the provision of transportation, the overcrowding of cities and overloading of transportation facilities is likely to become intolerable.

2. Technological advances in agriculture needed to free labor for industrial use may require some consolidation of scattered farm parcels. Furthermore, it would be very undesireble if large numbers of farmers or children of farmers would leave the farm and migrate into the already over-populated metropolitan areas. An effort should be made to settle industries in the rural areas and provide transportation facilities so that members of the farm families can continue to live on the farm and commute to their industrial jobs. This would continue the recent trend of farm families deriving a growing proportion of their income from nonagricultural sources (such as road contruction work).

3. It might be desirable to give some part of future increases in wages in cash and withhold another part as a contribution to a more adequate public or private old age pension system. This might at the same time alleviate the problems of the aging worker and contribute to capital formation.

4. In spite of the emphasis on capital formation and saving, the possibility cannot be neglected that at times expansion in industrial capacity may outstrip expansion in markets. Planning should provide for the possibility that in case of a slowing down in private business expansion the pace of public undertakings,

including the support of residential construction, may have to be stepped up. A high rate of growth requires that expansion in productive facilities, increase in saving and expansion in markets be kept in a dynamic balance. This is a task which requires the most careful collaboration between business, the fiscal and the monetary authorities.

5. I have been greatly impressed by the high professional quality of the work of the Economic Planning Agency. Also the cooperation between the Economic Planning Agency and private business is very promising. However, some further improvements in the techniques and organization of planning appears possible and desirable. On the basis of American experience it appears desirable that labor also be increasingly consulted in the deliberations of the planning board. With growing industrialization the influence of labor will rise and the development of responsible and constructive participation in the planning effort might become essential.

Finally, American experience with a special advisory economic committee of Congress suggests that a similar committee of the Diet might help to develop a growing understanding of the political and legislative problems involved in economic growth and stability. American experience also suggests that such a committee helps to create a nucleus of representatives who become familiar with national economic problems and who then can help counteract the "provincial" tendencies of many politicians.

I am presenting these suggestions in full recognition that a short visit does not give enough knowledge for making specific recommendations. However, what I have seen and heard gives me confidence to express the opinion that a high rate of growth and continued stability can be accomplished in Japan if it is recognized that reaching these goals will require bold and imaginative policy measures.

Dokument 7: Panel Discussion – Dr. Colm, Dr. Inaba, Mr. Ohkita

PANEL DISCUSSION - Dr. Colm, Dr. Inaba, Mr. Ohkita

OHKITA: The first subject they would like to hear from you is the role of the fiscal policy in attaining steady growth and also in case time is available, about some broader background of the related issues such as the basic idea of the concept of the 1946 Employment Act and the recent problems related to that act, or future problems and also legislative background, government policy in a broader sense supporting steady growth of the economy, and with some focus upon fiscal budgetary policy or the taxation policy.

COLM: Might it be best to start with the Employment Act and then come to the fiscal part?

OHKITA: I think that is better. If you could give some brief remark on this topic, then both of us may raise questions and express some of our views.

COLM: When the European war started, at the end of 1939, we had still considerable unemployment in the U. S. When the war started the U.S. got into a war prosperity. Then America got involved in the war and all unemployment disappeared. Production was increased so much that in spite of the large part of production devoted to war purposes, more was spent on both consumption and business investment than in the previous prewar time. This experience of the depression and then with the experience through the war, the problem of unemployment was solved. This led to the conviction that America never again in peace time should permit any large scale unemployment. The war proved to the American people that mass unemployment can be removed by war preparation and war conduct. Then it was said intelligent human beings should be able to solve the same problem in peace time. This became so much a general conviction that people from all groups, inside and outside the government, were giving thought to what kind of administrative arrangement would help us achieve this peace time goal. Within the government, first the executive side, President Roosevelt

asked the budget director and the chairman of the Federal Reserve System to prepare for him proposals for a full-employment postwar policy. Within Congress the Military Affairs Committee appointed a sub-committee under Senator Murray to work on that problem of reconversion. Within business groups, labor groups, farm groups, much thought was given to the problem. It happened that a progressive farm group, the Farmers Union, came forward with a very interesting plan and submitted it to the Murray Committee. By the way, the Murray Committee had three members. Senator Murray was chairman. I forget the second, and number three was Senator Harry Truman. The proposal of the Farmers Union said that there should be an estimate for the future of the kind of business investment, what amount of business investment is needed to support full employment. That was based on a kind of over-simplified Keynesian concept that business investment is a factor determining the level of economic activity. If business investment is high, then through the working of the multiplier you get an automatic high level of employment and income. And Keynes also said that a deficit in the government budget is exactly the same as business investment from this point of view of stimulating employment and income. So the law that they suggested provided that if private investment fell below 40 billion dollars per year, the government has to step up capital outlays for road construction or public works or reduce taxes. This is the first proposal made ~~under~~ the direction of the Employment Act. The executive branch took the position that this Farmers Union bill was a step in the right direction but oversimplified. Also the more conservative members of Congress did not agree with the idea that government outlay should be stepped up whenever private outlay is below a certain point. It was particularly the influence of Senator Taft, a conservative Republican, that there was great understanding for the necessity of the Employment Act. He was a constructive critic, and it was partly due to his influence that this

particular idea was thought of, and it was simply said that the government should declare that maintaining full employment of economic growth, that this becomes a responsibility of the government to promote such conditions that under a system of private enterprise this objective could be accomplished, that the government for that purpose should use all its resources, all its policy, taxes and all others in order to accomplish that purpose but the Employment Act would not specify how it should be done in each city. For instance, the original bill did not say anything about monetary policy. Senator Taft said perhaps we could do it by a monetary policy, perhaps by guarantee. He did not want to pin it down. It should be a basic statute which accomplishes only two purposes - 1) having the government declare in the most convincing manner that this has become the government responsibility that we are no longer in the laissez-faire economy where we leave that to the events, how they happen; 2) that there should be set up a machinery to implement the act as conditions require. But what policies should be used was left to whoever happens to be in the White House and whoever happens to be in Congress.

Then a conflict arose between the Senate and the House. The Senate wanted to leave the organization's exective branch to the President, that he should set up an economic advisory in his own office as he saw fit. They only wanted to establish by law a joint economic committee in Congress which would advise Congress the actions proposed by the President and either approve them and recommend to Congress to adopt those measures or modify them or write their own proposals so that there would be in Congress a group of senators and representatives giving most of their time to this problem. That was the idea in the Senate.

Now in the House there was full agreement, first, on the principle, and, second, on the joint economic committee in the Congress but the House, partly through some rather conservative Democratic members from

the South, partly through the influence of business groups, it was said that they don't want to give that sole responsibility to the President. You remember, there was a time when Roosevelt was very popular with the people but not so popular with some of the political leaders. They did not want to give him so much power. They wanted to establish a kind of supreme court of economics, a economic agency independent of the executive who would give a report to Congress and the President recommended policy measures. Now it was a budget director on behalf of the President, who then changed at that time under President Truman, who took the position that was shared by many political scientists that there cannot be a supreme court of economics because economics is too controversial. It must be the responsibility of the political leaders to propose to Congressmen what measures should be taken. Otherwise if there is unemployment the President can say, "I had the best intention but these people in the supreme court made wrong proposals" and he can go to the people and say, "Don't blame me but blame them." The budget bureau thought this ought to be a presidential responsibility. If he fails he should not be re-elected. That had to become the responsibility of the president and Congress. That view prevailed but a bit of council of economic advisors was established by law. So as the law was established in 1946 it accomplished two things: it made it the responsibility of government to report on the economic conditions and to make proposals; second, to establish machinery both in the executive branch and in the Congress for implementing the objective, but I would like to add one more which I should have mentioned earlier. In the original Senate bill, Senator Murray was incorporating the provision that the President in his annual economic report should include, as it was said in the original bill of 1945, a national budget. The national budget consists of three parts: 1) setting up a target of what level of income production is necessary in order to reach full employment; 2) a statement and

analysis of present trends under existing legislation in order to show whether these targets under present legislation are likely to be reached or not, and if there is a discrepancy between the target and the trend of development under existing legislation; 3) what legislation is proposed to reach the target.

When the bill was discussed, and here I am going back to the discussion largely with Taft, one thing was changed. There was a lot of discussion about the term "full employment". Some people objected to the term. They said full employment means 100% employment. We can't have it so maximum employment really means maximum feasible employment which may be 97% or whatever it is, the legislation did not say. This idea of the national budget was left in the legislation, but in a general way the term dropped out. The legislation as it stands today requires the president to do three things: 1) to set up what is now called "needed levels" of employment, production and purchasing power necessary to achieve the objectives. That is still the idea of the target; 2) analysis of current trends under existing legislation; 3) a program recommended to achieve the objedtive. That is about the act of 1946. It may interest you that it was adopted by the majority of both parties. What opposition there was, a few votes against it, were largely from those Congressmen who preferred the original version of the Murray bill who said this is watered down. There was virtually no opposition. People who really did not want any employment act - virtually none. There was some opposition from those who said this is not enough because it does not say how we can reach the objective. The act has been backed by both parties. In every presidential election ever since 1946 candidates of both parties have stated that they back up the Employment Act and if elected they would implement it. Actually the implementation has been quite different under the various administrations. Some have taken it a little bit more seriously, some less seriously, but I think one can

depend on some active support, irrespective of party, not because we have a statute on books - we have a lot of statutes which are forgotten because no political party in America can survive if when in power they don't live up at least to the spirit of the Employment Act. Whenever we say there is more than 5% unemployment, the party in power will be defeated. There is something to it, and I think this gives you briefly the legislative history.

OHKITA: Was that idea initiated among American economists, scholars, during the war, or was it because of the quite strong influence of Keynes and other economists in Britain and others. What is the real origin of that concept?

COLM: The economists whom I call "academic economists" - no insult meant to anybody - have been leaning backwards. Already in 1946 there was some opposition to the Keynes' general theory. Academic economists were by and large lukewarm. There were exceptions like (Hansen) and a whole group of young people like Samuelson and others around him, but by and large the academic economists were lukewarm. I feel that a considerable part of the progress made in economics in recent years is due to the people on the firing line who saw themselves face to face with certain problems and they had to use the instruments which they found. The concept of the National Economic Budget originated at the same time in the United States and in some of the exiled Scandinavian governments who were located in London. I have looked into that and as far as I can observe there was a coincidence of ideas. It was in the air and there is not any one exact origin. The National Planning Association - before I was connected with it - started a study which was called and published under the title "National Budgets for Full Employment". That had very much to make this idea a responsibility in Congress, but I cannot say that any person or any one organization is responsible for it. It was an idea that sprung up among Swedes and Norwegians in London, in Keynes' office and (Stone's) in Cambridge who was at the same time in the Treasury. I would say it was in the air.

INABA: I heard the Employment Act was revised in 1949. Is that true?

COLM: There were some very minor amendments in 1949 and they had the following purpose. In the original act the President was to submit his report to Congress at the beginning of January. The Joint Economic Committee was supposed to report I believe it was in March. It left for the Joint Committee so little time that it was felt they could not really study the President's economic report. The amendment had no other purpose except changing the date so that the purpose was to allow the Joint Economic Committee time and also to bring out the report at such a time that it would be useful in the consideration of the budget by the Appropriation Committee. It was only a change in the mechanism.

Another change occurred in 1952. There was considerable conflict between the chairman and the vice chairman, Dr. North and Mr. Keiserling. There was a lack of clarity about the functions of the chairman of the Council with relation to the members. President Eisenhower proposed a change which gave all the responsibilities to the chairman and made the two other members his associates. This was the re-organization act of 1953. Under American law, the President can make certain changes in organizational matters. He submits them to Congress and if Congress does not agree within 60 days then it becomes law, so even though there was no formal act it has become as a matter of fact an amendment. These are the only changes made.

President Eisenhower proposed an amendment to make price stability an objective of equal status to the objective of maximum employment. That is sponsored by Senator Bush in Congress. I have testified against that with the argument that this was understood from the beginning that price stability was part of the whole objective of policy and that making it an objective of equal importance gives the administration a chance to say, "You wanted price stability so unfortunately we did not get maximum employment." A second amendment is related to that, not sponsored by the President but sponsored by Senator Clark from Pennsylvania and Congressman Royce from Wisconsin in the House that would set up certain machinery to help stabilize prices, not making that an equal objective but to authorize the President to appoint certain price-wage committees to look into the price and wage policy. These are to my knowledge the only amendments which have either been adopted or appended.

8

INABA: I am a committee member of the Financial Committee of our government, so I would like to hear from you about the connection between the Employment Act and the Federal Reserve System.

COIM: Dr. Inaba, this is a difficult question. When the Employment Act was adopted it was understood that the President's report would propose measures for promoting full employment using, as the law says, all the resources available to the government. Everybody thought that includes monetary policy. Recently President Eisenhower has declared that if he makes proposals on the monetary policy he would interfere with the independence of the Federal Reserve System. Therefore in recent years the economic report includes a discussion of the monetary policy of the past, how that has helped to stabilize or whatever that has done, but you don't find any recommendation put forth . That has been severely criticized in Congress, but that is the situation. Now, the fact is that there is a committee advising the President on price stabilization. On this committee are represented the chairman of the Council of Economic Advisors, as chairman of the committee, the Secretary of the Treasury, and the chairman of the board of governors of the Federal Reserve System. So the President says he is always getting advice and there is coordination in an informal way through committee discussion. The Federal Reserve is aware of the government's policy and the Council of Economic Advisors is aware of the Federal Reserve policy. So it does not mean real independence or real separation. It is recognized that the board of governors by their vote decide the Federal Reserve policy. They are like judges. Nobody can tell them how to vote but they take the employment situation into consideration. But the President cannot tell, according to present interpretation, the Federal Reserve what policies they should pursue. This came to a breaking point under President Truman who did tell the Federal Reserve what to do and they said, "Sorry, Sir, that is your personal opinion, but we act according to our conscience." So this whole question of the relationship of the executive branch to the Federal Reserve is an open problem. It is one of the problems which the Monetary Commission will deal with. They have a special sub-committee, one of the seven or eight sub-committees dealing exclusively with this problem. So this is undecided at the moment.

INABA: In our country the connection between the Finance Ministry and the Bank of Japan is a very important problem. Many people think that the Bank of Japan should be more independent like the Bundesbank.

COLM: I don't know about Japan and I don't ~~xhxx~~ want to give any judgment because I don't know enough.

INABA: I know, you are now discussing how to change the Federal Reserve System.

COLM: I believe that the President should make recommendations for the Federal Reserve policy, without making the Federal Reserve just an agency of the Treasury. You may have noticed the Radcliffe Committee report in Great Britain. The British had a similar commission. They had recommended that any change in the discount policy of the Central Bank should be announced by the Chancellor of the Exchequer. That means there should be full coordination. I have talked to people who have been very close to the Radcliffe Committee. They said actually by this arrangement the~~x~~ Central Bank has greater power than if they are independent because they influence the government policy. It is not only that government policy influences them, but in the U.S. this is an open question. It is very difficult to say which way it will go. The chairman of the Federal Reserve System has declared in testimony that he is subject to the Employment Act and responsible to Congress, that he will conduct business in conformity with the Employment Act, responsible to Congress and not responsible to the President, but that is already regarded as a great admission, and last year the Ways and Means Committee adopted a proposal which gave some guidance to the Central Bank in support of goverment finance and the chairman of the board of governors said he would not accept such guidance from Congress because it would interfere with his independence, so this is one of the most controversial problems. I am on record with my personal opinion. I have testified in great detail before Congress but I don't know which way it will go in the future. It is an open problem. The Monetary Commission will make a recommendation on it. I don't think even the recommendation will go as far in coordination as the British have gone and the Radcliffe Commission wants to go still further.

INABA: I personally think the monetary and fiscal policy should be under government.

COLM: I have been too short in Japan for giving any opinion about Japan. I will have a session with the chairman of the Bank of Japan. I don't want to give an opinion before I have heard his views.

INABA: After you have travelled in Kyoto or Hokkaido, then we would like to have some recommendations about Japanese economy from you.

COLM: As a general proposition, whether Japan or Britain or the U.S., I certainly agree with you. You can have an independence in the operation but still you need coordination on policy. This is my view for the U.S. and you may apply it for Japan if you wish, but I don't say anything for Japan.

INABA:. Then may I put you another question. In your book which Mr. Ohkita translated, you have mentioned the economic growth of the U.S. since the 19th Century as 3% but after the second war 4 to 4.5%. Is that due to the Employment Act or the fiscal policy?

COLM: Mr. Inaba, once a democratic leader in Europe who was a personal friend of mine, said to me, the art of a leader in a democracy is if things go well you say, "Look what a good policy I had. " If they go bad you say, "You see how much you need me. The predecessor has left us with a very bad inheritance." I would wish I could say this was due to the Employment Act. I think the policy under the Employment Act had some influence but I would say not a major influence. It is true the fiscal policy was not bad in spite of the great pressure after the war for tax reduction. The government kept taxes high and the first six or seven years after the war about 20 billion dollars of bonds have been withdrawn from public circulation. This had prevented more severe inflation. Also when the Korean War broke out pretty promptly the already high taxes were increased further. In the 1949 recession and again in the 1954 recession the government used particularly the housing policy as a counter-cyclical factor. Housing is one thing which is very xxx sensitive to financial conditions which are determined by the government. We have a very big housing program for the veterans. Since every young man is a veteran the program is very big. During the recession down payments were reduced to zero. They only had to pay $200 down for settlement fees and interests were low and terms very long, xxxxxx 30 or 40 years. But still I think the policy

was successful with these relatively minor devices because there was a very strong under-current. This undercurrent after the war I do not attribute to the Employment Act. That had been the same without the Employment Act. I don't think we can take too much credit for it, a little bit.

INABA: In Japan the tax revenues compared with national income is increasing, now about 20% for the national income and we recommended to the government to stabilize it at 20%, but at the same time we should have more government investment in roads and social security. Now in Japan private investment is too high because savings are very high. To have more effective economy government investment should be higher and the people should pay more taxes to the government, but it is very difficult. How should we harmonize public investment and public spendings and private investment and private consumption? Consumption ratio to the GNP is about 60%. It is lower than the U.S.. I personally think the consumption ratio should be stabilized between 58 and 60%. Is that a good ratio? Very difficult, I think.

COLM: Yes.

INABA: So Japanese economic growth I personally think is decreasing in the long range.

COLM: But still it would be very high. Recently it has been 10%.

INABA: I think personally between 5 to 7%, but, Dr. Colm, 4.2% will be stabilized after ten years. Is that true?

COLM: For the U.S. or here? The 4.2% happens to be the result of a computation. I say it should be between 4 and 5%. I can't be that exact but it happens to come out to 4.2%. Perhaps now this 4.2% is in a pamphlet which is primarily written as a guidance for businessmen. It is not primarily written for the government. I say that for the government perhaps it should be 4.5 or 5% rate of growth, but when giving advice to the government I think it is prudent to assume that we may fall a little bit below what it ought to b I would like to make a somewhat different projection as a target for governmer

INABA: It is a different projection and plan.

COLM: This is a forecast which takes into consideration the fact that government may not do all it ought to do. When you ~~xxxxxx~~ advise government

you say what they ought to do even though you think they will not hit it 100%. They may hit it only 91% and you are quite satisfied if they do a 90% job. I do think that we are at a lower rate of growth in recent years. We had 4.5 in the first postwar years and we are a little lower now. Some people think it is due naturally to the backlog of postwar demand which was used up. Other people say it is due to the more restrictive credit policy. I don't think again the credit policy had too much effect during the recent years. It might be important for the future, but I also agree with you that in all countries which have suffered from the war once the country and the factories and the houses have been rebuilt that then the rate of growth will somewhat slow down. That is true in Soviet Russia and Germany and in Japan. But I can still say that it will continue to be in Japan higher than in the U.S.

INABA: Your NPA has written the projection for private enterprise.

COLM: This is only a short summary. We have a leaflet service for private enterprise and also for government and schools, universities and business groups, and many corporations are using those projections as a frame of reference for their own investment plan and we think that by and large investments support a rate of growth as projected in here.

INABA: In the Japanese government's plan two years ago I personally recommended to Mr. Ohkita the economic growth for the coming five years should be 5% but I could not succeed and I have failed personally and the government plan is 6.5% and after two years we calculated the real economic growth at more than 7%, so Mr. Ohkita was right. But private industries have invested too much because of the government plan. So in Japan it is good for economic growth. The government plan should be a little lower.

COLM: I understand. We also believe that there is urgent need for more investment in the areas under government responsibility. We need more for schools, more for public health. We have a traffic problem in our cities which is similar to what you have in Japan, in Tokyo. That probably requires billions and billions for rebuilding the cities so that the automobiles disappear from the center of the streets. We have estimated what it costs to adjust the cities to the modern age or to the mobile age. The figures are fantastic and it will probably take many years before it will be very gradually adopted, but you are forced to do something. We are all forced to do something

because if trnnsportation continues to develop as it did in recent years, then our whole transportation will break down. Therefore we will have more public investment. For us this whole problem is very much connected with the problem of defense. Japan is in the fortunate position perhaps that you spend only 1.5% of your GNP on defense. In America it is about 10%. If that should go up further it means more delay for these non-defense projects. If there should be some relaxation in international tension and defense should be stabilized in dollar amount or even go down, then I think much of this urgent need can be met. In any case we are not afraid that a reduction in defense would give us a depression. We think it will give us an opportunity to do the things that really need to be done.

INABA: In Japan we are discussing another pattern for 10 years. I personally think if possible we would like to change our economic structure. For instance, the people in agriculture should be decreased. Now they are about 35%, the income from agriculture is only about 14%. If possible we would like to change the industrial structure because we have the double structure, first, the big industry and another the small scale industry, and so we push the minimum wage system, to increase the wage of the small and middle scale industry. I think we will succeed. But at the same time our import ratio to the GNP is too high and so we should be more careful about the balance of payments. We should export more and more to cover the balance of payments deficits. So I think if we have a good fiscal policy in the U.S. it could be 15% and in Japan it could be 25 or 30%. Is that possible?

COLM: I don't know whether it is possible for Japan. We have to some extent the same problem because we have in the U.S. about 2 million farmers who just produce their minimum of existence and produce very little for the market. We could remove these 2 million farmers from the agricultural sector without reducing the agricultural output. That is one of the problems of high employment policy, to create employment conditions so that these people can find other employment. Now, if possible, we want to prevent all these people from being forced off their farms into the cities. If possible we want to move industries more into the rural areas so that these people can continue

to live on their farms as residents and perhaps the wives can look after the farms but they will be earning most of their money from non-farming sources. We think socially that is more desirable than uprooting these people and making them all live in the big urban centers. I have paid one visit here to a farming area around Fujisawa and while, as I said before I don't want to say anything about Japan, tentatively I had the impression that the same policy might be helpful also for Japan - bringing industry into the rural areas rather than bringing all these people into Tokyo.

INABA: I agree with you. At that time we have the basic expenditure of 85% and 15% is discretionary and also in Japan we have a very disguised unemployment so our economy should be more homogemous after five or ten years and we recommend a strong economic policy. I would like to hear about an alternative. In your books you recommend an alternative. What do you think about economic growth and economic stability? I personally think it is contradictory.

COLM: I think I agree with you. Basically a policy that promotes productivity is a policy that serves both purposes. It gives you more growth and also gives you more supply and to that extent gives you more price stability. So I think basically I agree with you that there is no necessary contradiction between these two objectives. However, there may come a period when economic growth is flattening out. And if then prices continue to rise, fiscal and monetary policy if oriented towards price stabilization may continue restrictions and will not support economic growth, then that is the point where we have conflict. That is recognized by some people in the U.S. and this is a concept which I mentioned before that we may have price prise even when we don't have excess demand. That is what we call market power inflation. We are living in an economy with big business, big labor unions, powerful farm organizations. We don't have the free market where whenever a little slack appears prices go down. As a matter of fact prices rarely go down. They go up and that is why I believe we in the U.S. and probably in other countries too have to face here a problem that cannot be entirely solved by a conventional method of fiscal and credit policy. I mentioned before this so-called amendment to the Employment Act and that is one of the suggestions made in our country for approaching this problem.

INABA: Japanese economists know how the American economists are contributing to the economic policy or the long-range programs of the industries.

COLM: I think we have in that respect a real change brought about in recent decades. First through the Council of Economic Advisors we got economists placed very high in the executive branch. And also in Congress formerly hearings were held because it was felt that before there was legislation those people who are affected by legislation should have an outlet to complain and say, "Here's a tax increase. That hits me and I want to tell why I don't want such a big tax." Now hearings to some extents are used to other purposes. Previously it was thought that ~~the~~ the Congressman, by definition, knew everything. Now the Congressman feels he wants to be advised by the economists. That is a new phenomenon. We have hearings by various committees where people testify who are not affected by legislation, but the purpose of the testimony is not complaining that this legislation would be unfair to him but to advise Congress whether that legislation is in the interest of economic growth and stability. We have a special economic committee that consists of seven Congressmen but that committee has a staff of half a dozen very competent economists. So I would say in government there has been a considerable increase in the influence of economists.

There is a very similar development in private enterprise. Many of the larger corporations have an economic and statistical staff and smaller corporations which cannot afford - they are too small - they hire an economic consultant who is serving many firms. They get advice that way. So our world has become more complex from the economic point of view, and it is recognized by politicians and business leaders and trade union leaders that they need expert advice. Our knowledge is not adequate to the task. I don't think we can say we know all the answers.

BIBLIOGRAPHIE GERHARD COLMS

Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März - April 1920, Essen 1921 (Dissertation Gerhard Colms)

Die Bedeutung der Braunkohle für die deutsche Brennstoffversorgung, in: Wirtschaft und Statistik, Bd. 2, 1924

Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, in: Wirtschaft und Statistik, Bd. 2, 1924

Die Erdölwirtschaft der Welt im Jahre 1922, in: Wirtschaft und Statistik, Bd. 3, 1924

Die Schwerindustrie Frankreichs, in: Wirtschaft und Statistik, Bd. 4, 1924

Die wirtschaftliche Entwicklung Australiens 1913-1923, in: Wirtschaft und Statistik, Bd. 4, 1924

Deutschland und die Weltwirtschaft, in: Die Arbeit 3, 1924

Die Entwicklung der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit, in: Die Arbeit 6, 1924

Die Sachlieferung im Rahmen der Neuordnung des Reparationsproblems, in: Die Arbeit 6, 1924

Die gesellschaftlichen Grundlagen des Staatslebens in der Gegenwart, in: Schröder\Feldmann (Hrsg.:) Der deutsche Staatsbürger, Stuttgart 1924

Das "Mehrwert"-Verfahren in der Produktionsstatistik, in: WA, Bd. 20, 1924, S. 204-217

Die Masse. Ein Beitrag zur Systematik der Gruppen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 52, Tübingen 1924

Die Reichsmarkumstellung der Aktiengesellschaften, in: Wirtschaft und Statistik, Bd. 5, 1925

Die Statistik der Stimmrechts- und Vorzugsaktien, in: Wirtschaft und Statistik, Bd. 5, 1925

Das Problem des internationalen Finanzvergleichs, in: Deutsche Wirtschaftszeitung 40, 1925

Die methodischen Grundlagen der international vergleichenden Finanzstatistik, in: WA, Bd. 22, 1925, S. 222-249

Der volkswirtschaftliche Unterricht an der Volkshochschule, in: Archiv für Erwachsenenbildung, H. 6, Jg. 2, 1925

Die Entwicklung der Soziologie im Deutschland der Nachkriegszeit, in: "Nakune", Moskau 1925

Beiträge "Statistik" und "Gewerbestatistik und Arbeitsstatistik", in: Conrad, Johannes (Hrsg.:) Grundriß zum Studium der Politischen Ökonomie, Jena 1925

Methode und Ergebnisse der Produktionsstatistik. Sonderdruck aus dem Grundriß zum Studium der Politischen Ökonomie, Teil 4, Statistik III, §§ 7-9 u. 36, Jena 1925

Die Reichsmarkeröffnungsbilanzen der deutschen Aktiengesellschaften, in: Deutsche Wirtschaftszeitung 2, 1926

Die deutschen Aktiengesellschaften im Geschäftsjahr 1924/25, in: Berliner Börsen-Courir Nr. 309, 1926

(Übersetzer:) M.J. Bonn (Hrsg.:) Findlay G. Shirras "Volkseinkommen und Besteuerung". Ein Vortrag, Jena 1926

Grundsätzliche Bemerkungen zum Begriff des Volkseinkommens- und Volksvermögens, in: Boese, Franz (Hrsg.:) Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 173: Beiträge zur Wirtschaftstheorie Teil 1: Volkseinkommen und Vermögen, München/Leipzig 1926, S. 27-52

Die Bedeutung der Stimmrechtsaktien, in: Bankwissenschaft, H. 20, 1926

Volkswirtschaftlicher Unterricht für Laien, in: Die Polizei 23 v. 23. 12. 1926

Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen über den Beginn der dritten Annuitätsjahres, in: WA, Bd. 26, 1927, S. 375-391

Die steuerliche Belastung der englischen Wirtschaft. Ergebnisse des Colwyn-Berichts, in: WA, Bd. 26, 1927, S. 175-192

(hrsg. vom Statistischen Reichsamt:) Konzerne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reich Ende 1926, Berlin 1927

Ein neuer Versuch zur international vergleichenden Finanzstatistik, in: Allgemeines Statistische Archiv, Bd. 17, 1927/28, S. 36-64

Die Staatsausgaben von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien in der Vorkriegs- und Nachkriegszeit (= Einzelschrift zur Statistik des Deutschen Reiches Nr. 2), Berlin 1927

Die volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben. Ein Beitrag zur Finanztheorie, Tübingen 1927

Dauer und Höhe der Reparationszahlungen, in: Magazin der Wirtschaft Nr. 4, 1928, S. 1648

Dreieinhalb Jahre Dawes-Plan, in: Die Arbeit 2, 1928

Der Einfluß der Steuer auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, in: Beiträge zur Finanzwissenschaft. Bd. 1, Tübingen 1928, S. 118-152

Der finanzwirtschaftliche Gesichtspunkt des Abrüstungsproblems, in: Niemeyer, Th. (Hrsg.:) Handbuch des Abrüstungsproblems. Systematischer Teil. Berlin 1928

Bemerkungen zum vorstehenden Aufsatz von Ghertschuk "Die Ermittlung der Werterhöhung in der Produktionsstatistik. Ihr theoretischer und praktischer Sinn", in: WA, Bd. 28, 1928, S. 236-242

Das Wesen der Kommerzialisierung und die mit ihr verbundenen Änderungen des Londoner Paktes. Gutachten. In: Salin, Edgar (Hrsg.:) Das Reparationsproblem, Teil 2: Die Konferenz von Berlin am 15. bis 17.11.1928, Berlin 1929 (= Veröffentlichungen der FLG, Bd. 2), S. 370-377

1. Der Einfluß der Steuern auf die Kapitalbildung der Unternehmungen in Deutschland und Großbritanien. 2. Die Belastung des Einkommens durch Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern in Deutschland und Großbritannien. Statistische Unterlagen (= Friedrich-List-Gesellschaft. Zu der Aussprache in Bückeburg am 26. bis 28.10.1929 über Kapitalbildung und Steuersystem), Berlin 1929

Über den Inhalt und den Erkenntniswert der Zahlungsbilanz, in: WA, Bd. 29, 1929, S. 1-11

Besteuerung und Rentabilität gewerblicher Unternehmungen. Bemerkungen zur Untersuchung des Statistischen Reichsamt, in: Finanzarchiv N.F., Jg. 46, 1929, S. 92-103

Die Reparationsbank, in: Magazin der Wirtschaft 39, 1929, S. 1484-1487

Von der Zwischenlösung zur Endlösung der Reparationsfrage, in: Die Arbeit, 1929

Der Mensch im wirtschaftlichen Kreislauf. Ein Vortrag. Tübingen 1930

(Hrsg. mit Hans Neisser:) Kapitalbildung und Steuersystem, Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Eilsen, Berlin 1930 (= Veröffentlichungen der Friedrich-List-Gesellschaft, Bde. 3 u. 4, Berlin 1930

Das Gesetz der komparativen Kosten - das Gesetz der komparativen Kaufkraft, in: WA, Bd. 32, 1930, S. 372-405

Die deutsche Zahlungsbilanz. Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. (I. Unterausschuß, 5. Arbeitsgruppe), Berlin 1930

England's Future Trade Policy, in: The Liverpool Trade Review, November 1930

Den okonomiske Krise i Tyskland, in: Okonomi og Politik, Kopenhagen 1930, S. 257-267

Lohn, Zins - Arbeitslosigkeit, in: Die Arbeit 7, 1930, S. 241-247

Artikel "Masse", in: A. Viekandt (Hrsg.:) Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931, S. 353-360

Kapitalistische und nichtkapitalistische Elemente in der heutigen deutschen Volkswirtschaft, in: Harms, Bernhard (Hrsg.:) Kapital und Kapitalismus, Bd. 1, o.O. 1931, S. 105-135

Der Einfluß der Sozialpolitik auf den Kapitalmarkt, in: Harms, Bernhard (Hrsg.:) Kapital und Kapitalismus, Bd. 2, o.O. 1931, S. 435-458

Wege aus der Weltwirtschaftskrise, in: Die Arbeit 8, November 1931, S. 815-834

(Hrsg. mit Hans Neisser:) Der deutsche Außenhandel unter der Einwirkung der weltwirtschaftlichen Strukturwandlung, 2 Bde., Berlin 1932 (= Enquete Ausschuß, 1. Unterausschuß, 5. Arbeitsgruppe, Bd. 20)

Die Welthandelsentwicklung und das Problem der deutschen Ausfuhrpolitik, in: WA, Bd. 36, 1932, S. 24-58

Das Problem der öffentlichen Kapitalwirtschaft, in: Finanzarchiv N.F., Bd. 1, 1932/33, S. 92-101

(m. Julius Landmann:) Vergleichbarkeit der Vorkriegs- und Gegenwartsschätzungen der Volksvermögen und Volkseinkommen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 22, 1932, S. 539-555

Deutschland und die Weltkrise. 1. Die Industrialisierung als Ursache von Gleichgewichtsstörungen. 2. Die Industrialisierung als Ursache der Krisenverschärfung. 3. Die Industrialisierung als Hemmung der Krisenüberwindung, in: Boese, Franz (Hrsg.:) Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 187: Deutschland und die Weltkrise, München/Leipzig 1932

Renaissance der Planwirtschaft, in: Die Arbeit, Bd. 9, 1932

Die antikapitalistische Massenbewegung und die Gegenoffensive des Liberalismus. (Aus der ungedr. Festgabe, die Werner Sombart zu seinem 70. Geburtstag am 19.1.1933 von seinen Schülern übergeben wurde), in: Zeitschrift für Politik, Jg. 23, 1933/34, S. 260-272

Beitrag zum Stand und die Zukunft der Konjunkturforschung, in: Clausing, Gustav (Hrsg.:) Festschrift für Arthur Spiethoff, München 1933, S. 56-60

Die Krisensituation der kapitalistischen Wirtschaft, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 69, 1933, S. 385-406

Artikel "Zahlungsbilanz", in: M. Palyi/P. Quittner (Hrsg.:) Handwörterbuch des Bankwesens, o.O. 1933, S. 600-609

Politique commerciale allemande et Redressement de l'Economie, in: Revue Economique Internationale, 25 Jg., Bd. 2, Mai 1933

The ideal Tax System, in: Social Research, Bd. 1, 1934, S. 319ff.

Why the Papen Plan for industrial Recovery failed, in: Social Research, Bd. 1, 1934, S. 83ff.

Methods of Financing Unemployment Compensation, in: Social Research, Bd. 2, 1935, S. 148ff.

Production. Statistics. Unearned Increment. War Finance, in: Seligman, Edwin (Hrsg.:) Encyclopaedia of the Social Sciences, 15 Bde., New York 1935

Economic Limitations of Government Control, in: Scott, Benjamin E. (Hrsg.:) Government Control of the Economic Order. A Symposium, Minneapolis 1935, S. 18-30

Probleme der Finanzsoziologie, in: Reine und angewandte Soziologie. Festschrift für Ferdinand Tönnies zu seinem 80. Geburtstag am 26.7.1935, Leipzig 1936

(mit Fritz Lehmann:) Public Spending and Recovery in the United States, in: Social Research, Bd. 3, 1936, S. 129-166

Public Expenditures and Economic Structure in the United States, in: Social Research, Bd. 3, 1936, S. 57ff.

The Theory of Public Expenditures, in: Annals of the American Academy of Political Sciences, Bd. 183, 1936, S. 27-43

European Public Finance in the World Crisis, in: Smith, Richard (Hrsg.:) Taxation and Public Policy, New York 1936, S. 141-150

Die Krisenbekämpfung in den Vereinigten Staaten unter Roosevelts' "New Deal", in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz, April 1936

Economics today, in: Social Research, Bd. 4, 1937, S. 191ff.

Is Economic Planning compatible with Democracy?, in: Ascoli, Max/Lehmann, Fritz (Hrsg.:) Political and Economic Democracy, New York 1937, S. 21-41

Public Revenue and Public Expenditure in National Income, in: Studies in Income and Wealth, National Bureau of Economic Research, Bd. 1, New York 1937

Comment on Extraordinary Budgets, in: Social Research, Bd. 5, 1938, S. 168ff.

The Revenue Act of 1938, in: Social Research, Bd. 5, 1938, S. 255ff.

(mit Fritz Lehmann:) Economic Consequences of Recent American Tax Policy, (= Social Research Supplement 1), New York 1938

On the Measurements of National Wealth, in: Studies in Income and Wealth, National Bureau of Economic Research, Bd. 2, New York 1938, S. 65-72

Significant Tax Legislation in Foreign Countries, in: Proceedings of the National Tax Association, 31nd Annual Meeting, Columbia 1938, S. 526ff.

Is Economic Security worth the Cost?, in: Social Research, Bd. 6, 1939, S. 287ff.

The Basis of Federal Fiscal Policy, in: Taxes - The Tax Magazine, Bd. 17, 1939, S. 338ff.

Tax Policy and Capital Formation, in: Capital Formation and it's Elements, National Industriel Conference Board, New York 1939

War Finance, in: Speier, Hans/Kähler, Alfred (Hrsg.:) War in our Time. Study of the Graduate Faculty of the New School for Social Research, New York 1939, S. 192ff.

Income and the Measurement of the Relative Capacities of the States, in: Studies in Income and Wealth. National Bureau of Economic Research, Bd. 3, New York 1939

(mit Helen Tarasov:) Who pays the Taxes: Allocation of Federal, State and Local Taxes to Consumer Income Brackets. Temporary National Economic Committee. Investigation of Concentration of Economic Power, Monograph Nr. 3, Superintendent of Documents, Washington, D.C., 1940

Conflicting Theories of Corporate Income Taxation, in: Law and Contemporary Problems (Duke University), Bd. 7, 1940

Full Employment through Tax Policy?, in: Social Research, Bd. 7, 1940, S. 447ff.

(m.a.:) Final Report of the Committee on Federal Taxation of Corporations, in: Proceedings of the National Tax Association, 32nd Annual Meeting, Columbia 1940

Comments on W.I. King: "We are suffering from Economic Maturity", in: Journal of the Political Economy, Bd. 48, 1940, S. 114ff.

(mit J.H. Clifford:) Taxation of Corporate Enterprise, Washington Government Printing Office, 1941

The Cost of Arming America, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences, Bd. 214, 1941, S. 2ff.

National Income and Defense Financing, in: National Bureau of Economic Research (Hrsg.:) Conference on Research in Income and Wealth. Papers of National Income and Defense, Teil 2, New York 1941

Fiscal Policy and Recovery, in: Proceedings of the National Tax Corporation, 33rd Annual Meeting, Columbia 1941, S. 89-96

(mit Gerald M. Alter:) Washington Fiscal Policy - its War and Post War Aims, in: Fortune 26, 1942

Federal Budgeting and the National Fiscal Policy, in: Seckler-Hudson, Cathryn (Hrsg.:) Budgeting - an Instrument of Planning and Management, Unit 2, Washington, D.C., 1944

From Estimates of National Income to Projection of the National Budget, in: Social Research, Bd. 12, 1945, S. 350ff.

Fiscal Policy and Economic Reconstruction, in: Harris, Seymour E.: Economic Reconstruction, New York 1945

Technical Requirements for High-Level Production and Employment, in: The American Political Science Review, Bd. 34, 1945

Fiscal Policy, in: Tax Law Review, Bd. 2, 1946

The Nation's Economic Budget. A Tool of Full Employment Policy, in: Studies in Income and Wealth. By the Conference on Research in National Income and Wealth, Bd. 10, New York 1947, S. 85-93

(Hrsg. mit Seymour B. Harris:) The New Economics. Keynes' Influence on Theory and Public Policy, New York 1948

On the Road to Economic Stabilization, in: Social Research, Bd. 15, 1948

The Government Budget and the Nation's Economic Budget, in: Openbare Financien (Niederlande), Nr. 1, 1948

The Government Budget and the Nation's Economic Budget, in: Public Finance 1948, abgedr. in: Readings in a Fiscal Policy. Selected by a Committee of the American Economic Association Series, London 1955

Why Public Finance?, in: National Tax Journal. The National Tax Association 1, 1948, S. 3-23

Der Staatshaushalt und der Haushalt der Gesamtwirtschaft, in: Finanzarchiv N.F., Bd. 11, 1949, S. 620-633

The Nation's Economic Budget and the Government, in: Annals of the American Academy of Political and Social Sciences, Bd. 266, S. 32-40

Comment's on Professor Laufenburger's Article "L'Egargissement du Concept du Budget", in: Finanzarchiv N.F., Bd. 12, 1950, S. 296-299

Public Finance in the National Income, in: Bulletin of the Central Bank of Venezuela Nr. 59/60, 1950, S. 223-240

National Economic Budget, in: Bulletin of the Central Bank of Venezuela, May/June 1951, S. 241-257

Experience in the Use of Social Accounting in Public Policy in the United States, in: Income and Wealth. International Association for Research in Income and Wealth, Series 1, Cambridge 1951

Die öffentliche Finanzwirtschaft im Rahmen des Volkseinkommens, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 35, 1951, S. 115-126

The American Economy in 1960, Washington, D.C., 1952

Comments on Lowe's "Structural Model", in: Social Research, Bd. 19, 1952

Besprechung von: Rudolf Binders "Die Belastung durch persönliche Einkommensteuer in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten, Kiel 1950, in: The American Economic Review, Bd. 42, 1952

Haushaltsplanung, Staatsbudget, Finanzplan und Nationalbudget, in: Gerloff, Wilhelm/Neumark, Fritz (Hrsg.:) Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1, Tübingen ^{2}1952, S. 519-536

The Government Budget and the Nation's Economic Budget, in: Gerloff, Wilhelm/Neumark, Fritz (Hrsg.:) Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1, Tübingen ^{2}1952, S. 258-286

(mit Haskell P. Wald:) Some Comments on Tax Burden Comparisons, in: National Tax Journal, März 1952

"Don't throw the Baby out with the Bath". Comments on recent Articles on Progressive Income and Corporate Income Taxes, in: Finanzarchiv N.F., Bd. 14, 1953, S. 525-530

The Shape of Thing to come, in: Looking Ahead. National Planning Association Monthly, Bd. 1, 1953

Depression? It all depends..., in: The Reporter v. 17.2.1953

Council of Economic Advisers - a new Start, in: Looking Ahead. National Planning Association Monthly, Bd. 1, 1953

Government Planning - how much do we need? If we need it, where should we draw the Line?, in: New Perspectives in Economies for Top Management. Paper presented at the New York University Management Institute, Division of General Education, 9.12.1953

Our Standard of Living by 1960, in: Challenge Magazine, Mai 1953 (ebenf. abgedr.: Advertiser's Digest, Bd. 18, 1953)

Fiscal Policy and Federal Budget, in: Millikan, Max (Hrsg.:) Income Stabilization for a developing Democracy. A Study of the Politics and Economics of High Employment without Inflation, New Haven 1953, S. 188-219 (ebenf. abgedr. in: Hamovitch, William: The Federal Deficit. Fiscal Imprudence of Policy Weapon?, Boston 1965

Tax Policy and Capital Formation, in: Conference on Taxation by the Committee on Economic Policy, Washington, D.C., 1953, S. 3-6

The Economic Outlook for 1954, in: Looking Ahead. National Planning Association Monthly, Bd. 1, 1954

Entwicklungen der Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik in den Vereinigten Staaten von Amerika, Kiel 1954 (= Kieler Vorträge N.F., H. 6, 1954)

(m.a.:) Opportunities for Economic Expansion. A National Planning Association Steering Committee Report, Planning Pamphlet Nr. 87, Washington, D.C., Juli 1954

The Corporation and the Corporation Income Taxes in the American Economy, in: The American Economic Review, Bd. 44, Mai 1954, S. 486-503

Comments on the President's Economic Report of January 1954, in: The Review of Economics and Statistics, Bd. 36, 1954

The Importance of Selling in our National Economy, in: Opportunity, Bd. 62, Februar 1954

Taxation and Consumption. Statement before the Joint Committee on the Economic Report of the President, 2. Sitzung, 1.-18.2.1954, Superintendent of Documents, Washington, D.C., 1954, S. 432ff.

Comments on "Concepts and Assumptions in long-term Projections of National Product" by Simon Kuznets, in: Studies in Income and Wealth. National Bureau of Economic Research, Bd. 16, New York 1954, S. 38-42

The Role of Corporate Taxation in the American Economy. The Corporation and the Corporate Income Tax in the American Economy, in: The American Economic Review, Bd. 44, 1954

Besprechung von Erich Egners "Der Haushalt. Eine Darstellung seiner volkswirtschaftlichen Gestalt, Berlin 1952, in: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft, Bd. 110, 1954

The Economic Outlook for 1955, in: Michigan Business Review, Bd. 7, 1955

Essays in Public Finance and Fiscal Policy, New York 1955

(mit Raimond Goldsmith and Joseph Dodge:) A Plan for the Liquidation of War Finances and the Rehabilitation of Germany, in: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft, Bd. 3, 1955

(Hrsg.:) The Need for a further Budget Reform. A joint Statement by the Board, Agriculture, Business, Labor, and International Committee Members of the National Planning Association, present at the 20th Anniversary Joint Meeting on December 13 and 14, 1954, Washington, D.C., 1955

(m. Marilyn Young:) The Federal Budget and the National Economy. How to make the Federal Budget a better Tool of Fiscal Policy, Washington, D.C., 1955 (= National Planning Association, Planning Pamphlet No. 90)

Besprechung von: Seraphim, Hans-Jürgen: Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, Göttingen 1955, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 75, 1955, S. 89-91

Economic Barometers and Economic Models, in: The Review of Economics and Statistics, Bd. 37, 1955, S. 55-62

Some idle Reflections on Economic Projections, in: Eisermann, Gottfried (Hrsg.:) Wirtschaft und Kultursystem. Alexander Rüstow zum 70. Geburtstag, Stuttgart 1955, S. 76-80

Besprechung von Raimond W. Goldsmith "A Study of Saving in the United States", 2 Bde., Princeton 1955, in: Social Research, Winter 1955

Economic Projections: New Tool for Top Mangement, in: Sales Mangement vom 10. November 1955

The Case for Discretionary Action, in: Farm Policy Forum, Bd. 8, 1955

The Employment Act. Past and Future. A Tenth Anniversary Symposium, Washington, D.C., 1956 (= National Planning Association . Planning Pamphlet No. 41)

(Hrsg.:) Das amerikanische Beschäftigungsgesetz. Vergangenheit und Zukunft. Festschrift der National Planning Association zum zehnjährigen Bestehen des Gesetzes, Berlin 1956

Randolph Paul: Tax Lawyer, Scholar, and Public Servant (1890-1956), in: Finanzarchiv N.F., Bd. 17, 1956

The Executive Office and Fiscal and Economic Policy, in: Law and Contemporary Problems, Durham 1956, S. 193-211 (übers. in: Konjunkturpolitik Nr. 4, 1957)

Comments on Samuelson's Theory of Public Finance, in: The Review of Economics and Statistics, Bd. 38, 1956, S. 408-412

Zur Frage einer konjunktur- und wachstumsadäqaten Finanzpolitik, in: Konjunkturpolitik Nr. 2, 1956, S. 109-116

Besprechung von: Smithies, Arthur: The budgetary Process in the United States. A Research Study, New York 1955, in: The Review of Economics and Statistics, Bd. 38, 1956

Besprechung von: Hoffmann, Walter: Probleme der amerikanischen Wirtschaftspolitik, Dortmund 1955, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 79, 1957, S. 108-109

Besprechung von W.A. Jöhrs u. H.W. Singers "The Role of the Economist as Official Adviser", London 1955, in: The American Economic Review, Bd. 46, 1956

Comments on Richard A. Musgrave's "A multiple Theory of Budget Determination", in: Finanzarchiv N.F., Bd. 18, 1957, S. 52-55

Guides and Procedures for Determining Federal Expenditure Programs, in: Federal Expenditure Policy for Economic Growth and Stability. Papers submitted by Panelists appearing before the Subcommittee on Fiscal Policy, Washington, D.C., 1957, S. 433-443

Das Executive Office des amerikanischen Präsidenten und die amerikanische Finanz- und Wirtschaftspolitik, in: Konjunkturpolitik, H. 4, 1957

The Government Sector. A Re-examination of controversial Issues, in: Problems in the international Comparison of Economic Accounts, in: Studies of Income and Wealth, Bd. 20, Conference on Research in Income and Wealth. National Bureau of Economic Research, Princeton 1957, S. 113-133

Economics in the Atomic Age, in: Zur Ökonomik und Technik der Atomzeit. Im Auftrage der Friedrich-List-Gesellschaft herausg. von Harry W. Zimmermann, Tübingen 1957, S. 85-95

Economic Feasibility of National Security Programs, o.O. 1957

(m. Robert R. Nathan u.a.:) Should Taxes be cut by the 1958 Session of Congress?, in: Business Horizons, Bd. 1, 1958

(mit Theodore Geiger:) The Economy of the American People. Progress. Problems. Prospects, Washington, D.C., 1958 (dritte Aufl. 1967)

Economic Projections: Tools of Economics Analysis and Decision Making, in: The American Economic Review, Bd. 48, 1958, S. 178-199

Finanzpolitik, in: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft, Bd. 114, 1958, S. 331-336

Besprechung von: Littmann, Konrad: Zunehmende Staatstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung. Versuche über die Wirkungen staatswirtschaftlicher Prozesse in der spätkapitalistischen Periode, in: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft, Bd. 114, 1958

Besprechung von Heinz Hallers "Finanzpolitik. Grundlagen und Probleme", Tübingen 1957, in: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft, Bd. 114, 1958

Guides and Procedures for Determining Federal Expenditure Programs. Statement, in: Federal Expenditure Policy for Economic Growth and Stability. Hearings before the Subcommittee on Fiscal Policy of the Joint Economic Committee, Washington, D.C., 1958, S. 237-239

(mit Manuel Helzner:) Rapport Amércain, in: L'Importance et la Structure des Recettes et des Depenses Publiques en Fonction du Développement Economique, Traveaux de L'Institut International de Finances Publiques, Congrès à Bruxelles en Septembre 1958, S. 58-78

The Evolution of a Consensus on Standards of Economic Performance and Conduct, in: Problems of the United States Economic Development, Bd. 1, Committee for Economic Development, New York 1958, S. 243-249

What is the Economist's Task?, in: Science, Bd. 128, 1958

(mit Joel Darmstaedter:) Evaluation of the Soviet Economic Threat, in: Comparisons of the United States and Soviet Economies. Papers submitted by Panelists appearing before the Subcommittee on Economic Statistics, Joint Economic Committee, Congress of the United States, Washington, D.C., 1959

(erstellt unter Colms Beratung von Sidney Sonnenblum u.a.:) Long-range Projections for Economic Growth. The American Economy in 1970, Washington, D.C., 1959 (National Planning Association Planning Pamphlet No. 107)

(m.a.:) Economic Competition between the United States and the Soviet Union, o.O. 1959

Social and Economic Growth without Inflation, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Bd. 326, 1959

How good are long-range Projections of GNP for Business Planning?, in: California Management Review Nr. 1, 1959, S. 1-10

Wirtschaftsverfassung, Finanzwirtschaft und Finanzwissenschaft, in: Finanzarchiv N.F., Bd. 19, 1959, S. 15-24

(mit Theodore Geiger:) Economic Structure and Economic Growth: Some Suggestions for Research arising from various N.P.A. Studies, in: The comparative Study of Economic Growth and Structure, National Bureau of Economic Research, New York 1959, S. 110-113

Economic Stabilization Policy, in: Economics and the Policy Maker, Washington, D.C., 1959 (Brookings Lecture 4), S. 27-44

Besprechung von Eugene V. Rostows "Planning for Freedom. The Public Law of American Capitalism", New Haven 1959, in: Science, Bd. 131, 1959

Besprechung von Solomon Fabricants "Basis Facts on Productivity Change", New York 1959, in: Science, Bd. 129, Nr. 3353, 1959

In Defense of the Public Interest, in: Social Research, Bd. 27, 1960, S. 295-307

Besprechung von Gunnar Myrdals "Beyond the Welfare State. Economic Planning and its international Implications", New Haven 1960, in: Science, Bd. 132, 1960

Besprechung von "Finanz- und währungspolitische Fragen stetigen Wirtschaftswachstum". Schriften des Verein für Sozialpolitik N.F., Bd. 15, Berlin 1959, in: Finanzarchiv N.F., Bd. 20, 1960

Nationalbudget, in: Beckerath, E.V. u.a. (Hrsg.:) Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 7, Tübingen 1961

Wirtschaftliche Gesamtrechnung, in: Beckerath, E.v. u.a. (Hrsg.:) Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart 1961, S. 396ff.

(mit Peter Wagner:) Targets of U.S. Economic Growth in the early Sixties. A Statement by the N.P.A. Steering Committee and a Report by Gerhard Colm, Washington, D.C., 1961 (= National Planning Association Pamphlet No. 111)

Amerikanische Konjunkturpolitik am Scheideweg. Ein Gastvortrag, in: Finanzarchiv N.F., Bd. 21, 1961, S. 401-414

The Public Interest: Essential Key to Public Policy, in: Friedrich, Carl J. (Hrsg.:) The Public Interest, New York 1962

(mit Manuel Helzner:) Financial Needs and Resources over the next Decade: at all Levels of Government, in: Public Finances: Needs, Sources, and Utilization. A Conference, Princeton 1961

Budgetary Projections in the Framework of Economic Projections and their Adaptions. General Report presented at the 17th Session of the Institut Internationale de Finances Publiques, Warschau 1961, in: Public Finance, Bd. 17, 1961, S. 5-42

Economic Prognosis as Basis of Economic Policy, in: Schriften des Verein für Sozialpolitik N.F., Bd. 25: Arbeitstagungen zur Erörterung der Aufgaben und Methoden der Wirtschaftswissenschaft in unserer Zeit, S. 443-452

From the thoughtful Businessman, in: Harvard Business Review, Bd. 39, 1961, S. 20ff.

An Economic Philosophy for the Future, in: New Republic, Sept. 1961

The lagging U.S. Growth Rate, in: The American Economic Review, Bd. 52, 1962, S. 67-92

Government's Role in a Free Economy, in: Challenge, Bd. 11, 1962

Besprechung von: Gegenwartsprobleme des öffentlichen Haushalts, Schriftenreihe der Hochschule von Speyer Nr. 12, Berlin 1962, in: The American Economic Review, Bd. 52, 1962

Besprechung von John Michael Montias "Central Planning in Poland", New Haven 1962, in: The Annals of the American Association of Political Sciences, Juli 1962

(m. Theodore Geiger:) Country Programming as a Guide to Development, in: Development of the emerging Countries, The Brookings Institution, Washington, D.C., 1962

(m. Theodore Geiger:) La Programacion como una guina para el desarrollo, in: El Trimestre Economico. Fondo de Culture Economica, México, Nr. 29, 1962, S. 101-124

(m. Theodore Geiger:) La Planification Nationale comme Guide de Developpement, in: Etudes Economiques, Financière et Bancaire, publiées par la Caisse Centrale de Coopération Economique, Paris, Nov. 1962

Besprechung von: Simon Kuznets' "Capital in the American Economy: its Formation and Financing", Princeton 1961, in: Journal of the American Statistical Association, Bd. 67, 1962, S. 693-696

A National Economic Budget, in: The New Republic, Okt. 1962

(m. H. Perloff u.a.:) Organizzazione Statale per lo Sviluppo Economico negli Stati Uniti D`America, in: La Scuola in Azione, Milano, Nr. 14, 1962/63

The Economics of the current Fiscal Policy Proposals in the United States, in: Finanzarchiv N.F., Bd. 23, 1963, S. 82-97

The Employment Act of 1946, in: Challenge, Sept. 1962

(m. Peter Wagner:) Some Observations on the Budget Concept, in: The Review of Economics and Statistics, Bd. 45, 1963, S. 122-126

Worker Security in a changing Economy, in: Monthly Labor Review 86, U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, 1963, S. 612-702

The Economic Outlook for 1964, in: Looking Ahead, Bd. 11, 1963

World Economic Research in an Age of Competitive Coexistence, in: Looking Ahead, Bd. 12, 1964

Besprechung von: Frederik G. Reuss "Fiscal Policy for Growth without Inflation. The German Experiment", Baltimore 1963, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 92, 1964

Economic Planning in the United States, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 92, 1964, S. 31-56

Weltwirtschaftliche Forschung im Zeitalter der Koexistenz, Kiel 1964 (= Bernhard-Harms-Vorlesungen Heft 1)

(m. Leonard A. Lecht:) Requirements for Scientific and Engineering Manpower in the 1970's, in: Toward better Utilization of Scientific and Engineering Talent, publ. by the Committee on Utilization of Scientific and Engineering Manpower, Washington, D.C., 1964

National Goals and the American Economy, in: Financial Analysts Journal, Nov. 1964

Besprechung von "Die Steuerreform in den Vereinigten Staaten, hrsg. vom Institut "Finanzen und Steuern", H. 71, Bonn 1963, in: Finanzarchiv N.F., Bd. 23, 1964

Besprechung von: Seymor Harris "Economics of the Kennedy Years, and a look ahead", New York 1964, in: The American Economic Review, Bd. 55, 1965, S. 541-542

National Goals Analysis and Marginal Utility Economics. Some non-technical Comments on a highly technical Topic, in: Finanzarchiv N.F., Bd. 24, 1965, S. 209-224

Comments on the German Economic Report (Sachverständigenrat der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1964/65), in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 95, 1965, S. 1-6

(m. Theodore Wagner:) Federal Budget Projections. A Report of the National Planning Association and the Brookings Institution, Washington, D.C., 1966

(m. Theodore Wagner:) Public Planning and Private Decision Making in Economic and Social Development, in: Bornstein, Morris (Hrsg.:) Comparative Economic Systems, Homewood 1965, S. 439-453

Man`s Work and Who will do it in 1980, in: Hill, Robert L. (Hrsg.): America 1980 (Thomas McKillop Memorial Lecture in Public Administration 1965), Washington, D.C., 1965

The Dismal Science and the Good Life, in: The Reporter, 15.7.1965; dt.: Die heillose Wissenschaft und das "Summum Bonum". Bemerkungen zu Adolph Lowes "Politische Ökonomik", in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bd. 14, 1969, S. 221ff.

A new Planning-Programming-Budgeting System for the Federal Government, in: Looking Ahead, Bd. 14, 1966

The Economic Outlook for 1967, in: Looking Ahead, Bd. 14, 1966

Integration of Planning and Budgeting, Washington, D.C., 1967

Zum Begriff des Allgemeinwohls, in: Broermann, J./Herder-Dorneich (Hrsg.:) Soziale Verantwortung. Festschrift für Goetz Briefs zum 80. Geburtstag, Berlin 1968

Besprechung von E.J. Mishans "The Cost of Economic Growth, London 1967, in: Public Finance, Bd. 23, 1968

(m. Luther H. Gulich:) Programm Planning for National Goals, National Planning Association, Washington, D.C., 1968

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. Ungedruckte Quellen

Archiv des Institus für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel
- Akte Gerhard Colm

Deutsches Zentralarchiv in Merseburg
- Akten der ordentlichen und außerordenlichen Professoren an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel: Akte Gerhard Colm

Archiv der Albrecht-Ludwigs-Universität in Freiburg
- Matrikel Gerhard Colm

Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität in München
- Matrikel Gerhard Colm

Archiv der Humboldt-Universität in Berlin
- Matrikel Gerhard Colm

Archiv der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt a. Main
- Matrikel Gerhard Colm

Privatarchiv Peter Colm, Lusby, Maryland
- Nachlaß Gerhard Colm

Library of Congress, Washington, D.C.
- Manuscript Division: Gerhard Colm Papers

National Archives of the United States, Washington, D.C., und Suitland, Maryland
- Series 39.3: Bureau of the Budget
- RG 59: State Department
- RG 260: Office of Military Government for Germany

Department of Justice, Washington, D.C.
- Federal Bureau of Investigation: Gerhard Colm File

Franklin D. Roosevelt Library, Hyde Park, New York
- Gerhard Colm Papers

Harry S. Truman Library, Independence, Missouri
- Gerhard Colm Papers
- Edward A. Tenenbaum Papers
- Oral History Series

State University of New York, Albany, New York
- German Exile Collection: Gerhard Colm Papers

Detroit Public Library, Detroit, Michigan
- Joseph M. Dodge Papers

Institut für Zeitgeschichte, München
- ED 150: Handakten Hans Möller

II. Veröffentlichte Quellen

Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4, München 1983

Economic Reports of the President. Together with the Report of the Councils of Economic Advisers. Government Printing Office, Washington, D.C., 1947ff.

Foreign Relations of the United States (FRUS), Washington D.C.

Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder 1948/1949, Frankfurt a. Main 1949

Gesetz und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrats des Vereinten Wirtschaftsgebiets

Gesetzblatt über die Verwaltung des Vereinten Wirtschaftsgebiets

Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Frankfurt/M., 1948ff.

Office of Military Government for Germany: Monthly Report of the Governor

Public Papers of the Presidents of the United States, Washington, D.C., 1933ff.

Smith, Jean Edward (Hrsg.): The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945-1949, 2 Bde., Bloomington 1974

U.S. Congress, Senate, Banking, and Currency Committee: Hearings on Full Employment Act of 1945, 79th Congress, 1st Session, Governmental Printing Office, Washington, D.C., 1945

III. Interviews

Peter Colm in Lusby, Maryland, Juli 1991

David Ginsburg, Washington, D.C., 2.8.1991

IV. Literatur

Abeken, G., Das Geld- und Bankwesen in der sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954, Bonn 1955.

Abelshauser, W., Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975.

Abelshauser, W., Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt 1983.

Achterberg, E. / Lanz, K. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 3. Aufl., Bd. I, A-H, Frankfurt/M., 2. Aufl., 1958.

Adams, A.B., Our Economic Revolution. Solving our Depression Problems through Public Control of Industry, Norman, Okl., 1934.

Adler, H., The Post-War Reorganization of the German Banking System, in: Quarterly Journal of Economics, Bd. 62, 1949.

Aftalion, A., Les crises périodiques de surproduction, Paris 1913.

Albers, W., Ziele und Bestimmungsgründe der Finanzpolitik, in: Neumark, F. (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Aufl., Tübingen 1977.

Aldrup, D., Werturteilsstreit, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, 8. Bd., 1988.

Ambrosius, G., Die öffentliche Wirtschaft in der Weimarer Republik – Kommunale Versorgungsunternehmen als Instrumente der Wirtschaftspolitik, Baden-Baden.

Amonn, A., Jean Baptiste Say, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., 1956.

Andic, S. / Veverka, J., The Growth of Government Expenditure in Germany since the Unification, in: Finanzarchiv, Bd. 23, 1964.

Art. Bretton Woods, in; Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/M. 1957, Bd. I.

Ascolis / Feilers, Fascism for Whom?, New York 1938.

Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Der deutsche Außenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Strukturwandlungen. Bearbeitet und herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel. Veröffentlichungen des Enquete-Ausschusses. I. Unterausschuß, 5. Arbeitsgruppe, 20. Bd., Berlin 1932.

Backer, J.H., Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1943-1948, München 1981.

Bailey, S.K., Congress makes a Law, New York 1950.

Bauer, W., Die westdeutsche Bankenreform. Eine Studie zur Entwicklung des Großbank- und Zentralbankwesens im Jahre 1945 bis zur Gegenwart, Tübingen 1954.

Beckerath, H. von, Die Vereinigten Staaten und der New Deal, in: Schmollers Jahrbuch, 60. Jg., 1936, 3. u. 4. Heft.

Beckerath, H. von, Emil Sax, Ein Nachruf auf Emil Sax, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 1, 1930.

Beckerath, H. von, Emil Sax, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., 1956.

Beckerrath, E. von, Robert Michels (1876-1936), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 7. Bd., 1961.

Bennett, J., The German Currency Reform, in: The Annals of American Academy of Political and Social Science, Philadelphia 1950.

Bergmann, C., Deutschland und der Young-Plan, 1930.

Berle, A.A. / Means, G.C., The Modern Corporation and Private Property, New York 1932.

Bernhardt, W., Die deutsche Aufrüstung 1934-1939. Militärische und politische Konzeptionen und ihre Einschätzung durch die Alliierten, Frankfurt/M. 1969.

Bernsdorf, W., Alfred Vierkandt (1867-1953), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd., 1961.

Bloomberg, C.M., The Existentialist Approach to Psychotherapy with Adults and Children by Hanna Colm, New York 1966.

Bombach G. / Netzband, K.-B. / Ramser, H.-J. / Timmermann, M. (Hrsg.), Der Keynesianismus III. Die geld- und beschäftigungstheoretische Diskussion in Deutschland zur Zeit von Keynes. Dokumente und Analysen, Berlin/Heidelberg/New York 1981.

Bombach G. u.a. (Hrsg.), Der Keynesianismus II. Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland. Dokumente und Kommentare, Berlin/Heidelberg/New York 1976.

Bombach, G., Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums, in: Walther G. Hoffmann (Hrsg.), Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums, Berlin 1959.

Bombach, G., Wirtschaftswachstum, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 12, 1965.

Borchardt, K. / Schötz, H.O. (Hrsg.), Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-) Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft im September 1931 über die Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung, Baden-Baden 1991.

Borchardt, K., Wirtschaftspolitische Beratung in der Krise: Die Rolle der Wissenschaft, in: Winkler, Heinrich August (Hrsg.), Die deutsche Staatskrise 1930-1933, München 1992 (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 26).

Borgese, G.A., The Intellectual Origins of Fascism, in: Social Research, Bd. 1, 1934.

Borsdorf, U., Fritz Tarnow (1880-1951), in: Benz, W. / Graml, H. (Hrsg.), Biographisches Lexikon.

Bracher, K.D., Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1960.

Brandt, K., Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre. Band 2: Vom Historismus bis zur Neoklassik, Freiburg i. Br. 1993.

Braun, M. St., Theorie der staatlichen Wirtschaftspolitik, 1929.

Brecht, A., Internationaler Vergleich der öffentlichen Ausgaben, Leipzig/Berlin 1932.

Brecht, A., Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen zweite Hälfte 1927-1967, Stuttgart 1967.

Brecht, A., Politischen Theorie. Die Grundlagen des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Tübingen 1961 (engl.: Princeton 1959).

Brecht, A., Three Topics in Comparative Administration-Organization of Government Departments, Government Corporations, Expenditures in Relation to Population, in: Friedrich, C.J. / Mason, E.S. (Hrsg.): Public Policy, Cambridge, Mass. 1941.

Brügelmann, H., Politische Ökonomie in kritischen Jahren. Die Friedrich List-Gesellschaft e.V. von 1925-1935. Mit einer Einleitung: Edgar Salin in Memoriam Bernhard Harms, Tübingen 1956.

Brus, W., Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt/M. 1971.

Buchheim, C., Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: VfZ, Bd. 36, 1988.

Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4, München 1983.

Bureau of the Budget (Hrsg.), The United States at War, Washington 1946.

Buschor, E., Theorie der Allokation der Staatsausgaben, Heerbrugg 1970.

Clark, J. M., Economics of Planning Public Works. A Study made for the National Planning Board of the Federal Emergency Administration of Public Works, Washington D.C. 1935.

Clausen, L. / Poppi, F.U. (Hrsg.), Ankunft bei Tönnies. Soziologische Beiträge zum 125. Geburtstag von Ferdinand Tönnies, Kiel 1980.

Clausing, G., Arthur Spiethoffs wissenschaftliches Lebenswerk, in: Schmollers Jahrbuch, Bd. 78, 1958.

Clay, L.D., Decision in Germany, Garden City 1950, o.J.

Clay, L.D., Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/M., 1951.

Colm, G. (Hrsg.), Das amerikanische Beschäftigungsgesetz. Vergangenheit und Zukunft. Eine Festschrift der National Planning Association, Washington, zum zehnjährigen Bestehen des Gesetzes, Berlin 1956.

Colm, G. / Darmstaedter, J., Evaluation of the Soviet Economic Threat, in: Comparisons of the United States and the Soviet Economies. Papers submitted by Panelists appearing before the Subcommittee on Economic Statistics, Joint Economic Committee, Washington, D.C., 1959.

Colm, G. / Geiger, T., The Economy of the American People. Progress. Problems. Prospects, Washington, D.C., 1958, ^{2}1961, ^{3}1967.

Colm, G. / Geiger, Th., Economic Structure and Economic Growth: Some Suggestions for Research arising from various N.P.A. Studies, in: The comparative Study of Economic Growth and Structure, National Bureau for Economic Research, New York 1959.

Colm, G. / Geiger, Th., The Economy of the American People, Washington 1958.

Colm, G. / Gulich, L.H., Program Planning for National Goals, Washington, D.C., 1968.

Colm, G. / Landmann, J., Vergleichbarkeit der Vorkriegs- und Gegenwartsschätzungen der Volksvermögen und Volks-einkommen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 22, 1932.

Colm, G. / Lau, W., Afford Additional Programs for National Security. Ed. by National Planning Association, Washington 1953.

Colm, G. / Lehmann, F., Public Spending and Recovery in the United States, in: Social Research, Bd. 3, 1936.

Colm, G. / Neisser, H. (Hrsg.), Kapitalbildung und Steuersystem. Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Bad Eilsen, 2 Bde., Berlin 1930.

Colm, G. / Sonnenblum, S., Long-range Projections for Economic Growth. The American Economy in 1970, Washington, D.C., 1959 (N.P.A. Planning Pamphleth No. 107).

Colm, G. / Tarasov, H., Who Pays the Taxes: Allocation of Federal, State and Local Taxes to Consumer Income Brackets. Investigation of Concentration of Economic Power Monograph No. 3, Washington 1940.

Colm, G. / Wagner, P., Federal Budget Projections. A Report of the National Planning Association and the Brookings Institution, Washington, D.C., 1966.

Colm, G., Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung. Ein Beitrag zur Frage der Wirtschaftsbelebung durch das sogenannte Federgeld, München 1932.

Colm, G., Bemerkungen zu dem vorstehenden Aufsatz von Ghertschuk, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 28. Bd., 1928 II.

Colm, G., Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen über den Beginn des dritten Annuitätsjahres, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 26, 1927.

Colm, G., Budgetary Projections in the Framework of Economic Projections and their Adaptions. General Report presented at the 17th Session of the Institut Internationale de Finances Publiques, Warschau 1961, in: Public Finance, Bd. 17, 1961.

Colm, G., Comment on Extraordinary Budgets, in: Social Research, Bd. 5, 1938.

Colm, G., Das "Mehrwert"-Verfahren in der Produktionsstatistik, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 20, 1924.

Colm, G., Das Problem des internationalen Finanzvergleichs, in: Deutsche Wirtschaftszeitung, 40, 1925.

Colm, G., Der Einfluß der Steuern auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, in: Teschemacher, H., Beiträge zur Finanzwissenschaft, Bd. I Festgabe für Georg von Schanz zum 75. Geburtstag 12. März 1928, Tübingen 1928.

Colm, G., Der Mensch im wirtschaftlichen Kreislauf. Ein Vortrag, Tübingen 1930.

Colm, G., Die D-Mark entstand im Flug. Vor zwanzig Jahren: Wie aus der grauen Zigarettenwährung die begehrte D-Mark wurde, in: Die Welt vom 20.6.1968.

Colm, G., Die Krisenbekämpfung in den Vereinigten Staaten unter Roosevelts´ „New Deal", in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz, April 1936.

Colm, G., Die Krisensituation der kapitalistischen Wirtschaft, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 69, 1933.

Colm, G., Die Masse. Ein Beitrag zur Systematik der Gruppe, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 52, Heft 3, Tübingen 1924.

Colm, G., Die methodischen Grundlagen einer international-vergleichenden Steuerstatistik, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 22, Jena 1925.

Colm, G., Die Reparationsbank, in: Magazin der Wirtschaft, 5. Jg., Nr. 39, 26.9.1929.

Colm, G., Die steuerliche Belastung der englischen Wirtschaft. Ergebnisse des Colwyn-Berichts, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 26, 1927. Keynes, J.M., The Colwyn Report on National Dept and Taxation, in: Economic Journal, London, 37, 1927.

Colm, G., Die Welthandelsentwicklung und das Problem der deutschen Ausfuhrpolitik, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 36, 1932.

Colm, G., Economic Competition between the United States and the Soviet Union, Washington, D.C., 1959.

Colm, G., Economic Planning in the United States, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 92, 1964.

Colm, G., Economic Prognosis as Basis of Economic Policy, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F., Bd. 25, 1962.

Colm, G., Economic Projections: Tools of Economic Analysis and Decision Making, in: The American Economic Review, Bd. 48, 1958.

Colm, G., Economics Today, in: Social Research, IV, 2, May 1937.

Colm, G., Ein neuer Versuch zur international vergleichenden Finanzstatistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 17, Jena 1927/28.

Colm, G., Entwicklungen in Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik in den Vereinigten Staaten von Amerika. Kieler Vorträge, NF 6, Kiel 1954.

Colm, G., Essays in Public Finance and Fiscal Policy, New York 1955.

Colm, G., Fiscal Policy in Economic Reconstruction, in: Harris, S.E. (Hrsg.), Economic Reconstruction, New York 1946.

Colm, G., Fiscal Policy, in: Harris, S.E. (ed.), The New Economics, London 1947.

Colm, G., From Estimates of National Income to Projections of the National Budget, in: Social Research, Bd. 12, 1945.

Colm, G., Grundsätzliche Bemerkungen zum Begriff des Volkseinkommens und Volksvermögens, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 173: Beiträge zur Wirtschaftstheorie Teil 1: Volkseinkommen und Volksvermögen, München/Leipzig 1926.

Colm, G., Haushaltsplanung, Staatsbudget, Finanzplan und Nationalbudget, in: Gerloff, W. / Neumark, F. (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, Tübingen ^{2}1952, Bd. 1.

Colm, G., Hinkende Steuerbelastungsvergleiche im Dienste der Reparationspolitik, in: Frankfurter Zeitung vom 3.6.1932.

Colm, G., How good are long-range Projections of GNP for Business Planning, in: California Management Review, Bd. 1, 1959.

Colm, G., Is Economic Planning compatible with Democracy?, in: Ascoli, M. / Lehmann, F. (Hrsg.): Political and Economic Democracy, New York 1937.

Colm, G., Is Social Security worth the Cost?, in: Social Research, Bd. 6, 1939.

Colm, G., Kapitalistische und nichtkapitalistische Elemente in der heutigen deutschen Volkswirtschaft, in: Harms, Bernhard (Hrsg.), Kapital und Kapitalismus. Vorlesungen gehalten in der Deutschen Vereinigung über Staatswissenschaftliche Fortbildung, 2 Bde., Berlin 1931.

Colm, G., Lohn, Zins-Arbeitslosigkeit, in: Die Arbeit, 7, 1930.

Colm, G., Maintaining High Level of Production and Employment: Technical Requirements, in: The American Political Science Review, Bd. 39, 1945.

Colm, G., Masse, in: Vierkandt, A. (Hrsg.), Handwörterbuch der Soziologie, 1931, Unveränderter Neudruck 1959.

Colm, G., Methode und Ergebnisse der Produktionsstatistik, Sonderdruck aus Johannes Conrads Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie, Jena 1925.

Colm, G., National Economic Budgets, in: Essays in Public Finance and Fiscal Policy, New York 1955.

Colm, G., National Goals Analysis and Marginal Utility Economics, in: Finanzarchiv, N.F. Bd. XXIV, 1965.

Colm, G., National Income and Defense Financing, in: National Bureau of Economic Research (Hrsg.), Conference on Research in Income and Wealth. Papers of National Income and Defense, Part 2, New York 1941.

Colm, G., Nationalbudget, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 7, Tübingen 1961.

Colm, G., On Goals Research, in: Lecht, L.A. (Ed.), Goals, Priorities, and Dollars, New York/London 1966.

Colm, G., On the Measurements of National Wealth, in: Studies in Income and Wealth, Bd. 2, New York 1938.

Colm, G., On the Road to Economic Stabilization, in: Social Research, Bd. 15, 1948.

Colm, G., Public Expenditures and Economic Structure in the United States, in: Social Research, Bd. 3, 1936.

Colm, G., Public Revenue and Public Expenditures in National Income, in: Studies on Income and Wealth, National Bureau of Economic Research, Bd. 1, New York 1937.

Colm, G., Public Spending and Recovery in the United States, in: Social Research, Bd. 3, 1936.

Colm, G., Some idle Reflections on Economic Projections, in: Eisermann, G. (Hrsg.), Wirtschaft und Kultursystem. Alexander Rüstow zum 70. Geburtstag, Stuttgart 1955.

Colm, G., The American Economy in 1960, N.P.A. Planning Pamphlet No. 81, Washington, D.C., 1952.

Colm, G., The Cost of Arming America, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences, Bd. 214, 194.

Colm, G., The Employment Act. Past and Future. A Tenth Anniversary Symposium, Washington, D.C., 1956 (N.P.A. Planning Pamphlet No. 41).

Colm, G., The Federal Budget and the National Economy, N.P.A. Planning Pamphleths, No. 90, Washington 1955.

Colm, G., The ideal Fax System, in: Social Research, Bd. 1, 1934.

Colm, G., The Lagging U.S. Growth Rate, in: The American Economic Review, Bd. 52, 1962.

Colm, G., The Nation's Economic Budget – A Tool of Full Employment Policy, in: Studies in Income and Wealth, Bd. 10, New York 1947.

Colm, G., The Nation's Economic Budget and the Government, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences, Bd. 261, 1949.

Colm, G., The Public Interest. Essential Key to Public Policy, in: Friedrich, C.J. (Ed.), Nomos V. The Public Interest, New York 1962.

Colm, G., The Theory of Public Expenditures, in: Annals of the American Academy of Political and Social Sciences, Bd. 183. 1936

Colm, G., Theorie der Staatsausgaben, 1927

Colm, G., Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. (I) Theorie, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd., 1961.

Colm, G., Wege aus der Weltwirtschaftskrise, in: Die Arbeit, 8. Jg., Heft 11, Nov. 1931.

Colm, G., Zum Begriff des Allgemeinwohls, in: Soziale Verantwortung. Festschrift für Goetz Briefs zum 80. Geburtstag. Hrsg. von Broermann, J. / Herder-Dorneich, Ph., Berlin 1968.

Colm., G., Haushaltsplanung, Staatsbudget, Finanzplan und Nationalbudget, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 2. Aufl., Bd. I, Tübingen 1952.

Commission on Money and Credit (ed.), Money and Credit. Their Influence on Jobs, Prices and Growth, Englewood Cliffs 1961.

Commission on National Goals and Chapters (ed.), Goals for Americans. Comprising the Report of the President`s Commission on National Goals and Chapters, Washington, D.C., 1960.

Committee for Economic Development. Research and Policy Committee (ed.), Taxes and the Budget, A Program for Prosperity in a Free Economy, New York 1947.

Committee for Economic Development. Research and Policy Committee (ed.), Monetary and Fiscal Policy for Greater Economic Stability, New York 1948.

Coser, L.A., Refugee Scholars in America. Their Impact and their Experiences, New Haven/London 1984.

Deckers, J., Die Transformation des Bankensystems in der sowjetischen Besatzungszone/DDR von 1945-1952, Berlin 1974.

Denison, E.F., The Sources of Economic Growth in the United States and the Alternatives before us, CED Supplementary Paper No. 13, New York 1962.

Der Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen über den Beginn des dritten Annuitätsjahres, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 26, 1927. Kommentar zum Report of the Agent General for Reparation Payments. Berlin, June 10th, 1927, deutsche Ausgabe: Deutschland unter dem Dawes-Plan, Berlin 1927.

Der finanzwirtschaftliche Aspekt des Abrüstungsproblems, in: Handbuch des Abrüstungsproblems. Systematischer Teil. Berlin 1928.

Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung, Festschrift für Arthur Spiethoff. Mit einem Vorwort von Joseph Schumpeter, München 1933.

Deuerlein, E., Deklamation oder Ersatzfrieden? Die Konferenz von Potsdam 1945, Köln 1970.

Deuß, H., Die Entwicklung der Commerzbank seit 1945, Frankfurt 1952.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975, Frankfurt/M. 1976.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt/Main 1976.

Deutsche Mark-Eröffnungsbilanz zum 21. Juni 1948, in: Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder 1948/1949, Frankfurt/M. 1949.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, Berlin 1947.

Die Staatsausgaben von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien in der Vor- und Nachkriegszeit. Unterlagen zum internationalen Finanzvergleich. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 2, Berlin 1927.

Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Ein Deutschland-Bericht der Internationalen Handelskammer vom 28. Oktober 1948, in: Europa Archiv. Hrsg. von Wilhelm Cornides, 5. Februar 1949.

Domar, E.D., Capital Expansion. Rate of Growth, and Employment, in: Econometrica, Bd. 14, 1946.

Domar, E.D., Expansion and Employment, in: The American Economic Review, Bd. 37, 1947.

Domar, E.D., The Problem of Capital Accumulation, in: The American Economic Review, Bd. 38, 1948.

Dräger, H., Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung, Düsseldorf 1956.

Dreieinhalb Jahre Dawes-Plan, in: Die Arbeit Nr. 2, Berlin 1928.

Dt. Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München 1936.

Dürr, E., Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt/M. 1966.

Eckert, C., Friedensverträge. II. Vom staatswissenschaftlichen Standpunkt, in: HdSt, 4. Aufl., 1927.

Eckstein, O., The Economics of the 1960th: A Backward Look, in: Public Interest, Bd. 19, 1970.

Ellis, H.S., German Monetary Theory 1905-1933, Cambridge/Mass. 1934.

Erdmann, K.D., Die Weimarer Republik, Stuttgart ^{7}1973.

Erhard, L., Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung. Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44, Frankfurt/M. 1977.

Erickson, E.A., The Great Crash of October, 1929, in: Van der Wee, H. (Ed.), The Great Depression Revisited. Essays on the Economics of the Thirties, Den Haag 1972.

Eucken, W., Deutschland vor und nach der Währungsreform, in: Schneider, J. / Harbrecht, W. (Hrsg.), Wirtschaftsordnung.

Eucken, W., Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., Tübingen 1990.

Eucken, W., Hans Gestrich, in: Gestrich, H., Kredit und Sparen, hrsg. v. Walter Eucken, Godesberg 1947.

Eucken, W., Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 36. Bd., 1932, II.

Eucken, W., Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen 1951.

Fabricant, S., The Trend of Government Activity in the United States since 1900, New York 1952 (= National Bureau of Economic Research (NBER), No. 56).

Federau, F., Der zweite Weltkrieg. Seine Finanzierung in Deutschland, Tübingen 1962.

Fick, H., Die geldpolitische Entwicklung im Ausland seit dem Weltkrieg, in: Deutsche Geldpolitik. Schriften der Akademie für Deutsches Recht. Hrsg. vom Präsidenten der Akademie für Deutsches Recht, Reichsminister Dr. Hans Frank. Gruppe Wirtschaftswissenschaft. Nr. 4, Berlin 1941.

Fischer, R., Gustave LeBon (1841-1931), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Bd., 1959.

Fisher, I., Booms and Depressions: Some First Principles, New York 1932.

Föhl, C., Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf, München/Leipzig 1937.

Föhl, C., Steuern und Staatskredit, in: Finanzarchiv, NF, Bd. 11, 1949.

Först, W., Kapp Wolfgang (1858-1922), in: Benz, W. / Graml, H. (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.

Forsthoff, E., Deutsche Geschichte von 1918 bis 1938 in Dokumenten, 3. Aufl., Stuttgart 1943.

Foster, W.T. / Catchings, W., Business without a Buyer, Boston 1927.

Foster, W.T. / Catchings, W., The Road to Plenty, Boston 1928.

Frei, R., Die neuere deutsche Währungstheorie 1933-39. Eine dogmenkritische Darstellung, Diss. Basel 1945.

Frenzel, P., Die rote Mark. Perestroika für die DDR, hrsg. v. Fritz Schenk, Herford 1989.

Freund, E., Haushaltsstatistik, in: Neumark, F. (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Aufl., Tübingen 1977.

Fritsch, B., Geschichte und Theorie der amerikanischen Stabilisierungspolitik 1933 - 1939 / 1946 - 1953, Zürich 1959.

Fritzsch, B., New Deal, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 7. Bd., 1961.

Galbraith, J.K., Leben in entscheidender Zeit. Memorien, München 1981.

Galbraith, J.K., The Affluent Society, Boston 1958.

Gebauer, W., Verteidigungswirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd., 1961.

Geiger, T., Die Übernahme der Beschäftigungspolitik und der Berechnung von "National Accounts" durch internationale Organisationen und andere Länder, in: Colm, G. (Hrsg.), Das amerikanische Beschäftigungsgesetz, Berlin 1956.

Geisler, R.P.., Notenbankverfassung und Notenbankentwicklung in den USA und Westdeutschland, Berlin 1953.

Gerloff, W. Steuerbelastung und Wiedergutmachung. Ein Beitrag zur Reparationsfrage, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 168, 1924.

Gestrich, H., Kredit und Sparen. Herausgegeben von Walter Eucken, 2. durchgesehene Auflage, Godesberg 1947.

Ghertschuk, J.P., Die Ermittlung der Werterhöhung in der Produktionsstatistik. Ihr theoretischer und praktischer Sinn, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 28. Bd., 1928 II.

Gimbel, J., The American Occupation of Germany, Stanford 1968.

Gimbel, J., The Origins of the Marshall-Plan, Stanford 1976.

Gleichschaltung im Deutschen Reich, in: Der Neue Brockhaus. Allbuch in vier Bänden und einem Atlas, 2. Bd., F-K, Leipzig 1937.

Görlitz, W., 13. März 1920: Kapp-Putsch gegen die Republik in Berlin, in: Görlitz, W., Griff in die Geschichte. Menschen und Ereignisse aus 250 Jahren, Düsseldorf 1979.

Gottlieb, M., The Failure of Quadripartite Monetary Reform, in: Finanzarchiv 17, 1956/57.

Gottschalch, W., Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding, Berlin 1962.

Grass, H., Lastenausgleich, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt a.M. 1957.

Grebing, H., u.a. (Hrsg.), Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945-1949, Bd. A, Stuttgart 1980.

Grotkopp, W., Die große Krise. Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929/32, Düsseldorf 1954.

Gruchy, A.G., Contemporary Economic Thought. The Contribution of Neo-Institutional Economics, Clifton 1972.

Gruchy, A.G., The Concept of National Planning in Institutional Economics, in: Southern Economic Journal, Bd. 6, 1939.

Gulgowskis, P.W., The American Military Government of United States Occupied Zones of Post World War II Germany in Relation to Policies expressed by its Civilian Governmental Authorities at Home during the Course of 1944/45 through 1949, Frankfurt 1983.

Haan, Hugo, Das amerikanische Planning. Eine Bewegung für geplantes Wirtschaften in den Vereinigten Staaten dargestellt durch eine Zitatensammlung, 2., verdeutschte und vermehrte Auflage, Leipzig 1933.

Haberler, G., Der internationale Handel, Berlin 1933.

Haberler, G., Die Weltwirtschaft und das internationale Währungssystem in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt/Main 1976.

Hagemann, H. / Krohn, H.-D., Die Emigration deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler nach 1933. Biographische Gesamtübersicht unter Mitarbeit von Hans-Ulrich Eßlinger, Hohenheim 1992.

Hagemann, H., Lohnsenkungen als Mittel der Krisenbekämpfung? Überlegungen zum Beitrag der "Kieler Schule" in der beschäftigungspolitischen Diskussion am Ende der Weimarer Republik, in: Hagemann, H. / Kurz, H.D. (Hrsg.), Beschäftigung, Verteilung und Konjunktur. Zur Politischen Ökonomik der modernen Gesellschaft. Festschrift für Adolph Lowe, Bremen 1984.

Halm, G., Die Konkurrenz. Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft, München/Leipzig 1929.

Halm, G., Monopolistische Bestrebungen in der Gegenwart, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, Jena 1929.

Hammond, P.V., Directives for the Occupation of Germany: The Washington Controversy, in: Stein, H. (Hrsg.), American Civil-Military Decicions, Birmingham 1963.

Hansen, A.H., Full Recovery or Stagnation, New York 1938.

Hanusch, H., Theorie des öffentllichen Gutes. Allokative und distributive Aspekte, Göttingen 1972.

Harding, O., Politisches Modell zur Wirtschaftstheorie, 1959.

Harmening, R., Währungsgesetze. Vorschriften zur Neuregelung des Geldwesens in der Bundesrepublik und in Berlin (West). Textsammlung, Berlin 1955.

Harms, B., Das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, in: Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele, Bd. 2, Hamburg 1930.

Harms, B., Das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, in: Weltpolitsche Bildungsarbeit an den deutschen Hochschulen (Becker-Festschrift), Berlin 1926.

Harms, B., Volkswirtschaft und Weltwirtschaft, Jena 1912.

Harms, B., Weltwirtschaft, 1912, 3. unveränderte Aufl. 1925.

Harrod, R.F., An Essay in Dynamic Theory, in: Economic Journal, Bd. 49, 1939

Harrod, R.F., John Maynard Keynes, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 5. Bd., Stuttgart 1956.

Harrod, R.F., Towards a Dynamic Economics, London 1948.

Häuser, K., Finanzwissenschaft der zwanziger Jahre und das Ende der Historischen Schule, in: Scheer, C., Die deutsche Finanzwissenschaft 1918 - 1933. Ein Überblick, in: Richter, H. (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XIII. Deutsche Finanzwissenschaft zwischen 1918 und 1939, Berlin 1994.

Hax, K., Eugen Schmalenbach (1873-1955), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12. Bd., 1965.

Hayek, F.A., The Road to Serfdom, Chicago 1944.

Heberle, R., Ferdinand Tönnies, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 10. Bd., 1959.

Heimann, E., Communism, Fascicm, or Democracy?, New York 1938

Heimann, E., Emil Lederer, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Bd., 1959.

Heimann, E., Planning and the Market System, in: Social Research, Bd. 1, 1934.

Heimann, E., Socialism and Democracy, in: Social Research, Bd. 1, 1934.

Heimann, E., Types and Potentialities of Economic Planning, in: Social Research, Bd. 2, 1935.

Heitz, A. / Elster, A., Gemeinsinn, in: HdSt, 3. Aufl., 1909.

Helbich, W. J., Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Planes für die deutsche Politik 1930-32, Berlin 1962.

Henke, K.-D., Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1994.

Henkels, W., Alltag in Trizonien. Spurensicherung, dabei an die Enkel denkend, Wien 1986.

Henning, F.-W., Die zeitliche Einordnung der Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, in: Winkel, H., Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, Berlin 1973.

Hensel, P..K., Planwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 8. Bd., 1964.

Herbst, L., Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft, Stuttgart 1982.

Heymann, F., Der Young-Plan. Der Schlußbericht der Pariser Sachverständigen-Konferenz im Wortlaut, Frankfurt/M. 1929.

Hicks, J.R., Mr. Keynes and the Classics, in: Econometrica 5, 1937.

Hielscher, E., Das Jahrhundert der Inflationen in Deutschland. Ein Beitrag aus der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien 1968.

Hielscher, E., Der Leidensweg der deutschen Währungsreform, München 1948.

Hitler, A., Mein Kampf. Complete and Unabridged, New York 1939.

Hobbs, E.H., Behind the President. A Study of Executive Office Agencies, Washington, D.C., 1954.

Hoffmann, W., Stadien und Typen der Industrialisierung. Ein Beispiel zur quantitativen Analyse historischer

Hofmann, E., Die Christian-Albrechts-Universität in preußischer Zeit, in: Geschichte der Christian-Albrechts-Universität 1665-1965, Bd.1, Teil 2, Neumünster 1965.

Hofmann, W., Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, Berlin - Bamberg, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt a.M. 1957.

Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897-1977), in: Wendehorst, A. / Pfeiffer, G. (Hrsg.), Fränkische Lebensbilder, 11. Bd., Neustadt/Aisch 1984.

Holmans, A.E., United States Fiscal Policy 1945-1959, London 1961.

Holtfrerich, C.-L., Zur Entwicklung der monetären Konjunkturtheorien: Wicksell, Schumpeter, Hahn, Mises und Hayek, in: Schefold, B. (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VIII, Berlin 1989.

Holz, W., Sind internationale Vergleiche steuerlicher Belastungen möglich?, 1924.

Honigsheim, P., Ernst Troeltsch, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 10. Bd., 1959.

Honigsheim, P., Georg Simmel (1858-1918), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., 1956.

Horstmann, T., Die Alliierten und die deutschen Großbanken. Bankenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland, Bonn 1991.

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Fünf Jahre Deutsche Mark. Der Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft seit der Währungsreform, Berlin - München 1953.

Jacobs, A., Ernst Wagemann (1884-1956), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12. Bd., 1965.

James, H., Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1938, Stuttgart 1988.

Jecht, H., Finanzwissenschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd., 1961.

Jecht, H., Wesen und Formen der Finanzwirtschaft, Jena 1928.

Jerchow, F., Deutschland in der Weltwirtschaft 1944-1947, Düsseldorf 1978.

Jochimsen, R., Strategie der wirtschaftspolitischen Entscheidung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 99, 1967.

Joerges, H., Devisenbewirtschaftung, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt a.M. 1957.

Jöhr, W.A., Konjunktur (I) Theorie, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Bd., 1959.

Kähler, A., Business Stabilization in Theory and Practice, in: Social Research, Bd. 5, 1938.

Kähler, A., Die Theorie der Arbeitsfreisetzung durch die Maschine. Eine gesamtwirtschaftliche Abhandlung des modernen Industrieprozesses, Greifswald 1933.

Kähler, A., The Problem of Verifying the Theory of Technological Unemployment, in Social Research, Bd. 2, 1935.

Kähler, A., The Trade Union Approach to Economic Democracy, in: Ascoli, M. / Lehmann, F. (Hrsg.): Political and Economic Democracy, New York 1937.

Karlsch, R., Reparationen und ihre Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der DDR, in: Schneider, J. / Harbrecht, W. (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933 - 1993), Stuttgart 1996.

Käss, F., Lastenausgleich, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 6, 1959.

Keynes, J.M., Das Ende des Laissez faire, München 1926.

Keynes, J.M., Relative Movements of Real Wages and Output, in: Economic Journal 49, 1939.

Keynes, J.M., The Economic Consequences of the Peace, New York 1920.

Keynes, J.M., The General Theory of Employment, Interest and Money, New York 1936.

Keynes, J.M., Treatise on Money, New York 1930.

Kindleberger, C.P., Die Weltwirtschaftskrise, München ^{3}1984.

Kindleberger, C.P., The World in Depression 1929-1939. History of the World Economy in the Twentieth Century, vol. 4, Londen 1973.

Kissenkoetter, U., Gregor Strasser und die NSDAP, Stuttgart 1978.

Kitterer, W. / Senf, P., Öffentlicher Haushalt, I: Institutionen, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, 5. Bd., 1988.

Kleinhans, J., Europäische Zahlungsunion (EZU), in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt a.M. 1957.

Klipstein, K., Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich, ihre Stellung im zwischenstaatlichen Zahlungswesen und ihre Bedeutung für Deutschland, Würzburg 1934.

Klopstock, F.H., Monetary Reform in Western Germany, in: Journal of Political Economy, Bd. 57, 1949.

Knapp, G. F. / Gutmann, F., Geldtheorie, staatliche: in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Jena 1927.

Knight, F.H., Barbara Wootton on Economic Planning, in: Journal of Political Economy, Bd. 43, 1935.

Knowles, J.W. / Warden Jr., C.B., The Potential Economic Growth in the United States. Materials for the Study of Employment, Growth, and Price Levels for the Joint Economic Committee, Study Paper No. 20, Washington, D.C., 1960.

Koehler, D., II. Gewerbliche Wirtschaft, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt a.M. 1957.

Koller, A., Massen und Führer in den freien Gewerkschaften. Ergänzungsheft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 1920.

Kornai, J., Economics of Shortage, 2 Bde., Amsterdam 1980.

Korsch, A., Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: Bombach, G. / Ramser, H.-J. / Timmermann, M. / Wittmann, W. (Hrsg.), Der Keynesianismus I. Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Entwicklung und Stand der Diskussion, Berlin/Heidelberg/New York 1976.

Krause-Junk, G., Abriß der Theorie von den öffentlichen Gütern, in: Neumark, Fritz (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Aufl., Tübingen 1977.

Krieger, W., General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-1949, Stuttgart 1987.

Krohn, C.-D., Stabilisierung und ökonomische Interessen. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923-1927, Düsseldorf 1974.

Krohn, C.-D., Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt/New York 1987.

Kroll, G., Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958.

Kruse, A., Adolf Weber (1876-1963), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12. Bd., 1965.

Kruse, A., John Bates Clark, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 2. Bd., 1959.

Küng, E., Interventionismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 5. Bd., 1956.

Lacina, E., Emigration 1933 - 1945, Stuttgart 1982.

Landauer, C., Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Stuttgart 1981.

Landmann, O., Theoretische Grundlagen für eine aktive Krisenbekämpfung in Deutschland 1930-1933, in: Bombach, G. / Netzband, K.-B. / Ramser, H.-J. / Timmermann, M. (Hrsg.), Der Keynesianismus III. Die geld- und beschäftigungstheoretische Diskussion in Deutschland zur Zeit von Keynes. Dokumente und Analysen, Berlin/Heidelberg/New York 1981.

Latour, C. / Vogelsang, T., Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944-47, Stuttgart 1973.

Lautenbach, W., Über Kredit und Produktion. Eine Aufsatzreihe, Frankfurt/Main 1937.

Lautenbach, W., Zins, Kredit und Produktion, hrsg. von W. Stützel, Tübingen 1952.

LeBon, G., Psychologie der Massen, deutsch von Eisler, 2. Aufl., Leipzig 1912.

Lecht, L.A. (Ed.), Goals, Priorities, and Dollars, New York/London 1966.

Lederer, E., Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen, Leipzig 1918.

Lederer, E., On Revolutions, in: Social Research, Bd. 3, 1936.

Lederer, E., State of the Masses. The Threat of the Classless Society, New York 1940.

Lederer, E., Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Tübingen 1931.

Lederer, E., Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit. Eine Untersuchung der Hindernisse des ökonomischen Wachstums, Frankfurt 1981.

Lehmann, K., Wandlungen der Industriefinanzierung mit Anleihen in Deutschland (1923/24 - 1938/39), Stuttgart 1996.

Lenk, K., Karl Mannheim, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 7. Bd., 1961.

Lenz, F., Meinungsforschung in Deutschland, Stuttgart 1950.

Lepsius, R., Die sozialwissenschaftliche Emigration und ihre Folgen, in: Lepsius, R. (Hrsg.), Soziologie in Deutschland und Österreich 1918-1945, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 23, 1981.

Leuchtenburg, W.E., Franklin D. Roosevelt and the New Deal, New York 1983.

Lindenau, W., Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/M., 1957.

Lippincott, B.E. (Hrsg.): Government Control of the Economic Order. A Symposium, Minneapolis 1935.

Littmann, K., Problemstellung und Methoden der heutigen Finanzwissenschaft, in: Neumark, F. (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Aufl., Tübingen 1977.

Littmann, K., Problemstellung und Methoden der heutigen Finanzwissenschaft, in: HdF, 3. Auflage, Bd. 1, Tübingen 1977.

Loth, W., Die Teilung der Welt 1941 - 1955, 7. Aufl., München 1989.

Louchheim, K. (Hrsg.): The Making of the New Deal. The Insiders Speak, Cambridge, Mass. 1983.

Lowe, A., Konjunkturtheorie in den zwanziger Jahren, in: Schefold, B. (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VIII, Berlin 1989.

Luckmann, B., Eine deutsche Universität im Exil: Die Graduate Faculty der New School for Social Research, in: Lepsius, R.M. (Hrsg.), Soziologie in Deutschland und Österreich 1918 bis 1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte, Opladen 1981 (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpychologie, Sonderheft 23, 1981).

Luckmann, B., Exil oder Emigration. Aspekte der Amerikanisierung an der New School for Social Research, in: Frühwald, W. (Hrsg.), Leben im Exil. Probleme der Integration deutschsprachiger Flüchtlinge im Ausland 1933-1945, Hamburg 1981.

Luckmann, B., New School - Varianten der Rückkehr aus Exil und Emigration, in: Srubar, I. (Hrsg.), Exil, Wissenschaft, Identität. Die Emigration deutscher Sozialwissenschaftler 1933-1945, Frankfurt/M. 1988.

Lukas, E., Aufgaben des Geldes, Stuttgart/Berlin 1937.

Luther, H., Vor dem Abgrund. 1930-1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten, Berlin 1964.

Machlup, F., Oligopol, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 8. Bd., 1964.

Mackenzie, F., Planned Society, New York 1937.

Manes, A., Staatsbankrotte, wirtschaftliche und rechtliche Betrachtungen, Berlin 1919.

Mann, F.K., Abriß einer Geschichte der Finanzwissenschaft, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Auflage, Bd. 1, Tübingen 1977.

Mann, F.K., Adam Smith, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., 1956.

Manz, M., Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945-1948, Ostfildern 1985.

Marcon, H., Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt/Main 1974.

Mayer, C., In Memoriam: Albert Salomon 1891-1966, in: Social Research, Bd. 34, 1967.

Meerwarth, R., Einleitung in die Wirtschaftsstatistik, Jena 1920.

Meerwarth, R., Nationalökonomie und Statistik. Eine Einführung in die empirische Nationalökonomie, Berlin - Leipzig 1925.

Mendershausen, H., Prices, Money and the Distribution of Goods in Postwar Germany, in: American Economic Review, Bd. 39, 1949.

Meyer, F.W., Devisenbewirtschaftung, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 2. Bd., 1959.

Michels, R., Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig 1911.

Mielcke, H., Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945 - 1952, Stuttgart 1995.

Mises, L. / Spiethoff, A. (Hrsg.), Probleme der Wertlehre. Erster Teil, München/Leipzig 1931.

Mises, L. / Spiethoff, A. (Hrsg.), Probleme der Wertlehre. Zweiter Teil. Mündliche Aussprache über die Wertlehre im theoretischen Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik 30. September 1932 in Dresden, München/Leipzig 1933.

Mises, L., Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922.

Mitchell, W.C., Business Cycles, the Problem and its Setting, New York 1913.

Mitchell, W.C., The Social Sciences and National Planning, in: Mackenzie, Findlay (Hrsg.): Planned Society: Yesterday, Today, Tomorrow: A Symposium, New York 1937 (Übers. d. Verf.).

Moeller, H., Währung, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd., 1961.

Möller, H., Das europäische Zahlungs- und Verrechnungsabkommen vom 16. Oktober 1948, in: Europa-Archiv, 4. Jg., 5. Jan. 1949.

Möller, H., Die deutsche Währungsreform von 1948, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt/M., 1976.

Möller, H., Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948, Basel/Tübingen 1961.

Monontaner, A., Thortein Veblin (1857 - 1929), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 10. Bd., 1959.

Montaner, A., Wesley C. Mitchell, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 7. Bd., 1961.

Morgenthau, H., Germany is our Problem, New York 1945.

Müller-Armack, A. (Köln), Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, Jena 1929.

Müller-Armack, A., Geleitwort des Herausgebers, in: Ernst Dürr, Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt/M. 1966.

Müller-Armack, A., Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, Jena 1929.

Müller-Armack, A., Soziale Marktwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., 1956.

Müller-Armack, A., Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich, Berlin 1933.

Müller-Armack, A., Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg Dezember 1946.

Müller-Armack, A., Wirtschaftspolitik als Beruf (1918-1968), in: Schneider, J. / Harbrecht, W. (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart 1996.

Murray, J.E., 10 Jahre Beschäftigungsgesetz, in: Colm, G. (Hrsg.), Das amerikanische Beschäftigungsgesetz, Vergangenheit und Zukunft. Eine Festschrift der National Planning Association, Washington, zum zehnjährigen Bestehen des Gesetzes, Berlin 1956.

Musgrave, R.A., The Theory of Public Finance, New York 1959.

Nationalwirtschaft, in: Der Neue Brockhaus, Leipzig 1937.

Neisser, H., In Memoriam: Gerhard Colm 1897-1968, in: Social Research, Bd. 36, 1969.

Neue Methoden der international-vergleichenden Finanzstatistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 17, 1927/28.

Neumark, F., Deutsche Ökonomen des frühen 20. Jahrhunderts, in: Schefold, B. (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VII, Berlin 1989.

Neumark, F., Finanz- und Steuerbelastungsvergleich, internationaler, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd., 1961.

Neumark, F., Zuflucht am Bosporus. Deutsche Gelehrte, Politiker und Künstler in der Emigration 1933-1953, Frankfurt/Main 1980.

Noll, W., Arthur Cecil Pigou (1877-1959), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 8. Bd., 1964.

Norton, H.S., The Employment Act and the Council of Economic Advisers 1946-1976, Columbia 1977.

Nourse, E.G., Economics in the Public Service, New York 1953.

Ohlin, B.G., The Course and phases of the world economic depression. Report presented to the Assembly of the League of Nations. Series of League of Nations Publications. II. Economic and Financial. 1931. II. A. 21. Official No.: A. 22. 1931. II. A. Geneva 1931.

Okun, A.M., The Political Economy of Prosperity, New York 1969.

Ortlieb, H.-D. / Lösch, D., Sozialismus II: Sozialismus als Leitbild der Wirtschaftsordnung, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, 7. Bd., 1988.

Papalekas, J.C., Masse, in Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Bd., 1961.

Peterson, W.F., Arnold Brecht, in: Benz, W. / Graml, H. (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.

Pfeiderer, O, Mindestreservenpolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 4. Aufl., Göttingen 1959/60.

Pfeiderer, O, Währungsreformen in: Staatslexikon, 6. Aufl., Freiburg 1963.

Pfeiderer, O., Offenmarktpolitik in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 4. Aufl., Göttingen 1959/60.

Pfleiderer, O., Die Staatswirtschaft und das Sozialprodukt, Jena 1930.

Pfleiderer, O., Diskontpolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 4. Aufl., Göttingen 1959/60.

Pfleiderer, O., Pfund, Yen und Dollar in der Weltwirtschaftskrise, Berlin 1937.

Pfleiderer, O., Währungen, in: Staatslexikon, 6. Aufl., Freiburg 1963.

Pfleiderer, O., Währungsreform in Westdeutschland (1948) in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1967/68.

Phillips, A.A., The Relationship between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the U.K. 1861-1967, in: Economica, Bd. 25, 1958.

Pigou, A.C. / Seligman, E.R.A., Die Lehre von der Steuerüberwälzung. Nach der 5., durchgesehenen Auflage hrsg. von Prof. Dr. Karl Bräuer, Breslau 1927

Plessner, M., Die deutsche University in Exile in New York und ihr amerikanischer Gründer, in: Frankfurter Hefte, Bd. 19, 1964.

Predöhl, A., Bernhard H., Weltwirtschaftskrise, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd., 1961.

Pribram, K., A History of Economic Reasoning, Baltimore-London 1983.

Procacci, G. (Ed.), The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947/1948/1949, Milano 1994.

Pusback, B., Die Kameral- und Staatswissenschaften an der Universität Kiel bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, in: Waszek, N. (Hrsg.), Die Institutionalisierung der Nationalökonomie an deutschen Universitäten. Zur Erinnerung an Klaus Heinrich Hennings (1937-1986), St. Katharinen 1988.

Recktenwald, H.C. (Hrsg.), Nutzen-Kosten-Analyse und Programmbudget, Tübingen 1970.

Recktenwaldt, H.C., Finanzwirtschaft, öffentliche, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, 3. Bd., 1988.

Richter, R., Institutionen ökonomisch analysiert. Zur jüngeren Entwicklung auf einem Gebiet der Wirtschaftstheorie, Tübingen 1994.

Rieter, H. / Schmolz, M., The ideas of German Ordoliberalism 1938-45: pointing the way to a new economic order, in: The European Journal of the History of Economic Thought, 1:1, Autumn 1993.

Ritschl, A., Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie, in: VfZ 33, 1985.

Ritschl, H., Gemeinwirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft. Zur Erkenntnis der dualistischen Wirtschaftsordnung, Tübingen 1931.

Ritschl, H., Gemeinwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 4. Bd., 1964.

Rittershausen, H., Das andere System. Ein Wirtschafts- und Finanzvorschlag in vier Gesetzentwürfen, Berlin 1932.

Roeper, Hans, Geschichte der D-Mark, Frankfurt/M. 1968.

Rogers, James H., Federal Reserve Policy in World Monetary Chaos, in: American Economic Review, Bd. 23 (Supplement of March 1933).

Romasco, Albert, U., The Politics of Recovery. Roosevelt's New Deal, New York 1983.

Ronde, H., Von Versailles bis Lausanne: Der Verlauf der Reparationsverhandlungen nach dem 1. Weltkrieg, Stuttgart 1950.

Röper, B., Reparationen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 8. Bd., 1964.

Röpke, W., Artikel „Deutschlands Weg zur Marktwirtschaft" in der „Neuen Züricher Zeitung" v. 23.10.1948.

Röpke, W., Die Nationalökonomie des New Deal, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 5, 1934.

Röpke, W., Planwirtschaft, in: HdSt, 4. Aufl., 6. Bd., Jena 1925.

Röpke, W., Praktische Konjunkturpolitik. Die Arbeit der Brauns-Kommission, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 34. Bd., 1931, II.

Röpke, W., Sozialisierung, in: HdSt, 4. Aufl., 1926.

Röpke, W., Staatsinterventionismus, in: HdSt., 4. Auflage, Ergänzungsband, Jena 1929.

Rosenstein-Rodan, Grenznutzen, in: HdSt., 4. Aufl., Jena 1927.

Ruhl, K.-J., Mein Gott, was soll aus Deutschland werden?, München 1985.

Ruml, B. / Sonne, H.C., Fiscal and Monetary Policy, N.P.A.-Study, Washington, D.C., 1944.

Rutkoff, P.M. / Scott, W.B., Die Schaffung der „Universtität im Exil", in: Srubar, I. (Hg:) Exil. Wissenschaft.

Rutkoff, P.M. / Scott, W.B., New School. A History of the New School for Social Research, New York 1986.

Salewski, M., Die Gleichschaltung der Christian-Albrechts-Universität in Kiel im April 1933, Kiel 1983.

Salin, E., Bernhard Harms in memoriam, in: Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie in kritischen Jahren. Die Friedrich List-Gesellschaft e.V. von 1925-1935, Tübingen 1956.

Salomon, A., Max Weber`s Methodology, in: Social Research, Bd. 1, 1934.

Salomon, A., Max Weber's Political Ideas, in: Social Research, Bd. 2, 1935

Salomon, A., Max Weber's Sociology, in: Social Research., Bd. 2, 1935.

Samuelson, P.A., Economics: An Introductory Analysis, New York 1948.

Samuelson, P.A., Fiscal and Financial Policies for Growth, in: Gutmann, P.M. (Hrsg.), Economic Growth. An American Problem, Englewood Cliffs, 1964.

Samuelson, P.A., Stability and Growth in the American Economy, Stockholm 1963.

Samuelson, P.A., Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung, 1. Aufl. 1955.

Sauermann, H., Der amerikanische Plan für die deutsche Währungsreform, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 11, 1955.

Sauermann, H., Währungsreformen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 11, 1961.

Savelsberg, G., Max Sering, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., 1956.

Sax, E., Grundlegung der theoretischen Staatswirtschaft, Wien 1887.

Schacht, H., 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.

Schacht, H., Das Ende der Reparationen, 1931.

Schacht, H., Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik, Oldenburg i. O. 1932.

Schacht, H., Mehr Geld. Mehr Kapital. Mehr Arbeit, Schloß Bleckede a. d. Elbe 1949.

Schanz, G. v., Budget, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 3. Bd., Jena 1926.

Scheer, C., Die deutsche Finanzwirtschaft 1918 – 1933 - Ein Überblick, in: Richter, H. (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XIII. Deutsche Finanzwissenschaft zwischen 1918 und 1939, Berlin 1994.

Scherf, H. , John Maynard Keynes (1883-1946), in: Starbatty, J. (Hrsg.), Klassiker des ökonomischen Denkens II, München 1989.

Scherf, H., Phillips-Kurve (Inflation und Arbeitslosigkeit), in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, 6. Bd., 1988.

Schiller, K., Wirtschaftspolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12. Bd., 1965.

Schiller, K., Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Währungsreform, in: Hampe, P. (Hrsg.), Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft, München 1989 (Akademiebeiträge zur Politischen Bildung, Bd. 23).

Schillinger, R., Der Entscheidungsprozeß beim Lastenausgleich 1945-1952, St. Katharinen 1985.

Schlesinger, A.M., The Age of Roosevelt. The Crisis of the Old Order 1919-1933, Boston 1957.

Schlesinger, A.M., The Crisis of the Old Order 191 - 1933, London, Melbourne, Toronto 1957.

Schlesinger, H., Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 1, 1988.

Schmalenbach, E., Der freien Wirtschaft zum Gedächtnis, Köln/Opladen 1949.

Schmalenbach, E., Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Leipzig, 22, 1928.

Schmidt, W. / Andreas, K., Bank deutscher Länder und die angeschlossenen Landeszentralbanken, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt a.M. 1957.

Schmölders, G., Die Zigarettenwährung, in: Sozialökomonische Verhaltensforschung, ausgewählte Aufsätze von G. Schmölders mit einem Verzeichnis seiner wissenschaftlichen Publikationen 1924-1973, zum 70. Geburtstag hrsg. von Gerhard Brinkmann u.a., Berlin o.J.

Schmölders, G., Frankreichs Aufstieg zur Weltkapitalmacht. Diplomatie und Strategie des französischen Geldes seit 1926, Berlin 1933.

Schmölders, G., Währungsreform, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Bd. IV, Stuttgart 1962.

Schneider, H.K., Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. 1, 1988.

Schneider, J. / Harbrecht, W., Einführung: Wirtschaftspolitische Experimente im Laboratorium Kriegswirtschaft / Weimar / Drittes Reich (1914-48) und in Sowjetrußland (ab 1917), in: Schneider, J. / Harbrecht, W., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993). Stuttgart 1996.

Schneider, J., Von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftsordnung zur sozialistischen Zentralplanung in der SBZ/DDR, in: Schneider, J. / Harbrecht, W. (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933 - 1993), Stuttgart 1996.

Schoenbaums, D., Ziehvater der D-Mark, in: *Die Zeit* Nr. 26 v. 22.6.1990.

Schumpeter, J.A., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, München/Leipzig ^{1}1912, ^{2}1926.

Schumpeter, J.A., Unternehmer, in: HdSt, 4. Aufl., Jena 1928.

Schütz, W., Ostzone (Geld- und Bankwesen), in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt a.M. 1957.

Schwerin von Krosigk, L. Graf, Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, geschrieben vom letzten Reichsminister, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1974.

Seligman, E.R.A., Der Staatshaushalt und das Steuersystem der Vereinigten Staaten von Nordamerika, in: Gerloff, W. / Meisel, F. (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft. 3. Bd., Tübingen 1929.

Seligman, E.R.A., Studies in Public Finance, New York 1925.

Shirras, F.G., Der Staatshaushalt und das Finanzsystem Ägyptens, in: Gerloff, Wilhelm / Meisch, Franz (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft. 3. Bd., Tübingen 1929.

Shirras, F.G., Der Staatshaushalt und das Finanzsystem der Südafrikanischen Union, in: Gerloff, Wilhelm / Meisch, Franz (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft. 3. Bd., Tübingen 1929.

Shirras, F.G., Der Staatshaushalt und das Finanzsystem Indiens, in: Gerloff, Wilhelm / Meisch, Franz (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft. 3. Bd., Tübingen 1929.

Shirras, F.G., Volkseinkommen und Besteuerung, Jena 1926.

Shoup, C. / Friedman, M. / Mack, R.P., Taxing to prevent Inflation. Techniques for Estimating Revenue Requirements, New York 1943.

Siebert, H., Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Stuttgart ^{9}1989.

Simmel, G., Grundlage der Soziologie, Berlin und Leipzig 1917.

Simmel, G., Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Leipzig 1908.

Slichter, S.H., The Economics of Public Works, in: American Economic Review, Bd. 24 (Supplement of March 1934).

Spahr, W.E., The Monetary Theories of Warren and Pearson, New York 1934.

Spangenberg, G., Deutschlands Reparationslasten: Versailler Vertrag, Dawes-Plan, Young-Plan, Haager Konferenz, Dresden ^{2}1929.

Speier, H. / Kähler, A. (Hrsg.), War in our Time, New York 1939.

Spiethoff, A., Die wirtschaftlichen Wechsellagen. Aufschwung. Krise. Stockung, Tübingen/Zürich 1955.

Spiethoff, A., Krisen, in: HdSt, 4. Aufl., 6. Bd., 1925.

Spulber, N., Managing the American Economy from Roosevelt to Reagan, Bloomington 1989.

Srubar, I., Exil. Wissenschaft. Identität, Frankfurt/M. 1988

Stavenhagen, G., Geschichte der Wirtschaftstheorie, Göttingen ^{3}1964.

Stein, H. (Hrsg.), American Civil-Military Decisions, Birmingham 1963

Stein, H., Presidential Economics. The Making of Economic Policy from Roosevelt to Reagan and beyond, Washington, D.C., ^{2}1988.

Stein, H., The Fiscal Revolution in America, Washington, D.C., 1990.

Stein, H., The Fiscal Revolution, Chicago 1969.

Stolleis, M., Gemeinwohl, in: Evangelisches Staatslexikon. Hrsg. von Herzog, R. / Kunst, H. / Schlaich, K. / Schneemelcher, W., 3. Aufl., Stuttgart 1987.

Stolper, G., Die Deutsche Wirklichkeit, Hamburg 1949.

Stolper, T., Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien. Berlin. New York. Gustav Stolper 1888-1947, Tübingen 1967.

Strasser, G., Kampf um Deutschland. Reden und Aufsätze eines Nationalsozialisten, München 1932.

Stucken, R., Deutsche Geld- und Kreditpolitik, Hamburg 1937.

Stützel, W., Wilhelm Lautenbach, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Bd., 1959.

The Government Budget and the Nation's Economic Budget, in: Colm, G., Essays in Public Finance and Fiscal Policy, New York 1955.

Thomann, H., Das Budget der Vereinigten Staaten von Amerika auf Grund des Bundesbudgetgesetzes vom 10. VI. 1921, Freiburger Habilitationsschrift 1922.

Tillich, P., The Totalitarian State and the Claims of the Church, in: Social Research, Bd. 1, 1934.

Tinbergen, J. / Stuvel, G., Das Nationalbudget, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, ^{2}1952, Bd. 1.

Tittel, G.J., Schwerin von Krosigk, Lutz Johann Ludwig Graf (1887-1977), in: Benz, W. / Graml, H. (Hrsg.), Biographisches Lexikon.

Tobin, J.E., Inflation and Unemployment, in: The American Review, Menasha, Wise., 62, 1972.

Tobin, J.E., The New Economics One Decade Older, Princeton 1974.

Trepp, G., Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg: Bankgeschäfte mit dem Feind. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans, Zürich 1993.

Trittel, G.J., Hans Schäffer in: in: Benz, W. / Graml, H. (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.

Troll, T., Vom Schwarzen Markt, in: Rümelin, H.A. (Hrsg.), So lebten wir ... Ein Querschnitt durch 1947, Willsbach (Württ.), Januar 1948.

Trommsdorff, W., D(eutsche) M(ark)-Eröffnungsbilanz bei Banken, in: Palyi, M. / Quittner, P. (Hrsg.), Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt a.M. 1957.

Tuchtfeldt, E., Bausteine zur Theorie der Wirtschaftspolitik, 2. Aufl., Bern/Stuttgart 1987.

Tugwell, R.G., The Industrial Discipline and the Governmental Arts, New York 1933.

Tugwell, R.G., The Principle of Planning and the Institution of Laissez Faire, in: American Economic Review, Bd. 22 (Supplement of March 1932).

Turner, I., Great Britain and the Post-War German Currency Reform, in: Historical Journal 30, 1987.

Untereiner, R.E., The Tax Racket, Philadelphia 1933.

Vasold, M., Ernst Trendelenburg, in: Benz, W. / Graml, H. (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.

Vasold, M., Ernst Trendelenburg, in: Benz, W. / Graml, H. (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.

Veblen, T., The Theory of Business Enterprise, New York 1904.

Veblen, T., The Theory of the Leisure Class, an Economc Study in the Evolution of Justifications, New York 1899.

Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt/M. 1969.

Viner, J., Balanced Deflation, Inflation, or more Depression, Minneapolis 1933.

Voigt, A., Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 8. Bd., 1929.

Von Moellendorf, Deutsche Gemeinwirtschaft, in: Der Neue Brockhaus. Allbuch in vier Bänden und einem Atlas, 2. Bd., F-K, Leipzig 1937.

Waffenschmidt, W.G., Paul Mombert, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 7. Bd., 1961.

Wagemann, E., Einführung in die Konjunkturlehre, Leipzig 1929.

Wagemann, E., Konjunkturlehre. Eine Grundlegung zur Lehre vom Rhythmus der Wirtschaft, Berlin 1928.

Wagemann, E., Wirtschaftspolitische Strategie. Von den obersten Grundsätzen wirtschaftlicher Staatskunst, Hamburg 1937.

Wagner, A., Das Gesetz von der wachsenden Ausdehung der Staatstätigkeiten, in: Finanzwissenschaft I, Leipzig ^{2}1877.

Wallich, H.C., Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt/M. 1955.

Walter, W.F., Die Bekämpfung der Krise in den Vereinigten Staaten, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Jena, 141, 1935.

Wandel, E., Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948. Die Rekonstruktion des westdeutschen Geld- und Währungssystems 1945-1949 unter Berücksichtigung der amerikanischen Besatzungspolitik, Frankfurt 1980.

Wandel, E., Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, Stuttgart 1974.

Wandel, E., Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, München 1974.

Watrin, C., Alfred Müller-Armack (1901-1978), Krefeld 1980.

Watrin, C., Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für die Weltwirtschaft, in: Dürr, E. / Sieber, H. (Hrsg.), Weltwirtschaft im Wandel. Festgabe für Egon Tuchtfeldt zum 65. Geburtstag, Bern - Stuttgart 1988.

Weber, A., Reparationen, Youngplan und Volkswirtschaft, 2. Aufl. 1930.

Weber, M., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen, 1922.

Weber, M., Politik als Beruf, München/Leipzig 1919.

Weber, W. / Jochimsen, R., Wohlstandsökonomik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12. Bd., 1965.

Weinberg, S., Art. Mensch und Wirtschaft, in: Vorwärts, Nr. 811, 6. Juli 1930.

Weippert, G., Werner Sombart, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., 1956.

Wicksell, K., Geldzins und Güterpreise, Jena 1898.

Wiggerhans, R., Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung, München/Wien 1986.

Wilcox, C., Public Policies toward Business, Homewood, Ill. 1966.

Wille, E., Öffentlicher Haushalt IV: Finanz- und Aufgabenplanung, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, 5. Bd., 1988.

Winkel, H., Die deutsche Wirtschaft seit Kriegsende. Entwicklung und Probleme, Frankfurt/M. 1971.

Witte, M., Das Problem der gleichwertigen Besteuerung, in: Wirtschaftsdienst, 1924.

Wolf, E., Geld- und Finanzprobleme der deutschen Nachkriegswirtschaft, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1947.

Wolff, M.W., Die Währungsreform in Berlin 1948/49, Berlin, New York 1991.

Woytinsky, W.S. / Emma, S., Vereinigte Staaten, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd., 1961.

Woytinsky, W.S., Stormy Passage. A Personal History Through Two Russian Revolutions to Democracy and Freedom 1905-1960, New York 1961.

Zahn, F., Finanzstatistik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 4. Aufl., 4. Bd., 1927.

Zimmermann, H., Finanz- und Steuerbelastungs-Vergleiche, internationale, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. 3, 1988.

Zink, H., The United States in Germany 1945-1955, Princeton 1957.

Zottmann, A., Festschrift zum 50. Jubiläum des Instituts für Weltwirtschaft am 18.2.1964, Kiel 1964.

NAMENSREGISTER

A

Adler, Georg 28
Aftalion, Albert 32
Anderson, Benjamin M. 133
Andreae, Wilhelm 44
Ascoli, Max 121, 123, 124, 136, 137, 344, 345
Aubrun, Jules 261

B

Baade, Fritz 1, 31, 56, 77, 78, 79, 81, 325, 326, 341
Beard, Charles 104
Beckerath, Herbert von 43, 61, 132, 141
Bennett, Jack 163, 168, 210, 212, 217, 220, 224, 230, 264
Berle, Adolf A. 125
Bernhard, Karl 228, 229
Bernhard, Ludwig 28
Binder, Paul 194
Blücher, Hermann 20
Bonn, Moritz J. 55
Borchardt, Knut 45, 71-76, 83, 100
Borgese, Giuseppe A. 123
Brandt, Karl 35-38, 41, 112, 121, 143
Brecht, Arnold 111, 112, 121, 122, 131, 145, 151
Briefs, Götz 10, 316
Brügelmann, Hermann 46, 52-61, 63, 71, 341
Brüning, Heinrich 60, 65, 66, 68, 70, 79, 101, 195
Buchheim, Christoph 4, 164, 165, 169, 170, 191-193, 214-226, 231, 237, 240, 242, 244, 245, 256, 258, 259
Budczies, Wolfgang 228, 229
Burnham, James 126
Burns, Arthur F. 145
Bussmann, Walter 228
Byrnes, James F. 216

C

Cavendish-Bentinek, V.F. William 261
Chambers, Paul 24, 198, 200, 201, 214
Churchill, Winston 159, 350
Clark, John Bates 125
Clark, John M. 145
Clay, Lucius D. 160-163, 168, 170, 171, 176, 177, 181, 185, 193-198, 204, 205, 209-212, 219-224, 227, 232, 237, 241, 243, 255
Colm, Anne 19, 113
Colm, Claus 19, 113
Colm, Emil 9
Colm, Gertrud 9
Colm, Hanna 18, 19, 51, 103, 113, 119, 197-199, 201, 202, 331
Colm, Olga 9, 332
Colm, Peter 3, 9, 19, 113, 119, 150, 152, 157, 197, 272
Colm, Stine 19, 113
Commons, John R. 126
Coser, Lewis A. 2, 4, 144, 147
Currie, Lauchlin 146, 147, 150

D

Dernburg, Bernhard 91

Dewey, John 104, 126, 267
Diehl, Karl 10, 11, 112
Dirks, Frederick 208
Dodge, Joseph M. 3, 24, 42, 156, 158, 165, 170-185, 192, 194-196, 198, 200, 203, 205-215, 220, 224, 225-227, 231, 232, 236, 237, 239, 244, 255, 332, 338, 350
Dorn, Herbert 20
Douglas, Lewis 161, 163, 172, 197
Draper, William 161, 195, 219, 221, 222, 234, 237, 243, 255
Dreyse, Fritz 71, 76
Dudek, Walter 228
Dulles, John Foster 216
Dürr, Ernst 141, 142, 296, 346, 347, 349

E

Eisenberg, Robert 208
Eisenhower, Dwight D. 159, 161, 162, 289, 292, 300, 306, 311, 321, 347, 348, 356
Ellis, Howard 31, 193, 288
Erhard, Ludwig 190-192, 201, 224, 225, 232, 244
Ernst, Julius 9
Eucken, Walter 36, 56, 71-76, 338, 340, 350, 357, 359

F

Feiler, Arthur 121, 144
Fetter, Frank A. 125
Fisher, Irving 133
Flanders, Ralph 196
Föhl, Carl 70, 102
Freund, Elmar 43, 45
Freund, Rudolf 92

G

Gerloff, Hans 194
Gerloff, Wilhelm 23, 43, 49
Gerstenberg, Karl 104
Gestrich, Hans 72, 73, 359
Ghertschuk, J. P. 20
Gilbert, Richard V. 147
Gilbert, S. Parker 54
Gimbel, John 162, 163
Ginsburg, David 195
Goldsmith, Raimond 3, 24, 42, 156, 158, 165, 173, 185, 192-215, 220-227, 231, 232, 236-239, 244, 255, 332, 350
Gordon, Robert A. 126
Gottlieb, Emmanuel 192, 193, 194, 208
Gruchy, Allan G. 4, 129, 136, 307, 311, 313, 315

H

Haberler, Gottfried 64, 145, 193, 278, 335
Halm, Georg Nikolaus 1, 36, 47, 84
Hansen, Alvin H. 135, 145, 146, 275, 276, 278
Hardy, Charles O. 133
Harms, Bernhard 2, 28-30, 32, 46, 49-51, 55-59, 61-63, 78, 91, 98, 100, 101, 109, 110, 316, 327, 338, 341
Hartlieb, Heinrich 194, 228, 229
Hasbach, Wilhelm 27
Häuser, Karl 43, 45, 277
Hayek, Friedrich A. von 342, 344, 357, 359
Heidegger, Martin 18, 19
Heimann, Eduard 1, 35, 71, 72, 121, 123, 124, 129, 136, 324
Helander, Sven 55
Hermann, F.B.W. v. 37
Herz, John 122

Hielscher, Erwin 166, 228, 229, 234
Hilferding, Rudolf 65, 71, 80, 81, 112
Hindenburg, Paul von 70, 102, 114
Hitler, Adolf 2, 81, 102, 106, 107, 111, 113, 119, 120, 124, 242, 345
Hoegner, Wilhelm 201
Hoffmann, Walther G. 109
Holtfrerich, Carl-Ludwig 342
Hoover, Herbert 60, 66, 77, 132, 133, 140, 269, 343
Höpker-Aschoff, 201
Hopkins, Harry 146, 147, 149, 195, 282
Hornbostel, Ernst von 121
Hula, Erich 122
Humphrey, Don 147
Husserl, Edmund 18

J

Jacobson, Jerome 198, 208
James, William 126
Jaspers, Karl 18, 19
Jecht, Horst 36, 43, 44
Jessen, Jens 2
Johnson, Alvin 4, 104-108, 111, 113, 121, 122, 128, 144, 147, 195, 342
Johnson, Griffith 147

K

Kähler, Alfred 121, 124, 129, 136
Kant, Immanuel 126
Kantorowicz, Hermann 121
Kapp, Wolfgang 11
Keynes, John Maynard 5, 41, 52, 57, 75, 76, 82, 83, 134, 135, 141-145, 215, 269, 275, 290-294, 305, 345
Kierkegaard, Sören 18, 19
Kiesenkoetter, Udo 82
Kindersley, Robert 52
Kindleberger, Charles P. 65
Knapp, Georg Friedrich 334
Koffka, Kurt 122
Köhler, Wolfgang 122
Kornai, Janos 169, 170, 258
Krohn, Claus-Dieter 1, 2, 4, 11, 24, 52, 72, 78, 105-109, 112, 119, 122-128, 131, 132, 136, 140, 144-148, 150, 151, 195, 208, 209, 261, 325, 338, 341, 348, 350
Kroll, Gerhard 38, 54, 70, 82

L

Lacina, Evelyn 2, 4, 104
Landauer, Carl 35, 137, 139
Landmann, Julius 21, 49, 50, 55, 61, 77
Laski, Harold 104
Lautenbach, Wilhelm 52-54, 71-77, 79, 101
Le Bon, Gustave 17
LeBon, Gustave 16
Lederer, Emil 1, 35, 38, 68, 105, 106, 108, 111-113, 119, 121, 124, 129, 144
Lehmann, Fritz 105, 121
LeRoy Beaulieu 199, 202, 230
Liefmann, Robert 10
Lima, Agnes de 106, 107
Littmann, Konrad 43, 44, 143, 144
Loeb, Jaques 126
Löwe, Adolf 21, 32, 37, 41, 45, 50, 55, 68, 72, 102-111, 121, 125, 128, 145, 324, 325, 338
Luther, Hans 54, 56, 71-76, 314, 331

M

Maletin, P.A. 156, 199, 202-204
Manes, Alfred 194
Mann, Fritz Karl 45
Mann, Thomas 148
Mannheim, Karl 106, 108, 111, 121

Marschak, Jakob 35, 68, 105, 108, 111, 121, 145, 341
Martin, Stewart 185
Matchett, Gerald 208
Mathes, Wilhelm 194
Mayer, Carl 121
McNarney, Joseph T. 161
Means, Gardiner C. 126
Meerwarth, Rudolf 20
Mendershausen, Horst 164, 165, 208, 257
Mercier, Ernst 262
Metzler, Llyod 208
Meyer, Karl 112
Michels, Robert 16
Mill, John Stuart 143
Mimms, Edward 108, 111, 112
Mises, Ludwig von 1, 36, 334, 335, 339, 342
Mitchell, Wesley C. 31, 104, 126, 135
Moll, Bruno 44
Möller, Hans 4, 157, 158, 183, 190-194, 205, 207, 225-236, 243, 244, 263
Mombert, Paul 10, 11
Morgenthau, Hans 122
Morgenthau, Henry 158
Müller, Rudolf 194
Müller-Armack, Alfred 32, 35, 37, 90, 91, 94, 141, 334, 345, 350, 358
Musgrave, Robert A. 45
Myrdal, Gunnar 145

N

Neisser, Hans Peter 1, 38, 45, 49, 50, 55, 56, 61, 68, 71, 74, 79, 92, 100, 102, 103, 108, 109, 121, 145, 338
Neumark, Fritz 18, 23, 44-46, 49, 50, 201, 272, 322, 323, 338
Nixon, Russel 185
Noell von der Nahmer, Robert 194

O

Otto, L.F. 261

P

Papalekas, Johannes Chr. 17
Pascal, Blaise 18
Pfleiderer, Otto 38, 41-45, 158, 194, 201, 218, 228, 260
Pigou, Arthur C. 44
Preiser, Erich 38
Pribram, Karl 45

R

Rietzler, Kurt 108
Ritschl, Albrecht 257
Ritschl, Hans 32, 36, 37, 44
Rittershausen, Heinrich 71, 73, 75
Röder, Werner 2, 4
Roeper, Hans 239
Rogers, James H. 133
Roosevelt, Franklin D. 3, 5, 128-141, 146, 148, 150-152, 160, 196, 199, 272, 274, 280, 286, 293, 345, 346
Röpke, Wilhelm 1, 33-36, 56, 71, 101, 132, 143, 222, 259, 339, 357
Roscher, Wilhelm 37
Rüstow, Alexander 1, 56, 308, 357

S

Salant, Walter 147
Salin, Edgar 32, 46, 50, 55-59, 71, 74, 75
Salomon, Albert 112, 121, 122, 123
Sauermann, Heinz 158, 190, 194, 200, 205, 208, 218, 238, 242, 255, 260, 264
Sax, Emil 43, 44
Schacht, Hjalmar 56, 58, 200
Schäffer, Hans 20, 21, 71-74, 77
Schäffle, Albert E. 37

Scheer, Christian 33, 43, 44
Scheler, Max 18, 19
Schiller, Karl 245, 356
Schlote, Werner 92
Schmalenbach, Eugen 73, 85, 87, 201
Schmölders, Günter 74, 166, 260
Schötz, Hans-Otto 71, 73-76, 83, 100
Schulze-Gaevernitz, Gerhart 10
Schumpeter, Joseph A. 32, 61, 84, 90, 129, 342
Schuster, Ernst 44
Schwerin von Krosigk, Lutz Graf 63, 64, 66
Seligman, Edwin R.A. 105, 107
Sering, Max 17, 112
Shirras, Findley G. 21-24, 198, 291, 338, 339
Simmel, Georg 16, 17
Simons, Hans 121, 134, 278
Skalweit, 2
Sombart, Werner 17, 18, 56
Soong, TV 112
Spahr, Walter E. 133
Spalek, John 2
Speier, Hans 105, 108, 111, 112, 121, 124
Spencer, Herbert 126
Spiethoff, Arthur 32, 90, 91, 335
Spranger, Eduard 18
Srubar, Ilja 2, 4, 106, 120
Stalin, Josef 159
Stamp, Josiah 52
Staudinger, Hans 108-112, 121, 276
Stein, Herbert 146, 147, 150, 268-271, 274, 277-279, 282, 284, 287, 289-291, 299, 302-304
Stolper, Gustav 104, 157, 158, 216, 217
Strasser, Gregor 82
Strauss, Herbert A. 2, 4
Sultan, Herbert 44
Sweezy, Paul 145

T

Tagwell, Rexford G. 127, 135
Tarnow, Fritz 77-79, 341
Tenenbaum, Edward A. 3, 193, 206, 211-216, 219-222, 226-230, 232-234, 237, 255
Terhalle, Fritz 194, 201
Thompson, Dorothy 148
Tillich, Paul 121, 123
Tönnies, Ferdinand 17, 120
Trendelenburg, Ernst 20, 56, 71-74
Troeltsch, Ernst 18
Troll, Thaddäus 166
Truman, Harry S. 3, 150, 159, 162, 193, 196, 211, 268, 280-289, 306, 310, 324, 346, 347, 349
Tschiang Kai-schek 112
Tuchtfeldt, Egon 320, 321-324, 336, 346, 349, 353
Tucker, Rufus 145

U

Untereiner, Ray 130

V

Veblen, Thorstein 104, 126, 127
Veit, Otto 194
Vierkandt, Alfred 16, 17
Viner, Jacob 134, 269

W

Wagemann, Ernst 20, 21, 31, 32, 61, 98, 101, 201, 338
Wagner, Adolph 29, 37, 61, 105, 131, 143, 276, 314
Wallich, Henry-Christopher 261

Wandel, Eckhard 4, 21, 71, 163, 168-189, 193, 194, 200, 211, 213, 222-225, 227, 228, 233, 234, 236, 238, 240, 243, 349
Watrin, Christian 91, 334, 349
Webb, James E. 150
Weber, Adolf 56, 194, 201
Weber, Max 10, 13, 16, 105, 108, 122, 123, 316, 336
Wells, H.G. 80, 81, 340
Wertheimer, Max 106, 121, 122
Wicksell, Knut 32, 105, 342
Wilcox, Clair 139
Wille, Eberhard 343, 352
Windlinger, Rudolf 228
Wolf, Eduard 228
Woytinsky, Wladimir 77-81, 341
Wrede, Victor 228
Wunderlich, Frieda 112, 121

Y

Young, Owen D. 20, 23, 52, 57-60, 65, 77

Z

Zahn, Friedrich 43
Zuckmayer, Carl 154

Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte

Herausgegeben von Hermann Kellenbenz und Jürgen Schneider

Band 1 **Rainer Gömmel**
Wachstum und Konjunktur der Nürnberger Wirtschaft (1815-1914)
1978, X, 242 S., Leinen, ISBN 3-12-912610-4

Band 2 **Precious Metals in the Age of Expansion.**
Papers of the XIVth International Congress of the Historical Sciences.
1981, 330 S., Leinen, ISBN 3-12-912670-8

Band 3 **Georg Eibert**
Unternehmenspolitik Nürnberger Maschinenbauer (1835-1914)
1979, 421 S., Leinen, ISBN 3-12-912680-5

Band 4 bis Band 8 **Wirtschaftskräfte und Wirtschaftswege.**
Festschrift für Hermann Kellenbenz
Herausgegeben von Jürgen Schneider in Verbindung mit dem Vorstand der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Karl Erich Born, Alfred Hoffmann, Hans Mauersberg, Hans Pohl und Wolfgang Zorn.
I.: Mittelmeer und Kontinent. 1978, 744 S., Leinen, ISBN 3-12-912620-1
II.: Wirtschaftskräfte in der europäischen Expansion. 1978, 740 S., Leinen, ISBN 3-12-912630-9
III.: Auf dem Weg zur Industrialisierung. 1978, 692 S., Leinen, ISBN 3-12-912640-6
IV.: Übersee und allgemeine Wirtschaftsgeschichte. 1978, 746 S., Leinen, ISBN 3-12-912650-3
V.: 1981, 863 S., ISBN 3-12-912660-0

Band 9 **Internationaler Ochsenhandel der frühen Neuzeit 1350-1750**
Akten des 7th International Economic History Congress Edinburgh 1978. Eingeleitet und im Auftrag der Economic History Association hrsg. von E. Westermann. 1979, 299 S., Leinen, ISBN 3-12-912690-2

Band 10 **Jürgen Schneider**
Frankreich und die Unabhängigkeit Spanisch-Amerikas. Zum französischen Handel mit den entstehenden Nationalstaaten (1810-1850). I. Teilband: Darstellung; II. Teilband: Statistischer Anhang
1981, zus. 1362 S., Leinen, ISBN 3-12-912710-0

Band 11 **Helmut Vogt**
Die Überseebeziehungen von Felten & Guilleaume (1874-1914)
1979, 308 S., Leinen, ISBN 3-12-912700-3

Band 12 **Norbert H. Schneeloch**
Aktionäre der Westindischen Compagnie von 1674. Die Verschmelzung der alten Kapitalgebergruppen zu einer neuen Aktiengesellschaft. 1982, 354 S., Leinen, ISBN 3-12-912720-8

Band 13 **Wachstumsschwankungen.**
Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen (Spätmittelalter - 20. Jahrhundert)
8. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Referate und Diskussionsbeiträge hrsg. von H. Kellenbenz. 1981, 340 S., Leinen, ISBN 3-12-912730-5

Band 14 **Evelyn Lacina**
Emigration 1933-1945. Sozialhistorische Darstellung der deutschsprachigen Emigration und einiger ihrer Asylländer aufgrund ausgewählter zeitgenössischer Selbstzeugnisse.
1982, 693 S., Leinen, ISBN 3-608-91117-0

Band 15 **Michael Braun**
Die luxemburgische Sozialversicherung bis zum Zweiten Weltkrieg.
Entwicklung, Probleme und Bedeutung. 1982, 666 S., Leinen, ISBN 3-608-91118-9

Band 16 **Gerhart Jacob-Wendler**
Deutsche Elektroindustrie in Lateinamerika. Siemens und AEG (1890-1914).
1982, 376 S., Leinen, ISBN 3-608-91119-7

Band 17 **Thomas R. Kabisch**
Deutsches Kapital in den USA. Von der Reichsgründung bis zur Sequestrierung (1917) und Freigabe.
1982, 413 S., Leinen, ISBN 3-608-91120-0

Band 18 **Peter Höfer**
Deutsch-französische Handelsbeziehungen im 18. Jahrhundert.
Die Firma Breton frères in Nantes (1763-1766). 1982, 337 S., Leinen, ISBN 3-608-91121-9

Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Herausgegeben von
Hermann Kellenbenz, Eberhard Schmitt und Jürgen Schneider

Band 19 **Hans Gotthard Ehlert**
Die wirtschaftliche Zentralbehörde des Deutschen Reiches 1914-1919.
Das Problem der "Gemeinwirtschaft" in Krieg und Frieden.
1982, 597 S., Leinen, ISBN 3-515-03938-4

Band 20 **Hermann Kellenbenz (Hrsg.)**
Wirtschaftsentwicklung und Umweltbeeinflussung (14.-20.Jh.).
Berichte der 9. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (30.3.-1.4.1981)
1982, 298 S., Leinen, ISBN 3-515-03946-5

Band 21 **Friedrich August Lühdorf**
Acht Monate in Japan nach Abschluß des Vertrages von Kanagawa. Eingeleitet und neu herausgegeben von Jürgen Schneider. 1983, 263 S., brosch., ISBN 3-515-03950-3

Band 22 **Rolf Walter**
Venezuela und Deutschland (1815-1870). 1983, 406 S., Leinen, ISBN 3-515-03937-6

Band 23 **Aristide Fenster**
Adel und Ökonomie im vorindustriellen Rußland. Die unternehmerische Betätigung der Gutsbesitzer in der großgewerblichen Wirtschaft im 17. und 18. Jahrhundert.
1983, 343 S., Leinen, ISBN 3-515-93947-3

Band 24 **Michael Rauck**
Karl Freiherr Drais von Sauerbronn. Erfinder und Unternehmer (1785-1851)
1983, 804 S., brosch., ISBN 3-515-03939-2

Band 25 **Peter Kopf**
David Hume. Philosoph und Wirtschaftstheoretiker (1711-1776)
1983, 342 S., brosch., ISBN 3-515-03948-1

Band 26 **Hans-Günther Mertens**
Wirtschaftliche und soziale Strukturen zentralmexikanischer Weizenhaciendas aus dem Tal von Atlixco, 1890-1912.
1983, 382 S., brosch., ISBN 3-515-03960-0

Band 27 **Wolfgang Penkwitt**
Preußen und Brasilien. Zum Aufbau des preußischen Konsularwesens im unabhängigen Kaiserreich (1822-1850).
1983, 559 S., Leinen, ISBN 3-515-04087-0

Band 28 **Marianne Gechter**
Kirche und Klerus in der stadtkölnischen Wirtschaft im Spätmittelalter.
1983, 462 S., brosch., ISBN 3-515-04475-2

Band 29 **Rainer Klump**
Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. 1985, 129 S., brosch. ISBN 3-515-04475-2

Band 30 **Rainer Gömmel**
Vorindustrielle Bauwirtschaft in der Reichsstadt Nürnberg und ihrem Umland (16.-18.Jh.).
1985, XII + 300 S., brosch. ISBN 3-515-04481-7

Band 31 **Renate Pieper**
Die Preisrevolution in Spanien (1500-1640). Neuere Forschungsergebnisse.
1985, 170 S., brosch., ISBN 3-515-04570-8

Band 32 **Hans Hesselmann**
Das Wirtschaftsbürgertum in Bayern 1890-1914. Ein Beitrag zur Analyse der Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Politik am Beispiel des Wirtschaftsbürgertums im Bayern der Prinzregentenzeit. 1986, 419 S., 21 Beilagen, brosch., ISBN 3-515-04565-1

Band 33 **Wolfram Fischer / R. Marvin McInnis / Jürgen Schneider (eds.)**
The Emergence of a World Economy 1500-1914. Papers of the IX. International Congress of Economic History. Edited on behalf of the International Economic History Association.
1986, 749 S., in 2 Teilbänden, brosch., ISBN 3-515-04748-4

Band 34 **Knut Borchardt**
Zur Geschichte des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr.
1987, 58 S., brosch., ISBN 3-515-04953-3

Band 35 **Wolfgang Protzner (Hrsg.)**
Vom Hungerwinter zum kulinarischen Schlaraffenland. Aspekte einer Kulturgeschichte des Essens in der Bundesrepublik Deutschland. 1987, 188 S., brosch., ISBN 3-515-04954-1

Band 36 **Karl Heinrich Kaufhold / Jürgen Schneider (Hrsg.)**
Geschichtswissenschaft und elektronische Datenverarbeitung
1988, 347 S., brosch., ISBN 3-515-05286-0

Band 37 **Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger.**
Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarischen Region Mittelfrankens 1945-1955. Verfaßt von Paul Erker. Herausgegeben vom Landkreis und der Stadt Ansbach.
1988, 233 S., brosch., ISBN 3-515-05287-9

Band 38 **Thomas Michel**
Die Juden in Gaukönigshofen/Unterfranken (1550-1942)
1988, 712 S., brosch., ISBN 3-515-05318-2

Band 39 **Vierzig Jahre Deutsche Mark.**
Die politische und ökonomische Bedeutung der westdeutschen Währungsreform von 1948. Herausgegeben von Rainer Klump. 1989, 91 S., brosch., ISBN 3-515-05455-3

Band 40 **Oskar Schwarzer**
Die räumliche Ordnung der Wirtschaft in Deutschland um 1910. Ein historisch-systematischer Ansatz zu einer Theorie wirtschaftlicher Entwicklung und strukturellen Wandels.
1990, 267 S., brosch., ISBN 3-515-05687-4

Band 41 **Johann Georg Sichler**
Die Bamberger Bauverwaltung (1441-1481)
1990, 632 S., brosch., ISBN 3-515-05688-2

Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Herausgegeben von Rainer Gömmel und Jürgen Schneider

Band 42 **Markus A. Denzel**
Kurialer Zahlungsverkehr im 13. und 14. Jahrhundert. Servitien- und Annatenzahlungen aus dem Bistum Bamberg. 1991, 222 S., brosch., ISBN 3-515-05980-6

Band 43 **Herbert J. Nickel**
Schuldknechtschaft in mexikanischen Haciendas: Interpretationen, Quellen und Befunde zur Peonaje. 1991, 465 S., brosch., ISBN 3-515-05981-4

Band 44 **Jürgen Schneider, Oskar Schwarzer und Friedrich Zellfelder (Hrsg.)**
Währungen der Welt I:
Europäische und nordamerikanische Devisenkurse 1777 - 1914, in 3 Teilbänden. 1991, 1473 S., brosch., ISBN 3-515-05982-2

Band 45 **Jürgen Schneider, Oskar Schwarzer und Markus A. Denzel (Hrsg.)**
Währungen der Welt II:
Europäische und nordamerikanische Devisenkurse 1914 - 1951
1997, 540 S., brosch., ISBN 3-515-05983-0

Band 46 **Jürgen Schneider, Oskar Schwarzer und Markus A. Denzel (Hrsg.)**
Währungen der Welt III:
Europäische Wechselkurse im 17. Jahrhundert
1993, 333 S., brosch., ISBN 3-515-06062-6

Band 47 **Jürgen Schneider, O. Schwarzer, F. Zellfelder und M. A. Denzel (Hrsg.)**
Währungen der Welt IV:
Asiatische und australische Devisenkurse im 19. Jahrhundert
1992, 400 S., brosch., ISBN 3-515-06063-4

Band 48 **Jürgen Schneider, Oskar Schwarzer und Markus A. Denzel (Hrsg.)**
Währungen der Welt V:
Asiatische und australische Devisenkurse im 20. Jahrhundert
1994, 281 S., brosch., ISBN 3-515-06064-2

Band 49 **Jürgen Schneider, O. Schwarzer, F. Zellfelder und M. A. Denzel (Hrsg.)**
Währungen der Welt VI:
Geld und Währungen in Europa im 18. Jahrhundert
1992, 322 S., brosch., ISBN 3-515-06072-3

Band 50 **Jürgen Schneider, Oskar Schwarzer und Markus A. Denzel (Hrsg.)**
Währungen der Welt VII:
Lateinamerikanische Devisenkurse im 19. und 20. Jahrhundert
1997, 369 S., brosch., ISBN 3-515-06328-5

Band 51 **José Casas Pardo (ed.)**
Economic Effects of the European Expansion 1492 - 1824
1992, 512 S., brosch., ISBN 3-515-06240-8

Band 52 **Leonhard Lutz**
Wirtschaft und Gesellschaft Nürnbergs unter Otto Freiherr von Stromer
(1. Bürgermeister 1867 - 1891). 1992, 343 S., brosch., ISBN 3-515-06241-6

Band 53 **Edgar Feichtner**
Die Bauernbefreiung in Niederbayern: Die Änderung der ländlichen Wirtschafts- und Sozialstruktur in Bayern durch die Reformierung der Agrarverfassung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.
1993, 267 S., brosch., ISBN 3-515-06280-7

Band 54 **Michael North (Hrsg.)**
Nordwesteuropa in der Weltwirtschaft 1750 - 1950 / Northwestern Europe in the World Economy 1750 - 1950. 1993, 308 S., brosch., ISBN 3-515-06360-9

Band 55 **Nils Brübach**
Die Reichsmessen von Frankfurt am Main, Leipzig und Braunschweig (14. - 18. Jahrhundert). 1994, 674 S., brosch., ISBN 3-515-06405-2

Band 56 **Friedrich Zellfelder**
Das Kundennetz des Bankhauses Gebrüder Bethmann, Frankfurt am Main, im Spiegel der Hauptbücher (1738 - 1816). 1994, 268 S., brosch., ISBN 3-515-06438-9

Band 57 **Jürgen Schneider, Oskar Schwarzer und Markus A. Denzel (Hrsg.)**
Währungen der Welt VIII:
Afrikanische und levantinische Devisenkurse im 19. und 20. Jahrhundert
1994, 177 S., brosch., ISBN 3-515-06496-6

Band 58 **Markus A. Denzel**
"La Practica della Cambiatura". Europäischer Zahlungsverkehr vom 14. bis zum 17. Jahrhundert.
1994, 609 S., brosch., ISBN 3-515-06577-6

Band 59 **Markus A. Denzel (Hrsg.)**
Währungen der Welt IX: Europäische Wechselkurse vor 1620
1995, 167 S., brosch., ISBN 3-515-06576-8

Band 60 **Günter Schabowski**
Abschied von der Utopie: Die DDR - das deutsche Fiasko des Marxismus
1994, 51 S., brosch., ISBN 3-515-06503-2

Band 61 **Markus A. Denzel (Hrsg.)**
Währungen der Welt X: Geld- und Wechselkurse der deutschen Messeplätze Leipzig und Braunschweig (18. Jahrhundert bis 1823). 1994, 147 S., brosch., ISBN 3-515-06575-X

Band 62 **Paul Frenzel**
40 verlorene Jahre. Erinnerungen an die Diktaturen des nationalen und des realen Sozialismus. Hrsg. und eingeleitet von Jürgen Schneider
1995, 484 S., brosch., ISBN 3-515-06599-7

Band 63 **Jürgen Schneider, Wolfgang Harbrecht (Hrsg.)**
Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933 - 1993)
1996, XLIII + 463 S., brosch., ISBN 3-515-06600-4

Band 64 **Volker Alberti**
Simmelsdorf. Untertanen einer Grundherrschaft im Nürnberger Umland (14.-19. Jahrhundert). 1994, 331 S., brosch., ISBN 3-515-06636-5

Band 65 **Wolfram Hoppenstedt**
Gerhard Colm. Leben und Werk 1897-1968.
1997, 470 S., brosch., ISBN 3-515-06661-6

Band 66 **Henning Mielke**
Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR.
Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945-1952. 1995, 224 S., brosch., ISBN 3-515-06669-1

Band 67 **Doris Schwarzer**
Arbeitsbeziehungen im Umbruch gesellschaftlicher Strukturen.
Bundesrepublik Deutschland, DDR und neue Bundesländer im Vergleich
1995, 552 S., brosch., ISBN 3-515-06811-2

Band 68 **Maximilian Walter**
Das Fürststift Kempten im Zeitalter des Merkantilismus. Wirtschaftspolitik und Realentwicklung (1648-1802/03). 1995, 294 S., brosch., ISBN 3-515-06812-0

Band 69 **Oskar Schwarzer**
Das ordnungspolitische Experiment mit der sozialistischen Zentralplanung am Beispiel der SBZ/DDR: Eine Effizienzanalyse (1945-1989). Mit Quellenanhang.
1997, ca. 350 S., brosch.,

Band 70 **Jürgen Schneider, Theo Schnörer**
Bayerische Beamtenbank e.G. (1920-1995)
1995, 218 S., brosch., ISBN 3-515-06813-9

Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Herausgegeben von Rainer Gömmel, Ulrich Kluge und Jürgen Schneider

Band 71 **Karin Lehmann**
Wandlungen der Industriefinanzierung mit Anleihen in Deutschland (1923/24-1938/39)
1996, 283 S., brosch., ISBN 3-515-07013-3

Band 72 **Byung-Hwan Yae**
Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Korea nach dem Zweiten Weltkrieg
1996, ca. 200 S., brosch., ISBN 3-515-07014-1

Band 73 **Markus A. Denzel**
Der Preiskurant des Handelshauses Pelloutier & Cie aus Nantes (1763-1793)
1997, 167 S., brosch., ISBN 3-515-07027-3

Band 74 **Stefan Arold**
Die technische Entwicklung und rüstungswirtschaftliche Bedeutung des Lokomotivbaus der Deutschen Reichsbahn im Dritten Reich (1933-1945)
1997, 106 S., brosch., ISBN 3-515-07056-7

Band 75 **Johannes Laufer**
Von der Glasmanufaktur zum Industrieunternehmen. Die Deutsche Spiegelglas-AG (1830-1955)
1997, ca. 350 S., brosch. ISBN 3-515-07045-1

Band 76 **Thomas Martin**
„Und nichts war uns geblieben". Der Weg der Freitaler Stahl-Industrie GmbH
zum Volkseigenen Betrieb (1945-1948)
1997, 230 S., brosch., ISBN 3-515-07050-8

Band 77 **Marcus Prell**
Sozialökonomische Untersuchungen zur Armut im antiken Rom
von den Gracchen bis Kaiser Diokletian
1997, 360 S., brosch., ISBN 3-515-07055-9

Stand: Februar 1997
in Kommission bei
Franz Steiner Verlag Stuttgart

Gerhard Colm war in den zwanziger Jahren als Finanzexperte am Statistischen Reichsamt in Berlin sowie unter Bernhard Harms am Institut für Weltwirtschaft in Kiel tätig. Seine "Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben" gilt als wegweisend, da sie erstmals die Rolle und Bedeutung des Staatsanteils in der Volkswirtschaft aufzeigte. Colm war darüber hinaus einflußreicher Berater der Reichsregierung in der Reparations- und Wirtschaftskrisenfrage. Nach der erzwungenen Emigration 1933 fand Gerhard Colm an Alvin Johnsons liberaler "New School for Social Research" in New York Zuflucht. Ab 1939 stieg der Fiskal- und Budgetexperte bis zum Wirtschaftsberater des Präsidenten ins Weiße Haus auf. Colm war einer der geistigen Urheber des "National Employments Acts" von 1946, der Vorbild für das westdeutsche Stabilitätsgesetz von 1967 wurde. Präsident Truman schickte den Emigranten zur Planung der Währungsreform 1946 nach Deutschland, deren Vorgeschichte zentraler Bestandteil der Biographie ist. Aus der Regierung ausgeschieden, wurde Gerhard Colm Chefökonom der "National Planning Association" in Washington und widmete sich bis zu seinem Tode den Fragen wirtschaftlicher Projektionen und marktkonformer Planungen auf allen volkswirtschaftlichen Ebenen sowie der Optimierung der Nutzung der nationalen Ressourcen mittels des Staatshaushalts.

ISSN 0723 - 5453 ISBN 3 - 515 06661-6

Franz Steiner Verlag Stuttgart